

„Regime urbaner Resilienz“

Sozialräumliche Dynamiken des Wandels in belasteten Stadtbezirken

Dissertation zur Erlangung
des Grades der Doktorin der Philosophie

an der Fakultät für Geisteswissenschaften der Universität Hamburg
im Promotionsfach Volkskunde/Kulturanthropologie

vorgelegt von Teresa Stumpf

Hamburg, 2019

1. Gutachterin: Prof. Dr. Gertraud Koch
2. Gutachter: Prof. Dr. Johannes Moser

Disputation: 05.12.2019

Inhaltsverzeichnis

1. Prolog	10
2. Einleitung	15
2.1 Hinführung	16
2.2 Forschungsvorhaben	19
3. Das Forschungsfeld Marzahn-Hellersdorf	21
3.1 Vom Dorf zur Vorstadt	23
3.2 „Wo gestern noch die Bulle war, ist heute schon ein Boulevard“: Marzahn-Hellersdorf in der Deutschen Demokratischen Republik.....	24
3.3 Zerfall von Nachbarschaften und sozialer Niedergang: Marzahn-Hellersdorf nach der Wende.....	25
3.4 Erneute Umbrüche: Marzahn-Hellersdorf heute	27
3.4.1 Binnenwanderungsgewinne und Rückgang des Wohnungsleerstands	27
3.4.2 Verstärkter Zuzug von Menschen mit Migrationshintergrund	28
3.4.3 Steigender Altersschnitt	29
3.4.4 Arbeitslosigkeit und soziale Belastung	30
3.4.5 Rechte Stimmungslage	32
3.4.6 Zivilgesellschaft und Demokratieentwicklung	34
4. Segregation	37
4.1 Segregierte Stadtteile	37
4.2 Großwohnsiedlungen.....	43
5. Zwischenfazit	47
6. Theoretischer Hintergrund	50
6.1 Resilienz & Vulnerabilität	50
6.1.1 Begriffsursprung und -entwicklung	51
6.1.2 Resilienzforschung in regionalen und stadträumlichen Kontexten	54
6.1.3 Analytische Grundlagen des (urbanen) Resilienzbegriffs	61

6.2	Regime	65
6.2.1	Begriffsursprung und -entwicklung	66
6.2.2	Regime auf stadträumlicher Ebene	67
6.2.3	Analytische Grundlagen des (urbanen) Regimebegriffs.....	70
6.3	Regime urbaner Resilienz.....	72
7.	Forschungsfragen	73
8.	Forschungsvorgehen	75
8.1	Auto- und paraethnographischen Wissens.....	77
8.2	Analyse des Zeitungsdiskurses zu Marzahn-Hellersdorf	81
8.2.1	Lexikometrische Diskursanalyse	83
8.2.2	Blended Reading.....	87
8.2.3	Qualitative Durchdringung und theorieorientiertes Kodieren.....	89
9.	Ergebnisse	93
9.1	Relevante Themenfelder im Wandel der Zeit: Ergebnisse aus der lexikomentrischen Diskursanalyse	93
9.1.1	Diskurse 1993 bis 1997.....	95
9.1.2	Diskurse 1998 bis 2002.....	96
9.1.3	Diskurse 2003 bis 2007.....	97
9.2	Sozialräumliche Ordnungskonzepte und Dynamiken im Kontext von slow burn-Veränderungen und short term-Schocks.....	98
9.2.1	Diskurse 2008 bis 2012.....	99
9.2.1.1	Infrastruktur und Wirtschaft im Zeitraum 2008 bis 2012	99
9.2.1.2	Sport/Freizeit/Kultur im Zeitraum 2008 bis 2012	103
9.2.1.3	Wohnen und Bauen im Zeitraum 2008 bis 2012	106
9.2.1.4	Soziale Verhältnisse im Zeitraum 2008 bis 2012	109
9.2.1.5	Ausprägungen des Wandels im Zeitraum 2008 bis 2012	111
9.2.2	Diskurse 2013 bis 2016.....	115
9.2.2.1	Infrastruktur und Wirtschaft im Zeitraum 2013 bis 2016	115
9.2.2.2	Sport/Freizeit/Kultur im Zeitraum 2013 bis 2016	119

9.2.2.3 Wohnen und Bauen im Zeitraum 2013 bis 2016	123
9.2.2.4 Soziale und politische Verhältnisse im Zeitraum 2013 bis 2016	130
9.2.2.5 Ausprägungen des Wandels im Zeitraum 2013 bis 2016	134
9.3 Regime urbaner Resilienz im Vergleich zwischen slow burn-Störungen und short term-Schocks	141
9.3.1 Regime der Benachteiligung	142
9.3.2 Regime der Stigmatisierung	144
9.3.3 Regime der Spaltung	146
9.3.4 Neoliberale Regime.....	148
9.3.5 Regime der Innovation	149
9.3.6 Regime von Natur & Klimaschutz.....	151
9.3.7 Regime der kulturellen Vielfalt.....	152
9.3.8 Regime des Wohlfühls	153
9.3.9 Regime der Handlungsmacht/Ohnmacht.....	154
9.3.10 Regime der Fremdenfeindlichkeit.....	155
9.3.11 Regime der Unsicherheit.....	157
9.3.12 Regime der Solidarität.....	158
9.3.13 Regime von Linksradikalisierung/-populismus.....	159
9.4 Zusammenfassung der Ergebnisse.....	160
10. Interpretation & Diskussion	163
10.1 Dominante Themenfelder im Diskurs	163
10.2 Dominante Regime urbaner Resilienz und ihr Verhalten im Kontext von slow burn-Störungen und short term-Schocks.....	168
11. Fazit & Ausblick	177
12. Epilog	184
Literaturverzeichnis.....	185
Anhang	205
Anhang A: Kurzfassung der Ergebnisse der Dissertation	206
A.1: Deutsche Kurzfassung der Ergebnisse	206

A.2: Dissertation results short description 211

Anhang B: Tabellen und Auswertungsmaterial..... 215

B.1 Quantitative Daten..... 218

B.2 Qualitative Daten 240

Eidesstattliche Erklärung 419

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Wahlplakat der FDP für die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus 2016	12
Abbildung 2: Karte von Marzahn-Hellersdorf	22
Abbildung 3: Diskursschwerpunkte aus der lexikometrischen Diskursanalyse ...	94
Abbildung 4: Die Kunstfigur „Cindy aus Marzahn“	105
Abbildung 5: Regime der Benachteiligung und ihre Interaktionsmuster.....	171
Abbildung 6: Regime der Handlungsmacht/Ohnmacht und ihre Interaktionen..	172
Abbildung 7: Regime der Spaltung und ihre Interaktionen	173
Abbildung 8: Regime der Fremdenfeindlichkeit und ihre Interaktionen.....	174

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Grundlegende Fragen zu urbaner Resilienz	63
Tabelle 2: Anzahl und mittlere Länge der Artikel aus dem Tagesspiegel und der Berliner Zeitung zwischen 1993 und 2016.....	85
Tabelle 3: Theorieorientiertes Analyseschema zur Identifikation der Regime urbaner Resilienz im selektiven Kodierprozess	92
Tabelle 4: Diskursübersicht und identifizierte Regime im Zeitraum 2008 bis 2012.....	112
Tabelle 5: Diskursübersicht und identifizierte Regime im Zeitraum 2013 bis 2016.....	136
Tabelle 6: Regime der Benachteiligung im Vergleich 2008 bis 2012 sowie 2013 bis 2016	142
Tabelle 7: Regime der Stigmatisierung im Vergleich 2008 bis 2012 sowie 2013 bis 2016	145
Tabelle 8: Regime der Spaltung im Vergleich 2008 bis 2012 sowie 2013 bis 2016.....	146
Tabelle 9: Neoliberale Regime im Vergleich zwischen 2008 bis 2012 sowie 2013 bis 2016	149
Tabelle 10: Regime der Innovation im Vergleich zwischen dem Zeitraum 2008 bis 2012 sowie 2013 bis 2016	150
Tabelle 11: Regime zu Natur & Klimaschutz im Vergleich zwischen 2008 und 2012 sowie 2013 und 2016	152
Tabelle 12: Regime der kulturellen Vielfalt im Vergleich zwischen 2008 und 2012 sowie 2013 und 2016	152
Tabelle 13: Regime des Wohlfühls im Vergleich zwischen 2008 und 2012 sowie 2013 und 2016	154
Tabelle 14: Regime der Handlungsmacht/Ohnmacht im Vergleich zwischen 2008 und 2012 sowie 2013 und 2016.....	155
Tabelle 15: Fremdenfeindliche Regime im Vergleich zwischen 2008 und 2012 sowie 2013 und 2016	157
Tabelle 16: Regime der Unsicherheit im Vergleich zwischen 2008 und 2012 sowie 2013 und 2016	158
Tabelle 17: Regime der Unsicherheit im Zeitraum 2013 bis 2016	159
Tabelle 18: Linksradikele/-populistische Regime im Zeitraum 2013 bis 2016 ...	159

Tabelle 19: Interaktion der urbanen Resilienzregime im Zeitraum 2008 bis
2012..... 162

Tabelle 20: Interaktion der urbanen Resilienzregime im Zeitraum 2013 bis
2016..... 162

1. Prolog

„Ist Marzahn-Hellersdorf das neue Neukölln“?

Diese Frage stellte mir im April 2016 eine Zuschauerin aus dem Publikum nach meinem Vortrag bei einer Diskussionsreihe, in dessen Rahmen aktuelle Forschungsergebnisse zu Integration, Kultur und Wohnen über den Berliner Bezirk Neukölln vorgestellt wurden. Das Aufkommen der Frage war überraschend und spannend. Ich befand mich zu diesem Zeitpunkt zwar bereits mitten in meinem Dissertationsprojekt und beschäftigte mich mit Fragen rund um den Bezirk Marzahn-Hellersdorf. Dies hatte ich in meinem Vortrag aber mit keiner Silbe erwähnt. Ziel besagter Diskussionsreihe war es nämlich, Forschungsergebnisse in und über Neukölln über die üblichen wissenschaftlichen Zirkulationskreise hinaus auch wieder in den Bezirk zurückzutragen und dort knapp und verständlich zu präsentieren. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den verschiedensten Disziplinen vermittelten interessierten Anwohnerinnen und Anwohnern die wichtigsten Resultate ihrer Forschung und diskutierten diese mit ihnen. So auch ich, die ich zwischen 2011 und 2013 noch während meines Studiums im Rahmen eines kollaborativen Forschungsprojekts¹ unter Leitung von Professor Dr. Gertraud Koch sowie im Rahmen meiner Masterarbeit in und über das Zusammenleben in Neukölln und die dort stattfindenden Gentrifizierungsprozesse ausgiebig geforscht hatte.

In meinem Vortrag sprach ich über den Wandel von (Nord-)Neukölln vom einstigen „Problembezirk“ hin zum „Trendkiez Kreuzkölln“² und die von mir interpretierte zunehmende Verschließung seines sozialräumlichen Netzwerksystems als Anpassungs- und Schutzmechanismus gegenüber den mit Gentrifizierung einhergehenden Veränderungs- und Verdrängungsprozessen. Damals hantierte ich

¹ An dem Forschungsprojekt waren Studierende und Lehrende diverser Lehrveranstaltungen an der Zeppelin Universität Friedrichshafen sowie der Universität Hamburg beteiligt, darunter drei Bachelorarbeiten von Christine Wagner, Mahyar Nicoubin und Anna Henke sowie drei Masterarbeiten von Alejandra Tijerina García, Samantha Lutz und Teresa Stumpf. Einblicke in einzelne Aspekte dieser Forschung finden sich zum Beispiel bei Koch et al. (2014), Lutz (2014) und Stumpf (2014, 2017).

² Der Begriff „Kreuzkölln“ ist eine Wortneuschöpfung aus den beiden Berliner Bezirksnamen Kreuzberg und Neukölln. Die umgangssprachliche Bezeichnung bezieht sich auf das nordwestliche Gründerzeitviertel Neuköllns um das Reuterquartier, das am Maybachufer direkt an den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg grenzt. Das Gebiet gilt als absoluter Trendkiez, der sich innerhalb weniger Jahre vom sozialen Brennpunkt zum international bekannten Hotspot entwickelt hat.

auch bereits mit den Begriffen der Resilienz und Vulnerabilität von urbanen Quartieren, wie sie etwa von der britischen Anthropologin Sandra Wallman (2011) in ihrem Modell zur Messung der *capability* von Orten in Reaktion auf sozialräumlichen Wandel verwendet werden und die auch für meine weitere Forschung eine wichtige Rolle spielten.

Einige Wochen vor meinem Vortrag in Neukölln war Marzahn-Hellersdorf im Zusammenhang mit der Veröffentlichung eines Brandbriefs der Eltern der Wolfgang-Amadeus-Mozart-Gemeinschaftsschule negativ in die Schlagzeilen geraten. Darin wurden Gewalt und unhaltbare Zustände gegenüber Kindern und Lehrkräften angeprangert. Der Fall wies deutliche Parallelen zu den zehn Jahre zurückliegenden Vorkommnissen an der Neuköllner Rütli-Schule auf, als Lehrkräfte einen Brandbrief über unhaltbare Gewaltzustände veröffentlichten und damit eine bundesweite Debatte über das deutsche Schulsystem und die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund auslösten. Die Rütli-Schule, mitten im „Kreuzköllner“ Reuterkiez gelegen, galt 2016 inzwischen als gelungenes Vorzeigeprojekt, ihre vielfältigen Problemkonstellationen in andere Bezirkslagen und unter anderem an den Stadtrand abgewandert. Von einem „An-den-Rand-Drängen“ bestimmter sozialer Benachteiligungsstrukturen vor allem dort, wo Geschosswohnungsbau dominiert, war auch im *Monitoring Soziale Stadtentwicklung Berlin 2015* die Rede, welches im März 2016 vom Berliner Senat publiziert und in der Presse weitreichend diskutiert wurde.

Ebenfalls im Frühjahr 2016 schnappte ich im Kontext meiner beruflichen Tätigkeit als Mitarbeiterin eines Berliner Schulentwicklungsprojekts am Rande einer Veranstaltung den nicht ganz ernstgemeinten Satz „Der S-Bahn-Ring ist nahezu Hartz IV-frei“ auf, als über die wachsende Problemdichte an Schulen in Berliner Randbezirken diskutiert wurde. Auf einer anderen Veranstaltung machte mich ein Kollege auf ein Wahlplakat der FDP im Zuge der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus 2016 aufmerksam, auf welchem der Spruch „Wenn Ihnen der Kotti nachts Angst macht, besuchen Sie tagsüber mal die Grundschulen in Hellersdorf“³ abgebildet war (siehe Abbildung 1).

Und zu guter Letzt wurde ich auf einer Tagung im Februar 2019, auf der ich erste Ergebnisse aus meinem Dissertationsprojekt über Marzahn-Hellersdorf präsentierte, von einer Teilnehmerin darauf angesprochen, dass meine Ausführungen

³ Das Kottbusser Tor (umgangssprachlich „Kotti“) im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg unweit der Grenze zu Neukölln gilt als einer der Berliner Brennpunkte von Gewalt und Kriminalität.

sie sehr an das frühere Neukölln erinnerten – diesmal ohne, dass ich den Bezirk Neukölln mit nur einer Silbe im Vortrag erwähnt hatte.



Abbildung 1: Wahlplakat der FDP für die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus 2016
(Quelle: B.Z. 2016)

Diese kleine Auswahl an Beispielen und Anekdoten aus meinem (Arbeits-)Alltag der letzten Jahre macht deutlich, dass der Bezirk Marzahn-Hellersdorf in der Alltagswahrnehmung vieler Menschen vor allem negativ besetzt ist beziehungsweise mit einer Negativentwicklung in Verbindung gebracht wird. Interessanterweise wird er immer wieder mit dem Bezirk Neukölln assoziiert – oder genauer: zu Neukölln kontrastiert – sowie einer allgemeinen „Verbesserungswahrnehmung“ in der Innenstadt gegenüber einer Abwärtsbewegung in der urbanen Peripherie. Ein tiefenschärferer Blick in die Bezirke Neukölln und Marzahn-Hellersdorf bestätigt mitnichten dieses schwarz-weiß-Bild von einer aufstrebenden Innenstadt und einer linearen Problemverschiebung in Richtung Stadtrand. Auch erlaubt er nicht einmal im Ansatz einen direkten Vergleich oder gar Analogien zwischen dem ehemaligen Westberliner Arbeiterbezirk Neukölln und dem erst in der Endphase der DDR erwachsenen Plattenbaubezirk Marzahn-Hellersdorf am östlichen Berliner Stadtrand – weder strukturell noch sozial.

Unstrittig ist jedoch, dass sich aus der Beschäftigung mit dem einen Bezirk immer wieder Querverbindungen und Gedankensprünge zu dem anderen ergeben, die auch für mich ursächlich für den Fokus dieser Arbeit und die Entwicklung ihrer Fragestellung waren.

Die große Zahl an Forschungsarbeiten zu Neukölln legt nahe, dass im Zusammenhang mit den Gentrifizierungsprozessen in einzelnen Bezirksquartieren sowie den steigenden Mieten in der Berliner Innenstadt insgesamt deutliche Verdrängungsprozesse stattfinden – sei es symbolisch aus dem Lebensstil und/oder tatsächlich physisch in weniger begehrte Wohnungen und Wohnlagen. Die Auswirkungen auf die von Gentrifizierung betroffenen Stadtviertel, die sich dabei vollziehenden sozialräumlichen Dynamiken und ihre Auswirkungen und Konsequenzen für das Sozialraumsystem haben sowohl im Wissenschafts- als auch im Populärdiskurs viel Aufmerksamkeit erlangt. Deutlich weniger Beachtung finden dagegen diejenigen Stadtviertel, die die durch steigende Mieten und Gentrifizierung Verdrängten aufnehmen müssen. Es erscheint konsequent und logisch, dass es durch vermehrte – nicht selten unfreiwillige – Zuzüge auch dort zu gravierenden Veränderungen im Sozialraum kommt und die Alltagsstrukturen vor Ort hinterfragt und neu ausgehandelt werden müssen. Auf welche Weise und mit welchen Konsequenzen dies erfolgt, wird bislang jedoch kaum thematisiert oder gar systematisch aufgearbeitet.

Vor dem Hintergrund meiner Forschung und der vieler anderer zu Bezirken wie Neukölln und mit der reifenden Erkenntnis, dass die sich für andere Bezirke daraus ergebenden unmittel- und mittelbaren Konsequenzen noch mehr oder weniger eine wissenschaftliche „Blackbox“ darstellen, entschloss ich mich daher, meinen Forschungsschwerpunkt von der Innenstadt in die Peripherie zu verschieben. Der Blick auf Marzahn-Hellersdorf als Fallbeispiel für diesen Perspektivwechsel ergab sich einerseits aus ähnlich augenscheinlichen Analogien, wie ich sie in den kleinen Anekdoten zu Anfang geschildert habe, sowie aus dadurch angestoßenen Literaturrecherchen und Ortsbegehungen. Vor allem aber schärfte er sich durch meine Beschäftigung als Projektmitarbeiterin in einem Berliner Schulentwicklungsprojekt zwischen 2014 und 2017. Hier bekam ich Einblicke in das Berliner Stadt- und Schulsystem und die Entwicklungen und Dynamiken in Marzahn-Hellersdorf, die ich sonst nicht hätte erhalten können. Wenn auch weder die Projektinhalte noch meine Arbeit dafür systematischer Gegenstand dieser Forschungsarbeit sind und sein dürfen, so ist das daraus generierte explizite und

implizite Wissen dennoch untrennbar mit meinem Forschungsprozess verwoben. Auf welche Weise dies seine wissenschaftliche und methodische Berechtigung findet, ist an späterer Stelle in Kapitel 8 zum Forschungsvorgehen begründet.

Und noch ein weiterer Einschnitt beziehungsweise eine Reihe eng miteinander verbundener, zu Beginn meines Dissertationsprojekts noch nicht in dieser Weise absehbarer Ereignisse, haben die Entwicklung dieser Arbeit deutlich geprägt: die sogenannte „Flüchtlingskrise“, auf deren Höhepunkt 2015 in Folge des Krieges im Nahen Osten über 1,3 Millionen Menschen nach Deutschland und Europa strömten. Zehntausende kamen auch nach Berlin und wurden unter anderem in Flüchtlingsunterkünften in Marzahn-Hellersdorf untergebracht. Inwiefern diese Ereignisse die Dynamiken im Bezirk und damit einhergehend auch den Inhalt und Fokus meiner Forschung beeinflussten, ist Gegenstand späterer Kapitel dieses Buches.

Zunächst aber möchte ich hier einigen Personen, die die Entstehung und den Prozess meiner Arbeit begleitet und unterstützt haben, einen ganz besonderen Dank aussprechen: An erster Stelle gilt dieser Prof. Dr. Gertraud Koch, die mich nun schon über viele Jahre als Mentorin betreut und mir stets mit wertvollem Rat und Engagement zur Seite steht; Samantha Lutz und Alejandra Tijerina García, die meine Beraterinnen, engen Freundinnen und mein Hamburger Zuhause sind; Felix Krebs für seinen emotionalen Beistand, das „stoische Ertragen“ dieses mich immer begleitenden Themas und in großer Vorfreude auf das Neue, das auf uns zukommt; Susanne Hürten und Marlinde Krebs für das Lektorat und ihre hilfreichen Tipps; meine Familie, Freundinnen und Freunde, die mich in all den Jahren auf verschiedensten Wegen gestützt, gehalten und begleitet haben!

2. Einleitung

Understanding change as a process of interplay harnesses ideas [...] to show how diverse categorisations of knowing, doing and acting are an elaboration on the existing content of what is already concrete in life around us. Resilience is something built on the interplay between the real and the imagined. As such, it is interplay between our knowledge about the world and the lived experience of that world over time. As the world in question is increasingly urban this discussion takes place in a predominantly urban context.

Peter Rogers (2016, S. 5)

Das urbane Leben ist in unseren postmodernen Städten des 21. Jahrhunderts einem sich ständig beschleunigenden Strukturwandel unterworfen. Schleichende sozialräumliche Veränderungen wie Migrationsbewegungen, Gentrifizierungsprozesse und die zunehmende Mediatisierung der Städte gehen einher oder werden überholt von kurzfristigen, rupturartigen Einschnitten wie Naturkatastrophen, Terroranschlägen und plötzlichen Fluchtdynamiken. Bezogen auf eine Welt, in der Unsicherheiten und Krisen nicht mehr als Ausnahmezustand, sondern als dauerhafte Begleiter anerkannt werden, hat sich dabei der Begriff *Resilienz* im Sinne von Widerstands-, Wiederherstellungs- und Lernfähigkeit zu einer Art Zeitgeistphänomen entwickelt (Bonß 2015; Christmann et al. 2015; Christmann und Ibert 2016; Wink 2016). Der Begriff kann sich auf Individuen, Gruppen oder ganze Systeme beziehen und hat auch im Kontext von Stadt und Urbanität in den letzten Jahrzehnten einen deutlichen Aufschwung erfahren. Die Definitionen zu „urbaner Resilienz“ sind jedoch eher breit und zumeist normativ geprägt. Städte und ihre Bezirke sollen sich zu resilienten Systemen entwickeln, die flexibel auf neue Herausforderungen reagieren und die hohe Dynamik städtischer Prozesse nutzbringend einsetzen (Fekete et al. 2016). Aspekte sozialer Konstruktion und die umstrittene Natur von Resilienz, gerade innerhalb und zwischen den Alltagsrealitäten verschiedener Stadtteile, werden dagegen nur wenig thematisiert (Meerow et al. 2016). Dabei lassen sich gerade dort klare sozialräumliche Unterschiede in Bezug auf Resilienz- und Vulnerabilitätskonstruktionen finden (Christmann et al. 2011; Christmann und Ibert 2012, 2016).

Die vorliegende Arbeit folgt dieser Annahme, indem sie den Resilienz-begriff auf einer sozialkonstruktivistisch-analytischen Dimension einordnet und weiterentwi-

ckelt. Des Weiteren soll der Fokus – im Unterschied zu der Mehrzahl von Arbeiten im Kontext urbaner Resilienzforschung, die den Begriff vor allem in Verbindung mit Großereignissen wie Naturkatastrophen verwendet (siehe zum Beispiel Fekete et al. 2016) – explizit auf *sozialen* und *kulturellen* Einschnitten und Veränderungsprozessen im Stadtraum liegen. Dies erscheint insofern angemessen, als dass Städte und ihre Stadtteile immer auch Produkte sozialer Herstellungsleistung sind, deren kulturelle Textur erst daraus entsteht, wie sozialräumliche Strukturen verhandelt und mit Bedeutung versehen werden (Löw et al. 2007). Die Anwendung des Resilienzbegriffs auch auf soziale Störungen und Schocks verspricht eine neue Perspektive auf diese sozialräumlichen Dynamiken und Aushandlungsprozesse.

Als Anschauungs- und Entwicklungsbeispiel dieser Arbeit dient der am nordöstlichen Stadtrand Berlins gelegene Bezirk Marzahn-Hellersdorf. Die Entscheidung, sich näher mit einem Stadtteil wie Marzahn-Hellersdorf zu beschäftigen, entstand nicht zufällig, sondern – wie im Vorwort erläutert – auf Basis vorheriger Forschung zu Gentrifizierungsprozessen im Berliner Stadtbezirk Neukölln sowie meiner eigenen beruflichen Praxis für ein Berliner Schulentwicklungsprojekt. Eine intensive Auseinandersetzung mit dem Forschungsfeld Marzahn-Hellersdorf findet sich unter Kapitel 3. Bevor jedoch die Geschichte und Charakteristika des Bezirks aufgearbeitet und erläutert werden, erfolgt im Folgenden zunächst eine Hinführung und Entwicklung des Forschungsvorhabens.

2.1 Hinführung

Die deutsche Bundeshauptstadt Berlin hat sich in den letzten 20 Jahren immer mehr zu einer trendigen und multikulturellen Weltmetropole entwickelt (Lanz 2007). Seit Jahren steigen die Einwohner- und Touristenzahlen an. Allein zwischen 2011 und 2016 ist die Stadtbevölkerung von 3,4 auf gut 3,65 Million Menschen angewachsen. Prognosen gehen davon aus, dass es bis zum Jahr 2030 zu einem weiteren Wachstum um ca. 181.000 Personen kommt (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen 2017a). Mit rund 33 Millionen Übernachtungen verbuchten die Berliner Beherbergungsbetriebe im Jahr 2018 bereits zum 16. Mal in Folge einen neuen Rekord und auch die Zahl der Gäste erreichte mit

13,5 Millionen einen neuen Höchststand (Amt für Statistik Berlin Brandenburg 2019).

Tatsächlich hatte man in Berlin mit dieser Entwicklung bereits deutlich früher gerechnet: „Gentrification in den innerstädtischen Altbauquartieren, Verslumung in den Großsiedlungen am Stadtrand“ (Häußermann und Kapphan 2004, S. 215). Nach dem Mauerfall und mit der 1990 getroffenen Entscheidung über den Umzug des Bundestags und der Bundesregierung von Bonn nach Berlin stellte man sich auf Bevölkerungszuwachs und ein neues, kaufkräftiges Publikum in der Hauptstadt ein. Entgegen dieser hohen Erwartungen entwickelte sich Berlin jedoch zunächst anders.

Einhergehend mit den Transformationsprozessen im Ostteil der Stadt von staatlich gelenkter Planwirtschaft zu marktwirtschaftlichen Steuerungssystemen, mit dem Ende der politischen und ökonomischen Sonderstellung des Westteils sowie vor dem Hintergrund eines Strukturwandels von der Industrie- zur Dienstleistungsstadt erlebte Berlin zwischen 1990 und 2000 eine Stagnation in der Bevölkerungsentwicklung. Hinzu kamen eine anhaltende ökonomische Krise mit hoher Arbeitslosigkeit und eine katastrophale Finanznot der öffentlichen Haushalte (Häußermann und Kapphan 2002). Zwar wuchs die Bevölkerung bis 1994 an. Ab 1996 kam es jedoch zu einem bis ins Jahr 2000 anhaltenden negativen Wanderungssaldo – das heißt, es zogen mehr Menschen aus der Stadt weg als zu (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt 2016).

Berlin wies damit eine deutliche Tendenz zur Dekonzentration der Stadtbevölkerung – insbesondere durch Familien mit höherem Einkommen – in die Außenbezirke an den Rand oder über die Stadtgrenzen hinaus ins Umland auf. Als treibende Motive und Attraktivitätsfaktoren galten, unter anderem, mehr Wohnfläche, mehr Freiraum und die dort herrschende soziale Homogenität, die der wachsenden sozialen und ethnischen Vielfalt in den Innenstadtgebieten diametral entgegenstand. Im scharfen Kontrast zu den übrigen Randgebieten erlitten auch die Großwohnsiedlungen am Stadtrand deutliche Bevölkerungsverluste. Wer konnte, zog entweder in die benachbarten Kleinwohnsiedlungen oder ins Umland. In die frei werdenden Wohnungen rückten keine oder einkommensschwache Haushalte nach (Häußermann und Kapphan 2002, 2004).

Erst mit der Jahrtausendwende begannen sich in der Stadt langsam die Anzeichen zu mehren, „dass die Talsohle der Anpassungsprozesse durchschritten ist und dass sich neue ökonomische und kulturelle Kräfte regen“ (Häußermann und

Kaplan 2002, S. 1). Berlin entwickelte sich zunächst langsam, dann aber unter ständiger Beschleunigung zu einer Weltmetropole und einem multikulturellen Zentrum, welches in Deutschland und auch Europa seinesgleichen sucht (Lanz 2007). Einhergehend mit dem Wachstum und der Entwicklung Berlins zu einem weltweit beliebten Wohn- und Reiseziel lassen sich in den Innenstadtbezirken seit Jahren mächtige Gentrifizierungsprozesse beobachten, die mit deutlichen Mietsteigerungen und Verdrängungsdynamiken verbunden sind. Der Berliner Soziologe Andrej Holm (z.B. 2011, 2016a) forscht seit Jahren zu dieser Thematik und hat einen stufenweisen und sich in Wellen steigenden Aufwertungszirkel identifiziert, der die Berliner Innenstadt durchwandert.

Der Berliner Mietspiegel zeigt auf, dass sich innerhalb von zehn Jahren die Mietpreise in der Stadt verdoppelt und in einzelnen Wohnlagen sogar vervielfacht haben. Stadtrandbezirke wie Marzahn-Hellersdorf bleiben von dem Tourismusbomben und den Gentrifizierungsdynamiken der Innenstadt abgekoppelt. Das bedeutet jedoch nicht, dass sie davon unbeeinflusst sind. Die immer stärker steigenden Mieten und der wachsende Verdrängungsdruck haben einen deutlichen Einfluss auf die sozialräumlichen Strukturen der Stadt. Bereits seit 2013 weist der alle zwei Jahre erscheinende Bericht *Monitoring Soziale Stadtentwicklung* der Berliner Senatsverwaltung statistisch eine erhöhte Konzentration der Armut in den Berliner Randbezirken auf (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt 2013, 2015; Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen 2017b). In einem Radiointerview warnt Andrej Holm (2016b) in diesem Zusammenhang vor einer „Randwanderung der Armut“ in „Verliererstadtteile“ wie Marzahn-Hellersdorf als „Auffangbecken“ für diejenigen, die sich den Rest der Stadt nicht mehr leisten können. Durch einen solchen „Umzug zweiter Wahl“ würden Menschen in Wohngebiete gedrängt, in denen sie gar nicht wohnen möchten. Dies könne dort zu Konflikten führen, die bislang kaum abschätzbar seien. Darüber hinaus bemängelt er, dass im öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs wenig Aufmerksamkeit auf dieser Thematik liege.

Tatsächlich hat sich die sozial- und kulturwissenschaftliche Stadtforschung im Zusammenhang mit Gentrifizierungs- und Verdrängungsdynamiken bislang vor allem auf die von diesen Prozessen direkt betroffenen Stadtgebiete konzentriert. Über die ökonomischen und/oder kulturellen Ursachen und Dynamiken, verschiedene Formen der Verdrängung und sogar die damit verbundenen Alltagsperspektiven gibt es eine breite Spanne an Forschungsarbeiten (z.B. Marcuse

1986; Smith 1986; Lees et al. 2008; Slater 2010; Curran 2017). Auch in Zusammenhang mit dem Resilienzbezug gibt es inzwischen vereinzelt Beiträge, die den Umgang in von Gentrifizierung betroffenen Stadtquartieren beleuchten und Strategien identifizieren, die Veränderungsprozesse erfolgreich zu bewältigen (z.B. Pearsall 2012).

Wenig bis keine Beachtung hingegen finden bislang diejenigen Stadtgebiete, die – aller Vermutung nach ohnehin bereits marginalisiert – die aus der Innenstadt unfreiwillig Verdrängten in ihr Bezirkssystem aufnehmen und integrieren müssen. Die vorliegende Arbeit möchte dem entgegenwirken und explizit Erkenntnisse und Aussagen über die sozialräumlichen Prozesse und Dynamiken in Bezirken generieren, die von Aufwertungstendenzen an anderen Orten zwar nur indirekt, deswegen aber nicht weniger intensiv betroffen sind. Die folgenden Abschnitte erläutern das Forschungsvorhaben und den Aufbau der Arbeit in ihrer Gesamtheit.

2.2 Forschungsvorhaben

Das Ziel dieser Arbeit ist es, am Fallbeispiel des Berliner Stadtbezirks Marzahn-Hellersdorf zu untersuchen, wie sich sozialräumliche Störungen in Folge der Gentrifizierungs- und Verdrängungsprozesse aus anderen Stadtteilen auf das aufnehmende urbane System eines ohnehin bereits belasteten Bezirks auswirken. Die Erforschung der entstehenden Dynamiken, Aushandlungs- und Verarbeitungsformen soll dabei anhand eines sozialkonstruktivistisch-analytischen Resilienz- und Vulnerabilitätsbegriffs erfolgen, um entsprechende Aussagen über die Abwehr-, Anpassungs- und Lernmechanismen im urbanen System ableiten zu können. Dafür ist, nach einer ausführlichen Beschreibung der Bezirksgeschichte und Charakteristika des Fallbeispiels in Kapitel 3, zunächst eine Auseinandersetzung mit der aktuellen Forschung zu Marginalisierung und Segregation von Stadtvierteln und den damit verbundenen Prozessen insgesamt notwendig, welche in Kapitel 4 erfolgt. Dabei wird auch auf die besonderen Bedingungen von Großwohnsiedlungen eingegangen, für welche Marzahn-Hellersdorf exemplarisch ist. Kapitel 5 beinhaltet ein kurzes Zwischenfazit, bevor im Anschluss Kapitel 6 das Theoriefundament dieser Arbeit legt. Neben Resilienz spielen dabei der Begriff des Regimes und die damit verbundenen Konzepte eine wesentliche Rol-

le, die in einer tiefgehenden theoretischen Auseinandersetzung zur Forschungsperspektive „Regime urbaner Resilienz“ verdichtet werden und die Grundlage für die in Kapitel 7 entwickelten Forschungsfragen sind. Kapitel 8 stellt schließlich das multi-methodale Forschungsvorgehen vor, bevor in Kapitel 9 die daraus generierten Ergebnisse in aller Ausführlichkeit dargelegt und erläutert werden. Diese werden im Anschluss daran in Kapitel 10 eingehend diskutiert, interpretiert und im Kontext des theoretischen Rahmens reflektiert, bevor die Arbeit in Kapitel 11 mit einem Fazit und Ausblick schließt.

3. Das Forschungsfeld Marzahn-Hellersdorf

Der Berliner Stadtbezirk Marzahn-Hellersdorf befindet sich am nordöstlichen Rand der deutschen Bundeshauptstadt und umfasst die fünf „Dörfer“ Biesdorf, Hellersdorf, Kaulsdorf, Marzahn und Mahlsdorf auf insgesamt 6.185 Hektar (siehe Abbildung 2). Rund 259.000 Einwohner leben in dem Bezirk, von denen sich 72 Prozent in den Großsiedlungsgebieten der Stadtteile Marzahn-Nord, -Mitte und -Süd sowie Hellersdorf-Nord, -Ost und -Süd auf nur einem Drittel der Bezirksfläche ballen (Amt für Statistik Berlin Brandenburg 2016b; Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf 2016).

Marzahn-Hellersdorf vereint zwei sehr unterschiedliche Siedlungsstrukturen, die mit einer auffälligen und differenzierten Sozialstruktur einhergehen. Auf zwei Dritteln der Bezirksfläche sind die Siedlungsgebiete Biesdorf, Kaulsdorf und Mahlsdorf geprägt von größtenteils traditioneller Bauweise mit offener niedriggeschossiger Bebauung. Sie sind deutschlandweit das größte zusammenhängende Siedlungsgebiet dieser Art (Public One GmbH 2015). Die Anwohnerschaft setzt sich zusammen aus einer langjährigen Stammbevölkerung sowie dem regelmäßigen Zuzug junger, sozial besser situerter Menschen. Der Erschließungs- und Ausbaubedarf der Verkehrsinfrastruktur gilt als vergleichsweise hoch und das Netz sozialer Infrastruktur weitmaschig und teilweise lückenhaft (Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf 2014a).

In den sechs Stadtteilen der Großsiedlungen Marzahns und Hellersdorfs dominieren dagegen deutlich die Plattenbauten der 1970er- und 1980er Jahre. Mit ihrer geschlossenen Bebauung, bis zu 21 Geschossen und rund 100.000 Wohnungen weisen sie eine gut erschlossene Verkehrs- und Infrastruktur auf (Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf 2014a; Public One GmbH 2015). Gleichzeitig gelten die Großsiedlungen zunehmend als Orte, aus denen besser situierte Menschen abwandern beziehungsweise bereits abgewandert sind und sozial Schwächere nachziehen.

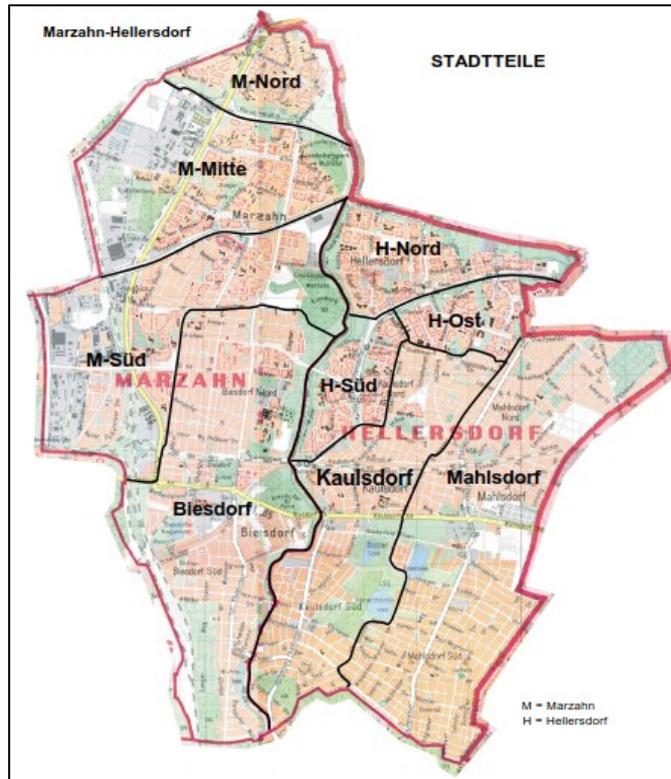


Abbildung 2: Karte von Marzahn-Hellersdorf
(Quelle: Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf 2015b, S. 29)

Gegründet im Jahr 1986 ist Marzahn-Hellersdorf der jüngste Bezirk Berlins. Stadt- und deutschlandweit ist er häufig als sozialer Brennpunkt mit rechtsradikaler Problematik bekannt. Nicht erst seit seiner Gründung, sondern viele Jahre weiter zurückgehend, war und ist Marzahn-Hellersdorf einem von besonderer Dynamik geprägten Wandel unterworfen. Um den Bezirk in seiner heutigen Konstitution zu verstehen, ist daher zunächst ein Blick in die Vergangenheit notwendig. Auf den folgenden Seiten wird die Entstehungsgeschichte Marzahn-Hellersdorfs ausführlich dargelegt, bevor im Anschluss daran eine differenzierte Darlegung der gegenwärtigen Situation und Strukturen erfolgt.

3.1 Vom Dorf zur Vorstadt

Die Fundstellen entlang der Wuhle, einem Spreezufluss, die sich durch Marzahn-Hellersdorf schlängelt, zeugen von einer bereits Jahrtausende alten Siedlungswanderung. Auch die sichtbare Geschichte des Bezirks, beziehungsweise der ursprünglichen Dörfer Marzahn, Biesdorf, Mahlsdorf und Kaulsdorf, lässt sich bis in das hohe Mittelalter im 14. Jahrhundert zurückverfolgen. Die damalige massive Siedlungspolitik slawischer und deutscher Fürsten bewirkte die Gründung eines sich verdichtenden Netzes von Gehöften und Dörfern, deren Bewohner das Land und die Böden bewirtschafteten (Michas 2016). Nach hohen Bevölkerungsverlusten im Zuge des Dreißigjährigen Kriegs (1618-1648) förderte die preußische Bevölkerungspolitik Mitte des 17. Jahrhunderts die Niederlassung sogenannter „Kolonisten“, pfälzer Bauern, die nach Marzahn kamen und dem Ort wirtschaftlichen Aufschwung brachten (Hübner 2016a).

Nach der Gründung des Deutschen Kaiserreichs im Jahr 1871 erfuhr Berlin als Hauptstadt einen fulminanten Aufschwung, der sich auch in einer starken Zunahme der Bevölkerung widerspiegelte. Innerhalb weniger Jahre verdoppelte sich die Einwohnerzahl auf eineinhalb Millionen und um die Stadt herum wuchsen die Siedlungsgebiete. Mit der Erschließung durch die Eisenbahn 1895 stieg auch die Einwohnerzahl der Dörfer Biesdorf, Kaulsdorf, Mahlsdorf, Marzahn und Hellersdorf um das Dreifache auf 13.000 an. Hatten noch bis in die 70er-Jahre des 19. Jahrhunderts vor allem Bauern die Region dominiert, entwickelte sich durch die zunehmende Ansiedlung kleiner und mittelständischer Industriebetriebe und den damit einhergehenden Zustrom neuer Anwohnerinnen und Anwohner eine zunehmend starke Differenzierung der Sozialstruktur in der Bevölkerung. Anders als in den westlichen Randgebieten Berlins waren es aber weniger die Reichen, sondern vor allem Angehörige der Arbeiterklasse und des Mittelstands, die sich im heutigen Marzahn-Hellersdorf niederließen. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs und mit der Eingemeindung aus dem Kreis Niederbarnim nach Berlin am 1. Oktober 1920 sowie den florierenden 1920er-Jahren stieg die Bevölkerungszahl bis 1933 nochmals bis auf 40.000 Menschen (Hübner 2016b).

Während des Dritten Reichs verbreitete sich wie fast überall in Deutschland auch in den Gebietsregionen des heutigen Marzahn-Hellersdorf eine nationalsozialistische Denkweise bei vielen Bewohnerinnen und Bewohnern sowie auch gleich-

zeitig Widerstand geleistet wurde. Etwa 30 Arbeits- und Zwangslager entstanden in dem Gebiet, wo mehrere tausend Zwangsarbeiter aus West- und Osteuropa gefangen gehalten wurden und die als Zwischenstation für die Deportation, insbesondere von Juden und Sinti und Roma, in Konzentrations- und Vernichtungslager genutzt wurden (Ifland 2016).

3.2 „Wo gestern noch die Bulle war, ist heute schon ein Boulevard“⁴: Marzahn-Hellersdorf in der Deutschen Demokratischen Republik

In dem im Nachkriegsdeutschland in vier Sektoren aufgeteilten Berlin fielen die Gebiete des heutigen Marzahn-Hellersdorf dem sowjetischen Sektor zu. Als Teil Ostberlins gehörten sie damit bis 1990 zur Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Bis Anfang der 1970er-Jahre blieb die Region unauffällig. 1973 geriet das Gebiet nach den Beschlüssen der SED-Führung zur Lösung der Wohnungsfrage in der DDR bis 1990 jedoch in den Fokus der Stadtplaner und begann in rasanter Geschwindigkeit sein bis dahin dörfliches Erscheinungsbild zu verändern. Unter den politischen und gesellschaftlichen Bedingungen des DDR-Sozialismus entstanden zwischen 1977 und 1989 in Plattenbauweise ca. 100.000 Wohnungen für rund 250.000 Menschen in sechs- bis elf- und zum Teil bis zu 22-geschossigen Häusern (Schilling 2010; Stahl 2013; Teresiak 2016).

Am 5. Januar 1979 wurde der Stadtbezirk Marzahn, vormals Teil von Berlin-Lichtenberg, offiziell gegründet. Der Wohnungsbau sowie die Schaffung der dazu gehörigen Infrastrukturen waren damals bereits in vollem Gange. Auch wurde Marzahn als bedeutender Standort von Industrie, Gewerbe und Dienstleistungsbetrieben geplant: „Ende der 80er-Jahre hatten ca. 39.000 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz im Stadtbezirk, davon 40 Prozent in der Industrie und im produzierenden Handwerk, 37 Prozent im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitswesen und sechs Prozent im Handel“ (Schilling 2010, S. 15).

Am 1. Juni 1986 erfuhr Marzahn wiederum eine Teilung, aus der der Stadtbezirk Hellersdorf mit den Ortsteilen Hellersdorf, Kaulsdorf und Mahlsdorf hervorging (Schilling 2010; Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf 2016). Waren die übrigen Ort-

⁴ Der Liedtext „Wo gestern noch die Bulle war, ist heute schon ein Boulevard“ wurde dem ehemaligen Ostberliner Stadtbaudirektor und späterem Ehrenvorsitzenden des Heimatvereins Marzahn-Hellersdorf Günter Peters folgend auf Biesdorfer und Marzahner Hausfluren im Zuge des industriellen Wohnungsbaus von 1977 bis 1988 gesungen (Peters 1998, S. 149ff.).

steile von dem SED-Wohnungsbauprogramm deutlich weniger betroffen – hier entstanden in einigen Bereichen Kleinhaussiedlungen (Teresiak 2016) – wurden wie in Marzahn auch im Ortsteil Hellersdorf Großsiedlungen in beispielloser Geschwindigkeit errichtet. Gemeinsam gelten sie als die „größte Platte“ Europas (Peters 1998, S. 5). Die Menschen, die ab 1977 in die Großsiedlungen zogen, hatten nach häufig vielen Jahren Wartezeit eine lang ersehnte Wohnungszuweisung erhalten. Insbesondere Familien aus Berlin und anderen Regionen der DDR zogen in die Neubauten, in deren Umfeld sie in den neu entstehenden Betrieben und Infrastruktureinrichtungen ihren Arbeitsplatz erhielten. Die Lebensbedingungen waren aufgrund der Großstadt im Aufbau nicht immer einfach. Dennoch boten die Wohnungen ihren Bewohnerinnen und Bewohnern einen bisher kaum geübten Komfort aus Fernheizung und Warmwasser für Küche und Bad (Teresiak 2016). So ergab eine dreistufige Befragungsrunde der Humboldt-Universität in den Jahren 1980, 1982 und 1986 zu „Wohnen in Marzahn“ eine grundsätzlich positive Einstellung und ein Gefühl der Verbundenheit gegenüber dem neuen Lebensumfeld, wenn auch immer wieder Kritik an der baulichen Qualität, der geringen Wohnungsgröße und der Infrastruktur im Allgemeinen geäußert wurde (Hübner 2010; Teresiak 2016).

3.3 Zerfall von Nachbarschaften und sozialer Niedergang: Marzahn-Hellersdorf nach der Wende

Nachdem die (damals noch zwei) Bezirke Marzahn und Hellersdorf ab den 1970er-Jahren innerhalb weniger Jahrzehnte in rasanter Geschwindigkeit und Größe errichtet worden waren, brachte die Wiedervereinigung der Deutschen Demokratischen Republik mit der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1990 dem Wohngebiet einen erneuten radikalen Umbruch. Während die Einwohnerzahl Berlins seit der Wiedervereinigung Deutschlands um fast fünf Prozent anwuchs, ging sie in Marzahn-Hellersdorf um knapp 11 Prozent zurück (Amt für Statistik Berlin Brandenburg 2016a). Allein zwischen 1990 und 2002 erlitt die Region einen Bevölkerungsverlust von mehr als einem Viertel und damit 12 Prozent ihrer Haushalte. 11.500 Wohnungen standen leer (Stahl 2013). Die Gründe hierfür waren vielfältig. Hatten sich die meisten Bewohner in den Großsiedlungen zwar stets weitestgehend positiv über ihr Wohnumfeld geäußert, so barg die Bausub-

stanz gerade derjenigen Gebäude, die in der Spätphase der DDR errichtet worden waren und wo ein rein quantitatives Denken die angestrebte höhere Qualität bereits verdrängt hatte, durchaus auch Unzufriedenheitspotenzial (degewo AG 2010; Hübner 2010).

Vor allem aber führte der Zusammenbruch der ostdeutschen Industrie dazu, dass zahlreiche Menschen in das alte Bundesgebiet abwanderten. Hinzu kamen der nun greifbar mögliche Wunsch vieler Familien nach einem Eigenheim in den Kleinsiedlungsgebieten und im Umland sowie die durch steuerliche Abschreiben geförderte Entstehung neuer Mietwohnungen in den 1990er-Jahren. Mit dem Einbruch der Geburtenrate nach der Wende veränderte sich außerdem die Haushaltsstruktur in den ursprünglich für Familien geplanten Wohnsiedlungen. Die Mehrpersonenhaushalte nahmen ab und damit auch die Nachfrage nach den zahlreichen Vier- und Fünfstückwohnungen (degewo AG 2010). In der ehemaligen „Kinderstube der Hauptstadt“, zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung noch der altersmäßig jüngste Bezirk Berlins, lebten immer weniger Kinder. Gingen 1995 noch 60.000 Kinder hier zur Schule, waren es im Jahr 2007 nur noch 20.000 – in keiner anderen Region Deutschlands fand jemals zuvor ein solch dramatischer Wandel in der Bevölkerungsentwicklung statt (Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf 2016).

Um dem Zerfall von Nachbarschaften und dem sozialen Niedergang ganzer Ortsteile, auch in anderen Regionen der ehemaligen DDR, entgegenzuwirken, verabschiedete das Bundeskabinett im August 2001 das Programm Stadtumbau Ost (degewo AG 2010). Für die Großwohnsiedlungen in Marzahn und Hellersdorf – durch die Berliner Verwaltungsreform im Januar 2001 nun wieder Teil eines fusionierten Bezirks Marzahn-Hellersdorf (einschließlich der Ortsteile Biesdorf, Kaulsdorf und Mahlsdorf) – bedeutete dies zwischen 2002 und 2007 einen planmäßigen Rückbau von mehr als 4.000 Wohnungen sowie den Abriss bzw. die Umnutzung diverser sozialer Infrastruktureinrichtungen wie Schulen, Kindergärten und Sporthallen. Die freigewordenen Flächen wurden für die Schaffung von oder Einbindung in Grünanlagen genutzt, für Schulhoferweiterungen und Einfamilienhausbau (Stahl 2013).

3.4 Erneute Umbrüche: Marzahn-Hellersdorf heute

Noch im Jahr 2004 sagte die Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung dem Bezirk bis 2020 einen weiteren Bevölkerungsrückgang um 7,4 Prozent voraus (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin 2004). Diese Prognose bestätigte sich nicht. Seit dem Jahr 2009 zeichnet sich in Marzahn-Hellersdorf ein erneuter und sich derzeit stark beschleunigender Umbruch in umgekehrter Richtung ab. Seine Ursachen und begleitenden Phänomene werden im Folgenden nachgezeichnet.

3.4.1 Binnenwanderungsgewinne und Rückgang des Wohnungsleerstands

Allein zwischen 2009 und 2016 wuchs die Einwohnerzahl in Marzahn-Hellersdorf wieder um 6,2 Prozent auf 259.373 Menschen an. Neueren Schätzungen zufolge wird sie bis 2030 um weitere 9,1 Prozent steigen (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin 2016). Damit einhergehend zeichnet sich eine deutliche Trendwende in der Entwicklung des Wohnungsleerstandes ab. Kletterte dieser zwischen 1998 und 2002 von 9,5 Prozent auf 14 Prozent (kommunalpolitisches forum e.V. (berlin) 2010), liegt er inzwischen nur noch bei etwa zwei Prozent (TOPOS Stadtplanung Landschaftsplanung Stadtforschung 2016).

Die wichtigste Ursache für den Rückgang des Wohnungsleerstands liegt in der Entwicklung Berlins zu einer weltweit nachgefragten Trendmetropole und der daraus resultierenden Dynamik und Mietsteigerung in den Innenstadtbezirken. Betrachtet man sich die Wanderungsbewegungen der Gesamtstadt, so fällt auf, dass die Innenstadtbezirke Berlins jährlich einen großen Außenwanderungsgewinn bei gleichzeitig hohen Binnenwanderungsverlusten verzeichnen. Während Menschen, die nach Berlin ziehen, sich präferiert in den innerstädtischen Quartieren niederlassen, führt dieser unvermindert anhaltende Trend des Zuzugsüberschusses dazu, dass Umzüge innerhalb der Stadt vorrangig in die Randgebiete erfolgen. In Abhängigkeit des Mietspiegels beziehungsweise der Sozialstruktur der jeweiligen Bezirke lässt sich so ableiten, welche Bevölkerungsschichten wohin ziehen (Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf 2014b).

Der Bericht *Monitoring Soziale Stadtentwicklung* demonstriert seit 2013 abnehmende soziale Problemlagen und eine Verbesserung des Status-Index in den bisher zum Teil stark belasteten Innenstadtbezirken (zum Beispiel Nord-Neukölln

und Moabit), während sich in den Übergangsbereichen und der äußeren Stadt Statusverschlechterungen abzeichnen. Diese relative Peripherisierung sozialer Ungleichheit ist vor allem dort besonders stark, wo Geschossbau dominiert (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt 2013, 2015; Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen 2017b). Marzahn-Hellersdorf ist mit seinen ausgeprägten Großwohnsiedlungen von der Dynamik intensiv betroffen. Der Bezirk verzeichnet gegenüber allen anderen Berliner Bezirken Wanderungsgewinne – am meisten aus Lichtenberg, gefolgt von Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln – und weist nach Reinickendorf den zweithöchsten Binnenwanderungsgewinn der Stadt auf (Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf 2014b). Das größte Wachstum erfolgt dabei in den sozial besonders schwachen Gebieten Hellersdorf-Ost und -Nord. Hier finden sich aufgrund unsanierter Wohnbestände noch günstigere Mieten, „woraus sich eine Zunahme vor allem sozial schwacher Einwohnergruppen ableiten lässt“ (Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf 2015a, S. 18).

3.4.2 Verstärkter Zuzug von Menschen mit Migrationshintergrund

Die Unterschiede im Wanderungssaldo zwischen Peripherie und Innenstadt weisen auf mögliche gesamtstädtische Prozesse der Gentrifizierung hin (Bever et al. 2015). Die vergleichsweise niedrigen Mieten in den Großwohnsiedlungen Marzahn-Hellersdorfs ziehen vor allem sozial schwächere Familien an, die aus den Innenstadtbezirken an den Stadtrand verdrängt werden (Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf 2014a, 2014b). „Dabei handelt es sich zunehmend um Familien mit Migrationshintergrund aus Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln. Marzahn-Hellersdorf hat auch bei Ausländer_innen den zweithöchsten Binnenwanderungsgewinn aller Bezirke“ (Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf 2014b, S. 4).

Weit mehr Ausländerinnen und Ausländer ziehen in den Bezirk hinein als fort (Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales Berlin 2013). Diese Entwicklung ist insofern bedeutungsvoll, als dass Marzahn-Hellersdorf bisher mit nur 14,9 Prozent den zweitniedrigsten⁵ Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund in ganz Berlin (29,9 Prozent) aufweist. Deren Mehrheit kommt mit 45,1 Prozent – mehr als in jedem anderen Berliner Bezirk – aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion (Berlin gesamt: 11,3 Prozent). 28,2 Prozent der Migrantinnen und Mig-

⁵ Nur Treptow-Köpenick hat mit 10,7 Prozent weniger Migranten (Stand: 31.12.2015, Amt für Statistik Berlin Brandenburg 2016b).

ranten stammt aus islamisch geprägten Ländern (Berlin gesamt: 32,7 Prozent). 23,7 Prozent der Migrantinnen und Migranten stammt aus der EU (Berlinweit: 32,7 Prozent), deren größter Anteil wiederum mit 9,7 Prozent aus Polen (Berlin gesamt: 9,9 Prozent).⁶ Einer historischen Besonderheit geschuldet haben außerdem 10 Prozent der Personen mit Migrationshintergrund vietnamesische Wurzeln.⁷

Mit den Umbrüchen der letzten Jahre wird die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund größer. In Schwerpunktarealen, wie beispielsweise rund um die Hellersdorfer Promenade, haben inzwischen mehr als 40 Prozent der Kinder einen Migrationshintergrund (Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf 2016).

3.4.3 Steigender Altersschnitt

Das seit 2009 andauernde Bevölkerungswachstum in Marzahn-Hellersdorf lässt sich zu zwei Dritteln auf Menschen mit Migrationshintergrund zurückführen (Amt für Statistik Berlin Brandenburg 2016b). Deren Altersschnitt liegt deutlich unter dem der ansonsten überwiegend deutschen Bevölkerung, was insbesondere in den Großsiedlungen sichtbar ist.⁸ Dennoch ist im Bezirk ein massiver Anstieg der Rentnerinnen- und Rentnerzahlen absehbar (Public One GmbH 2015; Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf 2016).⁹ Die besondere demographische Situation erklärt sich vor allem durch die Struktur in den Großwohnsiedlungen, die vielfach seit einer Generation bewohnt sind. Aus dem „Elternberg“ der ursprünglich jungen Familien mit Kindern ist inzwischen zunehmend ein „Großelternberg“ gewor-

⁶ Die Daten entstammen eigenen Berechnungen auf Grundlage der Zahlen des Statistischen Berichts A I 5 –hj2/15 des Amtes für Statistik Berlin Brandenburg (2016b) (Stand: 31.12.2015).

⁷ In den 1980er Jahren holte die DDR-Führung etwa 60.000 Vertragsarbeiter aus der Sozialistischen Republik Vietnam ins Land. Diese kamen zu Hunderten separiert in Marzahn und Hohenschönhausen in großen Wohnheimen unter. Nach der Wende mussten viele nach Vietnam zurückkehren, einige Tausend durften jedoch bleiben. Sie werden heute als unauffällige und freundliche Nachbarn wahrgenommen, die Läden, Kleinunternehmen und Marktstände betreiben, ansonsten aber vor allem unter sich bleiben. Dennoch scheint es ihnen ausgesprochen gut zu gelingen, ihre Kinder in das hiesige Bildungssystem zu integrieren (Marburg 2016).

⁸ Mit 32,2 Jahren sind die Migrantinnen und Migranten im Mittel mehr als zehn Jahre jünger als der bezirkliche Durchschnitt (Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf 2015a). Der Anteil der Kinder unter sechs Jahren sowie zwischen sechs und 15 Jahren liegt in den Großsiedlungen mit 11,9 zu 6,8 Prozent und mit 14,1 zu 8,1 Prozent signifikant über dem der Menschen ohne Migrationshintergrund. Bei Personen über 55 Jahren ist dieser Trend genau umgekehrt (Amt für Statistik Berlin Brandenburg 2016b). Die Stadtteile mit der jüngsten Bewohnerstruktur sind Marzahn-Nord, Hellersdorf-Nord sowie Hellersdorf-Ost (Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf 2015a).

⁹ Der Altersdurchschnitt in Marzahn-Hellersdorf liegt mit 43,5 Prozent derzeit knapp über dem Berliner Durchschnitt (42,8 Prozent). Aufgrund der demographischen Welle altert die Bevölkerung im Bezirk jedoch deutlich schneller als in anderen Stadtregionen. Lag das Durchschnittsalter 1991 noch 10 Jahre unter dem Berliner Mittelwert, so stieg es seitdem um 12,8 Jahre an, während es in der Gesamtstadt nur 3,7 Jahre waren (Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf 2014a).

den (Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf 2015a, S. 7). Offiziellen Schätzungen zufolge wird der Anteil der älteren Bevölkerung bis zum Jahr 2030 sogar um 190 Prozent steigen und dann mit ca. 29 Prozent den Berlin weit höchsten Rentneranteil aufweisen (Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf 2016).¹⁰ Bereits jetzt ist der Anteil an Grundsicherungsempfängerinnen und -empfängern bei älteren Menschen ab 65 Jahren hoch, insbesondere in den sozial schwächsten Stadtteilen Marzahn-Nord und Hellersdorf-Nord. Perspektivisch wird er jedoch sogar noch zunehmen, da bereits viele Hartz IV-Empfängerinnen und -Empfänger hier leben, die aufgrund unzureichender Rentenansprüche potenziell Grundsicherung benötigen werden (Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf 2015b).

3.4.4 Arbeitslosigkeit und soziale Belastung

Ende 2014 betrug der Anteil der Hartz IV-Empfangenden 23 Prozent. Dieser Wert liegt mit fünf Prozentpunkten deutlich über dem Berliner Durchschnitt und nimmt im gesamtstädtischen Vergleich den vierthöchsten Rang ein. Zwar sind die Zahlen derjenigen, die Transfermittel empfangen, im Bezirk insgesamt rückläufig. Von diesem positiven Trend können jedoch Kinder und Jugendliche, insbesondere die von Alleinerziehenden¹¹, sowie ältere Menschen und Menschen mit ausländischen Wurzeln nicht profitieren (Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf 2014a, 2015b).

Das Gefälle zwischen den Groß- und den Kleinbausiedlungen ist dabei erheblich: In den Großwohnsiedlungen leben 30 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner unter 65 Jahren von Hartz IV, im Siedlungsgebiet sind es nur fünf Prozent. Auch innerhalb der Stadtteile und Sozialräume gibt es ein deutliches Süd-Nord-Gefälle. In den nördlichen Stadtteilen der Großsiedlung Marzahn-Nord und Hellersdorf-Nord – den Stadtteilen mit der jüngsten Wohnbevölkerung und einem vergleichsweise hohen Migrantinnen- und Migrantenanteil – beträgt die Hartz IV-Quote 38 bzw. 37 Prozent, in einzelnen Sozialräumen sogar bis zu 46 Prozent (Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf 2015b). Am stärksten von der Armut betroffen sind Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren. Knapp 39 Prozent leben in Haus-

¹⁰ Gemeinsam mit dem Bezirk Steglitz-Zehlendorf.

¹¹ Der Anteil von Kindern, die in Marzahn-Hellersdorf bei einem alleinerziehenden Elternteil aufwachsen, ist besonders hoch. Von den 2.500 Erstklässlerinnen und Erstklässlern, die im Schuljahr 2014/15 eingeschult wurden, leben 25,6 Prozent bei einem alleinerziehenden Elternteil, welches Berlin weit (18,8 Prozent) der höchste Wert ist (Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales Berlin 2015).

halten mit ALG II-Bezug, bei den unter 6-Jährigen sind es sogar 43 Prozent (Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf 2015b). Auch hier ist der Unterschied zwischen den Groß- und Kleinwohnsiedlungsgebieten eklatant: Stammen in den Kleinhaussiedlungen nur ca. sechs Prozent der Kinder aus Familien mit Hartz IV-Bezug, sind es in den nördlichen Stadtteilen Marzahn-Nords und Hellersdorf-Nords zum Teil mehr als 60 Prozent (Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf 2014a).

Dem Handlungsstrukturatlas Berlin 2013 folgend treffen in Marzahn-Hellersdorf hohe Anteile an Empfängerinnen und Empfängern von Arbeitslosengeld I, die Berlin weit höchsten Anteile an Arbeitslosen nach SGB II¹², jedoch gleichzeitig auch die höchsten Anteile abhängig sozialversicherungspflichtig Beschäftigter auf ein im Bezirksvergleich unterdurchschnittliches, jedoch solides Bildungsniveau (Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales Berlin 2013). Dies deckt sich mit der Grundauswertung der Einschulungsdaten in Berlin 2014: Der Anteil der Kinder von Eltern mit mittlerem Bildungsabschluss ist in Marzahn-Hellersdorf stadtweit am höchsten. Kinder von Eltern mit einem hohen Bildungsniveau sind dagegen deutlich unterrepräsentiert (Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales Berlin 2015).

Betrachtet man sich die Entwicklungen der letzten Jahre in Marzahn-Hellersdorf und die sich daraus ableitenden Zahlen, so muss im Bezirksvergleich – insbesondere mit Blick auf die Großwohnsiedlungen – von einer ungünstigen und sich zunehmend verfestigenden Sozialstruktur ausgegangen werden (Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales Berlin 2013; Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf 2015b). Hinsichtlich der sozialen Belastung liegt Marzahn-Hellersdorf zwar wie bereits im Sozialstrukturatlas¹³ 2008 auf Platz 9 von 12 – vor Neukölln, Mitte und Spandau. Auf der Ebene der Sozialräume¹⁴ hat sich die Lage des Bezirks jedoch verschlechtert. Mit der Hellersdorfer Allee, dem Boulevard Kastanienallee und der Alten Hellersdorfer Promenade befinden sich inzwischen drei Marzahn-Hellersdorfer Sozialräume auf den fünf letzten Rangplätzen Berlins (Senatsver-

¹² Sozialgesetzbuch zweites Buch zur Grundsicherung für Arbeitssuchende.

¹³ Der Berliner Sozialstrukturatlas ist ein Instrument der quantitativen, interregionalen und intertemporalen Sozialraumanalyse und -planung in den Berliner Bezirken und Sozialräumen. Er wird seit 1990 ein Mal pro Legislaturperiode von der Berliner Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales herausgegeben. Anhand verschiedener Indikatoren aus den Bereichen Bevölkerungs- und Haushaltsstruktur, Bildung, Erwerbsleben, Einkommen, materielle Lage und Gesundheit zeigt er – komprimiert zu drei Indizes – ein komplexes Bild des sozialstrukturellen Querschnitts in den verschiedenen Stadträumen auf (Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales Berlin 2013).

¹⁴ Die Berliner Stadtbezirke sind nochmals in Stadtteile und diese wiederum in kleinteiligere Sozialräume unterteilt. Marzahn-Hellersdorf besteht aus neun Stadtteilen und 33 Sozialräumen (Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf 2015b).

waltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz Berlin 2008; Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales Berlin 2013).

3.4.5 Rechte Stimmungslage

Spätestens seit dem Sommer 2013 wird der Bezirk Marzahn-Hellersdorf bundesweit immer wieder mit rechtsextremen und rassistischen Vorkommnissen in Verbindung gebracht. Zu dieser Zeit wurde, zum Unmut vieler Anwohnerinnen und Anwohner, in Hellersdorf eine Flüchtlingsunterkunft in der Carola-Neher-Straße eröffnet. Auf einer Informationsveranstaltung des Bezirksbürgermeisters kam es zu lautstarken Auseinandersetzungen mit hunderten Bürgerinnen und Bürgern, die mit ihrer rechtsradikalen „Nein-zum-Heim“-Kampagne gegen die Unterkunft demonstrierten. Vom Spätherbst 2014 bis zum Frühjahr 2015 mobilisierte die *Bürgerbewegung Marzahn-Hellersdorf*, eine Organisation mit großer ideologischer Nähe und zum Teil Überschneidungen mit der rechtsextremen NPD, zeitweise hunderte von Menschen auf sogenannten „Montagsdemos“ und weiteren Kundgebungen, um gegen Flüchtlings- und Asylunterkünften auf die Straße zu gehen. In der zweiten Hälfte des Jahres 2015 riefen die Initiatoren der „Montagsdemos“ zudem zu „Kiezspaziergängen“ in der Nähe von Flüchtlingsunterkünften auf und deklarierten diese als eine Art „Bürgerpatrouillen“ (Polis* 2015).

Besonders sichtbar seit den Ereignissen von 2013 hatten sich bereits etliche Jahre zuvor im Bezirk rechtsextreme Strukturen etabliert, beispielsweise in Form von Kneipen und Bars als „einschlägige Treffpunkte des rechtsextremistischen Milieus“ (Polis* 2015, S. 5). Gleichzeitig war jedoch die Wahrnehmung rechter Gesinnung in den Augen vieler Anwohnerinnen und Anwohner gefühlt zurückgegangen und damit einhergehend auch die Sensibilität gegenüber dieser Problematik. Mit der Auseinandersetzung um die Unterkunft in der Carola-Neher-Straße wurde jedoch eine breite Zustimmung zu offenen rassistischen Positionen in Teilen der Bevölkerung deutlich. Sie zeigt sich unter anderem durch eine erhöhte Präsenz rechter Symbolik im öffentlichen Raum sowie in den Ergebnissen der Bundestagswahl im September 2013, bei welcher die NPD mit 3,9 Prozent der Zweitstimmen ihr stadtweit bestes Ergebnis erhielt (Bever et al. 2015). Bei den Berliner Wahlen zum Abgeordnetenhaus im September 2016 wurde die AfD in Marzahn-Hellersdorf mit 23,6 Prozent im einzigen aller Berliner Bezirke zweit-

stärkste Kraft, nur knapp hinter der Linkspartei. In einzelnen Wahlkreisen Marzahn-Nords und -Mitte erhielt sie sogar bis zu 29 Prozent aller Stimmen (Amt für Statistik Berlin Brandenburg 2016c).

Seit 2008 erfasst und veröffentlicht die *Bezirkliche Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf, Polis**, Vorkommnisse¹⁵ im Bezirk, die im Zusammenhang mit antisemitischen, rechtsextremen und rassistischen Wahrnehmungen stehen. Besonders im Jahresbericht von 2015 zeigten sich „alarmierende statistische Entwicklungen hinsichtlich des Rechtsextremismus und des sichtbaren Rassismus“ (Polis* 2015, S. 3). So hat sich im Vergleich zum Vorjahr die Anzahl von Angriffen auf Flüchtlinge und andere Migrantinnen und Migranten sowie politische Gegnerinnen und Gegner verdreifacht und die Anzahl an rechtsextremen öffentlichen Veranstaltungen sogar verachtfacht. Dieser massive Anstieg in der Anzahl von Angriffen, Beleidigungen, Pöbeleien und Drohungen ging einher mit einem deutlichen Rückgang der Hemmschwelle zur Gewaltanwendung, sowohl gegen Menschen – Migrantinnen und Migranten gleichermaßen wie Flüchtlingshelferinnen und -helfer, Lokalpolitikerinnen und -politiker – sowie gegen die Unterkünfte selbst.¹⁶ „Mit 72 gemeldeten Angriffen belegt Marzahn-Hellersdorf im berlinweiten Vergleichen einen Spitzenplatz in der Statistik“ (Polis* 2015, S. 22). Der Schwerpunkt lag 2015 vor allem in Marzahn-Mitte, während die Angriffe in Hellersdorf im Vergleich etwas zurückgingen. Nicht alle Vorfälle waren dabei dem „organisierten deutschvölkischen Rechtsextremismus“ zuzuordnen. Viele erfolgten auch „alltagsrassistisch“ motiviert, welches ein Hinweis darauf sei, dass die „Sagbarkeit bestimmter ideologischer Positionen des Rechtsextremismus“ auch in der „bürgerlichen Mitte“ angekommen ist und sich in nicht unerheblichen Teilen der Bevölkerung eine teilweise verhärtende Demokratiedistanz ausgebildet hat (Polis* 2015, S. 7).

¹⁵ Die Vorfälle werden wie folgt kategorisiert: Angriffe (physische Gewalt gegenüber Personen), Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleien, Sachbeschädigung, Propaganda (Schmierereien, Aufkleber- und Plakataktionen, Internet-Mobilisierung), Veranstaltungen (Kundgebungen, Demonstrationen, Parteiveranstaltungen, Infostände, sonstige Ansammlungen im öffentlichen Raum), BVV (Aktivitäten rechtsextremistischer Akteure in der Bezirksverordnetenversammlung bzw. gegen Bezirksverordnete oder Sitzungen), Sonstiges (Abspielen rechtsextremer Musik, Skandieren von Parolen, o.ä.) (Polis* 2015).

¹⁶ Es sei an dieser Stelle zu betonen, dass „die nicht immer sachlich und konstruktiv geführte bundesdeutsche Auseinandersetzung um die Flüchtlingspolitik spätestens seit Spätsommer 2015“ (Polis* 2015, S. 6) hier eine beschleunigende Wirkung hatte.

3.4.6 Zivilgesellschaft und Demokratieentwicklung

Neben all diesen besorgniserregenden Trends und Entwicklungen in Marzahn-Hellersdorf, über die immer wieder in den Medien berichtet wurde, darf nicht unberücksichtigt bleiben, dass in dem Bezirk in den letzten Jahren auch viele neue und stabile Strukturen im Bereich der Demokratieentwicklung entstanden sind. Als Reaktion auf die Ausschreitungen um die Flüchtlingsunterkunft in der Carola-Neher-Straße gründete sich beispielsweise 2013 die Initiative *Hellersdorf hilft* als mehrfach ausgezeichnetes Solidaritätsnetzwerk. 2014 schließlich entstand unter der Schirmherrschaft des damaligen Bezirksbürgermeister Stefan Komoß das *Bündnis für Demokratie und Toleranz am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf*, welches sich zu einem zentralen bezirksgesellschaftlichen Vernetzungsforum für die Bekämpfung von Rechtsextremismus entwickelt hat. Unter anderem ist das Bündnis Initiator des Bürgerfestes *Schöner leben ohne Nazis am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf* (Bever et al. 2015; Polis* 2015). Zudem stieg die Registrierung von Freiwilligen, die sich im Bereich der Flüchtlingsunterstützung ehrenamtlich engagieren wollen, deutlich an (Polis* 2015).

Auch die Autorinnen und Autoren um Arlen Bever (2015) betonen in ihrem Buch zu sozialräumlicher Demokratieentwicklung neben all den tiefgehenden Problemen ebenso die zivildemokratischen Anstrengungen, Stärken und Potenziale des Bezirks. Auf der Basis von sozialstrukturellen Daten und Experteninterviews mit lokalen Akteurinnen und Akteuren untersuchten Bever et al. (2015) die demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten auf zivilgesellschaftlicher Ebene in Marzahn-Hellersdorf sowie die Erfahrungen und Auseinandersetzungen der Bevölkerung mit Diskriminierung und alltagsrassistischen Erscheinungsformen. Fokus des Projekts war es, „die Grundlage für ein Handlungskonzept zur sozialräumlichen Demokratieentwicklung zu erarbeiten“, „Inseln“ mit Entwicklungspotenzial zu identifizieren und auszuweiten als auch „die Untersuchung von Gelingensbedingungen oder Hemmnissen auf struktureller, räumlicher, kultureller sowie partizipativer Ebene“ (Bever et al. 2015, S. 9).

Des Weiteren betrachteten die Autoren den Zusammenhang von lokalen sozialen Milieus, relevanten (zivilgesellschaftlichen) Akteurinnen und Akteuren und Initiativen sowie lokalen Netzwerken. Der lokale Fokus der Untersuchung lag auf den Bezirksregionen Marzahn-Nord, Hellersdorf-Nord und Hellersdorf-Ost, welche durch besonders hohe soziale Belastungen geprägt sind. Die Ergebnisse verwei-

sen auf eine positive Angebots- und Projektvielfalt lokaler Angebote, welche vor allem durch gut vernetzte, etablierte Träger und institutionalisierte Strukturen zur Verfügung gestellt werden. Deren Nutzung und Reichweite scheint jedoch insofern begrenzt zu sein, als dass ihre Formate eine gewisse Geschlossenheit aufweisen und den bestehenden Bedarf jenseits der immer gleichen Akteurinnen und Akteure nicht ausreichend erfassen beziehungsweise abdecken können. Trotz zum Teil sehr niedrighschwelliger Angebote im Rahmen der nachbarschaftlichen Gemeinwesenarbeit durch 13 Stadtteilzentren und vier Quartiersmanagements¹⁷, welche ganz wesentlich zum sozialen Zusammenhalt im Bezirk beitragen, wird nur ein Teil der Bewohnerinnen und Bewohner erreicht: „Viele Menschen sind mit der Bewältigung des Alltags mehr als ausgelastet und vielmehr auf eine starke soziale Unterstützung angewiesen. Zugleich wird der Handlungsbedarf deutlich: Die Menschen fühlen sich nicht legitimiert teilzunehmen“ (Bever et al. 2015, S. 171).

Der gefühlte Mangel an Legitimierung mag in Teilen an einer zu starken Institutionalisierung der Angebotsstrukturen und an den am tatsächlichen Bedarf vorbeigehenden Inhalten liegen, die zu ermitteln die richtigen Wege oftmals noch nicht gefunden sind. Vor allem aber hängen sie mit einem grundlegenden Wandel in der Bürgergesellschaft zusammen, von welchem mitnichten nur der Bezirk Marzahn-Hellersdorf betroffen ist. Die Bedeutung klassischer, politischer Organisationsformen wie Parteien und Gewerkschaften geht immer mehr zurück, während sich die Menschen zunehmend zu einzelnen Themen in lokalen, zivilgesellschaftlichen Netzwerken organisieren (Brömme und Strasse 2001; Bever et al. 2015). Die neuen Beteiligungsformen werden jedoch vor allem von politisch aktiven und gut gebildeten Bürgerinnen und Bürgern der Mittelschicht genutzt, während sozial benachteiligte Gruppen, wie sie in Marzahn-Hellersdorf häufig vorkommen, vielfach ausgeschlossen werden. Eine noch intensivere Stärkung der lokalen Akteurinnen und Akteure in den vernachlässigten Sozialräumen scheint daher dringend notwendig, um die lokalen sozio-kulturellen Infrastrukturen zu sichern und aufrechtzuerhalten oder erst aufzubauen (Bever et al. 2015).

¹⁷ Seit 1999 unterstützt das Berliner Quartiersmanagement (QM) benachteiligte Stadtquartiere im Rahmen des Städtebauförderprogramms „Soziale Stadt“. Das Ziel ist es, Stadtteile mit besonderen sozialen Integrationsaufgaben zu stabilisieren sowie die Folgen von gesellschaftlicher Benachteiligung abzumildern oder zu kompensieren. Die Bewohnerinnen und Bewohner sollen dabei aktiv in die Weiterentwicklung ihrer Kieze eingebunden werden. Fördergebiete in Marzahn-Hellersdorf sind seit 1999 das QM Marzahn NordWest in der Bezirksregion Marzahn-Nord, seit 2005 die QMs Mehrower Allee in Marzahn-Mitte und Hellersdorfer Promenade in Hellersdorf Nord sowie seit 2015 das QM Boulevard Kastanienallee in Hellersdorf-Ost (Quartiersmanagement Berlin 2016).

Aufgrund der gesellschaftlichen Veränderungen, des demographischen Wandels und der veränderten Wanderungsbewegungen steht Marzahn-Hellersdorf mit seiner bislang im Querschnitt eher homogenen Anwohnerschaft, insbesondere in den Gebieten der Großwohnsiedlungen, vor enormen Herausforderungen. Wo die soziale Situation vor allem durch Armutslagen und zum Teil Perspektivlosigkeit geprägt ist, finden auch Zuzüge fast immer nur im Zwangskontext statt. Die Etablierung einer offenen Willkommenskultur fällt in diesem Zusammenhang, gepaart mit dem in bestimmten Regionen wachsenden Fremdenhass, doppelt schwer. Gerade die hinzukommenden migrantischen Gruppen können zum Teil nur wenig an bestehende Strukturen anknüpfen, es fehlt an einer eigenen Vertretung und Unterstützung in der Alltagsbewältigung (Bever et al. 2015).

Die intensive Auseinandersetzung mit Marzahn-Hellersdorf macht deutlich, dass es sich – zumindest in den Regionen, die von Geschossbau dominiert werden und auf die sich in dieser Arbeit weitestgehend bezogen wird – um einen Stadtbezirk mit hoher Problemdichte handelt, der immer wieder massiven sozialräumlichen Wandlungsprozessen unterworfen ist und der seit Jahren hohe Segregations Tendenzen aufweist. Des Weiteren handelt es sich bei Marzahn-Hellersdorf nicht um „irgendeinen“ Randbezirk mit negativer Sozialprognose, sondern um eine in der ehemaligen DDR entstandene Wohnsiedlung und Teil der deutschen Hauptstadt Berlin, deren historische Entstehungsbedingungen in der Auseinandersetzung einer Berücksichtigung bedürfen. Bevor also das an späterer Stelle unter Kapitel 8 geschilderte Forschungsvorgehen im Sinne einer Untersuchung der Resilienz- und Vulnerabilitätskonstruktionen im Bezirk unternommen werden kann, setzt sich das folgende Kapitel zunächst mit dem Segregationsbegriff in Städten im Allgemeinen sowie in Bezug auf Großwohnsiedlungen auseinander. Dabei fließen auch Bezüge aus der Forschungsliteratur zu ostdeutschen Großwohnsiedlungen mit ein.

4. Segregation

„Die Segregation von Bevölkerungsgruppen ist eine Form der sozialräumlichen Organisation der Gesellschaft“ (Hannemann 2013, S. 68). Sie beinhaltet die Konzentration bestimmter sozialer Gruppen auf bestimmte Teilräume einer Stadt oder Stadtregion und kann Konsequenzen für die soziale Ordnung einer Gesellschaft und die Lebensführung und Lebenschancen der dort lebenden Bewohnerinnen und Bewohner haben. Ablesbar ist sie an ökonomischen, demographischen und kulturellen Merkmalen wie dem Haushaltseinkommen, der Altersstruktur, den Lebensstilen oder ethnischen Zugehörigkeiten (Häußermann und Siebel 2004). In den folgenden Abschnitten wird ein Überblick über die relevanten Entwicklungen und Thesen der Segregationsforschung in Städten gegeben. Kapitel 4.1 befasst sich mit segregierten Stadtteilen im Allgemeinen. Kapitel 4.2 legt den Fokus auf segregierte Großwohnsiedlungen, um das hier behandelte Großwohnsiedlungsgebiet Marzahn-Hellersdorf in einen entsprechenden Kontext zu betten.

4.1 Segregierte Stadtteile

Bereits zu Zeiten der Industrialisierung und früher sah man die Segregation in Städten nach Klassen- und Schichtzugehörigkeiten als problematisch an, da die Bezirke der städtischen Unterschichten „Gefahrenherde für die öffentliche Gesundheit und die politische Ordnung“ (Häußermann und Siebel 2004, S. 149) darstellten. Die dort herrschenden „demoralisierenden Einflüsse“ (S. 150) und die „Beeinträchtigung der Lebenserwartung“ (S. 150), die bereits der Philosoph und Gesellschaftstheoretiker Friedrich Engels (1820-1895) kritisierte, spielen in Segregationsanalysen auch bis heute eine Rolle (Häußermann und Siebel 2004).

Ein Großteil der gegenwärtig gängigen Thesen zu segregierten Stadtteilen und sozialräumlicher Ungleichheit haben jedoch ihren Ursprung in amerikanischen Großstädten seit Beginn der 1980er-Jahre und in Europa, vor allem Frankreich, seit Beginn der 1990er-Jahre. Damals stieg die Zahl der von Armut und Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen in den Städten der westlichen Industrienationen deutlich an. Damit einhergehend und flankiert durch Globalisierungsprozesse sowie den Rückzug des Staates, unter anderem aus sozialen Bereichen wie dem

sozialen Wohnungsbau, nahm die räumliche Konzentration von Armut in bestimmten städtischen Teilgebieten zu und führte zu einer Spaltung in der Sozialstruktur und neuen Qualität von sozialer Ungleichheit (Farwick 2004; Häußermann und Kapphan 2004; Häußermann et al. 2004; Franke und Schnur 2016):

Immigration und wachsende Ungleichheit vergrößern die sozialen Distanzen innerhalb der Gesellschaft, und diese werden durch selektive Mobilität in neue sozialräumliche Strukturen übersetzt. Wenn die Zahl der Arbeitslosen und der Fremden in einem Quartier wächst und die öffentlich sichtbaren Probleme zunehmen, beginnen diejenigen, die sich einen ‚besseren‘ Wohnort leisten können, wegzuziehen [...]. Diese soziale Entmischung führt zu einer großräumigen Segregation zwischen Innenstadt und Vororten, bei der in der Innenstadt die Armen, die Alten, die Ausländer und die Arbeitslosen zurückbleiben. In die frei werdenden Wohnungen ziehen vorrangig Haushalte ein, die andernorts keine Wohnung mehr finden, weil sie mit vielen Problemen belastet sind und diskriminiert werden. Segregation zwischen Umland und Innenstadt im Zuge der Suburbanisierung ist die eine Form sozialer Entmischung, die Konzentration ethnischer Minderheiten und Armer in der Innenstadt und das Vordringen von einkommensstarken Haushalten in aufgewerteten Innenstadtgebieten (Gentrification) eine andere. (Häußermann et al. 2004, 12f.)

Statt der in der traditionellen Ungleichheitsforschung bislang unterstellten Hierarchie eines gesellschaftlichen „Oben“ und „Unten“ zwischen „Ausbeutern“ und „Ausgebeuteten“ zeichnete sich diese neue Spaltung nun in einem „Dinnen“ oder „Draußen“, in „Zugehörigen“ und „Ausgegrenzten“ ab, in deren Zusammenhang ein großer Teil der Stadtbewohnerinnen und -bewohner ökonomisch entbehrlich zu sein schien (Häußermann und Kapphan 2004; Häußermann et al. 2004).

In den USA setzte sich für die zumeist von afroamerikanischer und hispanischer Armutsbevölkerung bewohnten „Ghettos“ der Großstädte der Begriff *urban underclass* durch. In Europa sprach man von einer *sozialen Exklusion* der Bevölkerung dieser Gebiete, die sich in sozialer und ökonomischer Chancenlosigkeit äußerte (Farwick 2004). Trotz oberflächlicher Ähnlichkeiten in der sozialen Morphologie und in den Repräsentationen und Analogien jener Orte unterschieden sich die Ghettos in den USA von den Arbeitervierteln an den Stadträndern Europas deutlich in Struktur, Funktion, Größe und politischer Handhabung (Wacquant 2018). Durch die historische Bausubstanz, Baudenkmäler im Stadtzentrum und die Tradition der europäischen Stadtkultur etwa erhielten die europäischen Innenstadt-

randgebiete allein national- und stadtpolitisch mehr Förderung und Aufmerksamkeit, als es in amerikanischen Städten üblich war/ist (Häußermann und Kapphan 2004). Zudem verweist der amerikanische *Unterklasse*-Begriff auf eine bereits verfestigte soziale Lage, während *Exklusion* sowohl den Zustand als auch vor allem den Prozess der Ausgrenzung einschließt. Exklusion fokussiert damit nicht nur die Betroffenen selbst, sondern nimmt auch die Institutionen und Akteurinnen und Akteure der Ausgrenzung in den Blick (Häußermann et al. 2004). Beiden gemein ist die Betrachtungsweise, dass die sozialräumliche Struktur einer Stadt als Ausdruck ihrer Sozial- und Machtstruktur gewertet werden kann, die zu einer Verteilung von Lebenschancen beiträgt, soweit diese durch den Wohnstandort beeinflusst werden (Häußermann und Siebel 2004).

Im Allgemeinen unterscheidet die Segregationsforschung zwischen *freiwilliger* und *erzwungener* sowie zwischen *sozialer* und *ethnischer* Segregation. Soziale Segregation erfolgt überwiegend nach ökonomischen Kriterien, ethnische Segregation beruht auf kulturellen Differenzen:

Das Zusammenspiel von Ressourcen und Präferenzen generiert unterschiedliche Handlungsspielräume bei der Wohnstandortwahl. Wenn vor allem die Präferenzen für Segregation verantwortlich sind, können wir von *freiwilliger oder aktiver Segregation* sprechen; wenn die Wohnstandortwahl vor allem aufgrund von Restriktionen, also aufgrund der Unmöglichkeit, die eigenen Wünsche zu realisieren, zustande kommt, sprechen wir von *erzwungener oder passiver Segregation*. Diese ergibt sich aus einem Mangel an ökonomischen Ressourcen und aus sozialer Diskriminierung und führt dazu, dass sich Haushalte in ähnlich marginalisierter Lage in benachteiligten Quartieren konzentrieren. Die marginale soziale Lage kann sich durch das Wohnen in solchen segregierten Gebieten verfestigen und verschärfen, so dass aus benachteiligten Quartieren benachteiligende Quartiere werden. (Häußermann und Siebel 2004, S. 159)

Zum Problem wird Segregation folglich erst, wenn sie nicht freiwillig erfolgt, das heißt nicht alle Bevölkerungsgruppen die gleichen Entscheidungsmöglichkeiten haben, sich ihren Wohnstandort nach ihren eigenen, jeweiligen Präferenzen auszuwählen (Hannemann 2013). Während exklusive Quartiere, die vor allem von wohlhabenderen Bevölkerungsgruppen bewohnt werden, eher selten mit Besorgnis betrachtet werden, gelten „Problembezirke“ gemeinhin als benachteiligte Stadtgebiete mit einkommensschwachen Haushalten und/oder ethnischen Minderheiten, in denen sich durch soziale Ungleichheit, soziale Polarisierung und

sozialräumliche Fragmentierung problematische Entwicklungen überlagern, konzentrieren und verfestigen (Franke und Schnur 2016).

Der Stadtsoziologe Hartmut Häußermann (1943-2011), der sich der Thematik sozialer Ungleichheit in Städten wie kaum ein anderer Stadtforscher in Deutschland widmete, sprach bei solchen Vierteln auch von einem „Fahrstuhleffekt nach unten“ (Häußermann und Siebel 2004, S. 160), der sich dort durch den kollektiven Abstieg ihrer Bewohnerinnen und Bewohner (soziale Mobilität) und/oder durch selektive Wandervorgänge (räumliche Mobilität) vollziehe: „Die integrierten Quartiere schließen sich sozial ab und geben die sozialen Probleme in die damit schon besonders belasteten Nachbarschaften weiter“ (Häußermann und Siebel 2004, S. 160). So entstünden „segregierte, stigmatisierte Gebiete [...], in denen Perspektivlosigkeit und Benachteiligung zur dominanten Erfahrung werden“ (Häußermann und Kapphan 2004, S. 214). Auch verstärke die architektonische Struktur mancher Viertel die sozialen Probleme noch zusätzlich. In der Dichte der Bebauung gebe es oftmals keine Ausweichmöglichkeiten und kein Entkommen vor intensiven Begegnungen. So entstehe ein hohes Konfliktpotenzial, in dem vor allem Fremde schnell als Aggressoren wahrgenommen würden – „insbesondere dann, wenn die eigene Identität durch soziale Marginalisierung bereits erschüttert ist“ (Häußermann und Siebel 2004, S. 169)

Neben den negativen Rückkopplungseffekten, wie der sich verfestigenden Armut, Arbeitslosigkeit, normabweichendem Imitationslernen, etc., die – so den zentralen Annahmen und Schlussfolgerungen der Segregationsforschung folgend – mit der sozialen und kulturellen Ausgrenzung einhergehen, spielt auch die *Stigmatisierung* der Anwohnerinnen und Anwohner benachteiligter Quartiere eine wesentliche Rolle:

Ghetto in den Vereinigten Staaten, *banlieu* in Frankreich, *quarieri periferici* (oder *degradati*) in Italien, *problemområde* in Schweden, *favela* in Brasilien und *villa miseria* in Argentinien: alle Gesellschaften Nordamerikas, Westeuropas und Südamerikas verfügen in ihrem topographischen Wörterbuch über einen Spezialbegriff, mit dem jene stigmatisierten Stadtviertel am untersten Ende des hierarchischen Systems von Orten bezeichnet werden, aus denen sich die Großstadt zusammenfügt. In diesen in düstere Atmosphäre getauchten Distrikten, wo sich soziale Probleme konzentrieren und vor sich hin gären, leben die Verdammten der Stadt [...], was ihnen eine unverhältnismäßige und unverhältnismäßig negative Aufmerksamkeit seitens Medien, Politikern und Staatsmanagern zuteilwerden lässt.
(Wacquant 2018, XXVII)

Wenn auch in Deutschland, verglichen mit den Vereinigten Staaten oder früheren Kolonialstaaten wie England und Frankreich, die Segregation in Städten bislang weniger gravierend zu sein scheint (Häußermann und Siebel 2004), haben sich auch hierzulande Begriffe wie *Problemquartier*, *Ghettos ohne Mauern*, *soziale Brennpunkte*, *Ausländerviertel* oder *Parallelgesellschaften* etabliert. Sie stehen für urbane Bezirke, in denen kumuliert Menschen mit geringem ökonomischen, sozialen und/oder kulturellen Kapital leben, und versetzen diesen ein Stigma.

Inzwischen hat sich der Forschungsdiskurs jedoch dahingehend differenziert, die Innenperspektiven solcher Bezirke genauer zu untersuchen. Neben der großen Spannweite an bereits bekannten negativen Auswirkungen entstanden so auch Ansätze, die die Viertel als Ausgangspunkte und Möglichkeitsräume für soziales Kapital, Identitätsstiftung und Integration untersuchten (z.B. Rorato 2011; Bergmann 2013; Muri 2016). Unter anderem wurde die bedeutsame Rolle von Netzwerken sozialer Beziehungen in der näheren Wohnumgebung als wichtige Ressource der Alltagsbewältigung anerkannt, über die gerade sozial schwache Bevölkerungsgruppen ihr soziales Kapital akkumulieren und denen daher eine große Bedeutung zukommt (Herlyn et al. 1991; Farwick 2004; Wallman 2011).

Auch hat sich inzwischen zumindest teilweise die Erkenntnis durchgesetzt, dass die in der Stadtpolitik (und auch Stadtforschung) häufig propagierte *soziale Mischung* keineswegs ein Garant für intensivere Kommunikation und Interaktion über soziale Distanzen hinweg ist (Häußermann und Kapphan 2002). Gerade in urbanen Bezirken, in denen in Folge von Gentrifizierungsprozessen zunehmend Mittelschichtsangehörige in ehemals benachteiligte Viertel strömen – und nicht aus ihnen heraus, wie es in der Segregationsforschung der 1990er und frühen 2000er-Jahre noch zentral war – wird der soziale Zusammenhalt nicht zwangsläufig verstärkt, sondern kann ebenso zu rein oberflächlichen Begegnungen bis hin zu Feindseligkeit führen (Uitermark et al. 2007). Dies hängt insbesondere mit dem wachsenden Konkurrenzdruck um den Wohn- und öffentlichen Lebensraum im Quartier zusammen und resultiert in verschiedenen Ausprägungen¹⁸ von Verdrängung – von symbolischem Verdrängungsdruck bis hin zu tatsächlicher physi-

¹⁸ Bereits 1986 unterschied der amerikanische Stadtplaner Peter Marcuse zwischen verschiedenen Formen der Verdrängung: Die direkte Verdrängung einzelner (noch als letztes übrig gebliebener) Mieterinnen und Mieter, die Kettenverdrängung aller Mieterinnen und Mieter einer über eine bestimmte Zeitspanne, die ausschließende Verdrängung derjenigen, die aufgrund der gestiegenen Mietpreise gar nicht erst einziehen können, sowie der Verdrängungsdruck, der auf die ansässigen Bewohnerinnen und Bewohner ausgeübt wird, wenn sich ihr sozialräumliches Umfeld verändert. Diese Typologie wurde in der Forschung vielfach aufgegriffen und weiterentwickelt (z.B. Davidson 2009; Slater 2010). Andrej Holm (2010) spricht etwa auch von einer „Verdrängung aus dem Lebensstil“ (S. 18).

scher Verdrängung aus der Wohnung oder dem betroffenen Bezirk insgesamt. Verdrängung und Ausgrenzung wirken folglich als multidimensionaler Prozess auf materieller, kultureller und politischer Ebene.

Insgesamt hat sich der Aufmerksamkeitsfokus der sozial- und kulturwissenschaftlichen Stadtforschung im letzten Jahrzehnt vor allem mit denjenigen bislang benachteiligten Bezirken befasst, die aufgrund von Gentrifizierungsprozessen einen deutlichen sozialräumlichen Wandel erfahren. Dabei sind die Quartiere, die weniger „Gefahr“ laufen oder das „Potenzial“ besitzen, gentrifiziert zu werden, deutlich in den Hintergrund gerückt. Die vorliegende Arbeit möchte dem entgegenwirken, indem sie mit Marzahn-Hellersdorf einen Stadtbezirk als Fallbeispiel gewählt hat, der als belastet und stigmatisiert gilt und zudem in unmittelbarer Folge aus den Entwicklungstrends Berlins und den in der Innenstadt stattfindenden Gentrifizierungs- und Verdrängungsprozessen selbst von deutlichen sozialräumlichen Wandlungsformen betroffen ist. Diese sollen, wie in dem unter Kapitel 8 dargestellten Forschungsvorhaben erläutert, aus einer Resilienz analytischen Perspektive untersucht werden. Zuvor sei im folgenden Unterkapitel jedoch dem besonderen Charakteristikum Marzahn-Hellersdorfs einer ostdeutschen Plattenbausiedlung Aufmerksamkeit eingeräumt. Zwar zielt die Fragestellung dieser Arbeit nicht explizit auf die Entwicklung von Großwohnsiedlungen im Allgemeinen. Aus deren Besonderheiten und historischen Entstehungsbedingungen können sich jedoch in der weiteren Bearbeitung Kontextfaktoren ergeben, die einer gewissen Einordnung bedürfen.

4.2 Großwohnsiedlungen

„Mit dem Begriff Großwohnsiedlung werden Wohngebiete beschrieben, die nach dem Zweiten Weltkrieg in industrieller Bauweise, vielerorts in Stadtrandlage [...] entstanden sind“ (Altrock et al. 2018a, S. 2).

Nach dem Zweiten Weltkrieg herrschte in Europa vielerorts Wohnraummangel. Dieser Herausforderung begegnete man mit dem Bau dichter, hochgeschossiger und funktional eigenständiger Siedlungseinheiten mit vielen tausenden Wohnungen. Die Großwohnsiedlungen repräsentierten die gesellschaftlichen und kulturellen Formationen der Moderne und des Fordismus, wie sie in den 1950er- und 1960er-Jahren in Westeuropa bestimmend waren und dem damals vorherrschenden Ideal der Mittelklassegesellschaft entsprachen (Dellenbaugh 2014).

Heutzutage werden die Nachkriegswohnanlagen weitestgehend durch den Filter der Postmoderne betrachtet: „Bedingt durch die westeuropäische Wahrnehmung der fordistischen Stadtplanung und ihrer Funktionsaufteilung als gescheitert, werden diese Anlagen nun als gesellschaftliches und urbanes Erneuerungsproblem angesehen“ (Dellenbaugh 2014, S. 228). Sie sind von einer massiven Stigmatisierung betroffen und werden als unterste Stufe eines neoliberalen Immobilienmarktes wahrgenommen (Dean und Hastings 2000; Hastings und Dean 2003; Wassenberg 2004). Vielerorts zählen sie auf lokaler Ebene zu den Gebieten mit dem preisgünstigsten Wohnraum (Grunze 2017).

Sie gelten damit als Auffangbecken für gesellschaftlich Ausgegrenzte und von der gesellschaftlichen Norm Abweichende wie Immigranten, Arbeitslose und alleinerziehende Mütter sowie für diejenigen, die von einem deregulierten Wohnungswesen aussortiert wurden (Dellenbaugh 2014, S. 224).

Dennoch sind die Bedeutungskonstitutionen von Großwohnsiedlungen nicht überall gleich und werden gerade in Osteuropa auch anders wahrgenommen. So konnten Adam Brailich und sein Team (2008) anhand eines großen diskursiven Vergleichs ausgewählter überregionaler Tageszeitungen in Deutschland, Frankreich und Polen aufzeigen, dass Großwohnsiedlungen in Deutschland und Frankreich hegemonial als bedrohliche Orte außerhalb der Gesellschaft wahrgenommen werden, in Polen dagegen als bedrohte Orte inmitten der Gesellschaft und als Teil ihres Inneren. Gerade die *Banlieus* in Frankreich, „ursprünglich als ‚Wie-

ge‘ einer neuen Gesellschaft geplant“ (Vieillard-Baron 2016, S. 84), in abgemilderter Form aber auch die deutschen Siedlungen, würden als minderwertige, negative Orte konstituiert – als Orte der Armut, Arbeitslosigkeit und mangelhafter sozialer Kontrolle, ihre Bewohner als Opfer und Täter krimineller Akte und Gewaltdelikte. In Polen dagegen bezogen sich die im Diskurs konstituierten Bedrohungsszenarien hauptsächlich auf eine Gefährdung des Privateigentums durch Eigentumsdelikte und mangelnde öffentliche Sicherheit für die Großwohnsiedlungen und ihre Anwohnerinnen und Anwohner, nicht aber von ihnen ausgehend (Brailich et al. 2008).

In Deutschland ist, aufgrund der deutsch-deutschen Spaltung nach dem Zweiten Weltkrieg, nochmals eine gewisse Differenzierung zwischen west- und ostdeutschen Großwohnsiedlungen notwendig. Anders als in Westdeutschland, wo sie unter dem Ansatz des sozialen Wohnungsbaus und mit der Entwicklung des neoliberalen Immobilienmarkts schon früh als Lebensorte für gesellschaftliche Ausgrenzte und Unerwünschte wahrgenommen wurden, waren die Großwohnanlagen im sozialistischen Ostdeutschland den Privilegierten vorbehalten und stellten begehrten Wohnraum dar (Dellenbaugh 2014). Erst ab der Wende 1989 und mit dem Beginn der 1990er-Jahre änderten sich die Wahrnehmungen rapide und es kam zu deutlichen Einwohnerverlusten. Die Ergebnisse der Untersuchung von Mary Dellenbaugh (2014) weisen darauf hin, dass dieser Bedeutungswandel hin zu einer massiven Stigmatisierung „als Resultat einer direkten, performativen und diskursiven Etablierung von politischer, kultureller und symbolischer Macht unmittelbar nach der deutschen Wiedervereinigung“ (S. 222) gewertet werden kann und die Folge einer „Eins-zu-eins-Übertragung der westdeutschen Wahrnehmung von Großwohnsiedlungen auf den ostdeutschen Kontext ist“ (S. 224).

So wurden die Gebäude nach der Wende schnell als „Sinnbild sozialistischen Städtebaus verschmäht“ (Aehnelt 2018, S. 15). Trotz umfangreicher Sanierungs- und Aufwertungsarbeiten gingen die Einwohnerzahlen in den 1990er-Jahren massiv zurück. Durch die fehlende Nachfrage entstanden riesige Angebotsüberhänge, die schließlich für die Wohnungswirtschaft ein existenzbedrohliches Ausmaß annahmen. Ab dem Ende der 1990er-Jahre beziehungsweise mit dem Programm Stadttumbau Ost ab 2002 versuchte man, dem mit systematischer Vernichtung von Wohnraum durch Rückbau und Abriss zu begegnen (Grunze 2017, 2018; Aehnelt 2018; Altrock et al. 2018a).

Danach wurde es ruhig um die Großwohnsiedlungen und sie verschwanden für Jahre aus dem öffentlichen und wissenschaftlichen Interesse. Mit dem wachsenden Bedarf an bezahlbaren Wohnungen in größeren Städten und anderen Themenstellungen, wie den Integrationsherausforderungen von Menschen mit Fluchthintergrund, erlangen sie inzwischen als „Kulisse für die Austragung gesamtgesellschaftlicher Herausforderungen“ (Altrock et al. 2018b, VIII) wieder deutliche Aufmerksamkeit – ohne dabei jedoch selbst Gegenstand intensiverer Betrachtung zu sein. Zum Teil fungieren sie als attraktive Alternative für Bevölkerungsgruppen, die sich die hochpreisigen Mieten in den innerstädtischen Quartieren nicht mehr leisten können, vor allem aber gelten sie als „Auffangbecken für Geringverdienende“ (Altrock et al. 2018a, S. 5). Gerade im Zusammenhang mit ostdeutschen Großwohnsiedlungen wird im öffentlichen Diskurs zudem häufig eine Verknüpfung zu rechtsmotivierter Bedrohung und Gewalt hergestellt. „Dabei werden die ostdeutschen Plattenbausiedlungen als die zentralen Orte des (ostdeutschen) Rechtsextremismus konstituiert“ (Brailich et al. 2008, S. 121).

Eine der wenigen wissenschaftlichen Untersuchungen, die sich differenziert mit der langfristigen Entwicklung von Großwohnsiedlungen auseinandersetzt, ist die Arbeit von Nico Grunze (2017). In seiner ganzheitlichen Erfassung und Typologisierung ostdeutscher Großwohnsiedlungen unterscheidet er sechs Typen¹⁹ hochgeschossiger Wohnansammlungen, die sich aus drei Clustern stabiler und drei Clustern eher schrumpfender Siedlungsansammlungen zusammensetzen. Während Großwohnsiedlungen in strukturschwachen Regionen nach wie vor von Einwohnerverlusten und Abrissen geprägt seien, stünden in Ballungsräumen inzwischen Neubau und Nachverdichtung dieser Gebiete an (Grunze 2017, 2018).

Trotz aller Unterschiede in den Entwicklungsverläufen identifiziert Grunze (2017, 2018) über alle Typen hinweg nach den Phasen der Sanierung und des Rückbaus inzwischen den Beginn einer dritten Entwicklungsphase der demographischen, sozialen und städtebaulichen Herausforderungen:

¹⁹ Die sechs Typen sind: Stabil, Stabil Großstädtisch, Stabil Überaltert, Schrumpfend, Stark Schrumpfend, Aufgelöst. Für eine ausführliche Darstellung der Typologie mit entsprechenden Fallbeispielen siehe Grunze (2018, 85ff.).

Das heißt, ein Generationenwechsel mit demographisch bedingtem Bewohneraustausch sowie steigenden Wohnungsleerständen steht vielen Großwohnsiedlungen genauso bevor wie soziale Veränderungen. Dazu zählen Zuzug von verdrängten Menschen aus anderen Stadtteilen die sich die Mieten dort nicht länger leisten können und zunehmende Altersarmut der Bewohner. (Grunze 2017, S. 263)

Außerdem besteht die Gefahr, dass die Großwohnsiedlungen unter den derzeitigen Voraussetzungen auf dem Wohnungsmarkt durch Verdrängung, Regelungen zu den Kosten der Unterkunft oder nahezu ausbleibenden Wohnungsneubau zu Zuzugsgebieten einkommensschwacher und benachteiligter Haushalte werden. Die angespannte Situation auf den Wohnungsmärkten der Ballungsräume führt dazu, dass einzelne Bewohnergruppen hinsichtlich des Wohnstandorts keine Wahl haben. Es entscheiden allein der Preis und die formalen Anforderungen der staatlichen Hilfe. (Grunze 2018, S. 99)

Grunze folgert, dass unter den derzeitigen politischen Rahmenbedingungen und gesellschaftlichen Entwicklungen die Wahrscheinlichkeit für eine zunehmende soziale Kluft zwischen den Großwohnsiedlungen und der Gesamtstadt steige: „Nach Meinung einiger Wissenschaftler, Planer und Kommunalpolitiker besteht die Gefahr, dass die Siedlungen sozial umkippen“ (Grunze 2017, 266f.).

5. Zwischenfazit

‚Ghettos‘, ‚soziale Brennpunkte‘, ‚no go areas‘ – es existieren zahlreiche, oft stigmatisierende Begriffe, die bisweilen die Diskurse über Areale der Benachteiligung in unseren Städten bestimmen. Tatsächlich sind in vielen deutschen Städten marginalisierte Gebiete entstanden, in denen sich ökonomische und soziale Probleme konzentrieren und überlagern. (Franke und Schnur 2016, S. 296)

Städte sind in unserer postmodernen, urbanisierten Welt des 21. Jahrhunderts Orte, an denen das Lokale und das Globale mit besonderer Intensität aufeinandertreffen. In Städten und den Alltagsrealitäten ihrer verschiedenen Bezirke und Quartiere lassen sich die Entwicklung und der Wandel von Gesellschaften auf vergleichsweise kleinem Raum in großer Dichte und mit ausgeprägter Geschwindigkeit erleben und nachzeichnen.

Urbane Bezirke und Quartiere weisen unterschiedliche Dynamiken, Strukturen und Symboliken auf, die sich in den verschiedensten Arten sozialer Beziehungen und urbanen Zusammenlebens konkretisieren (Herlyn 1974). Diese machen bestimmte Handlungs- und Verhaltensmuster plausibel und andere unwahrscheinlich (Wietschorke 2013; Muri 2016). Das betrifft auch und ganz besonders das Leben in sozial segregierten Stadtteilen. Die kleinräumige Fragmentierung benachteiligter Quartiere ist abhängig von ihrem jeweiligen städtischen Umfeld und fällt, je nachdem, welche Merkmale betrachtet werden, unterschiedlich aus (Dohnke et al. 2012). Unabhängig jedoch davon, ob es sich um innerstädtische Gebiete oder Großwohnsiedlungen am Stadtrand handelt und ob die Viertel ethnisch homogen oder durchmischt sind – das Leben in Stadtquartieren, die durch (unfreiwillige) soziale Segregation gekennzeichnet sind, stellt für die Anwohnerinnen und Anwohner eine besondere Herausforderung und ständig zu bewältigende Grenzerfahrung dar.

Auch wenn diese Viertel im Populär- und Wissenschaftsdiskurs häufig als „Auffangbecken“ oder „Endstation“ bezeichnet werden, handelt es sich mitnichten um statische Enklaven, in denen keinerlei Bewegung und Entwicklung stattfindet. Genauso wenig sind sie als direkte Gegenpole wohlhabender und/oder gentrifizierter Stadtbezirke fixiert. Vielmehr sind sie als soziokulturelle Sphären zu verstehen,

die in einem ständigen Austausch und wechselseitiger Einflussnahme begriffen und in denen Angst und Krise auch als Chancen zu werten sind.²⁰

Der Berliner Stadtrandbezirk Marzahn-Hellersdorf – beziehungsweise seine Großwohnsiedlungen, auf die sich die vorliegende Arbeit hier bezieht – hat sich in den vergangenen Jahren zunehmend zu einem Stadtteil entwickelt, in dem sich die „typischen“ Problemlagen segregierter Quartiere, gerade solcher mit Geschossbaustruktur, immer mehr verfestigen: Eine hohe Abhängigkeit von Transferleistungsbezügen, demographischer Wandel, wachsende Armut, Wegzug Besserverdienender, soziale Konflikte. Hinzu kommen die massive Verdrängungsdynamik aus der Innenstadt sowie die Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften und Containerdörfern – soziale und kulturelle Einschnitte und Veränderungsprozesse, die die sozialräumliche Gemengelage im Bezirk zuweilen in chaotische Zustände versetzen.

Die Geschehnisse in und um Bezirke wie Marzahn-Hellersdorf stehen, bei aller Individualität und eigenen Logik, exemplarisch für aktuelle und prägnante Entwicklungen in unserer westlichen Gesellschaft. Dennoch erlangen sie im öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs nur wenig beziehungsweise maximal punktuelle Aufmerksamkeit. Sie lassen sich jedoch in den allgemeinen Trend stadtpolitischer Forderungen einordnen, dass sich Städte und ihre Bezirke zu resilienten Systemen entwickeln sollen, die flexibel auf neue Herausforderungen reagieren. Was genau das bedeutet beziehungsweise inwieweit „resiliente Dynamiken“ in solchen Stadtteilen überhaupt wirken, ist allerdings weitestgehend unklar. Genau an dieser Stelle möchte die hier vorliegende Arbeit ansetzen.

Um die kulturellen und sozialräumlichen Dynamiken und Prozesse in einem Stadtbezirk wie Marzahn-Hellersdorf jenseits der klassischen Ansätze aus der Segregationsforschung – und mit den Möglichkeiten und Grenzen einer einzelnen Forscherin – zu erfassen und daraus entsprechende Schlussfolgerungen abzuleiten, bedarf es der Verwendung und Entwicklung alternativer Konzepte und Herangehensweisen.

²⁰ Diese Gedankenlogik ist den Ausführungen von Katharina Eisch-Angus (2019) zu Narrationen der Sicherheitsgesellschaft in Begegnungsräumen von Nachbarschaft und Community entliehen. Sie stützt sich in ihrer Argumentationskette auf die dynamische Kulturtheorie des russischen Literaturwissenschaftlers und Semiotikers Juri M. Lotman (1922-1993), der „die Räume des Kulturellen von ihren Grenzen her denkt und sie aus ihrer Verunsicherung, aus Grenzüberschreitung, Normenbruch, Risiko und Subversion heraus versteht“ (Eisch-Angus 2019, S. 23). Auch wenn Eisch-Angus dabei keinen direkten Bezug zu segregierten Stadtbezirken herstellt, erscheint die Anwendung ihrer Ausführungen auf den Gegenstand dieser Arbeit schlüssig und folgerichtig. Sie stellen daher eine wichtige Grundlage für das Verständnis von segregierten Stadtbezirken und der dort und über ihre Grenzen hinaus wirkenden Dynamiken dar.

Der Resilienzbe­griff, wie er zu Beginn dieser Arbeit bereits kurz eingeführt wurde, erweist sich als hochgradig anschlussfähig an gegenwärtige gesellschaftliche Entwicklungen und die sozial- und kulturwissenschaftliche Stadtforschung. Verstanden als sozial konstruierter Prozess im Sinne von Widerstands-, Wiederherstellungs- und Lernfähigkeit lässt er sich als ein dynamisches Konstrukt verstehen, um soziale und kulturelle Veränderungen, Störungen und Schocks im urbanen Sozialraum wie die in Marzahn-Hellersdorf analytisch zu untersuchen.

Das Ziel des sich anschließenden Kapitels ist es daher, den Resilienzbe­griff und die mit ihm verbundenen Konzepte für die Anwendung auf den Untersuchungsgegenstand zu prüfen und zu entwickeln. Da es sich – so viel sei bereits vorweggenommen – um ein über viele verschiedene Disziplinen und Diskurse hinweg in unterschiedlicher Tiefe und Ausrichtung verwendetes Konstrukt handelt, wird es nötig sein, den Begriff entsprechend zu verengen und zu schärfen.

6. Theoretischer Hintergrund

Das Ziel dieser Arbeit ist es, wie zu Anfang erläutert, am Fallbeispiel des Berliner Stadtbezirks Marzahn-Hellersdorf zu untersuchen, wie sich sozialräumliche Störungen in Folge der Gentrifizierungs- und Verdrängungsprozesse aus anderen Stadtteilen auf das aufnehmende urbane System eines ohnehin bereits belasteten Bezirks auswirken.

Das folgende Kapitel legt die theoretische Basis für die Auseinandersetzung mit diesem Untersuchungsgegenstand sowie für die Weiterentwicklung der Forschungsfrage, die sich in Kapitel 7 anschließt. Dazu soll zunächst der Begriff der (*urbanen*) *Resilienz* ausführlich beleuchtet und auf den Gegenstand eingeführt werden. Im sich anschließenden Schritt wird unter Zuhilfenahme und in Auseinandersetzung mit dem Begriff des *Regimes* ein theoretisch-analytischer Rahmen entwickelt, welcher die Grundlage und das Gerüst für das methodische Vorgehen sowie die Analyse des erhobenen Datenmaterials bildet.

6.1 Resilienz & Vulnerabilität

Die Rede von der ‚*Risikogesellschaft*‘ ist zur weithin akzeptierten gesellschaftlichen Selbstbeschreibungsformel geworden, und genau diese Bestimmung erweist sich als hochgradig anschlussfähig für gegenwärtige Resilienzdiskurse. (Blum et al. 2016, S. 154)

Im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Wandlungsprozessen des 21. Jahrhunderts, globalen Unsicherheiten und Krisen wie dem Klimawandel, Naturkatastrophen und terroristischen Anschlägen hat sich der Begriff *Resilienz* sowohl im Wissenschafts- als auch im Populärdiskurs zu einer Art Zeitgeistphänomen entwickelt (Wink 2016). Bezogen auf eine Welt, die stets im Wandel begriffen ist und in der Unsicherheit und Krisen nicht mehr als Ausnahme, sondern Normalzustand und dauerhafte Begleiter anerkannt werden (Streets und Glantz 2000; Bonß 2015), gilt Resilienz als „die Fähigkeit, widrige Ereignisse abzuwehren, sich darauf vorzubereiten, sie einzukalkulieren, zu verkraften, sich davon zu erholen und sich ihnen immer erfolgreicher anzupassen“ (Bonß 2015, S. 19, zit. nach USA National Research Council, S. 18 u. 33). Widrige Ereignisse können

dabei aus Veränderungsprozessen menschlicher, technischer oder natürlich verursachter Art hervorgehen und beinhalten eine Reihe an Phänomenen, z.B. im Bereich Katastrophen- und Risikomanagement, Anpassungen an den Klimawandel, Nachhaltigkeit, kritische Infrastrukturen, internationale Entwicklungen bis hin zu sozialer Unsicherheit (Bonß 2015; Imbusch 2015; Meerow et al. 2016).

Je nach Blickwinkel, Perspektive und Analyseschwerpunkt kann sich Resilienz auf Individuen, Gruppen oder ganze Systeme beziehen. Die Resilienzdefinitionen sind folglich in jedem Feld unterschiedlich eng oder weit, deskriptiv oder normativ, reaktiv oder prospektiv formuliert, beziehen sich jedoch immer auf Reaktionsfähigkeiten im Zusammenhang mit Störung und Wandel (Baggio et al. 2015). Sie beinhalten dabei mindestens eine von drei Dimensionen: Resilienz als *Widerstandsfähigkeit* gegenüber Schocks oder schleichenden Veränderungen, Resilienz im Sinne einer Kapazität, einen Ausgangszustand *wiederherzustellen* sowie Resilienz als die Fähigkeit des *Lernens* und der Innovation, um sich an veränderte Bedingungen anzupassen (Christmann et al. 2015; Christmann und Ibert 2016). *Vulnerabilität* als Zustand oder Prozess, der die Anfälligkeit und Reaktionskapazitäten eines Systems hinsichtlich des Umgangs mit Gefährdungen und Risikofaktoren beschreibt, ist mit Resilienz als untrennbares Begriffspaar in einer gemeinsamen Handlungsperspektive verortet (Christmann und Ibert 2016).

Ziel des vorliegenden Kapitels ist es, das inhaltliche und analytische Potenzial von Resilienz und Vulnerabilität für den Gegenstand dieser Arbeit zu prüfen und zu begründen. Dafür liegt nach einer allgemeinen Herleitung des Begriffsursprungs der Schwerpunkt der Auseinandersetzung auf den Forschungs- und Verwendungskontexten von Resilienz in räumlichen und sozialen Zusammenhängen.

6.1.1 Begriffsursprung und -entwicklung

Der Begriff „Resilienz“ stammt von dem lateinischen Wort *resilire* (abprallen, zurückspringen) ab und findet sich bereits in den antiken Schriften von Seneca, Ovid und Cicero. Erstmals in modernen wissenschaftlichen Zusammenhängen wurde er von dem englischen Philosophen und Staatsmann Sir Francis Bacon im Jahr 1625 verwendet, der damit das Ab- und Zurückprallen eines Echos bezeichnete. Mit dem Aufkommen der Industrialisierung wurde der Ausdruck ab dem 19. Jahrhundert vor allem in der Mechanik genutzt, zum Beispiel um die Stärke und

Dehnbarkeit von Stahlträgern oder die Robustheit und Unverwüstlichkeit der Verschalung eiserner Schiffe zu beschreiben (Alexander 2013).

Dieses *technische Resilienzkonzept* ist bis heute in der klassischen Mechanik beziehungsweise den Ingenieurwissenschaften zu verorten und geht aus von einem einzigen, sich selbst erhaltenden Gleichgewichtszustand. Resilienz bedeutet in diesem Sinne die Fähigkeit, stabil gegenüber Störungen zu sein beziehungsweise den Gleichgewichtszustand im Fall einer Störung möglichst schnell und ohne Strukturveränderung wiederherzustellen (Pendall et al. 2010; Pike et al. 2010; Martin 2011; Strambach und Klement 2016). Ein System ist umso resilienter, je widerständiger es ist und je weniger Zeit es benötigt, um zu seinem Equilibrium zurückzukehren (Pimm 1991). Störungen sind als grundsätzlich negativ zu werten und werden als ein zu vermeidendes Risiko interpretiert (Voss und Dittmer 2016). Die prospektive Herstellung von systemischer Resilienz mit Fokus auf dem Erhalt funktioneller Effizienz, Konstanz und Vorhersagbarkeit setzt dabei eine gewisse Beherrschbarkeit der Einflussbedingungen voraus – womit sie nur innerhalb eines klar umgrenzten und weitestgehend linearen Systems möglich scheint (Ludwig et al. 1997; Folke 2006). Eine Übertragung des Begriffs der technischen bzw. mechanischen Resilienz auf gesellschaftliche Kontexte ist daher nicht möglich, da soziale Systeme niemals eindimensional, linear oder gar wohldefiniert und unkompliziert sein können oder nach eindeutigen Kausalitätsmustern und deterministisch verlaufen (Voss und Dittmer 2016).

Neben dem ingenieurwissenschaftlichen Kontext entwickelten sich im 20. Jahrhundert, weitestgehend unabhängig voneinander, die Forschungstraditionen um Resilienz in der (Entwicklungs-)Psychologie und der (Sozial-)Ökologie, aus denen heraus der Begriff bis heute in zahlreiche weitere Wissenschaftsdisziplinen diffundiert ist.

Als Pionierin im psychologischen Diskurs gilt die US-amerikanische Entwicklungspsychologin Emmy E. Werner, die in den 1950er-Jahren in einer Längsschnittstudie die Entwicklungsbedingungen von Kindern von Geburt an bis in das dritte Lebensjahrzehnt hinein auf der hawaiianischen Insel Kauai erforschte. Aus der Reaktion der Kinder auf bestimmte Ausgangsbedingungen und damit zusammenhängende Vulnerabilitäten zog sie Rückschlüsse auf deren individuelle Resilienzen im Sinne eines erfolgreichen Umgangs mit gesellschaftlichen und familiären Ausgangsbedingungen sowie biologischen und psychosozialen Risikofaktoren (Werner et al. 1971; Werner 1992; Bonß 2015). Der Begriff ist seitdem

im psychologischen Diskurs eine gängige Bezeichnung für die funktionale Adaption von Individuen an widrige Umgebungsbedingungen, um den herum sich in den Sozialwissenschaften ein dichter Forschungsstrang rankt (z.B. Noeker und Petermann 2008; Zander 2010).

Weitestgehend unabhängig von dieser auf das Individuum bezogenen Perspektive identifizierte der kanadische Ökologe Crawford Stanley Holling in den 1970er-Jahren den Ansatz der *ökologischen Resilienz*, den er im Laufe der Jahre zur sozialökologischen Resilienz ausdifferenzierte (Holling 1973, 2001; Holling und Gunderson 2002). Ökologische Resilienz ist im ursprünglichen Sinne Hollings (1973) „the ability of systems to absorb changes of state variables, driving variables and parameters and still persist“ (S. 18) – also die Fähigkeit von Systemen, Störungen zu absorbieren und sich im Wandel zu reorganisieren, ohne dabei ihre Funktionen, Strukturen, Identität und Rückkopplungsmechanismen einzubüßen (Walker et al. 2004). Diese Definition basiert auf der Beobachtung Hollings, dass selbst komplexe Ökosysteme trotz teils massiver Störungen, überraschender Entwicklungen und der ihnen inhärenten Unvorhersagbarkeit stabil bleiben bzw. in einen anderen stabilen Zustand wechseln können (Deppisch 2016). Sie entstehen und erhalten sich in der passiven und aktiven Interaktion mit diversen (relativ) autonomen Komponenten, von denen im Laufe der Zeit manche ausscheiden und andere neu entstehen (Levin 1998; Voss und Dittmer 2016). Im Ansatz der ökologischen Resilienz werden also

die allgemeinen Bedingungen des Wechselspiels von stabilisierenden und destabilisierenden Elementen untersucht, die dazu führen, dass ein System eine bestimmte Konstellation (Elemente und Struktur) trotz Variation der Elemente und der Umwelt beibehält. (Voss und Dittmer 2016, S. 186)

Dabei gilt nicht die Stabilität, sondern der *Wandel* als Normalzustand, der sich mal langsam und mal schnell unter Einbezug und Zusammenwirken unterschiedlicher räumlicher und zeitlicher Skalen kontinuierlich vollzieht (Gunderson und Holling 2002; Voss und Dittmer 2016).

Im Ansatz der *sozialökologischen Resilienz*, der sich aus dem ökologischen Resilienzdiskurs entwickelt hat, stehen die Schnittstellen zwischen Ökosystemen und Gesellschaften, zwischen Natur und Menschen, im Vordergrund. Ähnlich wie im ökologischen Ansatz wird Resilienz hier als eine Fähigkeit von Systemen verstanden, kontinuierlich fortzubestehen und sich im Falle unvorhergesehener Er-

eignisse, Störungen oder Schocks unter Aufrechterhaltung der systemeigenen Strukturen und Funktionen weiterzuentwickeln und in einem anderen Zustand zu stabilisieren und neu zu organisieren (Holling 2001; Walker et al. 2004; Deppisch 2016).

In der Humanökologie wird Resilienz darauf basierend so unter anderem als die Reaktion und erfolgreiche Anpassung des Menschen und seiner Gesellschaften an Naturrisiken und eingetretene Katastrophen betrachtet (Adger 2006; Dietz 2006; Christmann und Ibert 2016). Vulnerabilität demgegenüber gilt als eine potenzielle und/oder eingetretene Beeinträchtigung sozialer Systeme und Lebensweisen, auf die entsprechend zu reagieren ist (Christmann und Ibert 2016).

Wenn auch Resilienzforschung im ingenieurwissenschaftlichen Bereich und in der Psychologie insgesamt zeitlich weiter zurückreicht, so ist es doch Hollings Ansatz (sozial-)ökologischer Systeme, welcher als zentraler Erstbezug moderner Resilienztheorie und regionaler sowie urbaner Resilienzforschung gilt (Brand und Jax 2007; Meerow et al. 2016). Inzwischen hat sich daraus ein breiter Korpus wissenschaftlicher Publikationen und Themenfelder entwickelt, der stetig wächst (Xu und Marinova 2013; Baggio et al. 2015). Die folgenden Abschnitte geben einen Einblick in diese verschiedenen Forschungsfelder und setzen sich mit dem Resilienzbegriff im regionalen und stadträumlichen Kontext auseinander.

6.1.2 Resilienzforschung in regionalen und stadträumlichen Kontexten

Die „resiliente Stadt“ ist im öffentlichen Diskurs und in der Politik zu einem Modebegriff und Wortlaut für den Idealzustand des urbanen Lebensraums geworden. Insbesondere mediale Großereignisse wie der Wirbelsturm Sandy im Oktober 2012 in New York City, die Fukushima-Katastrophe im März 2011 in Japan oder der Hurricane Katrina im August 2005 in den USA haben die Anwendung des Resilienzbegriffs international befördert. Kampagnen wie „Making Cities Resilient“ oder das globale Forum „Resilient Cities“ bilden Plattformen für den internationalen Austausch zwischen Städten und (Regional-)Regierungen zu Aspekten der Katastrophenvorsorge, -bewältigung und zur Förderung von Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel, aber auch sozioökonomische Krisen (Fekete et al. 2016). Im Zentrum stehen dabei zumeist institutionelle Rahmenbedingungen und politische Entscheidungsprozesse (Plöger und Lang 2016). Städte sollen sich zu resilienten Systemen entwickeln, welche flexibel auf neue Herausfor-

derungen reagieren und die hohe Dynamik städtischer Prozesse nutzbringend einsetzen (Fekete et al. 2016). Gouvernentalitätsbezogen ist Resilienz im Sinne eines liberalen Modus der Vorbeugung zu verstehen, im Zuge dessen es nicht zwingend darum geht, disruptive Ereignisse zu verhindern, sondern deren negative Effekte zu antizipieren, tolerieren und einzudämmen (Kaufmann 2015).

Auch in der Risiko- und Katastrophenforschung sowie in der Geographie und ihren Teildisziplinen wird der Resilienzbezug im Anschluss an Crawford Stanley Holling vor allem mit Fokus auf die Anfälligkeit von Mensch-Umwelt-Systemen gegenüber Naturrisiken, Umweltveränderungen und ökonomischen Krisen verwendet. Resilienz ist demnach eine funktionale Anpassungsstrategie und regionale Fähigkeit, die Stadt-/Regionalsysteme entwickeln, um Schädigungen und Funktionsbeeinträchtigungen zu vermeiden oder auszugleichen beziehungsweise Auswege aus Krisen zu finden (Christmann und Ibert 2016). Funktionserhalt muss dabei nicht zwingend mit einem Strukturhalt einhergehen. Vielmehr ist struktureller Wandel häufig die Grundvoraussetzung, um Störungen zu bewältigen und sich an die veränderten Umfeld- und Umweltbedingungen anzupassen (Martin und Sunley 2015; Strambach und Klement 2016). Resilienz hat folglich einen stark ausgeprägten *prozessualen Charakter* und eine zeitliche Dimension. Sucht man darüber hinaus in der Forschungsliteratur nach einer einheitlichen Definition und theoretischen Einbettung von regionaler oder urbaner Resilienz, so wird schnell deutlich, dass eine solche nicht existiert. Alleine 25 verschiedene Definitionen identifizierten beispielsweise Sara Meerow und ihr Team (2016) in ihrer Metaanalyse von 173 Publikationen unterschiedlichster Disziplinen im angloamerikanischen Sprachraum zwischen 1973 und 2013. Etwa die Hälfte dieser Arbeiten befasste sich mit Resilienz in spezifischen Kontexten, während die anderen allgemein gehalten waren.

Unter *allgemeiner Resilienz* wird im Wesentlichen „die möglichst breit angelegte Vorsorge und Belastbarkeit gegen möglichst alle vorstellbaren Störeinwirkungen und Krisen über einen möglichst langen Zeitraum“ (Lukesch 2016, S. 307) verstanden. Sie ist dennoch nicht absolut, sondern immer relativ zu einer gewissen Störungsintensität und einer bestimmten Zeitspanne zu betrachten. Städte und Regionen mit einem ausgeprägten Maß an allgemeiner Resilienz besitzen die Fähigkeit, sowohl externe als auch interne Störungen durch Wandlungsprozesse zu absorbieren und dabei ihre wesentlichen Funktionen, Strukturen, Beziehungen und ihre nachhaltige Entwicklungsfähigkeit aufrechtzuerhalten. Faktoren, die

die allgemeine Resilienz einer Region begünstigen können, sind zum Beispiel ein anpassungsfreundliches Umfeld, vielfältige Humanressourcen im Sinne einer ausgewogenen Mischung an gut ausgebildeten Menschen mit breit einsetzbaren Grundqualifikationen, ein gut ausgeprägtes soziales und kulturelles Kapital der Anwohnerschaft und deren regionale Einbettung und Gebundenheit an die Region, Redundanz, strukturelle Diversität sowie ein Mehrebenen-Governance-System (Lukesch 2016).

Eine der großen Herausforderungen, den Resilienzbezug allgemein auf Regionen oder Stadträume anzuwenden, besteht jedoch darin, dass sie aus einer Summe von Individuen, Organisationen, Industrien, Netzwerken und Institutionen bestehen, von denen jede einzelne distinkte Resilienzeigenschaften besitzt (Boschma 2015). Der Begriff *spezifische Resilienz* bezieht sich somit auf bestimmte Komponenten, (Teil-)Aspekte oder raumzeitliche Konstellationen eines Systems und manifestiert sich im Wechselspiel zwischen den dort wirkmächtigen Deutungsmustern von Vulnerabilitäten und den Bedrohungslagen und Störeinwirkungen (Christmann et al. 2011; Christmann und Ibert 2012; Endreß und Rampp 2015). Die Auseinandersetzung mit spezifischer Resilienz im Stadtentwicklungskontext findet bislang vor allem im Bereich Katastrophenschutz, öffentliche Sicherheit und zivile Sicherheit statt – meist ohne weitere Konkretisierung (Imbusch 2015). Dabei bleiben häufig blinde Flecken in Hinblick auf sozio-politische Fragen, wie zum Beispiel die Organisation von Machtverhältnissen oder die vorherrschenden normativen und ethischen Konstellationen vor Ort (Deppisch 2016). Es besteht folglich ein erhöhter Bedarf, den Forschungsschwerpunkt auch auf Stressfaktoren für städtische Systeme zu lenken, die durch sozialen, politischen und kulturellen Wandel ausgelöst werden können (O'Brien et al. 2009).

Das Konzept der *sozialen Resilienz* bezieht sich konkret auf die Bedrohungen der jeweiligen Lebensverhältnisse in sozialen Systemen und schließt auch schwer messbare Variablen wie Normen und Werte oder den Grad an Vertrauen in einer Gesellschaft mit ein (Deppisch 2016). Der britische Humangeograph Neil Adger (2000) definierte sie erstmalig als „ability of groups and communities to cope with external stresses and disturbances as a result of social, political and environmental change“ (S. 348) bzw. allgemein als „ability of communities to withstand external shocks to their social infrastructure“ (S. 361). Soziale Resilienz schließt folglich an die Bedrohung der jeweiligen Lebensverhältnisse an. Sie ist

kein von Natur aus gegebenes Potenzial, sondern die soziale Leistung einer Gemeinschaft und ein Effekt ihrer sozialen Eigenschaften und zur Verfügung stehenden Kapazitäten (Bonß 2015; Imbusch 2015).

Konkret im Stadtraum findet das Konzept der sozialen Resilienz Anwendung im Ansatz der *Community Resilience* – als Fähigkeit von (urbanen) Gemeinschaften, mit sozialen, politischen und umweltbedingten Veränderungen umzugehen, Widrigkeiten zu überwinden und Chancen als Reaktion auf Wandel zu nutzen (Amundsen 2012; Promberger et al. 2015). Wichtige Faktoren von Community Resilience sind etwa das Maß an Infrastruktur, sozialen Netzwerken und Unterstützung, die Erfahrungen und Lernfähigkeit einer Gemeinschaft, gemeinsame Überzeugungen, gemeinschaftliche Ressourcen, Gerechtigkeit, kollektive strategische Aktionen, Governance-Strukturen, wirtschaftliche Vielfalt, Mensch-Ort-Bindungen, etc. (Buikstra et al. 2010; Magis 2010; Ross et al. 2010; Amundsen 2012).

Dabei können sich Städte und Stadtteile trotz struktureller Ähnlichkeit in ihrer Vulnerabilitäts- und Resilienzkonstruktion deutlich voneinander unterscheiden. In ihrem Buch *The Capability of Places* beschreibt die britische Anthropologin Sandra Wallman (2011) etwa, wie urbane Räume sehr unterschiedlich auf Schocks wie Umweltkatastrophen, aber auch politische Umbrüche, Migrationsströme und Gentrifizierungsprozesse reagieren. Wallman folgend hängt dies mit dem Grad ihrer Offenheit oder Geschlossenheit auf verschiedenen Ebenen sowie dem im Stadtteil herrschenden Kommunikations- und Interaktionslevel zusammen. „Offene“ Stadtsysteme gelten als tendenziell resilienter gegenüber disruptiven Einflüssen, da die Netzwerkstrukturen ihrer Einwohnerinnen und Einwohner im Kern dicht, ansonsten aber über den Stadtteil hinweg weitreichend und flexibel sind. In „geschlossenen“ Stadträumen sind die Menschen dagegen in den verschiedenen Domänen des urbanen Zusammenlebens eng und multiplex miteinander verbunden und knüpfen weniger Bindungen nach außen. Der innere Zusammenhalt ist somit besonders eng und solidarisch, möglichenfalls jedoch auch weniger flexibel in der Reaktion und Anpassung auf äußere Störeinflüsse und weniger weit im Zugriff auf externe Unterstützungsmöglichkeiten. Zusätzlich zu dem kohäsiven Zusammenhalt und den Vernetzungsstrukturen innerhalb eines Stadtteils spielen auch seine topographischen, architektonischen und infrastrukturellen Gegebenheiten, die soziodemographische Zusammensetzung sei-

ner Bevölkerung und die im urbanen Raum existierenden Mythen und Narrationen eine wichtige Rolle (Wallman 2011).

Städte sind in der Regel in einer Weise organisiert, die eine tieferliegende sozio-ökonomische Ungleichheit produziert und widerspiegelt, auch deswegen sind ihre urbanen Teilräume unterschiedlich resilient (Vale 2014). Resilienz und Vulnerabilität sind nach diesem Verständnis das Ergebnis komplexer sozialer Prozesse und Konstruktionen, die in Zusammenhang mit Machtverteilung und dem Zugriff von Individuen und Gruppen auf ungleich verteilte Ressourcen stehen. Die sich daraus bedingenden sozialräumlichen Disparitäten gehen einher mit einem positiven oder negativen Image städtischer Teilräume, der Zuschreibung „guter“ und „schlechter“ Adressen, einem Verlust an Definitionsmacht der Anwohnerinnen und Anwohner über ihr Viertel und damit einhergehenden Identitätskrisen bis hin zu einer negativen Beeinflussung ihrer Lebenschancen (Best und Gebhardt 2001; Bürkner 2010; Bürk et al. 2012). Die Entstehung von Stigmaräumen in Städten kann außerdem durch massenmediale Diskurse zusätzlich verstärkt werden (Bürk et al. 2012). Gleichzeitig deuten vereinzelte Befunde darauf hin, dass aus Stigmatisierung und Identitätskrisen durch Resilienzbildung auch neue lokale Identitäten und innere Stärkungsprozesse hervorgehen können (Bürk et al. 2012; Schmid 2015).

Darüber hinaus erfolgt in der Forschung die Auseinandersetzung mit sozialer Ungleichheit in und zwischen Stadträumen in Zusammenhang mit dem Resilienz- und Vulnerabilitätsbegriff bislang eher oberflächlich und vage. Offene Fragen existieren unter anderem in Bezug auf den Einfluss unterschiedlicher sozialer Gruppen innerhalb benachteiligter Viertel, die Auswirkungen ihrer sozialen Statusmobilitäten oder die Auswirkungen der gesellschaftlichen Behandlung statusniedriger Gruppen für deren Lebensverhältnisse (Bürkner 2010).

Urbane Resilienz wird zumeist als ein positiver und wünschenswerter Zustand betrachtet, ohne dabei den Aspekten sozialer Konstruktion oder gar der Umkämpftheit des Konstrukts und der Macht und Deutungshoheit darüber, wer oder was als resilient und vulnerabel zu betrachten ist, ausreichend Aufmerksamkeit einzuräumen (Meerow et al. 2016). Zwar ermöglichen und fördern die Flüssigkeit und Flexibilität des Begriffs einen inter- und transdisziplinären Dialog (Fekete et al. 2016) bis hin zu multidisziplinellen wissenschaftlichen Kollaborationen (Brand und Jax 2007). Seine Unschärfe erschwert jedoch auch die Operationalisierung und Entwicklung generalisierbarer Indikatoren und Maßeinheiten (Vale 2014).

Eine der wenigen Ausnahmen, der fehlenden theoretischen Einbettung von Vulnerabilität und Resilienz entgegenzuwirken und auch ihr analytisches Potenzial zu entwickeln, findet sich in den Arbeiten der deutschen Soziologin Gabriela Christmann und ihren Kolleginnen und Kollegen (Christmann et al. 2011; Christmann und Ibert 2012; Christmann et al. 2015; Christmann und Ibert 2016; Christmann und Heimann 2017). Christmann und Ibert (2016, S. 249)²¹ begreifen

Vulnerabilität als ein Konzept, dem im sozialen Handeln unter unsicheren Bedingungen die Funktion zukommt, Gefährdungslagen einzuschätzen. Konkret liegt dabei ein Konstruktionsprozess zugrunde, bei dem zunächst eine Einheit aus der Umwelt herausgehoben, abgegrenzt und ins Zentrum einer Analyse gestellt wird. Dieser Einheit wird ein hoher kollektiver Wert beigemessen, so dass sie aus diesem Grund bewahrenswert erscheint. Eine solche Einheit kann beispielsweise ein Subjekt, eine Gruppe, eine Organisation, ein technisches oder ökologisches System oder ein Territorium sein. Diese abgegrenzte Einheit wird in ein relationales Gefüge zu anderen Einheiten platziert, wobei die Interdependenzen zwischen der zentralen Einheit und den weiteren Elementen des relationalen Gefüges in Hinblick auf existenzbedrohliche Wirkungen für die wertgeschätzte zentrale Einheit betrachtet werden. [...]

Resilienz hingegen betont die Möglichkeiten der Aktion und Reaktion innerhalb des in spezifischen Vulnerabilitätswahrnehmungen erfassten relationalen Gefüges. Die Zielsetzung dabei ist, das relationale Gefüge in seiner Gesamtheit so zu verändern, dass sich die Vulnerabilität der zentral gestellten Instanz verringert, im Idealfall sogar auflöst und ihre Integrität gesichert wird.

Eine konkrete Anwendung dieser Definition auf Städte und Stadträume findet sich etwa in der Untersuchung der Vulnerabilitäten und Resilienzstrategien in ausgewählten deutschen Küstenstädten im Zusammenhang mit dem Klimawandel (z.B. Christmann et al. 2015) und in der Beforschung des als benachteiligt geltenden Hamburger Stadtbezirks Wilhelmsburg im Zusammenhang mit dem Stadtentwicklungskonzept Internationale Bauausstellung (IBA) (Schmidt 2012; Christmann et al. 2015).

Am Beispiel der Städte Lübeck und Rostock zeigten Gabriela Christmann und ihr Team (2015) auf, dass Stadtgesellschaften, die in geografischer und klimatologischer Hinsicht vergleichbaren Bedingungen unterliegen und sich in naturwissen-

²¹ Bei dem Text von Christmann und Ibert (2016) handelt es sich um die deutsche überarbeitete Version eines englischsprachigen Zeitschriftbeitrags, der bereits 2012 in *Raumforschung und Raumordnung* erschienen ist. Die zugrundeliegenden Überlegungen und Konzepte gehen entsprechen bereits auf Christmann und Ibert (2012) zurück. Aus Gründen der Lesefreundlichkeit wird hier jedoch aus dem deutschsprachigen Text von 2016 wörtlich zitiert.

schaftlichen Szenarien ähnlichen Gefährdungen gegenübersehen, dennoch sehr unterschiedliche Vulnerabilitätswahrnehmungen entwickeln können, was entsprechende Folgen für ihre Resilienzkonstruktionen hat. Es ließen sich also „sozio-räumliche Disparitäten in Bezug auf Vulnerabilitätskonstruktionen und -bewusstsein“ sowie „in Bezug auf aktive Resilienzbildungen“ (Christmann et al. 2011, S. 1) nachweisen.

In Hamburg-Wilhelmsburg konnte Schmidt (2012) zeigen, wie die zunächst für alle Akteure aussichtsreich erscheinenden Strategien zur Resilienzbildung aufgrund unterschiedlicher Wahrnehmungsweisen zu neuen und auseinanderdriftenden Vulnerabilitätskonstruktionen und Resilienzmaßnahmen zwischen Stadtpolitik und Anwohnerschaft führten. Wilhelmsburg, das sowohl physisch-räumlich als auch in sozialer Hinsicht als benachteiligt und vulnerabel gilt, sollte mit der IBA ein urbanes Großprojekt erhalten, um die sozialen Bedingungen im Bezirk und die Attraktivität nach außen zu steigern. In der Planung und Umsetzung des Konzepts seitens der Stadtpolitik wurden jedoch in der Bezirksbevölkerung historisch verwurzelte Bedrohungslagen latenter Fremdbestimmung getriggert, die zu starken Protesten und einer deutlichen Ablehnung der IBA führten. Die Resilienzstrategien der stadtpolitischen Akteure verschärfen in der Reinterpretation damit die Vulnerabilitätswahrnehmungen der Anwohnerinnen und Anwohner – bewirkten bei diesen jedoch auch neue Resilienzpotenziale im Sinne der Entwicklung von Solidarität und gemeinsamen Aktionen.

Konzepte wie das Open:Closed-Systems Modell von Sandra Wallman (2011) und die Herangehensweisen von Gabriela Christmann und Kollegen (Christmann et al. 2011; Schmidt 2012; Christmann und Ibert 2016) machen deutlich, dass sozialräumliche Schocks und Wandlungsprozesse mit Hilfe des Resilienz- und Vulnerabilitätsbegriffs erkenntnisgenerierend erforscht werden können. Die analytischen Eigenschaften, die dabei besonders wichtig sind und die auch für die Anwendung der Begriffe in dieser Arbeit eine vordergründige Rolle spielen, werden im Folgenden nochmals herausgestellt.

6.1.3 Analytische Grundlagen des (urbanen) Resilienzbegriffs

Resilienz und Vulnerabilität werden im Folgenden in dieser Arbeit gemäß Christmann und Ibert (2016) als ein aufeinander bezogenes und in einer gemeinsamen Handlungsperspektive verortetes Begriffspaar verstanden. Sie sind keine objektiv gegebenen Expositionen, sondern gemeinsam geteilte Annahmen darüber, gefährdet und verletzlich sein zu können sowie welche geeigneten Schutzmaßnahmen daraus abzuleiten sind. Allerdings können sich Personen(gruppen), Stadt(räume), Regionen oder ganze Gesellschaften vor dem Hintergrund unterschiedlicher Wahrnehmungen und soziokulturellen Wissens in ihren Konstruktionsunterscheidungen deutlich unterscheiden und damit die Grundlage für sozial-räumliche Ungleichheit und soziale Konflikte bilden (Christmann et al. 2011; Christmann und Ibert 2016). Eine Analyse von Resilienz und Vulnerabilität setzt folglich immer auch ein Verständnis der kulturellen Werte, ethischen Standpunkte und Interessen der involvierten Akteure voraus (Keck 2015).

In engem Zusammenhang mit dem sozialen Konstruktionscharakter von Resilienz und Vulnerabilität steht die Berücksichtigung von unterschiedlichen Interessenslagen, Machtverhältnissen und Konflikten (Christmann et al. 2011). Welche Bedrohungen als solche wahrgenommen werden und wie damit umgegangen wird, ist somit auch immer eine Frage von Macht und Deutungshoheit (Keck 2015; Christmann und Ibert 2016).

In der Konstruktion von Vulnerabilität und Resilienz im urbanen Raum spielen räumliche und soziale Dimensionen sowie insbesondere deren Wechselwirkungen eine entscheidende Rolle (Christmann et al. 2011; Christmann und Ibert 2016). Im Sinne Wallmans (2011) finden sich diese Dimensionen im Stadtraum auf unterschiedlichen materiellen bis abstrakten Ebenen – von der physisch-architektonischen über die soziologische und netzwerkbezogene bis hin zur Ebene der Narrationen und Mythen.

Auch der Zeitbezug ist gleich auf mehreren Ebenen von Bedeutung. Resilienz und Vulnerabilität sind im Verständnis dieser Arbeit niemals feststehende Eigenschaften, sondern immer als Prozesse in Abhängigkeit von zeitspezifischen Kontexten und dem Verständnis der kollektiven Geschichte einer Gemeinschaft zu interpretieren (Batty und Cole 2010; Boschma 2015; Plöger und Lang 2016). Das heißt, es gilt in der Bewertung aktueller und zukünftiger Situationen stets einzu-beziehen, welche Brüche und Vulnerabilitätserfahrungen Einzug in das lokalkul-

turelle Gedächtnis gefunden haben (Schmidt 2012). Auch können die Wirkungen von Naturkatastrophen, sozioökonomischen Stresssituationen oder kulturellen Identitätskrisen im Rückblick durchaus ambivalent gedeutet und gesellschaftlich unterschiedlich verarbeitet werden (Christmann et al. 2011). Eine Gemeinschaft, die sich in der Vergangenheit auf rupturartige Schocks durch bestimmte Eigenschaften und Strukturen als besonders resilient erwiesen hat, ist möglicherweise in der Langzeitperspektive sozialräumlicher Wandlungsprozesse genau daran zerbrochen.

Dies schließt an eine weitere zeitliche Ebene an, die im Kontext von Resilienz und Vulnerabilität zu beachten ist – nämlich die Unterscheidung kurzfristiger Brüche, wie beispielsweise plötzliche Naturkatastrophen oder Terroranschläge, gegenüber sogenannten *slow burn changes* (Pendall et al. 2010). Letztere sind graduelle, schleichende Irritationen oder weniger turbulente Wandlungsprozesse, zum Beispiel demographischer Wandel oder langsame Klimaveränderungen, die sich über einen längeren Zeitraum erstrecken und von den Betroffenen unter Umständen nur verzögert oder gar nicht wahrgenommen werden (Bonß 2015; Boschma 2015; Strambach und Klement 2016). Beide Formen von Störungen, sowohl kurzfristige als auch langfristige, verlaufen oftmals parallel bzw. sind eng miteinander verbunden und aufeinander bezogen (Martin und Sunley 2015).

Fast alle Definitionen von Resilienz und Vulnerabilität enthalten explizit oder implizit normative Einfärbungen. Resilienz ist dabei fast immer positiv besetzt und Vulnerabilität der negative Gegenpart (Brand und Jax 2007; Christmann et al. 2011). Ob Resilienz tatsächlich ein zwingend positives Konzept darstellt, wird, unter anderem wegen seiner theoretischen Unschärfe, nur selten hinterfragt (Meerow et al. 2016). Aufgrund des weiter oben erläuterten sozialen Konstruktionscharakters sowie der raumzeitlichen Dimensionen von Resilienz und Vulnerabilität ist jedoch deutlich, dass eine normative Bewertung immer nur im Zusammenhang mit den jeweiligen situativen Kontextbedingungen erfolgen kann. Im Rückblick können sich beispielsweise die Zusammenbrüche vulnerabler Systeme als Auslöser wichtiger Entwicklungsschübe erweisen oder Resilienzbildungen zu nicht-intendierten Effekten führen, die ihrerseits alternative Lösungen ausblenden oder die Machtpositionen Einzelner stärken (Christmann et al. 2011). So kann etwa auch die Resilienzbildung des Einen die Vulnerabilitätskonstruktion des Anderen beeinflussen und zu sozialräumlicher Ungleichheit führen oder diese verstärken (Meerow et al. 2016).

Um Resilienz und Vulnerabilität im analytischen Sinne im Zusammenhang mit sozialen Prozessen im urbanen Raum zu nutzen, bedarf es einer Überwindung der normativen Dimensionen. Dies kann einerseits erfolgen durch die Rolle der forschenden Person als Beobachterin oder Beobachter auf Alltagshandelnde bei der Konstruktion ihrer Vulnerabilitäten und Resilienzen im Sinne einer Konstruktion zweiter Ordnung (Christmann et al. 2015). Darüber hinaus formulierten der Ökologe Stephen Carpenter und sein Team bereits 2001 zwei einfache, systematisierende Fragen, die dabei helfen, sich der Spezifik von Resilienz und Vulnerabilität analytisch zu nähern: *Resilience of what?* und *Resilience to what?* Erstere fragt nach dem räumlich und zeitlich eingegrenzten Systemzusammenhang von Resilienz, während die zweite Frage genau auf diejenigen Störungen zielt, die im konkreten Fall von Interesse sind. Tabelle 1 zeigt die Fragen in weiterer Ausdifferenzierung für die spezifische Erfassung urbaner Resilienz und Vulnerabilität durch Sara Meerow und Kollegen (2016). Sie stellen für die Auseinandersetzung mit dem Gegenstand dieser Arbeit wesentliche Leitlinien dar.

Tabelle 1: Grundlegende Fragen zu urbaner Resilienz (Quelle: Meerow et al. 2016, S. 46)

Questions to consider		
Who?	TRADEOFFS?	Who determines what is desirable for an urban system? Whose resilience is prioritized? Who is included (and excluded) from the urban system?
What?		What perturbations should the urban system be resilient to? What networks and sectors are included in the urban system? Is the focus on generic or specific resilience?
When?		Is the focus on rapid-onset disturbances or slow-onset changes? Is the focus on short-term resilience or long-term resilience? Is the focus on the resilience of present or future generations?
Where?		Where are the spatial boundaries of the urban system? Is the resilience of some areas prioritized over others? Does building resilience in some areas affect resilience elsewhere?
Why?		What is the goal of building urban resilience? What are the underlying motivations for building urban resilience? Is the focus on process or outcome?

Die obigen Ausführungen zu den analytischen Grundlagen urbaner Resilienz sowie die Spezifik der Fragen in Tabelle 1 machen deutlich, dass Konstruktionen von Resilienz und Vulnerabilität im Raum in vielfältiger Weise entstehen und sich in unterschiedlichsten Praktiken, Beziehungen und Verhandlungsräumen manifestieren. Eine für den sozialurbanen Raum und die dort stattfindenden Wand-

lungsprozesse konkrete und umfassende analytische Perspektive ist damit jedoch nicht automatisch gegeben, zumal die Unschärfe und Breite des Resilienz-begriffs seine Operationalisierung erschweren. Es bedarf daher zusätzlicher Konzepte und theoretischer Überlegungen. Der in den letzten Jahren zunehmend gebräuchliche Begriff des *Regimes* als ein Analyseraster zur Thematisierung und Entschlüsselung von Dominanzverhältnissen bietet dafür eine mögliche Anschlussperspektive. Sein Ursprung und Verwendungskontext werden im folgenden Kapitel ausführlich hergeleitet und erläutert sowie auf seine Passung mit dem hier dargestellten Resilienzkonzept überprüft.

6.2 Regime

Regime, so verstanden, sind quecksilbrige, spektrale Gebilde [...]. Regime reagieren als Ganzes fortwährend auf die Veränderungen ihrer opponierenden oder komplementären Teile. So hören sie nicht auf zu oszillieren. (Dimitrova et al. 2012, 123f.)

Ähnlich wie der Resilienzbe­griff ist auch der Begriff des *Regimes* in den aktuellen Sozial-, Kultur- und Politikwissenschaften allgegenwärtig: „Der Regimebegriff scheint gute Chancen zu haben, zu einem neuen Fetisch der Sozialtheorie und der theoretisch interessierten Sozialwissenschaften [...] zu werden“ (Esch 2018, S. 286). Und ähnlich wie Resilienz bewegt sich die Verwendung dabei in einer großen Spannbreite zwischen uneinheitlichen, vagen Catch all-Konzepten und analytischen Kategorien (Hess et al. 2018).

Die Ursachen für den zunehmenden Einsatz des Regimebegriffs sind eng mit der aktuellen Transformation von Macht und Regierungsweisen verbunden, die aus den gesellschaftlichen Wandlungsprozessen des 21. Jahrhunderts, den Prozessen der Globalisierung und den neuen Politiken der Unsicherheit resultieren (Bigo 2008; Dimitrova et al. 2012; Hess et al. 2018). Weg von den klassischen Dichotomien und hin zu mehr Netzwerkförmigkeit eint die verschiedenen Verwendungsweisen des Regimebegriffs der Versuch, „die relationalen, vielschichtigen, partizipativen und flüchtigen Formen der Organisation von Dominanz“ (Dimitrova et al. 2012, S. 24) nachzuvollziehen. Er erscheint damit geeignet, die Elemente, Verlaufsmuster und Wirkungen von gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen unter der Annahme fluider sozialer Strukturen und jenseits dualistischer Subjekt-Objekt-Zuschreibungen in umfassender Perspektive thematisierbar und analysierbar zu machen (Dimitrova et al. 2012; Pott et al. 2018). Ziel des vorliegenden Kapitels ist es, dieses analytische Potenzial des Regimebegriffs auch für sozial-räumliche Aushandlungsprozesse im urbanen Raum herauszuarbeiten und in Verbindung mit dem Resilienzbe­griff für den behandelten Untersuchungsgegenstand nutzbar zu machen.

6.2.1 Begriffsursprung und -entwicklung

Die Verwendung des heutigen Regimebegriffs zur Untersuchung von Machttechnologien und Wissenstransformationen in Zeiten historischer Brüche geht im Wesentlichen auf den französischen Philosophen Michel Foucault zurück. Bereits 1966 unterschied Foucault in *Die Ordnung der Dinge* drei historische Regimetypen als aufeinander folgende Wissens- und Wahrheitsordnungen der neuzeitlichen Denksysteme des 16. bis 19. Jahrhunderts: das Regime der Ähnlichkeit, der Repräsentation und der Geschichte, die er mit Blick auf die Strukturregeln von Ökonomie, Biologie und Linguistik untersuchte.²²

Später konzentrierte sich Foucault in *Der Wille zum Wissen* (1983) auf das *Wahrheitsregime*. Wahrheitsregime entstehen an Bruchstellen, an denen „Wahrheit“ als Kategorie in den Feldern von Macht und Wissen neu herausgefordert und ausgehandelt wird. Foucault verstand sie als einen Diskurstypus, der im Zusammenhang mit politischen Machtkonstellationen und sozialen Kontexten durch verschiedene Praktiken gekennzeichnet und konstituiert wird und im Gegenzug gesetzgebend in der Unterscheidung von *wahr* und *falsch* auf sie zurückwirkt (Dimitrova et al. 2012; Nigro 2015). Diese Unterscheidung ist in höchstem Maße gesellschaftlich anzusehen, so sie denn das „historisch spezifische Ergebnis des problematisierenden Handelns und Verhaltens von Leuten in sehr konkreten materiellen Umständen ist“ (Dimitrova et al. 2012, S. 32). Sie entscheidet damit auch über die Legitimität und Illegitimität bestimmter Einstellungen oder Verhaltensweisen und den Ein- oder Ausschluss bestimmter Personen oder Personengruppen in das gesellschaftliche System (Dimitrova et al. 2012).

Diese Produktion und Regierung von Differenz spielt auch bei den *Repräsentationsregimen* des britischen Soziologen Stuart Hall (1994, 2004) eine entscheidende Rolle: Repräsentationsregime sind „das gesamte Repertoire an Bildern und visuellen Effekten, durch das ‚Differenz‘ in einem beliebigen historischen Moment repräsentiert wird“ (Hall 2004, S. 115). Am Beispiel der schwarzen Arbeiterklasse in England zeigte Hall auf, wie Repräsentation die Verschränkung der Mechanismen kultureller Dominanz und rassistischer Exklusion konstituiert und befördert (Tsianos und Karakayali 2014; Tsianos und Kasperek 2015).

Sowohl Foucault als auch Hall betonten die Historizität, Fluidität und den sozialen Konstruktionscharakter von Regimen. Sie sind dynamische, historisch anpas-

²² Für eine ausführliche Auseinandersetzung mit Foucaults Regimen der Ähnlichkeit, Repräsentation und Geschichte und die diesen zugrundeliegenden Strukturregeln siehe z.B. Angermüller (2007), S. 56.

sungsfähige Ordnungsformen des Sehens und Sichtbarmachens, die sich aus Macht- und Herrschaftsinteressen konstituieren und diesen dienen. Dabei werden sie ständig herausgefordert, (re)produziert, überarbeitet, transformiert und sind elastisch und rigide gleichermaßen (Dimitrova et al. 2012).

Die regulierende Macht von Regimen wird bei Foucault, anders als bei Hall, jedoch nicht in erster Linie unterdrückend und repressiv gedacht, sondern auch als eine „hervorbringende, produktive Kraft“ angesehen (Dimitrova et al. 2012, S. 31). So sind es auch nicht die Regime selbst, sondern die „Politiken der Wahrheit, in die interveniert werden muss, [...] die nach einer politischen Kritik verlangen“ (Dimitrova et al. 2012, 115f.). Die Begegnung mit Regimen erfolgte bei Foucault immer im Modus einer politischen Auseinandersetzung und bietet Anschluss für sehr unterschiedliche Kontexte.

6.2.2 Regime auf stadträumlicher Ebene

Auf stadträumlicher Ebene wurde dieser Modus der politischen Auseinandersetzung vor allem durch Vertreterinnen und Vertreter der *Urban Regime Theory* aufgegriffen. Das Konzept geht zurück auf den US-amerikanischen Politikwissenschaftler Clarence Stone in den 1980er- und 90er-Jahren, der damit die Beziehungsgeflechte, Machtrelationen und Konsensfindung über gemeinsam zu erreichende Agenden zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor in amerikanischen Städten aufzuschlüsseln ersuchte (z.B. Stone 1989; 1993). Urbane Regime sind demnach lockere Arrangements von Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung, die über zielgerichtete Bündnisse ihre lokale Handlungs- und Regierungsfähigkeit stärken und damit die Stadtpolitik über eine längere Zeitspanne beeinflussen (Mossberger und Stoker 2001; Gissendanner 2002; Bahn et al. 2003). Besonders hervorzuheben ist dabei die Betonung der Relevanz *informeller* Interessensgruppen, deren Rolle in städtischen Veränderungsprozessen bis dahin oft unterschätzt geblieben war (Pott und Tsianos 2014).

Inzwischen wurde das Paradigma urbaner Regime in einer Vielzahl unterschiedlicher Kontexte und gouvernementalitätsbezogener Konstellationen auf regionaler, stadtweiter bis zur quartiersbezogenen Ebene angewendet und weiterentwickelt.²³ Der Ansatz erscheint dabei insbesondere für die Analyse kommunaler

²³ Für eine umfassende Übersicht zur Entwicklung und Ausdifferenzierung der Urban Regime Theory siehe Mossberger und Stoker (2001).

Regulierungssysteme geeignet, da er die dort relevanten Akteure identifiziert und deren kontinuierliche Interaktion einschließlich der ihr unterliegenden institutionellen Bedingungen untersucht (Bahn et al. 2003). Er ist jedoch überwiegend auf politiknahe Versuche der Einflussnahme verengt. Aufgrund seiner Betonung informeller, aber stabiler Kooperationen ist er zudem nur wenig dynamisch und schenkt den oft widerständigen und antagonistischen Aushandlungsprozessen städtischer Akteure zu wenig Beachtung (Pott und Tsianos 2014).

Ebenfalls unter Einnahme einer (stadt-)räumlichen Perspektive, jedoch dynamischer und über den rein politischen Kontext hinausgehend, hat sich in den letzten Jahren das Forschungsfeld der (urbanen) Grenz- und Migrationsregime ausdifferenziert. Die Migrationsforscher Andreas Pott und Vassilis Tsianos (2014) beschreiben die Vorteile dieser Sicht- und Herangehensweise wie folgt:

(Urbane) Migrationsregime bezeichnen integrierte, sich historisch wandelnde Handlungs- und Gestaltungsarenen mit spezifischen Konstellationen individueller, kollektiver und institutioneller Akteure, deren Interessen, Techniken und Praktiken als Kräfte der Formung von Migration bzw. städtischen Migrationsverhältnissen wirken. (S. 121)

Ihr Potenzial besteht darin, die relevante soziale Komplexität anders als weithin üblich zu strukturieren. In der Regimeperspektive werden gesellschaftliche, städtische und migrationsbezogene Verhältnisse in einer Weise für die Forschung handhabbar gemacht, die sich von der Vorstellung einer vielschichtigen, multilokalen und oft auch transnationalen Ko-Produktion von Sozialität leiten lässt. (S. 117)

Insgesamt richtet sich der Blick damit auf die *Beziehungen* zwischen den verschiedensten Akteuren, Kontexten und Diskursen sowie die *Verhandlungsräume*, die sich unter ihnen aufspannen (Pott und Tsianos 2014). Ein solcher Blickwinkel ist insbesondere in Folge der verstärkten Einwanderungs- und Flüchtlingsbewegungen der letzten Jahre in die/innerhalb der Europäischen Union immer relevanter geworden – wenngleich sie auf sehr unterschiedliche Kontexte, historische Entwicklungsphasen und räumliche Ebenen anwendbar ist (Pott et al. 2018).

Konkret auf Stadtraumbene demonstrieren Pott und Tsianos (2014) ihren Ansatz am Beispiel des von starken Gentrifizierungsprozessen betroffenen Hamburger Innenstadtbezirks St. Georg. Über die Figur der Verhandlungszone zwischen bezirkspolitischen Quartiersentwicklungskonzepten, Immobilienunternehmen, Gay-Lobbyisten und lokalen migrantischen Ökonomien analysierten sie die

dort vorherrschenden Praktiken, Auseinandersetzungen und Aushandlungsprozesse zwischen den verschiedenen Akteuren. So konnten sie aufzeigen, wie sich in St. Georg urbane Regime durch das City-Marketing ehemals marginalisierter städtischer Räume etablieren und dabei homosexuelle und migrantische Minderheiten gegeneinander in Stellung gebracht werden.

Eine ähnliche Vorgehensweise wäre durchaus auch im Kontext marginalisierter Stadträume denkbar, die nicht von Gentrifizierungsprozessen, sondern (Armut-)Zuwanderung, zum Beispiel aufgrund innerstädtischer Verdrängungsprozesse, betroffen sind. Zu betonen ist vor allem der sozialräumliche Bezug, in dem Stadträume als wesentliche Bestandteile urbaner Regime betrachtet werden. Ihnen kommt im Reproduktionszusammenhang von Regimen eine konstruierende, ordnende und stabilisierende Funktion zu. Gleichzeitig können dort unterschiedliche Regime miteinander koexistieren und/oder konkurrieren (Pott und Tsianos 2014). Wenn verschiedene Regime und ihre Ansprüche miteinander konkurrieren oder gar unvereinbar scheinen, kommt es zu sogenannten *Regime-Kollisionen* (Fischer-Lescano und Teubner 2006; Hess et al. 2018). Diesen Kämpfen und Brüchen sowie den sich permanent verschiebenden kollektiven Erfahrungen im Zusammenhang mit Migrationsprozessen widmet sich die ethnographische (Grenz-)Regimeanalyse. Dabei geht es ihr um politische Transformationen und die jeweiligen Formen und Modi des Regierens, vor allem aber auch den expliziten Einbezug der spezifischen Akteursperspektiven, ihrer Repräsentationen und Praktiken (Hess et al. 2018). Migration wird als eine ko-produzierte soziale Praxis gefasst, die in prozessorientierten Verhandlungszonen stattfindet, in denen Akteure aufeinandertreffen, die in einem asymmetrischen Machtverhältnis agieren (Pott und Tsianos 2014). Zentrales Kriterium bei der Untersuchung von Mobilitätsmustern (ein-)wandernder Gruppen und Individuen ist dann nicht primär ihre Ortsveränderung, sondern die damit einhergehende „Transformation des Sozialen“ (Hess et al. 2018, S. 273). Die sich daraus entwickelnden Regime sind informell und temporär, aber gerade deswegen besonders wirksam: „Ihre Aktivität zieht Aktivitäten nach sich, die wiederum zu Prozessen der Anpassung, des Widerstands und der Erneuerung führen“ (Dimitrova et al. 2012, S. 34).

6.2.3 Analytische Grundlagen des (urbanen) Regimebegriffs

Vor diesem Hintergrund lassen sich für die Anwendung des Regimebegriffs im Zusammenhang mit sozialräumlichen Wandlungs- und Aushandlungsprozessen im urbanen Raum und den konkreten Gegenstand dieser Arbeit folgende Rahmenbedingungen ableiten:

Regime sind Ausdruck der Gestaltung und Aushandlung gesellschaftlicher Arrangements und politischer Kräfteverhältnisse in Zeiten gesellschaftlicher Wandlungsprozesse (Dimitrova et al. 2012; Hess et al. 2018). Im Anschluss an Foucault (re)konfigurieren sie sich explizit an gesellschaftlichen Bruchstellen als Folge von Kämpfen in den Feldern von Wissen und Macht. Die zentrale Leistung von Regimen, so die Betonung Stuart Halls, besteht in der Produktion und dem Ausdruck von Differenz. Seinem Verständnis von Repräsentation folgend verschränken sich dabei unter der Entstehung widerständiger Subjektivierungen die Mechanismen von Dominanz und Exklusion. Mit der Urban Regime Theory lässt sich der Regime-Begriff auch auf stadträumlicher Ebene anwenden, wobei neben den politischen vor allem auch die Relevanz informeller Interessensgruppen betont wird. Das Forschungsfeld der urbanen Grenz- und Migrationsregime behält diese stadträumliche Perspektive bei. Sie fasst Regime jedoch deutlich dynamischer und richtet den Blick auf die dort herrschenden Praktiken, Beziehungen und Verhandlungsräume. Auf Basis des Verständnisses der ethnographischen Grenzregimeanalyse lassen sich außerdem die Aspekte von Mobilität und Migration in den urbanen Raum gut integrieren und die Transformation des Sozialen in den analytischen Fokus stellen.

Bevor diese Herleitung auf den konkreten Gegenstand dieser Arbeit angewendet werden kann, ist es jedoch notwendig, nicht nur die Eigenschaften urbaner Regime in unsicheren Situationen herauszustellen, sondern den Blick auch auf ihr analytisches Potenzial für eben jene Situationen zu richten. Dabei hilft das viel beachtete Konzept der *Regimes of Living* der beiden amerikanischen Anthropologen Stephen Collier und Andrew Lakoff (Lakoff und Collier 2004; Collier und Lakoff 2005). Ihre Regimes of Living sind als eine Art Landkarte und analytischer Rahmen für Situationen, Orte und Forschungsfelder in konkreten soziohistorischen Konstellationen zu verstehen, in denen die ethischen Fragen des „guten Lebens“ und die damit in Verbindung stehenden Normen und Werte zentral sind. Sie beinhalten Prinzipien und Praktiken der Argumentation und Bewertung, die in unsicheren oder problematischen Situationen flexibel angewendet

werden können, um diesen eine provisorische Struktur zu verleihen. Ein vorherrschendes Regime stellt dabei jedoch stets nur eine Möglichkeit unter vielen dar: „A given regime provides one possible means, and always only one among various possible means, for organizing, reasoning about, and living ethically – that is, with respect to a specific understanding of the good“ (Lakoff und Collier 2004, S. 427).

Auch findet keine ethische Reflexion im Sinne moralischer Regeln und Werte statt. Vielmehr verstehen Collier und Lakoff unter ethischen Elementen die allgemeinen, wiederkehrenden Formen, Prozesse und Konfigurationen von Technik, Institutionen und Argumentationsmodi des öffentlichen Lebens zu einem bestimmten sozio-historischen Zeitpunkt (Lakoff und Collier 2004; Collier und Lakoff 2005). Die Dominanz eines Regimes of Living kann dabei genauso viele ethische Probleme schaffen wie lösen, seine Beziehung zum „guten Leben“ und unsicheren Situation ist stets angespannt, ko-konstituierend und ko-aktualisierend (Collier und Lakoff 2005).

Der große Wert des Konzepts besteht den Autoren zufolge darin, dass es weder dem Anspruch einer breiten epochalen Gegenwartsdiagnose folgt, noch sich auf einzelne lokale Orte begrenzt. Durch die Analyse spezifischer Orte und Situationen lassen sich jedoch Rückschlüsse auf die allgemeineren ethischen Konfigurationen in der Gesellschaft ziehen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt verhandelt werden. So ist es möglich, ein einzelnes Forschungsfeld als Exempel für ein allgemeineres Regimes of Living zu betrachten und zu interpretieren (Lakoff und Collier 2004).

Betrachtet man sich die Eigenschaften des weiter vorne in diesem Kapitel aufgeführten Resilienzbegriffs und vergleicht diese mit den hier herausgearbeiteten Charakteristika des Regimebegriffs, ergeben sich deutliche konzeptuelle Anknüpfungspunkte. Diese sollen im Folgenden zu einer gemeinsamen analytischen Perspektive verschränkt werden.

6.3 Regime urbaner Resilienz

Die Verschränkung der herausgearbeiteten analytischen Grundlagen des Resilienz- mit dem Regimebegriff ermöglicht, die theoretischen und analytischen Eigenschaften beider Konzepte zu einer gemeinsamen Perspektive auf sozialen Wandel und sozialräumliche Ungleichheit in Städten zu vereinen – den *Regimen urbaner Resilienz*:

- Unter Regimen urbaner Resilienz verstehe ich eine analytische Perspektive auf die sozialräumlichen Prozesse, Arrangements und Kräfteverhältnisse im Stadtraum, die sich im Zuge urbaner Schocks und Wandlungsprozesse konstituieren und damit den Blick auf die dort herrschenden Vulnerabilitäts- und Resilienzkonstruktionen offenbaren.
- Urbane Resilienzregime sind *sozial konstruiert* und *fluide*. Sie spiegeln die dynamische Wechselwirkung *zeitlicher, räumlicher* und *sozialer* Dimensionen wider und geben Einsicht in die Praktiken, Beziehungen und die kulturelle Differenzierung im Stadtraum.
- Urbane Resilienzregime sind *niemals normativ*. Sie lassen aber Rückschlüsse auf die vor Ort *herrschenden ethischen Konfigurationen* zu, die zu einem bestimmten Zeitpunkt verhandelt werden.
- Die Analyse urbaner Resilienzregime erlaubt Aufschluss über die unterschiedlichen *Interessenslagen, Macht- und Deutungsverhältnisse* und Konflikte vor Ort sowie deren *Transformation* im Zusammenhang mit *rupturartigem* oder *schleichendem* Wandel.

Urbane Resilienzregime, wie sie in diesem Kapitel hergeleitet und entwickelt werden, stellen eine neue Perspektive für die Betrachtung sozialräumlicher Irritationen und Störungen im Stadtraum dar. Sie haben daher maßgeblichen Einfluss auf die (Weiter-)Entwicklung der Forschungsfragen dieser Arbeit, welche sich im folgenden Kapitel 7 konkretisieren. Auf welche Weise sie operationalisiert und methodisch umgesetzt werden, wird im Anschluss in Kapitel 8 zum Forschungsvorgehen ausführlich dargestellt.

7. Forschungsfragen

Wie bereits im Vorwort und im Einleitungskapitel erläutert, war es zu Beginn meines Forschungsprojektes zunächst mein Ziel, zu untersuchen, welche Dynamiken und Muster von Resilienz in belasteten Stadtbezirken auftreten, die die durch Gentrifizierungsprozesse verdrängten Anwohnerinnen und Anwohner in ihr urbanes System aufnehmen und integrieren müssen. Während ich jedoch gerade noch dabei war, diese „Geschichte der Gegenwart“ zu erforschen, wurde ich in rasender Geschwindigkeit von selbiger überholt.

In Konsequenz des sich immer stärker eskalierenden Bürgerkriegs in Syrien und des daraus resultierenden Flüchtlingsstroms nach Europa veränderte sich in kurzer Zeit die Dynamik in der deutschen Bundeshauptstadt und – durch die Zuweisung und Ansiedlung von Flüchtlingsunterkünften und Containerdörfern – ganz besonders auch in Marzahn-Hellersdorf. Zwar setzte sich der soziale Wandel durch Verdrängung aus der Innenstadt weiter fort. Er wurde jedoch deutlich überlagert durch die kurzfristig eintretenden Geschehnisse im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise.

Damit wurde das ursprüngliche Forschungsziel zwar nicht obsolet, seine Untersuchung jedoch deutlich erschwert. Darüber hinaus bot sich mit den eintretenden Ereignissen eine zusätzliche Forschungsperspektive an, welche im interdisziplinären Wissenschaftsdiskurs zu Resilienz zwar teilweise benannt und diskutiert, bislang jedoch nur wenig empirisch untersucht wurde: Resilienz im Vergleich zwischen langfristigen, schleichenden („slow burn“) sozialen Veränderungen/Störungen sowie kurzfristigen („short term“) sozialen Schocks.

Vor dem Hintergrund meines ursprünglichen Forschungsinteresses, der während des Forschungsprozesses eingetretenen Geschehnisse sowie auf Basis der im vorherigen Kapitel erarbeiteten Theorie entwickelten sich somit neue, abgewandelte Forschungsfragen:

- (1) Welche Themenfelder sind in Marzahn-Hellersdorf vor dem Hintergrund der im Bezirk auftretenden sozialräumlichen Wandlungsprozesse, langfristigen Störungen und kurzfristigen Schocks besonders relevant und dominant?
- (2) Welche urbanen Resilienzregime entstehen, interagieren und konkurrieren dabei?
- (3) Wie unterscheiden sich die Struktur der Regime und ihr Interaktionsverhalten im Kontext von slow burn-Veränderungen vs. short term-Schocks?

Die Herangehensweise an diese Forschungsfragen wird im folgenden Kapitel aufgeführt und erläutert.

8. Forschungsvorgehen

Um die Ordnungskonzepte und Dynamiken in benachteiligten Stadtquartieren am Beispiel von Marzahn-Hellersdorf im Kontext von slow burn-Irritationen und short term-Schocks genauer zu untersuchen sowie die sich daraus entwickelten urbanen Resilienzregime in all ihren Facetten und Zusammenhängen zu identifizieren und beleuchten, bedurfte es eines mehrstufigen und multi-methodalen Forschungsvorgehens. Die Erforschung und möglichst breite Erfassung eines Stadtbezirks ist für eine einzelne Forschungsperson nicht einfach und bedarf zuweilen unorthodoxer Herangehensweisen oder auch pragmatischer Entscheidungen, die an entsprechender Stelle begründet werden. Das gesamte Methodenspektrum wird auf den folgenden Seiten in aller Ausführlichkeit dargestellt und erläutert.

Als Forschungsstil und formgebender Verfahrensrahmen für das Forschungsvorgehen diente die *Grounded Theory*. Deren Kernaufgabe ist, zurückgehend auf ihre Begründer, die US-amerikanischen Soziologen Barney Glaser und Anselm Strauss, die „Entdeckung von Theorie auf der Grundlage von in der Sozialforschung systematisch gewonnenen Daten“ (Glaser und Strauss 2010, S. 12)²⁴. In dieser Forschungslogik ist Forschungsarbeit nicht sequenziell, sondern in der Prozessualität und einem ständigen Wechsel zwischen Datenerhebung, -analyse und Theoriebildung verortet. Die Analyse und Theoriebildung beginnen bereits mit der ersten Datenerhebung. Dieser Prozess des *Theoretical Samplings* zeichnet sich einerseits durch Offenheit und Flexibilität aus sowie andererseits durch ein gelenktes und durchdachtes Vorgehen (Muckel 2007). Er trägt so zu einer fortlaufenden Präzisierung der zu Beginn noch recht offen formulierten Forschungsfrage bei, die durch die im Entstehen begriffene Theorie kontrolliert wird (Mey und Mruck 2007; Strübing 2014). Theorien sind in diesem Sinne „temporärvergängliche Reifikationen aus diesem Prozess [...], die im Moment ihrer Formu-

²⁴ „The Discovery of Grounded Theory“ (1967) ist die einzige gemeinsame methodologische Publikation von Barney Glaser und Anselm Strauss (die deutsche Erstauflage *Grounded Theory: Strategien qualitativer Forschung* erschien 1998). Beide entwickelten, zum Teil unter Einbezug anderer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, den Forschungsstil getrennt voneinander und in unterschiedliche Richtungen weiter. Die sich daraus ergebenden Differenzen und Debatten sind nicht Gegenstand dieser Arbeit, können aber zum Beispiel bei Jörn Strübing (2011, 2014) nachgelesen werden. Die hier vorliegende Arbeit stützt sich in der Anwendung der Grounded Theory im Wesentlichen auf die Fortentwicklungen und Untergliederungen von Strauss (1991) beziehungsweise Strauss und Corbin (1996) sowie weitere darauf aufbauende Forschungsarbeiten.

lierung bereits wieder Ausgangspunkt neuen Theoretisierens sind“ (Strübing 2014, S. 5).

Die anfängliche Offenheit in der Fragestellung ergibt sich aus der dahinter stehenden Forschungslogik der *Abduktion*. „Abduktion meint, von einem neuen überraschenden (empirischen) Phänomen auf eine erklärende Regel zu schließen“ (Truschkat et al. 2007, S. 236) und dabei „tatsächlich *neues* Wissen zu gewinnen“ (Strübing 2014, S. 45). Der Begriff geht zurück auf den US-amerikanischen Philosophen Charles Sanders Peirce (1839-1914). Er führte ihn als dritte Schlussfolgerungslogik neben Deduktion und Induktion ein und entwickelte darauf basierend einen erkenntnis- und wissenschaftstheoretischen Ansatz, der die quantitative und qualitative Sozialforschung bis heute maßgeblich prägt (Reichertz 2013)²⁵. Das wesentliche Attribut abduktiver Schlussfolgerung ist die Bedeutung des historisch erworbenen theoretischen Vor- und Unterscheidungswissens für den qualitativen Forschungsprozess (Kelle 1994). Dieses ist verantwortlich für die Einordnung einer neuen, unbekannteren Wahrnehmung in eine vorhandene, mehr oder weniger bekannte Ordnung und damit die Produktion und den Erwerb neuen, erweiterten Wissens (Reichertz 2013; Strübing 2014). Der Prozess wissenschaftlicher Theoriegenerierung im Rahmen der Grounded Theory ist somit häufig „ein Nebeneinander statt ein Nacheinander von Vorgängen [...], das phasenweise ausprobiert, auch irren kann und korrigiert wird, anstatt stringent zu schlussfolgern“ (Pentzold et al. 2018, S. 2).

Dieser Prozess des Nebeneinanders, des Vor- und Zurückgehens, gekoppelt mit dem Vorwissen der Autorin, ihrer „*theoretischen Sensibilität*“ (Strauss und Corbin 1996, S. 25), prägte wesentlich das Forschungsvorgehen, die Entwicklung der Fragestellung sowie die Wahl und Anwendung des Methodenspektrums für die hier vorliegende Arbeit. Das Vorgehen beinhaltet die Generierung und den Rückgriff auf auto- und paraethnographischen Wissen der Autorin und des professionellen Organisationskontextes, innerhalb dessen sie sich während der Erstellung dieser Arbeit beruflich zwischen 2014 und 2017 bewegte. Es beinhaltet des Weiteren die Nutzung quantitativer Methodik in Form einer lexikometrischen Diskursanalyse des Zeitungsdiskurses zu Marzahn-Hellersdorf im Zeitraum 1993 bis 2016 sowie eine sich daran anschließende Vertiefung und Fokussierung der Zeiträume 2008 bis 2012 und 2013 bis 2016 in Form qualitativer Inhaltsanalysen

²⁵ Für eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem Peirce'schen Abduktionsbegriff und seiner Bedeutung für die Anthropologie und die qualitative Sozialforschung im Allgemeinen siehe die Werke von Jo Reichertz (z.B. 1991, 1993, 1999).

und theorieorientierten Kodierens mit Hilfe des aus der Resilienz- und Regimetheorie entwickelten Analyseschemas urbaner Resilienzregime.

Glaser und Strauss (1967) setzten in ihrem Grundlagenwerk zur Grounded Theory der Zusammensetzung des Datenmaterials explizit keine Begrenzung. Die im Folgenden beschriebenen Analysemethoden aus qualitativen und quantitativen Verfahren verstehen sich daher als dem Forschungsstil der Grounded Theory verschrieben und werden an entsprechender Stelle auch immer wieder in diese eingeordnet. Das sich hier anschließende Unterkapitel widmet sich dem Vorwissen der Autorin auf Basis auto- und paraethnographischer Erkenntnisse, bevor in den sich anschließenden Abschnitten die diskurs- und inhaltsanalytischen Vorgehensweisen vorgestellt werden.

8.1 Auto- und paraethnographischen Wissens

Neben meiner Forschungstätigkeit im Rahmen der hier vorliegenden Arbeit war ich, wie zu Beginn im Vorwort erläutert, von 2014 bis 2017 als Projektmitarbeiterin in einem Berliner Schulentwicklungsprojekt angestellt. Dabei handelte es sich um eine in der Berliner Bildungsverwaltung angesiedelte Schnittstellenposition, in deren Rahmen ich auf unterschiedlichen Ebenen mit Verantwortlichen des Schulbildungswesens, an den Schulen selbst und im schulischen Umfeld in mehreren Stadtbezirken – unter anderem Marzahn-Hellersdorf – eng zusammenarbeitete. Meine berufliche Beschäftigung in dem Projekt ermöglichte mir tiefgehende Systemeinsichten und Erkenntnisse. Diese konnten jedoch aus vertrags- und datenschutzrechtlichen Gründen nicht als „Primärdaten“ in meine Dissertation einfließen, zumal meine Rolle im Projekt nicht der einer Forscherin, sondern der einer angestellten Mitarbeiterin entsprach. Das damit verbundene Aufgabenprofil schloss organisatorische und inhaltliche Tätigkeiten ein, nicht aber die systematische Erhebung und Auswertung von Daten.

Nichtsdestotrotz hatte meine berufliche Arbeit einen erheblichen Einfluss auf die Entstehung und Entwicklung meiner Forschungsarbeit – sei es in der Genese von Erkenntnissen über das Forschungsfeld insgesamt, in der Weiterentwicklung und Schärfung der Forschungsfragen, aber auch in der Theorieentwicklung und in der Auswertung des systematischen Datenmaterials.

In Folge dessen ist die vorliegende Arbeit auch wesentlich von *autoethnographischen* Einflüssen durchzogen. Das bedeutet, dass die Erfahrungen der forschenden Person selbst als Quellen der Einsicht dienen. Ihre eigene Wahrnehmungen werden dafür genutzt, um Einblicke in die Einstellungen, Werte und das Verhalten einer Organisation zu erhalten, deren Bestandteil sie selbst ist (Karra und Phillips 2008; Islam 2015). Eine solche Forschungspraxis erhält ihre Legitimität explizit nicht aus der Auslöschung des Selbst aus dem objektiven Forschungsprozess, sondern aus der starken Anerkennung von Subjektivität und Situationsbezogenheit als erkenntnisgenerierende Ressourcen (Islam 2015).

Im Zuge meiner beruflichen Tätigkeit tauchte ich immer wieder als „Mitglied“ in das „Bezirkssystem“ Marzahn-Hellersdorf ein und interagierte mit anderen „Bezirksmitgliedern“. Aufgrund meiner Schnittstellenposition im Schulentwicklungsprojekt war ich jedoch auch immer gleichzeitig noch Teil anderer Systeme und Systemebenen und arbeitete mit Menschen, die sich ebenfalls und an deutlich weitreichenderen Schnittstellenpositionen befanden – entsprechend sowohl tiefere als auch breitere, langfristige Einblicke besaßen als ich. Weit über meine eigenen autoethnographischen Erkenntnisse hinaus war es mir somit möglich, mir über drei Jahre hinweg ein umfangreiches *paraethnographisches* Wissen anzueignen, welches einen wesentlichen Einfluss auf die Entstehung und Entwicklung meiner Forschungsarbeit hatte.

Der Terminus *Paraethnologie* geht auf die beiden US-amerikanischen Anthropologen Douglas Holmes und George Marcus (2005, 2008) zurück. Sie verstehen darunter eine kollaborative ethnographische Praktik, in der die Expertinnen und Experten einer zu erforschenden Berufswelt nicht als traditionelle Informantinnen und Informanten, sondern als intellektuelle Partnerinnen und Partner im Feld und somit als Koproduzierende im Forschungsprozess und in der Interpretation von Wissen angesehen werden (Vangkilde und Rod 2015; Vettors und Foblets 2016). Dem liegt die Annahme zugrunde, dass die Wissensarbeiterinnen und -arbeiter in ihrem Organisationskontext selbst Produzierende kultureller Analysen und erfahrene Nutzerinnen und Nutzer sozialwissenschaftlicher Formen von Reflexivität sind – also sowohl Forschende als auch Akteurinnen und Akteure ihrer eigenen Kulturen. Sie sind gleichermaßen Partnerinnen und Partner wie Beobachtende von Theoriebildung. Sie versuchen kontinuierlich, die Theorie mit handlungsorientiertem, praktischem Wissen zu verbinden, in der Bestrebung, eine bessere Idee der sich schnell verändernden sozialen Realität zu erhalten

(Islam 2015). Diese analytische Schärfe und die daraus gewonnenen Einblicke können Forscherinnen und Forscher dafür nutzen, die relevanten Sachverhalte ihrer Projekte zu definieren (Holmes und Marcus 2008).

Paraethnographisches Wissen als „the de facto and self-conscious critical faculty that operates in any expert domain as a way of dealing with contradiction, exception, facts that are fugitive“ (Holmes und Marcus 2005, S. 237) kann einerseits als formalisierte Wissenspraktiken vorliegen (Islam 2015), äußert sich vor allem aber auch in informellen Wissensformen wie dem Treppenwitz, Büroanekdoten und alltäglichen Geschichten (Knecht 2012). Die damit aufgeladenen sozialen Dynamiken und Veränderungsprozesse gilt es, mit Hilfe der Expertinnen und Experten greifbar zu machen und so die Kommunikationsakte des Alltags auf die Forschungsebene zu überführen (Eisch-Angus 2009).

Die Informationen sind nicht nur für die Datenerhebung, sondern vor allem auch im interpretativen Prozess relevant. Sie bestärken eine spezifische Form von Reflexivität, die nicht nur durch akademische Distanz produziert wird, sondern auch aus im Feld eingebetteten Subjekten, die sich zwischen sozialen Kontexten und über kulturelle Grenzen hinweg bewegen. Diese akteursproduzierten Perspektiven sind im Sinne einer paraethnographischen Herangehensweise (Pseudo-)Theorien im Prozess der Konstruktion. Sie stellen epistemische Fragmente und Bestandteile von Diskursen dar, aus denen Antworten auf Forschungsfragen konstruiert werden können (Islam 2015). Sie laden zum Experimentieren mit und der Anwendung neuer Formen und Aushandlungsmodelle von Feldarbeit ein (Holmes und Marcus 2008; Marcus 2013).

Während meiner Zeit als Projektmitarbeiterin im Berliner Schulentwicklungsprojekt bekam ich die Möglichkeit, mir durch meine eigenen Tätigkeiten und vor allem in der Interaktion und Kommunikation mit Verantwortlichen im Kontext des Bildungs- und Bezirkssystems Marzahn-Hellersdorfs umfangreiches auto- und paraethnographisches Wissen anzueignen, welches meinen Forschungsprozess prägte. Auch wenn meine Rolle als Projektmitarbeiterin und meine Rolle als Forscherin nicht offiziell verknüpft waren, gab es immer wieder Schnittstellen, an denen ich meine Erkenntnisse und Theorien mit Projekt- und Systemverantwortlichen spiegeln, diskutieren und weiterentwickeln sowie deren Theorien in die Entwicklung meines Forschungsprojekts integrieren konnte. Dies diente ganz wesentlich meinem Einblick in das Bezirks- und Schulleben in Marzahn-

Hellersdorf und seine Großwohnsiedlungen und der Entwicklung impliziten Wissens, welches ich ohne die Projektarbeit so nicht hätte generieren können.

Die Genese und Nutzung auto- und paraethnographischer Wissensselemente lässt sich problemlos in den Prozess des Theoretical Samplings im Sinne eines Forschungsvorgehens nach der Grounded Theory einordnen. Denn diese geht davon aus, dass die Entstehung wissenschaftlicher Theorien stets auch der Kreativität und Kompetenz der Forschenden geschuldet ist und sie aus der Wechselbeziehung zwischen Forschungsperson und der Arbeit am jeweiligen Forschungsgegenstand konstruiert werden. Subjektivität und Reflexivität sind folglich inhärenter Teil der Methodologie und Methodenanwendung sowie der daraus generierten Theorien selbst (Mey und Mruck 2007).

Die „kontrollierte Nutzbarmachung der Subjektivität der Forschenden“ und die „Gleichzeitigkeit von Wissenschaftlichkeit und Kreativität“ (Muckel 2007, S. 219) wird ermöglicht durch die *theoretische Sensibilität* der forschenden Person – ihrem Gefühl für Beziehungen und Ähnlichkeiten und ihren persönlichen Fähigkeiten, Feinheiten in der Bedeutung von Daten aufzudecken. Es wird geschult durch wissenschaftliche Theorien und professionelle Erfahrungen, den Forschungsprozess selbst, ist aber auch unbestimmt, intuitiv und biographisch veranlagt (Strauss und Corbin 1996; Muckel 2007; Truschkat et al. 2007).

Mein durch theoretische Sensibilität geprägtes Vor- und sich im Laufe des Forschungsprozesses elaborierendes Wissen hielt ich in Form von Memos fest. Dabei floss es, ganz im Sinne eines Vorgehens in der Tradition der Grounded Theory, über die Jahre direkt in den Erarbeitungs-, Verschriftlichungs- und Theoretisierungsprozess meiner Forschungsarbeit. Es findet sich in der weiter vorne beschriebenen (Weiter-)Entwicklung und Fokussierung der Schwerpunkte und Forschungsfragen und prägte darüber hinaus die Kodierung, Analyse und Interpretation des umfangreichen Datenmaterials, welches ich mit Hilfe diskurs- und inhaltsanalytischer Verfahren erhob und auswertete. Diese werden in den sich hier anschließenden Unterkapiteln dargestellt.

8.2 Analyse des Zeitungsdiskurses zu Marzahn-Hellersdorf

Zeitungen sind, mit den Worten Jaap van Ginnekens (1998), eine Plattform für „the commonplace views of certain issues, shared by (most members of) a society or culture“ (S. 161). Wenn auch keine eins-zu-eins übertragbare Beziehung zwischen Zeitungsinhalten und der öffentlichen Wahrnehmung besteht, so vermitteln sie ihren Lesern doch Deutungsangebote, welche diese in ihre eigenen Alltagserfahrungen und Wissensbestände einbinden und integrieren (Schenk und Rössler 1994).

(Zeitungs-)Medien sind in diesem Sinne Orte, an denen geschriebene Sprache und Aussagen durch ihre Anwendung unser Verständnis der sozialen Realität formen und gemeinsam einen öffentlichen Diskurs bilden (Dumm und Niekler 2014; Garvert-Huijnen und Huijnen 2016). Aus der Struktur der dort hegemonialen Diskurse lässt sich der Einfluss der Medien auf die Produktion des städtischen Raums nachzeichnen (Breitung und Hopfinger 2016) sowie allgemeine Rückschlüsse auf die dominanten Ordnungskonzepte für (Stadt-)Raum und Gesellschaft ziehen (Glasze et al. 2005). Die Diskurse sind dabei stets im Fluss und niemals endgültig fixiert – ihre konstruierten Wirklichkeiten und ihre Kontingenz sind über die Zeit relativ. Und auch zu einem gegebenen Zeitpunkt sind sie selten eindeutig, sondern konkurrierende Positionen um Vorrang und Anerkennung: Ihre „Bedeutungen werden permanent entlang von Unstimmigkeiten, Brüchen und Konfliktlinien herausgefordert und neu bestimmt“ (Glasze und Matissek 2009, S. 12).

Der Begriff des „Diskurses“ wird über die verschiedensten Disziplinen und Denkschulen hinweg verwendet und kann als *Gegenstand* betrachtet werden, als *theoretisch-methodologische Orientierung* innerhalb einer Disziplin oder als *transdisziplinäres Feld* (Angermüller 2014). Wohlwissend um die Vielfalt, aber auch die großen Differenzen im Verständnis und in der Anwendung des Diskursbegriffes, zielt die hier vorliegende Arbeit explizit nicht auf dessen tiefergehende theoretische Auseinandersetzung ab. Sie beschränkt sich auf das von Johannes Angermüller (2014) übergreifende Ziel der sozial- und geisteswissenschaftlichen Diskursforschung als „die theoretisch-methodische Erforschung sozialer Gegenstände im historischen Wandel“ (S. 20) und das poststrukturalistische Verständnis, dass das „Soziale in Diskursen [...] nicht nur beschrieben, sondern in be-

stimmter Hinsicht erst konstituiert“ (S. 22) wird. Das heißt, dass auf Basis ausgewählten Materials, zum Beispiel eines Zeitungskorpus, „empirisch gesättigte Erkenntnisse über sozial und historisch definierte Objekte“ (S. 24) gewonnen werden. Diskurse sind dabei keine von der Theorie gegebenen Objekte, sondern müssen „im Forschungsprozess und mit dessen Methoden konstruiert werden“ (S. 24).

Unter dem Ansatz der Diskursanalyse steht ein methodisches Spektrum zur Verfügung, mit Hilfe dessen durch die Untersuchung der argumentativen Strukturen von Texten oder Aussagen zu bestimmten Themengebieten gesellschaftliche Diskurse beobachtet, aufgedeckt und analysiert werden können. Die Art der methodischen Durchführung und Operationalisierung hängt dabei unter anderem davon ab, ob der Fokus der Untersuchung in der detaillierten Durchdringung eines Diskurses oder in der Nachzeichnung relevanter Diskursstränge über einen bestimmten Zeitverlauf liegt (Hajer 2008).

Um den Stadtbezirk Marzahn-Hellersdorf und die dort dominanten Ordnungskonzepte über die Zeit hinweg möglichst umfassend abzubilden, wurde der Zeitungsdiskurs zum Bezirk im Zeitraum 1993 bis 2016 zunächst in aller Breite quantitativ untersucht und im Anschluss daran qualitativ durchdrungen. Das folgende Unterkapitel beschreibt das Verfahren und die Anwendung einer lexikometrischen Diskursanalyse, bevor im Anschluss unter Kapitel 8.2.3 die qualitative Analyse der Diskursinhalte mittels theorieorientierten Kodierens vorgestellt und ausgeführt wird.

8.2.1 Lexikometrische Diskursanalyse

Um große Textkorpora wie die Berichterstattung in Zeitungen über mehrere Jahre zu analysieren, stoßen die traditionellen diskursanalytischen Ansätze der qualitativen Sozialforschung deutlich an ihre Kapazitätsgrenzen – eine Erfassung und Untersuchung dieser Textmengen von Hand durch Lesen der forschenden Person beziehungsweise unterstützt durch Software-Programme wie MAXQDA ist nicht möglich.

Es lohnt sich daher ein Blick über die Disziplinen hin zum Methodenspektrum der Korpuslinguistik, wo die Analyse großer Textkörper ein weithin etabliertes Forschungsfeld darstellt. Mittels lexikometrischer Verfahren beziehungsweise des *Text Minings*, welches sich als Überbegriff für „computergestützte Verfahren für die semantische Analyse von Texten [...], welche die automatische bzw. semi-automatische Strukturierungen von Texten, insbesondere sehr großen Mengen von Texten, unterstützen“ (Heyer et al. 2006, S. 3) in der sozialwissenschaftlichen Forschung inzwischen verstärkt durchsetzt, ist es möglich, die quantitativen Beziehungen zwischen lexikalischen Elementen in geschlossenen Textkorpora zu untersuchen und so die großflächigen Muster des Sprachgebrauchs in einer Gesellschaft oder deren Teilbereichen zu beschreiben (Mattissek 2007, 2008; Dzudzek et al. 2009).

Im Rahmen diskursorientierter Ansätze können damit Rückschlüsse auf diskursive Strukturen und deren temporäre Bedeutungsfixierungen und Sinnkonstitutionen in oder zwischen verschiedenen Kontexten, wie beispielsweise Verschiebungen und Brüche innerhalb des Diskurses in Stadträumen über die Zeit, gezogen werden (Brailich et al. 2008; Dzudzek et al. 2009). Die Herangehensweise kann einerseits *corpus based* zur Prüfung zuvor aufgestellter Hypothesen sein, bietet aber auch *corpus driven* die Möglichkeit, sich induktiv aus dem Material heraus einen explorativen Überblick über die charakteristischen Zusammenhänge und die Relevanz von Schlüsselwörtern und Themenfeldern im Textkorpus zu machen und so auf Strukturen zu stoßen, die zu Beginn der Untersuchung noch nicht bedacht wurden (Tognini-Bonelli 2001; Mattissek 2007, 2008; Dzudzek et al. 2009).

Beispiele für die Verwendung lexikometrischer Verfahren zur diskursanalytischen Untersuchung von Städten auf Basis großer Zeitungskorpora finden sich bislang vor allem in humangeographischen Studien – etwa bei Annika Mattissek (2007,

2008)²⁶ zu städtischer Identität und Stadtmarketing von Frankfurt am Main, Köln und Leipzig, bei Adam Brailich und Kollegen (2008)²⁷ zur diskursiven Konstitution von Großwohnsiedlungen in Deutschland, Frankreich und Polen sowie bei Anke Breitung und Hans Hopfinger zu Diskursen und transkulturellen Identitäten im städtischen Raum am Beispiel von Nürnberg (Breitung 2013; Breitung und Hopfinger 2016; Hopfinger und Breitung 2016)²⁸.

Um also erste Hinweise auf die relevanten und dominanten Ordnungskonzepte in benachteiligten Stadtteilen am Beispiel Marzahn-Hellersdorfs im Wandel der Zeit und insbesondere im Kontext von slow burn-Störungen und short term-Schocks zu erhalten, wurde der Zeitungsdiskurs im und zum Bezirk einer lexikometrischen Analyse unterzogen.

Dafür wurden in einem ersten Schritt mit Hilfe der Online-Literaturdatenbanken *lexisnexis* und *WISO-Presse* die Artikel der beiden größten Berliner Tageszeitungen, *Der Tagesspiegel* und *Berliner Zeitung*, alle Zeitungsartikel der Jahre 1993 bis 2016, die den Begriff Marzahn und/oder Hellersdorf und/oder Marzahn-Hellersdorf enthielten, identifiziert und heruntergeladen. Die Analyse dieser großen Zeitspanne und nicht erst der letzten Jahre seit Einsetzen des erneuten Bevölkerungswachstums ab 2009 diente der Einordnung des Bezirksgeschehens in seinen zeitspezifischen Kontext.²⁹ So ergab sich ein Gesamtkorpus von insge-

²⁶ Zur Bestimmung der bestehenden Außenimages der Städte Frankfurt, Köln und Leipzig wurde mit Hilfe der Datenbank *lexisnexis* ein Textkorpus aus den Zeitungsartikeln vier überregionaler Printmedien für die Jahre 1999 bis 2005 zusammengestellt, in denen die Begriffe „Stadt“ und die jeweiligen Untersuchungsstädte in einem Abstand von höchstens zehn Wörtern vorkamen. Insgesamt entstand so ein Korpus mit einer Gesamtlänge von über zwei Millionen Wörtern. Durch lexikometrische Auswertung erfolgte eine Herausarbeitung der hegemonialen Sprechmuster über die Städte sowie der zentralen Themen und Begriffe, mit denen sie – im Vergleich miteinander – regelmäßig assoziiert wurden (Matissek 2008).

²⁷ Die Grundlage für die empirische Analyse bildeten geschlossene Textkorpora dreier überregionaler Tageszeitungen (die *Süddeutsche Zeitung* 1994-2006 für die deutsche, die *Le Monde* 1995-2005 für die französische und *Gazeta Wyborcza* 1994-2007 für die polnische Fallstudie). Die Auswahl des französischen Korpus erfolgte anhand der Stichwörter *banlieu(s)* in Verbindung mit *France* oder *francais(e-s)*. Für den deutschen Kontext wurden zwei Korpora getrennt nach west- und ostdeutschen Großwohnsiedlungen erstellt und für die polnische Studie auf eine Suchliste mit den Eigennamen von Großwohnsiedlungen in großen polnischen Städten zurückgegriffen. Darauf basierend konnten die Autoren mit Hilfe lexikometrischer Analysen eine Annäherung „an die hegemonialen Bedeutungskonstitutionen von Großwohnsiedlungen in ihren jeweiligen gesellschaftlichen Kontexten“ vornehmen (Brailich et al. 2008, S. 116).

²⁸ Für die Diskursanalysen wurden insgesamt 8.465 Zeitungsartikel aus den *Nürnberger Nachrichten*, dem *Nürnberger Stadtanzeiger* und dem *Sonntagsblitz* aus den Jahren 1990 bis 2011, die zum Thema der Nürnberger Südstadt erschienen waren, herangezogen und mittels lexikometrischer Verfahren auf Veränderungen im gesellschaftlichen Diskurs über die Zeit untersucht (Breitung 2013; Breitung und Hopfinger 2016; Hopfinger und Breitung 2016).

²⁹ Eigentlich war für die Analyse der Zeitraum 1990 bis 2016 eingeplant, um die zentralen Ordnungskonzepte im Bezirk ab der deutschen Wiedervereinigung zu erfassen. Da die Artikel online jedoch für den *Tagesspiegel* erst ab 1993 und für die *Berliner Zeitung* ab dem Jahr 2000 vorliegen, wurde das Zeitfenster aus Verfügbarkeitsgründen entsprechend verschoben.

samt 18.247 Zeitungsartikeln mit einer mittleren Länge von 450 Wörtern (siehe Tabelle 2)³⁰.

Tabelle 2: Anzahl und mittlere Länge der Artikel aus dem Tagesspiegel und der Berliner Zeitung zwischen 1993 und 2016

Jahr	Der Tagesspiegel	Berliner Zeitung	Alle Artikel	Mittlere Länge
1993	106	-	106	321
1994	503	-	503	349
1995	654	-	654	329
1996	497	-	497	327
1997	555	-	555	362
1998	651	-	651	373
1999	657	-	627	398
2000	608	774	1.382	359
2001	438	409	847	419
2002	403	547	950	396
2003	298	520	818	353
2004	354	556	910	374
2005	337	303	640	339
2006	333	498	831	382
2007	333	475	808	418
2008	360	433	793	427
2009	373	385	758	467
2010	381	361	742	500
2011	407	357	764	447
2012	342	359	701	541
2013	529	499	1.028	545
2014	406	424	830	635
2015	432	433	865	610
2016	452	535	987	628
Gesamt	10.379	7.868	18.247	450

Um die Veränderung der Sprachmuster zu Marzahn-Hellersdorf über die Zeit zu beobachten, wurden die identifizierten Artikel in Vier- bzw. Fünfjahreszeiträume eingeteilt (1993-1997, 1998-2002, 2003-2007, 2008-2012, 2013-2016) und mittels des korpuslinguistischen Textverarbeitungsprogramms *WordSmith Tools 7.0* statistisch zueinander ins Verhältnis gesetzt. Dazu mussten die Artikel als *rtf*-Dateien aus den Literaturdatenbanken heruntergeladen, manuell bereinigt³¹ und als *txt*-Dateien abgespeichert werden. Mit Hilfe des *WordSmith Tools* wurden die Jahrgänge für die ausgewählten Zeiträume anschließend in programmeigene *WordLists* umgewandelt und daraus ihre *KeyWords* im Verhältnis zum Gesamt-

³⁰ Für eine genaue Aufführung der Wörterzahl (Spannbreite und Mittelwerte) pro Jahr und Zeitung siehe Tabellen B.1.1 und B.1.2 in Anhang B.1.

³¹ Löschen aller Quellinformationen, wie z.B. Publikationsdatum, Namen der Autoren, Überschriften und Doubletten.

korpus (= alle 18.247 Artikel) berechnet. Keywords sind diejenigen Wörter, die im ausgewählten Zeitraum im Vergleich zum Gesamtzeitraum überzufällig³² häufig vorkommen und damit Aussagen über die Dominanz der jeweiligen Sprachgebrauchsmuster zulassen (Scott 2017).

In einem nächsten Schritt wurden die jeweiligen Keyword-Listen alphabetisch sortiert und *lemmatisiert*. Durch die Lemmatisierung werden Wörter, die aufgrund der grammatikalischen Struktur ihres Verwendungskontextes auf dieselbe Grundform zurückgehen, im Satz aber unterschiedlich gebeugt sind, einschließlich ihrer statistischen Kennwerte zu einer Wortgruppe zusammengefasst (Bubenhofer 2008, 2009; Scott 2017). Auf diese Weise entstanden für jeden Zeitraum annotierte Keyword-Listen im Umfang zwischen 27 und 65 Wörtern³³.

Um über die statistischen Kennwerte hinaus Einblick in die qualitativen Bedeutungszusammenhänge der identifizierten Schlüsselwörter zu erlangen, wurden die Keywords mit Hilfe der *Konkordanzfunktion* des WordSmith Tools-Programms in ihrem jeweiligen Satzkontext betrachtet. Als Konkordanzanalyse wird die Betrachtung des Kontextes eines Schlüsselwortes mit Hilfe der jeweils davor und danach stehenden Zeichenfolgen bezeichnet. Dies kann eine hilfreiche Unterstützung in der Vorbereitung für die qualitative Interpretation des Kontextes bestimmter Schlüsselwörter sein (Mattissek 2008; Dzudzek et al. 2009).

Darüber hinaus erfolgte eine ausgiebige Online-Recherche, innerhalb derer die relevanten Informationen zu Hintergründen und Funktionen der als Keywords errechneten Namen von Personen, Firmen, geographischen Orten, etc. recherchiert wurden. Eine Gesamtübersicht aller Keywords einschließlich ihrer inhaltlichen Erläuterung befindet sich in Anhang B1.

Auf Basis der ermittelten Bedeutungszusammenhänge konnten aus dem Textmaterial schließlich die für die jeweilige Zeitspanne relevanten Themenschwerpunkte induktiv herausgearbeitet und verglichen werden, bevor sie im nächsten Schritt einem *Blended Reading-Prozess* unterzogen wurden, der nun im Folgenden erläutert werden soll.

³² Die Bestimmung der *Keyness* der jeweiligen Keywords erfolgt im WordSmith Tool-Programm über ihren p-Wert, ihre Log Ratio und Log Likelihood. *P* beschreibt die Wahrscheinlichkeit, mit der ein Wort *nicht* überzufällig häufig vorkommt. Der Log Likelihood Test misst die statistische Signifikanz der *Keyness* und die Log Ratio stellt die Größe der *Keyness* gegen ihre statistische Signifikanz dar. Für weitere Ausführungen und Erklärungen zur statistischen Berechnung der Keywords im WordSmith Tool siehe Scott (2017), S. 253-283.

³³ Siehe Tabellen B.1.4 bis B.1.8 in Anhang B.1.

8.2.2 Blended Reading

Lexikometrische Verfahren ermöglichen es, große Textmengen, die von Hand nicht erfassbar sind, zu analysieren, auf Regelmäßigkeiten zu untersuchen und daraus induktiv diverse Strukturen, wie etwa Veränderungen über die Zeit, darzustellen. Einschränkend anzumerken ist jedoch, dass sie nur begrenzt dazu in der Lage sind, die *Qualität* von Verknüpfungen herauszuarbeiten, ungesagtes oder implizites Wissen zu erfassen und damit hermeneutische Tiefenschärfe zu erzeugen (Mattissek 2008; Dzudzek et al. 2009; Dumm und Niekler 2014). Folglich ist es nicht nur sinnvoll, die Ergebnisse verschiedener Text Mining-Verfahren miteinander zu verbinden (Wiedmann und Niekler 2014), sondern diese auch mit anderen Methoden zu kombinieren, um die Konstitution von Bedeutung in einzelnen Text(-abschnitten) noch genauer freizulegen (Dzudzek et al. 2009).

Dafür bietet sich ein Vorgehen nach der von Matthias Lemke und Alexander Stulpe benannten Methodik des *Blended Readings* an (Lemke 2014; Lemke und Stulpe 2015; Stulpe und Lemke 2016). Das heißt, dass durch eine möglichst optimale Kombination von *Distant Reading* mit Hilfe Computer gestützter Text Mining-Verfahren quantitative Veränderungen festgestellt und Hinweise auf qualitative Veränderungen gewonnen werden sowie besonders signifikante Texte für interpretative Einzelanalysen im *Close Reading* ausgewählt werden (z.B. bei Förster 2016).

Die Überwindung der Dichotomie qualitativer und quantitativer Forschung und das Verständnis der beiden Methodenstränge als einander ergänzende Werkzeuge lassen in Anlehnung an die Arbeiten von Charles Sanders Peirce Schlussfolgerungen im Sinne von *Abduktion* zu (Wiedemann und Lemke 2016). Die dem zugrundeliegende Forschungslogik erlaubt es, das Verfahren als Vorgehen im Sinne der Grounded Theory einzuordnen. Die anfängliche Offenheit und Breite des Forschungsgegenstandes in der quantitativen Analyse erlaubt eine Präzisierung und Konkretisierung im Verlauf der Forschung, wie sie bei Strauss und Corbin (1996) gefordert wird. Die aus der Empirie heraus auftauchenden Zusammenhänge können so im weiteren Forschungsprozess befragt und sukzessive zugespitzt werden.

Um den Diskurskorpus zu Marzahn-Hellersdorf über die lexikometrische Diskursanalyse hinaus auf seine dominanten Ordnungskonzepte genauer zu untersuchen und diese insbesondere im Kontext von slow burn-Störungen und short

term-Schocks zu unterscheiden, wurden die Zeitungsartikel also einem Blended Reading-Prozess unterzogen. Die Wahl der Zeitfenster für die Kontrastierung zwischen slow burn-Störungen und short term-Schocks fiel auf die Zeitblöcke 2008 bis 2012 (slow burn) und 2013 bis 2016 (short term). Dies ergab sich aus dem Hintergrundwissen der Autorin und der Recherche zum Forschungsfeld Marzahn-Hellersdorf (siehe Kapitel 3) sowie aus der entsprechenden Einteilung der Diskursblöcke in der lexikometrischen Diskursanalyse.

Zur Vorbereitung der weiteren inhaltlichen Analyse wurden für die aus der lexikometrischen Diskursanalyse identifizierten und kategorisierten relevanten Keywords³⁴ beider Diskursblöcke nochmals *Konkordanzanalysen* durchgeführt. Das Eintauchen in die inhaltlichen Zusammenhänge der jeweiligen Schlüsselwörter ermöglichte eine schrittweise Reduktion von Zeitungsartikeln für die sich anschließende tiefergehende inhaltliche Analyse. Die Auswahl der Artikel erfolgte auf Basis von Relevanzentscheidungen der Autorin im Rahmen ihrer theoretischen Sensibilität und nach den Prinzipien des permanenten Vergleichs und der theoretischen Sättigung im Sinne der Grounded Theory. Das bedeutet, dass die Auswahl beziehungsweise Reduktion der Zeitungsartikel bis zum endgültigen Abschluss der Analyse offen für Veränderungen blieb und auch über die Konkordanzanalysen hinaus im Closed Reading-Prozess noch Artikel hinzugefügt oder eliminiert wurden, wenn dies als notwendig und sinnvoll erachtet wurde.

Mit Hilfe der Konkordanzanalysen sowie im Prozess des sich daran anschließenden Closed Readings konnte so aus den ursprünglich 3.758 Zeitungsartikeln im Zeitraum 2008 bis 2012 eine Auswahl von 147 Artikeln für die tiefergehende Analyse getroffen werden. Für den Zeitraum 2013 bis 2016 erfolgte eine Reduktion von 3.710 auf 191 Artikel.

Die verbleibenden 338 Artikel wurden schließlich in einem dreistufigen Kodierverfahren unter Entwicklung und Anwendung eines theorieorientierten Analyse-schemas auf ihre zentralen Ordnungskonzepte und die sich darin abzeichnenden urbanen Resilienzregime untersucht. Das Verfahren wird im folgenden Unterkapitel beschrieben.

³⁴ Die Auswahl der für jede Kategorie jeweils relevanten Keywords erfolgte auf Basis ihrer statistischer Signifikanz, dargestellt in Ted Dunnings Log Likelihood Koeffizienten sowie Ermessensentscheidungen der Autorin im Sinne inhaltlicher Relevanz. Alle im Rahmen der lexikometrischen Diskursanalyse identifizierten Keywords für die Jahre 2008 bis 2012 und 2013 bis 2016 sind in den Tabellen B.1.7 und B.1.8 in Anhang B.1 aufgeführt.

8.2.3 Qualitative Durchdringung und theorieorientiertes Kodieren

Um die aus der lexikometrischen Diskursanalyse identifizierten Themenbereiche und Ordnungskonzepte genauer auszudifferenzieren und die aus dem Blended Reading-Prozess extrahierten Zeitungsartikel auf die sich darin abzeichnenden urbanen Resilienzregime im Kontext von slow burn-Störungen und short term-Schocks zu untersuchen, wurden die Textkorpi der Zeiträume 2008 bis 2012 und 2013 bis 2016 angelehnt an das von Strauss und Corbin (1996) vorgeschlagene Kodierprozedere tiefergehend befragt. Darüber hinaus fand eine weiterführende Untersuchung unter Anwendung und Ausdifferenzierung eines theorieorientierten Analyseschemas, basierend auf den unter Kapitel 6.3 formulierten Ausführungen zu urbanen Resilienzregimen, statt.

Strauss und Corbin (1996) unterscheiden im Schema ihres Forschungsvorgehens nach der Grounded Theory-Methodologie zwischen *offenen*, *axialen* und *selektiven* Kodierprozeduren. In deren Zuge werden die den einzelnen Textsegmenten zugeordneten Codes nach dem Prinzip des permanenten Vergleichs zu theoretisch relevanten Konzepten verdichtet, die sich ihrerseits unter einem abstrakteren Konzept höherer Ordnung gruppieren und Kernkategorien herausbilden. Ihr relationales Gefüge bildet schließlich das Netz und den Rahmen für neue Theorieordnungen (Mey und Mruck 2007; Muckel 2007). Die Kategorien bleiben dabei bis zum Abschluss der Theorieentwicklung, und darüber hinaus, im Prozess und offen für Veränderungen. Sie lassen Widersprüche zu und gehorchen gleichzeitig dem Anspruch von Dichte (Muckel 2007).

Während des offenen Kodierens wird nach Strauss und Corbin (1996) das Datenmaterial zunächst „aufgebrochen“ und dabei „durch ein analytisches Herauspräparieren einzelner Phänomene und ihrer Eigenschaften“ (Strübing 2014, S. 16) erste und noch vorläufige Konzepte entwickelt. Das axiale Kodieren dient daran anschließend der Untersuchung von Zusammenhängen zwischen den identifizierten *relevanten* Phänomenen und Konzepten. In diesem Auswertungsschritt geht es darum, „das Verhältnis solcher wiederkehrender und teilweise aufeinander bezogenen Konzepte zu schärfen und auch kritisch zu überprüfen“, das heißt, „aus Konzepten, die sich auf dasselbe Phänomen beziehen, Kategorien zu entwickeln“ (Bischof und Wohlrab-Sahr 2018, S. 87).

Beim selektiven Kodieren wird schließlich „systematisch und konzentriert nach der Schlüsselkategorie kodiert“ (Strauss 1991, S. 58). Dabei wird ein großer Teil

des Materials nochmals rekodiert und auf die Schlüsselkategorie(n) ausgerichtet, die nun zentraler Fokus der Analyse sind und einen wesentlichen Teil der identifizierten Konzepte integrieren (Bischof und Wohlrab-Sahr 2018). „Selektives Kodieren erfordert es dabei, zu den Anfängen des Forschungsprojekts zurückzukehren, und diese vor dem Hintergrund der gewonnenen Theorieelemente noch einmal zu reflektieren“ (Bischof und Wohlrab-Sahr 2018, S. 93).

Neben dem Prozess der Datenanalyse hat das Kodieren daher stets einen starken theoretischen Bezug: „Das Kodieren ist theoretisch, es dient also nicht bloß der Klassifikation oder Beschreibung der Phänomene. Es werden theoretische Konzepte gebildet, die einen Erklärungswert für die untersuchten Phänomene besitzen“, so Anselm Strauss 1994 in einem Interview mit Heiner Legewie und Barbara Schervier-Legewie (Legewie und Schervier-Legewie 2007). Für die vorliegende Arbeit wurde darüber hinaus im Sinne eines explizit *theorieorientierten Kodierens* bereits vor dem qualitativen Kodierprozess des Zeitungsmaterials ein aus dem vorhergegangenen Forschungsprozess entwickelter theoretischer Rahmen als Orientierung gesetzt: „Theorieorientiertes Kodieren [...] erfordert mindestens einer empirisch und theoretisch gestützten Vermutung [...], die durch das Kodieren ausgeformt und überprüft werden soll“ (Bischof und Wohlrab-Sahr 2018, S. 76).

Der in dieser Arbeit gesetzte theoretische Rahmen für das theorieorientierte Kodieren leitete sich aus den unter Kapitel 6.3 entwickelten Überlegungen und Ausführungen zu den Regimen urbaner Resilienz ab. Zunächst wurden dafür im Zuge eines offenen und axialen Kodierprozesses die relevanten Themenschwerpunkte, Akteurinnen und Akteure, Maßnahmen und Debatten identifiziert und in inhaltliche Diskurskategorien und Subkategorien enggeführt.

Die Kodierung und Rekodierung erfolgte mittels der Software MAXQDA für Qualitative Datenanalyse. Für den selektiven Kodierprozess wurde das Codesystem aus MAXQDA in eine große Exceltabelle exportiert und auf die dahinterliegenden urbanen Resilienzregime studiert. Dabei wurden die Subkategorien jeder einzelnen Diskurskategorie systematisch auf ihre Verlaufsmuster, Wirkungen und Dominanzverhältnisse befragt und schließlich die dahinter liegenden Regime als Schlüsselkategorien freigelegt. Um dem beschriebenen sozialen Konstruktionscharakter urbaner Resilienzregime gerecht zu werden, schloss der Kodierprozess außerdem das von Sara Meerow und Kollegen (2016) entwickelte Raster grundlegender Fragen in Bezug auf urbane Resilienz mit ein, wie es unter Kapitel 6.1.3

bereits vorgestellt wurde. Für den theorieorientierten, selektiven Kodierprozess der jeweiligen Regime ergab sich somit für die einzelnen Diskurskategorien das in Tabelle 3 dargestellte Analyseschema³⁵.

Auf Basis der Ergebnisse aus diesem Analyseschema wurden die identifizierten urbanen Resilienzregime schließlich in einem letzten Schritt auf die Entstehungs-, Interaktions- und Konkurrenzmuster in ihrem jeweiligen Diskurskontext untersucht sowie in ihrem Auftretensmuster zwischen den Zeiträumen 2008 bis 2012 und 2013 bis 2016 verglichen.

Die Ergebnisse des gesamten Forschungsvorgehens sind im folgenden Kapitel 9 ausführlich aufgeführt.

³⁵ Die Anwendung und Auswertung des Analyseschemas auf jede einzelne Diskurskategorie ist in Anhang B.2 in den Tabellen B.2.11 bis B.2.34 dargestellt.

Tabelle 3: Theorieorientiertes Analyseschema zur Identifikation der Regime urbaner Resilienz im selektiven Kodierprozess

Diskurskategorie/Aushandlungsthema	
Beteiligte Elemente und Akteure	
Verlaufsmuster	
Wirkung	
Maßnahmen	
Wer?	Wer bestimmt, was für das System wünschenswert ist?
	Wessen Resilienz wird priorisiert?
	Wer wird im urbanen System inkludiert/exkludiert?
Was?	Welchen Störungen gegenüber sollte das urbane System resilient sein?
	Welche Netzwerke/Sektoren sind im urbanen System inkludiert?
	Liegt der Fokus auf allgemeiner oder spezifischer Resilienz?
Wann?	Liegt der Fokus auf schnell oder langsam einsetzenden Störungen?
	Liegt der Fokus auf kurz- oder langfristiger Resilienz?
	Liegt der Fokus auf der Resilienz aktueller oder zukünftiger Generationen?
Wo?	Wo sind die räumlichen Grenzen des urbanen Systems?
	Wird die Resilienz bestimmter Gegenden gegenüber der anderer priorisiert?
	Beeinflusst die Resilienzbildung in bestimmten Gegenden die in anderen Gegenden?
Warum?	Was ist das Ziel in der Bildung der urbanen Resilienz?
	Was sind die dahinterliegenden Motive für die Bildung der urbanen Resilienz?
	Liegt der Fokus auf Prozess oder Outcome?
Welche Dominanzverhältnisse liegen also vor und/oder verschieben sich?	
Welche urbanen Resilienzregime ergeben sich daraus?	

9. Ergebnisse

Im vorliegenden Kapitel werden die Ergebnisse aus den weiter vorne beschriebenen Analysen zur Beantwortung der Forschungsfragen ausführlich dargelegt. Um einen Einblick in die wichtigsten Themenfelder in Marzahn-Hellersdorf über die Zeit zu geben, werden dafür im folgenden Unterkapitel 9.1 zunächst die relevanten Befunde aus der lexikometrischen Diskursanalyse vorgestellt.

Zur genaueren Betrachtung der sozialräumlichen Ordnungskonzepte und ihrer Dynamiken im Kontext von slow burn-Veränderungen beziehungsweise short term-Schocks sind in dem sich daran anschließenden Unterkapitel 9.2 die aus dem Blended Reading-Prozess und der qualitativen Diskursanalyse gewonnenen Erkenntnisse für die Zeitblöcke 2008 bis 2012 sowie 2013 bis 2016 aufgeführt. Dabei werden die wichtigsten Diskursstränge sowie die daraus identifizierten urbanen Resilienzregime in ihren Zusammenhängen betrachtet.

Im dritten Teil dieses Kapitels unter 9.3 werden schließlich die urbanen Resilienzregime im Hinblick auf ihre inneren Strukturen und ihr Interaktionsverhalten mit anderen Regimen in der Unterscheidung langfristiger gegenüber kurzfristigen Störungsprozessen erläutert, bevor schließlich im vierten Teil unter 9.4 eine zusammenfassende Darstellung der wichtigsten Ergebnisse erfolgt.

9.1 Relevante Themenfelder im Wandel der Zeit: Ergebnisse aus der lexikometrischen Diskursanalyse

Die mit Hilfe der lexikometrischen Diskursanalyse identifizierten Diskursschwerpunkte in Marzahn-Hellersdorf zur Darstellung der sozialräumlichen Ordnungskonzepte zeigen eine deutliche Themenverschiebung sowie das Aufkommen neuer Inhalte über die Zeit auf.

Anhand der identifizierten Keywords und der unter Kapitel 8.2.3 beschriebenen Betrachtung ihrer Bedeutungszusammenhänge ließen sich neun grobe Themenblöcke einteilen, deren Schwerpunkte über die Zeit hinweg variierten: (Lokal-)Politik, Wohn- und Bauthematik, Industrie und Gewerbe, Freizeit und Kultur, Unfallkrankenhaus, Armut/soziale Missstände, Fremdenfeindlichkeit, Kriminalität, Flüchtlingsthematik.

Wie aus Abbildung 3³⁶ ersichtlich, waren (lokal-)politische Themen in jeder Zeitspanne von besonderer Relevanz. Schlagworte zu Wohn- und Bauthemen gingen im Vergleich zum ersten Jahrzehnt nach der Wende zurück und es entwickelten sich neue Schwerpunkte zu Armut und sozialen Missständen, in Zusammenhang mit dem Unfallkrankenhaus Marzahn³⁷ und ganz besonders im Kontext der Flüchtlingskrise im Zeitraum 2013 bis 2016.

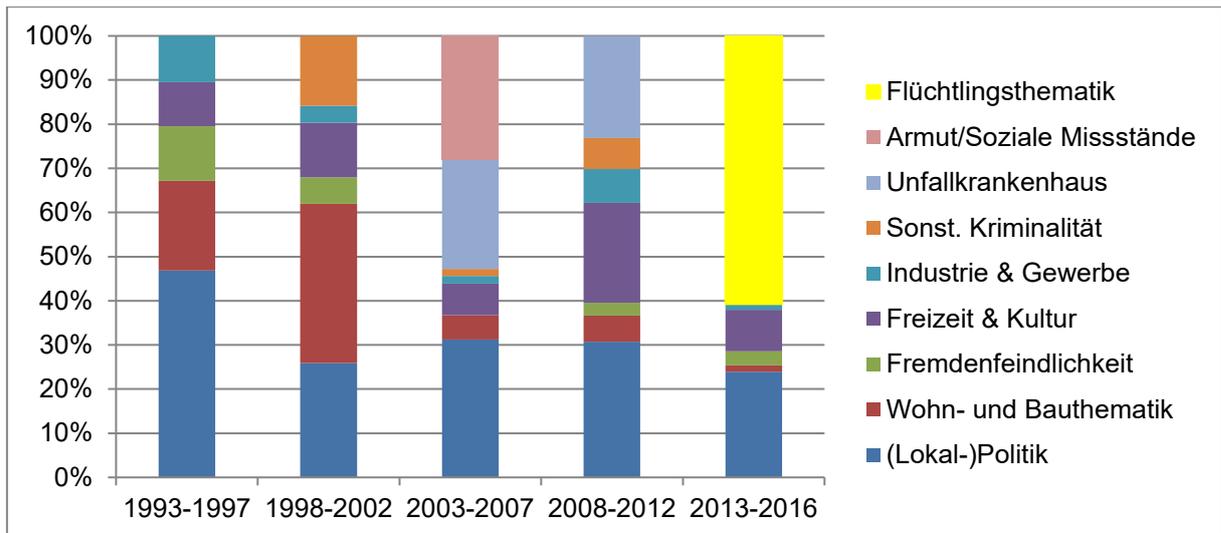


Abbildung 3: Diskursschwerpunkte aus der lexikometrischen Diskursanalyse

Die folgenden Darstellungen geben einen Überblick zu den wichtigsten Themen und Schlagworten in den jeweiligen Diskursblöcken zwischen 1993 und 2007. Eine genaue Auflistung aller Kategorien und ihrer signifikanten Keywords und Statistiken befindet sich in Anhang B.1.

³⁶ Die Abbildung 3 zugrunde liegenden statistischen Kennwerte befinden sich in Anhang B.1, Tabelle B.1.3.

³⁷ Das Unfallkrankenhaus Berlin (UKB) befindet sich im Marzahn-Hellersdorfer Ortsteil Biesdorf, das der Behandlung von Unfall- und Notfallpatienten sowie Schwerbrandverletzten aus ganz Deutschland dient. Es wurde 1997 gegründet und ist seitdem deutlich gewachsen. Entsprechend nimmt es in der Berichterstattung im Zusammenhang mit Marzahn-Hellersdorf einen signifikanten Bestandteil ein, ohne jedoch Aussagen über das Leben im Bezirk zuzulassen. Die Inhalte im Kontext des UKB sind für diese Arbeit daher nicht relevant und werden nicht tiefer behandelt.

9.1.1 Diskurse 1993 bis 1997

Die dominanten Keywords zu Lokalpolitik im Diskurs 1993 bis 1997 setzten sich allesamt aus Namen der in dieser Zeitspanne für Marzahn-Hellersdorf relevanten Politiker verschiedener Ressorts zusammen – so zum Beispiel Andreas *Röhl*, Bezirksbürgermeister von Marzahn zwischen 1990 und 1995, Elmar *Pieroth*, Berliner Senator verschiedener Amtsbereiche und Vorsitzender des Kreisvorstands Hellersdorf oder Angelika *Barbe*, Bundestagsabgeordnete aus Hellersdorf, Mitbegründerin der Sozialdemokratischen Partei in der DDR sowie Mitbegründerin des Berliner Bürgerbüros zur Aufarbeitung der Folgeschäden der SED-Diktatur.

Im Diskurs zur Wohn- und Bauthematik war der Berliner Senator für Bau- und Wohnungswesen Wolfgang *Nagel* ein wichtiger Protagonist, außerdem Schlagworte im Zusammenhang mit der *Gebietsreform*, der Wohnungsbaugesellschaft Hellersdorf (*WoGeHe*) und dem *Altschuldenhilfegesetz*, welches ostdeutschen Wohnungsgesellschaften vorschrieb, im Gegenzug für staatliche Schuldenhilfe Teile ihres Bestands als Eigentumswohnungen zu verkaufen, sowie die Berliner *Landesentwicklungsgesellschaft (BLEG)*, zu deren Aufgaben die bauliche Erschließung und wohnliche Nutzung von Flächen gehörte.

Bereits 1993 bis 1997 nahmen Diskurse im Zusammenhang mit Fremdenfeindlichkeit einen vergleichsweise dominanten Themenblock ein. Dieser fußte unter anderem auf den Geschehnissen um den Ostberliner Neonazi Kay *Diesner*, der auf einer Demonstration der Jungen Nationaldemokraten (*JN*) in Hellersdorf den Buchhändler Klaus *Baltruschat* anschoss und schwer verletzte. Weitere wichtige Schlagworte waren das Jugendfreizeithaus *Wurzel* in Marzahn, welches in den 1990ern oft mit rechter Gewalt in Verbindung gebracht wurde, sowie der türkische Dönerbudenpächter Sükrü *Kabatas*, der in Marzahn Opfer rechter Gewalt und Randalen wurde.

Die wichtigsten Schlüsselwörter zu Industrie und Gewerbe in Marzahn-Hellersdorf bezogen sich der lexikometrischen Analyse folgend unter anderem auf Themen zum *Einzelhandel* und der *Verbraucherzentrale* im Bezirk, den Verband Deutscher Elektrotechniker (*VDE*), der ein Prüflabor in Marzahn errichten wollte und in diesem Zusammenhang mehrjährige Auseinandersetzungen mit der Treuhand um nutzungs- und finanztechnische Fragen aufkamen, oder die Deutsche Waggonbau AG (*DWA*) in Marzahn.

9.1.2 Diskurse 1998 bis 2002

Im Zeitraum 1998 bis 2002 war der Diskurs zur Wohn- und Bauthematik im Vergleich zu allen anderen Zeitblöcken am dominantesten vertreten. Ein besonders wichtiges Thema stellte dabei die *Bezirksfusion* zum *Großbezirk* Marzahn-Hellersdorf im Jahr 2001 dar und die damit verbundenen Debatten um das neue *Wappen* des Bezirks. Ebenfalls signifikant waren Schlüsselworte rund um die *EXPO 2000*, die *Weltausstellung* in Hannover, auf welcher sich der Bezirk mit dem „HellersdorfProjekt“, einer Weiterentwicklung der Plattenbausiedlung im Sinne einer behutsamen und sozialverträglichen Quartiersentwicklung, präsentierte. Außerdem standen, wie im Zeitraum zuvor, verschiedene Wohnungsbau-gesellschaften (*WBG*) als wichtige Akteure im Zentrum der Aufmerksamkeit sowie die *MEGA* Entwicklungs- und Gewerbeansiedlungs-AG als Träger großer Bauprojekte in Hellersdorf.

Wie in Abbildung 3 erkennbar, spielte auch der Kriminalitätsdiskurs im Zeitraum 1998 bis 2002 im Verhältnis zu den anderen Zeitblöcken eine signifikante Rolle. Dies erklärt sich jedoch nicht aus einer vergleichsweise höheren Kriminalstatistik, sondern aus einem besonders viel Aufmerksamkeit generierenden Entführungsfall und dem Gerichtsverfahren um den Straftäter Berto *Borsch*, der im Januar 2001 das neunjährige Mädchen *Sophia* aus Marzahn entführte, missbrauchte und nach wenigen Tagen wieder frei ließ. Darüber hinaus war im Diskurs zu Kriminalität der Name Manfred *Bittner* dominant, Wirtschaftsstadtrat in Hellersdorf, der wegen Korruptionsverdacht angeklagt wurde.

Im Themenfeld Freizeit und Kultur standen Charaktere im Mittelpunkt, die sich über ihr Engagement und Ehrenamt im Bezirk einen Namen gemacht hatten – zum Beispiel der Chorleiter der „Marzahner-Promenadenmischung“ Bernd *Engling*, der Optiker Thorald *Terl*, der verschiedene kultur- und kulturpolitische Veranstaltungen und Aktionen im Bezirk organisierte, und Gerd *Wessel* als erster Stadtzeichner Hellersdorfs im Jahr 2001.

Auch gab es 1998 bis 2002 einen relevanten Diskursstrang zum Thema Fremdenfeindlichkeit, in dessen Zentrum durch die lexikometrische Analyse die Debatten um das rechtsextreme Netzwerk *Blood & Honour* identifiziert wurden, welches unter anderem in Marzahn-Hellersdorf aktiv war.

9.1.3 Diskurse 2003 bis 2007

Wie aus Abbildung 3 ersichtlich, ließ sich mit Hilfe der lexikometrischen Analyse im Diskurszeitraum 2003 bis 2007 ein vergleichsweise deutlich signifikanter Themenbereich zu Armut und sozialen Missständen identifizieren. Dieser ergab sich aus dominanten Schlagworten wie *Insolvenz* und *Job-Center* sowie unter anderem aus den Debatten um die Hellersdorfer *Arche*, eine tägliche Betreuungseinrichtung für Kinder und Jugendliche mit Suppenküche und Essensausgabe, deren Gründer und Vorstand Bernd *Siggelkow* gegen die Reduktion der für das Projekt zur Verfügung gestellten Mittel kämpfte.

Darüber hinaus waren erstmalig Diskurse um das Unfall Krankenhaus Marzahn auffällig. Dies erklärt sich jedoch nicht aus Geschehnissen im und um das Bezirksleben, sondern aus Berichten über prominente Persönlichkeiten, die in dem Krankenhaus behandelt wurden, zum Beispiel der Berliner Basketballbundesligist *Matej Mamíc* oder der deutsche Unternehmer *Lars Windhorst*.

Im lokalpolitischen Diskurs zu Marzahn-Hellersdorf waren 2003 bis 2007 Berichte zur *Linkspartei* besonders relevant, die sich 2007 aus der PDS und der SPD-Abspaltung *WASG* (Arbeit und soziale Gerechtigkeit – die Wahlalternative), gründete und im Bezirk eine wichtige politische Rolle einnahm.

9.2 Sozialräumliche Ordnungskonzepte und Dynamiken im Kontext von slow burn-Veränderungen und short term-Schocks

Um die Veränderungen und Dynamiken der sozialräumlichen Ordnungskonzepte in Marzahn-Hellersdorf im Kontext von slow burn- gegenüber short term-Veränderungen darzustellen, werden in diesem Unterkapitel die Ergebnisse der qualitativen Diskursanalyse vorgestellt. Dafür wurden für die Zeiträume 2008 bis 2012 und 2013 bis 2016 die aus der lexikometrischen Analyse identifizierten Diskursschwerpunkte mit Hilfe des Blended Reading-Prozesses auf die Diskurskategorien

- Infrastruktur und Wirtschaft
- Sport/Freizeit/Kultur
- Wohnen und Bauen
- Soziale und politische Verhältnisse sowie
- Ausprägungen des Wandels

vertieft und fokussiert. Diese wurden in dem unter Kapitel 8.2.3 dargestellten Prozess der qualitativen Durchdringung und des theorieorientierten Kodierens auf ihre jeweiligen Elemente, Verlaufsmuster, Wirkungen und Dominanzverhältnisse befragt und so die dahinter liegenden Regime urbaner Resilienz ermittelt. So ergaben sich über beide Zeitperioden hinweg in unterschiedlicher Ausprägung Regime von:

- Benachteiligung
- Stigmatisierung
- Spaltung
- Neoliberalismus
- Innovation
- Natur und Klimaschutz
- Kulturelle Vielfalt
- Wohlfühl
- Handlungsmacht/Ohnmacht
- Fremdenfeindlichkeit
- Unsicherheit
- Solidarität
- Linksradikalisierung/-populismus

Die folgenden Ausführungen und Anschauungsbeispiele geben Einblick in die relevanten Inhalte der Diskurskategorien, die beteiligten Akteurinnen und Akteure und Elemente sowie die daraus identifizierten urbanen Resilienzregime und die in deren Zusammenhang vorliegenden und sich verschiebenden Wirkungen und Dominanzverhältnisse. Eine zusammenfassende Darstellung dieser Ausführungen für den Zeitraum 2008 bis 2012 befindet sich in Tabelle 4 (ab S. 112) und für den Zeitraum 2013 bis 2016 in Tabelle 5 (ab S. 136). In Kapitel 9.3 werden die Regime urbaner Resilienz im Anschluss noch weiter aufgeschlüsselt.

9.2.1 Diskurse 2008 bis 2012

Die Ordnungskonzepte im Diskurs 2008 bis 2012 zeigten über alle Diskurskategorien hinweg ein relativ ausgewogenes Verhältnis zwischen positiver und negativer beziehungsweise neutraler Berichterstattung, wobei die Schwerpunkte und Verschiebungen der Dominanzverhältnisse innerhalb der Kategorien sehr unterschiedlich ausgeprägt waren. Auffällig war, dass vor allem Akteurinnen und Akteure aus Stadtpolitik und Wirtschaft oder auch Wissenschaft und Unterhaltungsindustrie im Zentrum der Berichterstattung standen. Anwohnerinnen und Anwohner waren zwar indirekt von den meisten Themen betroffen, wurden aber häufig nicht explizit erwähnt oder zu Wort gebeten.

9.2.1.1 Infrastruktur und Wirtschaft im Zeitraum 2008 bis 2012

Die wichtigsten Diskurse im Bereich Infrastruktur und Wirtschaft in Zusammenhang mit Marzahn-Hellersdorf betrafen Themen zu Bildungsstandorten und Verkehrsanbindung, ferner auch zur Industrie und Gesundheitsversorgung im Bezirk.

Bildungsstandorte

Bezüglich der Bildungsstandorte waren Inhalte zum Sanierungsstau an Schulstandorten, zur Versorgungslage mit Schulen, Kitas und Fachpersonal sowie zum Volksentscheid „Pro Reli“ unter Beteiligung vor allem stadtpolitischer und zivilgesellschaftlicher Akteure sowie auch von Anwohnerinnen und Anwohnern direkt besonders breit vertreten.

So blieb zum Beispiel hinsichtlich der Sanierung von Bildungseinrichtungen in Marzahn-Hellersdorf der Bedarf deutlich hinter den zur Verfügung gestellten Mitteln zurück:

Für einen Bezirk wie Marzahn-Hellersdorf bleiben vom Kuchen 1,5 Millionen Euro übrig. Die Summe kommt obendrauf auf die rund 3,5 Millionen Euro, die im Bezirks Haushalt für den baulichen Unterhalt vorgesehen sind. ‚Mit diesem Geld sind wir nicht in der Lage, unseren Sanierungsstau abzubauen‘, sagt Bezirksschulstadtrat Stefan Komoss (SPD). Den beziffert er aktuell auf 89,2 Millionen allein für Schulgebäude. Es besteht noch ein Sanierungsbedarf von 26,8 Millionen Euro für Sporthallen. Ähnlich wie in Tempelhof-Schöneberg und Spandau fließt in Marzahn-Hellersdorf ein guter Teil der Mittel in akute Maßnahmen, um vor sich hinrottende Gebäude vor dem völligen Verfall zu retten. (Der Tagesspiegel, 26.08.2008, S. 14)

Auch die Versorgungslage mit Fachpersonal an Schul- und Kitaplätzen wurde in Marzahn-Hellersdorf – genauso wie in anderen Bezirken, aber durch die Randlage nochmals verschärft – als mangelhaft dargestellt. Gleichzeitig fielen Berichte sich engagierender Eltern zu einem proaktiven Umgang mit dieser Situation auf:

Weil sie nicht genügend Erzieher bekommt, um ihr Schulprogramm umzusetzen, will die Grundschule am Hollerbusch in Marzahn im nächsten Schuljahr keine Ganztagschule mehr sein. [...] ‚Die Eltern haben sich dafür entschieden, dass sie lieber mehr Qualität möchten und dafür die Hortbetreuung am Nachmittag wieder aus eigener Tasche bezahlen‘, so die Elternvertreterin. [...] ‚Die sozial Schwachen fallen dann aber wieder hinten runter und das tut uns sehr leid‘. (Berliner Zeitung, 23.05.2008, S. 19)

Trotz des insgesamt herrschenden Fachkräftemangels an Bildungseinrichtungen wurde Marzahn-Hellersdorf immer wieder als besonders gut ausgestatteter Bezirk mit Sonderschulpädagoginnen und -pädagogen und den damit in Verbindung stehenden innovativen Umgang mit Inklusion dargestellt:

In Marzahn-Hellersdorf ist man schon weiter als im Rest der Stadt. An sechs Schulen wird dort im Rahmen eines Schulversuchs bereits nach dem Inklusion genannten Konzept unterrichtet. (Berliner Zeitung, 26.01.2011, S. 20)

Pädagogen von Sonderschulen sollen an den Regelschulen zum Einsatz kommen, so wie das im Bezirk Marzahn-Hellersdorf [...] bereits an sechs Grundschulen praktiziert wird. Zuvor hatte Marzahn-Hellersdorf in ganz Berlin die höchste Sonderschulquote. Allerdings stehen in keinem anderen Bezirk so viele Sonderschulpädagogen zu Verfügung. (Berliner Zeitung, 11.09.2010, S. 26)

Mit dem Volksentscheid „Pro Reli“ wurde 2009 stadtweit darüber abgestimmt, Religion an Berliner Schulen zum Wahlpflichtfach zu befördern. Die Initiative scheiterte und zeigte deutliche Diskrepanzen zwischen dem Ost- und Westteil

der Hauptstadt. Befürwortete die Mehrheit der Abstimmenden in den Westbezirken das Vorhaben, wurde es in den Ostbezirken abgelehnt – allen voran in Marzahn-Hellersdorf, wo gleichzeitig die Wahlbeteiligung stadtweit am niedrigsten ausfiel:

Es zeigt, wie unterschiedlich die Stadt es mit der Religion hält: Die wenigsten Stimmen kamen aus Marzahn-Hellersdorf, nur 4 200 Stück. Die Glaubensgrenze verläuft zwischen Ost und West, mit einer kleinen katholischen Enklave im Prenzlauer Berg. Dank der Zuzüge aus dem Westen. (Berliner Zeitung, 27.01.2009, S. 3)

Schlusslicht war wie vor einem Jahr der Bezirk Marzahn-Hellersdorf mit lediglich 21,6 Prozent Wahlbeteiligung. Nur 4,9 Prozent aller Wahlberechtigten stimmten dort für die Einführung eines Wahlpflichtfachs Religion. (Berliner Zeitung, 27.04.2009, S. 20)

Die Wirkungen dieser Diskurse und die daraus identifizierten urbanen Resilienzregime erscheinen ambivalent und widersprüchlich. Regime der **Benachteiligung**, **Innovation** und **Handlungsmacht/Ohnmacht** standen sich entgegen, gingen aber auch miteinander einher. So zeigten das elterliche Engagement gegen die fachliche Unterversorgung und die deutliche Ablehnung der Pro Reli-Initiative einerseits handlungsmächtige Anwohnerinnen und Anwohner auf, gleichzeitig fielen die „sozial Schwachen“ jedoch ohnmächtig zurück und sprach die niedrige Wahlbeteiligung für insgesamt wenig zivilgesellschaftliche Aktivität. Auch das innovative Inklusionskonzept hatte neben den positiven Förderbedingungen einen faden Beigeschmack – hatten doch gerade in Marzahn-Hellersdorf besonders viele Schülerinnen und Schüler einen sonderpädagogischen Förderbedarf. Folglich wurden immer wieder Regime der **Spaltung** offenbar – sowohl innerhalb des Bezirks als auch die Ost-West-Spaltung der Bundeshauptstadt Berlin insgesamt.

Verkehrsanbindung

Der Diskurs zur Kategorie Verkehrsanbindung spiegelt eine breit geteilte Vulnerabilitätswahrnehmung und Regime der **Benachteiligung** aufgrund der Randlage Marzahn-Hellersdorfs wider, dem durch den Ausbau und die Modernisierung des öffentlichen Nahverkehrs und seiner Einrichtungen entgegengewirkt werden sollte. Auch Regime der Ost-West-**Spaltung** wurden hier wieder offenbar:

Das Projekt sei auch ein Ost-West-Thema: ‚Es ist wichtig für das weitere Zusammenwachsen Berlins‘. Stadtgebiete wie Hellersdorf und Friedrichsfelde seien ab 2017 besser erreichbar. Dies alles lassen sich der Bund und Berlin viel Geld kosten. (Berliner Zeitung, 30.05.2009, S. 19)

Ein weiterer wichtiger Themenbereich, der vielfach zu Debatten führte, war die Planung des Ausbaus der Tangentialverbindung Ost, ein umstrittenes Straßenbauprojekt, das die östlichen Bezirke Berlins mit dem Berliner Ring und der A113 verbinden sollte, um das Stadtstraßennetz vom Durchgangsverkehr zu entlasten. Hier trafen seitens der stadtpolitischen und zivilgesellschaftlichen Akteure unterschiedliche Vulnerabilitäts- und Resilienzkonstruktionen zu Tage: Während Anwohner- und Mieterschutzinitiativen durch den Straßenausbau die Wohnqualität im Bezirk gefährdet sahen, setzten politische Entscheidungsträger eine wirtschaftlichere Alternative durch. Daraus wurden Regime der **Benachteiligung** sowie der **Handlungsmacht/Ohnmacht** offenbar:

Brandenburgs Infrastrukturminister Reinhold Dellmann (SPD) sagt, die Strecke habe sich ‚als die tragfähigste Variante‘ erwiesen. Er sei sich bewusst, dass auch diese Lösung nicht alle Wünsche berücksichtigen könne und einen Kompromiss darstelle. Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) spricht lieber davon, dass die Bürger von dieser Entscheidung profitieren und ‚die Lebensqualität in ihrem direkten Lebensumfeld erhöht wird‘. Das sehen die Betroffenen ganz anders. Die Mieterschutzinitiative Marzahn will Klage einreichen [...]. Die neue Trasse werde zu einer schlechteren Wohnqualität führen [...], ‚Sie zerschneidet gewachsene Strukturen‘. [...], ‚Man prügelt eine Verkehrslösung durch, obwohl es Alternativen gab‘. (Berliner Zeitung, 03.09.2009, S. 24)

Industrie

Die Themen im Bereich Industrie und Wirtschaft verkörperten im Zusammenhang mit Marzahn-Hellersdorf ein weitestgehend positives Bild. Der Ausbau und die Förderung des Bezirks als moderner, innovativer Industriestandort und Arbeitsmotor reduzierten bislang vorherrschende Vulnerabilitätswahrnehmungen der Strukturschwäche und die dahinter liegenden Regime der **Benachteiligung**. Die Randlage und Freiflächen wurden vielmehr als Stärke betrachtet. Klimafreundlichere Kraftwerke förderten den Umweltschutz und steigerten die Wohnqualität der Anwohnerinnen und Anwohner. Aus dem Diskurs ließen sich folglich **neoliberale Regime** ableiten, außerdem Regime von **Innovation** und von **Natur und Klimaschutz** sowie Regime des **Wohlfühls**.

Erstklassige Infrastruktur: Marzahn-Hellersdorf – einst als Schlafstadt verschrien – entwickelt sich aber auch zu einem modernen Wirtschaftsstandort. Hier entsteht derzeit auf 90 Hektar mit dem CleanTech Business Park Berlin das größte innerstädtische Industriegebiet, speziell für Unternehmen aus dem Bereich Industrieproduktion für Solarzellen und -module sowie für weitere Produkte der Clean-Tech-Branche. Der Bezirk verfügt über eine erstklassige Infrastruktur: Strom, Wasser, Fernwärme, Druckluft, Telekommunikationsmedien, neue Verkehrswege, öffentliche Begrünung – ideale Rahmenbedingungen gerade für die speziellen Bedürfnisse von Photovoltaik-

Unternehmen. Klimaschutz und Modernisierung spielen hier weiterhin eine große Rolle. (Berliner Zeitung, 01.06.2011, S. 2)

Der Senat hat einen ‚Masterplan Industriestadt Berlin 2010-2020‘ verabschiedet, der die Reindustrialisierung der Stadt vorsieht. Ein Projekt ist der Aufbau eines Clean Tech Business Parks. Auf 90 Hektar Brachland im Bezirk Marzahn sollen sich ab 2013 Firmen ansiedeln, die sich mit sauberen Technologien befassen: Hersteller von Solaranlagen, Dämmstoffen, Biokraftstoffen zum Beispiel. [...] ‚Wenn hier in Marzahn ein Solar-Cluster entstünde, das wäre super‘, [...]. Inventux beschäftigt derzeit rund 270 Mitarbeiter. ‚Viele unserer Beschäftigten kommen aus Marzahn, so dass wir fester Bestandteil des Bezirks sind‘, sagt die Firmensprecherin. Gut 50 Ingenieure beschäftigt Inventux, darunter auch Leute aus Schweden, Irland und den USA. Obwohl Marzahn ein eher negatives Image habe, fühlten sich Kollegen aus aller Welt in dem Bezirk wohl. (Der Tagesspiegel, 27.04.2011, S. 17)

Gesundheitsversorgung

Eine durchweg hohe Vulnerabilitätswirkung hatte dagegen der Diskurs zur Gesundheitsversorgung in Marzahn-Hellersdorf, der sich im Wesentlichen um die Abwanderung von Arzt- und Psychotherapiepraxen in andere Bezirke drehte und damit deutlich vorherrschende Regime von **Neoliberalismus**, **Benachteiligung** sowie **Spaltung** zwischen Ost und West offenbarte.

Gesundheitssenatorin Lompscher kritisierte zudem eine mangelhafte Versorgung bei der ambulanten Medizin. So würden viele niedergelassene Ärzte aus Ostbezirken ihre Praxen in Gegenden der Stadt verlegen, in denen der Anteil von Privatpatienten höher sei. ‚Dies hat dazu geführt, dass vor allem in Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg und Hohenschönhausen Fachärzte fehlen‘, sagte sie. (Berliner Zeitung, 26.08.2008, S. 15)

Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg bilden oft die Schlusslichter. Besonders extrem fällt der Vergleich bei den ärztlichen und nicht ärztlichen Psychotherapeuten aus – auf einen der 32 Therapeuten in Marzahn-Hellersdorf kommen dreizehn Mal so viele Einwohner wie in Charlottenburg-Wilmersdorf, wo rund 550 Therapeuten praktizieren. (Der Tagesspiegel, 13.06.2010, S. 12)

9.2.1.2 Sport/Freizeit/Kultur im Zeitraum 2008 bis 2012

Der Diskurs zu Sport, Freizeit und Kultur im Zusammenhang mit Marzahn-Hellersdorf wurde nochmals untergliedert in die Bereiche Freizeit und Kultur, Natur und Grünanlagen sowie Sport(Ierinnen und Sportler) in und aus Marzahn.

Freizeit und Kultur

Im Bereich Freizeit und Kultur konkurrierten Regime der **Innovation** und **kulturellen Vielfalt** mit solchen der **Benachteiligung**, **Spaltung** und **Stigmatisierung**. Auch **neoliberale Regime** und Regime von **Natur und Klimaschutz** wurden offenbar. So wurde Marzahn-Hellersdorf einerseits als Bezirk dargestellt, der

die lokale Kultur und den Umweltschutz fördert und sich als Standort für überregionale Veranstaltungen anbietet:

Aber doch, auch in Marzahn ist was los. Stadtweit bekannt ist das Orwo-Haus. Ein Gebäude, in dem viele junge Bands ihre Proberäume haben und das sich ‚die lauteste Platte der Stadt‘ nennt. (Der Tagesspiegel, 25.08.2009, S. 8)

Der Auftakt zur Pressekonferenz für das dritte ‚Plattenfest‘ in Marzahn-Hellersdorf war symbolträchtig: Man traf sich auf dem Dach des 22-/25-geschossigen Doppelhochhauses Helene-Weigel-Platz 6/7. Dort gibt es nicht nur mit 426 Quadratmetern Europas größte Fassaden-Photovoltaikanlage. Der Hauseigentümer, die Wohnungsbaugesellschaft Degewo, saniert derzeit 6000 Wohnungen energetisch. Und sie unterstützt auch das zweitägige Fest am 4. und 5. Juni. Das findet erstmals in den ‚Gärten der Welt‘ im Erholungspark Marzahn statt und will sich als Klimaschutz-Festival präsentieren. Unterstützt wird die Aktion von zahlreichen Initiativen und Künstlern, die sich im weitesten Sinne für ein gutes Klima einsetzen. Dazu gehören die Musiker der Staatskapelle Berlin unter Daniel Barenboim, die im vergangenen Jahr ein ‚Orchester des Wandels‘ gegründet haben. (Berliner Zeitung, 25.05.2011, S. 24)

Der Veranstalter des Deutsch-Amerikanischen Volksfestes kann sich offenbar doch vorstellen, künftig im Osten Berlins zu feiern. [...] Mit dem Fall der Mauer habe endlich auch der ehemalige sowjetische Sektor von der Freundschaft zu den USA profitieren können, erklärte Czaja. ‚Deshalb gibt es kaum einen geeigneteren Ort als Marzahn-Hellersdorf für die diesjährige Veranstaltung‘, die als Berliner Institution gerettet werden müsse. Simmons hatte zuvor gesagt, er wolle im Westen Berlins bleiben. ‚Diese Art des Denkens in West- und Ostsektoren ist doch hoffentlich längst vorbei‘ [...]. Marzahn-Hellersdorf sei für das Deutsch-Amerikanische Volksfest hervorragend geeignet. (Der Tagesspiegel, 18.02.2011, S. 8)

Gleichzeitig mussten jedoch auch viele öffentliche Freizeiteinrichtungen wie Bibliotheken und Freibäder schließen, da sie sich als nicht wirtschaftlich genug erwiesen:

Der Kostendruck wird ab 2012 dazu führen, dass freiwillige Leistungen, etwa bei der Kultur, in Frage gestellt werden müssen. [Das] [h]eißt für Marzahn-Hellersdorf [...] dass wir nicht bei der Haushaltsaufstellung, aber während des laufenden Haushaltsjahres möglicherweise über die Schließung einer Bibliothek oder eines unserer vier Bürgerämter nachdenken müssen. (Berliner Zeitung, 06.02.2012, S. 16)

Eine besondere Beachtung verdient der Diskurs um die Komödiantin „Cindy aus Marzahn“, die zwischen 2009 und 2012 eine eigene wöchentliche Show im Fernsehsender RTL hatte. Die Kunstfigur einer übergewichtigen Langzeitarbeitslosen im pinken Jogginganzug aus Berlin-Marzahn (siehe Abbildung 4) machte zwar einerseits auf Missstände aufmerksam, führte jedoch vor allem zu einer Pauschalisierung und Stigmatisierung der Anwohnerinnen und Anwohner, deren Bild deutschlandweit nun nachhaltig mit Trash, Übergewicht und Hartz IV in Verbindung gebracht wurde.

Comedy zwischen Plattenbau und gesellschaftlichem Abstieg: Ilka Bessins (Cindy aus Marzahn) Scherze spiegeln die Träume der Zukurzgekommenen wider. (Berliner Zeitung, 08.06.2009, S. 33)

Dabei ist sie vulgär, schrill und eigentlich zum Wegzappen ‚unterschichtig‘. [...] Wenn das so ist, dann kann sich der Leistungsmensch mit der Rolle von Cindy aus Marzahn rückversichern, im Leben doch alles richtig zu machen. Und der Schlendrian, der Mensch aus dem Sozialbau im städtischen Speckgürtel, findet eine verwandte Seele. Alle aber können sie herzlich dabei kichern. (Der Tagesspiegel, 11.11.2012, S. 32)



Abbildung 4: Die Kunstfigur „Cindy aus Marzahn“ (Quelle: Getty Images/web.de 2016)

Natur und Grünanlagen

Der wichtigste Diskurs zu Natur und Grünanlagen im Zeitraum 2008 bis 2012 drehte sich um die Planungen zur Internationalen Gartenausstellung (IGA), deren Austragungsort im Jahre 2017 die Gärten der Welt in Marzahn-Hellersdorf waren. Ursprünglich sollte die IGA auf dem Tempelhofer Feld stattfinden, wurde schließlich jedoch nach Marzahn-Hellersdorf verlegt. Dabei spielten vor allem stadt- und bezirkspolitische, aber auch zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure, wie zum Beispiel Stiftungen, eine Rolle. Im Diskurs darüber dominierten urbane Resilienzregime der *Innovation* und *kulturellen Vielfalt* sowie des *Natur- und Klimaschutzes*. Letztere wurden außerdem durch Berichte über Teile des Bezirks

und dessen Umlands als grünes Naherholungsgebiet für ganz Berlin zusätzlich gestärkt.

Sport(erinnen und Sportler) in und aus Marzahn-Hellersdorf

In den Berichten über Sportlerinnen und Sportler war im Zeitraum 2008 bis 2012 vor allem die aus Marzahn-Hellersdorf stammende Hammerwerferin Betty Heidler zentral, die mit ihrem Olympiaerfolg Marzahn-Hellersdorf zu einem positiv konnotierten Bild als sportlicher Ausbildungsort und Sportlerschmiede verhalf. Aufmerksamkeit erlangte jedoch vor allem die Debatte um ihren Auftritt im *Aktuellen Sportstudio*, in dessen Zuge dem Moderator ein diskriminierender Kommentar über Heidlers Herkunft entfuhr, der im Bezirk große Empörung verursachte und die dort herrschenden Regime der **Stigmatisierung** und **Benachteiligung** unterstrich.

Trauriger Höhepunkt war dann das ‚Aktuelle Sportstudio‘, obwohl nicht Poschmann, sondern Michael Steinbrecher moderierte. Der Spruch war angeblich lustig gemeint, aber lachen wollte niemand über ZDF- Kommentator Dieter Poschmann: ‚Wenn man in Marzahn aufgewachsen ist und das unbeschadet überlebt hat, ist man zu allem fähig‘, sagte er bei der WM-Übertragung - vor Millionenpublikum - über die Hammerwerferin und Marzahnerin Betty Heidler. In Entrüstung vereint waren Vertreter aller Parteien - von Petra Pau (Linke) über Rudolf Kujath (SPD) bis zu Monika Grütters (CDU), die sich dort alle um ein Bundestagsmandat bewerben. Und die Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle (Linke) lud den ZDF-Mann nach Marzahn ein - quasi zur Anti-Klischee-Tour. (Der Tagesspiegel, 24.08.2009, S. 29)

9.2.1.3 Wohnen und Bauen im Zeitraum 2008 bis 2012

Die Diskurse zur Wohn- und Bauthematik drehten sich vor allem um die Wohnqualität im Bezirk sowie die stadtweite Mietentwicklung und deren Auswirkungen auf Marzahn-Hellersdorf. Dabei traten **neoliberale Regime** und Regime der **Innovation** und **Handlungsmacht**, jedoch auch Regime der **Stigmatisierung**, **Benachteiligung** und **Spaltung** – sowohl innerhalb des Bezirks als auch zwischen Stadtzentrum und Peripherie – hervor, die wiederum mit Regimen des **Wohlfühls** konkurrierten.

Die Berichte zur Wohnqualität im Bezirk zeigten eine deutliche Diskrepanz in der Innen- und Außensicht auf Marzahn-Hellersdorf und damit auch konkurrierende Resilienz- und Vulnerabilitätskonstruktionen auf. Während die Befragung einzelner Anwohnerinnen und Anwohner ein positives Wohngefühl und Heimatverbundenheit gerade auch in den Geschossbauten ausdrückte und Initiativen sich für

deren Erhalt und die weitere Verbesserung der Wohnqualität einsetzen, war die Außensicht auf den Bezirk deutlich negativer. Die Rückbau und Abriss einiger Plattenbauten, ehemaliger „Arbeiterschließfächer“ (Der Tagesspiegel, 26.08.2011, S. 23), trage zur Attraktivitätssteigerung des Bezirks bei und stoppe die Fluktuation.

Doch die Hellersdorfer lieben ihre Wohngegend. Bei der hitzigen Diskussion in der ‚Klabauterklausur‘ wird aus der Schnellstraße, die in unmittelbarer Nähe vorbeiführt, dann auch rasch eine ‚gute Verkehrsanbindung‘. Die grauen Plattenbauten sind aus Sicht der Anwohner ‚teilsanierter, billiger Wohnraum‘ und die Wiesen, die zwischen dem Gemisch aus verschiedenen Grautönen den einzigen Farbtupfer darstellen, eine ‚grüne Idylle‘. Es wäre eine Hiobsbotschaft gewesen, wenn das Land Berlin dies alles verkauft hätte, bemerkt ein Gast in der Kiezkeipe. (Der Tagesspiegel, 10.02.2011, S. 9)

Fast 13000 Protest-Unterschriften wurden in Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg bisher gesammelt. Denn bis zum 31. Dezember 2013 sollen alle Müllabwurfanlagen in Berliner Wohnhäusern dichtgemacht werden – sehr zum Ärger der betroffenen Mieter. Rund 4000 Müllschlucker existieren in Berlin, die meisten in den Plattenbauten. (Berliner Zeitung, 26.04.2011, S. 18)

Aspekte und Dynamiken von **Wohlfühl** und Wohnqualität fanden sich auch aus Sicht wirtschaftlicher Akteure in der Einrichtung innovativer Wohnkonzepte, für deren Markt Marzahn-Hellersdorf als geeignete Investitionsfläche betrachtet wurde. So gab es Berichte zum Umbau von Wohnblöcken, um diese besonders altersgerecht zu gestalten und somit auf die zunehmende Alterung der Bezirksbevölkerung zu reagieren. Auch die Einrichtung technischer Innovationen wie Solaranlagen auf Geschossbauten vermittelte ein positives Bild.

Damals hätten sich die Eigentümer überlegt, das Gebäude abzureißen, erinnert sich Hans Jürgen Biet, Geschäftsführer der Arwobau, die das Objekt für die Berliner Immobilien Holding verwaltet. [...] Deshalb entschied sich die Arwobau für eine umfassende Modernisierung – und zwar mit einem präzise formulierten Ziel: Der Plattenbau sollte auf die spezifischen Anforderungen von Menschen ab etwa 55 Jahren ausgerichtet werden. Damit hat das Hellersdorfer Projekt exemplarische Bedeutung, gibt es doch in Deutschland nach Überzeugung der Fachleute zu wenig seniorengerechte Wohnungen. (Der Tagesspiegel, 05.09.2009, S. 2)

‚Solar ist unser Standard - wo es geht, machen wir es‘, fasst Frank Bielka, Mitglied des Vorstands der Degewo AG, das Anliegen zusammen. Marzahner waren Vorreiter. Bis zum Jahr 2003 wurde der größte Teil der Marzahner Plattenbauten energetisch saniert und modernisiert. Marzahn avancierte damit zum Musterbeispiel der Sanierung von Großsiedlungen. Die Degewo, zu der auch die WBG Marzahn gehört, will in den nächsten fünf Jahren fast 6000 Wohnungen energetisch sanieren. (Berliner Zeitung, 01.06.2011, S. 2)

Im Diskurs zur stadtweiten Mietentwicklung wurde Marzahn-Hellersdorf als einer der wenigen verbleibenden günstigen Wohnbezirke in Berlin aufgeführt, der vom Gesamttrend der Aufwertung und steigenden Mieten abgekoppelt bleibe und dabei unter Offenbarung deutlicher **Stigmatisierungs-**, **Benachteiligungs-** und **Spaltungsregime** bei stadtpolitischen Akteurinnen und Akteuren und Anwohnerinnen und Anwohnern anderer Bezirke zum sozialen Auffanglager und Schreckensort firmierte:

Diesen einen Satz hören die Betroffenen immer wieder. ‚Ziehen Sie doch nach Marzahn-Hellersdorf!‘ Vor allem Hartz-IV-Empfänger, Rentner, Alleinerziehende und Migrantenfamilien werden zunehmend mit der Situation konfrontiert, ihre gewohnte Umgebung zu verlassen und in preiswertere Wohnungen in Außenbezirken zu ziehen. Denn obwohl die Mieten gerade in der Innenstadt immer wieder gestiegen sind, wurden die Sätze für die Wohnkostenübernahme teilweise seit sechs Jahren nicht mehr erhöht. ‚So entstehen ghettoähnliche Bezirke‘, sagt Susanne Kahl-Passoth, Diakoniedirektorin. ‚Das gesamte innerstädtische Sozialgefüge gerät in Schieflage‘. (Der Tagesspiegel, 13.07.2011, S. 12)

Zunehmend wird deutlich, dass sich hier eine Koalition der Hilflosen versammelt hat: hilflos im Kampf gegen Mietspekulation wie gegen das Übermaß Tourismus. Wie hilflos auch der Runde Tisch sein könnte, für dessen Teilnahme man sich auf Listen eintragen kann, wird deutlich, als eine Anwohnerin angesichts der Misere ruft: ‚Sollen wir jetzt alle nach Marzahn ziehen?‘ (Der Tagesspiegel, 22.03.2011, S. 8)

Das negative Bild ging einher mit Berichten über die Folgen stadttarchitektonischer Fehlplanungen und Pleiten der Immobilienbranche mit Bezug zur Marzahn-Hellersdorf, welches die Regime der **Benachteiligung** und **Stigmatisierung** unterfütterte und verstärkte.

Der Schatten der Berliner Immobilien-Holding ist lang und reicht bis in die entlegensten Winkel Berlins. Mehr als 1000 Wohnungen in Spandau gehören zu den Risikofonds. Mehr als 2000 sind es allein in Hellersdorf. Auch hier, rund um den Teterower Ring, hat sich das Land Berlin nicht gerade die Filetstücke des hauptstädtischen Immobilienmarktes gesichert. (Der Tagesspiegel, 10.02.2011, S. 9)

Gestern tagte deshalb ein Runder Tisch Helle Mitte mit Geschäftsleuten und Bezirkspolitikern. Denn, so Centermanager Sören Sydow: ‚Die Äußerungen aus dem Hause von Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer sind für uns mehr als schädlich‘. Betrachtet worden seien beim Sozialmonitoring lediglich 800 Wohnungen in der Hellen Mitte, die im sozialen Wohnungsbau entstanden. ‚Dort wohnen aber genau die Leute, für die diese Wohnungen geplant wurden‘. Zudem strahle das benachbarte Viertel Hellersdorfer Promenade aus. Das war einst von der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Stadt und Land verkauft worden. Doch der Investor, der dort großspurig ein Europaviertel mit sanierten Wohnungen und bemalten Fassaden angekündigt hatte, ging pleite. Die Häuser blieben unsaniert. ‚All das firmiert plötzlich unter dem Begriff Helle Mitte‘, kritisiert Sydow. Er sagt, dass durch die Stadtentwicklungsverwaltung die Marke beschädigt wurde. Schon jetzt seien die Auswirkungen zu spüren. So sind die Verhandlungen über eine Verlängerung des Mietvertrages für das Kino über 2012 hinaus ins Stocken geraten. ‚Wenn solche Einrichtungen wegbrechen, wäre das wohl unreparierbar‘, sagt Sydow. Wirtschaftsstadtrat Christian

Gräff (CDU) bezeichnet das Vorgehen der Stadtentwicklungsverwaltung ‚für unverantwortlich‘. Diese müsse sich darum kümmern, das Zentrum zu stärken. Immerhin gehe dessen Entstehung auf Senatspläne zurück. ‚Es war ein stadtentwicklungspolitisches Experiment‘. In solchen Dimensionen zu bauen – auf 31 Hektar Fläche – habe man sich nur im Osten getraut: ‚In Zehlendorf wäre das nie gegangen‘. Jetzt wolle der Bezirk mit den Investoren und den Geschäftsleuten gegensteuern. (Berliner Zeitung, 19.10.2010, S. 21)

9.2.1.4 Soziale Verhältnisse im Zeitraum 2008 bis 2012

Wenn auch die quantitative Diskursanalyse keinen signifikanten Themenblock zu sozialen Missständen in Marzahn-Hellersdorf offenbarte (siehe Abbildung 3 auf S. 94), wurde im Rahmen des Closed Reading-Prozesses ein prägnanter Diskurs zu Armut identifiziert, welcher einherging mit Regimen der **Benachteiligung** und **Spaltung**. Auch Berichte zu Kriminalität und Rechtsradikalisierung gehörten zu dieser Kategorie und stimulierten Regime der **Unsicherheit** und **Fremdenfeindlichkeit**, die vereinzelt wiederum mit Regimen der **kulturellen Vielfalt** konkurrierten.

Die negative Berichterstattung zu sozialen Missständen im Bezirk und die damit verbundenen Vulnerabilitätskonstruktionen ergaben sich vor allem aus der Publikation des *Monitorings soziale Stadtentwicklung 2009*, welches Teilen von Marzahn-Hellersdorf eine abwärts gerichtete Sozialprognose stellte und in Verbindung mit Bezeichnungen wie „soziale Brennpunktkieze“, „Problemdichte“, „Armutskarte“ und „Hochburg von Hartz IV-Empfängern“ sowie verschiedenen Aspekten von Armut und Benachteiligung wie (Jugend-)Arbeitslosigkeit, Kinderarmut, Altersarmut, Transferhilfeempfänger und Alkoholismus brachte.

Armut, Arbeits- und Chancenlosigkeit – diese Probleme ballen sich auf der sozialen Landkarte Berlins in fünf Gebieten. Teile von Kreuzberg, Moabit/Wedding, Spandau, Marzahn/Hellersdorf sowie Neukölln sind tiefrot gefärbt im ‚Monitoring soziale Stadtentwicklung‘, das die Senatorin für Stadtentwicklung Ingeborg Junge-Reyer vorgestellt hat. Darin steht auch: Der Abstand zwischen guten und schlechten Lagen in der Stadt wächst. (Der Tagesspiegel, 22.01.2010, S. 10)

Die sozialen Probleme in Berlin festigen sich in innerstädtischen Brennpunktgebieten wie Neukölln oder Mitte – und sie verschärfen sich auch in Randbezirken wie Marzahn-Hellersdorf. Besonders betroffen sind dort Kinder, weil viele alleinerziehende Mütter in der einwohnerstärksten Großsiedlung Europas leben. Dies sind die wichtigsten Ergebnisse des ‚Sozialstrukturatlas‘, den die Senatorinnen für Soziales sowie für Gesundheit gestern gemeinsam vorgestellt haben. ‚Was wir befürchtet haben, ist eingetreten‘, sagte Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner (Linke). Zuletzt wurden die Lebensbedingungen in Berlin vor sechs Jahren untersucht. Seither hätten die Bewohner des Bezirks Marzahn-Hellersdorf den berlinweit höchsten Verlust an Einkommen verzeichnet, entstanden sei nun eine Hochburg von Hartz-IV-

Empfängern. Da dort überdurchschnittlich viele Kinder lebten, seien sie in besonders großer Zahl von Armut betroffen. (Der Tagesspiegel, 02.04.2009, S. 9)

Am steilsten abwärts geht es mit Marzahn-Hellersdorf. Wer kann, ziehe weg, die Einkommen sänken und die Arbeitslosigkeit sei groß.
(Der Tagesspiegel, 02.04.2009, S. 9)

Ebenfalls eine negative Berichterstattung lösten die Themenfelder Kriminalität und Rechtsextremismus aus. 2010 kam es in Marzahn-Hellersdorf zu einer Serie von Brandstiftungen, die sowohl in der Außen- als auch in der Innenwahrnehmung des Bezirks zu Unsicherheitsgefühlen führte. Regime der **Unsicherheit** und insbesondere **Fremdenfeindlichkeit** konfigurierten sich aus den Vorkommnissen und der Berichtslage um verschiedene rechte Organisationen und Einzelpersonen im Bezirk. Debatten entstanden vor allem im Zusammenhang mit dem Verbot der rechtsextremistischen Gruppierung *Frontbann 24*, die personelle Überschneidungen mit Marzahn-Hellersdorfer NPD-Politikerinnen und -Politikern aufwies, sowie Berichten über den Bezirk als attraktive Wirkstätte rechter Organisationen allgemein.

Das Verbot des Frontbanns sei ‚vor dem Hintergrund einer entschiedenen Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen‘ zu sehen und ‚ein wichtiger Schritt zum Schutz unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung‘, sagte Körting. Er hatte schon lange geplant, dem Treiben der am 1. Oktober 2008 in Berlin gegründeten, vom Verfassungsschutz auf 40 bis 60 Mitglieder geschätzten Vereinigung ein Ende zu setzen. Die Frontbann-Figuren hatten nicht nur auf der Straße Muskeln gezeigt, wie am 1. Mai vor der NPD-Zentrale in Köpenick. In einem Video beim Internetportal YouTube wurde die SS glorifiziert. Und auf ihrer Homepage deklamierte ein ‚Ortsgruppenführer Marzahn-Hellersdorf‘ am 20. April, dem Geburtstag Hitler: ‚Auf in den Kampf, Kameraden!!!‘. Der Frontbann weise ‚in Vorstellungswelt und Gesamtstil eine Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus‘ auf, heißt es in der Verbotsverfügung des Senators. (Der Tagesspiegel, 06.11.2009, S. 13)

Unbekannte haben einen Bahnhof in Berlin-Hellersdorf mit rechtsradikalen Parolen beschmiert. Eine Mitarbeiterin der Verkehrsbetriebe entdeckte am Sonntagabend die großflächig angebrachten Schriftzüge an der Außenwand des Gebäudes in der Grottkauer Straße. Der Staatsschutz ermittelt. (Der Tagesspiegel, 26.01.2010, S. 12)

9.2.1.5 Ausprägungen des Wandels im Zeitraum 2008 bis 2012

Die Kategorie *Ausprägungen des Wandels* liegt „quer“ zu den übrigen hier aufgeführten Diskurskategorien. Das heißt, sie wurde über die anderen Kategorien hinweg kodiert, und gibt nochmals Einblick in die explizite Darstellung und Wirkung von Wandlungsprozessen im Diskurs und die daraus identifizierten urbanen Resilienzregime.

Am intensivsten ausgeprägt waren im Zeitraum 2008 bis 2012 Berichte über soziale Negativentwicklungen in Marzahn-Hellersdorf. Sie äußerten sich zum Beispiel in der Darstellung verschiedener Formen sich verschärfender Armut und Verwahrlosung, etwa als Kinder- und Altersarmut oder als gebrochene Biografien und den Verlust von Identität. Zudem gab es zahlreiche Schilderungen über eine sich verstärkende Segregation durch den Wegzug wirtschaftlich stärkerer Anwohnerinnen und Anwohner aus den Plattenbauvierteln in die Kleinwohnsiedlungen oder in andere Bezirke. In der Wirkung dieser Darstellungen wurden entsprechend deutliche Konstruktionen von Vulnerabilität im Bezirk offenbar, aus denen heraus sich Regime der **Benachteiligung** und **Spaltung** konfigurieren – letztere sowohl innerhalb Marzahn-Hellersdorfs zwischen „guten“ und „schlechten“ Lagen sowie im Verhältnis zu anderen Stadtteilen Berlins.

Dem gegenüber fanden sich in der Berichterstattung jedoch auch Schilderungen zu wachsender Infrastruktur und Verbesserungen in der Anbindung und Wohnqualität des Bezirks – zum Beispiel durch die Sanierung von Häusern oder durch altersgerechte Wohneinrichtungen, um, im Sinne der Konstruktion von Resilienz, auf die demographische Entwicklung im Bezirk zu reagieren. Dies ging einher mit Regimen der **Innovation** und des **Wohlfühls**.

Eine zusammenfassende Übersicht aller aus dem Diskurs 2008 bis 2012 identifizierten Regime, zugeordnet zu den jeweiligen Diskurskategorien, den beteiligten Akteurinnen und Akteuren sowie einer Kurzbeschreibung der Verschiebung ihrer Wirk- und Dominanzverhältnisse, findet sich im Folgenden in Tabelle 4.

Tabelle 4: Diskursübersicht und identifizierte Regime im Zeitraum 2008 bis 2012³⁸

Diskurskategorie	Subkat. (1)	Subkat. (2)	Akteure/Elemente	Urbane Resilienzregime	Wirkung/Verschiebung Dominanzverhältnisse
Infrastruktur & Wirtschaft	Gesundheitsversorgung	Ärztemangel / Abwanderung von Ärzten	(Stadt-)Politik; Arztpraxen; Patienten	Neoliberalismus; Benachteiligung; Spaltung [Ost/West]	Negative Wirkung: Vorherrschendes Regime zu Benachteiligung wird durch Ärzteabwanderung verstärkt und vergrößert gleichzeitig die wahrgenommene Spaltung zwischen Ost und West.
Infrastruktur & Wirtschaft	Industrie	Kraftwerke / Wärme- und Stromproduktion im Bezirk	Wirtschaft; Wissenschaft; Zivilgesellschaftl. Akteure/Vereine; Anwohner	Neoliberalismus; (Technische) Innovation; Natur & Klimaschutz	Positive Wirkung: Klimafreundlichere und wirtschaftliche Kraftwerke fördern Klimaschutz und Wohnqualität der Anwohnerschaft; stadweiter Bürgerwille konnte sich gegen rein wirtschaftliches Denken der Konzerne durchsetzen.
Infrastruktur & Wirtschaft	Industrie	Industrie & Arbeitsplätze	(Stadt-)Politik; Wirtschaft	Neoliberalismus; (Technische) Innovation; Benachteiligung	Positive Wirkung: Ausbau und Förderung MHs als moderner Industriestandort reduzieren Vulnerabilitätswahrnehmungen der Strukturschwäche/stärken Regime MHs als innovativer Standort und Arbeitsmotor; Freifläche und Abseitslage werden als Stärke betrachtet.
Infrastruktur & Wirtschaft	Bildungsstandorte	Versorgungslage mit Schulen, Kitas und Fachpersonal	(Stadt-)Politik; Anwohner	Spaltung [MH]; Benachteiligung; Innovation; Handlungsmacht	Ambivalente bis neg. Wirkung: Fluktuation hat Versorgungssituation für Zurückgebliebene zwar verbessert; Randlage erschwert jedoch Vernetzung nach innen (wenn auch vermehrte Kooperationen nach außen); Eltern engagieren sich zur Verbesserung der Betreuungssituation ihrer Kinder, was Vulnerabilität/Benachteiligung sozial Schwacher jedoch verschärft und Spaltung innerhalb des Bezirks verstärkt; MH als Vorreiter im Förderschulbereich impliziert Innovation, jedoch gleichzeitig mit hoher Anzahl an Förderschülern ein gesteigertes Maß an soz. Benachteiligung und neg. Verhaltens.
Infrastruktur & Wirtschaft	Bildungsstandorte	Sanierung der Schulstandorte	(Stadt-)Politik	Benachteiligung; Innovation	V.a. positive Wirkung durch zügigen, konstruktiven und wirtschaftlichen Mitteleinsatz der Bezirkspolitik; insgesamt dennoch Unterausstattung, die Bedarf nicht vollständig decken kann.
Infrastruktur & Wirtschaft	Bildungsstandorte	Volksentscheid "Pro Reli"	(Stadt-)Politik; Kirchen; Zivilgesellschaftl. Akteure/Vereine; Anwohner	Spaltung [Ost/West]; Benachteiligung	Weitestgehend neutrale Wirkung: Abstimmung verdeutlicht Ost-West-Spaltung und weiterhin bestehende "Ost-Prägung"; geringe Wahlbeteiligung impliziert jedoch auch Desinteresse (ggf. durch soziale Benachteiligung).
Infrastruktur & Wirtschaft	Bildungsstandorte	Umsiedlung der Alice-Salomon-Hochschule nach MH	(Stadt-)Politik; Wissenschaft	Innovation	Pos. Wirkung durch Bevorzugung des Standorts MH ggü. Der Innenstadt.
Infrastruktur & Wirtschaft	Verkehrsanbindung	Ausbau und Modernisierung des öffentlichen Nahverkehrs (BVG) und seiner Einrichtungen	(Stadt-)Politik	Spaltung [Ost/West]	Positive Wirkung: Verbesserung des ÖPNV reduziert Vulnerabilitätswahrnehmung Randlage und soll Ost-West-Spaltung verringern.

³⁸ Die den jeweiligen Kategorien und Subkategorien zugeordneten Textsegmente befinden sich in Anhang B.2 in den Tabellen B.2.1 bis B.2.5.

Infrastruktur & Wirtschaft	Verkehrsanbindung	Verschiedene stadtpolitische Verkehrsausbauprojekte und deren Folgen	(Stadt-)Politik; Wirtschaft	Spaltung [Ost/West]; Benachteiligung	Ambivalente Wirkung: Debatten zeigen Benachteiligung MHs gegenüber anderen Bezirken aus früheren Zeiten, jedoch auch engagierten Einsatz aktueller Stadtpolitik, z.B. durch Schaffung von Arbeitsplätzen und nachträglichen Einbezug bislang ausgeschlossener Akteure (Helle Mitte), um Vulnerabilitätswahrnehmungen/Benachteiligung zu reduzieren.
Infrastruktur & Wirtschaft	Verkehrsanbindung	Verlängerung der Tangentialverbindung Ost	(Stadt-)Politik; Zivilgesellschaftl. Akteure/Vereine	Benachteiligung; Handlungsmacht/Ohnmacht	Negative Wirkung: Dominanz der politischen/wirtschaftlichen Akteure ggü. Anwohnervereinigungen; deutliche Unterschiede in der jeweiligen Vulnerabilitätswahrnehmung und darüber, wessen Resilienz zu priorisieren ist; neg. Wandel durch Minderung der Wohnqualität.
Sport/Freizeit/Kultur	Freizeit & Kultur	Gastronomie und Events	Anwohner; Zivilgesellschaftl. Akteure/Vereine; (Stadt-)Politik; Wirtschaft	Innovation; Kulturelle Vielfalt; Natur & Klimaschutz; Spaltung	Positive Wirkung: Veränderung/Stärkung der Wahrnehmung auf MH als kultureller Ort sowie Ort der Innovation und des Klimaschutzes; Versuch der Reduktion des Ost-West-Kontrasts.
Sport/Freizeit/Kultur	Freizeit & Kultur	Öffentliche Freizeiteinrichtungen	(Stadt-)Politik; Wirtschaft	Neoliberalismus; Benachteiligung	Negative Wirkung: Dominanz wirtschaftlicher Faktoren gegenüber kulturellen Bedürfnissen der Anwohner, verstärkt Regime der Benachteiligung.
Sport/Freizeit/Kultur	Freizeit & Kultur	Comedy-Figur "Cindy aus Marzahn	Unterhaltungsindustrie	Benachteiligung; Stigmatisierung	Ambivalente Wirkung: Dominanz der Identifikation des "Cindy"-Bilder mit dem Bezirk (Trash, Übergewicht, Hartz IV); Pauschalisierung und Diskriminierung der Anwohner vs. Aufmerksamkeit auf Missstände.
Sport/Freizeit/Kultur	Natur & Grünanlagen	IGA/Gärten der Welt	(Stadt-)Politik; Wirtschaft; Zivilgesellschaftl. Akteure/Vereine	Innovation; Kulturelle Vielfalt; Natur & Klimaschutz	Positive Wirkung/Wandel: MH als Ort der Gärten der Welt und Ausstatter der IGA; MH als wirtschaftlicher und (stadt-)politischer Investitionsort.
Sport/Freizeit/Kultur	Natur & Grünanlagen	Natur und Umland	(Stadt-)Politik; Zivilgesellschaftl. Akteure/Vereine	Natur & Klimaschutz	Weitestgehend positive, teilweise ambivalente Wirkung: Stärkung MHs und Umgebung als Naherholungsgebiet für ganz Berlin vs. wirtschaftliche/strukturelle Anbindung.
Sport/Freizeit/Kultur	Sport(ler)	Sportler aus MH; Debatte um Stigmatisierung	Zivilgesellschaftl. Akteure/Vereine; Unterhaltungsmedien; (Stadt-)Politik	Innovation; Benachteiligung; Stigmatisierung	Ambivalente Wirkung: MH als sportl. Ausbildungs-ort/Sportlerschmiede vs. MH als Klischee und Schreckensbild.
Wohnen & Bauen		Wohnqualität	Anwohner; (Stadt-)Politik; Wirtschaft	Spaltung [MH]; Handlungsmacht	Ambivalente Wirkung bzw. Resilienz- und Vulnerabilitätskonstruktionen: Weitestgehend positive Sicht der Anwohner auf ihr Wohnumfeld, Engagement für Erhalt (→ Müllerschlucker) und Verbesserung (→ energetische Modernisierung) der Wohnqualität vs. neg. Außen-sicht auf Plattenbauten bzw. Attraktivitätssteigerung durch Abriss der Platten.
Wohnen & Bauen		Mietentwicklung	Anwohner (anderer Bezirke); (Stadt-)Politik; Wirtschaft	Neoliberalismus; Benachteiligung; Spaltung [City/Peripherie]	Negative Wirkung: MH, vom Berlinterend nicht betroffen, wird als „soziales Auffanglager“ und Ort der Armut/des Niedergangs dargestellt; keine Vulnerabilitätswahrnehmung dahingehend, dass es in MH auch wieder Zuzug geben könnte/gibt (→ keine Forderung nach Kündigungsschutz durch Mieterverein in MH).

Wohnen & Bauen		Wohninnovation	Wirtschaft	Neoliberalismus; Innovation	Positive Wirkung: Innovation und Steigerung des Wohnkomforts; MH als attraktiver Wohnstandort für ältere Menschen; Reaktion auf Vulnerabilitätswahrnehmung der Alterung.
Wohnen & Bauen		Fehlplanungen & Pleiten	Wirtschaft; (Stadt-) Politik; Anwohner	Benachteiligung	Negative Wirkung: Pleite-Konnotation und Niedergang der Wohnqualität als dominante Vulnerabilitätswahrnehmung; verstärkte Vulnerabilitätskonstruktionen durch stigmatisierendes Vokabular und Gefühl des Ausgeliefertseins gegenüber Wirtschaft und Politik.
Soziale Verhältnisse	Armut	Aspekte von Armut: (Jugend-) Arbeitslosigkeit, Kinderarmut, Transferhilfe, Alkoholismus, Altersarmut	Anwohner	Benachteiligung; Spaltung [arme/reiche Bezirke]	Negative Wirkung: Deutliche Dominanz negativer Bilder von Armut, Benachteiligung und Vernachlässigung; Nennung einhergehend mit „ähnlich problematischen“ Bezirken.
Soziale Verhältnisse	Armut	Stigmatisierung: Negatives Wohnumfeld & unsoziale Anwohner	(Stadt-)Politik; Unterhaltungsindustrie; Wissenschaft; Anwohner (anderer Bezirke)	Benachteiligung; Spaltung [MH; Zentrum/Peripherie]; Stigmatisierung	Negative Wirkung: MH als Lebens-/Zwangsraum von „Verlierern“, Bild von MHLern als faul, arbeitslos und fettleibig; „russisch“; unsanierte Häuser; über eine breite Akteursbasis und verschiedene Kontexte hinweg wird MH/werden Menschen aus MH Klischeehaft und stigmatisiert dargestellt.
Soziale Verhältnisse	Armut	Aktionsräume Plus	(Stadt-)Politik	Benachteiligung; Spaltung [arme/reiche Bezirke]	Negative bis leicht ambivalente Wirkung: neg. Bild von MH als benachteiligter Bezirk vs. Resilienzkonstruktionen zur Überwindung der Missstände.
Soziale Verhältnisse	Kriminalität	Brandstiftung	Öffentlicher Dienst; Anwohner	Unsicherheit	Negative Wirkung: MH wird konnotiert Ort der Unsicherheit und Kriminalität.
Soziale Verhältnisse	Rechtsthematik	Rechte Stimmung und Organisationen	Rechte Organisationen und Akteure	Fremdenfeindlichkeit; Benachteiligung	Negative Wirkung: Dominanz rechter Regime in MH; Jugendliche als bes. anfällig/attraktiv für rechte Organisationen.
Soziale Verhältnisse	Rechtsthematik	Engagement gegen Rechts	(Stadt-)Politik; Zivilgesellschaft; rechtsradikale Personen; Wissenschaft	Fremdenfeindlichkeit; (Kulturelle) Vielfalt	Ambivalente Wirkung: zivilgesellschaftliches Engagement positiv; geringe Zahl der Demonstranten und Dominanz rechter Aktionen aber negativ.
Wandel	Soziale Abwärtsspirale	Aspekte von Armut	(Kinder-)Armut; Segregation; Infrastruktur; Identität; Überalterung	Benachteiligung; Spaltung [Ost/West; arme/reiche Bezirke]	Negativer Wandel: Soziale Abwärtsspirale im Bezirk auf vielen verschiedenen Ebenen verschärft Vulnerabilitätskonstruktionen der Benachteiligung und Unterversorgung.
Wandel	Allgemeiner/pos. Wandel	Infrastruktur & Wohnen	(Stadt-)Politik; Wirtschaft; Anwohner	Innovation; Wohlgefühl	Positiver Wandel: Wachsende Infrastruktur, Sanierung und Modernisierung von Gebäuden, dadurch verbessertes Wohngefühl.
Wandel	Bevölkerungsentwicklung	Alterung & Infrastruktur	Wirtschaft; Anwohner	Innovation	Neutrale/positive Wirkung: Steigender Altersdurchschnitt der Bevölkerung als Vulnerabilitätswahrnehmung, Anpassung/Umbau des Wohnraums als Resilienzkonstruktion.
Wandel	Bevölkerungsentwicklung	Fluktuation (-sprognoze)	Anwohner	Spaltung [MH]	Negative/ambivalente Wirkung: Fluktuation als Resilienzkonstruktion derjenigen, die wirtschaftlich in der Lage sind, die Plattenbauten zu verlassen; verstärkt Vulnerabilitätswahrnehmungen des übrigen urbanen Systems.

9.2.2 Diskurse 2013 bis 2016

Wie auch im Diskurs 2008 bis 2012 gab es über alle Diskurskategorien hinweg eine breite Spanne an positiver und negativer Berichterstattung, wobei 2013 bis 2016 die negativen Berichte überwogen. Positiv wirkende Darstellungen fanden sich vor allem im Themenfeld Infrastruktur und Wirtschaft zur Gesundheitsversorgung, Verkehrsanbindung und Industrie, aber auch im Bereich Sport/Freizeit/Kultur. Das Diskursfeld zu sozialen und politischen Verhältnissen war dagegen von einer auffällig negativen Berichterstattung durchzogen. Im Vergleich zum Zeitraum 2008 bis 2012 war die Spanne der im Diskurs genannten und ihn damit prägenden Akteurinnen und Akteuren größer und ließ unter anderem Raum für die Stimmen von Anwohnerinnen und Anwohnern.

Wie bereits aus der quantitativen Diskursanalyse deutlich wurde, nahm die Flüchtlingsthematik in der Berichterstattung im Zeitraum 2013 bis 2016 eine dominante Rolle ein. In der qualitativen Analyse wurde schließlich erkennbar, dass es sich hierbei nicht um einen eigenen einheitlichen Diskursstrang handelte. Vielmehr zog sich die Thematik durch alle identifizierten Diskurskategorien und war eng mit deren jeweiligen Inhalten verwoben.

Die folgenden Abschnitte geben einen Einblick in die wichtigsten Themenfelder des Diskurses.

9.2.2.1 *Infrastruktur und Wirtschaft* im Zeitraum 2013 bis 2016

Wie auch im Zeitraum 2008 bis 2012 bildeten Diskurse zu Bildungsstandorten einen wesentlichen Anteil im Bereich Infrastruktur und Wirtschaft. Darüber hinaus waren Themen zur Industrie, Gesundheitsversorgung und Verkehrsanbindung wichtig.

Bildungsstandorte

Die wesentlichen Diskurse zu Bildungsstandorten in Marzahn Hellersdorf befassten sich mit dem Mangel an Kita- und Schulplätzen im Bezirk sowie maroden Gebäuden, der Einschulung von im Bezirk lebenden Kindern mit Fluchtgeschichte, Debatten und Maßnahmen um Gewaltvorfälle an der Hellersdorfer Mozart-Gesamtschule sowie der Kooperation der Alice-Salomon-Hochschule mit umliegenden Flüchtlingsheimen. Dabei traten Regime der **Benachteiligung** zutage,

jedoch auch solche der **Handlungsmacht**. Dazu wurden Regime der **Fremdenfeindlichkeit** deutlich, die wiederum mit Regimen der **Solidarität** konkurrierten und so Regime der **Spaltung** innerhalb des Bezirks und zwischen rechts- entgegen solidarisch gerichtete Einstellungen offenbarten.

Im Diskurs um fehlende Kita- und Schulplätze sowie marode Gebäude wurde Marzahn-Hellersdorf im gesamtstädtischen Vergleich als besonders bedürftig und benachteiligt dargestellt. Diese Vulnerabilitätswahrnehmungen schienen wiederum in Zusammenhang mit der allgegenwärtigen Flüchtlingsthematik und der Einschulung angesiedelter Kinder mit Fluchthintergrund Ängste und Ablehnungen in der Bevölkerung zu schüren, die sich als Resilienzkonstruktionen gegen die Politik, aber auch die im Bezirk angesiedelten Flüchtlinge richteten, wenn gleich damit nicht zwingend rechtsradikales Gedankengut einherging. Ebenso gab es solidarische Aktionen und Reaktionen, die, kontrastiert mit fremdenfeindlichen Aussagen und Vorkommnissen, eine deutliche Spaltung und breite Unsicherheit im Bezirk spiegelten.

Die meisten neuen Kitaplätze werden nach dem neuesten Bedarfsatlas der Bildungsverwaltung in Marzahn-Hellersdorf gebraucht. Hier haben alle Regionen einen steigenden Bedarf an Plätzen – es gibt dabei schon jetzt keine Reserven mehr oder nur geringe Reserven. (Berliner Zeitung, 17.03.2015, S. 14)

Da ist der 61-Jährige, der sich darüber aufregt, dass für Flüchtlinge Wohnungen gebaut würden, während im Stadtteil die Schulen verfallen und nicht mal mehr die Gehwege ordentlich geputzt werden. (Berliner Zeitung, 21.09.2016, S. 13)

Und in Hellersdorf, wo Anwohner sagten, dass sie für ihre Kinder gern selbst Kita-Plätze hätten, bevor sie Neuankömmlinge willkommen heißen, haben sich nur wenige den NPD-Kundgebungen angeschlossen. (Der Tagesspiegel, 29.08.2013, S. 7)

In diesen Tagen geht für die Flüchtlingskinder in Hellersdorf der Unterricht los – in eigenen Klassen. Die Kolibri-Grundschule hat in einem Schreiben die Eltern darüber informiert, dass die Schule die Kinder der Flüchtlinge unterrichtet wird. Auch an der Konrad-Wachsmann-Oberschule soll es eine Gruppe geben. ‚Die Kinder nichtdeutscher Herkunft werden in einer eigenständigen Klasse beschult‘, heißt es in dem Brief der Kolibri-Schule. Bei einigen Nutzern des Kurznachrichtendienstes Twitter hat der Tonfall dieses Briefs Empörung hervorgerufen. Sie vernehmen den Unterton, deutsche Eltern müssten nicht fürchten, dass ihre Kinder mit den Flüchtlingskindern groß in Berührung kommen. Das sei ‚Alltagsrassismus‘, so einige Twitterer. Die Schulleitung selbst wollte dazu keine Auskunft geben. Rektorin Gudrun Hennig verweist an das Schulamt, von dem sie zu der Elterninformation angewiesen worden sei. Die Büroleiterin von Bezirksbürgermeister Stefan Komoss (SPD) bestätigte, dass es an den Schulen Fragen von Eltern gegeben habe und die Briefe ‚Ruhe reinbringen‘ sollten. Es ist in Berlin durchaus üblich, neu zugezogene Kinder ohne Deutschkenntnisse in sogenannten Willkommensklassen zu unterrichten, bis sie dem Unterricht folgen können. (Der Tagesspiegel, 22.08.2013, S. 7)

Über Regime der **Solidarität** und **Handlungsmacht** erzeugende Aktionen wurde besonders in Zusammenhang mit der im Bezirk angesiedelten Alice-Salomon-Hochschule und deren Angehörigen berichtet. Als Reaktion auf fremdenfeindliche Vorkommnisse ging die Hochschule proaktive Kooperationen mit Flüchtlingsheimen ein, indem sie deren Räumlichkeiten für Veranstaltungen nutzte sowie Bewohnerinnen und Bewohner der Flüchtlingsheime in die eigenen Räumlichkeiten einlud.

„Unsere ganze Hochschule steht gegen Rassismus“, sagt Professorin Theda Borde, die Rektorin der ASH. Studenten waren bereits in den letzten Wochen aktiv in der Flüchtlingshilfe. Mit Semesterbeginn am 1. Oktober wird das verstärkt. So wird es in einem Raum im Flüchtlingsheim Lehrveranstaltungen geben. „Englischsprachige Seminare können auch Heimbewohner besuchen“, sagt Nivedita Prasad. In der Hochschule sollen ebenfalls Veranstaltungen stattfinden. Gedacht sei an einen Deutschkurs, aber auch an Kurse zur Gesundheitsförderung und an Kulturveranstaltungen, sagt Borde. Damit Frauen aus dem Heim kommen können, wollen Studenten eine Kinderbetreuung organisieren. „Und ab 1. Oktober werden wir jeden Freitag zwischen 13 und 18 Uhr unser Computerzentrum für die Flüchtlinge bereitstellen“, kündigt die Rektorin an. Die könnten dann kostenlos per Internet mit ihren Familien in den Herkunftsländern Kontakt halten. Auch die Bibliothek und die Mensa werde ihnen offen stehen. (Berliner Zeitung, 17.03.2013, S. 16)

Ganz unabhängig von der Flüchtlingsthematik, aber deutlich unter der Wirkung von Regimen der **Benachteiligung**, stand der Diskurs um Gewaltvorkommnisse an der Mozart-Gesamtschule in Hellersdorf, der Ende 2015 durch einen Brandbrief der Eltern angestoßen wurde.

Erstklässler trauen sich nicht mehr in die Schule, weil sie von älteren Mitschülern gehauen und in den Bauch getreten werden. Zweitklässler beleidigen Lehrer und Erzieher auf übelste Art und Weise. Und Drittklässler stürmen mit Spielzeug-Pistolen bewaffnet in das Erzieherzimmer und fordern die Pädagogen auf, sich auf den Boden zu legen. Es sind krasse Missstände, die der oberste Elternvertreter der Hellersdorfer Wolfgang-Amadeus-Mozart-Gemeinschaftsschule nun in einem Brandbrief an das Schulamt aufgeschrieben hat. „Ich denke, es wäre sinnvoll, Sicherheitsleute an unserer Grundschule einzusetzen, jedenfalls für eine gewisse Zeit“, sagte Gesamtelternvertreter Francesco Malo der Berliner Zeitung. Eine Mutter berichtet in dem offenen Brief von Ranzen und Besen, die während der Unterrichtszeit aus geöffneten Fenstern flogen und von Schülern, die im zweiten Stock am geöffneten Fenster standen und lauthals „Halt's Maul, halt die Fresse etc.“ riefen. (Berliner Zeitung, 29.01.2016, S. 10)

Außerdem räumte die Bildungsverwaltung ein, dass die Klassen an der Schule im sozialen Brennpunkt unweit des Einkaufszentrums ‚Helle Mitte‘ deutlich zu groß gewesen seien. In drei 3. Klassen waren jeweils gut 30 Schüler. Zum neuen Schulhalbjahr werde nun eine vierte 3. Klasse eingerichtet. „Durch den verstärkten Zuzug in unseren Bezirk sind nun oft mehr Kinder in einer Schulklasse“, sagte Komoss und räumte gleichzeitig ein, dass die Gemeinschaftsschule im sozial schwierigsten Bereich des Bezirks liegt. Viele Sozialhilfeempfänger und Alleinerziehende leben hier.

Seit 2011 bietet auch die Arche in dortigen Räumen in der ersten großen Pause den Schülern geschmierte Brote an. (Berliner Zeitung, 29.01.2016, S. 10)

Wenngleich die Berichte das schlechte Image des Bezirks als sozialen Brennpunkt in der Gesamtstadt verstärkten, wurden doch auch urbane Resilienzregime der **Handlungsmacht** offenbar: Der Brandbrief war durch Eltern selbst formuliert und veröffentlicht und führte seitens der Stadtpolitik zu diversen Aktionen und Unterstützungsmaßnahmen, um die Problematik zu reduzieren.

Industrie, Gesundheitsversorgung, Verkehrsanbindung

Im Diskurs über Industrie wurde über Marzahn-Hellersdorf wie bereits im Zeitraum 2008 bis 2012 als erfolgreichen Wirtschafts- und Wettbewerbsstandort berichtet. Dabei spielten vor allem Akteure aus Wirtschaft und (Stadt-)Politik eine wesentliche Rolle, wodurch **neoliberale Regime** mit Regimen der **Innovation** und, basierend auf der Förderung ökologischer Strom- und Wärmeproduktion, Regimen von **Natur und Klimaschutz** einhergingen.

Der Vorteil bei uns in Marzahn-Hellersdorf ist, dass man nun erstmalig in einer Metropole wie Berlin ein Industriegebiet hat. Wenn man den ganzen CleanTech Business Park bebaut hat – in einem Entwicklungszeitraum von 15 Jahren – dann könnte man dort in diesem Gebiet bis zu 3000 Arbeitsplätze unterbringen. (Berliner Zeitung, 12.05.2014, S. 17)

Auch zum Thema Gesundheitsversorgung dominierten **innovative** und **neoliberale Regime**. Anders als im Zeitraum 2008 bis 2012, wo durch die Abwanderung von Arztpraxen ebenfalls neoliberale Regime, jedoch gepaart mit Regimen der Benachteiligung herrschten, wurde Marzahn-Hellersdorf im Zeitraum 2013 bis 2016 als wirtschaftlich starker Gesundheitsstandort dargestellt, der Arbeitsplätze schuf und die gesundheitliche Versorgung der Anwohnerinnen und Anwohner absicherte.

Bislang schafft die Gesundheitswirtschaft besonders viele Arbeitsplätze im Bezirk. Zusammengefasst ist diese Branche der grösste Arbeitgeber im Bezirk Marzahn-Hellersdorf. Inzwischen ist das Unfallkrankenhaus Berlin (UKB) auch der größte Arbeitgeber und hat das Bezirksamt überholt. (Berliner Zeitung, 12.05.2014, S. 17)

Positiv wurde außerdem über die infrastrukturell gute Verkehrsanbindung des Bezirks, trotz seiner Randlage, berichtet.

9.2.2.2 Sport/Freizeit/Kultur im Zeitraum 2013 bis 2016

Ebenso wie im Zeitraum 2008 bis 2012 wurde der Diskurs zu Sport, Freizeit und Kultur für 2013 bis 2016 nochmals untergliedert in die Bereiche Freizeit und Kultur, Natur und Grünanlagen sowie Sport(lerinnen und Sportler) in und aus Marzahn-Hellersdorf.

Freizeit und Kultur

Einen wichtigen Themenstrang zu Freizeit und Kultur in Marzahn-Hellersdorf bildeten die durch stadtpolitische und zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure geförderten Maßnahmen und Aktionen zur Verbesserung der Außendarstellung des Bezirks allgemein sowie zur Attraktivitätssteigerung für Investoren und Touristen. Dafür wurden konkret die Architektur und Geschossbauten des Bezirks eingesetzt und versucht, das negative Plattenbauimage als „Himmelsleitern“ positiv umzukodieren sowie die Randlage in Bezug zu Natur und Klimaschutz zu setzen. So wurden, auch im Rahmen neoliberaler Bestrebungen, zum Beispiel Regime der *Innovation* erzeugt, gleichzeitig aber auch immer wieder negative Klischees aufgezeigt, die mit Regimen der *Benachteiligung* einhergingen.

Erste Schritte auf einer Himmelsleiter. Die führt außen an der Fassade entlang mehr als vierzig Stufen hinauf zur Plattform. Auf halber Strecke kann man auf dem Skywalk-Balkon wie auf einem Sprungbrett weit hinauslaufen. Festhalten am sonnenwarmen Geländer, selbst in dieser Höhe ist der Wind eingeschlafen. Weit schweift der Blick bis zu den Müggelbergen, zum Zementwerk Rüdersdorf. Vor allem das östliche Umland und die einstige Hauptstadt der DDR sind von hier gut zu sehen. Ganz nah dran die Windmühle im Dorf Marzahn, die Gärten der Welt, auch das neue Containerdorf für die Flüchtlinge. (Der Tagesspiegel, 04.10.2015, S. 9)

Endlich. Endlich wagt es mal jemand, das Negativ-Image von Marzahn ironisch infrage zu stellen. Viele, die Marzahn nicht kennen, denken bei dem Ortsteil zuerst an Plattenbausiedlungen, dann vielleicht noch an Cindy aus Marzahn, die eigentlich in Wilmersdorf lebt. Aber wer denkt schon an die Gärten der Welt? An die bevorstehende Internationale Gartenausstellung 2017? Die Mühle? Viel zu wenige. Eine Gruppe Marzahner will jetzt den Schriftzug MARZAHN in großen Buchstaben auf den Ahrensfelder Bergen (114,5 Meter) aufstellen - nach dem Vorbild des Schriftzugs HOLLYWOOD in den Hollywood Hills. Es könnte der Anfang einer wunderbaren Geschichte werden. (Berliner Zeitung, 05.06.2015, S. 15)

Eine ähnliche Ambivalenz zeigte sich in Berichten zu Freizeiteinrichtungen in Marzahn-Hellersdorf, in denen neben Akteurinnen und Akteuren aus Stadtpolitik und Wirtschaft auch Anwohnerinnen und Anwohner zu Wort kommen. Durch die Belobung und den Ausbau vorhandener Freizeitangebote einerseits sowie Beschwerden über zu wenige oder verfallende Einrichtungen andererseits wurden konkurrierende Regime des *Wohlfühls*, aber auch der *Benachteiligung* of-

fenbar. Wirtschaftliche Ziele schienen Anwohnerinteressen zum Teil zu übertreffen und die sich daraus konfigurierenden **neoliberalen Regime** verstärkten so deren Vulnerabilitätswahrnehmungen.

Das Kulturangebot könnte besser sein, angefangen bei der nahen Bibliothek, deren Angebot Elke Wiegand zu schmal findet. Auch ein Buchladen und ein Programmkino fehlen – viele Gewerbeflächen, wo diese einziehen könnten, stehen leer. (Berliner Zeitung, 14.10.2016, S. 16)

Das Bezirksparlament hatte sich jedoch gewünscht, dass das Sojus erhalten bleibt und wieder kulturell genutzt wird. Kritik kommt deshalb von der Abgeordneten Regina Kittler (Linke): Es verschwinde ein Ort, der für viele Marzahner mit guten Erinnerungen und Geschichte verbunden ist, sagt sie. Gräff kontert: Dann hätte die Kulturstadträtin der Linken für eine kulturelle Wiederbelebung des Sojus sorgen können. Neue Kultureinrichtungen etwa eine Galerie könnten bei der bevorstehenden Sanierung des Rathauses Marzahn entstehen, so Gräff. Das Kino Sojus wurde im ersten Wohngebiet der Großsiedlung Marzahn errichtet. [...] Nicht nur Filme wurden gezeigt, dort fanden auch Jugendweihe-Feiern statt. 2007 wurde das Haus geschlossen. Nun will es der Investor erwerben – und abreißen. (Berliner Zeitung, 24.08.2016, S. 12)

Eine der Lücken hat das Projekt ‚JUWEL - Jugendliche wollen erfolgreich leben‘ mit Leben gefüllt. ‚Helle Oase‘ heißt der Bürgergarten, wo die Ideen der Einwohner hier umgesetzt wurden: Hochbeete, Boulebahnen, eine Chillecke mit Hängematten und eine selbst gebaute Fläche für den Parcours-Sport. Der Verein Kids & Co hat dafür schon den Deutschen Naturschutzpreis bekommen. Nun ist er als eines von 18 Projekten aus ganz Deutschland für den Preis Soziale Stadt nominiert. ‚Das ist auch eine Aufgabe von Quartiersmanagern, auf solche Wettbewerbe aufmerksam zu machen oder bei der Antragsstellung für Fördertöpfe zu helfen‘, sagt Karla Stierle. Stolz sind sie und Irina Warkentin auf das Kinderforschungszentrum Helleum. Dafür wurde sogar ein Neubau geschaffen. Vor- und Grundschulkindern können sich hier naturwissenschaftlich-technisch bilden. Jetzt ist das Haus von Schulklassen ein halbes Jahr im Voraus ausgebucht. Für Eltern und Kinder, die spontan vorbeikommen wollen, gibt es wöchentlich quartiersoffene Angebote. (Der Tagesspiegel, 28.05.2016, S. 3)

Eindeutige Regime der **Handlungsmacht** entstanden wiederum aus dem Diskurs um die Einrichtung eines Bürgerhaushalts, mit Hilfe dessen die Bezirksanwohnerinnen und -anwohner aktiv zur Gestaltung ihrer Kieze beitragen konnten. Handlungsmacht und Beteiligung mit Hilfe von Freizeitgestaltung spielten auch eine wichtige Rolle in Verbindung mit der Flüchtlingsthematik, in deren Zusammenhang sich viele Menschen übergangen und nicht angehört fühlten.

Die BVV hat auch beim Bürgerhaushalt das Haushaltsrecht. Sie ist nicht verpflichtet, die Vorschläge umzusetzen. ‚Aber der politische Druck ist hoch‘, sagt Komoss. Die meisten Bürger, die sich bisher am Bürgerhaushalt beteiligt haben, waren mindestens 50 Jahre alt. Deshalb versucht der Bezirk, gezielt Kinder und Jugendliche anzusprechen. Auch sie dürfen mitmachen, es gibt kein Mindestalter. Damit die Jüngsten etwas von dem Angebot mitbekommen, werden Workshops in Schulen und Jugendklubs veranstaltet. Und auch nicht deutschsprachige Bewohner sollen erreicht werden, für sie gibt es Flyer auf Vietnamesisch und Russisch. ‚Beim letzten Mal hatten wir 400 Vorschläge‘, sagt Komoss. Ein sehr gutes Ergebnis, findet er. 30 sollten

umgesetzt werden, realisiert sind bisher nur zwei. ‚17 sind in Bearbeitung‘, sagt Komoss. Die übrigen 11 werden am Ende des Haushaltsjahrs verfallen. Für die Bürger könnte das ein Ansporn sein, jetzt neue Vorschläge einzubringen. (Der Tagesspiegel, 24.10.2016, S. 8)

Dass Barbara Jungnickel überhaupt unterwegs ist mit ihrem kleinen Café, ist dem Sommer 2013 zu verdanken. Damals entstand in einer ausgedienten Schule in der Carola-Neher-Straße in Hellersdorf ein Flüchtlingsheim, es gab Bedenken von Anwohnern, es gab Protest, es gab sogar Anschläge auf das Heim. Die evangelische Kirchengemeinde, die gleich um die Ecke in der Glauchauer Straße ihren Sitz hat, erlebte all das mit. ‚Wir hatten damals den Eindruck, dass viele Anwohner bei den Rechten mitlaufen, weil sie nicht angehört wurden‘, erinnert sie sich. Die Gemeinde beschloss, den Menschen zuzuhören, und schickte Barbara Jungnickel in die Spur. Mit Bollerwagen, Tischchen, Tee und Kaffee. ‚Ich kann gut auf Leute zugehen‘, begründet die Gemeindepädagogin, dass die Wahl auf sie fiel. (Berliner Zeitung, 10.08.2016, S. 14)

Auch andere Diskurse zu Freizeit und Kultur waren stark von der Flüchtlingsthematik geprägt. Auf der einen Seite engagierten sich viele Anwohnerinnen und Anwohner für die im Bezirk angesiedelten Geflüchteten, etwa über Vereine, Nachbarschaftsfeste und weitere Freizeitaktionen, woraus Regime der **Solidarität**, **Handlungsmacht** und **kulturellen Vielfalt** erwachsen. Auf der anderen Seite fühlten sich jedoch auch viele durch die Anwesenheit der Flüchtlinge benachteiligt und reagierten abwehrend bis hin zu fremdenfeindlich.

Am 24. September soll es auf einem Platz in der Nähe ein Nachbarschaftsfest geben. Dazu lädt auch die PeWoBe ein, das Unternehmen, das das Heim im Auftrag des Senats betreibt. Neben dem Heim sollen sich dort Sportvereine, Jugendclubs und Wohnungsgesellschaften den Anwohnern vorstellen. Einige im Bezirk kennen das Heim sogar schon von innen, dabei stammen sie aus Marzahn und nicht aus Mossul: Als im Mai ein Mann in Marzahn mit Gaskartuschen hantierte, löste er eine Explosion aus. Ein Hochhaus musste geräumt werden, einige Mieter kamen im Heim in der Maxie-Wander-Straße unter, wo gerade ein paar Zimmer frei waren. Wie es weitergeht? Ein Nachbar – Typ: ordnungsliebender Gregor-Gysi-Fan – sagt: ‚Die Nazi-Lumpen bleiben weg, wenn genug Bürger zusammenstehen‘. Ein Syrer aus dem Heim, der sich auf den Weg zur U-Bahn gemacht hat, setzt sich noch kurz in den Schatten vor ein nahes Einkaufszentrum und trinkt mit einem Freund ein kühles Bier. André sagt: ‚Das hole ich mir jetzt auch. Das Heim bleibt, ditt steht fest. Gibt Schlimmeres‘. (Der Tagesspiegel, 06.08.2014, S. 7)

Der Titel der Veranstaltung auf dem Hellersdorfer Alice-Salomon-Platz ist brandaktuell: ‚Schöner leben ohne Nazis‘ heißt es dort am Sonnabend (14-20 Uhr). Doch das Fest ist keine direkte Reaktion auf die beschämenden Vorgänge um das Flüchtlingsheim im früheren Max-Reinhardt-Gymnasium. Es findet schon zum fünften Mal statt. In diesem Jahr werden sich mehr als 40 Institutionen, Parteien und Vereine mit Ständen und Bühnenprogrammen beteiligen. (Berliner Zeitung, 30.08.2013, S. 16)

Sport(lerinnen und Sportler) in und aus Marzahn-Hellersdorf

Die Flüchtlingsthematik prägte ebenfalls den Diskurs im Bezirk. Die Berichte über engagierte Sportlerinnen und Sportler und ihre Vereine aus Marzahn-Hellersdorf suggerierten Regime der **Solidarität** und des **Wohlfühls**, legten jedoch auch **Fremdenfeindlichkeit** und **Spaltung** zwischen rechten und solidarischen Dynamiken offen.

Ein paar Sportvereine aus Marzahn haben sich immerhin schon bei ‚Hellersdorf hilft‘ gemeldet, sie wollten wissen, wie sie die Flüchtlinge unterstützen können. ‚Leider zögern sie aber, sich offen für die Flüchtlinge zu positionieren. Sie haben Angst vor den Rechten im Bezirk‘. (Der Tagesspiegel, 22.11.2014, S. 3)

Auch wenn der VfL nur ein kleiner Verein sei, so könne man doch zeigen, dass Integration gelingen kann. Krüger ist als Sportler das Gesicht der Kampagne. Der Umgang mit den Asylsuchenden beschäftigt ihn aber vor allem als Bürger, der in Marzahn-Hellersdorf verwurzelt ist. Nachdem 2013 ein von Rechtsextremen unterwanderter Mob vor dem Flüchtlingsheim in der Carola-Neher-Straße tobte, und der Bezirk deshalb bundesweit in Verruf geriet, sah man sich gemeinsam berufen, etwas gegen das trübe Bild zu unternehmen. Ein Flüchtlingsbeauftragter des Vereins steht in regem Kontakt zu den Asylsuchenden im Heim am Blumberger Damm. Regelmäßig trainieren Flüchtlinge inzwischen auf der Anlage, manchmal gesellt sich Krüger dazu. (Berliner Zeitung, 14.10.2015, S. 1)

Natur und Grünanlagen

Der mit Abstand dominanteste Diskurs zu Natur und Grünanlagen in Marzahn-Hellersdorf drehte sich im Zeitraum 2013 bis 2016 um die Planungen und Vorbereitungen zur Internationalen Gartenausstellung im Jahr 2017. An den Debatten waren sowohl stadtpolitische und wirtschaftliche Akteure beteiligt als auch zivilgesellschaftliche Organisationen und Anwohnerinnen und Anwohner. Die IGA wurde als Hoffnungsträger und Imageaufwertung angepriesen, die den Bezirk sowohl innerlich wandeln und dessen Bild zudem nach außen hin verbessern sollte. Gleichzeitig wurde ausführlich das Für und Wider einer Seilbahn und weiterer Attraktionen diskutiert und es kam zu scharfen Debatten um die Kosten und Gefahren für die Natur und die Anwohnerinnen und Anwohner. Vorwiegend ließen sich aus dem Diskurs **neoliberale Regime** sowie Regime von **Natur und Klimaschutz, Innovation** und **kultureller Vielfalt** ableiten.

Mit der Internationalen Gartenausstellung (IGA) ab April 2017 wird Hellersdorf im Focus bleiben. Zum Konzept der IGA gehört, den Bezirk noch stärker mit dem Wuhletal und dem Kienberg am Rand der Gärten der Welt – und damit mit Marzahn – zu verbinden. ‚Wir möchten, dass auch nach außen sichtbar ist, dass der Bezirk lebenswert ist‘, sagt Karla Stierle. Der Wunsch wird wohl nicht unerhört bleiben. (Der Tagesspiegel, 28.05.2016, S. 3)

Unabhängig aller Politik wird Marzahn-Hellersdorf 2017 weltweit Beachtung finden. Denn zur Internationalen Gartenausstellung, der IGA, werden 2,4 Millionen Besucher erwartet. Der Bezirk hofft, dass sie die Botschaft von einem bunten, modernen und lebenswerten Bezirk mitnehmen – und verbreiten.
(Berliner Zeitung, 01.09.2016, S. 10)

Dass die IGA GmbH die Seilbahn für unverzichtbar hält, war schon lange bekannt – trotz der Kritik von Bürgern und Umweltschützern. Zu dem Gartenfestival, das von April bis Ende Oktober 2017 rund um die Gärten der Welt im Erholungspark Marzahn stattfinden soll, werden rund 2,4 Millionen Besucher erwartet. Um die Masse der Besucher zu transportieren, werde die Seilbahn als barrierefreies Verkehrsmittel dringend gebraucht, hatten die beiden IGA-Chefs, Christoph Schmidt und Katharina Langsch, in der Vergangenheit mehrfach betont. Die Bahn soll bis zu 2 500 Besucher pro Stunde befördern. Sie soll vom U-Bahnhof Neue Grottkauer Straße über das Wuhletal auf den Kienberg führen, zur geplanten Aussichtsplattform ‚Wolkenhain‘. Dann geht es weiter über die Gärten der Welt hinweg zum Besucherzentrum Blumberger Damm. Beim Bau soll auf die Umwelt Rücksicht genommen werden, betonen die IGA-Macher. Im Wuhletal würden keine Stützen aufgestellt, die Lärmbelästigung solle so gering wie möglich ausfallen. (Berliner Zeitung, 19.12.2013, S. 20)

Sonstige Diskurse zu Natur und Grünanlagen in Marzahn-Hellersdorf, insbesondere unter Einbezug der Perspektiven von Anwohnerinnen und Anwohnern, legten Regime des **Wohlfühls** und von **Natur und Klimaschutz** offen. Die in diesem Zusammenhang stehenden Berichte spiegelten jedoch auch **Stigmatisierung** und ein oftmals negatives Image wider, welches mit den Inneneinsichten der Anwohnerschaft konkurrierte und damit differierende Vulnerabilitätswahrnehmungen und Resilienzkonstruktionen offenlegte.

Marzahn ist grüner, als viele denken, die den Bezirk nur mit Europas größter Plattenbausiedlung assoziieren. Im Norden sind die Wohnhäuser von einem kilometerlangen, idyllischen Grüngürtel entlang der Wuhle umgeben.
(Berliner Zeitung, 11.08.2013, S. 3)

Der Bürgergarten ‚Helle Oase‘ hat den Präventionspreis 2014 bekommen, wie die Innenverwaltung am Mittwoch mitteilte. Der gemeinsam gepflegte Garten in Hellersdorf stärke den Bürgersinn und die Verantwortung für den Kiez.
(Berliner Zeitung, 25.09.2014, S. 18)

9.2.2.3 Wohnen und Bauen im Zeitraum 2013 bis 2016

Der Diskurs zu Wohnen und Bauen in Marzahn-Hellersdorf im Zeitraum 2013 bis 2016 war durch die Flüchtlingsthematik besonders stark geprägt. Die Planung sowie der Bau beziehungsweise Umbau von Flüchtlingsunterkünften und Containerdörfern und die damit in Verbindung stehenden Geschehnisse gingen einher mit einer umfangreichen, nahezu täglichen Berichterstattung, die eine Vielzahl an Akteurinnen und Akteuren einschloss: Politikerinnen und Politiker unter-

schiedlicher Parteien, zivilgesellschaftliche Organisationen, sowohl rechts- als auch linksradikale Gruppierungen, Betreibergesellschaften von Flüchtlingsheimen, Anwohnerinnen und Anwohner und Menschen mit Fluchthintergrund selbst. Die oftmals negative oder ambivalente Berichterstattung zeugte von unterschiedlichsten Vulnerabilitätswahrnehmungen und Resilienzkonstruktionen und offenbarte Regime der **Benachteiligung** und **Fremdenfeindlichkeit**, der **Unsicherheit**, **Stigmatisierung** und **Handlungsmacht/Ohnmacht** sowie der **Spaltung** zwischen rechts- und linksextremen Kräften, aber auch zwischen rechten und solidarischen Einstellungen und Aktionen und damit ebenso Regime der **Solidarität** und **kulturellen Vielfalt**.

Im Diskurs um die Verteilung von Flüchtlingsunterkünften und die Planung von Containerdörfern in ganz Berlin und im Bezirk Marzahn-Hellersdorf fanden sich Informationen über zusätzlichen Platzbedarf neben Debatten um Zumutbarkeit – einerseits für die ohnehin bereits belastete Bezirksbevölkerung und andererseits für die zugewiesenen Geflüchteten aufgrund angeblich rechtsideologisch geprägter Nachbarschaften. Dabei wurden Regime der **Benachteiligung**, der **Fremdenfeindlichkeit**, der **Stigmatisierung** und der **Spaltung** sowohl in der Gesamtstadt zwischen den südwestlichen und nordöstlichen Bezirken als auch innerhalb von Marzahn-Hellersdorf zwischen den Hochhaus- und den Einfamilienhaussiedlungen deutlich.

Zwei der geplanten neuen Flüchtlingsheime in Marzahn-Hellersdorf liegen nach Einschätzung der grünen Fraktionsvorsitzenden Antje Kapek in einer NPD-Hochburg. In einer solch ‚schwierigen Nachbarschaft wie Marzahn‘ seien sie ‚weniger geeignet‘, sagte Kapek am Montag. Daraufhin erhielt sie empörte Mails ihrer grünen Parteifreunde in dem Bezirk und Beifall von NPD-Sympathisanten. Die rechtsextreme Partei mobilisiert zusammen mit Neonazi-Gruppen unter dem Deckmantel einer ‚Bürgerbewegung‘ seit vielen Jahren gegen Flüchtlingsheime im Bezirk. ‚Jetzt drehen die Grünen völlig durch‘, erklärte der CDU-Fraktionsvize Stefan Evers auf Facebook. Das helfe allenfalls der NPD. Zudem sei es eine ‚Unverschämtheit, Marzahn-Hellersdorf unter rechten Generalverdacht zu stellen!‘ Zu den Standorten selbst wollte sich Evers nicht äußern. Das sei Sache des Bezirks. Iris Spranger, SPD-Abgeordnete für Marzahn und Expertin für Bauen und Wohnen, gibt Kapek mit Einschränkungen recht: ‚Ich möchte mich gegen den Generalverdacht gegen Marzahn verwahren, aber man muss auch sehen, dass es dort sozial schwierige Standorte gibt.‘ Es sei besser, bei der Standortwahl darauf zu achten, dass die Umgebung die Unterkunft sozial abfedern kann: ‚Man muss absichern, dass es drumherum etwa genug Kita- oder Schulplätze gibt‘, so Spranger. Manuela Schmidt, haushaltspolitische Sprecherin der Linken und ebenfalls Abgeordnete für Marzahn, hält Kapeks Einschätzung für falsch. (Der Tagesspiegel, 02.03.2016, S. 7)

Der Flüchtlingsrat Berlin sprach sich am Montag gegen die derzeitige Belegung des Hellersdorfer Heimes aus und forderte ein umfassendes Sicherheitskonzept für die

Unterkunft. Nach den Worten von Georg Classen vom Flüchtlingsrat sei es unverantwortlich, Menschen, die gerade vor Krieg und Verfolgung nach Deutschland geflohen seien und in ihren Herkunftsländern Schreckliches erlebt haben, in eine derart aufgeheizte Atmosphäre zu schicken. Die Hetze gegen das Heim in Hellersdorf sei mit Abstand der schlimmste Protest gegen eine solche Einrichtung in Berlin. ‚Es ist erkennbar, dass sich ganz massiv organisierte, gewaltbereite Rechtsradikale daran beteiligen‘. (Berliner Zeitung, 20.08.2013, S. 15)

Warum sind die meisten Flüchtlingsunterkünfte in Marzahn-Hellersdorf geplant, wo die soziale Lage schon angespannt ist? Es gibt sieben Standorte, sechs davon sind im Bau oder Planung, damit liegen wir weit an der Spitze der Bezirke. Wir empfinden das auch nicht als angemessen. Als der Senat forderte, jeder Bezirk muss zwischen fünf bis neun Standorte benennen, waren wir der einzige, der den Verpflichtung nachkam. Als Grund wurde oft gesagt, in Marzahn-Hellersdorf gebe es mehr Freiflächen, aber das ist eine Frage des politischen Willens. (Berliner Zeitung, 04.10.2016, S. 13)

Den größten Raum im Diskurs zu Wohnen und Bauen in Marzahn-Hellersdorf nahmen Berichte über die zahlreichen Demonstrationen im Zusammenhang mit Flüchtlingsunterkünften ein. Die Vielzahl an Protestaktionen rechter Gruppierungen rückte **fremdenfeindliche Regime** der **Handlungsmacht** ins Zentrum und führte gleichzeitig zu einer universellen **Stigmatisierung** des Bezirks als „rechte Hochburg“.

In Marzahn hatten ebenfalls in der vergangenen Woche mehrere hundert Menschen an Protesten teilgenommen. Selbst die Sicherheitsbehörden zeigten sich überrascht von dem Zulauf. Bei den Initiativen gegen die Flüchtlingsheime ähneln sich die vor allem über Facebook verbreiteten Slogans gegen Asylbewerber und Flüchtlinge. Und alle weisen den Vorwurf zurück, es handle sich um Aufmärsche von Neonazis oder zumindest von Rechtspopulisten. Tatsächlich aber stammen die Parolen gegen ‚Wirtschaftsflüchtlinge und Scheinasylanten‘ eindeutig vom äußersten rechten Rand, wie auch die Sprechchöre in den Videos gegen ‚Asylantenschweine‘. (Der Tagesspiegel, 18.11.2014, S. 13)

Die wiederholten Protestaktionen gegen das in Marzahn geplante Flüchtlingsheim werden von Rechtsextremisten dominiert. Auch die Demonstration, zu der am Sonnabend rund 1000 Menschen erwartet werden, wurde von einem bekannten Rechtsextremisten angemeldet. (Der Tagesspiegel, 21.11.2014, S. 8)

Vor dem Flüchtlingsheim in Hellersdorf war sehr viel Polizei. Ich fragte eine Polizistin, was los sei. Sie kam ganz nah an mich ran und flüsterte: ‚Das sind Faschisten‘. Da erst sah ich die Menschen, die hinter der Polizei standen. Viele hatten Glatzen. Sie waren ruhig, schauten mich aber eindringlich an. Bedrohlich. Ich war erschüttert. In der Schule hatte ich gelernt, dass die Faschisten in Europa gescheitert waren. Jetzt hatte ich den Eindruck, dass noch viele Deutsche faschistische Gedanken haben. Und dass besonders viele von ihnen in Hellersdorf lebten. (Der Tagesspiegel, 25.08.2013, S. 10)

Auf Videos von den Protesten an den vergangenen Montagen sind grölende glatzköpfige Männer zu sehen. Auch wenige Frauen sind dabei. Sie alle rufen: ‚Unsere Straße und unser Land, maximaler Widerstand‘. Ein Redner brüllt durch die Lautsprecher, hier und in Buch seien Bürger für ihr Recht auf der Straße, ‚ihre Heimat

frei von Asylanten zu haben'. Einer hält einen Schal über seinen Kopf, darauf das Signum der Neonazi-Hooligan-Band ‚Kategorie C‘. Stephan Jung sagt, er habe Hooligans erkannt und das Rudolf-Hess-Lied gehört. Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf ist bekannt als Hochburg der Rechten.
(Der Tagesspiegel, 22.11.2014, S. 3)

Ein Klima der Angst und **Unsicherheit** sowie eine deutliche Zerrissenheit im Bezirk spiegeln die Artikel über Zusammenstöße rechts- und linksradikaler Organisationen. Dabei wurden linksradikale und zivilgesellschaftlich solidarische Bewegungen häufig nur unzureichend voneinander abgegrenzt und unter dem Begriff „links“ zusammengefasst. So entstanden zwar auch Regime der **Solidarität**. Diese standen jedoch solchen der **Spaltung**, des **Linkspopulismus-/radikalismus** und der **Fremdenfeindlichkeit** gegenüber, wodurch außerdem Konstruktionen von **Handlungsmacht/Ohnmacht** offenbar wurden.

Erneut demonstrieren 800 Anwohner und Neonazis am Montagabend in Marzahn-Hellersdorf gegen ein Containerdorf für Flüchtlinge. Zu den Demonstranten gegen die geplante Flüchtlingsunterkunft gehörte der Berliner NPD-Chef Sebastian Schmidtke. Auch eine Gegendemonstration mit rund 700 Anhängern, meist linker Gruppen, zog durch den Berliner Bezirk. Auf ihren Plakaten waren unter anderem Sprüche wie ‚Kein Mensch ist illegal‘, ‚Wir heißen Flüchtlinge willkommen‘ und ‚Berlin steht auf gegen Rassismus‘ zu lesen. Unter den Gegendemonstranten waren zahlreiche Politiker wie die Bundesvorsitzende der Grünen, Simone Peter, und Oliver Höfinghoff (früher bei den Piraten). Auch Petra Pau von den Linken war dabei: ‚Wir demonstrieren für eine neue Flüchtlingspolitik. Die Würde des Menschen ist unantastbar‘, sagte sie auf der Kundgebung. Canan Bayran von den Grünen sagte: ‚Wir dürfen nicht zulassen, dass sich der Hass gegen diese Menschen richtet.‘ Gegen 20.30 Uhr wurde die Demonstration der linken Gruppen umgeleitet, damit die Polizei die beiden Demonstrationen auseinanderhalten konnte.
(Berliner Zeitung, 09.12.2014, S. 13)

Gegen ‚Bärgida‘ sind zwei linke Demos angemeldet, eine vom Abgeordneten Oliver Höfinghoff (parteilos, zuvor Piraten). Mehrere tausend Menschen werden erwartet, die linksextremistische Szene ignoriert ‚Bärgida‘ weiter und konzentriert sich auf Marzahn. (Der Tagesspiegel, 19.01.2015, S. 9)

Es ist still in der Carola-Neher-Straße um die Mittagszeit. In der früheren Schule in Hellersdorf, die jetzt ein Flüchtlingsheim ist, sind hin und wieder Menschen an den Fenstern zu sehen. Ins Gebäude dürfen noch keine Besucher - schließlich war das ehemalige Max-Reinhardt-Gymnasium noch vor zweieinhalb Wochen Ort erbitterter Auseinandersetzungen. Wochenlang war gegen das Heim gehetzt worden, beim Einzug der ersten Bewohner war es zu beschämenden Szenen gekommen: Ein Mann hatte rechte Parolen gebrüllt und den Hitlergruß gezeigt, von Umstehenden angefeuert. Junge Leute, die den Flüchtlingen helfen wollten, hatten dagegen gehalten - auch ihre Demo war laut. Sechs Flüchtlinge bekamen es mit der Angst zu tun und waren wieder in die Erstaufnahme nach Spandau gefahren.
(Berliner Zeitung, 05.09.2013, S. 17)

In der (deutlich weniger umfangreichen) Berichterstattung, die ihren Fokus vor allem auf die solidarischen Aktionen zivilgesellschaftlicher und politischer Akteure legte, konstituierten sich Regime der **kulturellen Vielfalt**, **Solidarität** und **Handlungsmacht**, die wiederum die im Bezirk vorherrschende **Spaltung** nochmals herausstellten. Für viel Aufmerksamkeit sorgten außerdem die Geschehnisse um die Betreibergesellschaft *PeWoBe (Professionelle Wohn- und Betreuungsgesellschaft)* einer Unterkunft in Hellersdorf, deren Missstände durch einen lokalen zivilgesellschaftlichen Verein aufgedeckt wurden und schließlich zu einem Betreiberwechsel führten, der die Lebensumstände der im Heim untergebrachten Bewohnerinnen und Bewohner deutlich verbesserte.

Von Mobbing, unterlassener Hilfeleistung und Einschüchterung von Flüchtlingen war die Rede: Der Verein ‚Hellersdorf hilft‘ hatte am Wochenende erklärt, dass die Zustände in der Gemeinschaftsunterkunft in der Maxie-Wander-Straße unhaltbar seien. Er fordert daher, dass der Vertrag mit der Betreiberfirma Pewobe gekündigt wird. (Berliner Zeitung, 26.07.2016, S. 13)

Am kommenden Montag wird das ‚Bündnis für Demokratie und Toleranz‘ ab 18 Uhr auf dem Alice-Salomon-Platz gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit demonstrieren. Bezirksbürgermeister Stefan Komoss (SPD) ruft alle Bürger auf, sich an der Demonstration zu beteiligen und so ein klares Zeichen für Demokratie, Menschlichkeit, Solidarität und Toleranz am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf zu setzen. Das Bündnis hatte sich 2014 gegründet, nachdem es vor zwei Jahren Proteste gegen die Errichtung einer Flüchtlingsunterkunft in der Carola-Neher-Straße gab. Wie Komoss betont, stehen einem breiten bürgerlichen Engagement nur noch wenige Proteste gegenüber. (Berliner Zeitung, 27.11.2015, S. 17)

130 Menschen beteiligten sich gestern an einer Menschenkette zum neuen Asylbewerberheim in Hellersdorf. Die Aktion sollte die Spenden der vergangenen Wochen sicher zu den Asylbewerbern transportieren - ein symbolischer Akt für Toleranz. Es sei eine ‚überwältigende Anzahl an Spenden‘ zusammengekommen, teilte ‚Hellersdorf hilft‘ mit. Die Beteiligung war aber geringer als erhofft. Im August war das Heim für Asylbewerber eröffnet worden. Seitdem hatte es dort viele Demonstrationen der NPD und anderer rechter Parteien gegeben. Zudem bildete sich eine Bürgerinitiative, die angeblich aus Hellersdorfern besteht, aber von Rechtsextremisten gesteuert sein soll. (Der Tagesspiegel, 06.10.2013, S. 12)

Zeitungsberichte, die sich nicht nur mit den Geschehnissen im Bezirk allgemein beschäftigten, sondern in der Tiefenbohrung konkret mit der Perspektive von Anwohnerinnen und Anwohnern auseinandersetzten, zeigten die Spaltung und Verunsicherung im Alltag besonders deutlich auf. Dabei konkurrierten Regime der **Fremdenfeindlichkeit** mit solchen der **Solidarität**. **Handlungsmacht** und **Ohnmacht** gingen miteinander einher und vor allem Regime der **Benachteiligung** wurden offenbar. Oftmals fühlten sich die Bezirksbewohnerinnen und -bewohner zu wenig wahrgenommen und angehört und reagierten mit Ableh-

nung, ohne sich damit direkt einem rechtsradikalen Spektrum zuordnen zu wollen.

Die kleine Dame schaut eindringlich. Sie zieht an der Hundeleine. ‚Wir wollen unsere RU-HE‘, sagt sie schließlich. Sie meint: Ruhe vor den Fremden, die in ihren Kiez ziehen sollen. Ruhe vor Flüchtlingen. Der Hund zieht, er will auf die andere Straßenseite, zu einem überwucherten Fußballplatz. Dorthin, wo in ein paar Monaten sechs Container mit Wohnungen für Flüchtlinge aufgestellt werden sollen. Seit drei Wochen demonstrieren hier in Marzahn Rechtsextreme dagegen – gemeinsam mit aufgebrachten Anwohnern. Dass die Leute protestieren, kann die alte Dame verstehen, selbst wenn sie nicht an den Demonstrationen teilgenommen hat. ‚Asylanten gehören einfach nicht hierher‘, sagt sie. (Der Tagesspiegel, 22.11.2014, S. 3)

‚Ick sach ma' so, gut find' ick die Heimleute nicht‘, sagt André. ‚Die sammeln Pfandflaschen aus'm Müll. Zusammen mit ihren Kindern... Und die sind laut‘. Kurze Pause: ‚Na ja, so laut ooch wieder nich‘. Lange Pause: ‚Eigentlich is' mir ditt egal‘. Dieser Tage ist es nicht leicht, in Hellersdorf einen richtigen Neonazi zu finden. Zum Glück. Sicher, nach wie vor gibt es Anwohner, die Rassistisches von sich geben. Aber nur wenige lassen sich noch etwa von der NPD instrumentalisieren. Am Pfingstsonntag zogen Neonazis zum Heim – und blieben mit 40 Mann unter sich. Dass Bewohner und Mitarbeiter an solchen Tagen in Angst leben, wird von vielen im Bezirk als Schande gesehen. (Der Tagesspiegel, 06.08.2014, S. 7)

Seit Monaten gibt es Streit um das Hellersdorfer Flüchtlingsheim, wo vorrangig Menschen aus Syrien und Afghanistan untergebracht sind. Die rechtsextreme NPD machte zunächst Stimmung unter den Anwohnern. Andere Bürger und linke Gruppen gingen für die Flüchtlinge auf die Straße. Wie Stephan Jung von ‚Hellersdorf hilft‘ sagte, setzen sich inzwischen auch an anderen Orten der Stadt Menschen für Flüchtlinge ein. (Berliner Zeitung, 07.10.2013, S. 15)

Obwohl die Flüchtlingsthematik den Diskurs zu Wohnen und Bauen in Marzahn-Hellersdorf wesentlich beeinflusste, gab es auch davon unabhängige Themen, die das Leben im Bezirk prägten. Berichte über die Wohnsituation aus Sicht der Anwohnerinnen und Anwohner vermittelten Regime des **Wohlfühls**, auch in den Geschossbauten. Die Randlage, gepaart mit viel Grün und einer guten Infrastruktur, wurde als wichtiger Resilienzfaktor konstruiert und hervorgehoben. Gleichzeitig wurden Regime der **Stigmatisierung** offenbar, indem das positive Wohngefühl gegenüber dem negativen Ruf des Bezirks immer wieder betont werden musste.

Das Viertel am U-Bahnhof Neue Grottkauer Straße ist eine typische Trabantsiedlung. Fünf- und sechsgeschossige Plattenbauten, in der Mitte eine Einkaufsstraße mit Parkplatz samt Textildiscounter, Schnäppchenmarkt, Solarium und Automaten-casino. Gleich hinter der Wohnsiedlung beginnen die Felder - das Viertel ist sehr grün, sehr weitläufig und vor allem: sehr ruhig. Die meisten Menschen leben gern hier, sie schätzen die Abgeschiedenheit und die nahe Natur. (Der Tagesspiegel, 13.07.2013, S. 14)

‚Mehr als die Hälfte meines Lebens wohne ich nun hier‘, sagt die 71-Jährige. Sie tut es gern, denn in ihrem Kiez ist es ruhig, grün und die Luft sauber. Früher konnte sie von ihrer Wohnung noch bis auf den Bahnsteig des nahe gelegenen S-Bahnhofs

Springpfuhl blicken, heute dominieren hohe Bäume das Panorama. Auch den Spielplatz, auf dem früher ihre Tochter buddelte, kann sie von ihrem Balkon nicht mehr einsehen. Überall wächst es, nicht nur Pappeln und Ebereschen, auch Esskastanien, Holunder und Quittenbäume gedeihen zwischen den Hochhäusern. (Berliner Zeitung, 14.10.2016, S. 16)

Hellersdorf ist der jüngste Stadtteil Berlins, er wurde seit 1983 aufgebaut. Damals waren viele stolz, dass sie in die neuen Wohnungen ziehen konnten. Nach der Wende verließen viele Familien die Plattenbauten, Sozialhilfeempfänger zogen ein. Viele Mädchen bekommen mit 16 oder 17 Jahren ein Kind, statt eine Ausbildung zu machen. Wenn Medien etwas über Hartz IV bringen, zeigen sie gern Bilder von Teenager-Müttern in Hellersdorf. Inzwischen ziehen auch wieder Familien, die günstige Wohnungen suchen, verstärkt in den Stadtteil, in dem es viel Grün gibt, aber diese Seite wird nicht gezeigt. (Berliner Zeitung, 21.09.2013, MAG, S. VP 1)

Entgegen der meist positiven Berichte über das Wohnen in Marzahn-Hellersdorf aus Anwohnerinnen- und Anwohnersicht drehte sich der Diskurs über den Immobilienmarkt unter Einbezug stadtpolitischer und wirtschaftlicher Akteure eher um Bauprojekte und steigende Preise, die sich nicht wegen, sondern *trotz* der Randlage und benachteiligten Position des Bezirks vollzogen. Der messbare Zuzug nach Marzahn-Hellersdorf wurde vor allem in Zusammenhang mit steigenden Mietpreisen, Verdrängung aus der Innenstadt und „Banlieu“-Vergleichen gebracht. **Neoliberale Regime** sowie Regime der **Benachteiligung** und Vulnerabilitätswahrnehmungen sich verschärfender Armut waren entsprechend dominant.

Keine Wohnung mehr, nirgends, die Stadt ist voll vermietet: Sogar für Hellersdorf meldet der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU), dass nur noch jede hundertste Wohnung leer steht – und in der Regel auch nur deshalb, weil gerade für den nächsten Mieter gemalert wird. War also das Nein zur Bebauung des Tempelhofer Feldes ein schwerer Fehler, jedenfalls für alle Berliner, die eine Wohnung suchen – und verschärft sich nun die Lage in den Brennpunkten, die sich wie in den Pariser Banlieues ausbreiten? (Der Tagesspiegel, 28.05.2014, S. 7).

Kann man in Berlin überhaupt noch günstig wohnen? Ab 6,20 Euro je Quadratmeter in einfachen Lagen von Spandau zum Beispiel, wobei die Mieten dort deutlich stiegen im Vergleich zum Vorjahr (5,80 Euro). Deutlich mehr Miete als vor zwölf Monaten zahlt man auch in Marzahn-Hellersdorf (6 statt 5,25 Euro). Die beiden Randbezirke galten lange als günstige Wohnlagen. Das kräftige Plus bei den Mieten zeigt aber, dass nun auch dort die Nachfrage wächst – denn der Wohnraum im Zentrum ist knapp und teuer. (Der Tagesspiegel, 18.10.2013, S. 8)

9.2.2.4 Soziale und politische Verhältnisse im Zeitraum 2013 bis 2016

Der umfangreiche Diskurs zu sozialen und politischen Verhältnissen im Zeitraum 2013 bis 2016 ließ sich im Prozess des Closed Readings nochmals unterteilen in die Bereiche soziale Missstände/Armut, Kriminalität sowie Wahlen und politische Stimmung.

Soziale Missstände und Armut

Ähnlich wie bereits 2008 bis 2012 enthielt der Diskurs mit Berichten zur sozialen Situation in Marzahn-Hellersdorf verschiedene Formen und Ausprägungen sozialer Probleme wie Arbeitslosigkeit, (Kinder-)Armut, soziale Unsicherheit, Bildungsrückstände und den Wegzug Besserverdienender aus einigen Großwohnsiedlungen. Die Berichterstattung ging einher mit Regimen der **Benachteiligung** und **Stigmatisierung**. Auch Zusammenhänge mit dem großen Wahlerfolg der AfD im Bezirk wurden hergestellt und stimulierten zusätzlich Regime der **Fremdenfeindlichkeit**.

Wenn man durch die Straßen im Marzahner Norden schlendert, muss man nicht lange suchen, um Tristesse zu entdecken: Es gibt kaum Läden, die Videothek ist zu, ebenso die Sauna, auch das Lokal Maxim, aber in der Bar Capone's gibt es Wiltheiner Goldkrone mit Cola für drei Euro. (Berliner Zeitung, 21.09.2016, S. 13)

Gabriele Hiller wird auf der Straße begrüßt, sie wohnt selbst in ihrem Wahlkreis, in einer Plattenbauwohnung im Stadtteil Hellersdorf. Das ist nicht mehr selbstverständlich in einer Zeit, in der viele Besserverdienende wie Beamte, Schullehrer, Ärzte, nach Hellersdorf nur noch zum Arbeiten kommen. (Berliner Zeitung, 18.10.2016, S. 3)

Große Probleme gibt es aber auch bei der Sprachförderung von deutschstämmigen Kindern aus bildungsfernen Familien. Insbesondere in Marzahn-Hellersdorf ist dies der Fall, wo 20 Prozent der Kinder ohne Migrationshintergrund Sprachdefizite haben. (Der Tagesspiegel, 23.09.2014, S. 20)

Trotz dieser weitestgehend negativen Wirkung gab es Lichtblicke im Hinblick auf die Verbesserung der Situation einzelner Quartiere sowie den Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit im Bezirk. Dies wurde auf die gezielte Förderung und innovative Projekte der Stadtpolitik sowie zivilgesellschaftlicher Akteure und Vereine zurückgeführt und erzeugte somit auch Regime der **Innovation**.

Vorreiter ist der Bezirk beim Bekämpfen der Jugendarbeitslosigkeit. Sie konnte seit 2011 um 66 Prozent verringert werden, von 2 700 Jugendliche auf jetzt 966. Schon in den Schulen werden die Jugendlichen gecoach. Um ihnen einen reibungslosen Berufseinstieg zu ermöglichen, hat der Bezirk ein Bündnis mit Schulen, Wirtschaft und Jobcenter geschmiedet. (Berliner Zeitung, 01.09.2016, S. 10)

Kriminalität

Die aus dem Diskurs zu Kriminalität erzeugten Regime äußerten sich einerseits in einem diffusen Gefühl von zunehmender **Unsicherheit** und Gefahr und andererseits sehr konkret im Zusammenhang mit der Flüchtlingsthematik. So herrschte Angst gegenüber steigender Kriminalität durch die angesiedelten Menschen mit Fluchthintergrund und damit verbundenen Regime der **Fremdenfeindlichkeit**. Diese wurden zum Beispiel verstärkt durch den deutschlandweit beachteten „Fall Lisa“ – ein 13-jähriges Mädchen aus Marzahn-Hellersdorf, welches von ihren Eltern als vermisst gemeldet wurde und nach ihrem Wiederauftauchen von einer Entführung und Vergewaltigung durch drei „Südländer“ berichtete. Dies erwies sich im Nachgang als erfunden. Der Fall schlug unter anderem deswegen so hohe Wellen, da Lisa der im Bezirk angesiedelten russlanddeutschen Community angehörte, und die russischen Staatsmedien den deutschen Behörden Untätigkeit und Vertuschung vorwarfen.

Die Bevölkerung ist sozial verunsichert, sie fühlt sich vernachlässigt, hat Angst vor steigenden Mieten sowie vor Wohnungs- und Hauseinbrüchen in den Siedlungen. (Berliner Zeitung, 19.09.2016, S. 4)

Der Fall Lisa sorgte für Proteste von Russlanddeutschen gegen Flüchtlinge und für diplomatische Spannungen zwischen Berlin und Moskau. Vorausgegangen war unter anderem eine breite Berichterstattung in russischen Medien, wonach die 13-jährige Lisa aus Marzahn von Arabern entführt und vergewaltigt worden sei; diese Version erzählte dort auch die Familie Lisas. Überdies wurden Verschwörungstheorien und fremdenfeindliche Hetze gegen Flüchtlinge verbreitet. Laut Polizei und Staatsanwaltschaft ist die Vergewaltigungsgeschichte, die für so großen Wirbel sorgte, allerdings erfunden. Eine rechtsmedizinische Untersuchung ergab keine Hinweise auf eine Vergewaltigung. Bei ihrer Befragung präsentierte das Mädchen vier verschiedene Versionen des Geschehens. (Berliner Zeitung, 03.02.2016, S. 23)

Darüber hinaus lag aber vor allem ein deutlicher Schwerpunkt der Berichterstattung auf rechtsextrem motivierten Ordnungswidrigkeiten und Straftaten in Marzahn-Hellersdorf, aber auch der Radikalisierung linker Kräfte. Dies wiederum verdeutlichte die tiefe **Spaltung** im Bezirk und in der Bevölkerung zwischen rechter und linker bzw. zwischen rechter und solidarischer Gesinnung.

Im Bezirk Marzahn-Hellersdorf ist die Zahl der rechtsextremen Vorfälle im vergangenen Jahr deutlich angestiegen. Insgesamt 298 Vorfälle, zu denen Straftaten aber auch Pöbeleien und Demonstrationen zählen, hat die bezirkliche Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung erfasst. Das ist ein Anstieg um mehr als das Dreifache im Vergleich zum Jahr davor. 2014 wurden lediglich 83 Vorfälle registriert. Das geht aus dem Jahresbericht des Sozialpädagogischen Instituts Berlin (SPI) hervor, der am Freitag vorgestellt wurde. (Berliner Zeitung, 05.03.2016, S. 13)

Das Flüchtlingsheim an der Maxie-Wander-Straße in Hellersdorf ist in der Nacht zum Freitag erneut angegriffen worden. Sechs unbekannte Männer versuchten kurz nach Mitternacht in das Gebäude einzudringen. Zuvor hatten sie mehrere Bierflaschen in Richtung zweier Bewohner der Einrichtung geworfen, die gerade nach Hause kamen. Den 19 und 20 Jahre alten angegriffenen Männern gelang es, sich in das Heim zu flüchten. Als die Täter sie daraufhin verfolgten, stellten sich ihnen mehrere männliche Heimbewohner sofort in den Weg und vertrieben sie. Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt. Das Hellersdorfer Heim war bereits mehrfach Ziel von rechtsradikalen Attacken. (Der Tagesspiegel, 15.03.2014, S. 19)

Problematisch werde es vor allem, wenn beide Seiten aufeinandertreffen. Palenda berichtete, dass Linksextremisten kürzlich bei einer der Demonstrationen in Marzahn gegen das geplante Flüchtlingsheim Teilnehmer mit Teleskopschlagstöcken angegriffen und zwei von ihnen so schwer verletzt hätten, dass sie in Krankenhäuser gebracht werden mussten. Nach Einschätzung von Palenda ‚radikalisiere‘ sich dieser Teil der linken Szene gerade, weil er schockiert sei von der Stärke der Proteste gegen Flüchtlinge. (Der Tagesspiegel, 18.12.2014, S. 12)

Wahlen und politische Stimmung

Der Diskurs zu Wahlen und politischer Stimmung zeigte sich im Zeitraum 2013 bis 2016 sehr ausgeprägt, was vor allem auf die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus 2016 zurückzuführen ist. Die den Diskurs gestaltenden Akteurinnen und Akteure stammten aus der Stadt- und Bezirkspolitik sowie aus der Anwohnerschaft.

Mit Abstand am meisten Aufmerksamkeit erzeugten die Wahlerfolge der AfD, die in Marzahn-Hellersdorf ihr Berlin weit bestes Ergebnis erzielte und knapp hinter der Linkspartei zur zweitstärksten Kraft aufstieg. Die Linkspartei, bislang mit Abstand dominierende politische Kraft im Bezirk, schien ihren „Protestparteienstatus“ einzubüßen und verlor viele Stimmen an die AfD. Die Wahlergebnisse wurden mit einem deutlichen Rechtsruck in der Bezirksbevölkerung in Verbindung gebracht und einer gelungenen Mobilisierung der Wählerinnen und Wähler, unter anderem aufgrund der großen Unzufriedenheit im Umgang mit der Flüchtlingsthematik.

Der AfD ist offenbar gelungen, die Wähler zu mobilisieren. Die Wahlbeteiligung 2011 lag im Marzahn-Norden bei 39 Prozent, das war so niedrig wie sonst nirgendwo in Berlin. Am vergangenen Sonntag war die Beteiligung wesentlich höher, etwa jeder Zweite gab seine Stimme ab. (Berliner Zeitung, 21.09.2016, S. 13)

Als kleiner, roter Osten, in dem man relativ ruhig und unbehelligt von den Zumutungen der Gegenwart leben konnte. Jahrelang haben die Leute die Linkspartei gewählt, wenn sie ihre Unzufriedenheit mit ‚denen da oben‘ ausdrücken wollten. Dass hier die AfD so gut wie sonst nirgendwo in Berlin abgeschnitten hat, mit 23,6 Prozent der Zweitstimmen, zwei Direktmandaten und einer großen Bezirksfraktion, hat nicht nur Gabriele Hiller tief erschüttert. (Berliner Zeitung, 18.10.2016, S. 3)

Eine Anwohnergruppe, die dabei besonders ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt wurde, war die Community der Russlanddeutschen, die sich in der Mehrzahl gegenüber der Behandlung von Menschen mit Fluchthintergrund benachteiligt zu fühlen schien und mit innerer Abschottung, Fremdenfeindlichkeit und dem Zulauf zu rechtsgerichteten Gruppierungen und Parteien reagierte.

„Wer sich gegen Zuwanderer stellt, betont, dass er zur deutschen Gesellschaft dazugehört“. Das zu betonen ist wohl nötig, denn während Russlanddeutsche in der alten Heimat ‚die Deutschen‘ waren, wurden sie in Deutschland plötzlich ‚die Russen‘. So erfüllten sich für viele die Erwartungen nicht, die sie mit ihrem neuen Leben verbunden hatten. Und es hat eine bittere Ironie, dass der russische Außenminister Lawrow dadurch, dass er die 13-Jährige aus Marzahn als ‚unser Mädchen‘ bezeichnete, die Russlanddeutschen wieder zu Russen erklärte.
(Der Tagesspiegel, 11.02.2016, S. 3)

Die Flüchtlingskrise, so Henke, habe die Aussiedler politisiert. Sie sehen, dass die Flüchtlinge scheinbar ohne Mühe jene Aufmerksamkeit bekommen, die sie seit langem vermissen. Das schaffe Ärger und Konflikte.
(Berliner Zeitung, 19.09.2016, S. 8)

Neben den Wahlergebnissen insgesamt wurden auch die Profile verschiedener AfD-Politikerinnen und -Politiker aus dem Bezirk und ihre Wahlprogramme verstärkt thematisiert und diskutiert. Die Debatten zeigten eine große ideologische Spannweite von konservativ über rechtspopulistisch bis hin zu rechtsradikal. Rechts außen wiederum war der Übergang fließend hin zur NPD, die bereits bei der Bundestagswahl 2013 in Marzahn-Hellersdorf beachtliche Erfolge erzielt hatte, wengleich sie durch den AfD-Erfolg in den Folgejahren im Bezirk wieder weiter in den Hintergrund rückte.

Jeanette Auricht, 46, ist seit Mai 2014 Mitglied der Alternative für Deutschland (AfD) und Bezirksvorsitzende in Marzahn-Hellersdorf. Eigentlich habe sie nicht die Absicht gehabt, sich politisch zu engagieren, sagt sie selbst. Sie sei in Mahlsdorf geboren, habe Marzahn-Hellersdorf entstehen und wachsen sehen und wolle nicht, dass der Bezirk zu einem zweiten Neukölln werde. Die Forderungen im AfD-Programm für den Bezirk unterscheiden sich kaum von denen anderer Parteien: mehr bezahlbarer Wohnraum, mehr Kindergärten und Schulen. Bei allem Bedarf an neuen Wohnungen müssten Erholungsgebiete und historische Bauwerke erhalten bleiben und dürften nicht unansehnlichen Massenquartieren zum Opfer fallen. Gegen die wachsende Kriminalität werde mehr Polizei gebraucht. (Berliner Zeitung, 01.09.2016, S. 10)

Neben Biessmann fällt auch Gunnar Lindemann in den sozialen Netzwerken auf. Der Direktkandidat des Bezirks Marzahn-Hellersdorf 1 interessierte sich unter anderem für eine Demonstration der NPD und ist Mitglied der Gruppen ‚Kameraden vereinigt euch, gemeinsam sind wir stark‘ oder auch ‚Verabschiedungskultur‘, in denen nationalistische und antisemitische Inhalte offen geteilt werden.
(Der Tagesspiegel, 23.09.2016, S. 8)

Insgesamt dominierten im Diskurs zu Wahlen und politischer Stimmung in Marzahn-Hellersdorf Regime der **Benachteiligung**, der **Stigmatisierung** und **Fremdenfeindlichkeit**. Aber auch die deutliche **Spaltung** im Bezirk und in der Gesamtstadt wurde wiederum offenbar: Eine Spaltung zwischen links- und rechtspolitischen Einstellungen, zwischen Ost- und Westbezirken in der Gesamtstadt sowie zwischen dem Zentrum und der Peripherie.

Gerichtet aber sind solche Opfergeschichten an ein anderes Publikum, das weiter draußen wohnt. Schon bei früheren Wahlen waren Gegenden wie Marzahn, Lichtenberg und Köpenick AfD-Hochburgen. Zu kurz aber griffe es, das als eine neue Ost-West-Spaltung zu interpretieren. Die gibt es zwar immer noch, und sie wird auch dadurch nicht geringer, dass die AfD tief in einstige Linke-Stammwählerschichten eindringen kann. Zumindest Teile davon sind anfällig für islamfeindliches Getöse, für Antiamerikanismus und Sozialpopulismus – und bisher hat die Linkspartei kein Mittel dagegen gefunden. Aber viel mehr noch wäre ein potenzieller AfD-Erfolg Ausdruck einer zweiten Spaltung der Stadt: einer in Zentrum und Peripherie.
(Der Tagesspiegel, 13.05.2016, S. 1)

9.2.2.5 Ausprägungen des Wandels im Zeitraum 2013 bis 2016

Ebenso wie im Zeitraum 2008 bis 2012 wurde auch für den Zeitraum 2013 bis 2016 die Kategorie *Ausprägungen des Wandels* über die anderen Kategorien hinweg kodiert, um daraus tiefere Einblicke in die konkrete Darstellung von Wandlungsprozessen und die daraus stimulierten sozialräumlichen Ordnungskonzepte und urbanen Resilienzregime zu gewinnen.

Besonders deutlich ausgeprägt war die Berichterstattung 2013 bis 2016 über den Rechtsruck in der Bevölkerung. Dieser wurde in Zusammenhang mit der Flüchtlingsthematik, mit rechtsradikal motivierten Vorfällen und mit den Wahlergebnissen bei der Bundestagswahl 2013 sowie den Wahlen zum Abgeordnetenhaus im Jahr 2016 ausführlich beschrieben.

Oft ging dies einher mit Berichten über die Verwahrlosung und den Verfall öffentlicher Infrastruktur und damit verbundener Wut auf die Finanzierung von Flüchtlingsunterkünften sowie mit Berichten über steigende Armut, den Bevölkerungszugang sozial Benachteiligter in bereits belastete Gebiete und den Wegzug Besserverdienender aus den Großwohnsiedlungen. Entsprechend dominant zeigten sich in diesen Zusammenhängen Regime der **Fremdenfeindlichkeit**, **Benachteiligung** und **Spaltung**.

Diese konkurrierten dennoch auch mit Regimen des **Wohlgefühls** und der **Innovation**, welche aus Berichten über einen trotz allem zunehmend bunteren Bezirk

mit erstarkender Wirtschaft und Zivilgesellschaft hervorgingen, der sich zum Beispiel nachhaltig auf den demographischen Wandel vorbereitete, um seiner alternden Bevölkerung ein angenehmes Wohnumfeld zu schaffen.

Eine zusammenfassende Übersicht aller aus dem Diskurs 2013 bis 2016 identifizierten Regime, zugeordnet zu den jeweiligen Diskurskategorien, den beteiligten Akteurinnen und Akteuren sowie einer Kurzbeschreibung der Verschiebung ihrer Wirk- und Dominanzverhältnisse, findet sich im Folgenden in Tabelle 5.

Tabelle 5: Diskursübersicht und identifizierte Regime im Zeitraum 2013 bis 2016³⁹

Diskurskategorie	Subkat. (1)	Subkat. (2)	Akteure/Elemente	Urbane Resilienzregime	Wirkung/Verschiebung Dominanzverhältnisse
Infrastruktur & Wirtschaft	Gesundheitsversorgung	Gesundheitswirtschaftliche Infrastruktur im Bezirk	Wirtschaft; Arzt-/Therapeutenpraxen; Patienten	Neoliberalismus; (Technische) Innovation	Positive Wirkung: MH als wirtschaftlich starker Gesundheitsstandort, der Arbeitsplätze und gesundheitliche Versorgung für Anwohner schafft.
Infrastruktur & Wirtschaft	Industrie	(Solar-)Strom- & Wärmeproduktion im Bezirk	Wirtschaft; (Stadt-)Politik	Neoliberalismus; Technische Innovation; Natur & Klimaschutz	Positive Wirkung: Gerechtigkeitslücke zwischen Mietern und Vermietern wird bzgl. günstiger Stromproduktion geschlossen.
Infrastruktur & Wirtschaft	Industrie	Technik und Industrie	Wirtschaft; (Stadt-)Politik	Neoliberalismus; (Technische) Innovation	Positive Wirkung: Wahrnehmung von MH als innovativen Wirtschafts- und Wettbewerbsstandort.
Infrastruktur & Wirtschaft	Bildungsstandorte	Mangel an Kita- und Schulplätzen, marode Gebäude	Anwohner; (Stadt-)Politik; Geflüchtete	Benachteiligung; Fremdenfeindlichkeit	Negative Wirkung: Zurückgebaute und verfallende Schulgebäude sowie Mangel an Kita- und Schulplätzen bewirken Regime der Benachteiligung und schüren Ablehnung der Bevölkerung gegenüber Geflüchteten.
Infrastruktur & Wirtschaft	Bildungsstandorte	Debatte um Abriss der Achard-Grundschule in Kaulsdorf	Anwohner; (Stadt-)Politik	Benachteiligung; Handlungsmacht	Ambivalente Wirkung: Marodes und vernachlässigtes Schulgebäude bewirkt Vulnerabilitätswahrnehmungen und versuchte Instrumentalisierung durch AfD; erfolgreiche Protestaktionen der Anwohner zeugen jedoch von Wehrhaftigkeit und zivilgesellschaftlichem Engagement.
Infrastruktur & Wirtschaft	Bildungsstandorte	Vorkommnisse an Mozart-Gesamtschule in Hellersdorf	(Stadt-)Politik; Eltern, Schüler & Lehrkräfte; Zivilgesellschaftl. Akteure/Vereine	Benachteiligung; Handlungsmacht	Weitestgehend negative bis ambivalente Wirkung: Gewaltvorfälle und Überforderung an der Schule bedingen Vulnerabilitätswahrnehmungen der Gewalt und Verwahrlosung sowie Versagen der Politik; Engagement und Abgrenzung der Eltern und Künstleraktionen gegen Zustände zeugt jedoch auch von Resilienzkonstruktionen.
Infrastruktur & Wirtschaft	Bildungsstandorte / Flüchtlingsthematik	Einschulung von Flüchtlingskindern in MH	Schulen; rechtsradikale Organisationen; (Stadt-)Politik; Flüchtlingskinder	Spaltung; Fremdenfeindlichkeit	Ambivalente Wirkung: Information über Einschulung von Kindern Geflüchteter deckt Regime der Fremdenfeindlichkeit auf vs. Reaktionen von Solidarität.
Infrastruktur & Wirtschaft	Bildungsstandorte / Flüchtlingsthematik	Kooperation Alice-Solomon-Hochschule mit Flüchtlingsheim	Wissenschaft (ASH-Prof & Studierende); (Stadt-)Politik; Geflüchtete	Spaltung; Fremdenfeindlichkeit; Solidarität; Handlungsmacht	Positive Wirkung: Engagement der ASH durch Aktionen im Flüchtlingsheim sowie Bereitstellung von Räumlichkeiten und Infrastruktur für Geflüchtete als Reaktion auf fremdenfeindliche Vorfälle; macht jedoch auch gleichzeitig die Zerrissenheit und die Spaltung im Bezirk deutlich.
Infrastruktur & Wirtschaft	Verkehrsanbindung	Verkehrsanbindung	(Stadt-)Politik	Wohlgefühl	Positive Wirkung: MH als infrastrukturell gut angebundener Bezirk trotz Randlage.

³⁹ Die den jeweiligen Kategorien und Subkategorien zugeordneten Textsegmente befinden sich in Anhang B.2 in den Tabellen B.2.6 bis B.2.10.

Sport/Freizeit/Kultur	Freizeit & Kultur	Aktionsorientierte Außendarstellung des Bezirks	(Stadt-)Politik; Zivilgesellschaftliche Akteure/Vereine	Neoliberalismus; Natur & Klimaschutz; Stigmatisierung; Innovation	Ambivalente Wirkung: Aktionen zur Verbesserung des Bezirksimages, gleichzeitig jedoch auch Aufzeigen negativer Klischees.
Sport/Freizeit/Kultur	Freizeit & Kultur	Freizeiteinrichtungen in MH	Anwohner; (Stadt-)Politik; Wirtschaft	Wohlgefühl; Benachteiligung; Neoliberalismus	Ambivalente Wirkung: z.T. Belobung und Ausbau vorhandener Angebote, z.T. Beschwerde über nicht vorhandene oder verfallende Einrichtungen und zu wenig Berücksichtigung von Anwohnerinteressen.
Sport/Freizeit/Kultur	Freizeit & Kultur / Flüchtlingsthematik	Anwohnerinteressen vs. politisch gesetzte Flüchtlingsinteressen	Anwohner; Geflüchtete; (Stadt-)Politik	Benachteiligung; Fremdenfeindlichkeit	Negative Wirkung: Anwohner fühlen sich durch Dasein Geflüchteter benachteiligt, Abwehrhaltung bedingt fremdenfeindliche Außenwirkung, aber auch Unverständnis ggü. politischen Entscheidungen.
Sport/Freizeit/Kultur	Freizeit & Kultur / Flüchtlingsthematik	Engagement für Geflüchtete in MH	Anwohner; (Stadt-)Politik; Zivilgesellschaftliche Akteure/Vereine	Solidarität; Handlungsmacht; Fremdenfeindlichkeit; Kulturelle Vielfalt	Positive Wirkung: Initiativen wirken gegen Dominanz rechter Regime; Einbindung von Anwohnern stärkt Gefühl der Handlungsmacht und Gemeinschaft.
Sport/Freizeit/Kultur	Freizeit & Kultur	Einbezug Anwohnerinteressen / Bürgerbeteiligung	(Stadt-)Politik; ev. Kirchengemeinde; Anwohner	Handlungsmacht	Positive Wirkung: Anwohner können mitbestimmen und fühlen sich gehört und verstanden statt bevormundet.
Sport/Freizeit/Kultur	Natur & Grünanlagen	Grünes Wohnen in MH	Anwohner, Externe	Natur- und Klimaschutz; Wohlgefühl; Stigmatisierung	Positive Wirkung: Betonung der grünen Seiten und des positiven Wohngefühls von MH gegenüber der meist neg. Außensicht.
Sport/Freizeit/Kultur	Natur & Grünanlagen	Internationale Gartenausstellung	(Stadt-)Politik; Wirtschaft; Anwohner; Zivilgesellschaftliche Akteure/Vereine	Neoliberalismus; Natur & Klimaschutz; (Technische) Innovation; Kulturelle Vielfalt	Weitestgehend positive bis ambivalente Wirkung: MH als Austragungsort für Großveranstaltungen rückt in den Mittelpunkt, gleichzeitig scharfe Debatten um Kosten und Gefahren der IGA für Natur und Anwohner.
Sport/Freizeit/Kultur	Sport(ler) / Flüchtlingsthematik	Sportvereine/Sportler und Flüchtlingsarbeit	Geflüchtete; Sportler & Sportvereine aus MH; Zivilgesellschaftliche Akteure/Vereine; Anwohner	Solidarität; Wohlgefühl; Fremdenfeindlichkeit; Spaltung	Leicht ambivalente bis v.a. positive Wirkung: Zunächst zögerliche Reaktionen von Sportvereinen aus Angst vor Rechten wandelt sich zu offensiver und proaktiver Unterstützung von Integrationsarbeit.
Wohnen & Bauen	Flüchtlingsunterkünfte	Anwohnerreaktionen	Anwohner; (Stadt-)Politik; Geflüchtete; rechte Gruppierungen; linke Gruppierungen; zivilgesellschaftliche Akteure/Vereine	Benachteiligung; Fremdenfeindlichkeit; Spaltung; Handlungsmacht/Ohnmacht; Solidarität	Ambivalente Wirkung: Die Segmente werden dominiert von rechter Stimmung und Fremdenfeindlichkeit, aber auch Hilfslosigkeit und Ohnmacht von Anwohnern, deren Ängste zu wenig gehört werden; dennoch auch Regime von Solidarität und Willkommenskultur.

Wohnen & Bauen	Flüchtlingsunterkünfte / Demonstrationen	Demos & Aktionen rechter Gruppen	Rechte Parteien und Gruppierungen (NPD, Nationaler Widerstand, Bürgerinitiative MH, Bürgerbewegung Marzahn, Initiative Hellersdorf); Anwohner; Russlanddeutsche; Geflüchtete; (Stadt-)Politik	Fremdenfeindlichkeit; Handlungsmacht; Stigmatisierung	Negative Wirkung: Berichte über die Vielzahl an Protestaktionen rechtsextremer Gruppierungen, an denen Anwohner sich z.T. beteiligen, wirft neg. Licht auf den gesamten Bezirk und deutliche Stigmatisierung als „rechte Hochburg“.
Wohnen & Bauen	Flüchtlingsunterkünfte / Demonstrationen	Rechte vs. Linke/Solidarische Demos & Aktionen	Rechte Parteien und Gruppierungen (z.B. NPD, Pro Deutschland); Linksradikale Gruppen (z.B. Antifa); Zivilgesellschaftliche Akteure/Vereine/soldarische Gruppierungen (z.B. Initiative Hellersdorf hilft Asylbewerbern); Anwohner; (Stadt-)Politik	Fremdenfeindlichkeit; Linksradikalisierung Spaltung; Handlungsmacht/Ohnmacht; Solidarität	Negative bis ambivalente Wirkung: Rechtsextreme vs. linksextreme Aktionen erzeugen ein Klima der Angst und Unsicherheit und zeigen die Zerrissenheit im Bezirk deutlich auf. Linksradikale und solidarische Aktionen oder Gruppierungen werden nur wenig voneinander abgegrenzt, was wiederum den „Abstand“/die „Befremdlichkeit“ gegenüber einem Teil der MH-Bevölkerung noch verstärkt.
Wohnen & Bauen	Flüchtlingsunterkünfte / Demonstrationen	Soldarische Aktionen	Zivilgesellschaftliche Akteure/Vereine (Hellersdorf hilft; Bündnis für Demokratie und Toleranz); Anwohner; (Stadt-)Politik; Geflüchtete	Spaltung; Handlungsmacht; Solidarität; Kulturelle Vielfalt	Positive Wirkung: v.a. aus der Anwohnerschaft stammende Initiativen organisieren sich gegen radikale Kräfte und Rassismus und versuchen diesen gegenüber ein Gegengewicht der Demokratie und Solidarität darzustellen.
Wohnen & Bauen	Flüchtlingsunterkünfte	Reaktionen aus der Politik auf Geschehnisse in MH	(Bezirks-)Politiker verschiedener Parteien	Handlungsmacht/Ohnmacht; Solidarität; Kulturelle Vielfalt	Ambivalente Wirkung: Reaktionen der Politiker zeugen z.T. von Hilf- und Ratlosigkeit; die Situation bewirkt jedoch auch ein partiübergreifendes Zusammenwirken für Demokratie, Toleranz und Demokratie und gegen Rassismus.
Wohnen & Bauen	Flüchtlingsunterkünfte	Flüchtlingsheimbetreiber PeWoBe	PeWoBe (Flüchtlingsheimbetreiber); Zivilgesellschaftliche Akteure/Organisationen; (Stadt-) Politik	Benachteiligung; Fremdenfeindlichkeit; Handlungsmacht/Ohnmacht; Solidarität	Ambivalente Wirkung: Zustände im Flüchtlingsheim und DVU-Hintergrund der Heimleiterin, gerade im Kontext der darum stattgefundenen Demonstrationen und Geschehnisse, bewirken ein neg. Bild; Engagement von „Hellersdorf hilft“ für Betreiberwechsel bis hin zum Erfolg dagegen ein positives.
Wohnen & Bauen	Flüchtlingsunterkünfte	Zuweisung von Flüchtlingsunterkünften nach MH	(Stadt-)Politik; Geflüchtete; Anwohner; rechtsradikale Initiativen	Spaltung ; Benachteiligung; Fremdenfeindlichkeit	Weitestgehend negative Wirkung: Debatten um Zuweisung von Unterkünften in „rechten“ Nachbarschaften, nicht in gutbürgerlichen Quartieren/Wahlkreisen best. Politiker sowie Berichte über Verzögerungen im Ausbau und Ängste zugewiesener Geflüchteter stärken Regime von Benachteiligung, Fremdenfeindlichkeit und innerer Spaltung.

Wohnen & Bauen	Wohnraum	Wohngefühl in MH	Anwohner	Natur- & Klimaschutz Wohlgefühl; Stigmatisierung	Weitestgehend positive Wirkung: Positives Wohngefühl der Anwohner aufgrund der ruhigen Lage, Wohlgefühl im Hochhaus, viel Grün; Infrastruktur für Russlanddeutsche; z.T. Stigmatisierung durch neg. Außendarstellung.
Wohnen & Bauen	Wohnraum	Immobilienmarkt	Wirtschaft; (Stadt-)Politik	Neoliberalismus; Benachteiligung	Negative Wirkung: Zunächst noch niedrige Preise und Banlieu-Semantik triggern Vulnerabilitätswahrnehmungen durch Randlage und Regime der Benachteiligung; ansteigende Preise nicht wegen Beliebtheitssteigerung, sondern Verdrängung aus der Innenstadt, verschärft Regime der Benachteiligung und Wahrnehmungen von Armut nochmals.
Soziale & Politische Verhältnisse	Soziale Missstände & Armut	Formen und Ausprägungen von Armut und sozialen Missständen	(Stadt-)Politik; Anwohner; Zivilgesellschaftliche Akteure/Vereine	Benachteiligung; Stigmatisierung; Innovation; Fremdenfeindlichkeit	Negative bis leicht ambivalente Wirkung: Berichte über verschiedene soziale Missstände im Bezirk stärken Regime der Benachteiligung und Stigmatisierung; Zusammenhang AfD-Zulauf wird hergestellt; einzelne Quartiere verbessern sich, aber andere „stürzen ab“; dennoch Gesamtverbesserung der Jugendarbeitslosigkeit durch gezielte Förderung und innovative Projekte.
Soziale & Politische Verhältnisse	Kriminalität	Fall Lisa/ Russlanddeutsche	Russlanddeutsche Anwohner; Geflüchtete; Unbekannte Straftäter	Unsicherheit; Fremdenfeindlichkeit	Negative Wirkung: Erfundene Vergewaltigung und Protest der russlanddeutschen Einwohner sowie Einmischung russischer Medien werfen schlechtes Licht auf russlanddeutsche Community und den Bezirk, in dem sie leben.
Soziale & Politische Verhältnisse	Kriminalität	Unsicherheitsgefühl	Anwohner	Unsicherheit	Negative Wirkung: Ängste in der Bevölkerung legen Vulnerabilitätskonstruktionen diffuser Unsicherheit und Gefahr dar.
Soziale & Politische Verhältnisse	Kriminalität	Kriminalität im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise	Anwohner; rechtsradikale Organisationen; linksradikale Organisationen; zivilgesellschaftliche Akteure/Vereine; (Stadt-)Politik; Polizei; Geflüchtete	Fremdenfeindlichkeit; Linksradikalisierung Spaltung; Unsicherheit; Solidarität	Negative Wirkung: Deutlicher Schwerpunkt auf rechtsradikal motivierten/rechtsextremen Straftaten und Ordnungswidrigkeiten im Zusammenhang mit Geflüchteten, aber auch Radikalisierung linker Kräfte, verdeutlicht tiefe Spaltung im Bezirk und der Bevölkerung.
Soziale & Politische Verhältnisse	Wahlen / Politische Stimmung	Politische Stimmung Russlanddeutsche in MH	Russlanddeutsche Anwohner; (Stadt-) Politik; Russische Politiker	Benachteiligung; Fremdenfeindlichkeit	Negative Wirkung: Bericht über Kontakte nach Russland und Abschottung nach innen zeigen Wahrnehmungen von Benachteiligung auf sowie Fremdenfeindlichkeit und russlanddeutsche Anwohner als Zielgruppe rechtspopulistischer Parteien und Initiativen.
Soziale & Politische Verhältnisse	Wahlen / Politische Stimmung	AfD-Wahlerfolg in MH	(Stadt-)Politik; Anwohner	Benachteiligung; Fremdenfeindlichkeit	Negative Wirkung: Wahlergebnisse zeigen deutlichen Rechtsruck sowie gelungene Wählermobilisierung in der MH-Bevölkerung u.a. in Verbindung mit Flüchtlingsthematik; gewählte AfD-Politiker müssen nun in Bezirksregierung integriert werden und können nicht mehr als reine Außenseiter behandelt werden.

Soziale & Politische Verhältnisse	Wahlen / Politische Stimmung	AfD-Politiker in MH	(Stadt-)Politik; Wirtschaft	Spaltung; Fremdenfeindlichkeit; Fremdenfeindlichkeit	Neg. bis ambivalente Wirkung: Debatten um verschiedene AfD-Persönlichkeiten zeigen große Spannweite von rechtsradikal-/populistisch bis konservativ; Wahlprogramme ähneln z.T. anderen Parteien im Bezirk; Berichte über wenig bekannte Persönlichkeiten und deren Hintergründe zeigen große Unsicherheit im Umgang mit der Situation auf.
Soziale & Politische Verhältnisse	Wahlen / Politische Stimmung	Linkspartei bei Wahlen in MH	(Stadt-)Politik; Anwohner	Spaltung; Benachteiligung; Fremdenfeindlichkeit; Linkspopulismus	Negative Wirkung: Linke als bislang dominierende Kraft in MH verlieren deutlich an die AfD; Verlust des „Protestparteien-Status“.
Soziale & Politische Verhältnisse	Wahlen / Politische Stimmung	NPD-Verhältnisse in MH	(Stadt-)Politik; Anwohner	Benachteiligung; Fremdenfeindlichkeit; Stigmatisierung	Negative Wirkung: NPD- und AfD-Ergebnisse sowie Debatten um „Hochburg“-Begrifflichkeiten unterstreichen Regime der Fremdenfeindlichkeit, zeigen aber auch Konstruktionen der Benachteiligung und Stigmatisierung auf.
Wandel	Abwärtsspirale	Formen und Ausprägungen sozialen Abstiegs	(Stadt-)Politik; Anwohner	Benachteiligung; Spaltung	Negative Wirkung: Berichte über Verwahrlosung und Verfall von öffentlicher Infrastruktur und damit verbundener Wut auf die Finanzierung von Flüchtlingsheimen; steigende Armut; Wegzug Besserverdienender bzw. sich vergrößernde Schere zwischen Armut und bescheidenem Wohlstand.
Wandel	Allgm./pos. Wandel	Formen positiven Wandels	Anwohner; (Stadt-)Politik; Wirtschaft; zivilgesellschaftliche Akteure/Vereine	Neoliberalismus; Innovation; Wohlgefühl	Positive Wirkung: MH als zunehmend bunterer Bezirk mit erstarkter Wirtschaft und Zivilgesellschaft.
Wandel	Alterung	Demographischer Wandel/alternde Bezirksbevölkerung	Anwohner; Wirtschaft; (Stadt-)Politik	Innovation	Weitestgehend positive Wirkung: Einrichtung entsprechender Infrastruktur, um alternde Bevölkerung zu versorgen, z.T. politische Forderungen nach weitreichenderen Maßnahmen.
Wandel	Bevölkerungswachstum	Bevölkerungswachstum im Bezirk	Anwohner; (Stadt-)Politik	Benachteiligung; Spaltung; Wohlgefühl	Ambivalente Wirkung: Einerseits Attraktivitätssteigerung und Zuzug junger Familien; andererseits Bevölkerungszuwachs durch sozial schwaches Klientel in bereits belastenden Gebieten; schlechte Versorgungslage mit Schul- und Kitaplätzen.
Wandel	Rechtsruck	Rechtsruck in MH	Anwohner; (Stadt-)Politik	Benachteiligung; Fremdenfeindlichkeit	Negative Wirkung: Wahlergebnisse und rechtsradikal motivierte Vorfälle in Kombination mit Hoffnungslosigkeit schüren Regime der Fremdenfeindlichkeit und der Benachteiligung.

9.3 Regime urbaner Resilienz im Vergleich zwischen slow burn-Störungen und short term-Schocks

Die aus dem Diskurs identifizierten urbanen Resilienzregime spiegeln die dynamischen Wechselwirkungen zeitlicher, räumlicher und sozialer Dimensionen in Marzahn-Hellersdorf in den Zeiträumen 2008 bis 2012 und 2013 bis 2016 wider und geben Einsicht in die dort herrschenden Vulnerabilitäts- und Resilienzkonstruktionen sowie die vor Ort verhandelten ethischen Konfigurationen.

Während der Diskurszeitraum 2008 bis 2012 im Zusammenhang mit den in der Innenstadt stattfindenden Veränderungs- und Verdrängungsprozessen besonders unter dem Einfluss langfristiger slow burn-Irritationen stand, waren im Zeitraum 2013 bis 2016 durch die rupturartig einbrechende Flüchtlingsthematik vor allem kurzfristige Schocks präsent.

Inwieweit sich die herausgearbeiteten Regime urbaner Resilienz in diese verschiedenen Formen sozialräumlicher Veränderungen einordnen lassen, mit welchen weiteren Regimen sie in Beziehung stehen und ob beziehungsweise wie sie sich im Kontext dieser Einflüsse in ihrer inneren Struktur unterscheiden, wird in den folgenden Unterkapiteln dargestellt. Dazu wurden alle Regime in der Systematik des in Kapitel 8.2.3 entwickelten Analyseschemas zur Identifikation urbaner Resilienzregime darauf untersucht, ob sie sich im Zuge langsam oder schnell einsetzender Störungen konfigurierten, ob die dabei offengelegten Resilienzkonstruktionen lang- oder kurzfristig sowie prozess- oder zielorientiert waren und ob es sich um allgemeine oder spezifische Formen von Vulnerabilitäts- und Resilienzkonstruktionen handelte. Die Tabellen 6 bis 18 fassen die Auswertung des Analyseschemas jeweils in komprimierter Form zusammen. Die dem zugrundeliegende ausführliche Auswertung befindet sich in Anhang B.2, Tabellen B.2.11 bis B.2.34.

9.3.1 Regime der Benachteiligung

Regime der Benachteiligung finden sich in beiden Zeitperioden in Marzahn-Hellersdorf über alle Diskurskategorien hinweg besonders ausgeprägt. Wie aus Tabelle 6 ersichtlich, entstanden sie im Zeitraum 2008 bis 2012 erwartungsgemäß vor allem aus langsam einsetzenden Störungen, 2013 bis 2016 dagegen aus einer Kombination schneller mit langsamen Einschnitten beziehungsweise singulär schnellen Schocks. Der Fokus der Resilienzkonstruktionen im Kontext von Regimen der Benachteiligung war in beiden Zeiträumen sowohl lang- als auch kurzfristig ausgelegt und vor allem zielorientiert, beziehungsweise 2008 bis 2012 auch kombiniert prozess- und zielorientiert ausgerichtet. 2008 bis 2012 lag der Fokus jedoch insgesamt auf der Schaffung allgemeiner, 2013 bis 2016 dagegen auf spezifischer Resilienz.

Tabelle 6: Regime der Benachteiligung im Vergleich 2008 bis 2012 sowie 2013 bis 2016

	2008-2012	2013-2016
Langsam vs. schnell einsetzende Störungen	Langsam	Beides/schnell
Langfristige vs. kurzfristige Resilienz	Beides	Beides
Prozess- vs. Zielorientierung	Beides/Zielorientierung	Zielorientierung
Allgemeine vs. spezifische Resilienz	Allgemein	Spezifisch
Interaktion mit anderen Regimen	Spaltung Stigmatisierung Neoliberalismus Innovation	Fremdenfeindlichkeit, Spaltung Handlungsmacht/Ohnmacht Stigmatisierung

Im Diskurs 2008 bis 2012 konfigurierten sich die Regime der Benachteiligung insbesondere aus der Darstellung sozialer Abwärtsspiralen und verschiedenen Aspekten von Armut der Anwohnerschaft und ihres Wohnumfelds – auch im Zusammenhang mit der Anfälligkeit gegenüber rechtsextremen Organisationen – sowie infrastrukturellen Missständen hinsichtlich der mangelnden Versorgungslage mit Arztpraxen, Fachpersonal an Bildungsstandorten und den negativen Auswirkungen verschiedener stadtpolitischer Verkehrsausbauprojekte für die Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner. Im Bereich Sport/Freizeit/Kultur entstanden sie aus dem Verfall oder der Schließung kommunaler Freizeiteinrichtungen und den Debatten um die Herkunftsbedingungen von aus dem Bezirk

stammenden Personen des öffentlichen Lebens, wie erfolgreichen Sportlern oder auch Kunstfiguren wie „Cindy aus Marzahn“. Im Diskursfeld Wohnen und Bauen konfigurierten sich die Regime der Benachteiligung aus der negativen Mietentwicklung in der Gesamtstadt sowie den Fehlplanungen und Pleiten aus verschiedenen Bauprojekten im Bezirk.

Im Diskurs 2013 bis 2016 entstanden Regime der Benachteiligung ebenfalls aus verschiedenen Formen und Ausprägungen von zunehmenden beziehungsweise sich verfestigenden sozialen Missständen für ansässige und zuwandernde Anwohnerinnen und Anwohner sowie im Zusammenhang mit einem sich verstärkenden Rechtsruck in der Bevölkerung – erkennbar in den Wahlerfolgen der AfD und NPD sowie in der deutlichen Zunahme rechtsextremer Vorkommnisse im Bezirk. Im Diskurs zu Infrastruktur und Wirtschaft spiegelte sich die Benachteiligung in Debatten um marode Gebäude und negative Vorkommnisse an verschiedenen Bildungseinrichtungen. Im Diskurs zu Sport/Freizeit/Kultur entstanden Regime der Benachteiligung, wie bereits in der Zeitspanne davor, aus verfallenden Freizeiteinrichtungen – gerade in Kombination mit der als unfair erachteten Bereitstellung von Geldern für Flüchtlingsunterkünfte. Damit verbunden wurden vor allem im Diskursfeld Wohnen und Bauen Regime der Benachteiligung offenbar, die sich in negativen Reaktionen aus der Anwohnerschaft und der als unfair erachteten Verteilung der Einrichtungen über die Gesamtstadt widerspiegeln, aber auch in konkret benannten schlechten Zuständen in einzelnen Flüchtlingsunterkünften sowie der Entwicklung des Immobilienmarktes im Allgemeinen.

Regime der Benachteiligung gingen im Diskurs 2008 bis 2012 insbesondere in Kombination mit Regimen der Spaltung und Stigmatisierung einher sowie mit neoliberalen Regimen und in Konkurrenz zu Regimen der Innovation. Benachteiligung und Stigmatisierung waren immer dann miteinander gekoppelt, wenn aus dem Bezirk stammende Personen automatisch mit dem schlechten Ruf ihrer Herkunft in Verbindung gebracht und pauschalisiert dargestellt oder auch explizit dazu kontrastiert wurden. Die Kombination aus neoliberalen Regimen und Benachteiligung trat insbesondere in Zusammenhang mit marktwirtschaftlich bedingten Abwanderungen aus dem oder (Armut-)Zuwanderungen in den Bezirk statt. Gerade in Verbindung mit Regimen der Innovation konkurrierten neoliberale Regime aber auch mit denen der Benachteiligung oder minderten sie gar, wenn

Marzahn-Hellersdorf trotz oder gerade aufgrund seiner Lage und Flächen als attraktiver Wirtschaftsstandort und Arbeitsmotor dargestellt wurde.

Eng verbunden oder auch in Konkurrenz zu Regimen der Benachteiligung traten im Zeitraum 2013 bis 2016 Regime der Fremdenfeindlichkeit, der Spaltung sowie der Handlungsmacht/Ohnmacht auf. Gerade die Kombination aus gefühlter Benachteiligung und Fremdenfeindlichkeit erschien besonders dominant und eröffnet entsprechende Interpretationsspielräume für deren Ursache- und Wirkungszusammenhänge (siehe Diskussion in Kapitel 10.2). Ähnliches gilt für das Nebeneinander von Benachteiligung und Spaltungserscheinungen innerhalb des Bezirks, die sich gegenseitig zu bedingen schienen, sowie Ohnmachtserscheinungen aufgrund von Benachteiligung, aber auch Dynamiken der Handlungsmacht trotz oder als Reaktion darauf.

9.3.2 Regime der Stigmatisierung

Regime der Stigmatisierung fanden sich in beiden Zeiträumen insbesondere in den Diskursfeldern zu sozialen (und politischen) Verhältnissen sowie zu Sport/Freizeit/Kultur. Im Zeitraum 2013 bis 2016 waren sie jedoch stärker ausgeprägt und traten darüber hinaus auch in Diskursen zu Wohnen und Bauen auf.

Vergleicht man die innere Struktur der Stigmatisierungsregime zwischen beiden Zeiträumen über das Aushandlungsschema urbaner Resilienz, so unterscheiden sie sich am ehesten in der Prozess- beziehungsweise Zielorientierung ihrer Resilienzkonstruktionen: 2008 bis 2012 waren diese vor allem prozessorientiert, 2013 bis 2016 dagegen zielorientiert, obwohl die Störungsformen, aus denen sie sich konfigurieren, in *beiden* Perioden langsam *und* schnell einsetzende waren (vgl. Tabelle 7).

Tabelle 7: Regime der Stigmatisierung im Vergleich 2008 bis 2012 sowie 2013 bis 2016

	2008-2012	2013-2016
Langsam vs. schnell einsetzende Störungen	Beides	Beides
Langfristige vs. kurzfristige Resilienz	Beides	Langfristig
Prozess- vs. Zielorientierung	Prozessorientierung	Zielorientierung
Allgemeine vs. spezifische Resilienz	Allgemein	Beides
Interaktion mit anderen Regimen	Benachteiligung	Fremdenfeindlichkeit Benachteiligung Natur & Klimaschutz

Im Diskurszeitraum 2008 bis 2012 traten Regime der Stigmatisierung, wie unter Kapitel 9.2.1 bereits dargestellt, in Kombination mit Regimen der Benachteiligung auf und konstituierten sich aus Darstellungen und Debatten über pauschalisiert dargestellte Anwohnerinnen und Anwohner, die „am sozialen Rand“ „fettleibig“ und „arbeitslos“ ihr Dasein fristeten, oder aber – wie im Fall der aus Marzahn stammenden Sportlerin Betty Heidler – deren Erfolg *trotz* ihrer Herkunftsbedingungen besonders herausgestellt wurde.

Auch im Zeitraum 2013 bis 2016 entstanden Regime der Stigmatisierung im Diskursfeld zu sozialen und politischen Verhältnissen, wenn Anwohnerinnen und Anwohner und ihr Wohnumfeld in Zusammenhang mit verschiedenen Formen und Ausprägungen von Armut und anderen sozialen Missständen beschrieben wurden. Regime der Benachteiligung wurden dabei häufig mit stigmatisierenden Begriffen wie „Tristesse“, „Ödnis“, „vernachlässigte Kinder“ oder „sozialer Brennpunkt“ angereichert und bewirkten so eine überspitzte und pauschalisierte Darstellung und Wahrnehmung der sozialräumlichen Problemlagen. Ähnliches galt für die ausgeprägte Verbindung mit Regimen der Fremdenfeindlichkeit, wenn etwa der Bezirk in Diskursen zu rechtspopulistischen und rechtsradikalen politischen Gruppierungen sowie im Diskursfeld zu Wohn- und Bauthemen im Zusammenhang mit den Demonstrationen um die Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften pauschal als „Hochburg der Rechten“ bezeichnet wurde.

Ebenfalls im Themenfeld Wohnen und Bauen, jedoch in Konkurrenz zu Regimen des Wohlfühlens und solchen von Natur & Klimaschutz, traten stigmatisierende Regime durch Redewendungen wie „typische Trabantensiedlung“ oder „kahler Beton, kein Imbiss, kein Blumenladen“ hervor, wenn die eigentlich positiven Wahrnehmungen und das Verbundenheitsgefühl der Anwohnerinnen und An-

wohner im Bezirk dargestellt wurden. Dies ließ sich auch in Zusammenhang mit Aktionen zur Verbesserung des Bezirksimages durch stadtpolitische und zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure beobachten, deren Engagement explizit mit Begriffen wie „Betonwüste“, „Plattenbau“ und „Schlafstadt“ kontrastiert oder es als „erstaunlich“ betont wurde, dass der Bezirk auch „grün, ruhig und kulturell“ sei.

9.3.3 Regime der Spaltung

Regime der Spaltung waren sowohl 2008 bis 2012 als auch 2013 bis 2016 besonders dominant und wurden über alle Diskurskategorien hinweg deutlich. Die Spaltungen vollzogen sich jedoch in verschiedene Richtungen und auch der Vergleich der inneren Struktur der Spaltungsregime weist Unterschiede auf (vgl. Tabelle 8).

Tabelle 8: Regime der Spaltung im Vergleich 2008 bis 2012 sowie 2013 bis 2016

	2008-2012	2013-2016
Langsam vs. schnell einsetzende Störungen	Langsam	Schnell
Langfristige vs. kurzfristige Resilienz	Beides	Beides
Prozess- vs. Zielorientierung	Beides/Zielorientierung	Beides/Zielorientierung
Allgemeine vs. spezifische Resilienz	Allgemein	Spezifisch
Interaktion mit anderen Regimen	Benachteiligung	Fremdenfeindlichkeit Solidarität Benachteiligung Handlungsmacht/Ohnmacht Linksradikalisierung/ populismus

2008 bis 2012 konstituierten sich die Regime vor allem im Zusammenhang mit langsam einsetzenden Störungen und mit einem Fokus auf allgemeiner Resilienz. 2013 bis 2016 entstanden die Regime dagegen aus schnell einsetzenden short term-Schocks und in Bezug auf spezifische Resilienzkonstruktionen.

2008 bis 2012 wurden im Diskursfeld Infrastruktur und Wirtschaft Regime der Spaltung vor allem zwischen Ost- und Westteilen der Gesamtstadt Berlin offenbar. Diese entstanden in enger Verschränkung mit Regimen der Benachteiligung zumeist in der Kontrastierung eines strukturschwachen Ostens gegenüber besser

ausgestatteten Westlagen – im Themenfeld Infrastruktur und Wirtschaft zum Beispiel in der Gesundheitsversorgung und der Abwanderung von Arztpraxen von Ost nach West oder auch in der im Osten als noch schlechter geltenden Ausstattung mit Fachpersonal an Bildungsstandorten. Im Volksentscheid „Pro Reli“ wurden zudem aus der Zeit der deutsch-deutschen Trennung begründete Mentalitätsspaltungen in Bezug auf Religiosität deutlich. Auch hinsichtlich der Diskurse zur Verkehrsanbindung konstituierten sich Spaltungsregime zwischen Ost und West, vor allem, wenn es um den Ausbau der Infrastruktur und die Anbindung des Ostens an die Weststadt ging.

Im Diskursfeld Wohnen und Bauen entstanden Spaltungsregime 2008 bis 2012 nicht zwischen Ost und West, sondern, in Bezug auf die Mietentwicklung, zwischen Innenstadtlagen und Peripherie. Marzahn-Hellersdorf als Außenbezirk wurde als ein von den stadtweiten Mietsteigerungen abgekoppelter Stadtteil beschrieben, was hinsichtlich der stadtweiten Bevölkerungsverteilung zu einer zunehmenden Spaltung zwischen Arm und Reich führte und mit Regimen der Benachteiligung einherging.

Ebenfalls eng verschränkt mit Regimen der Benachteiligung konstituierten sich Regime der Spaltung 2008 bis 2012 im Diskursfeld zu sozialen Verhältnissen und verschiedenen Ausprägungen von Missständen und Armut. Dabei verliefen die Spaltungslinien sowohl zwischen Ost und West, zwischen Zentrum und Peripherie, zwischen sozial stärkeren und schwächeren Stadtbezirken als auch innerhalb Marzahn-Hellersdorfs zwischen handlungsstarken und -schwachen Anwohnerinnen und Anwohnern beziehungsweise besseren und schlechteren Wohnlagen.

Verliefen die Spaltungen im Zusammenhang mit den slow burn-Veränderungen im Zeitraum 2008 bis 2012 vor allem zwischen Ost und West oder Innenstadtlagen und Peripherie, entwickelten sich die Regime zwischen 2013 und 2016 viel stärker innerhalb des Bezirks in der Spaltung zwischen politischen Einstellungen und Ideologien.

Aus allen Diskurskategorien ließen sich Spaltungsdynamiken zwischen rechten und solidarischen beziehungsweise rechten und linken Anschauungen ablesen. Dies zeigte sich besonders dominant im Diskursfeld Wohnen und Bauen im Zusammenhang mit der Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften und den daraus resultierenden Reaktionen. Anwohnerinnen und Anwohner agierten solidarisch versus ablehnend bis rechtmotiviert, auf Demonstrationen trafen Rechtsradikale

auf „Linke“ – Unterscheidungen zwischen linksradikalisierten und solidarisch motivierten Kräften wurden im Diskurs jedoch kaum gezogen.

Im Themenbereich Sport/Freizeit/Kultur engagierten sich Sportvereine und aus dem Bezirk stammende Sportlerinnen und Sportler für Geflüchtete, wurden dabei gleichzeitig mit rechtsmotivierten Drohungen konfrontiert. Im Zusammenhang mit der Einschulung geflüchteter Kinder gab es rechte gegen solidarische Debatten um deren Einbindung und die Alice-Salomon-Hochschule ging Kooperationen mit Flüchtlingseinrichtungen ein und wurde dafür Ziel rechtsmotivierter Sachbeschädigungen.

Die Regime der Spaltung spiegelten sich auch in den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus 2016 wider, in denen die Linkspartei vor der AfD nur knapp zur stärksten Kraft in Marzahn-Hellersdorf gewählt wurde, die AfD im Vergleich zur Gesamtstadt, insbesondere den Innenstadtlagen, aber ihr Berlin weit bestes Ergebnis einfuhr.

Es wundert somit nicht, dass sich 2013 bis 2016 die Regime der Spaltung insbesondere in Verschränkung mit Regimen der Fremdenfeindlichkeit aus dem Diskurs entwickelten, jedoch ebenfalls sehr deutlich mit Regimen der Solidarität interagierten. Darüber hinaus ließ sich auch eine auffällige Verbindung mit Regimen der Benachteiligung erkennen sowie mit Dynamiken der Handlungsmacht und Ohnmacht. Spaltungstendenzen traten folglich häufig dann auf, wenn Menschen sich benachteiligt und/oder handlungsmächtig versus ohnmächtig fühlten.

9.3.4 Neoliberale Regime

Neoliberale Regime traten in beiden Diskurszeiträumen immer dann auf, wenn auf dem freien Markt Verschiebungen stattfanden, die sich auf verschiedene Themen- und Lebensbereiche im Bezirk Marzahn-Hellersdorf bezogen.

Hinsichtlich ihrer inneren Struktur unterschieden sich die Regime über beide Zeitperioden kaum (vgl. Tabelle 9) und standen jeweils in enger Verbindung mit Regimen der Innovation. 2008 bis 2012 gingen sie jedoch auch vermehrt mit Benachteiligungsregimen einher, wenn der Bezirk als vom allgemeinen Berlinterend steigender Attraktivität abgekoppelt dargestellt wurde oder es im Bereich der Gesundheitsversorgung oder bei der Unterhaltung von Freizeiteinrichtungen zu Abwanderungen und Schließungen kam.

Im Zeitraum 2013 bis 2016 entstanden neoliberale Regime, wie im Zeitraum davor, ebenfalls im Zusammenhang mit Themen der Industrie und der Gesundheitsversorgung. Letzteres ging jedoch nicht einher mit Abwanderung und Benachteiligung, sondern mit dem Ausbau des Unfallkrankenhauses und damit der Stärkung des Standorts Marzahn-Hellersdorf.

Im Bereich Sport/Freizeit/Kultur erzeugten vor allem die Vorbereitung der Internationalen Gartenaufstellung und die damit verbundenen Baumaßnahmen neoliberale Regime, die mit Regimen von Natur und Klimaschutz einhergingen.

Tabelle 9: Neoliberale Regime im Vergleich zwischen 2008 bis 2012 sowie 2013 bis 2016

	2008-2012	2013-2016
Langsam vs. schnell einsetzende Störungen	Langsam	Langsam
Langfristige vs. kurzfristige Resilienz	Langfristig/beides	Langfristig/beides
Prozess- vs. Zielorientierung	Zielorientierung/beides	Zielorientierung
Allgemeine vs. spezifische Resilienz	Beides	Beides
Interaktion mit anderen Regimen	Benachteiligung Innovation	Innovation Natur & Klimaschutz

9.3.5 Regime der Innovation

Die urbanen Resilienzregime der Innovation entstanden sowohl 2008 bis 2012 als auch 2013 bis 2016 über die meisten identifizierten Diskurskategorien hinweg und gingen vermehrt mit neoliberalen Regimen und Regimen von Natur und Klimaschutz einher, 2008 bis 2012 außerdem auch in Konkurrenz zu Regimen der Benachteiligung.

In beiden Zeiträumen konstituierten sie sich vor allem im Zusammenhang mit langsam einsetzenden Störungen und mit einem weitestgehend zielorientierten Fokus auf langfristiger und allgemeiner Resilienzkonstruktion (vgl. Tabelle 10).

Tabelle 10: Regime der Innovation im Vergleich zwischen dem Zeitraum 2008 bis 2012 sowie 2013 bis 2016

	2008-2012	2013-2016
Langsam vs. schnell einsetzende Störungen	Langsam	Langsam
Langfristige vs. kurzfristige Resilienz	Beides/langfristig	Langfristig
Prozess- vs. Zielorientierung	Beides/Zielorientierung	Zielorientierung
Allgemeine vs. spezifische Resilienz	Beides	Allgemein
Interaktion mit anderen Regimen	Benachteiligung Neoliberalismus Natur & Klimaschutz	Neoliberalismus Natur & Klimaschutz

2008 bis 2012 entwickelten sich die Regime der Innovation im Bereich Infrastruktur und Wirtschaft aus den wachsenden Industriestrukturen des Bezirks. Im Zusammenhang mit Bildungsstandorten in Marzahn-Hellersdorf entstanden sie aus Darstellungen über sich engagierende Eltern, schulische Kooperationen nach außen und Modellprojekte im Förderschulwesen. Sie traten damit in Konkurrenz und zum Teil auch Widerspruch zu Regimen der Benachteiligung, die sich ebenfalls im Bildungsbereich konstituierten – etwa aufgrund der Nachteile, die für Schülerinnen und Schüler entstanden, deren Eltern sich nicht engagierten, durch den Mangel an schulischen Kooperationen in den Innenstadtbereich oder durch den Fakt, dass die innovativen Förderschulmodelle mutmaßlich ausgerechnet in Marzahn-Hellersdorf angesiedelt wurden, da es im Bezirk überdurchschnittlich viele Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf gab.

Im Diskursfeld zu Sport/Freizeit/Kultur entstanden 2008 bis 2012 urbane Resilienzregime der Innovation zum Beispiel aus der Stärkung des Bezirks als Ort von Kreativität und Kultur, als Austragungsort der IGA 2017 und auch als Förderort und Schmiede erfolgreicher Sportlerinnen und Sportler. In altersgerechten Wohnkonzepten als Reaktion auf den demografischen Wandel im Bezirk interagierten Innovations- wiederum mit neoliberalen Regimen.

Die Diskursinhalte im Zeitraum 2013 bis 2016, in denen sich Regime der Innovation widerspiegelten, waren denen des vorangegangenen Zeitraums sehr ähnlich. Auch hier entwickelten sie sich aus der Förderung von Technik und Industrie, außerdem der Gesundheitswirtschaft und Infrastruktur. Sie kreuzten sich entsprechend häufig mit neoliberalen Regimen.

Im Bereich Freizeit und Kultur entstanden die Regime aus den Aktionen verschiedener Bezirksakteure zur Verbesserung des Bezirksimages nach innen und

außen. Und auch die Vorbereitungen um die Internationale Gartenausstellungen erzeugten weiterhin Regime der Innovation – wenn auch zum Teil im Widerspruch zu solchen der Benachteiligung, da Anwohnerinnen und Anwohner sich nicht selten von wirtschaftlichen und politischen Akteuren übergangen und zurückgestellt fühlten.

9.3.6 Regime von Natur & Klimaschutz

Regime zu Natur und Klimaschutz ließen sich in beiden Erhebungszeiträumen vor allem aus den Diskursfeldern zu Infrastruktur und Wirtschaft sowie zu Sport/Freizeit/Kultur ablesen und traten dabei häufig gekoppelt mit Regimen der Innovation im Themenfeld zu nachhaltiger Strom- und Wärmeproduktion sowie der Ansiedlung und dem Ausbau entsprechender Industriestrukturen auf.

2008 bis 2012 entstanden die Regime außerdem aus den Debatten um den Ausbau der Tangentialverbindung Ost und den Kampf um den Erhalt von Umwelt und Natur im Bezirksumland. Des Weiteren entwickelten sich Regime zu Natur und Klimaschutz um die Vorbereitungen der Internationalen Gartenausstellung sowie generell Berichte und Ausführungen zu Grünflächen und Veranstaltungen im Bezirk und damit auch einhergehend mit Regimen zu kultureller Vielfalt.

Auch 2013 bis 2016 konfigurierten sich die Regime zu Natur und Klimaschutz besonders intensiv im Zusammenhang mit der Internationalen Gartenausstellung sowie Berichten über Wohnen im Grünen und aktionsorientierte Außendarstellungen des Bezirks. Gerade in Bezug auf Letzteres konkurrierten sie dabei häufig mit Regimen der Stigmatisierung, da Natur und Grün in Marzahn-Hellersdorf immer wieder mit dem Beton und Grau der Plattenbauten kontrastiert oder auch abgewertet wurde.

So wenig sich die Regime von Natur und Klimaschutz im Auftreten über die jeweiligen Diskurskategorien zwischen den beiden Erhebungsphasen unterschieden, so wenig unterschieden sie sich auch in ihrer inneren Struktur im Analyse-schemata zu urbaner Resilienz. Sie konstituierten sich vor allem aus slow burn-Entwicklungen mit Fokus auf langfristiger, zielorientierter sowohl spezifischer als auch allgemeiner Resilienzkonstruktion (siehe Tabelle 11).

Tabelle 11: Regime zu Natur & Klimaschutz im Vergleich zwischen 2008 und 2012 sowie 2013 und 2016

	2008-2012	2013-2016
Langsam vs. schnell einsetzende Störungen	Beides/langsam	Langsam
Langfristige vs. kurzfristige Resilienz	Langfristig	Langfristig/beides
Prozess- vs. Zielorientierung	Zielorientierung/beides	Zielorientierung
Allgemeine vs. spezifische Resilienz	Beides	Beides
Interaktion mit anderen Regimen	Innovation	Innovation Neoliberalismus Stigmatisierung

9.3.7 Regime der kulturellen Vielfalt

Regime der kulturellen Vielfalt entstanden in beiden Diskurszeiträumen im Zusammenhang mit Themen zu Sport/Freizeit/Kultur. In der Periode 2013 bis 2016 entwickelten sie sich jedoch vor allem in Verbindung mit Debatten und Geschehnissen rund um die Flüchtlingskrise und die Einrichtung von Unterkünften in Marzahn-Hellersdorf – daher vor allem aus schnell einsetzenden Schocks und im Fokus spezifischer Resilienzkonstruktionen.

2008 bis 2012 entstanden sie dagegen auch im Zusammenhang mit slow burn-Veränderungen und im Fokus allgemeiner Resilienz. In beiden Zeiträumen waren kurz- als auch langfristige Formen von Resilienz relevant und mit sowohl prozess- als auch zielorientierter Ausrichtung (vgl. Tabelle 12).

Tabelle 12: Regime der kulturellen Vielfalt im Vergleich zwischen 2008 und 2012 sowie 2013 und 2016

	2008-2012	2013-2016
Langsam vs. schnell einsetzende Störungen	Beides	Schnell
Langfristige vs. kurzfristige Resilienz	Beides	Beides
Prozess- vs. Zielorientierung	Beides	Beides
Allgemeine vs. spezifische Resilienz	Allgemein	Spezifisch
Interaktion mit anderen Regimen	Natur & Klimaschutz	Handlungsmacht/Ohnmacht Solidarität

2008 bis 2012 traten Regime der kulturellen Vielfalt häufig, wie im vorigen Abschnitt unter Kapitel 9.3.6 beschrieben, gekoppelt mit solchen von Natur und Kli-

maschutz auf und wurden im Kontext öffentlicher Veranstaltungen sowie den Planungen und dem Bau der Internationalen Gartenschau sichtbar.

Außerdem entstanden die Regime aus dem Engagement gegen Rechtsradikalismus und -extremismus, welches bereits vor den Ereignissen um die Flüchtlingsunterkunft 2013 und die sich anschließende Flüchtlingskrise im Bezirk betrieben wurde und dem Bezirk unter anderem 2009 die Auszeichnung „Ort der Vielfalt“ einbrachte.

Im Zeitraum 2013 bis 2016 konfigurierten sich die Regime der kulturellen Vielfalt vor allem gekoppelt mit solchen der Solidarität und der Handlungsmacht in solidarischen Aktionen und Demonstrationen im Kontext der Flüchtlingsthematik. Wenn auch in diesem Diskursfeld vor allem Regime der Fremdenfeindlichkeit dominierten, so spiegelten die unterstützenden Reaktionen aus Politik und Bevölkerung dennoch wider, dass auch Dynamiken von Diversität das Leben im Bezirk bewegten.

9.3.8 Regime des Wohlfühls

Regime des Wohlfühls traten im Diskurs 2008 bis 2012 nur im Zusammenhang mit vereinzelt Berichten über die Sanierung und Modernisierung von Wohnhäusern, wachsende Industrie und Infrastruktur und ein damit verbunden verbessertes Wohngefühl auf.

2013 bis 2016 waren sie dagegen dominanter und über verschiedene Themenbereiche gestreut. In den Bereichen Sport/Freizeit/Kultur sowie Infrastruktur und Wirtschaft entstanden sie etwa aus Diskursthemen zu Natur- und Grünanlagen und einer als positiv wahrgenommene Verkehrsanbindung an die Innenstadt. In Konkurrenz zu Regimen der Spaltung und Benachteiligung traten sie auch im Kontext des Bevölkerungswachstums hervor, wenn einerseits von einer Attraktivitätssteigerung für junge Familien die Rede war, gleichzeitig auch der Zuzug sozial schwacher Anwohnerinnen und Anwohner in ohnehin bereits belastete Wohngebiete thematisiert wurde.

In beiden Zeitperioden entwickelten sich die Regime des Wohlfühls im Kontext von slow burn-Veränderung. 2008 bis 2012 lag der Fokus allerdings vor allem auf allgemeiner Resilienz, während die Konstruktionen 2013 bis 2016 spezifischer und zielorientierter sowie lang- als auch kurzfristig ausgerichtet waren (vgl. Tabelle 13).

Tabelle 13: Regime des Wohlfühls im Vergleich zwischen 2008 und 2012 sowie 2013 und 2016

	2008-2012	2013-2016
Langsam vs. schnell einsetzende Störungen	Langsam	Langsam
Langfristige vs. kurzfristige Resilienz	Langfristig	Beides
Prozess- vs. Zielorientierung	Beides	Zielorientierung
Allgemeine vs. spezifische Resilienz	Allgemein	Spezifisch
Interaktion mit anderen Regimen	Innovation	Benachteiligung Stigmatisierung Spaltung Neoliberalismus Natur & Klimaschutz

9.3.9 Regime der Handlungsmacht/Ohnmacht

Regime der Handlungsmacht und Ohnmacht traten in beiden Diskurszeiträumen gemeinsam mit Regimen der Spaltung und der Benachteiligung auf und waren 2013 bis 2016 deutlich dominanter vertreten als 2008 bis 2012. Im früheren Erhebungszeitraum entstanden sie insbesondere dann, wenn sich Anwohnerinnen und Anwohner gegen von ihnen als negativ wahrgenommene Umstände engagierte – sei es im Kontext unbefriedigender schulischer Bedingungen ihrer Kinder, zur Verbesserung der Wohnumstände durch Forderungen nach Modernisierung oder nach der Unterlassung von Verkehrsbauprojekten wie der Tangentialverbindung Ost, durch die sie ihre Wohnqualität in Gefahr sahen.

2013 bis 2016 entstanden sie ebenfalls aus Debatten und Aktionen um Missstände an Bildungsstandorten, vor allem aber in Verbindung mit der Flüchtlings-thematik und den sich damit verbunden entwickelnden Regimen vom Solidarität und Fremdenfeindlichkeit. Regime der Handlungsmacht manifestierten sich dabei einerseits in Berichten über Hilfsbereitschaft und solidarische Aktionen aus der Bevölkerung. Andererseits ließen sie sich auch im Protest gegen die Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften und dem Zulauf zu rechtsorientierten Parteien und Vereinigungen deutlich erkennen – aus Gefühlen des Ausgeliefertseins gegenüber Entscheidungen, an deren Prozess sie nicht beteiligt wurden und aus Sorge

um Nachteile für das eigene Wohl, welches sie nicht genügend berücksichtigt fanden.

Die Betrachtung der inneren Struktur von Regimen der Handlungsmacht und Ohnmacht lässt einen deutlichen Unterschied zwischen den beiden Untersuchungszeiträumen erkennen. Waren die Störungen, in deren Zusammenhang sich die urbanen Resilienzregime konfigurieren, in der Periode 2008 bis 2012 sowohl langsam als auch schnell einsetzend, waren sie 2013 bis 2016 vor allem von schnell einsetzender Natur. Damit einhergehend waren die Resilienzkonstruktionen in dem früheren Zeitraum sowohl auf allgemeine als auch spezifische Resilienz ausgelegt, in dem späteren Zeitraum dagegen vor allem spezifisch. In beiden Zeitspannen fokussierten sich die Konstruktionen sowohl prozess- als auch zielorientiert, 2008 bis 2012 spielte jedoch ihre Langfristigkeit eine größere Rolle (vgl. Tabelle 14).

Tabelle 14: Regime der Handlungsmacht/Ohnmacht im Vergleich zwischen 2008 und 2012 sowie 2013 und 2016

	2008-2012	2013-2016
Langsam vs. schnell einsetzende Störungen	Beides	Schnell
Langfristige vs. kurzfristige Resilienz	Langfristig	Beides
Prozess- vs. Zielorientierung	Beides	Beides
Allgemeine vs. spezifische Resilienz	Beides	Spezifisch
Interaktion mit anderen Regimen	Benachteiligung Spaltung	Solidarität Fremdenfeindlichkeit Benachteiligung Spaltung Kulturelle Vielfalt

9.3.10 Regime der Fremdenfeindlichkeit

Regime der Fremdenfeindlichkeit gehörten im Diskurszeitraum 2013 bis 2016 zu den mit Abstand am dominantesten. Bereits im Diskurs der Zeitspanne 2008 bis 2012 traten sie vereinzelt auf, wenn über rechte Stimmung oder rechtsradikale Organisationen und Parteien berichtet wurde, die im Bezirk besonders aktiv waren. Im Zusammenhang mit der Flüchtlingsthematik rückten Regime der Fremdenfeindlichkeit jedoch deutlich und über alle Themenbereiche hinweg in den Vordergrund und prägten die Innen- und Außensicht auf Marzahn-Hellersdorf intensiv.

Gerade die Diskursfelder zu Wohnen und Bauen waren von Regimen der Fremdenfeindlichkeit durchzogen, wenn über die Zuweisung und Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften und die darum entstehenden lautstarken Debatten und Demonstrationen berichtet wurde.

In der Diskurskategorie zu sozialen und politischen Verhältnissen konstituierten sich die Regime im Zusammenhang mit den großen Erfolgen der AfD bei den Bezirkswahlen zum Abgeordnetenhaus, aber auch hinsichtlich zunehmender rechtsmotivierter Kriminalität sowie sozialen Missständen und Armut insgesamt.

Auch im Zusammenhang mit dem Alltagsleben im Bereich Sport/Freizeit/Kultur waren Regime von Fremdenfeindlichkeit sichtbar, wenn sich Zivilpersonen und Sportvereine trotz oder wegen der gegen sie gerichteten Drohungen für Geflüchtete im Bezirk engagierten oder aber Anwohnerinnen und Anwohner sich zurückgesetzt fühlten, wenn Gelder ihrem Empfinden nach in Flüchtlingsunterkünfte statt benötigter Kultur- und Freizeiteinrichtungen flossen.

Darüber hinaus konstituierten sich die Regime in Debatten um Bildungseinrichtungen im Bezirk, wenn etwa über die Einschulung geflüchteter Kinder oder das Engagement der Alice-Salomon-Hochschule berichtet wurde. Dabei waren sie in ihrer Ausprägung unterschiedlich intensiv und bewegten sich auf einem Spektrum von rechtspopulistisch bis hin zu rechtsextremistisch – je nachdem mit welchem Radikalisierungsgrad die Äußerungen, Debatten und Handlungen der jeweiligen Akteurinnen und Akteure eingefärbt waren.

Je nach Diskursfeld und Themenbereich interagierten oder konkurrierten die Regime der Fremdenfeindlichkeit im Zeitraum 2013 bis 2016 mit den anderen in dieser Periode besonders mächtigen Regimen von Benachteiligung, Spaltung, Solidarität, Handlungsmacht/Ohnmacht und Stigmatisierung. Vornehmlich der Zusammenhang mit Benachteiligung war besonders auffällig und offenbarte wiederum die tiefen Spaltungen im Bezirk, die Kontraste zwischen Ablehnung und Solidarität, zwischen Ermächtigung und Hilflosigkeit und die einseitige Stigmatisierung als „rechte Hochburg“, die daraus vielfach abgeleitet wurde.

In ihrer inneren Struktur waren sich die Regime der Fremdenfeindlichkeit in beiden Diskurszeiträumen sehr ähnlich (vgl. Tabelle 15), wenn auch die Intensität ihres Auftretens zwischen 2013 und 2016 eine deutlich differenziertere Einsicht erlaubte. Im Wesentlichen konstituierten sich die Regime aus kurzfristig einsetzenden Störungen oder einer Kombination aus beidem und insbesondere mit Fokus auf der Konstruktion spezifischer Resilienz. Die Resilienzkonstruktionen

waren dabei sowohl kurz- wie auch langfristig sowie gleichermaßen prozess- wie zielorientiert ausgelegt.

Tabelle 15: Fremdenfeindliche Regime im Vergleich zwischen 2008 und 2012 sowie 2013 und 2016

	2008-2012	2013-2016
Langsam vs. schnell einsetzende Störungen	Beides	Schnell
Langfristige vs. kurzfristige Resilienz	Beides	Beides
Prozess- vs. Zielorientierung	Beides	Beides
Allgemeine vs. spezifische Resilienz	Spezifisch	Spezifisch
Interaktion mit anderen Regimen		Benachteiligung Spaltung Solidarität Handlungsmacht/Ohnmacht Stigmatisierung

9.3.11 Regime der Unsicherheit

Regime der Unsicherheit traten im Diskurs 2008 bis 2012 nur sehr vereinzelt zu Tage und bezogen sich vor allem auf eine Serie von Brandstiftungen, die im Bezirk über mehrere Monate Ängste und Sorgen schürte.

Im Diskurs 2013 bis 2016 konfigurierten sich Regime der Unsicherheit hauptsächlich im Kontext der Flüchtlingsthematik – einerseits in Form von Ängsten in der Bevölkerung vor kriminellen Handlungen durch Geflüchtete und eine damit verbundene diffuse Verunsicherung, andererseits durch eine Vielzahl rechtsradikal motivierter An- und Übergriffe auf Flüchtlingseinrichtungen, ihre Bewohnerinnen und Bewohner sowie Helferinnen und Helfer.

In beiden Erhebungszeiträumen bezogen sich die mit Hilfe des Analyseschemas urbaner Resilienz identifizierten Resilienzregime auf schnell einsetzende Störungen. Der Fokus lag dabei vor allem auf spezifischen Resilienzkonstruktionen, gleichermaßen kurz- wie auch langfristig, die vor allem zielorientiert ausgerichtet waren (vgl. Tabelle 16).

Tabelle 16: Regime der Unsicherheit im Vergleich zwischen 2008 und 2012 sowie 2013 und 2016

	2008-2012	2013-2016
Langsam vs. schnell einsetzende Störungen	Schnell	Schnell
Langfristige vs. kurzfristige Resilienz	Beides	Beides
Prozess- vs. Zielorientierung	Zielorientierung	Zielorientierung
Allgemeine vs. spezifische Resilienz	Spezifisch	Spezifisch
Interaktion mit anderen Regimen		Fremdenfeindlichkeit

9.3.12 Regime der Solidarität

Regime der Solidarität waren im behandelten Diskurs nur im Zeitraum 2013 bis 2016 auffällig – im Kontext der Flüchtlingsthematik und über nahezu alle Diskurskategorien und Akteursgruppen hinweg. Sie zeigten sich in der Teilnahme an Gegendemonstrationen und der öffentlichen Verurteilung rechtsmotivierter Aufmärsche, dem Engagement in Flüchtlingsheimen, der Öffnung von Bildungseinrichtungen und Vereinen für Menschen mit Fluchthintergrund, etc.

Regime der Solidarität gingen dabei einher mit Regimen der Handlungsmacht und kulturellen Vielfalt, konkurrierten zu solchen der Fremdenfeindlichkeit und machten damit wiederum die deutlichen Spaltungsdynamiken im Bezirk offenbar. Entsprechend ihres Entstehungskontextes entstanden sie aus schnell einsetzenden Störungen und bezogen sich auf spezifische Resilienzkonstruktionen. Im Wesentlichen waren diese gleichermaßen kurz- wie langfristig ausgerichtet und ebenso prozess- wie zielorientiert fokussiert (vgl. Tabelle 17).

Tabelle 17: Regime der Unsicherheit im Zeitraum 2013 bis 2016

	2013-2016
Langsam vs. schnell einsetzende Störungen	Schnell
Langfristige vs. kurzfristige Resilienz	Beides
Prozess- vs. Zielorientierung	Beides
Allgemeine vs. spezifische Resilienz	Spezifisch
Interaktion mit anderen Regimen	Handlungsmacht/Ohnmacht Fremdenfeindlichkeit Spaltung Kulturelle Vielfalt

9.3.13 Regime von Linksradikalisierung/-populismus

Ebenso wie die Regime der Solidarität traten auch die Regime von Linksradikalisierung und -populismus ausschließlich im Diskurs 2013 bis 2016 und im Zusammenhang mit der Flüchtlingsthematik hervor. In Konkurrenz zu fremdenfeindlichen Regimen gingen sie zumeist mit Regimen der Solidarität und Spaltung einher. Aufgrund der oberflächlichen Ausdrucksweise im Diskurs, die zumeist auf den Begriff „links“ reduziert war, fiel es jedoch schwer, zwischen linksradikal, linkspopulistisch oder auch nur politisch links in einem befriedigenden Ausmaß zu differenzieren. Entsprechend schemenhaft bleibt auch die Betrachtung der „linken“ Regime mit Hilfe des Analyserasters urbaner Resilienz: Sie entwickelten sich eher aus schnell einsetzenden Störungen, der Fokus lag auf spezifischer Resilienz und sie zeigten sich gleichermaßen kurz- wie langfristig fokussiert sowie gleichermaßen prozess- und zielorientiert (vgl. Tabelle 18).

Tabelle 18: Linksradikale/-populistische Regime im Zeitraum 2013 bis 2016

	2013-2016
Langsam vs. schnell einsetzende Störungen	Schnell
Langfristige vs. kurzfristige Resilienz	Beides
Prozess- vs. Zielorientierung	Beides
Allgemeine vs. spezifische Resilienz	Spezifisch
Interaktion mit anderen Regimen	Spaltung Fremdenfeindlichkeit Solidarität

9.4 Zusammenfassung der Ergebnisse

Ziel dieses Kapitels war es, die relevanten Ergebnisse der unter Kapitel 8 beschriebenen Analysen zur Beantwortung der in dieser Arbeit behandelten Forschungsfragen ausführlich darzustellen und zu erläutern. Die folgenden Abschnitte geben einen zusammenfassenden Überblick der wichtigsten Ergebnisse, bevor sie im sich hier anschließenden Kapitel im Kontext des zugrundeliegenden Theorierahmens diskutiert werden.

Sowohl im Zeitraum 2008 bis 2012 – der Periode, die vor allem unter dem Einfluss von long burn-Veränderungen stand – als auch zwischen 2013 und 2016 – der Zeitspanne, in der rupturartige short term-Schocks eine wesentliche Rolle spielten – leiteten sich die Erkenntnisse über den Wandel in Marzahn-Hellersdorf und die dort herrschenden urbanen Resilienzregime aus den Themenfeldern Infrastruktur und Wirtschaft, Sport/Freizeit/Kultur, Wohnen und Bauen sowie soziale und politische Verhältnisse ab.

Während sich long burn-Störungen im Diskurs 2008 bis 2012 zwar immer wieder abzeichneten und vor allem aus wiederkehrenden Beschreibungen von Armut, Vernachlässigung und Segregation herauslesbar waren, war der Diskurs 2013 bis 2016 über alle Kategorien hinweg dominant von der Flüchtlingsthematik durchzogen. Diese dominierte deutlich die mehrheitlich negativ geprägte Berichterstattung im und über den Bezirk. Im Kontext der long burn-Veränderungen 2008 bis 2012 war die Berichterstattung insgesamt neutraler und die im Diskurs relevanten Akteure stammten vor allem aus Stadtpolitik, Wirtschaft und Wissenschaft. Anwohnerinnen und Anwohner wurden oft nur indirekt erwähnt beziehungsweise selten als zentrale Akteurinnen und Akteure benannt. Entsprechend weiter weg und distanziert wirkten die Berichte insgesamt von den Alltagsperspektiven der Marzahn-Hellersdorfer. Dominante Regime waren insbesondere solche von Benachteiligung und Spaltung, aber auch Regime von Innovation sowie Natur und Klimaschutz waren wichtig und relevant sowie insgesamt Regime im Kontext neoliberaler Einflüsse.

Einhergehend mit den short term-Schocks 2013 bis 2016 wurden neben Akteuren aus Politik und Wirtschaft auch die Alltagswahrnehmungen der Bewohnerinnen und Bewohner vermehrt dargestellt und pointiert. Auch hier konfigurierten sich deutlich Regime von Benachteiligung und Spaltung. Vor allen anderen aber

dominierten solche der Fremdenfeindlichkeit und auch Regime von Handlungsmacht/Ohnmacht wurden aus dem Diskurs heraus deutlich. Gleichzeitig traten Regime von Solidarität sowie solche im Kontext von Linkspopulismus und -radikalismus ans Licht, welche in der Auswertung des Zeitraums 2008 bis 2012 keinerlei Stellenwert eingenommen hatten.

In Tabelle 19 und Tabelle 20 sind alle aus den beiden Diskurszeiträumen identifizierten urbanen Resilienzregime einschließlich ihres Auftretens- und Interaktionsverhaltens in Verbindung mit anderen Regimen abgebildet. In der Darstellung fällt auf, dass sowohl im Kontext der long burn-Störungen als auch der short term-Schocks Regime der Benachteiligung vermehrt mit solchen von Spaltung und Stigmatisierung auftraten, 2008 bis 2012 außerdem in Interaktion und/oder Rivalität zu neoliberalen und innovativen Regimen. 2013 bis 2016 interagierten Regime der Benachteiligung dagegen besonders deutlich mit fremdenfeindlichen Regimen. Diese standen wiederum in enger Verbindung mit Regimen der Spaltung, Handlungsmacht/Ohnmacht, Stigmatisierung und in Rivalität zu kultureller Vielfalt.

Die Betrachtung der inneren Strukturen der urbanen Resilienzregime bestätigte, dass sie sich im Zeitraum 2008 bis 2012 vor allem aus langsam einsetzenden (oder auch einer Kombination aus langsamen und schnellen) Störungen konfigurierten, 2013 bis 2016 dagegen vermehrt im Kontext von short term-Schocks. Zudem lässt sich aus der Analyse ableiten, dass die Regime 2008 bis 2012 besonders im Fokus allgemeiner oder allgemein/spezifisch kombinierter Resilienzkonstruktionen entstanden, im Zeitraum der short term-Schocks demgegenüber weitestgehend in Bezug auf spezifische Resilienz.

Tabelle 19: Interaktion der urbanen Resilienzregime im Zeitraum 2008 bis 2012

	Benachteiligung	Stigmatisierung	Spaltung	Neoliberalismus	Innovation	Natur & Klimaschutz	Kulturelle Vielfalt	Wohlfühl	Handlungsmacht/Ohnmacht	Fremdenfeindlichkeit	Unsicherheit
■ Geringe Interaktion											
■ Mittlere Interaktion											
■ Hohe Interaktion											
Benachteiligung											
Stigmatisierung											
Spaltung											
Neoliberalismus											
Innovation											
Natur & Klimaschutz											
Kulturelle Vielfalt											
Wohlfühl											
Handlungsmacht/Ohnmacht											
Fremdenfeindlichkeit											
Unsicherheit											

Anmerkung zur Einordnung der Interaktionshäufigkeiten zweier Regime: Gering = 1-2 Mal; mittel = 3-6 Mal; hoch = >7 Mal

Tabelle 20: Interaktion der urbanen Resilienzregime im Zeitraum 2013 bis 2016

	Benachteiligung	Stigmatisierung	Spaltung	Neoliberalismus	Innovation	Natur & Klimaschutz	Kulturelle Vielfalt	Wohlfühl	Handlungsmacht/Ohnmacht	Fremdenfeindlichkeit	Unsicherheit	Solidarität	Linksradikalisierung/-populismus
■ Geringe Interaktion													
■ Mittlere Interaktion													
■ Hohe Interaktion													
Benachteiligung													
Stigmatisierung													
Spaltung													
Neoliberalismus													
Innovation													
Natur & Klimaschutz													
Kulturelle Vielfalt													
Wohlfühl													
Handlungsmacht/Ohnmacht													
Fremdenfeindlichkeit													
Unsicherheit													
Solidarität													
Linksradikalisierung/-populismus													

Anmerkung zur Einordnung der Interaktionshäufigkeiten zweier Regime: Gering = 1-2 Mal; mittel = 3-6 Mal; hoch = >7 Mal

10. Interpretation & Diskussion

Nachdem im vorherigen Kapitel die Ergebnisse des methodischen Vorgehens in aller Ausführlichkeit dargestellt wurden, sollen sie im Folgenden nun im Kontext der Forschungsfragen diskutiert und in Bezug zum aufgeführten Forschungsstand und zu dem entwickelten Theorierahmen interpretiert werden.

10.1 Dominante Themenfelder im Diskurs

Wie die Auswertung des diskursanalytischen Vorgehens aufzeigt, haben sich die Themenfelder und dominanten Ordnungskonzepte in Marzahn-Hellersdorf über die untersuchte Zeitspanne hinweg – sowohl in den Zeitblöcken zwischen 1993 und 2007 als auch unter genauerer Betrachtung der Zeiträume 2008 bis 2012 und 2013 bis 2016 – immer wieder verändert. Dies ist insofern wenig überraschend, als dass Städte und ihre Bezirke keine abgeschlossenen Enklaven darstellen, sondern hoch vernetzte sozialräumliche Sphären sind, die mit den globalen gesellschaftlichen Entwicklungen genauso wie mit lokalkulturellen Geschehnissen in ständiger wechselseitiger Einflussnahme stehen.

Betrachtet man sich zunächst die aus dem Diskurs herausgearbeiteten Themenbereiche und Schlüsselworte zwischen 1993 und 2007, so spiegeln diese die gesellschafts- und geopolitischen Geschehnisse ihres jeweiligen Zeit- und Raumkontextes wider.

Im Zeitraum 1993 bis 1997 waren (lokal-)politische Themen und die Namen der für den und im Bezirk relevanten Politikerinnen und Politiker – häufig mit DDR-Biographie – sowie Belange der Wohn- und Bauthematik im Vergleich zum Gesamtdiskurs überzufällig häufig vertreten und damit besonders dominant. So kurz nach der Wende galt es in dem ehemaligen Ostbezirk, die politischen und sozialräumlichen Bedingungen an den Westen anzugleichen. Als wichtig für die Kontextualisierung späterer Ereignisse, insbesondere im letzten untersuchten Diskurszeitraum 2013 bis 2016, kann außerdem der vergleichsweise dominante Themenblock zu Fremdenfeindlichkeit gewertet werden. Auch hier ist der gesellschaftliche Zeit-/Raumkontext relevant, so nach der Wende der durch die SED-Diktatur der ehemaligen DDR tabuisierte, gleichwohl existente Rechtsextremis-

mus in vielen ostdeutschen Gebieten erstmalig offen zu Tage trat.⁴⁰ Wenn auch das Phänomen in Marzahn-Hellersdorf daher keinen deutschlandweiten Sonderfall darstellt, liefert es doch wichtige Erklärungsansätze und Diskussionsgrundlagen für die dortigen Geschehnisse im Kontext der Flüchtlingskrise 20 Jahre später. So ließe sich auf Basis der Befunde im Diskurs zum Beispiel mutmaßen – ohne dies an dieser Stelle empirisch sicher belegen zu können oder wollen – dass die Sagbarkeit bestimmter ideologischer Positionen und die sich zum Teil verhärtende Demokratiedistanz in Marzahn-Hellersdorf im Kontext der Flüchtlingsthematik unter anderem deswegen so offen ausbrechen konnte, weil ein „Nährboden“ über all die Jahre bereits vorhanden war und man es auf gesellschaftlicher und (stadt-)politischer Ebene versäumt hatte, diesen in ausreichendem Maße aufzuarbeiten.

Ähnliches wie für 1993 bis 1997 gilt für den Zeitblock 1998 bis 2002. Hier jedoch war die Wohn- und Bauthematik noch dominanter ausgeprägt. Dies erklärt sich einerseits in der Aufmerksamkeit auf dem Modellprojekt Hellersdorf bei der Weltausstellung Expo 2000. Andererseits wird darin der damals bundesweite Diskurs um den Start des Stadtumbauprojekts Ost ab 2002 offenbar und die damit verbundene Krise der Wohnungswirtschaft und der Wohnungsbaugesellschaften ehemaliger ostdeutscher Plattenbausiedlungen (siehe dazu die Ausführungen zu Großwohnsiedlungen unter Kapitel 4.2).

Mit dem Zeitraum 2003 bis 2007 wurde schließlich erstmalig das Themenfeld Armut und soziale Missstände besonders relevant. Schlüsselworte wie Insolvenz, Job-Center und Arche lassen auf einen breiten Diskurs über Marginalisierung und soziale Problemlagen im Bezirk folgern, wie sie ebenfalls im Literaturüberblick zum Forschungsfeld Marzahn-Hellersdorf unter Kapitel 3.3 identifiziert wurden. Auch hier spielte jedoch der gesamtgesellschaftliche Kontext mutmaßlich eine wichtige Rolle, da innerhalb dieser Zeitspanne im Jahr 2005 eine deutschlandweite Umstrukturierung der Sozialämter vollzogen wurde, in deren Zuge die Job-Center als zuständig für Arbeitslosengeld II/Hartz IV erst eingerichtet wurden. Dass das Thema insgesamt große Aufmerksamkeit erfuhr, liegt nahe und mindert nicht seine Relevanz im Zusammenhang mit Marzahn-Hellersdorf. Im Gegenteil eröffnet es sogar den Interpretationsspielraum, dass die Umstände im

⁴⁰ Für eine zusammenfassende Darstellung und Ursachenforschung rechtsextremer Strömungen während der SED-Zeit und in den heutigen Gebieten der ehemaligen DDR siehe zum Beispiel die Ausführungen von Walter Friedrich (2001) oder Heinrich Best (2016).

Bezirk als gewissermaßen exemplarisch für landesweit auftretende Missstände diskutiert wurden.

Ähnliches gilt für die lokalpolitischen Diskurse mit den Schlüsselworten der Linkspartei und WASG (Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit). Die Gründung der Linkspartei fand deutschlandweit statt, spielte im lokalpolitischen Kontext Marzahn-Hellersdorf jedoch eine besonders herausragende Rolle und stellt einen wichtigen Baustein für Entwicklungen und Auseinandersetzungen im Bezirk 20 Jahre später im Zusammenhang mit der Flüchtlingsthematik sowie der Spaltung zwischen links- und rechtspolitischen Strömungen dar.

Mit der qualitativen Durchdringung der Diskurszeiträume 2008 bis 2012 sowie 2013 bis 2016 lassen sich schließlich explizit Rückschlüsse auf die in diesen Zeitspannen relevanten Themen und Ordnungskonzepte im Kontext von slow burn-Störungen beziehungsweise short term-Schocks ziehen. Auf Basis des Literaturüberblicks zum Forschungsfeld Marzahn-Hellersdorf sowie eigener bisheriger Forschung zu Gentrifizierungsprozessen in der Berliner Innenstadt war die Zeitspanne 2008 bis 2012 als besonders betroffen von slow burn-Irritationen identifiziert worden – maßgeblich in Form sich verfestigender Armut und unfreiwilliger Zuzüge von Menschen, die aus innerstädtischen Quartieren an den Stadtrand verdrängt wurden, sowie einem damit verbundenen Wandel auf dem Wohnungsmarkt und in der sozialkulturellen Zusammensetzung der Einwohnerschaft. 2013 bis 2016 wurden diese slow burn-Irritationen genau so, wenn nicht noch intensiver, erwartet. Aufgrund der Flüchtlingskrise ab 2013 wurden sie jedoch von short term-Schocks in Folge der Proteste um Ansiedlung von Flüchtlingsunterkünften im Bezirk deutlich dominiert und überlagert.

Die mit Hilfe des Blended Reading-Prozesses und des Kodierschermas identifizierten Diskurskategorien und ihre jeweiligen Subkategorien zu Infrastruktur und Wirtschaft, Sport/Freizeit/Kultur, Wohnen und Bauen, soziale und politische Verhältnisse sowie Ausprägungen des Wandels bilden einen strukturierenden Rahmen für beide Zeitspannen. Deren jeweilige Schwerpunkte, Wirkungen und Dominanzverhältnisse sowie auch die im Diskurs relevanten Akteurinnen und Akteure unterschieden sich jedoch zum Teil deutlich voneinander und lassen damit direkt und/oder indirekt auf die sozialräumlichen Veränderungsformen schließen, die im Bezirk herrschten.

Zunächst einmal fällt auf, dass sich im Zeitraum 2008 bis 2012 deutlich weniger Zeitungsartikel direkt beziehungsweise exklusiv mit Marzahn-Hellersdorf befasst-

ten. Häufiger wurde der Bezirk in einem gesamtstädtischen Zusammenhang gemeinsam und/oder in Vergleich zu anderen Bezirken oder Themen genannt.

Waren Beiträge alleinig auf Marzahn-Hellersdorf fokussiert und vermittelten dabei ein explizit positives Bild, so sind sie in den meisten Fällen der Diskurskategorie Infrastruktur und Wirtschaft zugeordnet und bezogen sich auf das Wachstum und die Innovationsfähigkeit des hiesigen Industriestandorts. Auch als Standort innovativer Wohnkonzepte im Bereich Wohnen und Bauen sowie als vielversprechender zukünftiger Austragungsort der Internationalen Gartenausstellung wurde Marzahn-Hellersdorf zumeist positiv dargestellt. Negative Darstellungen im alleinigen Kontext des Bezirks bezogen sich dagegen auf sich verschlechternde soziale Verhältnisse, Kriminalität (vor allem Brandstiftung) und vereinzelte Berichte über dort aktive Rechtsextremistinnen und -extremisten.

Wurde Marzahn-Hellersdorf, wie in der großen Mehrzahl der Artikel, im Kontext anderer Bezirke oder Belange genannt, so waren auch hier positive Darstellungen vor allem auf den Wirtschaftsstandort und infrastrukturelle Entwicklungsprojekte gerichtet. Eine explizit negative Berichterstattung fand dagegen in der Darstellung der sozialen Verhältnisse statt – die Entwicklung der Sozialstruktur im Vergleich zu anderen Bezirken wurde als besonders prekär beschrieben. Auch zu Themen des Berliner Wohnungsmarktes fand Marzahn-Hellersdorf negative Erwähnung – als von den steigenden Mieten abgekoppelt und Ort des sozialräumlichen Niedergangs. Damit finden sich zwar Hinweise auf Verdrängungstendenzen aus der Innenstadt. Ein Bewusstsein für einen sich verschärfenden Wohnungsmarkt auch am Stadtrand spiegelt sich jedoch nicht – was unter anderem in Berichten darüber erkennbar ist, dass Berliner Mietervereine einen Kündigungsschutz für bestimmte Innenstadtbereiche forderten, Bezirke wie Marzahn-Hellersdorf dabei aber ausgeklammert wurden. Auf Konsequenzen der Verdrängung in und für den Bezirk wurde nicht näher eingegangen, tatsächlich gab es eher Berichte über Fluktuation(sprognosen) aufgrund der sich verschlechternden Lage, statt über Zuzug.

Größtenteils hielten sich, wie im Ergebnisteil dargestellt, die positiven und negativen Darstellungen im Zusammenhang mit Marzahn-Hellersdorf im Zeitraum 2008 bis 2012 zwar in etwa die Waage. Die negativen Darstellungen dominierten jedoch deutlich die Diskurskategorien vor allem zu sozialen Verhältnissen und gaben damit, wenn auch oft nur indirekte, Hinweise auf die im Bezirk herrschenden slow burn-Irritationen. Die insgesamt eher distanzierte Berichterstattung zu Mar-

zahn-Hellersdorf, die sich einerseits in der geringen Anzahl an Artikeln mit alleinigem Bezirksfokus spiegelt sowie andererseits in den darin genannten Akteurinnen und Akteuren aus Stadtpolitik, Wirtschaft und Wissenschaft – zumeist ohne direkten Bezug zur ansässigen Bevölkerung – lässt darauf schließen, dass der Bezirk im öffentlichen Diskurs der Gesamtstadt im Zeitraum 2008 bis 2012 nur eine untergeordnete Rolle spielte und wenig Aufmerksamkeit auf sich zog.

Ganz anders stellte sich der Aufmerksamkeitsfokus auf Marzahn-Hellersdorf im Zeitraum 2013 bis 2016 im Kontext der short term-Schocks dar. Mehr als die Hälfte der im Close Reading-Prozess identifizierten und kodierten Artikel befasste sich ausschließlich mit Themen im und über den Bezirk. Die wichtigsten Diskurskategorien waren dabei Wohnen und Bauen sowie soziale und politische Verhältnisse, gefolgt von Sport/Freizeit/Kultur. Die Diskurskategorien waren deutlich von der Flüchtlingsthematik durchzogen. Und auch wenn sich – wie im Ergebnisteil bereits dargestellt – die positiven und negativen Berichte über alle Kategorien hinweg in etwa die Waage hielten, rückten die Artikel im Bereich Wohnen und Bauen beziehungsweise soziale und politische Verhältnisse den Bezirk vor allem in ein negatives Licht. Dies ergab sich aus der intensiven Berichterstattung zu Protesten und Übergriffen gegen Flüchtlingseinrichtungen sowie aus der Betonung eines deutlichen Rechtsrucks in der Bevölkerung – erkennbar in eben jenen Aktionen sowie dem Erfolg der AfD und NPD bei Wahlen im Bezirk. Zwar gab es durchaus auch Berichte über Gegendemonstrationen und solidarische Aktionen – vor allem im Bereich Sport/Freizeit/Kultur – diese waren jedoch weniger zahlreich. Wurde über Marzahn-Hellersdorf ohne Bezug zur Flüchtlingsthematik berichtet, so fand dies häufig im Kontext der Internationalen Gartenausstellung statt oder im Bereich Infrastruktur und Wirtschaft als innovativen Wirtschaftsstandort, aber auch in Bezug auf problematische soziale Verhältnisse an einzelnen Schulen im Bezirk.

Die Zeitungsartikel, die Marzahn-Hellersdorf im Kontext anderer Bezirke oder Belange nannten, waren in den Diskurskategorien soziale und politische Verhältnisse sowie Wohnen und Bauen ebenfalls deutlich von Berichten zur Flüchtlingsthematik geprägt. Neben Berichten über Proteste und Demonstrationen gegen Flüchtlingsunterkünfte ging es dabei jedoch oft auch schlicht um die Darstellung reiner Fakten, wie etwa die Verteilung der Einrichtungen über die Gesamtstadt und ihre einzelnen Bezirke. Ein wichtiges Thema war darüber hinaus die sich

verschärfende Wohnmarktlage in Berlin. In diesem Zusammenhang wurde auch über steigende Preise in den Stadtrandbezirken berichtet, die jedoch nicht ihrer steigenden Wohnraumattraktivität zugeordnet wurden, sondern dem inzwischen deutlicher ins Bewusstsein rückenden Wohnraummangel auch dort, wo der Zuzug nur bedingt oder gar nicht freiwillig stattfand.

Einhergehend mit dem deutlicheren Aufmerksamkeitsfokus auf Marzahn-Hellersdorf im Hauptstadtdiskurs und der großen Dichte an Zeitungsartikeln, die sich auf den Bezirk ganz alleine bezogen, wurden auch vermehrt Anwohnerinnen und Anwohner sowie zivilgesellschaftliche Organisationen neben Verantwortlichen aus Stadtpolitik und Wirtschaft als zentrale Akteurinnen und Akteure wahrgenommen und dargestellt. Daraus lässt sich folgern, dass der Diskurs im Kontext der short burn-Schocks im Vergleich zu den slow burn-Irritationen einen besseren Einblick auch in die Alltagsperspektiven aus dem Bezirk offenbarte. Gleichzeitig waren diese in der Regel aber auch sehr punktuell und wirkten stark pauschalisierend – zum Beispiel wenn ein einzelner abwertender Kommentar eines Anwohners zu einem Flüchtlingsheim als stellvertretend für die Sicht der meisten Bezirksbewohnerinnen und -bewohner dargestellt wurde.

Mehr noch als die inhaltlich dominanten Themen im Diskurs können die daraus abgeleiteten Regime urbaner Resilienz Einblick in das Bezirksgeschehen Marzahn-Hellersdorfs geben. Diejenigen Regime, die sich im Ergebniskapitel 9.3 als besonders dominant erwiesen sowie insbesondere ihre Interaktionsmuster und Strukturunterschiede sollen folgend nochmals eingehend diskutiert werden.

10.2 Dominante Regime urbaner Resilienz und ihr Verhalten im Kontext von slow burn-Störungen und short term-Schocks

Mit den Regimen urbaner Resilienz wurde in dieser Arbeit eine analytische Perspektive auf Prozesse und Kräfteverhältnisse im Stadtraum entwickelt, die sich im Kontext von sozialräumlichen Schocks und Störungen konstituieren beziehungsweise offenbar werden und dabei einen Einblick in die dort herrschenden Resilienz- und Vulnerabilitätskonstruktionen ermöglichen sollen. Urbane Resilienzregime sind, wie unter Kapitel 6 aus den Ausführungen zu Resilienz und Regimen hergeleitet, sozial konstruiert und fluide. Ihre Analyse spiegelt die dynami-

schen Wechselwirkungen zeitlicher, räumlicher und sozialer Dimensionen wider und soll damit einen Einblick in die Praktiken, Beziehungen und die kulturelle Differenzierung im urbanen Raum im Wandel der Zeit ermöglichen. Die Forschungsfragen 2 und 3 zielten daher darauf ab zu ergründen, welche urbanen Resilienzregime im Kontext der im Bezirk dominanten Themenfelder über die Zeit hinweg hervortraten und miteinander interagierten sowie ob und auf welche Weise sich die Regime vor dem Hintergrund sozialräumlicher slow burn-Irritationen und short term-Schocks voneinander unterschieden.

Über alle Zeiträume hinweg besonders ausgeprägt waren vor allem Regime der Benachteiligung. Dass diese sich als auffallend dominant erwiesen, ist insofern wenig überraschend, als dass mit Marzahn-Hellersdorf explizit ein Stadtbezirk ausgewählt wurde, welcher im Sinne der Segregationsforschung als „benachteiligter“ Stadtteil einzuordnen ist. Sie können daher als bestätigend für die angenommene Ausgangslage dieser Arbeit gewertet werden. Wie im Ergebnisteil unter Kapitel 9.3.1 ausführlich beschrieben, konstituierten sich die Regime in beiden Zeitperioden in Berichten über die Ausprägung und Verfestigung verschiedener Formen von Armut und den sozialen Abstieg bisheriger und neu hinzukommender Anwohnerinnen und Anwohner, in der Unterfinanzierung und dem Verfall von Freizeiteinrichtungen, in infrastrukturellen Missständen sowie in der allgemeinen Darstellung eines vernachlässigten Bezirks als „Auffangbecken“ der Miet- und Verdrängungsdynamiken aus der Innenstadt. In diesem langsamen und schleichenden Störungsprozess spiegelten die Regime vor allem allgemeine und ungerichtete Konstruktionen von Resilienz und Vulnerabilität vor Ort wider.

2013 bis 2016 wurden die Regime der Benachteiligung darüber hinaus und vor allem im Kontext der Flüchtlingsthematik in der als unfair empfundenen Verteilung der Flüchtlingsunterkünfte über die Gesamtstadt, aber auch in der Darstellung mangelhafter Zustände innerhalb einzelner Flüchtlingsunterkünfte offenbar. Mit dem rapiden Eintritt der Flüchtlingsthematik in den öffentlichen Diskurs entstanden im Kontext der Benachteiligungsregime folglich sehr viel spezifischere Vulnerabilitäts- und Resilienzkonstruktionen, die sich zum Beispiel in Berichten über den deutlichen Zulauf zu Demonstrationen und/oder verstärkt rechtsorientiertem Aktionismus und Wählerverhalten spiegelten.

Neben den Regimen der Benachteiligung zeigten sich in beiden Diskurszeiträumen außerdem Regime der Spaltung, der Stigmatisierung und neoliberale Regime dominant. Das Auftreten dieser Regime lässt sich in die Thesen und Be-

fundlagen der allgemeinen Segregationsforschung, wie unter Kapitel 4 beschrieben, einordnen. Die sozialräumliche Struktur der Stadt Berlin und ihres östlichen Randbezirks Marzahn-Hellersdorf spiegeln die Sozial- und Machtstrukturen in der (Stadt-)Bevölkerung wider, wie sie beispielsweise bei Häußermann und Siebel (2004) oder Franke und Schnur (2016) als typisch beschrieben werden. Die durch die Gentrifizierung in der Innenstadt zunehmend erzwungene Verdrängung und Segregation in die Außenbezirke führt dort zu einer Konzentration und Verfestigung sozialer Ungleichheit, zu Polarisierung und Fragmentierung. Das Leben in unfreiwilliger Segregation stellt wiederum eine besondere Herausforderung und eine ständig zu bewältigende Grenzerfahrung dar.

Gleichzeitig waren über beide Diskurszeiträume und die meisten Diskurskategorien hinweg aber auch deutliche Regime der Innovation, des Wohlfühlens und solche von Natur und Klimaschutz zu beobachten, die mit solchen der Benachteiligung, Spaltung und Stigmatisierung konkurrierten. Auch dieser Befund gliedert sich in den neueren Forschungsdiskurs zur Armut und Segregation der letzten Jahre ein, welcher „Problemquartiere“ auch als Ausgangspunkte und Möglichkeitsräume für soziales Kapital, Identitätsstiftung und Integration anerkennt (z.B. Rorato 2011; Bergmann 2013; Muri 2016).

Mit dem Aufkommen der Flüchtlingsthematik im Zeitraum 2013 bis 2016 wurden über alle anderen Regime hinaus vor allem solche der Fremdenfeindlichkeit im Diskurs sichtbar und in diesem Zusammenhang auch Regime der Handlungsmacht/Ohnmacht wichtiger. Des Weiteren konstituierten sich Regime von Solidarität und solche im Kontext von Linkspopulismus und -radikalismus, die in der Auswertung des vorherigen Diskurszeitraumes nur eine untergeordnete, beziehungsweise gar keine Rolle gespielt hatten. Die Sichtbarkeit und Deutlichkeit dieser Regime stehen im Einklang mit den sozialkulturellen „Schocks“ der Flüchtlingsthematik und den damit einhergehenden Geschehnissen und Vorfällen im Stadtraum und geben Rückschlüsse auf die Intensität, mit welcher der Alltag im Bezirk davon getroffen wurde.

Über diese Rückschlüsse hinsichtlich dominanter Ordnungskonzepte und ihrer Intensität hinaus liegt der Nutzen und „Neuigkeitswert“ in der Analyse urbaner Resilienzregime jedoch vor allem in ihrer inneren Struktur und insbesondere ihren Beziehungsmustern zueinander – also in ihrer *Relationalität*. Betrachtet man sich etwa die Struktur und Relationalität der in Marzahn-Hellersdorf so dominanten *Benachteiligungsregime*, so fällt auf, dass diese sich – einhergehend mit der

sich verfestigenden Armut und sozialen Missständen im Bezirk über beide Diskursperioden hinweg – aus ähnlichen Themen konstituierten und mit ähnlichen Regimen in Beziehung standen. Mit dem Einbruch der short term-Schocks veränderte sich jedoch teilweise die Intensität dieser Beziehungen, respektive traten neue Beziehungen in den Vordergrund, allen voran die Interaktion zu Regimen der Fremdenfeindlichkeit (siehe zur Verdeutlichung Abbildung 5). Damit verschoben sich auch die Macht- und Deutungsverhältnisse der Vulnerabilitäts- und Resilienzkonstruktionen – weg von allgemeinen und eher ungerichteten, hin zu sehr spezifischen, auf bestimmte Komponenten bezogene Handlungskonstellationen. Diese spiegeln sich wiederum auch in dem Hervortreten und der sich verstärkenden Verbindung zu Regimen der Handlungsmacht/Ohnmacht.

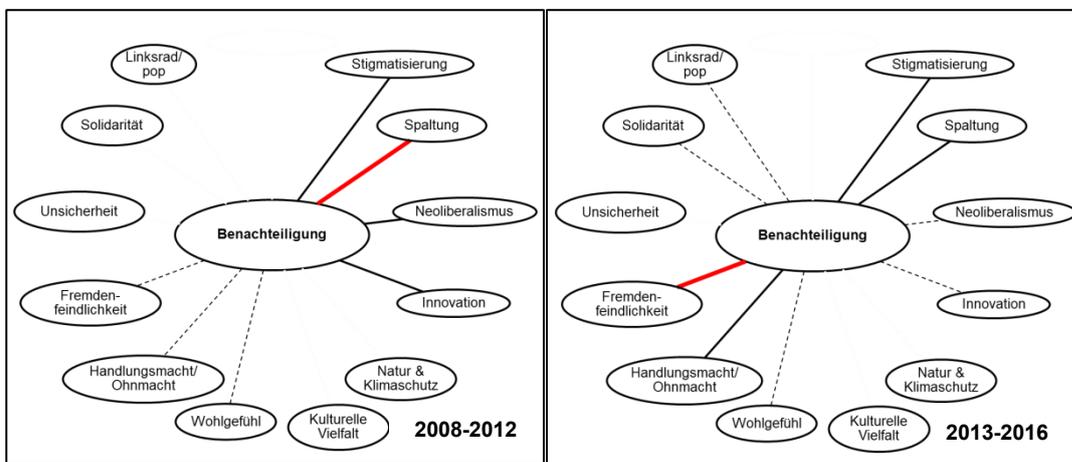


Abbildung 5: Regime der Benachteiligung und ihre Interaktionsmuster

Spielten die *Regime der Handlungsmacht/Ohnmacht* im Diskurs 2008 bis 2012 nur eine untergeordnete Rolle mit größtenteils schwachen Verbindungen zu anderen Regimen, nahmen sie im Kontext der short term-Schocks eine deutlich mächtigere Stellung und verbindende Funktion ein (siehe Abbildung 6). Dies ging wiederum mit einem Wechsel von eher allgemeinen zu sehr spezifischen Resilienz- und Vulnerabilitätskonstruktionen einher, die sich vor allem auf den Verbindungsachsen zu anderen Regimen abbildeten: In der Interaktion mit Regimen der Solidarität und kulturellen Vielfalt, etwa in Gestalt von Unterstützungsangeboten für Geflüchtete durch verschiedene Akteurinnen und Akteure im Bezirk; mit Regimen der Benachteiligung und Spaltung, etwa durch Passivität und Gefühle des Ausgeliefertseins gegenüber als nicht veränderbar empfundenen Zuständen – oder aber umgekehrt, in aktivem Engagement, um der Benachteiligung entgegen-

genzuwirken; sowie mit Regimen der Fremdenfeindlichkeit, zum Beispiel in Protestaktionen als Ermächtigungsgeste gegen die als unfair erachtete Verteilung von Flüchtlingsunterkünften.

Die Interaktionsmuster von Regimen der Handlungsmacht/Ohnmacht verdienen auch vor dem Hintergrund der Ausführungen zu Resilienz und Vulnerabilität unter Kapitel 6.1 und der Überwindung ihres normativen Charakters eine besondere Beachtung. So kann die Ermächtigung gegen als unangenehm empfundene, Vulnerabilität konstruierende Bedingungen zwar als „sozial unerwünscht“ gegenüber allgemeingesellschaftlichen Normen gelten. Sie stellt im Sinne des Charakters der urbanen Resilienzregime jedoch deutlich eine Form der Resilienzkonstruktion dar, die wiederum – wie auch im Konzept der Regimes of Living von Collier und Lakoff (2005) – Rückschlüsse auf die vor Ort herrschenden ethischen Konfigurationen ermöglicht.

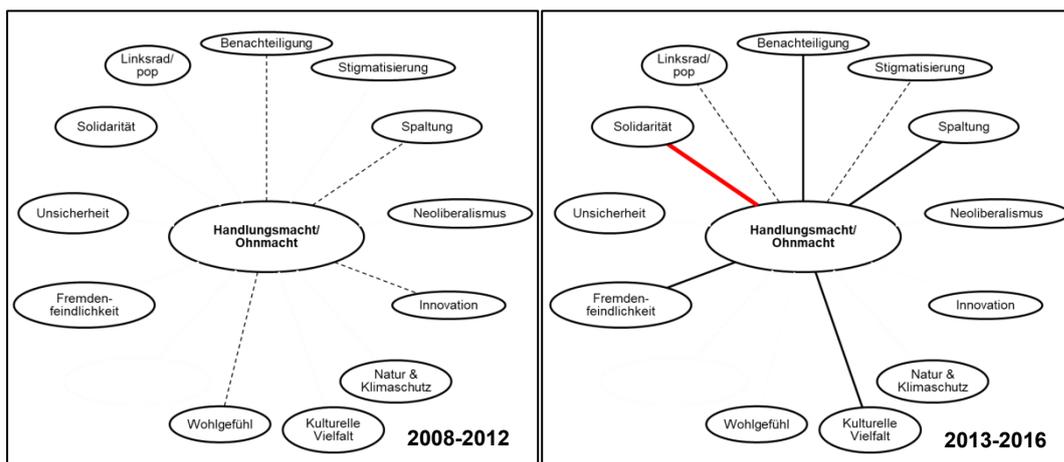


Abbildung 6: Regime der Handlungsmacht/Ohnmacht und ihre Interaktionen

Neben den Regimen der Benachteiligung und Handlungsmacht/Ohnmacht boten des Weiteren die *Regime der Spaltung* in ihrer Struktur und ihren Interaktionsmustern einen wichtigen und erkenntnisreichen Einblick in die Prozesse und die Resilienz- und Vulnerabilitätskonstruktionen in Marzahn-Hellersdorf im Kontext von slow burn-Irritationen und short term-Schocks (siehe dazu Abbildung 7). Während 2008 bis 2012 vor allem die Verbindungsachse zu Regimen der Benachteiligung besonders stark war und die Spaltungslinien im Kontext langsamer Störeinflüsse und allgemeiner Resilienzkonstruktionen zwischen Ost und West, Zentrum und Peripherie oder auch besseren und schlechteren Wohnlagen innerhalb des Bezirks verliefen, zeigten sich die Muster 2013 bis 2016 deutlich verän-

dert. Zwar blieb die Achse zu den Regimen der Benachteiligung stabil, die wichtigste Wechselwirkung bestand aber nun in der Beziehung zu Regimen der Fremdenfeindlichkeit und damit dem dominantesten Regime im Kontext der short term-Schocks. Die Spaltung verlief, wie unter Kapitel 9.3.3 ausführlich dargelegt, nun vor allem zwischen politischen Einstellungen und Ideologien und ging mit entsprechenden spezifischen Vulnerabilitäts- und Resilienzkonstruktionen einher. Die Regime der Spaltung können somit als nahezu „prototypisch“ im Sinne des in dieser Arbeit entwickelten Analyseschemas der urbanen Resilienzregime interpretiert werden: Anhand ihrer inneren Struktur und ihres Interaktionsverhaltens offenbaren sie einerseits den Blick auf die im Kontext der jeweiligen Störungs- und Schockeinflüsse dominantesten Regime (hier: Benachteiligung beziehungsweise Fremdenfeindlichkeit). Außerdem lässt sich in der Betrachtung des Wechsels beziehungsweise der Überlagerung von langsamen durch kurzfristige Irritationen auch eine Entwicklung von allgemeinen zu spezifischen Vulnerabilitäts- und Resilienzkonstruktionen nachzeichnen.

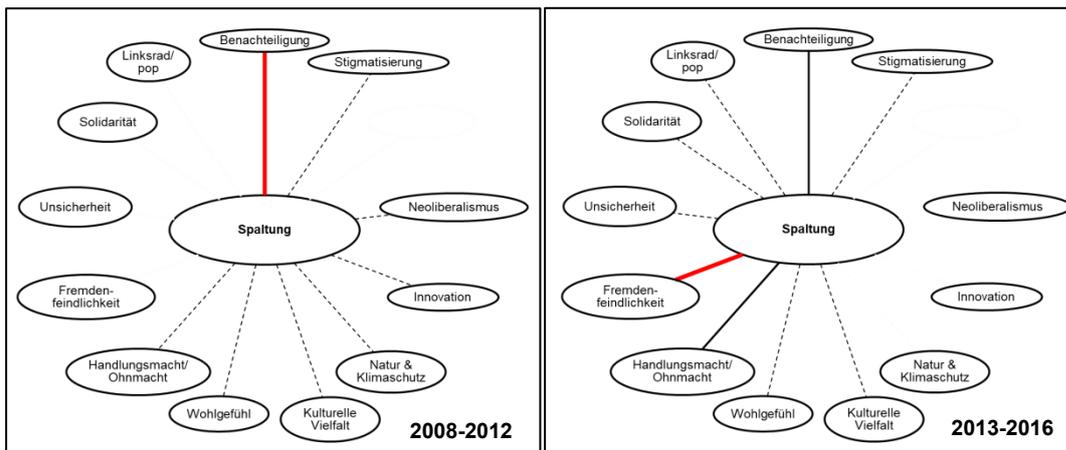


Abbildung 7: Regime der Spaltung und ihre Interaktionen

Bleibt zuletzt nochmals der Blick auf die *Regime der Fremdenfeindlichkeit*, die im Zeitraum 2013 bis 2016 eine herausragende Rolle einnahmen (Abbildung 8). Sie konstituierten sich deutlich aus den Geschehnissen im Kontext der Flüchtlingsthematik und in enger Wechselwirkung mit Regimen der Benachteiligung und Spaltung, aber auch mit solchen der Solidarität sowie der Handlungsmacht/Ohnmacht. In den Wechselwirkungen ließen sich jeweils sehr spezifische Konstruktionen von Resilienz und Vulnerabilität erkennen. Des Weiteren standen Regime der Fremdenfeindlichkeit mit nahezu allen anderen im Diskurs identifi-

zierten Regimen in Verbindung, was nochmals verdeutlicht, wie intensiv sie das Bezirksgeschehen insgesamt durchdrangen.

Die enge Kopplung zwischen Regimen der Fremdenfeindlichkeit und solchen der Benachteiligung, Spaltung und Handlungsmacht/Ohnmacht lässt darauf schließen, dass die im Diskurs so häufig erkennbare und sich in stigmatisierenden Regimen spiegelnde Pauschalisierung von Marzahn-Hellersdorf als „rechte Hochburg“ deutlich zu kurz fasst. Vielmehr deuten die Wechselwirkungen darauf hin, dass der unter anderem in den Wahlergebnissen quantifizierbare „Rechtsruck“ auch ein Anzeichen spezifischer Resilienzkonstruktionen darstellt – in Reaktion auf Vulnerabilitätswahrnehmungen, die im Zusammenhang mit der Benachteiligung und gefühlten Ohnmacht entstehen (siehe dazu auch die Ausführungen zu Regimen der Handlungsmacht/Ohnmacht weiter vorne in diesem Kapitel). Die deutliche Wechselwirkung mit Regimen der Solidarität offenbart wiederum die „andere Richtung“ der Resilienz- und Vulnerabilitätskonstruktionen. Sie äußerten sich etwa in Gesten und Aktionen gezielt gegen intolerante und fremdenfeindliche Wahrnehmungen.

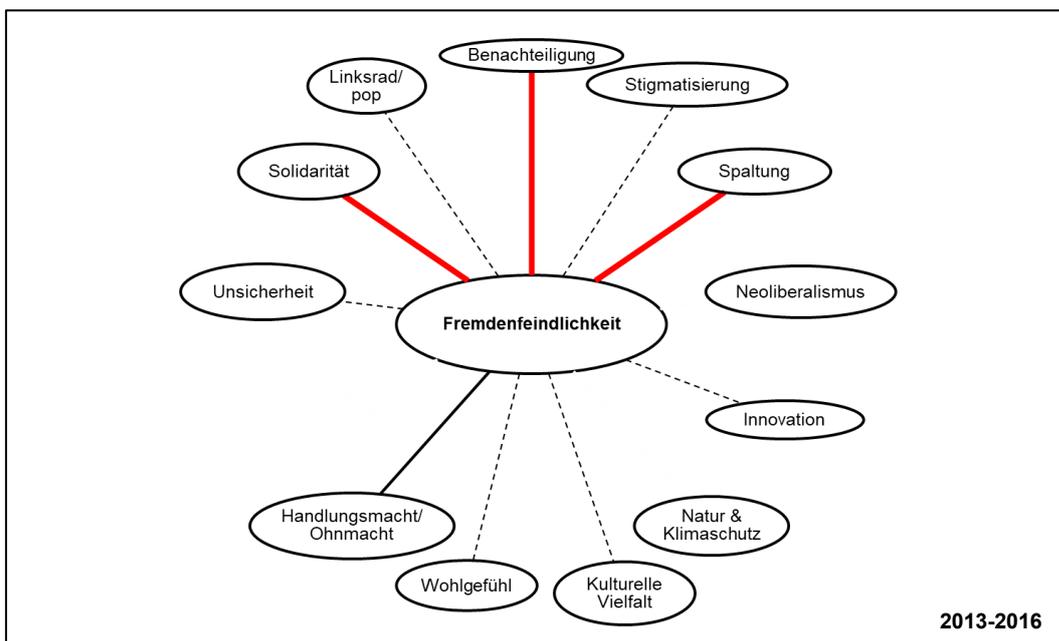


Abbildung 8: Regime der Fremdenfeindlichkeit und ihre Interaktionen

Die Darstellung der Ergebnisse dieser Arbeit sowie ihre Diskussion und Interpretation hatte in Hinblick auf die Forschungsfragen das Ziel, aufzuzeigen, welche Themenfelder in Marzahn-Hellersdorf vor dem Hintergrund der im Bezirk stattfindenden sozialräumlichen Wandlungsprozesse besonders relevant waren, welche urbanen Resilienzregime sich dabei konstituierten und interagierten und wie sich ihre Struktur und ihr Interaktionsverhalten im Kontext von slow burn-Veränderungen und short term-Schocks unterschieden.

Dabei demonstrierte die Auswertung des Diskurses deutlich, dass slow burn-Irritationen in beiden untersuchten Zeiträumen, sowohl zwischen 2008 und 2012 als auch zwischen 2013 und 2016, stattfanden. In der späteren Zeitperiode wurden sie jedoch weitestgehend von short term-Schocks im Zusammenhang mit der Flüchtlingsthematik überlagert. Wie in Kapitel 6 zum theoretischen Hintergrund dargestellt, verlaufen kurz- und langfristige Störungen oftmals parallel und sind eng miteinander verbunden und aufeinander bezogen (z.B. Martin und Sunley 2015). Die graduellen, schleichenden slow burn-Irritationen werden zumeist weniger und nur verzögert wahrgenommen (Bonß 2015; Boschma 2015; Strambach und Klement 2016). Die Ergebnisse dieser Arbeit bestätigen insofern die bereits vorhandene Befundlage, die sich bislang jedoch vor allem auf Naturereignisse oder Terrorattacken bezieht, auch auf einer soziokulturellen Dimension im Stadtraum.

Denn wenngleich sich die langsamen Störungen damit im Diskurs weniger und oft nur indirekt abzeichneten, bedeutet dies nicht, dass sie nicht existent waren. Sie waren zwar weniger sichtbar, ließen sich jedoch gut in der Struktur der ermittelten Regime urbaner Resilienz und deren Relationalität zueinander ablesen: Konstituierten sich die Regime weitestgehend aus long burn-Irritationen, waren die daraus entstehenden Resilienz- und Vulnerabilitätskonstruktionen zumeist eher ungerichtet und allgemein gehalten. Konstituierten sie sich im umgekehrten Falle vor allem aus plötzlich eintretenden short term-Schocks, zeigten sich die Resilienz- und Vulnerabilitätskonstruktionen dagegen deutlich gerichteter und spezifischer. Eine Unterscheidung nach langfristiger und kurzfristiger Resilienz beziehungsweise deren Prozess- und/oder Zielorientierung, wie sie nach dem in Kapitel 8.2.3 entwickelten theorieorientierten Analyseschema zur Identifikation urbaner Resilienzregime im selektiven Kodierprozess ebenfalls abgefragt wurde, ergab für die Ergebnisdarstellung und deren Interpretation jedoch keinen weiteren Erkenntnisgewinn (siehe dazu Tabelle 6 bis Tabelle 16 in Kapitel 9.3). Sie

kann in zukünftiger Forschung mit Regimen urbaner Resilienz im Kontext von slow burn-Störungen und short term-Schocks daher vernachlässigt werden.

Eine ganz erhebliche Bedeutung hat dagegen die Betrachtung der Wechselwirkungen der urbanen Resilienzregime untereinander. Während bereits die Identifikation der zentralen Themen, Ordnungskonzepte und Regime im Bezirk wichtige Rückschlüsse auf die verschiedenen Störeinflüsse und deren Auswirkungen auf das System und dessen Strukturen lieferte, ermöglichte vor allem der Blick auf die Dynamik ihrer Wechselwirkungen tiefer gehende Erkenntnisse auf die im Bezirk verhandelten Resilienz- und Vulnerabilitätskonstruktionen und damit auch auf die vor Ort herrschenden ethischen Konfigurationen und den sozialen Wandel im Bezirksleben Marzahn-Hellersdorfs.

Inwieweit diese Erkenntnisse zur Weiterentwicklung der zu Anfang dieser Arbeit geschilderten Ausgangslage beitragen können und was sich daraus für zukünftige Forschung ableitet, soll im folgenden Kapitel noch einmal resümiert werden.

11. Fazit & Ausblick

[T]he study of resilience in the urban is the study of interplay between different forms of thinking, doing and acting to understand the process of change in space and place over time. [...] the end result will be a much richer understanding of the process of change and the importance of the struggle for practical resilience of use to academics, researchers, policy-makers and practitioners.

(Rogers 2016, S. 5)

Zu Beginn meines Forschungsprozesses im Rahmen dieser Dissertationsschrift stand die Frage, wie sich am Fallbeispiel des Berliner Stadtbezirks Marzahn-Hellersdorf sozialräumliche Störungen in Folge der Gentrifizierungs- und Verdrängungsprozesse aus anderen Stadtteilen auf das aufnehmende urbane System eines ohnehin bereits „belasteten“ Bezirks auswirken. Im Zuge der intensiven Auseinandersetzung mit dem Forschungsfeld über die Zeit, dem Thema Segregation in Städten und der den Entstehungsprozess dieser Arbeit begleitenden gesellschaftspolitischen Veränderungen und Geschehnisse verschob und erweiterte sich ihr Fokus von diesen langsamen, graduellen sozialräumlichen „long burn“-Störungen um die Perspektive beziehungsweise den Vergleich mit plötzlichen „short term-Schocks“. Diese durchdrangen ab 2013 in Gestalt der sogenannten Flüchtlingskrise das Bezirksleben Marzahn-Hellersdorfs mit großer Intensität und gaben dem Forschungsprozess eine neue beziehungsweise zusätzliche Ausrichtung. Der Schwerpunkt der Arbeit verlagerte sich daher von den Dynamiken im Zuge der Gentrifizierungs- und Verdrängungsprozesse hin zu einer Betrachtung der im und zum Bezirk dominanten Themenfelder und Ordnungskonzepte im Zuge und im Kontrast der unterschiedlichen sozialräumlichen Irritationsformen und -geschwindigkeiten.

Um an die jeweiligen Bedrohungslagen der Lebensverhältnisse anzuschließen und die dabei entstehenden Dynamiken, Aushandlungs- und Verarbeitungsformen über die Zeit zu erforschen, wurde dem Forschungsprozess als theoretisches Fundament ein sozialkonstruktivistisch-analytischer Resilienz- und Vulnerabilitätsbegriff zur Basis gelegt.

(Urbane) Resilienz als sozialräumliche Leistung einer Gemeinschaft gilt als eines der „Zeitgeistphänomene“ des 21. Jahrhunderts im Zusammenhang mit gesell-

schaftlichen Wandlungsprozessen und soll Aussagen über die Abwehr-, Anpassungs-, und Lernmechanismen eines urbanen Systems ermöglichen. Da der Begriff aufgrund der Vielzahl seiner verschiedenen Verwendungskontexte und Disziplinen eine gewisse Breite und Unschärfe besitzt, die auch seine Operationalisierung deutlich erschweren, wurde er im Zuge einer intensiven theoretischen Auseinandersetzung auf den Forschungsgegenstand dieser Arbeit verengt und geschärft.

Unter Zuhilfenahme des Regimebegriffs als relationale, vielschichtige und flüchtige Organisationsformen von Dominanz wurde so mit den *Regimen urbaner Resilienz* eine analytische und strukturierende Perspektive auf sozialräumliche Prozesse und Kräfteverhältnisse entwickelt. Die Verbindung des Resilienz- mit dem Regimebegriff ermöglicht eine Betrachtung der Wechselwirkungen räumlicher und sozialer Dimensionen im Prozess. Dabei spielen die Historizität und das lokalkulturelle Gedächtnis ebenso eine Rolle wie die Einordnung in den aktuellen zeitspezifischen Kontext. Die Regime konstituieren sich vor diesem Hintergrund im Zuge von Störungen und Schocks im Stadtraum und offenbaren das Sichtfeld auf die dort herrschenden Vulnerabilitäts- und Resilienzkonstruktionen. Ihre Entstehung(sbedingungen), ihre Struktur und ihr Interaktionsverhalten sollten somit im Sinne des Forschungsinteresses dieser Arbeit Aufschluss über die Auswirkungen sozialräumlicher short term-Schocks und long burn-Störungen in benachteiligten Stadtbezirken am Beispiel von Marzahn-Hellersdorf geben.

Das Forschungsvorgehen zur Entwicklung und Analyse der urbanen Resilienzregime setzte sich aus einem multi-methodalen Set qualitativer und quantitativer Verfahren zusammen. Es beinhaltete den Rückgriff auf das auto- und paraethnographische Wissen der Autorin, die lexikometrische Diskursanalyse eines Zeitungskorpus über Marzahn-Hellersdorf aus den Jahren 1993 bis 2016 sowie dessen qualitative Durchdringung in den Zeiträumen 2008 bis 2012 (= long burn-Störungen) und 2013 bis 2016 (= short term-Schocks) mit Hilfe theorieorientierten Kodierens. Als Forschungsstil und formgebender Verfahrensrahmen für diese abduktive Vorgehensweise diente die Grounded Theory.

Die Ergebnisse der Analyse zeigten deutlich die Verschiebung relevanter Themenschwerpunkte im untersuchten Diskurszeitraum vor dem Hintergrund ihres gesellschafts- und zeitpolitischen Kontextes auf. In der qualitativen Vertiefung zwischen 2008 und 2016 konfigurierten sich die Wandlungsprozesse in den Themenbereichen Infrastruktur und Wirtschaft, Sport/Freizeit/Kultur, Wohnen und

Bauen, soziale und politische Verhältnisse sowie Ausprägungen des Wandels. 2013 bis 2016 waren all diese Themenbereiche deutlich von der Flüchtlingskrise und den damit in Verbindung stehenden Geschehnissen durchzogen.

Als dominante Regime urbaner Resilienz wurden in beiden Zeitperioden vor allem solche der Benachteiligung, Spaltung, Stigmatisierung und des Neoliberalismus, aber auch solche von Innovation, Wohlfühl sowie Natur und Klimaschutz identifiziert. 2013 bis 2016 offenbarten sich darüber hinaus in aller Deutlichkeit Regime der Fremdenfeindlichkeit, die zuvor nur eine untergeordnete Rolle gespielt hatten. Auch Regime der Handlungsmacht/Ohnmacht, der Solidarität und solche des Linkspopulismus/der Linksradikalisierung wurden mächtiger oder kamen neu hinzu.

Nicht jedoch das Auftreten der Regime an sich, sondern der Blick in ihre inneren Strukturen und insbesondere ihre Relationalität und Wechselwirkungen untereinander ermöglichten schließlich vor dem Hintergrund der Forschungsfragen Rückschlüsse auf die im Kontext der jeweiligen Störungsformen und Bedrohungslagen herrschenden Ordnungsmuster und Dynamiken und die sich dabei konfigurierenden Vulnerabilitäts- und Resilienzkonstruktionen im Bezirkssystem.

2008 bis 2012 zeigten sich in der Wechselwirkung zwischen Benachteiligung und Spaltung, aber auch Benachteiligung und Stigmatisierung die deutlichen Kontraste zwischen Innenstadt und Randbezirk, West und Ost oder auch guten und schlechten Wohnlagen. Innerhalb des Bezirks traten Kontraste eher zwischen Benachteiligung auf der einen Seite und Innovation sowie Natur und Klimaschutz auf der anderen Seite auf. Sie spiegelten sich zum Beispiel in Berichten über verschiedene Ausprägungen von Armut einerseits und Darstellungen von Lebensqualität aufgrund der Nähe zu Natur und Grünflächen andererseits. Diese Muster zeigen, dass sich die Verdrängung aus der Innenstadt bislang eher in allgemeinen Vulnerabilitäts- und Resilienzkonstruktionen im Bezirk offenbarte. Im Diskurs fanden sich dagegen nur wenige Hinweise auf neue oder intensive Interaktions- und Gemengelagen, die durch die in den Bezirk verdrängten Einwohnerinnen und Einwohner entstanden sein könnten.

Auch 2013 bis 2016 waren die sich im Zuge der long burn-Störungen vollziehenden Segregationstendenzen und die sich verfestigende Armut im Bezirk vor allem in den Regimen der Benachteiligung indirekt erkennbar. Die deutlich auffälligeren Dynamiken spiegelten sich jedoch in den short term-Schocks in Zusammenhang mit der Flüchtlingsthematik. Die engen Zusammenhänge zwischen den Regimen

der Benachteiligung, Fremdenfeindlichkeit, Spaltung, Handlungsmacht/Ohnmacht und Solidarität zeigten eine völlig veränderte Gemengelage im Bezirk auf.

Spaltungen vollzogen sich, anders als im Zeitraum 2008-2012, deutlich weniger sichtbar zwischen Zentrum und Peripherie, als vielmehr innerhalb des Bezirks zwischen ideologisch geprägten Positionen und Handlungen. Auch wenn die Regime der Fremdenfeindlichkeit dabei als besonders dominant auffielen und damit auf den ersten Blick das im Diskurs so häufig vermittelte Bild von Marzahn-Hellersdorf als „rechte Hochburg“ reflektierten, boten sie vor allem im Kontext ihrer Wechselwirkung mit Regimen der Benachteiligung, der Spaltung und der Handlungsmacht/Ohnmacht weitere Interpretationsspielräume. Ihr gemeinsames Auftreten lässt darauf schließen – ohne damit die rechten Ausschreitungen rechtfertigen oder mildern zu wollen – dass der „Rechtsruck“ in der Bevölkerung nicht zwingend beziehungsweise nicht alleine aus einer politisch-ideologischen Motivation heraus zu deuten ist. Stattdessen könnte er eine Resilienzkonstruktion und Ermächtigungsstrategie im Zuge der mit Benachteiligung und Ohnmacht einhergehenden Vulnerabilitätswahrnehmungen darstellen. Diese könnten durch einen bereits vorhandenen „Nährboden“ aufgrund des unzureichend aufgearbeiteten Rechtsextremismus aus Zeiten der SED-Diktatur sowie – mit Blick auf die Erkenntnisse aus der Segregationsforschung – durch die sich verfestigende Armut eines ohnehin bereits benachteiligten Bezirks nochmals verstärkt werden. Und auch die Dichte der Großwohnsiedlung, innerhalb welcher Fremde gerade im Kontext bereits vorhandener Marginalisierung schnell als Aggressoren wahrgenommen werden (siehe zum Beispiel Häußermann und Siebel 2004), könnte den Effekt noch begünstigen.

Ohnehin – und hier unterstreichen die Befunde dieser Arbeit die Ausführungen von Grunze (2017, 2018) und Altröck et al. (2018a, 2018b) zu Großwohnsiedlungen in Kapitel 4 – verdienen Geschossbaubezirke wie Marzahn-Hellersdorf vor dem Hintergrund aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen von Wohnungsnot, Segregation, der Integration von Menschen mit Fluchthintergrund und rechtsmotivierten Bedrohungslagen und Gewalt eine vermehrte und differenzierte Aufmerksamkeit von Forschung und Politik.

Dies gilt auch für die sich in dieser Arbeit im Zusammenhang mit Regimen des Linkspopulismus/der Linksradikalisierung offenbarenden Wechselwirkungen und Dynamiken. In Interaktion mit Regimen der Spaltung, Benachteiligung und Fremdenfeindlichkeit, aber auch mit solchen der Solidarität und Handlungs-

macht/Ohnmacht traten sie im Diskurszeitraum 2013 bis 2016 erstmalig auf. Die Berichte wiesen jedoch einen derartig großen Mangel an Trennschärfe zwischen Linkspopulismus und -radikalisierung, linkspolitisch, solidarisch oder schlichtweg „links“ auf, dass die sich aus den Regimen ergebenden Interpretationsspielräume zu wenig Aussagekraft für weiter reichende Deutungen und Schlussfolgerungen ermöglichten. Was aber bleibt, ist der Hinweis auf die dringende Notwendigkeit, hier im öffentlichen (und auch im wissenschaftlichen) Diskurs mehr Differenzierungsarbeit zu leisten, um „linke“ Ideologien, etwa in Verbindung mit Radikalisierung, Segregation und Benachteiligung, besser einordnen zu können.

Schaut man an diesem Punkt noch einmal zurück zum Beginn dieser Arbeit und betrachtet sich den Weg, den sie von ihrem Ausgangsinteresse über die Verschiebung und Erweiterung ihres Fokus‘ bis hin zur Entwicklung und Anwendung der Perspektive urbaner Resilienzregime und deren Diskussion und Interpretation genommen hat, so lässt sich aus Sicht der Autorin Folgendes resümieren:

Die Verbindung des Resilienz- mit dem Regimebegriff zum Konzept der Regime urbaner Resilienz stellt eine innovative Betrachtungsweise und Untersuchungsmöglichkeit sozialräumlicher Veränderungsprozesse dar. Anhand der inneren Struktur und der Relationalität der Regime ist es möglich, die Dynamiken im urbanen Raum zu untersuchen und dabei zwischen den Auswirkungen langsamer, gradueller und plötzlicher, rupturartiger Störungen und Schocks besser zu differenzieren. Dies ist gerade im Kontext der gesellschaftlichen Wandlungsprozesse, globalen Unsicherheiten und Krisen des 21. Jahrhunderts auch auf sozialräumlicher und kultureller Ebene von hoher Relevanz und kann dabei helfen, die Auswirkungen sozialer Irritationen im urbanen Raum besser einzuordnen sowie dessen Kapazitäten besser einzuschätzen.

Die Betrachtung und Deutung der in den Regimen sichtbar werdenden Resilienz- und Vulnerabilitätskonstruktionen jenseits normativer Zuschreibungen schließt an aktuelle Themen und Entwicklungen in den Kultur- und Sozialwissenschaften an und stellt eine Weiterentwicklung bisheriger Ansätze dar. Das Konzept und das damit in Verbindung stehende hier gewählte multi-methodale Forschungsvorgehen bieten darüber hinaus die Möglichkeit, sich auch als einzelne Forschungsperson mit einem urbanen Bezirk in seiner Gänze beziehungsweise großen Ausschnitten auf einem Mesolevel ausführlich und differenziert auseinanderzusetzen.

Zukünftige Forschungsarbeiten können und sollten das Konzept der Regime urbaner Resilienz auch in der Untersuchung anderer Bezirke und Städte einsetzen und weiterentwickeln, um die Erkenntnisse über ihr Auftreten, ihre Strukturen und ihre Interaktionsmuster weiter auszugestalten.

Um das komplexe Zusammenspiel zwischen den im Bezirk herrschenden slow burn- und short term-Störungen sowie den sich dabei konfigurierenden und interagierenden urbanen Resilienzregimen tatsächlich auch mit den Alltagspraktiken und -wahrnehmungen der Anwohnerinnen und Anwohner vor Ort zu verknüpfen, bedarf es außerdem zusätzlicher, emischer Herangehensweisen und „Tiefenbohrungen“, z.B. in Form von Interviews und Ethnographien, die ebenfalls zukünftiger Forschung vorbehalten bleiben.

Und so stellt der Endpunkt dieser Arbeit potenziell auch wieder eine Rückkehr an ihren Ausgangspunkt beziehungsweise das den Forschungsprozess einleitende Ausgangsinteresse dar: Mit dem Wissen und den Erkenntnissen über die in Marzahn-Hellersdorf herrschenden und interagierenden Regime urbaner Resilienz ließe sich aufs Neue die Frage nach den Auswirkungen von Gentrifizierungs- und Verdrängungsprozessen aus der Innenstadt in einen ohnehin bereits belasteten Stadtbezirk stellen. Dabei würde der Fokus jedoch nicht erneut auf der Mesoebene des Sozialraums als System liegen, sondern, vor dem Hintergrund der in dieser Arbeit bereits gewonnenen Erkenntnisse, auf den jeweiligen Praktiken und Alltagsperspektiven in einzelnen sozialräumlichen Systemausschnitten – Begegnungsorte bisheriger und neu hinzukommender Anwohnerinnen und Anwohner wie beispielsweise einzelne Wohnhausblocks, Schulen oder Freizeiteinrichtungen.

So oder so ist es dringend erforderlich, ob nun im Zuge von long burn-Störungen, short term-Schocks oder beidem, die Aufmerksamkeit von Wissenschaft und Politik im Kontext von Stadtentwicklung und Urbanisierung wieder vermehrt auf die „Ränder“ der Städte als relevante Interaktionsräume unserer gesellschaftlichen Entwicklung zu richten. Damit ist nicht zwingend der geographisch-physische Stadtrand wie etwa in Marzahn-Hellersdorf gemeint, sondern auch die wechselseitige und multidimensionale Beziehung zwischen „Zentrum“ und „Peripherie“. Letztere ist dabei nicht als reines Auffangbecken sozialräumlicher Entwicklungen zu betrachten, sondern als Weg, Prozess und komplexer Ort von Dynamik und Interaktion, wo unterschiedliche Wahrnehmungen und Konstruktionen von Resilienz und Vulnerabilität herrschen. Diese wirken innerhalb des jeweiligen Sozial-

raumes, jedoch auch darüber hinaus und wieder in das „Zentrum“ zurück, und können Aufschluss geben über die im urbanen Raum herrschenden und interagierenden ethischen Konfigurationen.

12. Epilog

Neukölln Marzahn-Hellersdorf ist überall!

„Ist Marzahn-Hellersdorf das neue Neukölln?“ Diese Frage aus dem Publikum einer Diskussionsveranstaltung über Neukölln eröffnet, 12 Kapitel zurück blättern, das Vorwort dieser Arbeit. Damals antwortete ich der Diskussionsteilnehmerin, dass ich die Frage im Rahmen einer auf Neukölln bezogenen Vortragsreihe und auf Basis meiner in dem Bezirk durchgeführten Forschung leider nicht beantworten könne. Ich stellte aber in Aussicht, dass wir uns möglicherweise einige Jahre später auf einer ähnlich gearteten Veranstaltung, diesmal zu Forschung in und über Marzahn-Hellersdorf, noch einmal über die Thematik unterhalten könnten – so sich denn der Aufmerksamkeitsfokus von Öffentlichkeit und Wissenschaft dahingehend verschieben möge.

Dieser Verschiebung, beziehungsweise vielmehr einer *Erweiterung* der Aufmerksamkeit, leistet die vorliegende Arbeit einen Beitrag. Es wäre wünschenswert, wenn sich noch zahlreiche andere Forschungsbeiträge verschiedener Disziplinen eingehender mit Bezirken wie Marzahn-Hellersdorf und den dort stattfindenden Dynamiken auseinandersetzen. Denn nicht nur „Neukölln ist überall“, wie es der langjährige Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky in seinem Bestsellerbuch 2012 mit deutschlandweiter Aufmerksamkeit diskutierte. Auch die in Marzahn-Hellersdorf stattfindenden Prozesse und Entwicklungen finden sich „überall“. Sie haben nicht nur an den „Rändern“ der Städte, sondern auch in der Mitte unserer Gesellschaft eine hohe Relevanz.

Literaturverzeichnis

- Adger, W. Neil (2000): Social and ecological resilience. Are they related? *Progress in Human Geography*, 24(3), 347–364.
- Adger, W. Neil (2006): Vulnerability. *Global Environmental Change*, 16(3), 268–281.
- Aehnelt, Reinhard (2018): Baut auf, baut auf! Reißt ab, reißt ab! Der industriell errichtete Wohnungsbestand im Spannungsfeld von Marktprozessen, Interessen und Politik. In: Uwe Altrock, Nico Grunze und Sigrun Kabisch (Hg.): *Großwohnsiedlungen im Haltbarkeitscheck. Differenzierte Perspektiven ostdeutscher Großwohnsiedlungen* (S. 14–34). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Alexander, D. E. (2013): Resilience and disaster risk reduction. An etymological journey. *Natural Hazards and Earth System Sciences*, 13(11), 2707–2716.
- Altrock, Uwe; Grunze, Nico; Kabisch, Sigrun (2018a): Ostdeutsche Großwohnsiedlungen im Haltbarkeitscheck. Einführung. In: Uwe Altrock, Nico Grunze und Sigrun Kabisch (Hg.): *Großwohnsiedlungen im Haltbarkeitscheck. Differenzierte Perspektiven ostdeutscher Großwohnsiedlungen* (S. 1–14). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Altrock, Uwe; Grunze, Nico; Kabisch, Sigrun (2018b): Vorwort. In: Uwe Altrock, Nico Grunze und Sigrun Kabisch (Hg.): *Großwohnsiedlungen im Haltbarkeitscheck. Differenzierte Perspektiven ostdeutscher Großwohnsiedlungen* (S. VII-VIII). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Amt für Statistik Berlin Brandenburg (2016a): *Melderechtlich registrierte Einwohner am Ort der Hauptwohnung nach Bezirken 1991 bis 2015*. Online verfügbar unter <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/statistiken/lange-reihen/dateien/Einwohner.xlsx> [19.08.2016].
- Amt für Statistik Berlin Brandenburg (2016b): *Statistischer Bericht A I 5 - hj 2 / 15. Einwohnerinnen und Einwohner im Land Berlin zum 31.12.2015*. Online verfügbar unter https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/publikationen/stat_berichte/2016/SB_A01-05-00_2015h02_BE.pdf [19.08.2016].
- Amt für Statistik Berlin Brandenburg (2016c): *Wahlen zum Abgeordnetenhaus 2016*. Online verfügbar unter https://www.wahlen-berlin.de/Wahlen/BE2016/afspraes/details_bezirk-10-marzahn-hellersdorf_gesamt.html [02.12.2016].
- Amt für Statistik Berlin Brandenburg (2019): *Pressemitteilung Nr. 30 vom 22. Februar 2019*. Potsdam. Online verfügbar unter https://www.berlin.de/sen/wirtschaft/wirtschaft/branchen/tourismus/tourismus-in-zahlen/19-02-22-2_presse.pdf [10.04.2019].

- Amundsen, Helene (2012): Illusions of Resilience? An Analysis of Community Responses to Change in Northern Norway. *Ecology and society*, 17(4): 46.
- Angermüller, Johannes (2007): Diskurs als Aussage und Äußerung - Die enunziative Dimension in den Diskurstheorien Michel Foucaults und Jacques Lacans. In: Ingo Warnke (Hg.): *Diskurslinguistik nach Foucault. Theorie und Gegenstände* (S. 53–80). Berlin, New York: Walter de Gruyter.
- Angermüller, Johannes (2014): Einleitung. Diskursforschung und Analyse. Umriss eines interdisziplinären und internationalen Feldes. In: Johannes Angermüller (Hg.): *Diskursforschung. Ein interdisziplinäres Handbuch* (S. 16–36). Bielefeld: Transcript.
- B.Z. (2016): *FDP-Wahlkampf am Kotti*. Online verfügbar unter <https://www.bz-berlin.de/liveticker/fdp-wahlkampf-am-kotti> [24.05.2019].
- Baggio, Jacopo A.; Brown, Katrina; Hellebrandt, Denis (2015): Boundary object or bridging concept? A citation network analysis of resilience. *Ecology and society*, 20(2):2.
- Bahn, Christopher; Potz, Petra; Rudolph, Hedwig (2003): *Urbane Regimes - Möglichkeiten und Grenzen des Ansatzes*. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Discussion Paper SP III 2003-201. Online verfügbar unter https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/11145/ssoar-2003-bahn_et_al-urbane_regime_-_moglichkeiten_und.pdf?sequence=1 [08.08.2018].
- Batty, Elaine; Cole, Ian (2010): Resilience and the recession in six deprived communities: Preparing for worse to come? Joseph Rowntree Foundation, JRF programme paper: Poverty and place programme. Online verfügbar unter <https://www.jrf.org.uk/file/40432/download?token=9jPanftG&filetype=full-report> [25.05.2019]
- Bergmann, Malte (2013): Die Sonnenallee in Berlin-Neukölln als hybrider Raum migrantischer Ökonomien. In: Olaf Schnur, Philipp Zakrzewski und Matthias Drilling (Hg.): *Migrationsort Quartier – zwischen Segregation, Integration und Interkultur* (S. 151–165). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Best, Heinrich (2016): Trends und Ursachen des Rechtsextremismus in Ostdeutschland. In: Wolfgang Frindte, Daniel Geschke und Nicole Haußecker (Hg.): *Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“*. *Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen (Edition Rechtsextremismus)* (S. 119–130). Wiesbaden: Springer VS.
- Best, Ulrich; Gebhardt, Dirk (2001): Stigmastadtpläne Berlins. In: Paul Reuber und Günter Wolkersdorfer (Hg.): *Politische Geographie: Handlungsorientierte Ansätze und Critical Geopolitics* (S. 217–227). Heidelberg: Selbstverlag des Geographischen Instituts der Universität Heidelberg.
- Bever, Arlen; Brodowski, Michael; Henßler, Vera; Misbach Elène; Stapf-Finé, Heinz (2015): *Sozialräumliche Demokratieentwicklung. Das Beispiel Marzahn-Hellersdorf*. Berlin: Logos Verlag.

- Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf (2014a): Infrastrukturbericht. Bereich Gesundheit und Soziales Marzahn-Hellersdorf 2013. Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin, Abteilung Gesundheit und Soziales. Online verfügbar unter http://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/politik-und-verwaltung/service-und-organisationseinheiten/qualitaetsentwicklung-planung-und-koordination-des-oeffentlichen-gesundheitsdienstes/downloads/infrastrukturbericht_2013.pdf [25.05.2019].
- Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf (2014b): *Wanderungsbewegung Marzahn-Hellersdorf 2013*. Online verfügbar unter https://www.berlin.de/imperia/md/cotent/bamarzahnellersdorf/publikationen/gesundheit/gessozplanung/bericht_wanderungsbewegung_2013.pdf?start&ts=1427107738&file=bericht_wanderungsbewegung_2013.pdf [04.08.2016].
- Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf (2015a): *Demographiebericht Marzahn-Hellersdorf 2014*. Online verfügbar unter https://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/politik-und-verwaltung/service-und-organisationseinheiten/qualitaetsentwicklung-planung-und-koordination-des-oeffentlichen-gesundheitsdienstes/downloads/demografische_situation_in_marzahn_hellersdorf_2014.pdf [05.08.2016].
- Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf (2015b): *Sozialbericht 2014 Marzahn-Hellersdorf*. Online verfügbar unter <https://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/politik-und-verwaltung/service-und-organisationseinheiten/qualitaetsentwicklung-planung-und-koordination-des-oeffentlichen-gesundheitsdienstes/downloads/sozialbericht-2014-marzahn-hellersdorf.pdf> [10.08.2016].
- Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf (2016): *Marzahn-Hellersdorf - Kurzporträt*. Online verfügbar unter <http://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/ueber-den-bezirk/kurzportraet/> [17.08.2016].
- Bigo, Didier (2008): Globalized (in)security: The field and the ban-opticon. In: Didier Bigo und Anastassia Tsoukala (Hg.): *Terror, insecurity and liberty. Il-liberal practices of liberal regimes after 9/11* (S. 10–48). London, New York: Routledge Taylor & Francis Group.
- Bischof, Andreas; Wohlrab-Sahr, Monika (2018): Theorieorientiertes Kodieren, kein Containern von Inhalten! In: Christian Pentzold, Andreas Bischof und Nele Heise (Hg.): *Praxis Grounded Theory. Theoriegenerierendes empirisches Forschen in medienbezogenen Lebenswelten: ein Lehr- und Arbeitsbuch* (S. 73–101). Wiesbaden: Springer VS.
- Blum, Sabine; Endreß, Martin; Kaufmann, Stefan; Rampp, Benjamin (2016): Soziologische Perspektiven. In: Rüdiger Wink (Hg.): *Multidisziplinäre Perspektiven der Resilienzforschung (Studien zur Resilienzforschung)* (S. 151–177). Wiesbaden: Springer Fachmedien.

- Bonß, Wolfgang (2015): Karriere und sozialwissenschaftliche Potenziale des Resilienzbegriffs. In: Martin Endreß und Andrea Maurer (Hg.): *Resilienz im Sozialen. Theoretische und empirische Analysen* (S. 15–31). Wiesbaden: Springer VS.
- Boschma, Ron (2015): Towards an Evolutionary Perspective on Regional Resilience. *Regional Studies*, 49(5), 733–751.
- Brailich, Adam; Germes, Mélina; Schirmel, Henning; Glasze, Georg; Pütz, Robert (2008): Die diskursive Konstitution von Großwohnsiedlungen in Deutschland, Frankreich und Polen. *Europa Regional*, 16(3), 113–128.
- Brand, Fridolin; Jax, Kurt (2007): Focusing the meaning (s) of resilience. Resilience as a descriptive concept and a boundary object. *Ecology and society*, 12(1): 23.
- Breitung, Anke (2013): Urbane Heterotopien - Transkulturelle Identitäten im städtischen Raum. In: Olaf Schnur, Philipp Zakrzewski und Matthias Drilling (Hg.): *Migrationsort Quartier – zwischen Segregation, Integration und Interkultur* (S. 75–88). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Breitung, Anke; Hopfinger, Hans (2016): Zur Konstruktion von urbanen Identitäten im Migrationskontext. Diskurse in Städten und über Raum. In: Kerstin Kazzazi, Angela Treiber und Tim Wätzold (Hg.): *Migration, Religion, Identität. Aspekte transkultureller Prozesse* (S. 263–280). Wiesbaden: Springer VS.
- Brömme, Norbert; Strasse, Hermann (2001): Gespaltene Bürgergesellschaft? Die ungleichen Folgen des Strukturwandels von Engagement und Partizipation. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, (B 25-26), 6–14.
- Bubenhof, Noah (2008): Diskurse berechnen? Wege zu einer korpuslinguistischen Diskursanalyse. In: Jürgen Spitzmüller und Ingo Warnke (Hg.): *Methoden der Diskurslinguistik. Sprachwissenschaftliche Zugänge zur textuellen Ebene* (S. 407–434). Berlin/New York: De Gruyter.
- Bubenhof, Noah (2009): *Sprachgebrauchsmuster. Korpuslinguistik als Methode der Diskurs- und Kulturanalyse*. Berlin/New York: De Gruyter.
- Buikstra, Elizabeth; Ross, Helen; King, Christine A.; Baker, Peter G.; Hegney, Desley; McLachlan, Kathryn; Rogers-Clark, Cath (2010): The components of resilience-Perceptions of an Australian rural community. *Journal of Community Psychology*, 38(8), 975–991.
- Bürk, Thomas; Kühn, Manfred; Sommer, Hanna (2012): Stigmatisation of Cities. The Vulnerability of Local Identities. *Raumforschung und Raumordnung*, 70(4), 337–347.
- Bürkner, Hans-Joachim (2010): *Vulnerabilität und Resilienz*. Working Paper, Erkner, Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung. Online verfügbar unter <https://d-nb.info/1028582749/34> [25.05.2019].

- Buschkowsky, Heinz (2012): *Neukölln ist überall*. Berlin: Ullstein Buchverlage GmbH.
- Carpenter, Steve; Walker, Brian; Anderies, J. Marty; Abel, Nick (2001): From Metaphor to Measurement. Resilience of What to What? *Ecosystems*, 4(8), 765–781.
- Christmann, Gabriela B.; Balgar, Karsten; Mahlkow, Nicole (2015): Zur sozialwissenschaftlichen Konzeption von Vulnerabilität und Resilienz. Konzeptionelle Überlegungen und empirische Betrachtungen am Beispiel von Städten. In: Martin Endreß und Andrea Maurer (Hg.): *Resilienz im Sozialen. Theoretische und empirische Analysen* (S. 123–149). Wiesbaden: Springer VS.
- Christmann, Gabriela B.; Heimann, Thorsten (2017): Understanding Divergent Constructions of Vulnerability and Resilience. Climate Change Discourses in the German Cities of Lübeck and Rostock. *International Journal of Mass Emergencies & Disasters*, 35(2), 20–143.
- Christmann, Gabriela B.; Ibert, Oliver (2012): Vulnerability and Resilience in a Socio-Spatial Perspective. *Raumforschung und Raumordnung*, 70(4), 259–272.
- Christmann, Gabriela B.; Ibert, Oliver (2016): Eine sozialräumliche Perspektive auf Vulnerabilität und Resilienz. Sozialkonstruktivismus, Akteur-Netzwerk-Theorie und relationale Raumtheorie im Dialog. In: Rüdiger Wink (Hg.): *Multidisziplinäre Perspektiven der Resilienzforschung (Studien zur Resilienzforschung)*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 233–262.
- Christmann, Gabriela B.; Ibert, Oliver; Kilper, Heiderose; Moss, Timothy (2011): *Vulnerabilität und Resilienz in sozio-räumlicher Perspektive: Begriffliche Klärungen und theoretischer Rahmen*. Working Paper, Erkner, Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung. Online verfügbar unter https://leibniz-irs.de/fileadmin/user_upload/IRS_Working_Paper/wp_vulnerabilitaet.pdf [25.05.2019].
- Collier, Stephen. J.; Lakoff, Andrew (2005): On Regimes of Living. In: A. Ong und S. J. Collier (Hg.): *Global Assemblages. Technology, Politics, and Ethics as Anthropological Problems* (S. 22–39). Malden, Oxford, Carlton: Blackwell Publishing Ltd.
- Curran, Winifred (2017): 'Mexicans love red' and other gentrification myths. Displacements and contestations in the gentrification of Pilsen, Chicago, USA. *Urban Studies*, 55(8), 1711–1728.
- Davidson, Mark (2009): Displacement, Space and Dwelling. Placing Gentrification Debate. In: *Ethics, Place & Environment*, 12(2), 219–234.
- Dean, Jo; Hastings, Annette (2000): *Challenging images. Housing estates, stigma and regeneration*. Bristol, UK: Policy Press (Area regeneration series).

- degewo AG (Hg.) (2010): Die Platte ist flexibel. Der Stadtumbau-Ost in Marzahn. Online verfügbar unter [http://www.degewo.de/dms/Downloads/ Unternehmen/Projekte/Stadtumbau-Ost/degewo-SO-Buch-Komplett-ES-280510/degewo-SO-Buch-Komplett-ES%20280510.pdf](http://www.degewo.de/dms/Downloads/Unternehmen/Projekte/Stadtumbau-Ost/degewo-SO-Buch-Komplett-ES-280510/degewo-SO-Buch-Komplett-ES%20280510.pdf) [18.08.2016].
- Dellenbaugh, Mary (2014): Die Stigmatisierung Berlin-Marzahns. Kulturelle Hegemonie des Westens im vereinten Deutschland. In: Christine Gözl (Hg.): *Spielplätze der Verweigerung. Gegenkulturen im östlichen Europa nach 1956* (S. 222–237). Köln, Wien: Böhlau Verlag.
- Deppisch, Sonja (2016): Urbane sozial-ökologische Resilienz. In: Rüdiger Wink (Hg.): *Multidisziplinäre Perspektiven der Resilienzforschung (Studien zur Resilienzforschung)* (S. 199–213). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Dietz, Kristina (2006): Vulnerabilität und Anpassung gegenüber Klimawandel aus sozial-ökologischer Perspektive. Aktuelle Tendenzen und Herausforderungen in der internationalen Klima- und Entwicklungspolitik. Diskussionspapier 05 des Forschungsprojekts "Global Governance und Klimawandel". Online verfügbar unter https://www.lai.fu-berlin.de/homepages/dietz/Publicationen/working-papers/Dietz_2006_WP_Anpassung-und-Vulnerabilitaet.pdf [15.05.2018].
- Dimitrova, Petja; Egermann, Eva; Holert, Tom; Kastner, Jens; Schaffer, Johanna (2012): *Regime. Wie Dominanz organisiert und Ausdruck formalisiert wird*. Münster: edition assemblage.
- Dohnke, Jan; Seidel-Schulze, Antje; Häußermann, Hartmut (2012): *Segregation, Konzentration, Polarisierung. Sozialräumliche Entwicklung in deutschen Städten 2007 - 2009*. Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik.
- Dumm, Sebastian; Niekler, Andreas (2014): *Methoden und Gütekriterien. Computergestützte Diskurs- und Inhaltsanalysen zwischen Sozialwissenschaft und Automatischer Sprachverarbeitung*. Schriftenreihe des Verbundprojekts Postdemokratie und Neoliberalismus, Discussion Paper No. 4. Online verfügbar unter <http://www.epol-projekt.de/wp-content/uploads/2014/10/EPOL-Discussion-Paper-4-Dumm-und-Niekler.pdf> [08.03.2017].
- Dzudzek, Iris; Glasze, Georg; Mattissek, Annika; Schirmel, Henning (2009): Verfahren der lexikometrischen Analyse von Textkorpora. In: Georg Glasze und Annika Mattissek (Hg.): *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung* (S. 233–260). Bielefeld: transcript Verlag.
- Eisch-Angus, Katharina (2009): Sicher forschen? Methodische Überlegungen zum Ethnografieren von Sicherheit und Alltag. In: Sonja Windmüller, Beate Binder und Thomas Hengartner (Hg.): *Kultur - Forschung. Zum Profil einer volkswissenschaftlichen Kulturwissenschaft* (S. 69–90). Berlin: LIT Verlag.
- Eisch-Angus, Katharina (2019): *Absurde Angst - Narrationen der Sicherheitsgesellschaft*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

- Endreß, Martin; Rampp, Benjamin (2015): Resilienz als Perspektive auf gesellschaftliche Prozesse. Auf dem Weg zu einer soziologischen Theorie. In: Martin Endreß und Andrea Maurer (Hg.): *Resilienz im Sozialen. Theoretische und empirische Analysen* (S. 33–55). Wiesbaden: Springer VS.
- Esch, Michael G. (2018): Regime und Eigen-Sinn: Möglichkeiten, Fallstricke und Folgen der konzeptionellen Positionierung migrantischer Akteure. In: Andreas Pott, Christoph Rass und Frank Wolff (Hg.): *Was ist ein Migrationsregime? What Is a Migration Regime?* (S. 285–311). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Farwick, Andreas (2004): Segregierte Armut: Zum Einfluß städtischer Wohnquartiere auf die Dauer von Armutslagen. In: Hartmut Häußermann, Martin Kronauer, Walter Siebel und Berthold Vogel (Hg.): *An den Rändern der Städte. Armut und Ausgrenzung* (S. 286–314). Frankfurt am Main: Suhrkamp (Edition Suhrkamp, 2252).
- Fekete, Alexander; Grinda, Christiane; Norf, Celia (2016): Resilienz in der Risiko- und Katastrophenforschung: Perspektiven für disziplinübergreifende Arbeitsfelder. In: Rüdiger Wink (Hg.): *Multidisziplinäre Perspektiven der Resilienzforschung (Studien zur Resilienzforschung)* (S. 215–231). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Fischer-Lescano, Andreas; Teubner, Gunther (2006): *Regime-Kollisionen. Zur Fragmentierung des globalen Rechts*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Folke, Carl (2006): Resilience. The emergence of a perspective for social-ecological systems analyses. *Global Environmental Change*, 16(3), 253–267.
- Förster, Annette (2016): Der Folterdiskurs in den deutschen Printmedien. In: Matthias Lemke und Gregor Wiedemann (Hg.): *Text Mining in den Sozialwissenschaften. Grundlagen und Anwendungen zwischen qualitativer und quantitativer Diskursanalyse* (S. 139–255). Wiesbaden: Springer VS.
- Foucault, Michel (1983): *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit I*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1996 [1966]): *Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaften*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Franke, Thomas; Schnur, Olaf (2016): 'Problemgebiete' und Stadtpolitik in Deutschland am Beispiel des Programms 'Soziale Stadt'. In: Florian Weber und Olaf Kühne (Hg.): *Fraktale Metropolen* (S. 295–311). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Friedrich, Walter (2001): Ist der Rechtsextremismus im Osten ein Produkt der autoritären DDR? *Aus Politik und Zeitgeschichte*, (B 46), S. 16–23.

- Garvert-Huijnen, Katharina; Huijnen, Pim (2016): Tolerant, liberal, populistisch? Eine digitale Analyse des Niederlandebildes in bundesdeutschen Tageszeitungen im Wandel der Zeit. In: Matthias Lemke und Gregor Wiedemann (Hg.): *Text Mining in den Sozialwissenschaften. Grundlagen und Anwendungen zwischen qualitativer und quantitativer Diskursanalyse* (S. 195–226). Wiesbaden, Springer VS.
- Getty Images/web.de (2016): *Ilka Bessing wird nicht länger als pinke Ghetto-Prinzessin Cindy aus Marzahn auf der Bühne stehen*. Online verfügbar unter <https://web.de/magazine/unterhaltung/stars/cindy-marzahn-schlusslustig-31780560> [24.05.2019].
- Gissendanner, Scott (2002): Urbane Regime in den USA und Deutschland: Eine Einführung. *Planungsrundschau*, (3/4). Online verfügbar unter: <http://www.planungsrundschau.de/planungsrundschau03/texte/sguriduudee.htm> [08.08.2018].
- Glaser, Barney G.; Strauss, Anselm L. (1967): *The discovery of grounded theory. Strategies for qualitative research*. New York, NY: Aldine (Observations).
- Glaser, Barney G.; Strauss, Anselm L. (2010): *Grounded theory. Strategien qualitativer Forschung*. Bern: Verlag Hans Huber.
- Glasze, Georg; Mattissek, Annika (2009): Diskursforschung in der Humangeographie: Konzeptionelle Grundlagen und empirische Operationalisierungen. In: Georg Glasze und Annika Mattissek (Hg.): *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung* (S. 11–59). Bielefeld: transcript Verlag.
- Glasze, Georg; Pütz, Robert; Schreiber, Verena (2005): (Un-) Sicherheitsdiskurse: Grenziehungen in Gesellschaft und Stadt. *Berichte zur deutschen Landeskunde*, 79(2/3), 329–340.
- Grunze, Nico (2017): *Ostdeutsche Großwohnsiedlungen. Entwicklung und Perspektiven*. Wiesbaden: Springer VS.
- Grunze, Nico (2018): Differenzierte Entwicklung und komplizierte Gemengelage in ostdeutschen Großwohnsiedlungen. In: Uwe Altröck, Nico Grunze und Sigrun Kabisch (Hg.): *Großwohnsiedlungen im Haltbarkeitscheck. Differenzierte Perspektiven ostdeutscher Großwohnsiedlungen* (S. 81–102). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Gunderson, Lance H.; Holling, Crawford S. (2002): *Panarchy. Understanding transformations in human and natural systems*. Washington, Covelo, London: Island Press.
- Hajer, Maarten A. (2008): Diskursanalyse in der Praxis: Koalitionen, Praktiken und Bedeutung. In: Frank Janning und Katrin Toens (Hg.): *Die Zukunft der Policy-Forschung. Theorien, Methoden, Anwendungen* (S. 211–222). Wiesbaden: Springer VS.

- Hall, Stuart (1994): Kulturelle Identität und Diaspora. In: Stuart Hall (Hg.), *Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2* (S. 26–43). Hamburg: Argument Verlag.
- Hall, Stuart (2004): Das Spektakel des 'Anderen'. In: Juha Koivisto und Andreas Merckens (Hg.): *Ideologie, Identität, Repräsentation. Ausgewählte Schriften 4* (S. 108–166). Hamburg: Argument Verlag.
- Hannemann, Christine (2013): Stadtsoziologie. In: Harald A. Mieg und Christoph Heyl (Hg.): *Stadt. Ein interdisziplinäres Handbuch* (S. 64–86). Stuttgart, Weimar: Verlag J.B. Metzler.
- Hastings, Annette; Dean, Jo (2003): Challenging images. Tackling stigma through estate regeneration. *Policy & Politics*, 31(2), 171–184.
- Häußermann, Hartmut; Kapphan, Andreas (2002): *Berlin: von der geteilten zur gespaltenen Stadt? Sozialräumlicher Wandel seit 1990*. Opladen: Leske + Budrich.
- Häußermann, Hartmut; Kapphan, Andreas (2004): Berlin: Ausgrenzungsprozesse in einer europäischen Stadt. In: Hartmut Häußermann, Martin Kronauer, Walter Siebel und Berthold Vogel (Hg.): *An den Rändern der Städte. Armut und Ausgrenzung* (S. 203–234). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Häußermann, Hartmut; Kronauer, Martin; Siebel, Walter (2004): Stadt am Rand: Armut und Ausgrenzung. In: Hartmut Häußermann, Martin Kronauer, Walter Siebel und Berthold Vogel (Hg.): *An den Rändern der Städte. Armut und Ausgrenzung* (S. 7–40). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (2004): *Stadtsoziologie. Eine Einführung*. Frankfurt, New York: Campus Verlag.
- Herlyn, Ulfert (1974): Einleitung: Wohnquartier und soziale Schicht. In: Ulfert Herlyn und Louis Wirth (Hg.): *Stadt- und Sozialstruktur. Arbeiten zur sozialen Segregation, Ghettobildung und Stadtplanung; 13 Aufsätze*. München: Nymphenburger Verl.-Handlung.
- Herlyn, Ulfert; Lakemann, Ulrich; Lettko, Barbara (1991): *Armut und Milieu. Benachteiligte Bewohner in großstädtischen Quartieren*. Basel: Birkhäuser Verlag.
- Hess, Sabine; Kasperek, Bernd; Schwertl, Maria (2018): Regime ist nicht Regime ist nicht Regime. Zum theoriepolitischen Einsatz der ethnografischen (Grenz-)Regimeanalyse. In: Andreas Pott, Christoph Rass und Frank Wolff (Hg.): *Was ist ein Migrationsregime? What Is a Migration Regime?* (S. 257–283) Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Heyer, Gerhard; Quasthoff, Uwe; Wittig, Thomas (2006): *Text mining: Wissensrohstoff Text. Konzepte, Algorithmen, Ergebnisse*. Herdecke: W3L-Verlag.
- Holling, C. S. (1973): Resilience and Stability of Ecological Systems. *Annual Review of Ecology, Evolution, and Systematics*, 4(1), 1–23.

- Holling, C. S. (2001): Understanding the Complexity of Economic, Ecological, and Social Systems. *Ecosystems*, 4(5), 390–405.
- Holling, C. S.; Gunderson, L. H. (2002): *Resilience and adaptive cycles*. Washington, D.C.: Island Press.
- Holm, Andrej (2010): *Wir bleiben alle! Gentrifizierung - städtische Konflikte um Aufwertung und Verdrängung*. Münster: Unrast-Verlag.
- Holm, Andrej (2011): Gentrification in Berlin: Neue Investitionsstrategien und lokale Konflikte. In: Heike Herrmann (Hg.): *Die Besonderheit des Städtischen. Entwicklungslinien der Stadt(soziologie)* (S. 213–232). Wiesbaden: Springer VS.
- Holm, Andrej (2016a): Gentrification und das Ende der Berliner Mischung. In: Eberhard von Einem (Hg.): *Wohnen. Markt in Schieflage - Politik in Not*. (S. 191–231). Wiesbaden: Springer VS.
- Holm, Andrej (2016b): Banileues in Berlin? Stadtsoziologe Andrej Holm warnt vor dieser Entwicklung. Radio Corax, Halle, 15.04.2016. Online verfügbar unter <https://www.freie-radios.net/76313> [09.04.2019].
- Holmes, Douglas R.; Marcus, George E. (2005): Cultures of Expertise and the Management of Globalization: Toward the Re-Functioning of Ethnography. In: A. Ong und S. J. Collier (Hg.): *Global Assemblages. Technology, Politics, and Ethics as Anthropological Problems* (S. 235–252.). Malden, Oxford, Carlton: Blackwell Publishing Ltd.
- Holmes, Douglas R.; Marcus, George E. (2008): Collaboration Today and the Re-Imagination of the Classic Scene of Fieldwork Encounter. *Collaborative Anthropologies*, 1(1), 81–101.
- Hopfinger, Hans; Breitung, Anke (2016): Urbane Geographien. Transkulturelle Identitäten im städtischen Raum. In: Klaus Stüwe und Eveline Hermannseder (Hg.): *Migration und Integration als transnationale Herausforderung. Perspektiven aus Deutschland und Korea* (S. 311–322). Wiesbaden, Springer VS.
- Hübner, Christa (2010): Die Marzahner und ihr Stadtbezirk in den 1980er-Jahren. Ergebnisse soziologischer Studien der Humboldt-Universität. In: Heimatverein Marzahn-Hellersdorf e.V. (Hg.): *Von der ersten Platte zur Wiedervereinigung. 30 Jahre Marzahn-Hellersdorf - 20 Jahre friedliche Revolution* (S. 47–59). Berlin: Beiträge zur Regionalgeschichte 7.
- Hübner, Christa (2016a): Mit Sack und Pack in die neue Heimat. Die Ansiedlung von Pfälzer Kolonisten in Marzahn. In: Heimatverein Marzahn-Hellersdorf e.V. (Hg.): *Besiedlung, Bevölkerung, Migration* (S. 22–44). Berlin: Beiträge zur Regionalgeschichte 13.

- Hübner, Christa (2016b): Vom Dorf zur Vorstadt. Zuwanderung von der Wende zum 20. Jahrhundert bis 1933. In: Heimatverein Marzahn-Hellersdorf e.V. (Hg.): *Besiedlung, Bevölkerung, Migration* (S. 45–69). Berlin: Beiträge zur Regionalgeschichte 13.
- Ifland, Dorothee (2016): Geraubte Heimat. Zwangsmigration im Nationalsozialismus. In: Heimatverein Marzahn-Hellersdorf e.V. (Hg.): *Besiedlung, Bevölkerung, Migration* (S. 70–88). Berlin: Beiträge zur Regionalgeschichte 13.
- Imbusch, Peter (2015): Urbane Resilienz und endemische Gewalt. In: Martin Endreß und Andrea Maurer (Hg.): *Resilienz im Sozialen. Theoretische und empirische Analysen* (S. 245–264). Wiesbaden: Springer VS.
- Islam, Gazi (2015): Practitioners as Theorists. *Organizational Research Methods*, 18(2), 231–251.
- Karra, Neri; Phillips, Nelson (2008): Researching “Back Home”. *Organizational Research Methods*, 11(3), 541–561.
- Kaufmann, Stefan (2015): Resilienz als Sicherheitsprogramm. Zum Janusgesicht eines Leitkonzepts. In: Martin Endreß und Andrea Maurer (Hg.): *Resilienz im Sozialen. Theoretische und empirische Analysen* (S. 295–310). Wiesbaden: Springer VS.
- Keck, Markus (2015): Resilienzpoteziale traditioneller Lebensmittelhändler in Dhaka vor dem Hintergrund aufkommender Supermärkte. In: Martin Endreß und Andrea Maurer (Hg.): *Resilienz im Sozialen. Theoretische und empirische Analysen* (S. 181–206). Wiesbaden: Springer VS.
- Kelle, Udo (1994): *Empirisch begründete Theoriebildung. Zur Logik und Methodologie interpretativer Sozialforschung*. Weinheim: Dt. Studien-Verlag.
- Knecht, Michi (2012): Ethnographische Praxis im Feld der Wissenschafts-, Medizin und Technikanthropologie. In: Stefan Beck, Jörg Niewöhner und Estrid Sørensen (Hg.): *Science and Technology Studies. Eine sozialanthropologische Einführung* (S. 245–274). Bielefeld: Transcript.
- Koch, Gertraud; Lutz, Samantha Jennifer; Stumpf, Teresa; Tijerina Garcia, Alejandra (2014): *Achieving temporal and local multidimensionality: Experiments in cross-generational research collaboration*. EASA2014: Collaboration, Intimacy & Revolution. Tallin, Estland. Online verfügbar unter <https://nomadit.co.uk/conference/easa2014/paper/22735> [02.04.2019].
- kommunalpolitisches forum e.V. (berlin) (2010): *Zur sozialen Lage von Kindern und Jugendlichen in Marzahn-Hellersdorf. Ein Beitrag zur integrierten Sozialberichterstattung*. Online verfügbar unter https://www.kommunalpolitik-berlin.de/wp-content/uploads/2018/12/Brosch%C3%BCre_soziale_Lage_Kinder_Jugend_Marzahn_Hellersdorf.pdf [17.05.2019].
- Lakoff, Andrew; Collier, Stephen J. (2004): Ethics and the anthropology of modern reason. *Anthropological Theory*, 4(4), 19–434.

- Lanz, Stephan (2007): *Berlin aufgemischt: Abendländisch, multikulturell, kosmopolitisch? Die politische Konstruktion einer Einwanderungsstadt*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Lees, Loretta; Slater, Tom; Wyly, Elvin K. (2008): *Gentrification*. New York: Routledge.
- Legewie, Heiner; Schervier-Legewie, Barbara (2007): "Forschung ist harte Arbeit, es ist immer ein Stück Leiden damit verbunden. Deshalb muss es auf der anderen Seite Spaß machen.". Anselm Strauss im Interview mit Heiner Legewie und Barbara Schervier-Legewie. *Historical Social Research/Historische Sozialforschung*, 19, 69–79.
- Lemke, Matthias (2014): *Frequenzanalyse und Diktionäransatz*. ePol Text Mining Verfahren (eTMV), Serie "Atomenergiediskurs", Modul 1/5. Online verfügbar unter http://www.epol-projekt.de/wp-content/uploads/2014/10/eTMV_1.pdf [08.03.2017].
- Lemke, Matthias; Stulpe, Alexander (2015): Text und soziale Wirklichkeit. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendung von Text-Mining-Verfahren in sozialwissenschaftlicher Perspektive. *Zeitschrift für germanistische Linguistik*. 43(1), 52–83.
- Levin, Simon A. (1998): Ecosystems and the Biosphere as Complex Adaptive Systems. *Ecosystems*. 1(5), 431–436.
- Löw, Martina; Steets, Silke; Stoetzer, Sergej (2007): *Einführung in die Stadt- und Raumsoziologie*. Opladen: Leske + Budrich.
- Ludwig, Don; Walker, Brian; Holling, Crawford S. (1997): Sustainability, stability, and resilience. *Conservation ecology* 1(1): 7. Online verfügbar unter http://dlc.dlib.indiana.edu/dlc/bitstream/handle/10535/3190/Conservation_Ecology__Sustainability,_Stability,_and_Resilience.pdf?sequence=1 [25.05.2019].
- Lukesch, Robert (2016): Resiliente Regionen. Zur Intelligenz regionaler Handlungssysteme. In: Rüdiger Wink (Hg.): *Multidisziplinäre Perspektiven der Resilienzforschung (Studien zur Resilienzforschung)* (S. 295–332). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Lutz, Samantha Jennifer (2014): Endstation Neukölln oder das Paradies? Der Berliner BiOriental-Markt in Bewegung. In: *Schweizerisches Archiv für Volkskunde*, 110(1), 31–45.
- Magis, Kristen (2010): Community Resilience. An Indicator of Social Sustainability. *Society & Natural Resources*, 23(5), 401–416.
- Marburg, Elena (2016): Vietnamesen in Marzahn-Hellersdorf seit den 1980er-Jahren. In: Heimatverein Marzahn-Hellersdorf e.V. (Hg.): *Besiedlung, Bevölkerung, Migration* (S. 122–141). Berlin: Beiträge zur Regionalgeschichte 13.

- Marcus, George E. (2013): Experimental forms for the expression of norms in the ethnography of the contemporary. *HAU: Journal of Ethnographic Theory*, 3(2), 197–217.
- Marcuse, Peter (1986): Abandonment, gentrification and displacement: The linkages in New York City. In: Neil Smith (Hg.): *Gentrification of the city* (S. 153–177). London: Unwin Hyman.
- Martin, Ron (2011): Regional economic resilience, hysteresis and recessionary shocks. *Journal of Economic Geography*, 12(1), 1–32.
- Martin, Ron; Sunley, Peter (2015): Towards a Developmental Turn in Evolutionary Economic Geography? In: *Regional Studies*, 49(5), 712–732.
- Mattisek, Annika (2007): Diskursive Konstitution städtischer Identität - Das Beispiel Frankfurt am Main. In: Christian Berndt (Hg.): *Kulturelle Geographien. Zur Beschäftigung mit Raum und Ort nach dem Cultural Turn* (S. 83–111). Bielefeld: Transcript.
- Mattisek, Annika (2008): *Die neoliberale Stadt. Diskursive Repräsentationen im Stadtmarketing deutscher Großstädte*. Bielefeld: Transcript.
- MAXQDA. The Art of Data Analysis. Version 12: VERBI Software GmbH. Online verfügbar unter <https://www.maxqda.de/> [28.03.2019].
- Meerow, Sara; Newell, Joshua P.; Stults, Melissa (2016): Defining urban resilience. A review. *Landscape and Urban Planning*, 147, 38–49.
- Mey, Günter; Mruck, Katja (2007): Grounded Theory Methodologie - Bemerkungen zu einem prominenten Forschungsstil. *Historical Social Research/Historische Sozialforschung*, 19, 11–46.
- Michas, Uwe (2016): Germanen-Slawen-Deutsche. Siedlung und Einwanderung im Wuhlegebiet im Spiegel archäologischer Ausgrabungen. In: Heimatverein Marzahn-Hellersdorf e.V. (Hg.): *Besiedlung, Bevölkerung, Migration*. (S. 9–21). Berlin: Beiträge zur Regionalgeschichte 13.
- Mossberger, Karen; Stoker, Gerry (2001): The Evolution of Urban Regime Theory. *Urban Affairs Review* 36(6), 810–835.
- Muckel, Petra (2007): Die Entwicklung von Kategorien mit der Methode der Grounded Theory. *Historical Social Research/Historische Sozialforschung*, 19, 11–231.
- Muri, Gabriela (2016): *Die Stadt in der Stadt*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Nigro, Roberto (2015): *Wahrheitsregime*. Zürich, Berlin: Diaphanes.
- Noeker, Meinolf; Petermann, Franz (2008): Resilienz. Funktionale Adaptation an widrige Umgebungsbedingungen. *Zeitschrift für Psychiatrie, Psychologie und Psychotherapie*, 56(4), 255–263.

- O'Brien, Karen; Hayward, Bronwyn; Berkes, Fikret (2009): Rethinking Social Contracts. Building Resilience in a Changing Climate. *Ecology and Society*, 14(2): 12. Online verfügbar unter <https://www.ecologyandsociety.org/vol14/iss2/art12/> [25.05.2019].
- Pearsall, Hamil (2012): Moving out or moving in? Resilience to environmental gentrification in New York City. *Local Environment*, 17(9), 1013–1026.
- Pendall, R.; Foster, K. A.; Cowell, M. (2010): Resilience and regions. Building understanding of the metaphor. *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society*, 3(1), 71–84.
- Pentzold, Christian; Bischof, Andreas; Heise, Nele (2018): Einleitung: Theoriegenerierendes empirisches Forschen in medienbezogenen Lebenswelten. In: Christian Pentzold, Andreas Bischof und Nele Heise (Hg.): *Praxis Grounded Theory. Theoriegenerierendes empirisches Forschen in medienbezogenen Lebenswelten: ein Lehr- und Arbeitsbuch* (S. 1–24). Wiesbaden: Springer VS.
- Peters, Günter (1998): *Hütten, Platten, Wohnquartiere. Berlin-Marzahn. Ein junger Bezirk mit altem Namen*. Berlin: MAZZ-Verlagsgesellschaft mbH.
- Pike, A.; Dawley, S.; Tomaney, J. (2010): Resilience, adaptation and adaptability. *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society*, 3(1), 59–70.
- Pimm, Stuart L. (1991): *The balance of nature? Ecological issues in the conservation of species and communities*. Chicago: University of Chicago Press.
- Plöger, Jörg; Lang, Thilo (2016): Die Resilienz industriell geprägter Städte: Anpassung an Strukturkrisen in Bremen und Leipzig. In: Rüdiger Wink (Hg.): *Multidisziplinäre Perspektiven der Resilienzforschung (Studien zur Resilienzforschung)* (S. 357–372). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Polis* (2015): *Demokratieentwicklung am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf. Jahresbericht 2015*. Berlin: Stiftung SPI. Online verfügbar unter <https://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/politik-und-verwaltung/beauftragte/integration/jahresbericht-zur-demokratieentwicklung-m-h-2015.pdf> [25.05.2019].
- Pott, Andreas; Rass, Christoph; Wolff, Frank (2018): Was ist ein Migrationsregime? Eine Einleitung. In: Andreas Pott, Christoph Rass und Frank Wolff (Hg.): *Was ist ein Migrationsregime? What Is a Migration Regime?* (S. 1–16) Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Pott, Andreas; Tsianos, Vassilis (2014): Verhandlungszonen des Lokalen. Potentiale der Regimeperspektive für die Erforschung der städtischen Migrationsgesellschaft. In: Jürgen Oßenbrügge und Anne Vogelpohl (Hg.): *Theorien in der Raum- und Stadtforschung. Einführungen* (S. 116–135). Münster: Westfälisches Dampfboot.

- Promberger, Markus; Meier, Lars; Sowa, Frank; Boost, Marie (2015): Chancen des Resilienzbegriffs für eine soziologische Armutsforschung. In: Martin Endreß und Andrea Maurer (Hg.): *Resilienz im Sozialen. Theoretische und empirische Analysen* (S. 265–294). Wiesbaden: Springer VS.
- Public One GmbH (2015): *Evaluierung des Projekts zur partizipativen Haushaltsplanaufstellung, -entscheidung, und -kontrolle im Bezirk Marzahn-Hellersdorf (Bürgerhaushalt). Abschlussbericht*. Online verfügbar unter https://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=2&cad=rja&uact=8&ved=0ahUKEwimkKWsybnOAhVKIMAKHV8SCS0QFggjMAE&url=https%3A%2F%2Fwww.berlin.de%2Fprojekte-mh%2Fprojekte%2Fbuergerhaushalt%2Fdownloads%2Fvorlage_1122_iv_bericht_evaluation_buergerhaushalt.pdf&usg=AFQjCNFfIPKoqx_ZmZ4JKjjRyi-T5v4V3Q&sig2=ovii_AEfsBw3BFuJ6aizBA&bvm=bv.129422649 [11.08.2016].
- Quartiersmanagement Berlin (2016): *Berliner Quartiersmanagement. Das Programm Soziale Stadt in Berlin*. Online verfügbar unter <http://www.quartiersmanagement-berlin.de/unser-programm/berliner-quartiersmanagement.html> [02.12.2016].
- Reichertz, Jo (1991): *Aufklärungsarbeit. Kriminalpolizisten und Feldforscher bei der Arbeit*. Stuttgart: Enke.
- Reichertz, Jo (1993): Abduktives Schlußfolgern und Typen(re)konstruktion. In: Thomas Jung und Stefan Müller-Doohm (Hg.): *"Wirklichkeit" im Deutungsprozeß. Verstehen und Methoden in den Kultur- und Sozialwissenschaften* (S. 258–282). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Reichertz, Jo (1999): Gültige Entdeckung des Neuen? Zur Bedeutung der Abduktion in der qualitativen Sozialforschung. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 24(4), 47–64.
- Reichertz, Jo (2013): *Die Abduktion in der qualitativen Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Rogers, Peter (2016): *Resilience and the city. Change, (dis)order and disaster*. London: Routledge.
- Rorato, Miriam (2011): *Leben im Problemquartier. Zwangs- und Möglichkeitsräume*. Münster: Waxman.
- Ross, Helen; Cuthill, Michael; Maclean, Kirsten; Jansen, Danni; Witt, Bradd (2010): *Understanding, Enhancing and Managing for Social Resilience at the Regional Scale. Opportunities in North Queensland*. Queensland, Australia: University of Queensland. Online verfügbar unter <http://citeseerx.ist.psu.edu/viewdoc/download;jsessionid=FF53C1FA21F7E44CAA3EDFE329A3F0E1?doi=10.1.1.668.4279&rep=rep1&type=pdf> [25.05.2019].

- Schenk, Michael; Rössler, Patrick (1994): Das unterschätzte Publikum. Wie Themenbewußtsein und politische Meinungsbildung im Alltag von Massenmedien und interpersonaler Kommunikation beeinflusst werden. *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Sonderheft 34*, 261–295.
- Schilling, Renate (2010): Ein Berliner Bezirk entsteht... In: Heimatverein Marzahn-Hellersdorf e.V. (Hg.): *Von der ersten Platte zur Wiedervereinigung. 30 Jahre Marzahn-Hellersdorf - 20 Jahre friedliche Revolution* (S. 9–22). Berlin: Beiträge zur Regionalgeschichte.
- Schmid, Michael (2015): Disruptiver sozialer Wandel und das Problem der Resilienz. In: Martin Endreß und Andrea Maurer (Hg.): *Resilienz im Sozialen. Theoretische und empirische Analysen* (S. 57–85). Wiesbaden: Springer VS.
- Schmidt, Tobias (2012): Vulnerability Through Resilience? *Raumforschung und Raumordnung*, 70(4), 309–321.
- Scott, Mike (2017): *WordSmith Tools Manual. Version 7.0*. Hg. v. Lexical Analysis Software Ltd. Stroud, Gloucestershire, UK. Online verfügbar unter http://lexically.net/wordsmith/step_by_step_English7/index.html [12.07.2018].
- Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales Berlin (2013): *Handlungsorientierter Sozialstrukturatlas Berlin 2013. Ein Instrument der quantitativen, interregionalen und intertemporalen Sozialraumanalyse und -planung*. Online verfügbar unter https://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=2&cad=rja&uact=8&ved=0ahUKEwi3nb2Z1bvOAhUnKsAKHaLiA1cQFggjMAE&url=https%3A%2F%2Fwww.berlin.de%2Fsen%2Fgessoz%2F_assets%2Fpublikationen%2Fgesundheits-und-sozialberichterstattung%2Fgesundheitsberichterstattung-epidemiologie%2Fspezialberichte%2Fgbe_spezial_2014_1_ssa2013.pdf&usg=AFQjCNFYEG-NeAA36OcL-SMzJoyQPpg7KA&sig2=5KG7mJhjybl5hemDncNQOA&bvm=bv.129422649 [12.08.2016].
- Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales Berlin (2015): *Grundauswertung der Einschulungsdaten in Berlin 2014*. Online verfügbar unter https://www.berlin.de/sen/gessoz/_assets/publikationen/gesundheits-und-sozialberichterstattung/gesundheitsberichterstattung-epidemiologie/grundauswertungen/ga2014_netz.pdf [12.08.2016].
- Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz Berlin (2008): *Gesundheitsberichterstattung Berlin 2008 Spezialbericht. Sozialstrukturatlas Berlin 2008*. Online verfügbar unter https://www.berlin.de/sen/gessoz/_assets/publikationen/gesundheits-und-sozialberichterstattung/gesundheitsberichterstattung-epidemiologie/spezialberichte/gbe_spezial_2009_1_ssa2008.pdf [24.11.2016].

- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (2004): *Bevölkerungsentwicklung in der Metropolregion Berlin 2002-2020*. Online verfügbar unter <http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/bevoelkerungsprognose/download/metropolreg.pdf> [18.08.2016].
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (2013): *Monitoring Soziale Stadtentwicklung Berlin 2013*. Online verfügbar unter https://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten_stadtentwicklung/monitoring/download/2013/MSS2013_Endbericht.pdf [09.04.2019].
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (2015): *Monitoring Soziale Stadtentwicklung Berlin 2015*. Online verfügbar unter http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten_stadtentwicklung/monitoring/download/2015/MonitoringSozialeStadtentwicklung2015.pdf [12.08.2016].
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (2016): *Bevölkerungsprognose für Berlin und die Bezirke 2015-2030*. Online verfügbar unter https://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/bevoelkerungsprognose/download/2015-2030/Bericht_Bevprog2015-2030.pdf [18.04.2019].
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin (2016): *Bevölkerungsprognose für Berlin und die Bezirke 2015-2030*. Online verfügbar unter http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/bevoelkerungsprognose/download/2015-2030/Bericht_Bevprog2015-2030.pdf [24.11.2016].
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen (2017a): *Evaluation der Bevölkerungsprognose Berlin 2015-2030. Vergleich der Prognose 2015-2030 mit der Realentwicklung 2016*. Online verfügbar unter http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/bevoelkerungsprognose/download/2015-2030/eva_bevprog_2015_2030.pdf [10.04.2019].
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen (2017b): *Monitoring Soziale Stadtentwicklung Berlin 2017*. Online verfügbar unter https://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten_stadtentwicklung/monitoring/download/2017/Monitoring_Soziale_Stadtentwicklung_2017-Bericht.pdf [09.04.2019].
- Slater, Tom (2010): Missing Marcuse. On gentrification and displacement. *City* 13, (2-3), 292–311.
- Smith, Neil (Hg.) (1986): *Gentrification of the city*. London: Unwin Hyman.
- Stahl, Anka (2013): *Stadtumbau Ost. Das Fördergebiet Marzahn-Hellersdorf*. Online verfügbar unter <http://www.stadtentwicklung.berlin.de/staedtebau/foerderprogramme/stadtumbau/Marzahn-Hellersdorf.254.0.html> [16.08.2016].
- Stone, Clarence N. (1993): Urban Regimes and the Capacity to Govern. A Political Economy Approach. *Journal of Urban Affairs*, 15(1), 1–28.

- Stone, Clarence Nathan (1989): *Regime politics. Governing Atlanta, 1946-1988*. Kansas: University press.
- Strambach, Simone; Klement, Benjamin (2016): Resilienz aus wirtschaftsgeographischer Perspektive: Impulse eines "neuen" Konzepts. In: Rüdiger Wink (Hg.): *Multidisziplinäre Perspektiven der Resilienzforschung (Studien zur Resilienzforschung)* (S. 263–294), Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Strauss, Anselm L. (1991): *Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Datenanalyse und Theoriebildung in der empirischen soziologischen Forschung*. München: Fink.
- Strauss, Anselm L.; Corbin, Juliet M. (1996): *Grounded theory. Grundlagen qualitativer Sozialforschung*. Weinheim: Beltz Psychologie Verlags Union.
- Streets, D. G.; Glantz, M. H. (2000): Exploring the concept of climate surprise. *Global Environmental Change*, 10(2), 97–107.
- Strübing, Jörg (2011): Zwei Varianten von Grounded Theory? Zu den methodologischen und methodischen Differenzen zwischen Barney Glaser und Anselm Strauss. In: G. Nter Mey und Katja Mruck (Hg.): *Grounded Theory Reader* (S. 261–277). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Strübing, Jörg (2014): *Grounded Theory. Zur sozialtheoretischen und epistemologischen Fundierung eines pragmatistischen Forschungsstils*. Wiesbaden: Springer VS.
- Stulpe, Alexander; Lemke, Matthias (2016): Blended Reading. Theoretische und praktische Dimensionen der Analyse von Text und sozialer Wirklichkeit im Zeitalter der Digitalisierung. In: Matthias Lemke und Gregor Wiedemann (Hg.): *Text Mining in den Sozialwissenschaften. Grundlagen und Anwendungen zwischen qualitativer und quantitativer Diskursanalyse* (S. 17–61). Wiesbaden: Springer VS.
- Stumpf, Teresa (2014): *Neukölln: Offen und geschlossen zugleich? Interaktion und Vernetzung in Zeiten des sozialen Wandels*. Discussion Paper, Schader Stiftung. Online verfügbar unter <https://www.schaderstiftung.de/themen/kommunikation-und-kultur/fokus/netzwerkforschung/artikel/neukoelln-offen-und-geschlossen-zugleich-interaktion-und-vernetzung-in-zeiten-des-sozialen-wandels/> [02.04.2019].
- Stumpf, Teresa (2017): Miteinander dazwischen. "Brückenbauer_innen" in benachteiligten Quartieren. *Hamburger Journal für Kulturanthropologie (HJK)*, 6, 63–72.
- Teresiak, Manfred (2016): Zu Hause in den Großsiedlungen Marzahn und Hellersdorf 1977 bis 1989. In: Heimatverein Marzahn-Hellersdorf e.V. (Hg.): *Besiedlung, Bevölkerung, Migration* (S. 102–121). Berlin: Beiträge zur Regionalgeschichte 13.
- Tognini-Bonelli, Elena (2001): *Corpus Linguistics at Work*. Amsterdam: John Benjamins Publishing Company.

- TOPOS Stadtplanung Landschaftsplanung Stadtforschung (2016): *Fortschreibung Wohnungsmarktentwicklungskonzept Marzahn-Hellersdorf 2020/30. Endbericht August 2016*. Online verfügbar unter https://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/_assets/stadtentwicklungsamt/wohnungsbau/endbericht-wek-ma-he_teil-1_online.pdf [17.05.2019].
- Truschkat, Inga; Kaiser-Belz, Manuela; Reinartz, Vera (2007): Grounded Theory Methodologie in Qualifikationsarbeiten. Zwischen Programmatik und Forschungspraxis - am Beispiel des Theoretical Samplings. *Historical Social Research/Historische Sozialforschung*, 19, 232–257.
- Tsianos, Vassilis; Karakayali, Juliane (2014): Rassismus und Repräsentationspolitik in der postmigrantischen Gesellschaft. *Aus Politik und Zeitgeschichte (APUZ)*, 13-14. Online verfügbar unter <http://www.bpb.de/apuz/180863/repraesentationspolitik-in-der-postmigrantischen-gesellschaft?p=all> [05.11.2018].
- Tsianos, Vassilis; Kasperek, Bernd (2015): Zur Krise des europäischen Grenzregimes. Eine regimetheoretische Annäherung. *Widersprüche*, 138(4), 9–22.
- Uitermark, Justus; Duyvendak, Jan Willem; Kleinhans, Reinout (2007): Gentrification as a Governmental Strategy. Social Control and Social Cohesion in Hoogvliet, Rotterdam. *Environment and Planning A*, 39(1), 125–141.
- Vale, Lawrence J. (2014): The politics of resilient cities. Whose resilience and whose city? *Building Research & Information*, 42(2), 191–201.
- van Ginneken, Jaap (1998): *Understanding global news. A critical introduction*. London u.a.: Sage Publications.
- Vangkilde, Kasper Tang; Rod, Morten Hulvej (2015): *Para-Ethnography 2.0. An Experiment with the Distribution of Perspective in Collaborative Fieldwork*. Konferenzpapier, Research Network for Design Anthropology, Aarhus, Dänemark. Online verfügbar unter https://kadm.dk/sites/default/files/14_paper_kasper_tang_vangkilde_morten_hulvej_rod_0.pdf [25.05.2019].
- Vetters, Larissa; Foblets, Marie-Claire (2016): Culture all around? Contextualising anthropological expertise in European courtroom settings. *International Journal of Law in Context* 12(3), 272–292.
- Vieillard-Baron, Hervé (2016): Die Geschichte der banlieus in Frankreich. Von der Mehrdeutigkeit der Definitionen zu den heutigen Besonderheiten. In: Florian Weber und Olaf Kühne (Hg.): *Fraktale Metropolen* (S. 75–91). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Voss, Martin; Dittmer, Cordula (2016): Resilienz aus katastrophensoziologischer Perspektive. In: Rüdiger Wink (Hg.): *Multidisziplinäre Perspektiven der Resilienzforschung (Studien zur Resilienzforschung)* (S. 179–197). Wiesbaden: Springer Fachmedien.

- Wacquant, Loïc (2018): *Die Verdammten der Stadt*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Walker, Brian; Holling, Crawford S.; Carpenter, Stephen; Kinzig, Ann (2004): Resilience, adaptability and transformability in social–ecological systems. *Ecology and society*, 9(2): 5.
- Wallman, Sandra (2011): *The capability of places*. London: Pluto Press.
- Wassenberg, Frank (2004): Large social housing estates. From stigma to demolition? *Journal of Housing and the Built Environment*, 19(3), S. 223–232.
- Werner, Emmy E. (1992): The children of Kauai. Resiliency and recovery in adolescence and adulthood. *Journal of Adolescent Health*, 13(4), S. 262–268.
- Werner, Emmy E.; Bierman, Jessie M.; French, Fern E. (1971): *The children of Kauai. A longitudinal study from the prenatal period to age ten*. Honolulu: University of Hawaii Press.
- Wiedemann, Gregor; Lemke, Matthias (2016): Text Mining für die Analyse qualitativer Daten. Auf dem Weg zu einer Best Practice? In: Matthias Lemke und Gregor Wiedemann (Hg.): *Text Mining in den Sozialwissenschaften. Grundlagen und Anwendungen zwischen qualitativer und quantitativer Diskursanalyse* (S. 397–423). Wiesbaden: Springer VS.
- Wiedmann, Gregor; Niekler, Andreas (2014): Analyse qualitativer Daten mit dem Leipzig Corpus Miner. *Schriftenreihe des Verbundprojekts Postdemokratie und Neoliberalismus, Discussion Paper No. 5*. Online verfügbar unter <http://www.epol-projekt.de/wp-content/uploads/2014/10/Discussion-Paper-5-Wiedemann-Niekler.pdf> [08.03.2017].
- Wietschorke, Jens (2013): Anthropologie der Stadt: Konzepte und Perspektiven. In: Harald A. Mieg und Christoph Heyl (Hg.): *Stadt. Ein interdisziplinäres Handbuch* (S. 202–221). Stuttgart, Weimar: Verlag J.B. Metzler.
- Wink, Rüdiger (2016): Resilienzperspektive als wissenschaftliche Chance. Eine Einstimmung zu diesem Sammelband. In: Rüdiger Wink (Hg.): *Multidisziplinäre Perspektiven der Resilienzforschung (Studien zur Resilienzforschung)* (S. 1–11). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- WordSmith Tools 7.0. *Version: Lexis Analysis Software Ltd*. Online verfügbar unter <http://lexically.net/wordsmith/> [12.07.2018].
- Xu, Li; Marinova, Dora (2013): Resilience thinking. A bibliometric analysis of socio-ecological research. *Scientometrics*, 96(3), 911–927.
- Zander, Margherita (2010): *Armes Kind - starkes Kind? Die Chance der Resilienz*. Wiesbaden: Springer VS.

Anhang

Anhang A	Kurzfassung der Ergebnisse der Dissertation.....	S. 206
	A.1 Deutsche Kurzfassung der Ergebnisse.....	S. 206
	A.2 Dissertation results short version.....	S. 211
Anhang B	Tabellen und Auswertungsmaterial.....	S. 215
	B.1 Quantitative Daten.....	S. 218
	B.2 Qualitative Daten.....	S. 240

Anhang A: Kurzfassung der Ergebnisse der Dissertation

A.1: Deutsche Kurzfassung der Ergebnisse

Hintergrund

Die Dissertationsschrift „*Regime urbaner Resilienz*“: *Sozialräumlicher Wandel in belasteten Stadtbezirken* befasst sich mit den Auswirkungen von Stressfaktoren, die durch sozialen, politischen und kulturellen Wandel in Form langsamer, gradueller („long burn“-) Störungen sowie kurzfristiger („short term“-) Schocks in bereits belasteten urbanen Räumen entstehen.

Als Fallbeispiel dienen die Großwohnsiedlungen des am nordöstlichen Rand Berlins gelegenen Stadtbezirks Marzahn-Hellersdorf. Diese entstanden in den 1970er- und 80er-Jahren zur Lösung der Wohnungsfrage in der DDR und erlitten in den ersten 20 Jahren nach der deutschen Wiedervereinigung einen drastischen Verfall und Bevölkerungsverlust.

In Folge der massiven Urbanisierungs-, Migrations- und Gentrifizierungsdynamiken Berlins ist der Bezirk in den letzten zehn Jahren wiederum deutlichen Wandlungsprozessen unterworfen. Insbesondere sozial schwächere Bevölkerungsgruppen, die sich das Leben in den beliebten Innenstadtlagen nicht mehr leisten können, werden zunehmend an den Stadtrand verdrängt. Das sozialräumliche System des Bezirks ist somit erheblichen Belastungen ausgesetzt.

Mit dem Einsetzen der sogenannten Flüchtlingskrise kam es zudem ab 2013 zu rapiden sozialräumlichen Einschnitten, als Menschen mit Fluchthintergrund in dem Bezirk angesiedelt wurden. Die Einrichtung von Notunterkünften und Containerdörfern führte zu erheblichen Protesten seitens der Anwohnerschaft. Diese wurden durch rechtsradikale Kräfte geschürt und vorangetrieben und entluden sich in Demonstrationen, Übergriffen sowie Auseinandersetzungen mit solidarischen und linksradikalen Kräften.

Theorie, Forschungsfragen und Forschungsvorgehen

Um an die jeweiligen Bedrohungslagen der Lebensverhältnisse im Bezirkssystem anzuschließen und die dabei entstehenden Dynamiken, Aushandlungs- und Verarbeitungsformen über die Zeit zu erforschen, wird im Rahmen der Dissertation ein analytisches Konzept entwickelt – die *Regime urbaner Resilienz*. Diesen liegt

ein sozialkonstruktivistisch-analytischer Resilienz begriff zugrunde, der mit dem Begriff des Regimes als relationale, vielschichtige und flüchtige Organisationsformen von Dominanz verbunden wird. Das Konzept stellt eine strukturierende Perspektive auf die sozialräumlichen Prozesse und Kräfteverhältnisse in belasteten Stadtraumsystemen dar und gibt Einblick in die dort herrschenden Vulnerabilitäts- und Resilienzkonstruktionen.

Unter Entwicklung und Anwendung dieser Perspektive fragt die Dissertationsschrift schließlich nach den relevanten Themenfeldern, die in Marzahn-Hellersdorf vor dem Hintergrund der sozialräumlichen Wandlungsprozesse auftreten; welche *Regime urbaner Resilienz* sich konstituieren; sowie nach der Struktur und den Wechselwirkungen der urbanen Resilienzregime im Kontext und Vergleich der jeweiligen Stressbedingungen.

Die Beantwortung der Forschungsfragen erfolgt mit Hilfe eines multi-methodalen Forschungsvorgehens. Dieses besteht aus der quantitativen, lexikometrischen Diskursanalyse eines Zeitungskorpus zu Marzahn-Hellersdorf zwischen 1993 und 2016, der qualitativen Durchdringung des Korpus im Zeitraum 2008 bis 2016 durch theorieorientiertes Kodieren sowie dem Einbezug auto- und paraethnographischer Wissensselemente der Autorin.

Wesentliche Ergebnisse aus dem Forschungsvorgehen

Die wichtigsten Inhalte im Diskurs zu Marzahn-Hellersdorf setzen sich zusammen aus Themen der (Lokal-)Politik, des Wohnen und Bauens, von Industrie und Gewerbe, der Freizeit und Kultur, der Armut und sozialen Missständen, der Kriminalität, der Fremdenfeindlichkeit sowie der Flüchtlingskrise. Ihre Schwerpunkte verändern und verschieben sich vor dem Hintergrund gesellschaftspolitischer und sozialräumlicher Wandlungsprozesse. Sind in den Jahren nach der Wiedervereinigung vor allem Themen zu Wohnen und Bauen besonders wichtig, dominieren nach der Jahrtausendwende unter anderem Schlagworte zu sozialen Missständen. Ab 2013 nimmt die Flüchtlingsthematik einen wesentlichen Teil des Diskurses ein.

Mit Hilfe der qualitativen Analyse werden die Themenbereiche für die Zeiträume 2008 bis 2012 sowie 2013 bis 2016 nochmals vertieft und konkretisiert: Die Wandlungsprozesse konfigurieren sich in den Kategorien Infrastruktur und Wirtschaft, Sport/Freizeit/Kultur, Wohnen und Bauen, soziale und politische Verhältnisse sowie Ausprägungen des Wandels. Die Flüchtlingsthematik stellt keine

eigene Kategorie dar, sondern durchzieht und dominiert ab 2013 alle weiteren Themenfelder.

Langsame und graduelle „long burn“-Störungen finden sich im Diskurs 2008 bis 2012 in der Darstellung verschiedener Formen sich verschärfender Armut sowie Schilderungen über zunehmende Segregation. Oftmals liegt der Fokus der Berichterstattung nicht auf Marzahn-Hellersdorf alleine, sondern im Zusammenhang oder Vergleich mit anderen Bezirken. Die Veränderungen beginnen, das Bezirkssystem zu durchziehen, scheinen dabei aber noch wenig Aufmerksamkeit zu erzeugen. 2013 bis 2016 finden sich die graduellen Störungen im Diskurs ebenfalls vereinzelt. Sie werden aber durch die rupturartigen „short term“-Schocks im Zuge der Flüchtlingsthematik, die große Aufmerksamkeit erzeugen und binden, weitestgehend überlagert.

In beiden Zeitfenstern und unter Einfluss beider Störungsformen konstituieren sich urbane Resilienzregime von Benachteiligung, Stigmatisierung, Spaltung, Neoliberalismus, Innovation, Natur und Klimaschutz, kultureller Vielfalt, Wohlfühl, Handlungsmacht/Ohnmacht, Fremdenfeindlichkeit, Unsicherheit. 2013 bis 2016 kommen noch Regime von Solidarität und Linksradikalisierung/-populismus hinzu.

Die Regime unterscheiden sich vor dem Hintergrund der jeweiligen Störungsformen in ihrer Dominanz, ihrer inneren Struktur sowie ihren Wechselwirkungen untereinander. Konfigurieren sie sich vor dem Hintergrund von long burn-Störungen, werden besonders allgemeine und ungerichtete Konstruktionen von Resilienz und Vulnerabilität im Stadtraum offenbar. Entstehen sie im Kontext rapider short term-Schocks, sind die identifizierten Resilienzkonstruktionen spezifischer und direkt auf die wahrgenommenen Stressbedingungen bezogen.

Regime der Benachteiligung sind in beiden Zeiträumen besonders dominant. Vor dem Hintergrund langsamer Störungen konfigurieren sie sich vor allem aus Berichten über Armut und sozialen Abstieg. Dabei stehen sie in enger Wechselwirkung mit Regimen der Spaltung und Stigmatisierung, aber auch Neoliberalismus und Innovation. Mit dem Aufkommen der short term-Schocks verändert sich ihr Interaktionsmuster: Noch über Spaltung und Stigmatisierung hinaus wird die Verbindung zu Regimen der Fremdenfeindlichkeit, die zwischen 2013 und 2016 am deutlichsten auftreten, zentral und die Bedeutung der Achse zu Regimen der Handlungsmacht/Ohnmacht wächst.

Regime der Spaltung treten ebenfalls vor dem Hintergrund beider Störungsformen auf und stehen dabei in enger Wechselwirkung mit denen im jeweiligen Zeitraum als am dominantesten identifizierten Regimen der Benachteiligung und der Fremdenfeindlichkeit. Vor dem Hintergrund gradueller Störeinflüsse verlaufen sie vor allem zwischen Ost- und Westbezirken der Stadt Berlin, zwischen Zentrum und Peripherie sowie zwischen besseren und schlechteren Wohnlagen auch innerhalb Marzahn-Hellersdorfs. Im Kontext der Flüchtlingsthematik vollziehen sich die Spaltungslinien dagegen vor allem zwischen politischen Ideologien (rechts vs. links) sowie zwischen ablehnenden und offenen, solidarischen Einstellungen und Aktionen.

Regime der Fremdenfeindlichkeit sind im Kontext der Flüchtlingsthematik im Zeitraum 2013 bis 2016 zentral. Ihre Wechselwirkungen mit nahezu allen anderen identifizierten Regimen offenbaren deutlich die vordringlichen Störungsformen, die im System herrschen. Die engen Verbindungs- und Konkurrenzmuster zu Regimen der Benachteiligung einerseits und solchen der Solidarität andererseits zeigen, besonders vor dem Hintergrund der Interaktion mit Regimen der Spaltung und Handlungsmacht/Ohnmacht auf, welche Konstruktionen von Vulnerabilität und Resilienz im Sozialraumsystem nebeneinander wirken und sich beeinflussen. Regime der Handlungsmacht/Ohnmacht werden vor allem im Kontext der short term-Schocks deutlich. Sie offenbaren im Beziehungsmuster mit Regimen der Benachteiligung und Fremdenfeindlichkeit auf der einen Seite, aber auch mit Regimen der Solidarität und kulturellen Vielfalt auf der anderen Seite die Spezifik und Richtung der Vulnerabilitäts- und Resilienzkonstruktionen, die im Sozialraumsystem entstehen.

Neben Regimen der Benachteiligung, Fremdenfeindlichkeit, Spaltung und Stigmatisierung, die die besonderen Belastungen des Bezirks nachzeichnen, existieren und entwickeln sich in beiden Zeiträumen vor dem Hintergrund der jeweiligen Bedrohungslagen der Lebensverhältnisse auch Regime der Innovation, von Natur und Klimaschutz, Wohlfühl, Solidarität und kultureller Vielfalt. Sie erzeugen ein anderes Bild von Marzahn-Hellersdorf jenseits der negativen Darstellungen, das zwar weniger mediale Aufmerksamkeit erzeugt, aber einen wichtigen Baustein im Resilienz- und Vulnerabilitätsmuster des Bezirkssystems darstellt.

Schlussfolgerungen

Das Konzept der *Regime urbaner Resilienz* stellt eine fruchtbare und erkenntnisreiche Perspektive auf sozialräumliche Veränderungsprozesse in belasteten Stadtbezirken dar. Anhand der Struktur und des Relationsmusters der Regime ist es möglich, die Dynamiken, Vulnerabilitäts- und Resilienzkonstruktionen im urbanen Raum zu untersuchen und dabei zwischen den Auswirkungen langsamer, gradueller und plötzlicher, rupturartiger Stressoren im Raum jenseits normativer Zuschreibungen besser zu differenzieren.

Zukünftige Forschung als auch stadtpolitische Akteurinnen und Akteure können das in Marzahn-Hellersdorf identifizierte Wissen zu Regimen urbaner Resilienz nutzen, um in einem nächsten Schritt tiefer in die Alltagspraktiken der Anwohnerinnen und Anwohner einzutauchen sowie passgenauere Interventionen zu entwickeln, um den Bezirk von innen heraus zu stärken.

A.2: Dissertation results short description

Background

The dissertation “*Regimes of Urban Resilience*”: *Socio-spatial change in underprivileged urban districts* deals with the effects of slow, gradual long burn-disorders and rapid short-term-shocks in disadvantaged urban districts during times of social, political and cultural change.

The case study focuses on the high-rise settlements of Marzahn-Hellersdorf, a city district located on the north-eastern edge of Berlin. The area was built in the 1970s and 80s in the former German Democratic Republic and suffered dramatic decay and depopulation during the first 20 years after the German reunification.

During the last decade, the district is again affected by significant transformation processes caused by massive dynamics of urbanization, migration and gentrification in Berlin. Particularly, socially disadvantaged population groups that cannot afford living in popular downtown locations anymore are forced to move into the suburbs. Consequently, the district’s social-spatial system becomes highly stressed.

In addition, from 2013 on, due to the so-called “refugee crisis”, further socio-spatial tensions emerged when refugees were settled in Marzahn-Hellersdorf. The establishment of emergency accommodations and container villages caused significant protests from local residents that were fuelled and driven by right-wing forces. These resulted in demonstrations, attacks and conflicts with solidary and ultra-left forces.

Theory, research questions and research design

To address the particular threats of living conditions in Marzahn-Hellersdorf and to explore its upcoming dynamics over time, a new analytical concept is developed to frame the research process – the *Regimes of Urban Resilience*. The concept reverts to a socio-constructive notion of resilience in conjunction to the notion of regimes as relational, multi-layered and volatile forms of dominance. It is meant to serve as a structuring perspective to socio-spatial processes in underprivileged urban systems by revealing insights into its predominant constructions of vulnerability and resilience.

Following and applying this new perspective, the dissertation explores the distinct issues arising in Marzahn-Hellersdorf over time. Furthermore, it aims to identify the predominant *Regimes of Urban Resilience* and to analyse the regime's structures and relational patterns against the background of long burn-disruptions and short term-shocks.

The multi-methodological research design includes: a quantitative, lexicometric discourse analysis of newspaper articles dealing with Marzahn-Hellersdorf from 1993 until 2016; a qualitative, theory led coding procedure of the newspaper corpus between 2008 and 2016; the author's auto- and para-ethnographic knowledge in the research and evaluation processes.

Key findings

The discourse's most important contents include topics regarding (local) politics, living and building, industry and trade, leisure and culture, poverty and social drawbacks, crime, xenophobia and the refugee crisis. Their key aspects differ over time and in the context of socio-political and socio-spatial change: During the years after the German reunification, issues especially dealing with living and building concerns appear to be important. After the turn of the millennium, key words of social drawbacks become more dominant. From 2013, refugee themes capture big parts of the discourse.

With the help of the qualitative analysis, the subject areas for the periods from 2008 to 2012 and from 2013 to 2016 are further deepened and solidified: The processes of change are configured in the categories infrastructure and economy, sports/leisure/culture, living and building, social and political affairs, as well as manifestations of change. The refugee issue does not represent a separate category but pervades and dominates from 2013 on all other subject matters.

The long burn-disturbances can be found in the discourse of 2008 to 2012 in the presentation of various forms of escalating poverty, as well as descriptions of increasing segregation. Often the focus of the newspaper articles is not on Marzahn-Hellersdorf alone, but in context or comparison with other districts. The changes are beginning to permeate the district's system, but they still seem to attract little attention. Furthermore, from 2013 to 2016 the long burn-disturbances can be identified in the discourse sporadically. However, they are largely overshadowed by the rupture-like shocks in the wake of the refugee topics, which attract and retain most of the attention.

During both time frames and influenced by long burn-, as well as short term-changes, different *Regimes of Urban Resilience* emerge: Regimes of deprivation, stigmatisation, division, neoliberalism, innovation, nature and climate protection, cultural diversity, sense of well-being, agency/powerlessness, xenophobia, insecurity. Furthermore, from 2013 to 2016, regimes of solidarity and left radicalization/populism appear.

Depending on the different forms of stress, the regimes differ in their dominance, their inner structure and their relation patterns to each other. Against the background of long burn-disturbances, they are mainly configured in the context of general and undirected constructions of vulnerability and resilience. In the context of short term-shocks, constructions of resilience are more specific and directed to the perceived conditions of strain.

Regimes of deprivation are particularly dominant in both periods. Occurring in the context of slow burn-disruptions, they are mainly configured from reports of poverty and social decline. Moreover, they interact closely with regimes of division and stigmatization, but also neoliberalism and innovation. With the advent of short-term shocks, their interaction pattern is changing: Beyond division and stigmatization, the link to the regimes of xenophobia, which are most evident between 2013 and 2016, is becoming more central and the relation to regimes of agency/powerlessness is growing.

Regimes of division also occur against the background of both forms of disorder – closely interacting with, in the particular periods most dominant, regimes of deprivation and xenophobia. In times of long burn-disturbances, they run mainly between the eastern and western districts of the city of Berlin, between the centre and the periphery, as well as between better and unpopular residential areas within Marzahn-Hellersdorf. In the context of the short term-shock refugee issues, the lines of division occur mainly between political ideologies (right vs. left) and between repelling vs. open, solidary attitudes and actions.

Regimes of xenophobia are central and most dominant to the refugee issues in the period from 2013 to 2016. Their interactions with nearly all other identified regimes clearly reveal the central disturbances that prevail in the system. The close connection and competition patterns to regimes of discrimination on the one hand, and of solidarity on the other, show – especially in the context of the interaction with regimes of division and agency/powerlessness – which construc-

tions of vulnerability and resilience in the social space system coexist and influence each other.

Also, regimes of agency/powerlessness are particularly evident in the context of short-term shocks. In the relationship patterns with regimes of deprivation and xenophobia on the one hand, and with regimes of solidarity and cultural diversity on the other, they reveal the specificity and direction of the vulnerability and resilience constructions.

In addition to regimes of discrimination, xenophobia, division and stigmatization, which display the special burdens of the district, regimes of innovation, nature and climate protection, well-being, solidarity and cultural diversity also exist and develop in both periods despite or because of the different threats to the living conditions. They create a different image of Marzahn-Hellersdorf beyond the negative representations, which, while generating less media attention, is an important building block in the resilience and vulnerability patterns of the district's system.

Conclusions

The concept of *Regimes of Urban Resilience* provides a fruitful and insightful perspective on socio-spatial change processes in disadvantaged urban areas. Based on the structure and relational patterns of the regimes, it is possible to study the dynamics, vulnerability and resilience constructions in urban space, better differentiating between the effects of long burn-disturbances and short term-shocks beyond normative attributions.

Future research, as well as actors in urban politics, can use the knowledge identified on *Regimes of Urban Resilience* in Marzahn-Hellersdorf in order to dive deeper into the everyday practices of the residents, as well as to develop more appropriate interventions in order to develop and strengthen the district.

Anhang B: Tabellen und Auswertungsmaterial

Tabellenverzeichnis Anhang B

Tabelle B.1. 1: Anzahl, Mittelwert und Wortumfang aller Tagesspiegelartikel.....	218
Tabelle B.1. 2: Anzahl, Mittelwert und Wortumfang aller Artikel aus der Berliner Zeitung.....	218
Tabelle B.1. 3: Kumulierte statistische Kennwerte aus der lexikometrischen Diskursanalyse.....	219
Tabelle B.1. 4: Ergebnisse der lexikometrischen Diskursanalyse im Zeitraum 1993 bis 1997 einschließlich inhaltlicher Erläuterungen zu den Keywords.....	220
Tabelle B.1. 5: Ergebnisse der lexikometrischen Diskursanalyse im Zeitraum 1998 bis 2002 einschließlich inhaltlicher Erläuterungen zu den Keywords.....	225
Tabelle B.1. 6: Ergebnisse der lexikometrischen Diskursanalyse im Zeitraum 2003 bis 2007 einschließlich inhaltlicher Erläuterungen zu den Keywords.....	229
Tabelle B.1. 7: Ergebnisse der lexikometrischen Diskursanalyse im Zeitraum 2008 bis 2012 einschließlich inhaltlicher Erläuterungen zu den Keywords.....	232
Tabelle B.1. 8: Ergebnisse der lexikometrischen Diskursanalyse im Zeitraum 2013 bis 2016 einschließlich inhaltlicher Erläuterungen zu den Keywords.....	235
Tabelle B.2. 1: Qualitative Analyse des Diskurszeitraums 2008-2012/Diskurskategorie Infrastruktur und Wirtschaft.....	240
Tabelle B.2. 2: Qualitative Analyse des Diskurszeitraums 2008-2012/Diskurskategorie Sport/Freizeit/Kultur.....	250
Tabelle B.2. 3: Qualitative Analyse des Diskurszeitraums 2008-2012/Diskurskategorie Wohnen & Bauen.....	256
Tabelle B.2. 4: Qualitative Analyse des Diskurszeitraums 2008-2012/Diskurskategorie Soziale Verhältnisse.....	263
Tabelle B.2. 5: Qualitative Analyse des Diskurszeitraums 2008-2012/Diskurskategorie Wandel.....	275
Tabelle B.2. 6: Qualitative Analyse des Diskurszeitraums 2013-2016/Diskurskategorie Infrastruktur und Wirtschaft.....	282
Tabelle B.2. 7: Qualitative Analyse des Diskurszeitraums 2013-2016/Diskurskategorie Sport/Freizeit/Kultur.....	289
Tabelle B.2. 8: Qualitative Analyse des Diskurszeitraums 2013-2016/Diskurskategorie Wohnen & Bauen.....	305

Tabelle B.2. 9: Qualitative Analyse des Diskurszeitraums 2013-2016/Diskurskategorie Soziale und politische Verhältnisse.....	338
Tabelle B.2. 10: Qualitative Analyse des Diskurszeitraums 2013-2016/Diskurskategorie Wandel	366
Tabelle B.2. 11: Theorieorientiertes Kodierschema zur Diskurskategorie Infrastruktur & Wirtschaft 2008-2012/Gesundheitsversorgung	373
Tabelle B.2. 12: Theorieorientiertes Kodierschema zur Diskurskategorie Infrastruktur & Wirtschaft 2008-2012/Industrie	374
Tabelle B.2. 13: Theorieorientiertes Kodierschema zur Diskurskategorie Infrastruktur & Wirtschaft 2008-2012/Bildungsstandorte.....	376
Tabelle B.2. 14: Theorieorientiertes Kodierschema zur Diskurskategorie Infrastruktur & Wirtschaft 2008-2012/Verkehrsanbindung	379
Tabelle B.2. 15: Theorieorientiertes Kodierschema zur Diskurskategorie Sport/Freizeit/Kultur 2008-2012/Freizeit & Kultur	381
Tabelle B.2. 16: Theorieorientiertes Kodierschema zur Diskurskategorie Sport/Freizeit/Kultur 2008-2012/Natur & Grünanlagen	383
Tabelle B.2. 17: Theorieorientiertes Kodierschema zur Diskurskategorie Sport/Freizeit/Kultur 2008-2012/Sport(ler).....	385
Tabelle B.2. 18: Theorieorientiertes Kodierschema zur Diskurskategorie Wohnen & Bauen 2008-2012.....	386
Tabelle B.2. 19: Theorieorientiertes Kodierschema zur Diskurskategorie Soziale Verhältnisse 2008-2012/Armut.....	388
Tabelle B.2. 20: Theorieorientiertes Kodierschema zur Diskurskategorie Soziale Verhältnisse 2008-2012/Kriminalität.....	390
Tabelle B.2. 21: Theorieorientiertes Kodierschema zur Diskurskategorie Soziale Verhältnisse 2008-2012/Rechtsthematik.....	391
Tabelle B.2. 22: Theorieorientiertes Kodierschema zur Diskurskategorie Infrastruktur & Wirtschaft 2013-2016/Gesundheitsversorgung	393
Tabelle B.2. 23: Theorieorientiertes Kodierschema zur Diskurskategorie Infrastruktur & Wirtschaft 2013-2016/Industrie	394
Tabelle B.2. 24: Theorieorientiertes Kodierschema zur Diskurskategorie Infrastruktur & Wirtschaft 2013-2016/Bildungsstandorte.....	396
Tabelle B.2. 25: Theorieorientiertes Kodierschema zur Diskurskategorie Infrastruktur & Wirtschaft 2013-2016/Verkehrsanbindung	398
Tabelle B.2. 26: Theorieorientiertes Kodierschema zur Diskurskategorie Sport/Freizeit/Kultur 2013-2016/Freizeit & Kultur	399

Tabelle B.2. 27: Theorieorientiertes Kodierschema zur Diskurskategorie Sport/Freizeit/Kultur 2013-2016/Natur & Grünanlagen	401
Tabelle B.2. 28: Theorieorientiertes Kodierschema zur Diskurskategorie Sport/Freizeit/Kultur 2013-2016/Sport(ler)/Flüchtlingsthematik.....	403
Tabelle B.2. 29: Theorieorientiertes Kodierschema zur Diskurskategorie Wohnen & Bauen 2013-2016/ Wohnraum	404
Tabelle B.2. 30: Theorieorientiertes Kodierschema zur Diskurskategorie Wohnen & Bauen 2013-2016/ Flüchtlingsunterkünfte	406
Tabelle B.2. 31: Theorieorientiertes Kodierschema zur Diskurskategorie Soziale & politische Verhältnisse 2013-2016/ Soziale Missstände & Armut	410
Tabelle B.2. 32: Theorieorientiertes Kodierschema zur Diskurskategorie Soziale politische Verhältnisse 2013-2016/ Kriminalität	411
Tabelle B.2. 33: Theorieorientiertes Kodierschema zur Diskurskategorie Soziale & politische Verhältnisse 2013-2016/Politische Verhältnisse	413
Tabelle B.2. 34: Theorieorientiertes Kodierschema zur Diskurskategorie Wandel 2013-2016.....	416

B.1 Quantitative Daten

Tabelle B.1. 1: Anzahl, Mittelwert und Wortumfang aller Tagesspiegelartikel

Jahr	Anzahl	Mittelwert	Wortumfang
1993	106	321	47-1798
1994	503	349	49-4209
1995	654	329	33-2193
1996	497	327	50-2005
1997	555	362	46-3136
1998	651	373	57-2925
1999	627	398	56-2415
2000	608	394	49-7048
2001	438	438	41-2616
2002	403	426	57-2620
2003	298	377	42-3200
2004	354	377	44-2703
2005	337	435	47-2354
2006	333	430	67-2225
2007	333	483	42-2911
2008	360	465	58-1977
2009	373	484	58-1880
2010	381	531	28-2326
2011	407	537	66-2180
2012	342	547	44-2978
2013	529	559	42-3959
2014	406	628	24-4718
2015	432	610	56-4887
2016	452	626	31-3822
Gesamt	10.379		

Tabelle B.1. 2: Anzahl, Mittelwert und Wortumfang aller Artikel aus der Berliner Zeitung

Jahr	Anzahl	Mittelwert	Wortumfang
2000	774	320	23-1913
2001	409	400	36-2742
2002	547	365	32-1905
2003	520	329	30-1622
2004	556	371	42-4174
2005	303	243	16-2681
2006	498	334	11-3442
2007	475	353	21-3834
2008	433	389	36-3569
2009	385	449	37-3573
2010	361	468	39-3268
2011	357	497	82-3225
2012	359	534	30-3887
2013	499	548	58-4075
2014	424	642	71-4091
2015	433	609	80-3848
2016	535	629	56-3655
Gesamt	7.868		

Tabelle B.1. 3: Kumulierte statistische Kennwerte aus der lexikometrischen Diskursanalyse

Kategorien	1993-1997			1998-2002			2003-2007			2008-2012			2013-2016		
	Freq	Log L	Log R	Freq	Log L	Log R	Freq	Log L	Log R	Freq	Log L	Log R	Freq	Log L	Log R
(Lokal-)Politik	1258	1592,24	58,66	842	625,48	21,16	653	576,67	13,66	488	380,63	10,97	1756	1335,56	26,91
Wohn- und Bauthematik	563	688,66	33,53	1213	872,30	23,19	155	101,73	3,11	72	73,50	4,25	114	79,98	3,54
Fremdenfeindlichkeit	336	421,80	22,79	170	144,90	7,71				32	36,05	2,27	218	174,41	7,52
Freizeit & Kultur	302	338,32	17,31	388	298,15	12,83	127	132,01	8,60	333	280,74	13,40	760	525,80	7,15
Industrie & Gewerbe	288	355,57	21,80	122	93,90	5,43	32	32,64	2,05	87	95,02	2,22	93	72,37	3,69
Sonst. Kriminalität				515	381,80	7,33	25	28,86	2,23	123	86,50	3,27			
Unfallkrankenhaus							358	455,44	14,13	321	286,58	13,69			
Armut/Soziale Missstände							600	520,04	13,69						
Flüchtlingsthematik													5937	3384,59	58,39

*Freq = Frequency
LOG L = Log Likelihood
Log R = Log Ratio*

Anmerkung: Die in dieser Tabelle abgebildeten Werte ergeben sich aus den kumulierten Einzelwerten der den jeweiligen Kategorien zugeordneten Keywords aus der lexikometrischen Diskursanalyse. Die Einzelwerte können den Tabellen B1.4 bis B1.8 entnommen werden.

Tabelle B.1. 4: Ergebnisse der lexikometrischen Diskursanalyse im Zeitraum 1993 bis 1997 einschließlich inhaltlicher Erläuterungen zu den Keywords

Kategorie	Sub-kategorie	Keyword	Freq.	Log_L	Log_R	Erläuterung
(Lokal-)Politik	CDU	PIEROTH	155	205,40	2,33	Elmar Pieroth: CDU-Politiker, 1991-1996 Berliner Senator für Finanzen, 1996-1998 Berliner Senator für Wirtschaft und Betriebe, Rücktritt 1998, seit Nov. 1995 Vorsitzender des Kreisvorstands Hellersdorf
(Lokal-)Politik	SPD	RÖHL	65	119,66	2,95	Andreas Röhl: 1990-1995 SPD-Bezirksbürgermeister von Marzahn
(Lokal-)Politik	CDU	DIEPGEN	170	118,10	1,54	Eberhard Diepgen: 1984-1989 und 1991-2001 Regierender Bürgermeister von Berlin (CDU)
(Lokal-)Politik	CDU	KLEMANN	75	108,57	2,48	Jürgen Klemann: 1991-1996 Berliner Senator für Schule, Berufsbildung und Sport, 1996-1999 Senator für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (CDU)
(Lokal-)Politik	SPD	STAHMER	76	106,56	2,42	Ingrid Stahmer: 1990-1994 Berliner Senatorin für Soziales und Gesundheit, 1995-1999 Senatorin für Schule, Jugend und Sport (SPD)
(Lokal-)Politik	SPD	MEISNER	57	101,01	2,87	Norbert Meisner: 1991-1996 Berliner Senator für Wirtschaft und Technologie (SPD)
(Lokal-)Politik	CDU	HASSEMER	50	72,38	2,48	Volker Hassemer: 1991-1996 Berliner Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz (CDU), setzte gegen Widerstand der PDS den Abriss des Lenin-Denkmal um
(Lokal-)Politik	SPD	BARBE	38	66,33	2,84	Angelika Barbe: Mitbegründerin der DDR-SDP, 1990-1994 Bundestagsabgeordnete aus Hellersdorf, 1994 unterlegene Wahlkreisgegenkandidatin zu Gregor Gysi; 1996 Mitbegründerin des Berliner Bürgerbüros zur Aufarbeitung der Folgeschäden der SED-Diktatur, 1996 Übertritt zur CDU aus Protest gegen Zusammenarbeit der SPD mit PDS
(Lokal-)Politik	CDU	SCHÖNBOHM	58	62,72	2,03	Jörg Schönbohm: 1996-1998 Innensenator von Berlin (CDU)

(Lokal-)Politik	CDU	ORWAT	48	58,11	2,19	Detlef Orwat (CDU): 1991-1998 Staatssekretär in der Gesundheitsverwaltung von Berlin, bis 1999 Vorstandsvorsitzender des Trägervereins des Unfallkrankenhauses Berlin-Marzahn
(Lokal-)Politik	CDU	HECKELMANN	31	56,92	2,95	Dieter Heckelmann (CDU): 1991-1996 Berliner Innensenator, 1994 Entzug der Zuständigkeit für den Berliner Verfassungsschutz aufgrund des Mykonos-Attentats
(Lokal-)Politik	SPD	UNGER	33	56,69	2,80	Wolfgang Unger (SPD): Ehemaliger Bildungsstadtrat aus Marzahn, 1996 Rückzug der Kandidatur nach mehrfachen Scheitern in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV)
(Lokal-)Politik	Links	BUTTLER	66	56,14	1,74	Harald Buttler (PDS): 1995-2000 Bezirksbürgermeister von Marzahn
(Lokal-)Politik	CDU	RADUNSKI	27	42,43	2,63	Peter Radunski (CDU): 1991-1995 Berliner Senator für Bundes- und Europaangelegenheiten, 1996-1999 Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur
(Lokal-)Politik	Links	PDS-BÜRGERMEISTER	39	42,00	2,03	
(Lokal-)Politik	SPD	STAFFELT	35	39,83	2,10	Ditmar Staffelt: 1979-1998 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, 1989-1994 Vorsitzender der SPD-Fraktion
(Lokal-)Politik	SPD	MAHLKE	37	34,06	1,83	Bernd Mahlke (SPD): 1992-1995 Bürgermeister von Hellersdorf, 1995 krankheitsbedingt ausgeschieden
(Lokal-)Politik	Bildung	SCHULVERWALTUNG	38	33,29	1,77	
(Lokal-)Politik	CDU	MAIZIERE	20	32,69	2,70	Lothar de Maizièrè, ehem. CDU-DDR-Politiker (letzter DDR-Ministerpräsident), seit 1996 Anwalt mit Spezialisierung auf Fragen der Wiedervereinigung
(Lokal-)Politik		VERWALTUNGSREFORM	29	31,93	2,06	
(Lokal-)Politik	SPD	SCHARPING	21	30,34	2,47	Rudolf Scharping: 1993-1995 Bundesvorsitzender der SPD, 1994 Kanzlerkandidat
(Lokal-)Politik	Links	HEYM	24	30,03	2,24	Stefan Heym, bedeutender Schriftsteller der DDR, 1994-1995 Abgeordneter der PDS, Amtsniederlegung 1995 aus Protest gegen geplante Verfassungsänderung zur Erhöhung der Diäten für Bundestagsabgeordnete
(Lokal-)Politik	SPD	PESCHEL-GUTZEIT	16	29,97	2,99	Lore Maria Peschel-Gutzeit (SPD): 1994-1997 Justizsenatorin in Berlin

(Lokal-)Politik	SPD	DZEMBRITZKI	28	28,60	1,96	Detlef Dzembritzki: 1989-1995 Bezirksbürgermeister von Reinickendorf (SPD)
(Lokal-)Politik	Bildung	JUGENDSENIATOR	22	28,49	2,29	
			Σ	1258	1592,24	58,66
Wohn- und Bauethematik		NAGEL	78	107,97	2,40	Wolfgang Nagel: 1989-1996 Berliner Senator für Bau- und Wohnungswesen
Wohn- und Bauethematik		WOGHE	114	89,91	1,66	Wohnbaugesellschaft Hellersdorf
Wohn- und Bauethematik		BAUSENIATOR	58	60,51	1,98	
Wohn- und Bauethematik		TÖPFER	49	55,53	2,09	Klaus Töpfer (CDU): 1994-1998 Bundesbauminister
Wohn- und Bauethematik		GEBIETSREFORM	33	48,69	2,51	
Wohn- und Bauethematik		BAUVERWALTUNG	40	45,44	2,10	
Wohn- und Bauethematik		TREUHAND	35	44,27	2,25	
Wohn- und Bauethematik		SENATSBAUVERWALTUNG	40	44,26	2,06	
Wohn- und Bauethematik		BEZIRKSGBIETSREFORM	23	35,73	2,60	
Wohn- und Bauethematik		ZWISCHENERWERBER	21	35,55	2,77	
Wohn- und Bauethematik		BLEG	19	32,67	2,80	Berliner Landesentwicklungsgesellschaft (Aufgabe: bauliche Erschließung und wohnliche Nutzung von Flächen)
Wohn- und Bauethematik		KAROW-NORD	21	30,34	2,47	Mitte der 90er Jahre Neubaugebiet und Deutschlands größte Baustelle
Wohn- und Bauethematik		ALTSCHULDENHILFEGESETZ	16	28,90	2,91	Das Altschuldenhilfegesetz schreibt den ostdeutschen Wohnungsgesellschaften vor, im Gegenzug für staatliche Schuldenhilfe 15 Prozent ihres Bestandes als Eigentumswohnungen zu verkaufen.

Wohn- und Bauthematik	LANDESENTWICK- LUNGSGESELLSCHAFT	16	28,90	2,91	
		Σ 563	688,66	33,53	
Fremdenfeindlichkeit	SKINS	42	67,38	2,66	
Fremdenfeindlichkeit	DIESNER	87	63,75	1,59	Kay Diesner: Ost-Berliner Neonazi, der 1997 im Zusammenhang mit einer Demonstration der Jungen Nationaldemokraten (JN) den Buchhändler Klaus Baltruschat mit einer Pumpgun anschoss und schwer verletzte
Fremdenfeindlichkeit	BALTRUSCHAT	63	52,02	1,71	Klaus Baltruschat: Opfer des Neonazis Kay Diesner, siehe 12
Fremdenfeindlichkeit	NATIONALDEMOKRATEN	38	46,94	2,22	
Fremdenfeindlichkeit	WURZEL	27	45,16	2,75	Jugendfreizeitheim in Marzahn, das in den 1990ern oft mit rechter Gewalt verbunden wurde
Fremdenfeindlichkeit	GIAMBLANCO	22	42,77	3,08	Orazio Giambianco: Opfer eines brutalen Neonazi-Anschlags im Jahr 1996 in Trebbin, südlich von Berlin
Fremdenfeindlichkeit	KASSEM	20	38,88	3,08	Abbas Kassem: Opfer rechter Gewalt in Fürstenwalde, südöstlich von Berlin
Fremdenfeindlichkeit	KABATAS	18	34,99	3,08	Sükrü Kabatas: Türkischer Dönerbudenpächter am nördlichen Rand von Marzahn, Opfer rechter Gewalt und Randalen
Fremdenfeindlichkeit	VILMAR	19	29,89	2,63	Fritz Vilmar, vorsitzender Richter im Verfahren gegen den Rechtsradikalen Kay Diesner, den er zu lebenslanger Haft verurteilte (siehe Diesner unter 12)
		Σ 336	421,80	22,79	
Freizeit & Kultur	FEZ	45	56,72	2,25	Freizeit- und Erholungszentrum Wuhlheide
Freizeit & Kultur	STADTTEILZENTRUM	59	53,52	1,81	
Freizeit & Kultur	ERHOLUNGSZENTRUM	33	47,90	2,48	Freizeit- und Erholungszentrum Wuhlheide (siehe FEZ unter 19)
Freizeit & Kultur	WUHLHEIDE	55	43,44	1,66	Freizeit- und Erholungszentrum Wuhlheide (siehe FEZ unter 19)
Freizeit & Kultur	HEIMATMUSEUM	32	42,32	2,32	
Freizeit & Kultur	CHARLES	27	32,72	2,19	Bezieht sich auf einen Besuch von Prinz Charles in Hellersdorf im Jahr 1995

Freizeit & Kultur	Ehrenamt	ZETKIN	19	31,71	2,74	Clara Zetkin: Kommunistische Frauenrechtlerin, Stadtplatz in Hellersdorf ist nach ihr benannt; 1995 Umbenennung der Clara-Zetkin-Straße in Mitte in Dorotheenstraße, damals großer Protest aus Hellersdorf dagegen
Freizeit & Kultur	Ehrenamt	KICK	32	29,99	1,85	Kinder- und Jugendprojekt in Marzahn gegen Delinquenz von Jugendlichen
			Σ	302	338,32	17,31
Industrie & Gewerbe		GEWERBE	72	62,67	1,77	
Industrie & Gewerbe		AEG	36	59,58	2,73	AEG Aktiengesellschaft aus Berlin, ursprünglich einer der weltweit größten Elektrokonzerne, ging in den 1980ern insolvent, wurde aber 1996 als Marke lizenziert
Industrie & Gewerbe		VERBRAUCHERZENTRALE	33	39,43	2,17	
Industrie & Gewerbe		EINZELHANDEL	50	36,56	1,58	
Industrie & Gewerbe		VDE	18	32,77	2,93	Verband Deutscher Elektrotechniker, wollte Prüflabor in Marzahn errichten, deswegen mehrjährige Auseinandersetzung mit der Treuhand über nutzungs- und finanztechnische Fragen
Industrie & Gewerbe		HBV	22	32,20	2,49	Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen
Industrie & Gewerbe		DWA	17	31,92	3,00	Deutsche Waggonbau AG in Marzahn
Industrie & Gewerbe		SFB	22	30,65	2,41	Sender Freies Berlin, bis 2003 Landesrundfunkanstalt des Landes Berlin
Industrie & Gewerbe		GEWERBEZENTRUM	18	29,79	2,73	
			Σ	288	355,57	21,80

Tabelle B.1. 5: Ergebnisse der lexikometrischen Diskursanalyse im Zeitraum 1998 bis 2002 einschließlich inhaltlicher Erläuterungen zu den Keywords

Kategorie	Sub-kategorie	Keyword	Freq.	Log_L	Log_R	Erläuterung
Wohn- & Bauthematik		WBG	344	212,24	1,55	Wohnungsbaugesellschaft
Wohn- & Bauthematik	Bezirksfusion	GROSSBEZIRK	161	136,25	1,91	
Wohn- & Bauthematik	Expo	EXPO	81	73,41	2,00	EXPO 2000, Weltausstellung in Hannover, auf der sich Hellersdorf mit dem "HellersdorfProjekt" präsentierte
Wohn- & Bauthematik		MEGA	114	68,29	1,52	MEGA Entwicklungs- und Gewerbeansiedlungs-AG --> Träger für große Bauprojekte in Hellersdorf
Wohn- & Bauthematik	Bezirksfusion	WAPPEN	88	59,63	1,65	Bezieht sich auf die Fusion der Bezirke Marzahn und Hellersdorf im Jahr 2001, zu welcher ein neues Wappen erstellt wurde
Wohn- & Bauthematik	Bezirksfusion	LICHTENBERG-HOHENSCHÖNHAUSEN	77	49,59	1,60	
Wohn- & Bauthematik		EISENTRAUT	74	49,51	1,64	Wolf Rüdiger Eisentraut: Architekt, der u.a. diverse Gebäude in Marzahn konzipierte
Wohn- & Bauthematik	Bezirksfusion	BEZIRKSFUSION	65	46,07	1,70	Bezirksfusion zu Marzahn-Hellersdorf am 01.01.2001
Wohn- & Bauthematik	Expo	RIESAER	44	42,41	2,08	Risaer Straße: Zentrale Straße in Hellersdorf, u.a. Standort des "Baukasten Risaer Straße", in dem die Entwürfe für die Expo 2000 ausgestellt wurden
Wohn- & Bauthematik		DOBBERKE	56	39,85	1,70	Wolfgang Dobberke: Geschäftsführer WBG Marzahn
Wohn- & Bauthematik		MEUTER	42	36,81	1,95	Hartmut Meuter: Geschäftsführer der Wohnungsbaugesellschaft Marzahn (WBG) in den 1990ern
Wohn- & Bauthematik	Expo	WELTAUSSTELLUNG	35	29,25	1,89	Siehe EXPO unter 8
Wohn- & Bauthematik		HÖPFNER	32	28,98	2,00	Sigrid Höpfner: Chegin der MEGA AG, siehe MEGA unter 10
		Σ	1213	872,30	23,19	
(Lokal-)Politik	Sicherheit	WERTHEBACH	127	121,45	2,07	Eckart Werthebach: Berliner Innensenator (CDU) von 1998 bis 2001

(Lokal-)Politik	CDU	SCHÜTZE	154	99,83	1,60	Diethart Schütze: CDU-Bundestagsabgeordneter und Mandat Reinickendorf
(Lokal-)Politik	Links	KIEKE	86	61,28	1,70	Wolfgang Kieke: Marzahner Bezirksstadtrat für Jugend, Bildung und Kultur (PDS)
(Lokal-)Politik	Links	GRYGIER	95	58,77	1,56	Bärbel Grygier: PDS-Politikerin aus der ehem. DDR
(Lokal-)Politik	Links	PDS-FRAKTION	67	44,45	1,63	
(Lokal-)Politik	Links	BRIE	47	40,74	1,94	André Brie: PDS-Politiker, ehem. Stasi-Mitglied
(Lokal-)Politik	Links	GYSIS	56	37,76	1,64	Gregor Gysi
(Lokal-)Politik	Sicherheit	SABERSCHINSKY	48	36,81	1,79	Hagen Saberschinsky: Polizeipräsident von Berlin von 1992-2001
(Lokal-)Politik	CDU	STOIBER	50	32,28	1,60	Edmund Stoiber, Kanzlerkandidat der Union im Jahr 2002
(Lokal-)Politik	Links	BARTSCH	41	31,74	1,80	Dietmar Bartsch: PDS-Politiker aus der ehem. DDR, Wahlkampfleiter der PDS für Bundestagswahl 2002
(Lokal-)Politik	Sicherheit	PIESTERT	35	30,97	1,97	Gernot Piestert: 1993-2003 oberster Schutzpolizist von Berlin
(Lokal-)Politik	Wohn- & Bau- thematik	HILLENBERG	36	29,38	1,86	Ralf Hillenberg: SPD-Politiker aus Ost-Berlin, Landtagsabgeordneter, Mitglied des Ausschusses Bauen, Wohnen und Verkehr
			Σ	842	625,48	21,16
Sonst. Kriminalität	Kindesmissbrauch	SOPHIA	241	173,50	1,90	Sophia Wendt: 9-jähriges Mädchen aus Marzahn, das im Januar 2001 durch den 34-Jährigen Berto Borsch entführt, missbraucht und nach vier Tagen wieder freigelassen wurde
Sonst. Kriminalität	Korruption	BITTNER	139	95,54	1,66	Manfred Bittner: Wirtschaftsstadtrat Hellersdorf (CDU) in den 1990ern, angeklagt wegen Korruptionsverdacht, heute aktives AFD-Mitglied
Sonst. Kriminalität	Kindesmissbrauch	BERTO	71	64,69	2,01	Berto Borsch: Entführer der 9-jährigen Sophia, siehe 2
Sonst. Kriminalität	Kindesmissbrauch	ENTFÜHRER	64	48,06	1,76	Siehe Sophia unter 2 und Berto unter 11
			Σ	515	381,80	7,33

Freizeit & Kultur	Ehrenamt	ROSENBERG	130	100,29	1,79	Otto Rosenberg (1927-2001), Auschwitz-Überlebender, Mitbegründer und langjähriger Vorsitzender des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma Berlin-Brandenburg e.V.
Freizeit & Kultur	Sport	PECHSTEIN	60	37,45	1,57	Claudia Pechstein, ehem. Eisschnellläuferin, geboren in Ost-Berlin/ehem. DDR
Freizeit & Kultur		PARADE	56	35,77	1,59	United Space Parade: Parade zum 20-jährigen Bestehen des Bezirks Marzahn am 25.09.1999 durch die Allee der Kosmonauten
Freizeit & Kultur	Menschen aus M-H	TERL	44	33,80	1,79	Thorald Terl: Optiker aus Marzahn, der im Jahr 2000 verschiedene Kultur- und kulturpolitische Veranstaltungen und Aktionen organisierte
Freizeit & Kultur	Ehrenamt	ENGLING	32	30,84	2,08	Bernd Engling: Hausbewohner und Chorleiter "Marzahner-Promenadenmischung"
Freizeit & Kultur	Sport	STALLMAIER	32	30,84	2,08	Martin Stallmaier: Professioneller Volleyballtrainer in Berlin
Freizeit & Kultur	Menschen aus M-H	WESSEL	34	29,14	1,92	Gerd Wessel: Erster Stadtzeichner von Hellersdorf im Jahr 2001
			Σ 388	298,15	12,83	
Fremdenfeindlichkeit		BLOOD	42	38,60	2,02	Blood & Honour: Rechtsextremes Netzwerk, u.a. Aktionen in Marzahn-Hellersdorf
Fremdenfeindlichkeit		HONOUR	40	37,60	2,05	Blood & Honour: Rechtsextremes Netzwerk, u.a. Aktionen in Marzahn-Hellersdorf (siehe 23)
Fremdenfeindlichkeit		TONI	50	35,71	1,71	Toni S.: Berliner Neonazi, der 2002 aufgrund sceneüblicher Vergehen verhaftet wurde, sich als V-Mann des Brandenburger Verfassungsschutzes enttarnte und damit für großes öffentliches Interesse und politische Debatten sorgte
Fremdenfeindlichkeit		V-MANN	38	32,98	1,94	Siehe Toni S. unter 29
			Σ 170	144,90	7,71	
Industrie & Gewerbe		LOOS	51	35,23	1,67	Wolfgang Loos: Chef des Marzahner Wirtschaftskreises (MWK)

Industrie & Gewerbe	POINT	37	29,53	1,83	Job Point Marzahn: im Jahr 2000 deutschlandweit erster Job Point, wo Arbeitssuchende und Arbeitgeber zusammenkommen
Industrie & Gewerbe	NILES	34	29,14	1,92	Niles Werkzeugmaschinen GmbH: Hersteller von Präzisionswerkzeugmaschinen mit Produktionsstandort an der Grenze zum Bezirk Marzahn-Hellersdorf seit 2000
		Σ 122	93,90	5,43	

Tabelle B.1. 6: Ergebnisse der lexikometrischen Diskursanalyse im Zeitraum 2003 bis 2007 einschließlich inhaltlicher Erläuterungen zu den Keywords

Kategorie	Sub-kategorie	Keyword	Freq.	Log_L	Log_R	Erläuterung
(Lokal-)Politik	Links	LINKSPARTEI	322	286,59	1,87	Gründung 2007 aus der SPD-Abspaltung WASG und der PDS
(Lokal-)Politik	CDU	PFLÜGER	107	72,17	1,57	Friedbert Pflüger (CDU): 2006-2011 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, Vorsitzender der CDU-Fraktion, Oppositionsführer
(Lokal-)Politik	Links	KNAKE-WERNER	77	68,82	1,88	Heidi Knake-Werner (PDS/Linke): 2002-2006 Berliner Senatorin für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz, 2006-2009 Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales
(Lokal-)Politik		KIEZSTREIFEN	34	40,27	2,27	Einrichtung der Ordnungsämter in Berlin im Jahr 2005 zur Verteilung von Bußgeldern bei Ordnungswidrigkeiten
(Lokal-)Politik	Links	WASG	33	38,03	2,23	Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit
(Lokal-)Politik	SPD	KÖHNKE	49	36,32	1,67	Marlitt Köhnke (SPD): 2001-2006 Bezirksstadträtin für Bildung, Kultur und Sport in Marzahn-Hellersdorf
(Lokal-)Politik		AUSGLEICHSMANDATE	31	34,47	2,17	
		Σ	653	576,67	13,66	
Armut/Soz. stände	Miss-	ARCHE	267	208,88	1,72	"Die Arche", u.a. Standort in Hellersdorf, tägliche Betreuung von Kindern und Jugendlichen, Suppenküche mit Essensausgabe
Armut/Soz. stände	Miss- Menschen in MH	SIGGELKOW	105	86,45	1,78	Bernd Siggelkow: Gründer und Vorstand des christlichen Kinder- und Jugendwerks "Die ARCHE" e.V. 1995 in Hellersdorf, kämpfte 2002 gegen die Reduktion der für das Projekt zur Verfügung gestellten öffentlichen Mittel
Armut/Soz. stände	Miss-	INSOLVENZ	77	61,31	1,74	
Armut/Soz. stände	Miss- Menschen in MH	RISCH	46	57,68	2,37	Ehepaar Risch: Protagonisten einer Homestory über den Niedergang von Marzahn-Hellersdorf
Armut/Soz. stände	Miss-	JOB-CENTER	37	43,49	2,26	
Armut/Soz. stände	Miss-	ARBEITSAGENTUREN	33	33,21	2,03	

Armut/Soz. stände	Miss-	Menschen in MH	DAN	35	29,02	1,79	Dan: Achtjähriger, der seiner Mutter 2006 vom Jugendamt Marzahn-Hellersdorf entzogen wurde, der Fall schlug medial hohe Wellen, da eine Kindeswohlgefährdung zweifelhaft schien
				Σ	600	520,04	13,69
Unfallkrankenhaus	Sport		MAMIC	130	169,78	2,44	Matej Mamic: Kapitän des Basketball-Bundesligisten Alba-Berlin, der sich 2005 bei einem Spiel eine schwere Wirbelsäulenverletzung zuzog und deswegen im Unfallkrankenhaus Marzahn behandelt wurde
Unfallkrankenhaus			WINDHORST	86	118,08	2,53	Lars Windhorst: Deutscher Unternehmer, der bei einem Flugzeugabsturz in Kasachstan 2007 schwer verletzt wurde und zur Behandlung ins Unfallkrankenhaus Marzahn geflogen wurde
Unfallkrankenhaus			AYDIN	38	49,55	2,43	Attila Murat Aydin: Berliner Hip-Hoper, der 2003 in Köpenick von einem Rentner erstochen wurde und kurz darauf im Unfallkrankenhaus Marzahn verstarb
Unfallkrankenhaus			THIEMO	33	45,72	2,54	Thiemo K.: 2003 Opfer eines U-Bahn-Stößers, der daraufhin im Unfallkrankenhaus Marzahn behandelt wurde
Unfallkrankenhaus	Sport		GREENE	31	42,95	2,54	Demond Greene: Verletzter Basketballspieler bei Alba Berlin, der 2006 im Unfallkrankenhaus Marzahn behandelt wurde.
Unfallkrankenhaus			SCHAFFARTZIK	40	29,35	1,65	Walter Schaffartzik: Arzt & Direktor der Klinik für Anästhesiologie am Unfallkrankenhaus Marzahn
				Σ	358	455,44	14,13
Wohn- & Bau- matik			GENOSSENSCHAFT	103	65,60	1,51	Bezieht sich auf diverse Wohnungsgenossenschaften in Marzahn und Hellersdorf
Wohn- & Bau- matik			TERRASSEN	52	36,13	1,60	Ahrensfelder Terrassen: Wohngebiet in Marzahn, das 2004 durch den Umbau und Abriss diverserer Plattenbauten entstand, galt als das erste große Berliner Stadtumbauprojekt
				Σ	155	101,73	3,11

Freizeit & Kultur		PRAHL	27	35,34	2,44	Axel Prahl: Hauptdarsteller in der Marzahner Milieukomödie "Du bist nicht allein" (2007) über das Leben in Marzahn
Freizeit & Kultur		BÖHLICH	24	33,25	2,54	Bernd Böhlich: Regisseur der Marzahner Milieukomödie "Du bist nicht allein" (2007) über das Leben in Marzahn
Freizeit & Kultur	Sport	HUTH	42	31,77	1,69	Robert Huth: Deutscher Fußballspieler beim englischen Erstligisten Leicester City, gebürtig aus Marzahn
Freizeit & Kultur	DDR-Thematik	BRÜCKNER	34	31,65	1,93	Bernd Brückner: Bodyguard von Erich Honecker in der DDR, Gründer des Bildungsinstituts Brückner in Marzahn (Ausbildung im Bereich Sicherheitsdienst)
			Σ	127	132,01	8,60
Industrie & Gewerbe		PEUGEOT	32	32,64	2,05	
			Σ	32	32,64	2,05
Sonst. Kriminalität	Misshandlung	SANDRO	25	28,86	2,23	Sandro L.: 14-Jähriger, der in einem Hochhaus in Marzahn von mehreren jungen Männern mehrere Tage festgehalten und misshandelt wurde
			Σ	25	28,86	2,23

Tabelle B.1. 7: Ergebnisse der lexikometrischen Diskursanalyse im Zeitraum 2008 bis 2012 einschließlich inhaltlicher Erläuterungen zu den Keywords

Kategorie	Sub-kategorie	Keyword	Freq.	Log_L	Log_R	Erklärung
(Lokal-)Politik	SPD	JUNGE-REYER	135	98,52	1,69	Ingeborg Junge-Reyer (SPD): 2004-2011 Senatorin für Stadtentwicklung
(Lokal-)Politik	Links	LOMPSCHER	90	68,33	1,74	Katrin Lompscher (Linke): 2006-2011 Berliner Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz
(Lokal-)Politik	SPD	ZÖLLNER	103	66,76	1,57	Jürgen Zöllner (SPD): 2006-2011 Berliner Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung
(Lokal-)Politik		RELI	60	63,68	2,18	Volksentscheid in Berlin über die Einführung des Wahlpflichtbereichs Religion/Ethik an Berliner Schulen im Jahr 2009, scheiterte, in MH war geringste Wahlbeteiligung
(Lokal-)Politik		KONJUNKTURPAKET	42	46,31	2,23	Bezieht sich auf das groß angelegte Konjunkturpaket II des Bundes und der Länder aus dem Jahr 2009. In Marzahn-Hellersdorf floss das Geld vor allem in den Ausbau von Schulstandorten.
(Lokal-)Politik	SPD	STADTENTWICKLUNGS-SENATORIN	58	37,03	1,56	Siehe Junge-Reyer
			Σ 488	380,63	10,97	
Unfallkrankenhaus		CHARLYN	59	66,46	2,27	12-jähriges Mädchen, das bei einem Bombenattentat in Rudow schwer verletzt und im Anschluss im Unfallkrankenhaus Marzahn behandelt wurde
Unfallkrankenhaus	Sport	USTORF	42	46,31	2,23	Stefan Ustorf: Berliner Eishockey Profi, der nach einem Sportunfall im Unfallkrankenhaus Marzahn behandelt wurde.
Unfallkrankenhaus		DUSSMANN	62	43,53	1,65	2010 Gründung des ersten Dussmann KulturKindergartens am Unfallkrankenhaus Marzahn
Unfallkrankenhaus		ANGELS	51	37,17	1,69	Bezieht sich auf einen Bandenkrieg zwischen den verfeindeten Rockerclubs Hells Angels und Bandidos, dessen Opfer z.T. im Unfallkrankenhaus Marzahn behandelt wurden

Unfallkrankenhaus		ELSAADY	30	33,79	2,27	Taher Elsaaidy: Überlebender vom ägyptischen Tahrir-Platz, der im Unfallkrankenhaus Marzahn behandelt wurde
Unfallkrankenhaus		EISENSCHENK	46	30,75	1,60	Andreas Eisenschenk: Chef der Abteilung für Hand-, Replantations- und Mikrochirurgie am Unfallkrankenhaus Berlin
Unfallkrankenhaus		BLASZKIEWITZ	31	28,57	1,97	Bernhard Blaszkiewitz: Direktor des Zoologischen Gartens und des Tierparks, dem 2009 von einem Schimpansen ein Finger abgebissen wurde und der danach im Unfallkrankenhaus Marzahn behandelt wurde.
			Σ	321	286,58	13,69
Freizeit & Kultur	Sport	HEIDLER	64	55,38	1,89	Betty Heidler: Erfolgreiche Hammerwerferin aus Marzahn, mehrfache Olympiateilnehmerin und erste deutsche Weltmeisterin im Hammerwerfen
Freizeit & Kultur		GOTTSCHALK	57	48,51	1,87	Bezieht sich auf die Übernahme der Wetten, dass...-Show von Thomas Gottschalk auf Markus Lanz, dessen Moderationsassistentin Cindy aus Marzahn wurde.
Freizeit & Kultur		COMEDY	70	44,50	1,55	Quatsch Comedy Club: Fernsehcastingformat, über welches Cindy aus Marzahn berühmt und später Mitglied der Jury wurde
Freizeit & Kultur		COMEDIANS	44	37,36	1,87	Siehe 12, bezieht sich außerdem auf Comedians wie Cindy aus Marzahn
Freizeit & Kultur		BENAISSA	30	32,80	2,22	Nadia Benaissa, Mitglied der Popgruppe No Angels, die ihren Proberaum im Orwohaus in Marzahn-Hellersdorf hatten; Benaissa war aufgrund ihrer HIV-Infektion 2009 in den Medien
Freizeit & Kultur		PLATTENFEST	29	31,67	2,22	Plattenfest 2010 in Marzahn-Hellersdorf
Freizeit & Kultur		JAUCH	39	30,52	1,77	Bezieht sich auf Günther Jauch und seine Spende an eine Arche, in einem Potsdamer Brennpunktviertel nach dem Vorbild der Arche in Hellersdorf entstand
			Σ	333	280,74	13,40

Sonst. Kriminalität	Brandstiftung	BRANDSTIFTUNGEN	70	53,90	1,75	Bezieht sich auf eine Serie von Brandstiftungen in Hellersdorf im Jahr 2010
Sonst. Kriminalität	Brandstiftung	BRANNTEN	53	32,60	1,52	Siehe Brandstiftungen unter 8
		Σ	123	87	3	
Industrie & Gewerbe		INVENTUX	87	95,02	2,22	Solarfirma Inventux, seit 2007 in Marzahn ansässig
		Σ	87	95,02	2,22	
Wohn- & Bauthematik		ENERGETISCHE	41	40,54	2,07	Energetische Sanierung/Maßnahmen zur Gebäudesanierung, v.a. Schulen
Wohn- & Bauthematik		BIH	31	32,96	2,18	Berliner Immobilien Holding = Hinterlassenschaft aus dem Berliner Bankenskandal von 2001. Mit Milliarden belastete Immobilien, u.a. sanierte Häuser in Marzahn, wurden in die BIH ausgelagert. Der Senat wollte die BIH 2011 mitsamt Risiken verkaufen, fand jedoch keinen passenden Käufer.
		Σ	72	73,50	4,25	
Fremdenfeindlichkeit		FRONTBANN	32	36,05	2,27	Frontbann 24: Rechtsextremistische Kameradschaft, die seit 2008 in Berlin auftrat und 2009 verboten wurde, mit Ortsgruppe in Marzahn-Hellersdorf
		Σ	32	36,05	2,27	

Tabelle B.1. 8: Ergebnisse der lexikometrischen Diskursanalyse im Zeitraum 2013 bis 2016 einschließlich inhaltlicher Erläuterungen zu den Keywords

Kategorie	Sub-kategorie	Keyword	Freq.	Log_L	Log_R	Lemmas	Erläuterung
Flüchtlingsthematik		FLÜCHTLINGE	2.038	1.212,31	1,80	flüchtlinge[1614] flüchtlingen[424]	
Flüchtlingsthematik	Wohn- & Bauthematik	FLÜCHTLINGSHEIM	450	219,42	1,90	flüchtlingsheim[271] flüchtlingsheime[87] flüchtlingsheimen[50] flüchtlingsheims[42]	
Flüchtlingsthematik		LAGESO	240	193,21	1,89		Landesamt für Gesundheit und Soziales
Flüchtlingsthematik	Wohn- & Bauthematik	UNTERKÜNFTE	592	188,11	1,75	unterkünfte[262] unterkunft[255] unterkünften[75]	
Flüchtlingsthematik		ASYLBEWERBER	316	150,04	1,56	asylbewerber[249] asylbewerbern[67]	
Flüchtlingsthematik	Wohn- & Bauthematik	PEWOBE	127	103,68	1,91		"Professionelle Wohn- und Betreuungsgesellschaft", ehemaliger Betreiber der Flüchtlingsunterkunft in der Maxie-Wander-Str. in Hellersdorf, der wegen der dortigen Zustände und seines Umgangs stark in die Kritik geriet und schließlich 2016 fristlos durch den Bezirk gekündigt wurde
Flüchtlingsthematik		SYRIEN	129	94,06	1,77		
Flüchtlingsthematik	Wohn- & Bauthematik	FLÜCHTLINGSUNTERKUNFT	273	93,79	1,89	flüchtlingsunterkunft[116] flüchtlingsunterkünften[110] flüchtlingsunterkünften[47]	
Flüchtlingsthematik	Wohn- & Bauthematik	NOTUNTERKUNFT	151	80,57	1,86	notunterkunft[102] notunterkünften[49]	
Flüchtlingsthematik	Wohn- & Bauthematik	CAROLA-NEHER-STRASSE	117	80,36	1,70		Straße einer Hellersdorfer Flüchtlingsunterkunft (Ecke Maxie-Wander-Straße)

Flüchtlingsthematik	Wohn- & Bauthematik	ASYLBEWERBERHEIM	109	76,25	1,72	
Flüchtlingsthematik	Wohn- & Bauthematik	CONTAINERDORF	170	71,02	1,91	containerdorf[87] containerdörfer[83]
Flüchtlingsthematik	Wohn- & Bauthematik	TURNHALLEN	106	67,78	1,62	
Flüchtlingsthematik	Wohn- & Bauthematik	ORANIENPLATZ	108	65,81	1,57	Bezieht sich auf das Flüchtlingscamp am Oranienplatz in Kreuzberg, das 2013-2014 für insgesamt 550 Tage von Flüchtlingen (protest-)bewohnt wurde und schließlich (relativ) friedlich geräumt wurde
Flüchtlingsthematik		MUSLIME	72	43,64	1,57	
Flüchtlingsthematik	Fremdenfeindlichkeit	DEMOS	68	42,58	1,60	
Flüchtlingsthematik	Fremdenfeindlichkeit	HETZE	59	41,37	1,72	
Flüchtlingsthematik		ASYLSUCHENDE	53	40,61	1,83	
Flüchtlingsthematik		GEFLÜCHTETE	102	40,00	1,91	geflüchtete[49] geflüchteten[53]
Flüchtlingsthematik		FLÜCHTLINGSZAHLEN	50	39,91	1,88	
Flüchtlingsthematik		FLÜCHTLINGSPOLITIK	51	39,85	1,85	
Flüchtlingsthematik	Fremdenfeindlichkeit	BÜRGERBEWEGUNG	66	39,60	1,56	Bezieht sich auf die Bürgerbewegungen Marzahn und Hellersdorf, die mit rassistischer Hetze gegen Asylsuchende Anhänger mobilisieren
Flüchtlingsthematik		ALLERT	48	39,19	1,91	Franz Allert: Seit 2003 Präsident des LaGeSo, 2015 im Zuge scharfer Kritik am Umgang mit der Flüchtlingskrise zurückgetreten/abgeordnet und seit 2016 wieder zurück im Amt
Flüchtlingsthematik		ASYLVERFAHREN	50	38,17	1,82	

Flüchtlingsthematik	Wohn- & Bauthematik	MODULAREN	46	36,65	1,88	Bezieht sich auf die modularen Bauten, die im Rahmen der Flüchtlingskrise in Berlin errichtet wurden.
Flüchtlingsthematik		FLÜCHTLINGSKINDER	50	36,49	1,77	
Flüchtlingsthematik		FLÜCHTLING	47	32,46	1,71	
Flüchtlingsthematik	Wohn- & Bauthematik	WOHNCONTAINER	39	30,94	1,87	
Flüchtlingsthematik	Wohn- & Bauthematik	BIM	43	30,81	1,75	Landeseigene Berliner Immobilienmanagement GmbH, verantwortlich für Gebäudeumnutzung und Bau von Flüchtlingsunterkünften
Flüchtlingsthematik		MIGRATION	49	30,35	1,59	Bestandteil von Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Flüchtlingsthematik	Wohn- & Bauthematik	HANGARS	45	28,60	1,62	
Flüchtlingsthematik		FLÜCHTLINGSKRISE	35	28,57	1,91	
Flüchtlingsthematik	Wohn- & Bauthematik	HOSTELS	38	28,40	1,80	Bezieht sich auf die Unterbringung von Flüchtlingen in Hostels
		Σ	5.937	3.384,59	58,39	
(Lokal-)Politik	Rechts	AFD	600	489,82	1,91	
(Lokal-)Politik		SOZIALSENATOR	164	130,28	1,87	
(Lokal-)Politik	SPD	SALEH	152	101,63	1,67	Raed Saleh (SPD): Seit 2011 Vorsitzender der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus
(Lokal-)Politik	SPD	SCHEERES	139	97,34	1,72	Sandra Scheeres (SPD): Berliner Bildungssenatorin
(Lokal-)Politik	SPD	STÖSS	130	88,52	1,69	Jan Stöß (SPD): ehemaliger Vorsitzender der Berliner SPD, der im Machtkampf um die Nachfolge Klaus Wowereits gegenüber Michael Müller

						unterlag
(Lokal-)Politik	SPD	BILDUNGSENATORIN	78	55,14	1,73	
(Lokal-)Politik		BER	72	51,89	1,75	
(Lokal-)Politik		GAUCK	68	51,12	1,80	Joachim Gauck: Deutscher Bundespräsident 2012-2017
(Lokal-)Politik	Rechts	PAZDESKI	61	49,80	1,91	Georg Padzerski (AFD): AFD-Landesvorsitzender in Berlin, 2016 Spitzenkandidat seiner Partei für das Berliner Abgeordnetenhaus
(Lokal-)Politik		KANDT	57	46,53	1,91	Klaus Kandt: seit 2012 Polizeipräsident von Berlin
(Lokal-)Politik	SPD	KOLLATZ-AHNEN	56	45,72	1,91	Matthias Kollatz-Ahnen (SPD): seit 2014 Berliner Senator für Finanzen
(Lokal-)Politik	Rechts	SCHEERMESSER	44	35,92	1,91	Frank Scheermesser (AFD): Mitglied der Berliner AFD-Fraktion im Abgeordnetenhaus
(Lokal-)Politik	CDU	EVERS	48	33,27	1,71	Stefan Evers (CDU): Seit 2011 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, seit 2016 Generalsekretär der Berliner CDU
(Lokal-)Politik		JUGENDBERUFSAGENTUR	36	29,39	1,91	
(Lokal-)Politik		GESUNDHEITSSENATOR	51	29,20	1,51	
		Σ	1.756	1.335,56	26,91	
Freizeit & Kultur	IGA	IGA	396	244,57	1,59	Abkürzung Internationale Gartenausstellung, die 2017 in den Marzahner Gärten der Welt ausgerichtet wurde
Freizeit & Kultur	IGA	SEILBAHN	165	128,45	1,85	
Freizeit & Kultur	IGA	GARTENAUSSTELLUNG	159	120,12	1,81	

Freizeit & Kultur	IGA	LEITNER	40	32,65	1,91	Martin Leitner/Leitner AG: Erbauer und Betreiber der Seilbahn für die IGA 2017 in Marzahn
			Σ 760	525,80	7,15	
Fremdenfeindlichkeit		SCHMIDTKE	63	50,53	1,88	Sebastian Schmidtke: NPD-Landeschef von Berlin
Fremdenfeindlichkeit		BÄRGIDA	59	48,17	1,91	Berliner Pegida-Ableger
Fremdenfeindlichkeit		PEGIDA	47	38,37	1,91	
Fremdenfeindlichkeit		RECHTSPOPULISTEN	49	37,35	1,82	
			Σ 218	174,41	7,52	
Wohn- & Bauthematik		FERIENWOHNUNGEN	76	48,95	1,63	Bezieht sich auf das Zweckentfremdungsverbot für Berliner Wohnungen von Mai 2016 und die darum entstandenen Debatten.
Wohn- & Bauthematik		MIETPREISBREMSE	38	31,02	1,91	
			Σ 114	79,98	3,54	
Industrie & Gewerbe		START-UPS	48	36,54	1,82	
Industrie & Gewerbe		ENERGIEWENDE	45	35,83	1,88	
			Σ 93	72,37	3,69	

B.2 Qualitative Daten

Tabelle B.2. 1: Qualitative Analyse des Diskurszeitraums 2008-2012/Diskurskategorie Infrastruktur und Wirtschaft

Diskurskategorie: Infrastruktur und Wirtschaft						
Sub-kategorie I	Sub-kategorie II	Segment	Quelle	Elemente / Akteure	Regime	Wirkung/Verschiebung: Dominanzverhältnisse
Gesundheitsversorgung	Ärztmangel / Abwanderung von Ärzten in MH und ähnlichen Bezirken	Gesundheitssenatorin Lompscher kritisierte zudem eine mangelhafte Versorgung bei der ambulanten Medizin. So würden viele niedergelassene Ärzte aus Ostbezirken ihre Praxen in Gegenden der Stadt verlegen, in denen der Anteil von Privatpatienten höher sei. "Dies hat dazu geführt, dass vor allem in Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg und Hohenschönhausen Fachärzte fehlen", sagte sie. Sie forderte, die private Krankenversicherung abzuschaffen.	Berliner Zeitung, 26.08.2008, S. 15	(Stadt-)Politik; (Gesundheits-)Wirtschaft; Bevölkerung	Neoliberalismus; Benachteiligung; Spaltung [Ost/West]	Negative Wirkung: Vorherrschendes Vulnerabilitätsregime zu Benachteiligung wird durch Ärzteabwanderung verstärkt und vergrößert gleichzeitig die wahrgenommene Spaltung zwischen Ost und West.
		Und die Versorgungsdichte verschiebt sich weiter. So praktizierten im vergangenen Jahr in Charlottenburg-Wilmersdorf 85 Ärzte mehr als 2003. Steglitz-Zehlendorf gewann 39 Mediziner hinzu. Auf der anderen Seite verlor Neukölln insgesamt 53 Doktoren, und Marzahn-Hellersdorf musste 28 Ärzte ziehen lassen. Hintergrund ist die 2003 vollzogene Zusammenführung der vorherigen zwölf KV-Planungsbezirke zu einer Versorgungsregion für das gesamte Stadtgebiet. Dadurch können die Ärzte ihre Praxis in jeden Bezirk verlegen.	Der Tagesspiegel, 18.01.2008, S. 10			
		Gestern stellte [die Patientenbeauftragte des Berliner Senats] Karin Stötzner das Plakatprojekt zusammen mit ihrem Tätigkeitsbericht und ihrer Bilanz für die Jahre 2006 bis 2008 vor. Danach wird die ärztliche Versorgung in den Ostbezirken der Stadt schlechter. Die Patienten beklagten einen Mangel an Fachärzten vor allem in Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg und Hohenschönhausen. Ärzte wanderten ab, weil sie in anderen Bezirken besser zahlende Privatpatienten finden.	Der Tagesspiegel, 26.08.2008, S. 9			
		Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg bilden oft die Schlusslichter. Besonders extrem fällt der Vergleich bei den ärztlichen und nicht ärztlichen Psychotherapeuten aus - auf einen der 32 Therapeuten in Marzahn-Hellersdorf kommen dreizehn Mal so viele Einwohner wie in Charlottenburg-Wilmersdorf, wo rund 550 Therapeuten praktizieren.	Der Tagesspiegel, 13.06.2010, S. 12			
		Unterversorgung: Vor allem im Ostteil gibt es zu wenig geriatrische Angebote. Nach der Eröffnung der Tagesklinik im Sana-Klinikum in Lichtenberg weicht das Evangelische Krankenhaus Königin Elisabeth Herzberge in Lichtenberg im September eine WG und Tagespflege für Demenzkranke ein. Auch im Vivantes-Klinikum Hellersdorf ist eine Tagesklinik geplant.	Berliner Zeitung, 26.08.2010, S. 22			
		Vivantes: Unter anderem werden im Klinikum Friedrichshain für 5,8 Millionen Euro der Operationstrakt und die Rettungsstelle erweitert und im Klinikum am Urban für 1,2 Millionen Euro ein Teil des Pölzig-Baus saniert. Auch für das Klinikum Hellersdorf stehen nun rund drei Millionen Euro für eine neue Technikzentrale zur Verfügung - neben der bereits laufenden Gesamtanierung.	Der Tagesspiegel, 28.03.2009, S. 8			

Industrie	Kraftwerke / Wärme- und Stromproduktion im Bezirk	Der Energiekonzern Vattenfall will an diesem Donnerstag offiziell bekannt geben, dass er nach massiven Protesten auf den geplanten Neubau eines Steinkohlekraftwerks in Berlin verzichtet. [...] "Die Berliner Öffentlichkeit hat die Pläne für ein neues Kohlekraftwerk verhindert, nun muss sie daran beteiligt werden, ein neues Konzept zu entwickeln", sagte der Grünen-Umweltpolitiker Michael Schäfer am Dienstag. Der Verzicht auf das Kohlekraftwerk eröffne eine "große Chance" für dezentrale Lösungen, Energiesparmassnahmen und innovative Modelle. Einen Beitrag zu dieser Diskussion wollen in Kürze Umweltgruppen wie der BUND und die aus rund 100 Initiativen bestehende Klima-Allianz leisten, indem sie Ende März ein eigenes Energiekonzept vorlegen.	Der Tagesspiegel, 11.03.2009, S. 8	Wirtschaft; Wissenschaft; (Stadt-)Politik; Zivilgesellschaft/Vereine; Bevölkerung	Neoliberalismus; (Technische) Innovation; Natur & Klimaschutz	Positive Wirkung: Klimafreundlichere und wirtschaftliche Kraftwerke fördern Klimaschutz und Wohnqualität der Anwohnerschaft; stadtwweiter Bürgerwille konnte sich gegen rein wirtschaftliches Denken der Konzerne durchsetzen			
		Die Vattenfall-Pläne sehen unter anderem vor, dass statt des ursprünglich geplanten klimaschädlicheren Kohlekraftwerks die Gasheizkraftwerke Lichtenfelde und das in Marzahn-Hellersdorf liegende Kraftwerk Lichtenberg ausgebaut werden.	Der Tagesspiegel, 11.03.2009, S. 8						
		Untersucht wurde, wie sich der Einzugsbereich des veralteten Kraftwerkes Klingenberg - von Friedrichshain-Kreuzberg über Lichtenberg bis Marzahn-Hellersdorf - kohlefrei und klimafreundlich mit Wärme versorgen lässt. Am Dienstag präsentierte FHTW- Professor Jochen Twele die Eckpunkte, die sich bis zur voraussichtlichen Still legung des heutigen Kraftwerkes im Jahr 2018 realisieren liessen. Das Mass der Dinge war dabei nicht der Traum einer rein solargewärmten Welt voller perfekt gedämmter Gebäude, sondern die Konkurrenzfähigkeit der Heizkosten. Das vorhandene Fernwärmenetz soll laut der Studie weiter genutzt werden. Nur speist nicht mehr nur ein grosses Kraftwerk seine Wärme ein, sondern mindestens zwei. Eins davon wird mit regional verfügbarer Biomasse befeuert, das andere, grössere, deckt per Gasbetrieb die winterliche Spitzenlast. Dazu könnten laut der Expertise 24 gasbefeuerte Blockheizkraftwerke kommen, die beispielsweise je einen Plattenbaukiez beheizen.	Der Tagesspiegel, 25.03.2009, S. 10						
	Industrie & Arbeitsplätze	Vor 13 Jahren gingen an der 70 Meter hohen Südseite des Hochhauses am Helene-Weigel-Platz 6/7 auf einer Fläche von 426 m ² 480 Solarmodule mit je 72 polykristallinen Siliziumzellen (Kollektoren) in Betrieb. Damals war das die grösste Solaranlage an einem Wohnhaus in Europa und die Degewo - Marzahns grösster Vermieter - begann, sich die Sonnenstrahlen zu Nutze zu machen und zugunsten ihrer Mieter Solarenergie ins Vattenfall-Stromnetz einzuspeisen.	Berliner Zeitung, 01.06.2011, S. 2						
		Berlin hat nicht nur diese klugen Köpfe, sondern auch Platz, um Neues zu entwickeln. Im Umfeld wissenschaftlicher Einrichtungen, in Adlershof, Charlottenburg und Marzahn entstehen schon heute neue industrielle Arbeitsplätze. Der Senat wird dafür sorgen, dass der Flughafen Tegel nach seiner Schliessung auch als Standort für Technologie, Kreativität und Industrie entwickelt wird	Der Tagesspiegel, 17.11.2009, S. 10				(Stadt-)Politik; Wirtschaft	Neoliberalismus; (Technische) Innovation; Wohlfühl; Benachteiligung	Positive Wirkung: Ausbau und Förderung MHs als moderner Industriestandort reduzieren Vulnerabilitätsregime der Strukturschwäche/stärken Regime MHs als innovativer Standort und Arbeitsmotor; Freifläche und Abseitslage werden als Stärke betrachtet
		Hier eine kleine Reise mit dem Strom. Marzahn, Beilsteiner strasse, nahe der Allee der Kosmonauten: In einem unscheinbaren Plattenbau muss man durch verwinkelte Flure wandeln, um eine Sicherheitsschleuse zu erreichen. Dahinter befindet sich ein Saal, der an die Kommandobrücke eines Raumschiffes erinnert. Fünf Menschen sitzen still an meterlangen hellgrauen Tischen mit bis zu sieben Monitoren davor. Sie haben dabei auch eine Riesentafel im Blick, auf der das Höchstspannungsnetz für ganz Ostdeutschland und Teile Norddeutschlands schematisch dargestellt ist.	Der Tagesspiegel, 13.04.2011, S. 17						
Europäische Gelder fliessen in Projekte, die strukturschwache Kieze stärken sollen. Tempelhof-Schöneberg und Mitte investieren zum Beispiel gemeinsam mit der EU in das Medienviertel "mstreet", Marzahn und Hellersdorf geben Brüsseler Euros für die Entwicklung eines Industriegebietes aus und Rudow leistet sich den Baustellenmanager.	Der Tagesspiegel, 27.05.2009, S. 14								

	<p>Erstklassige Infrastruktur: Marzahn-Hellerdorf - einst als Schlafstadt verschrien - entwickelt sich aber auch zu einem modernen Wirtschaftsstandort. Hier entsteht derzeit auf 90 Hektar mit dem CleanTech Business Park Berlin das grösste innerstädtische Industriegebiet, speziell für Unternehmen aus dem Bereich Industrieproduktion für Solarzellen und -module sowie für weitere Produkte der Clean-Tech-Branche. Der Bezirk verfügt über eine erstklassige Infrastruktur: Strom, Wasser, Fernwärme, Druckluft, Telekommunikationsmedien, neue Verkehrswege, öffentliche Begrünung - ideale Rahmenbedingungen gerade für die speziellen Bedürfnisse von Photovoltaik-Unternehmen. Klimaschutz und Modernisierung spielen hier weiterhin eine grosse Rolle.</p>	<p>Berliner Zeitung, 01.06.2011, S. 2</p>			
	<p>Der Senat hat einen "Masterplan Industriestadt Berlin 2010- 2020" verabschiedet, der die Reindustrialisierung der Stadt vorsieht. Ein Projekt ist der Aufbau eines Clean Tech Business Parks. Auf 90 Hektar Brachland im Bezirk Marzahn sollen sich ab 2013 Firmen ansiedeln, die sich mit sauberen Technologien befassen: Hersteller von Solaranlagen, Dämmstoffen, Biokraftstoffen zum Beispiel. Damit lassen sich Ressourcen schonen und Emissionen verringern. Der Marzahner Wirtschaftsstadtrat Christian Gräff (CDU) ist verantwortlich für das Projekt. Insgesamt 24 Millionen Euro Fördermittel habe man bei Land, Bund und EU lockergemacht, erzählt er. Der Bezirk werde damit die Infrastruktur wie Strom, Wasser und Straßen zur Verfügung stellen. Neben neuen Produktionsflächen bietet der Clean Tech Business Park auch die Hoffnung auf die Ansiedlung von Zulieferbetrieben in der Nähe. Bisher muss Inventux etwa die für die Produktion der Module nötigen Rohstoffe aus der ganzen Welt beziehen. "Wenn hier in Marzahn ein Solar-Cluster entstünde, das wäre super", sagt Obermeyer. Inventux beschäftigt derzeit rund 270 Mitarbeiter. "Viele unserer Beschäftigten kommen aus Marzahn, so dass wir fester Bestandteil des Bezirks sind", sagt die Firmensprecherin. Gut 50 Ingenieure beschäftigt Inventux, darunter auch Leute aus Schweden, Irland und den USA. Obwohl Marzahn ein eher negatives Image habe, fühlen sich Kollegen aus aller Welt in dem Bezirk wohl, sagt Obermeyer. Seit Dezember 2009 produziert die in Ostwestfalen gegründete Firma in Marzahn, sie übernahm eine Halle des Schienenfahrzeugherstellers Bombardier. Gross war das Erstaunen, dass Inventux auf eine Ansiedlung in Adlershof verzichtete, wo sich die Forschung der Berliner Solarbranche konzentriert. Den Wissenschafts- und Technologiepark Adlershof sieht Marzahns Wirtschaftsstadtrat Gräff nicht als Konkurrenz: "Wir arbeiten eng zusammen. Was in Adlershof erforscht wird, kann später bei uns produziert werden." Berlin habe viele Unternehmen ans Umland verloren, meint Gräff. "Höchste Zeit, dass wir die Betriebe wieder in der Stadt halten." Er glaubt, dass in Berlin neben Adlershof und dem Areal des heutigen Flughafens Tegel noch genug Nachfrage für einen weiteren Industriepark besteht. Beinahe jedes zweite deutsche Photovoltaikmodul wird mittlerweile in Berlin-Brandenburg produziert. Der Markt ist allerdings umkämpft. Bei den Kristallinmodulen kam es zu einem Preisverfall, weil chinesische Hersteller mit günstigen Angeboten auf den Markt drängen. Zudem erhalten die Käufer von Solarmodulen immer weniger gesetzlich garantierte Vergütung für Solarstrom, das belastet den Absatz der Hersteller. Inventux muss wie alle deutschen Firmen der Branche auf seinem Spezialfeld beweisen, dass es immer ein wenig besser ist, als die billigere Konkurrenz aus Asien. Nur mit Qualität lassen sich höhere Preise rechtfertigen. "Unsere Technologieführerschaft konnten wir erst kürzlich wieder unter Beweis stellen, als uns eine Wirkungsgradsteigerung unserer Module auf zehn Prozent gelang", sagt Obermeyer. Das sei innerhalb der Dünnschichtbranche Rekord. Ähnlich wie andere heimische Solarfirmen will Inventux zudem nicht mehr nur Solarmodulproduzent sein. Das Unternehmen wandelt sich zum Anbieter ganzer Systeme: Inventux hilft auch bei Planung und Montage. "Mittlerweile können wir alle notwendigen Komponenten für eine PV-Anlage aus einer Hand anbieten", sagt Obermeyer. In Marzahn betreibt Inventux auch Forschung und Entwicklung.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 27.04.2011, S. 17</p>			

		<p>Mit einer Investition am Standort Berlin-Brandenburg befände sich der Solarpark-Betreiber in guter Gesellschaft. In den vergangenen Jahren haben immer mehr namhafte Unternehmen der Branche in der Hauptstadt-Region gebaut. Gerade erst eröffnete der Solarmodul-Hersteller Inventux eine neue Fabrik in Berlin-Marzahn</p>	<p>Der Tagesspiegel, 07.01.2009, S. 13</p>			
		<p>"Für Berlin als Standort spricht, dass sie hier her sehr gut hochqualifizierte Leute kriegen", sagt Ronge. Gut 50 Ingenieure beschäftigt Inventux, darunter hoch qualifizierte Leute aus Schweden, Irland oder den USA. Die wären nicht nach Steinhagen gekommen. Somit strahlt die Lebensqualität Berlins auch auf die Wirtschaft auf. Und noch etwas zählt: "In Berlin und Brandenburg hat sich das ‚Solarcluster‘ versammelt", sagt Ronge. Bei der Produktion steht die Region bundesweit an der Spitze. Schon jetzt beschäftigt der Wirtschaftszweig mehr als 3500 Menschen. Produzenten, Lieferanten, Dienstleister wie Marketing-Agenturen und Verbände und die Wissenschaft, etwa das Helmholtz-Institut, sitzen in der Hauptstadt. Damit mischt die Region international in der Top-Liga mit. Fördergelder der EU, zum Beispiel der Europäische Fonds für regionale Entwicklung, unterstützen Unternehmen bei der Ansiedlung in Ostdeutschland. "Wir haben in Marzahn 49 Millionen Euro investiert. Die Förderung hat einen wichtigen Beitrag geleistet. "Die Nähe zum Forschungsstandort Adlershof vermissen die Marzahner nicht.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 20.03.2009, S. 6</p>			
		<p>Auch um die Ansiedlung neuer Unternehmen will Gräff weiter werben, andere am Standort halten. Das Solarunternehmen Inventux, erst seit 2007 in Marzahn ansässig, will sich vergrößern. "Dafür wollen wir die besten Bedingungen bieten."</p>	<p>Berliner Zeitung, 14.08.2008, S. 22</p>			
Bildungsstandorte	Versorgungslage mit Schulen, Kitas und Fachpersonal	<p>In Mitte, Pankow, Marzahn-Hellersdorf und Friedrichshain-Kreuzberg ist der Platzmangel in den Kitas besonders gross. Hauptgrund ist fehlendes Personal.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 26.08.2011, S. 8</p>	(Stadt-)Politik; Anwohner	Spaltung [MH]; Benachteiligung; Innovation; Handlungsmacht	<p>Ambivalente bis neg. Wirkung: Fluktuation hat Versorgungssituation für Zurückgebliebene zwar verbessert; Randlage erschwert jedoch Vernetzung nach innen (wenn auch vermehrte Kooperationen nach außen); Eltern engagieren sich zur Verbesserung der Betreuungssituation ihrer Kinder, was Vulnerabilität/Benachteiligung sozial Schwacher jedoch verschärft und Spaltung innerhalb des Bezirks verstärkt; MH als Vorreiter im Förderschulbereich impliziert jedoch gleichzeitig mit hoher Anzahl an Förderschülern ein gesteigertes Maß an soz. Benachteiligung und neg. Verhaltens.</p>
		<p>Weil sie nicht genügend Erzieher bekommt um ihr Schulprogramm umzusetzen, will die Grundschule am Hollerbusch in Marzahn im nächsten Schuljahr keine Ganztagschule mehr sein. Die Schulkonferenz habe am Mittwochabend entschieden, dass man zur Vormittagsschule zurückkehren werde, sagte Ute Brach, stellvertretende Vorsitzende der Gesamtelternvertretung. Bei der zuständigen Stadträtin werde ein Antrag auf Aufhebung der gebundenen Ganztagschule gestellt. Wie fünf andere der 64 Berliner Ganztagschulen hat die Hollerbusch-Schule bereits im vergangenen Jahr angekündigt, man werde zurück zur offenen Ganztagschule wechseln, sollte sich die Ausstattung mit Lehrern und Erziehern nicht verbessern. "Wir bräuchten zwei Erzieher mehr, um unser Schulprogramm so umzusetzen, wie es vor fünf Jahren beantragt wurde", sagte Brach. Wenn man mit der Unterausstattung weitermache, werde das Schulprogramm und damit die Qualität leiden. "Die Eltern haben sich dafür entschieden, dass sie lieber mehr Qualität möchten und dafür die Hortbetreuung am Nachmittag wieder aus eigener Tasche bezahlen", so die Elternvertreterin. Für die Hortbetreuung gilt ein anderer Personalschlüssel, so dass die Schule für die Kinder, die künftig noch nachmittags betreut werden, prozentual mehr Erzieher bekommt. "Die sozial Schwachen fallen dann aber wieder hinten runter und das tut uns sehr leid", so Brach.</p>	<p>Berliner Zeitung, 23.05.2008, S. 19</p>			

	<p>Die künftige Hoover-Sekundarschule in Wedding hat bereits Kooperationen mit drei verschiedenen OSZ vereinbart, wie Schulleiter Thomas Schumann bestätigte. Andere Sekundarschulen etwa in Marzahn-Hellersdorf, die fernab der meist innerstädtischen OSZ-Standorte liegen, tun sich da schwerer. In der Bildungsverwaltung wurde für die künftigen Sekundarschulen eine Liste mit möglichen Kooperationspartnern erstellt. Am Wochenende gibt es eine Tagung mit den OSZ.</p>	<p>Berliner Zeitung, 14.01.2010, S. 21</p>			
	<p>Brandenburgs Bildungsminister Holger Rupprecht und Berlins Bildungssenator Jürgen Zöllner (beide SPD) unterschrieben das neue Gastschülerabkommen zwischen den Nachbarländern. Dabei geht es ums Geld, aber auch um die Anpassung der Schulbürokratie an die Lebenswirklichkeit. So wird beispielsweise den Schülern aus Ahrensfelde im Landkreis Barnim aus alter Tradition und Nähe wieder der Besuch von Schulen im Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf erleichtert. Diesen kleinen Grenzverkehr gab es schon zu DDR-Zeiten, als die Neubaugebiete in Marzahn auch die angrenzenden Ortsteile Ahrensfelde, Eiche und Mehrow schulisch versorgten. Mit dem ersten Gastschülerabkommen 1997 wurde der Austausch wie überall im Speckgürtel abgesichert - und mit Hilfe einer weiteren Absprache für diesen speziellen Fall sogar noch erleichtert. Ende 2004 lief die Sonderregelung allerdings aus. Danach besuchten nur noch 46 Schüler aus dem Umland in Marzahn-Hellersdorf die Grund- und Oberschule. Nun ist der Wechsel wieder vertraglich gesichert. Zehn Millionen Euro zahlt Brandenburg künftig jedes Jahr von 2009 bis 2013 an Berlin, denn die Zahl der Brandenburger Schüler, die in Berlin lernen, ist deutlich grösser als umgekehrt. Im Schuljahr 2006/07 waren es 5317 Kinder und Jugendliche. Davon gingen 2790 auf Berliner Gymnasien. An erster Stelle stehen Schulen in Steglitz-Zehlendorf, Marzahn- Hellersdorf, Reinickendorf, Lichtenberg und Pankow.</p>	<p>Berliner Zeitung, 27.03.2009, S. 17</p>			
	<p>Doch in drei Bezirken gibt es auch ein zu geringes Sekundarschulangebot: In Tempelhof-Schöneberg fehlen 282, in Lichtenberg 55 und in Treptow-Köpenick 43 Plätze. Und in Marzahn-Hellersdorf sind es ausgerechnet drei Sekundarschulen, an denen es deutlich mehr Anmeldungen als Plätze gibt, wie Bildungsstadtrat Stefan Komoss (SPD) bestätigte. An der Caspar-David-Friedrich-Sekundarschule in Hellersdorf waren es sogar 218 Anmeldungen auf 100 Plätze.</p>	<p>Berliner Zeitung, 19.02.2011, S. 23</p>			
	<p>Rein rechnerisch haben die Ost-Bezirke Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg und Treptow-Köpenick insgesamt die versprochene Lehrerausstattung von 100 Prozent, mitunter sogar etwas mehr. Das hängt auch mit gesunkenen Schülerzahlen in der Vergangenheit zusammen.</p>	<p>Berliner Zeitung, 07.09.2010, S. 15</p>			
	<p>Pädagogen von Sonderschulen sollen an den Regelschulen zum Einsatz kommen, so wie das im Bezirk Marzahn-Hellersdorf beim Projekt "Inklusive Schulen auf dem Weg" (inka) bereits an sechs Grundschulen praktiziert wird. Zuvor hatte Marzahn-Hellersdorf in ganz Berlin die höchste Sonderschulquote. Allerdings stehen in keinem anderen Bezirk so viele Sonderschulpädagogen zur Verfügung.</p>	<p>Berliner Zeitung, 11.09.2010, S. 26</p>			
	<p>In Marzahn-Hellersdorf ist man schon weiter als im Rest der Stadt. An sechs Schulen wird dort im Rahmen eines Schulversuchs bereits nach dem Inklusion genannten Konzept unterrichtet. Seit 2009 kümmert sich zum Beispiel an der Ulmen-Grundschule in Kaulsdorf die Sonderpädagogin Anne Böttcher um besonders schwierige Kinder.</p>	<p>Berliner Zeitung, 26.01.2011, S. 20</p>			

Sanierung der Schulstandorte	Anderswo ist der Zeitplan für die Sekundarschulen ehrgeiziger: An den zehn Sekundarschulen in Marzahn-Hellersdorf werden laut Schulstadtrat Stefan Komoss (SPD) die für den Ganztagsbetrieb benötigten Aufenthaltsräume und Mensen fast überall bis zum Sommer fertig sein. Lediglich an der Konrad-Wachsmann-Schule und an der Jean-Piaget-Schule müssen sich Lehrer und Schüler noch gedulden. Schwankungen gibt es offenbar bei den Preisen. "Die befürchtete allgemeine Explosion der Baupreise hat sich nicht bestätigt", sagt beispielsweise Komoss.	Der Tagesspiegel, 12.04.2010, S. 9	(Stadt-)Politik	Benachteiligung; Innovation	V.a. positive Wirkung durch zügigen, konstruktiven und wirtschaftlichen Mitteleinsatz der Bezirkspolitik; insgesamt dennoch Unterausstattung, die Bedarf nicht vollständig decken kann.
	Viel Baubetrieb herrscht auch in Marzahn-Hellersdorf. Etwa zehn Millionen Euro fließen hier aus dem Konjunkturpaket allein in die Sekundarschulen, berichtet Bildungsstadtrat Stefan Komoss (SPD). Einige Bauvorhaben sind abgeschlossen, andere ziehen sich bis 2011 hin.	Der Tagesspiegel, 29.06.2010, S. 12			
	In Marzahn-Hellersdorf sollen fünf Schulstandorte rund 6,5 Millionen Euro von gut 15 Millionen, die der Bezirk beantragt, erhalten. Diese Schulen werden ausgebaut und für die durch die Schulreform erforderliche Nutzung hergerichtet, sagt Schul- und Finanzstadtrat Stefan Komoss (SPD). 3,5 Millionen Euro will der Bezirk in die energetische Sanierung von Grund- und Sekundarschulen stecken, ausserdem werden zwei bei Schnee einsturzgefährdete Sporthallen mit 800 000 und 900 000 Euro saniert.	Der Tagesspiegel, 14.02.2009, S. 9			
	Für einen Bezirk wie Marzahn-Hellersdorf bleiben vom Kuchen 1,5 Millionen Euro übrig. Die Summe kommt obendrauf auf die rund 3,5 Millionen Euro, die im Bezirkshaushalt für den baulichen Unterhalt vorgesehen sind. "Mit diesem Geld sind wir nicht in der Lage, unseren Sanierungsstau abzubauen", sagt Bezirksschulstadtrat Stefan Komoss (SPD). Den beziffert er aktuell auf 89,2 Millionen allein für Schulgebäude. Es besteht noch ein Sanierungsbedarf von 26,8 Millionen Euro für Sporthallen. Ähnlich wie in Tempelhof-Schöneberg und Spandau fließt in Marzahn-Hellersdorf ein guter Teil der Mittel in akute Massnahmen, um vor sich hinrottende Gebäude vor dem völligen Verfall zu retten.	Der Tagesspiegel, 26.08.2008, S. 14			
Volksentscheid "Pro Reli"	Rund 80 000 weitere eingereichte Unterschriften werden derzeit in den Bezirksämtern mit dem Melderegister abgeglichen. Da bei den bisherigen Kontrollen knapp neun Prozent der Eintragungen nicht den Anforderungen entsprachen, kann man von etwa 140 000 schon eingereichten gültigen Stimmern ausgehen. Zu diesen kommt dann noch der grösste Teil der am Freitag von Pro Reli erfassten aber noch nicht weitergereichten 11 000 Unterschriften hinzu, so dass sich eine Gesamtzahl von knapp 150 000 ergeben dürfte. Die meisten Unterstützer wohnen nach den amtlichen Zahlen in Steglitz-Zehlendorf, Tempelhof-Schöneberg und Reinickendorf, die wenigsten in Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf.	Der Tagesspiegel, 10.01.2009, S. 7	(Stadt-)Politik; Kirchen, Zivilgesellschaftl. Akteure/ Vereine; Anwohner	Spaltung [Ost/West]; Benachteiligung	Weitestgehend neutrale Wirkung: Abstimmung verdeutlicht Ost-West-Spaltung und weiterhin bestehende "Ost-Prägung"; geringe Wahlbeteiligung impliziert jedoch auch Desinteresse (ggf. durch soziale Benachteiligung).
	Der Volksentscheid für ein Wahlrecht zwischen Ethik- und Religionsunterricht an Berliner Schulen ist am Sonntag klar gescheitert. Ethik bleibt für alle Schüler der siebten bis zehnten Klasse verpflichtend, Religion kann freiwillig zusätzlich besucht werden. Die Bürgerinitiative Pro Reli, die den Volksentscheid angeschoben hatte, wollte dieses Berliner Modell kippen. Überraschend war, wie deutlich Pro Reli abgelehnt wurde. Zum einen kamen nur 713 288 Berliner, also 29,2 Prozent der 2,45 Millionen Stimmberechtigten, in die Wahllokale. Zudem verfehlte Pro Reli unter den abgegebenen Stimmen klar die Mehrheit. Nach dem vorläufigen Endergebnis bekam die Initiative nur 48,5 Prozent Zustimmung - 51,3 Prozent der Teilnehmer lehnten die vorgeschlagene Gesetzesänderung ab. Für einen Erfolg hätte Pro Reli die Stimmen von einem Viertel der Wahlberechtigten benötigt, also 611 422 Ja-Stimmen. Gemessen an allen Berechtigten erreichte Pro Reli nur 14,2 Prozent Ja-Stimmen. Die stärkste Zustimmung erhielt die Initiative in den Westbezirken Reinickendorf, Spandau und in Steglitz-Zehlendorf, die schärfste Ablehnung erfuhr die Initiative in Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick.	Berliner Zeitung, 27.04.2009, S. 1			

		<p>An den geprüften Eintragungen zeigt sich, dass dieses Volksbegehren vor allem in den Westbezirken Anklang findet. Die Hälfte der bislang gültigen 30 333 Unterschriften wurde in Steglitz-Zehlendorf, Tempelhof-Schöneberg, Reinickendorf und Charlottenburg-Wilmersdorf gesammelt. Schlusslicht ist Marzahn-Hellersdorf mit 612 Unterschriften.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 26.11.2008, S. 7</p>			
		<p>dass Berlin bei Pro Reli "fifty-fifty" gespalten ist. Diese Spaltung manifestiert sich, wie auch bei den Berliner Parlamentswahlen seit 1990 und beim Volksentscheid zum Flughafen Tempelhof, zwischen Ost und West. An der Spitze der Pro Reli-Bewegung stehen Spandau (69,2 Prozent der Teilnehmer), Reinickendorf (69,1 Prozent) und Steglitz-Zehlendorf (66,3 Prozent), aber auch die anderen Westbezirke liegen über 60 Prozent. Bei den Nein-Stimmen liegen Lichtenberg (78,4 Prozent), Marzahn-Hellersdorf (77 Prozent) und Treptow-Köpenick (73,5 Prozent) vorn, dicht gefolgt von den übrigen Ost- und "Misch"-Bezirken. Dass in einzelnen Stimmbezirken der Einfluss aktiver Kirchengemeinden den Ost-West-Gegensatz überlagert hat, ändert das Gesamtbild nicht. Besonders bemerkenswert ist, dass es den Gegnern von Pro Reli gelungen ist, die Bevölkerung im östlichen Teil Berlins und im Stadtzentrum in ihrem Sinne zur Stimmabgabe zu bewegen. Die Initiatoren des Volksentscheids haben dies nicht im gleichen Masse geschafft.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 27.04.2009, S. 11</p>			
		<p>Es zeigt, wie unterschiedlich die Stadt es mit der Religion hält: Die wenigsten Stimmen kamen aus Marzahn-Hellersdorf, nur 4 200 Stück. Die Glaubensgrenze verläuft zwischen Ost und West, mit einer kleinen katholischen Enklave im Prenzlauer Berg. Dank der Zuzüge aus dem Westen.</p>	<p>Berliner Zeitung, 27.01.2009, S. 3</p>			
		<p>Schlusslicht war wie vor einem Jahr der Bezirk Marzahn-Hellersdorf mit lediglich 21,6 Prozent Wahlbeteiligung. Nur 4,9 Prozent aller Wahlberechtigten stimmten dort für die Einführung eines Wahlpflichtfachs Religion.</p>	<p>Berliner Zeitung, 27.04.2009, S. 20</p>			
Verkehrsanbindung	Ausbau und Modernisierung des öffentlichen Nahverkehrs und seiner Einrichtungen	<p>Das Projekt sei auch ein Ost-West-Thema: "Es ist wichtig für das weitere Zusammenwachsen Berlins." Stadtgebiete wie Hellersdorf und Friedrichsfelde seien ab 2017 besser erreichbar. Dies alles lassen sich der Bund und Berlin viel Geld kosten.</p>	<p>Berliner Zeitung, 30.05.2009, S. 19</p>	(Stadt-)Politik	Spaltung [Ost/West]	<p>Positive Wirkung: Verbesserung des ÖPNV reduziert Vulnerabilitätswahrnehmung Randlage und soll Ost-West-Spaltung verringern.</p>
		<p>Die BVG hat bereits angekündigt, dass sie 2010 mehr als zwei Dutzend Fahrstühle in Angriff nehmen will, von denen 17 noch in diesem Jahr fertig werden sollen - unter anderem in den U-Bahnhöfen Senefelderplatz, Weberwiese, Kurfürstendamm und Turmstraße. Zusätzlich erhält nun auch der Knotenpunkt Landsberger Allee, wo zwischen S- und straßenbahn umgestiegen werden kann, einen neuen Aufzug - und eine weitere Überdachung. Der Busbahnhof am Eastgate Marzahn wird ausgebaut.</p>	<p>Berliner Zeitung, 15.04.2010, S. 21</p>			
		<p>4. Weiter draussen geht doch gar nicht: Von Spandau braucht die S-Bahn zum Hauptbahnhof 28 Minuten. Vom S-Bahnhof Marzahn zum Hauptbahnhof sind es 29 Minuten Fahrzeit.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 25.08.2009, S. 8</p>			

Verschiedene stadtpolitische Verkehrsausbauprojekte und deren Folgen	<p>Im Rathaus von Marzahn-Hellersdorf lehnen alle Parteien die Grundstückseigentümer-Umlage ab. Baustadtrat Christian Gräff (CDU) kritisiert, dass das straßenausbaubeitragsgesetz "durchgepeitscht" worden und in vielen Punkten "nicht haltbar" sei. So stehe im Entwurf der Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz, der jetzt den Bezirken zugeleitet wurde, dass die Haftung von den Wasserbetrieben an die Bezirke übergehe, wenn die jeweilige BVV aufgrund von Bürgereinwänden den Bau eines Wasserkanals ablehnt. Wenn die ersten verbindlichen Bescheide ergangen sind, können Betroffene dagegen klagen. Gräff erwartet, dass die Gerichte das Gesetz dann kippen werden.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 11.09.2008, S. 9</p>	(Stadt-)Politik; Wirtschaft	Spaltung [Ost/West]; Benachteiligung	<p>Ambivalente Wirkung: Debatten zeigen Benachteiligung MHS gegenüber anderen Bezirken aus früheren Zeiten, jedoch auch engagierten Einsatz aktueller Stadtpolitik, z.B. durch Schaffung von Arbeitsplätzen und nachträglichen Einbezug bislang ausgeschlossener Akteure (Helle Mitte), um Vulnerabilitätswahrnehmungen/Benachteiligung zu reduzieren.</p>
	<p>ADAC-Verkehrsvorstand Eberhard Waldau erklärte, der Senat betreibe eine autofeindliche Politik. Dabei habe das Land seit dem Jahr 2000 "nur durch den Autoverkehr und die damit zusammenhängende Wirtschaft 2,7 Milliarden Euro eingenommen". Dagegen seien nur 300 Millionen Euro Landesgeld in die Instandhaltung der Straßen geflossen. Allerdings sind in dieser Zahl nicht die mehreren hundert Millionen Euro enthalten, die der Bund in die Stadtautobahn investiert hat. Nach Auskunft von Axel Wunschel, Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes, hätte die Branche bei zusätzlichen Aufträgen kein Kapazitätsproblem. Im Berliner und Brandenburger Baugewerbe gebe es neben 50 000 Beschäftigten auch 20 000 Arbeitslose. Der Marzahn-Hellersdorfer Wirtschaftstadtrat Christian Gräff (CDU) sagte, er könnte bereits binnen zwei Monaten vier Millionen Euro für 20 Einzelprojekte ausgeben und damit 40 Jobs sichern. Irgendwann müssten die Straßen ohnehin erneuert werden - je länger man warte, desto teurer werde es am Ende. Aus Sicht des Senats gehen die Vorwürfe des ADAC an der Wahrheit vorbei: Das erste Konjunkturpaket sei nur für Autobahnen gewesen.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 13.02.2009, S. 13</p>			
	<p>Wirtschaftstadtrat Christian Gräff (CDU) bezeichnet das Vorgehen der Stadtentwicklungsverwaltung "für unverantwortlich". Diese müsse sich darum kümmern, das Zentrum zu stärken. Immerhin gehe dessen Entstehung auf Senatspläne zurück. "Es war ein stadtentwicklungspolitisches Experiment." In solchen Dimensionen zu bauen - auf 31 Hektar Fläche - habe man sich nur im Osten getraut: "In Zehlendorf wäre das nie gegangen." Jetzt wolle der Bezirk mit den Investoren und den Geschäftsleuten gegensteuern. Zunächst, so kündigt Gräff an, der auch für Tiefbau verantwortlich ist, werde die Helle Mitte besser mit Sehenswürdigkeiten des Bezirks verbunden. Es werden Straßen ausgebaut und saniert, Geh- und Radwege neu geschaffen. So soll es künftig durchgehende Radwege bis zu den Gärten der Welt in Marzahn geben - die Eisenacher Straße wird dafür bis 2011 ausgebaut. Die Lücke im Radwegenetz zwischen Blumberger Damm und dem Hellersdorfer Zentrum wird so geschlossen. Zukünftig kann man dann von der Berliner City durchgängig bis nach Hönow radeln. Zwei Millionen Euro Fördermittel für den Ausbau der touristischen Infrastruktur will der Bezirk einsetzen. Fertiggestellt werde 2010 auch der Stadtteilpark, sagt Gräff. Bereits seit 2005 hat der Bezirk 1,55 Millionen Euro aus Mitteln des Stadtumbau Ost eingesetzt, um nach der Mega-Insolvenz ausstehende Vorhaben zu vollenden. Der Investor war Leistungen im Umfang von sieben Millionen Euro schuldig geblieben.</p>	<p>Berliner Zeitung, 19.03.2010, S. 21</p>			

Tangentialverbindung Ost	<p>Der Nabu fordert, dass weitere Schutzgebiete eingerichtet werden, zum Beispiel die Moorlinie in Buch. Geschützt werden müsse auch das 108 Hektar grosse Gelände Biesenhorster Sand zwischen Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf. "Dort plant das Land die Osttangente, sie würde das Biotop zerschneiden", so Sorges. Aus ähnlichen Gründen lehnt der Nabu den Weiterbau der Autobahn A 100 ab.</p>	<p>Berliner Zeitung, 02.03.2009, S. 19</p>	(Stadt-)Politik, Zivilgesellschaft/Vereine	Benachteiligung; Handlungsmacht/ Ohnmacht	<p>Negative Wirkung: Dominanz der politischen/wirtschaftlichen Akteure ggü. Anwohnervereinigungen; deutliche Unterschiede in der jeweiligen Vulnerabilitätswahrnehmung und darüber, wessen Resilienz zu priorisieren ist; neg. Wandel durch Minderung der Wohnqualität.</p>
	<p>Wenn schon, dann richtig: Unter diesem Motto will der Verband Deutscher Grundstücksnutzer (VDGN) für einen vierspurigen Neubau der sogenannten Tangentialverbindung Ost (TVO) kämpfen. Wie berichtet hat eine Machbarkeitsstudie im Auftrag der Stadtentwicklungsverwaltung ein hervorragendes Kosten-Nutzen-Verhältnis für die rund sechs Kilometer lange Neubautrecke zwischen Marzahn- Hellersdorf und Treptow-Köpenick ergeben. Allerdings hatten die Gutachter nur eine Fahrspur pro Richtung plus einen gemeinsamen Geh- und Radweg für ausreichend erachtet, weil die Straße fast ohne Kreuzungen parallel zur Bahntrasse durch Biesdorf-Süd und die Wuhlheide verlaufen würde. "Diese Variante wird zu Belastungen für zahlreiche Anwohner führen und gleichzeitig nicht den Anforderungen der Wirtschaft gerecht, die eine gute Anbindung der Standorte im Ostteil an den neuen Grossflughafen BBI braucht", moniert der VdGN. Deshalb lehne man "die konkreten Realisierungsvorschläge kategorisch ab". Entgegen der Gutachterempfehlung will der Verband die Straße nicht östlich der Bahngleise bauen lassen, sondern westlich davon. Dort wäre der Abstand zu den nächstgelegenen Siedlungen grösser, aber laut Gutachten der Eingriff in die Natur gravierender und die Anbindung ans vorhandene Straßennetz komplizierter. Die Baukosten für diese Variante werden auf 46 Millionen Euro geschätzt (Ost-Variante: 40 Millionen), das Nutzen-Kosten-Verhältnis auf 3,9. Die Ost-Variante schneidet mit 7,3 fast doppelt so gut ab. Am kommenden Mittwoch will der Verband seine Vorschläge präsentieren, die er mit Politikern und Verkehrsplanern in den vergangenen Jahren erarbeitet hat. Unterstützt wurde er dabei von den Anwohnern der vorhandenen Verkehrsachsen in der Umgebung. Sie haben beispielsweise in der von Einfamilienhäusern gesäumten Köpenicker Straße den Verkehr gezählt. Ergebnis: Werktags rollt im 24-Stunden-Mittel alle vier Sekunden ein Auto vorbei. Für den Berufsverkehr ergibt sich sogar ein Zweisekudentakt. Die BUNDjugend Berlin will mit gross angelegten Baumbesetzungen sowohl gegen die TVO als auch gegen die umstrittene Verlängerung der Stadtautobahn vom Dreieck Neukölln zum Treptower Park kämpfen. Statt des Straßenbaus fordert die Nachwuchsorganisation des Umweltverbandes BUND ebenso wie die Grünen, den öffentlichen Nahverkehr zu stärken. Im Streit um die Stadtautobahn geht Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) davon aus, das im Koalitionsvertrag 2006 vereinbarte, aber später von SPD und Linken mehrheitlich abgelehnte Projekt zügig umzusetzen. Auch das Parlament will sie überzeugen, das im November gesperrte Planungsgeld wieder freizugeben. "Wir werden ohne Probleme überzeugende Gründe anführen und eine Entsperrung der erforderlichen Mittel erreichen", sagte sie der IHK-Zeitschrift "Berliner Wirtschaft".</p>	<p>Der Tagesspiegel, 03.04.2010, S. 11</p>			

		<p>Das Projekt, den Osten und den Südosten mit einer leistungsfähigen Straße zu verbinden, fand sich schon 1969 im Generalverkehrsplan der Hauptstadt der DDR. In den Siebzigerjahren entstand mit der Grosswohnsiedlung Marzahn das nördliche Teilstück der TVO - heute die Märkische Allee. Erst nach der Wende wurde das erste südliche Teilstück fertig. Seit 2002 führt die Spindlersfelder Straße von An der Wuhlheide zur Oberspreestraße. Herzstück ist die 155 Meter lange Wilhelm-Spindler-Brücke über die Spree. Seit 2007 geht es weiter zum Glienicker Weg. Die Fortführung zum Adlergestell soll 2013 dem Verkehr übergeben werden. Die neue Nord-Süd-Verbindung kann die Verlängerung der A 100 nicht ersetzen, so der Senat. 2011 soll der Bau des 16. Abschnitts (Neukölln-Treptow) beginnen. In der Linken dominieren die Gegner dieses Projekts. Noch im Frühjahr wird Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) darum bitten, die von der SPD und der Linken gesperrten Planungsgelder freizugeben. Dann könnte es zum Koalitionskrach kommen.</p>	<p>Berliner Zeitung, 21.03.2010, S. 22</p>			
		<p>Das Planfeststellungsverfahren soll im ersten Halbjahr 2010 beginnen. Wann der eigentliche Straßenbau startet, dazu wollen sich die Behörden nicht äussern. Brandenburgs Infrastrukturminister Reinhold Dellmann (SPD) sagt, die Strecke habe sich "als die tragfähigste Variante" erwiesen. Er sei sich bewusst, dass auch diese Lösung nicht alle Wünsche berücksichtigen könne und einen Kompromiss darstelle. Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) spricht lieber davon, dass die Bürger von dieser Entscheidung profitieren und "die Lebensqualität in ihrem direkten Lebensumfeld erhöht wird". Das sehen die Betroffenen ganz anders. Die Mieterschutzinitiative Marzahn will Klage einreichen, sagt ihr Sprecher Günter Deckert. Die neue Trasse werde zu einer schlechteren Wohnqualität führen und zu einer absoluten Trennung von Marzahn und dem angrenzenden Ahrensfelde: "Sie zerschneidet gewachsene Strukturen." Auch Oda Formazin von der Bürgerinitiative Ahrensfelde will klagen, wenn Einwände im Planfeststellungsverfahren nichts bringen: "Man prügelt eine Verkehrslösung durch, obwohl es Alternativen gab." Beide Initiativen sowie der Bezirk Marzahn-Hellersdorf hatten die sogenannte Variante 1 favorisiert, eine schon zu DDR-Zeiten geplante Weiterführung der Marzahner Wuhletalstraße an der Gemeinde vorbei. Das hatte seinerzeit der Berliner Senat abgelehnt, weil Berlin durch eine längere Strecke auf seinem Territorium mehr Geld für den Straßenbau bezahlen müsste.</p>	<p>Berliner Zeitung, 03.09.2009, S. 24</p>			

Tabelle B.2. 2: Qualitative Analyse des Diskurszeitraums 2008-2012/Diskurskategorie Sport/Freizeit/Kultur

Diskurskategorie: Sport/Freizeit/Kultur						
Sub-kategorie I	Sub-kategorie II	Segment	Quelle	Elemente / Akteure	Regime	Wirkung/Verschiebung: Dominanzverhältnisse
Freizeit & Kultur	Gastronomie & Events in MH	Während es in Pankow die Ekelliste gibt, hat Marzahn-Hellersdorf seit August den "Berliner Bär" als Auszeichnung für gastronomische Betriebe. Dabei können sich Restaurants freiwillig für eine Positivliste bewerben. Wer mitmacht und in den vergangenen zwölf Monaten sämtliche Auflagen erfüllt hat, bekommt diese Auszeichnung. Das System solle sechs Monate lang erprobt werden, dann könne man beide Systeme evaluieren und sich auf ein einheitliches Modell für alle Bezirke einigen, so die Verbraucherschutzsenatorin.	Berliner Zeitung, 08.12.2009, S. 15	Anwohner; Zivilgesellschaft/Vereine; (Stadt-)Politik; Wirtschaft	Innovation; Kulturelle Vielfalt; Natur & Klimaschutz; Spaltung	Positive Wirkung: Veränderung/Stärkung der Wahrnehmung auf MH als kultureller Ort sowie Ort der Innovation und des Klimaschutzes; Versuch der Reduktion des Ost-West-Kontrasts
		6. Da ist doch nichts los: Gastro-Kenner sagen: Da gibt es wirklich fast nur Thai-Imbisse, keine Spitzenrestaurants. Und Partykenner zucken mit den Achseln nach einem Diskotipp. Aber doch, auch in Marzahn ist was los. Stadtweit bekannt ist das Orwo-Haus. Ein Gebäude, in dem viele junge Bands ihre Proberäume haben und das sich "die lauteste Platte der Stadt" nennt. Ach ja, und am 12. und 13. September wird das 30. Bezirksjubiläum gefeiert. 50 Bands werden dort spielen, darunter die Prinzen. Infos unter:www.plattengeburtstag.de	Der Tagesspiegel, 25.08.2009, S. 8			
		Der Auftakt zur Pressekonferenz für das dritte "Plattenfest" in Marzahn-Hellersdorf war symbolträchtig: Man traf sich auf dem Dach des 22-/25-geschossigen Doppelhochhauses Helene-Weigel-Platz 6/7. Dort gibt es nicht nur mit 426 Quadratmetern Europas grösste Fassaden-Photovoltaikanlage. Der Hauseigentümer, die Wohnungsbaugesellschaft Degewo, saniert derzeit 6000 Wohnungen energetisch. Und sie unterstützt auch das zweitägige Fest am 4. und 5. Juni. Das findet erstmals in den "Gärten der Welt" im Erholungspark Marzahn statt und will sich als Klimaschutz-Festival präsentieren. Unterstützt wird die Aktion von zahlreichen Initiativen und Künstlern, die sich im weitesten Sinne für ein gutes Klima einsetzen. Dazu gehören die Musiker der Staatskapelle Berlin unter Daniel Barenboim, die im vergangenen Jahr ein "Orchester des Wandels" gegründet haben. Musiker Sebastian Posch: "Wir veranstalten unter anderem einmal im Jahr ein Benefizkonzert, dessen Erlös an ein internationales Klimaschutzprojekt geht." Beim "Plattenfest" wird nach einer Idee der Staatskapelle der symbolische erste Spatenstich für einen "Zauberwald" getan: Im Park soll ein Gelände entstehen, das Natur und Oper vereint. Mitmachen werden bildende Künstler, Architekten, Regisseure, Musiker und Sänger, es soll zwischen Bäumen Klanginstallationen mit Opernmotiven geben. Der Eintritt von 3 Euro zum Plattenfest kommt dieser Idee zugute. Spender können ihre Namen auf einer überdimensionalen Holzbank verewigen, die die Berliner Forsten bereitstellen. "Die bleibt dann für immer im Zauberwald", sagt Forstsprecher Marc Fransch.	Berliner Zeitung, 25.05.2011, S. 24			

	<p>Der Veranstalter des Deutsch-Amerikanischen Volksfestes kann sich offenbar doch vorstellen, künftig im Osten Berlins zu feiern. Richard Simmons und der FDP-Abgeordnete aus Marzahn-Hellersdorf, Sebastian Czaja, besuchten am Mittwoch mögliche Veranstaltungsorte in dem Bezirk. Mit dem Fall der Mauer habe endlich auch der ehemalige sowjetische Sektor von der Freundschaft zu den USA profitieren können, erklärte Czaja. "Deshalb gibt es kaum einen geeigneteren Ort als Marzahn-Hellersdorf für die diesjährige Veranstaltung", die als Berliner Institution gerettet werden müsse. Simmons hatte zuvor gesagt, er wolle im Westen Berlins bleiben. "Diese Art des Denkens in West- und Ostsektoren ist doch hoffentlich längst vorbei", sagte die Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) in der Fragestunde des Abgeordnetenhauses. Marzahn-Hellersdorf sei für das Deutsch-Amerikanische Volksfest hervorragend geeignet. Sie unterstütze den Vorschlag.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 18.02.2011, S. 8</p>			
	<p>In Moabit soll die Arminius-Markthalle zum "multiethnischen Basar" und die Turmstraße verkehrsberuhigt werden, nahe dem Eastgate-Center in Marzahn sind ein Freizeitforum und Lichtinstallationen auf Hochhäusern geplant, und Charlottenburg-Wilmersdorf will sowohl den Kurfürstendamm als auch den Hardenbergplatz verschönern. Diese und weitere Ideen fördere das neue Bund-Länder-Programm "Aktive Stadtzentren", kündigte Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer gestern an. Eine Jury hat aus 17 Bewerbungen fünf ausgewählt. Die Umsetzung startet in diesem Jahr in der Turmstraße und Marzahner Promenade, ab 2009 folgen die City-West, die Weddinger Müllerstraße und die Karl-Marx-straße in Neukölln. Die Konzepte wurden von den Bezirksämtern mit Händlern, Hausbesitzern, Investoren und anderen Anliegern entwickelt.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 08.07.2008, S. 10</p>			
	<p>Gemeinsam mit dem hiesigen Tourismusverein wird sich der Bezirk für einen sanften und nachhaltigen Tourismus engagieren. Und welche Rolle künftig die Mobilität im Zeichen des Klimaschutzes spielen wird, soll mit einem im Juli stattfindenden "E-Mobility-Day" demonstriert werden, so Kathrin Rüdiger von der Wirtschaftsförderung im Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf.</p>	<p>Berliner Zeitung, 01.06.2011, S. 2</p>			
<p>Öffentliche Freizeiteinrichtungen</p>	<p>Der Kostendruck wird ab 2012 dazu führen, dass freiwillige Leistungen, etwa bei der Kultur, in Frage gestellt werden müssen. Heisst für Marzahn-Hellersdorf ...?... dass wir nicht bei der Haushaltsaufstellung, aber während des laufenden Haushaltsjahres möglicherweise über die Schliessung einer Bibliothek oder eines unserer vier Bürgerämter nachdenken müssen.</p>	<p>Berliner Zeitung, 06.02.2012, S. 16</p>	<p>(Stadt-)Politik; Wirtschaft</p>	<p>Neoliberalismus; Benachteiligung</p>	<p>Negative Wirkung: Dominanz wirtschaftlicher Faktoren gegenüber kulturellen Bedürfnissen der Anwohner, verstärkt Vulnerabilitätsregime der Benachteiligung.</p>
<p>Das seit 2002 geschlossene Freibad Wernersee im Marzahn-Hellersdorfer Ortsteil Mahlsdorf soll wieder öffnen. Das will das Bezirksparlament und empfiehlt dem Bezirksamt, sich bei den Berliner Bäderbetrieben (BBB) dafür einzusetzen, dass Mittel aus dem Konjunkturpaket der Sanierung des Freibades zugute kommen. Norbert Lütke (Linke), zuständig für Ökologische Stadtentwicklung, will das tun, sieht aber wenig Chancen. Nach seinen Worten haben die Bäderbetriebe sechs Millionen Euro für energetische Sanierung beantragt: "Bei einem Freibad ist das schwierig", sagt er. Die BBB verweisen darauf, dass es eine mit der Stadtentwicklungsverwaltung abgestimmte Prioritätenliste gibt. Alle Massnahmen bisher betreffen Hallenbäder. Lütke will sich deshalb weiterhin dafür einsetzen, dass am Elsensee ein Bad entsteht. Dort planen private Investoren seit Jahren eine Wasserskianlage plus Freibad. Anwohner sowie die bezirkliche CDU sind dagegen. "Marzahn-Hellersdorf mit seinen vielen Jugendlichen braucht ein Freibad", sagt Lütke. Allerdings gibt es derzeit Streit zwischen dem Bezirksamt und den Investoren. Denn die hatten am Elsensee unbefugt Bäume gerodet und Sträucher beschnitten. Der Bezirk leitete ein Ordnungswidrigkeitsverfahren ein, die Investoren haben Widerspruch eingelegt. Wann Baubeginn am Elsensee ist, kann der Stadtrat nicht sagen.</p>	<p>Berliner Zeitung, 28.02.2009, S. 30</p>				

		<p>Wirtschaftsstadtrat Christian Gräff (CDU) bezeichnet das Vorgehen der Stadtentwicklungsverwaltung "für unverantwortlich". Diese müsse sich darum kümmern, das Zentrum zu stärken. Immerhin gehe dessen Entstehung auf Senatspläne zurück. "Es war ein stadtentwicklungspolitisches Experiment." In solchen Dimensionen zu bauen - auf 31 Hektar Fläche - habe man sich nur im Osten getraut: "In Zehlendorf wäre das nie gegangen." Jetzt wolle der Bezirk mit den Investoren und den Geschäftsleuten gegensteuern. Zunächst, so kündigt Gräff an, der auch für Tiefbau verantwortlich ist, werde die Helle Mitte besser mit Sehenswürdigkeiten des Bezirks verbunden. Es werden Straßen ausgebaut und saniert, Geh- und Radwege neu geschaffen. So soll es künftig durchgehende Radwege bis zu den Gärten der Welt in Marzahn geben - die Eisenacher Straße wird dafür bis 2011 ausgebaut. Die Lücke im Radwegenetz zwischen Blumberger Damm und dem Hellersdorfer Zentrum wird so geschlossen. Zukünftig kann man dann von der Berliner City durchgängig bis nach Hönow radeln. Zwei Millionen Euro Fördermittel für den Ausbau der touristischen Infrastruktur will der Bezirk einsetzen. Fertiggestellt werde 2010 auch der Stadtteilpark, sagt Gräff. Bereits seit 2005 hat der Bezirk 1,55 Millionen Euro aus Mitteln des Stadtumbau Ost eingesetzt, um nach der Mega-Insolvenz ausstehende Vorhaben zu vollenden. Der Investor war Leistungen im Umfang von sieben Millionen Euro schuldig geblieben.</p>	<p>Berliner Zeitung, 19.03.2010, S. 21</p>			
<p style="text-align: center;">Comedy-Figur "Cindy aus Marzahn"</p>		<p>In der hauseigenen Talentschmiede sucht die Queen of Comedy, Cindy aus Marzahn, an jedem ersten Freitag im Monat nach neuen Talenten und dem schrägsten Nachwuchs.</p>	<p>Berliner Zeitung, 18.12.2009, Rubrik Spielplan</p>	<p>Unterhaltungsindustrie</p>	<p>Benachteiligung; Stigmatisierung</p>	<p>Ambivalente Wirkung: Dominanz der Identifikation des "Cindy"-Bilder mit dem Bezirk (Trash, Übergewicht, Hartz IV); Pauschalisierung und Diskriminierung der Anwohner vs. Aufmerksamkeit auf Missstände.</p>
		<p>Comedy zwischen Plattenbau und gesellschaftlichem Abstieg: Ika Bessins (Cindy aus Marzahn) Scherze spiegeln die Träume der Zukurzgekommenen wider. "Schizophren - Ich wollte 'ne Prinzessin sein" heisst ihr Programm, und auch wenn der kürzlich arg in die Länge gezogene Spass zu Günther Jauchs Prominentenraten bei "Wer wird Millionär" nicht überzeugte, als Solistin schießt sie ihre Pointen zielsicher unter die Gürtellinie.</p>	<p>Berliner Zeitung, 08.06.2009, S. 33</p>			
		<p>Sie ist Komikerin und Anti-Traumfrau, beerbte die schöne Michelle Hunziker bei "Wetten das...?" und robbte sich von der Arbeitslosigkeit ins Epizentrum der deutschen Abendunterhaltung. Von Lorient genügte ein "Ach" oder ein "Aha", um uns zum Lachen zu bringen. Cindy aus Marzahn muss nur ankündigen, dass sie gleich aufs Klo geht, und kassiert dafür massenhaft Lacher. Die Komikerin, mit bürgerlichem Namen Ika Bessin, 42 Jahre alt, hat sonst nicht viel gemein mit Lorient. Aber wenn sie in ihrer rosa-pinken Aufmachung auf die Bühne tritt, als hätte sich Obelix in ein Prinzessin-Lillifee-Kostüm gepresst, mit einem blinkenden Strass-Krönchen in der dauergewellten blonden Perücke, dann bringt sie ganze Säle zum Kichern. Das Publikum und die Programmchefs deutscher Fernsehsender lieben sie für diese Rolle der Proll-Prinzessin.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 11.11.2012, S. 32</p>			

Natur & Grünanlagen	IGA/Gärten der Welt	Ganz schön mutig, was sich Berlins Stadtentwicklungssenator Michael Müller (SPD) da traut. Drei Jahre nach der Vergabe der Internationalen Gartenbauausstellung 2017 nach Berlin empfiehlt er, die Veranstaltung nicht auf dem stillgelegten Flughafen Tempelhof zu realisieren, wie vereinbart, sondern in die Gärten der Welt nach Marzahn zu verlegen.	Berliner Zeitung, 04.07.2012, S. 4	(Stadt-)Politik; Wirtschaft; Zivilgesellschaft/Vereine	Innovation; Kulturelle Vielfalt; Natur & Klimaschutz	Positive Wirkung/Wandel: MH als Ort der Gärten der Welt und Ausstatter der IGA; MH als wirtschaftlicher und (stadt-)politischer Investitionsort
		Damit rückt der Senat weiter von seinen Planungen auf dem Tempelhofer Feld ab. Im Sommer wurde bekannt, dass die Internationale Gartenausstellung (IGA), geplant 2017, ihren Schwerpunkt nach Marzahn verlagert.	Der Tagesspiegel, 08.11.2012, S. 13			
		Der Wandelgang soll von goldfarbem lackiertem Aluminium umrahmt werden, die Wände sind aus Metallbuchstaben. Textpassagen aus dem Alten und dem Neuen Testament sowie literarische und philosophische Zeilen werden dort zu lesen sein. Bis zum Sommer 2010 entsteht im Erholungspark Marzahn ein Christlicher Garten. Gestern wurde der Grundstein gelegt. Nach einem Entwurf des Berliner Landschaftsplanungsbüros relais soll das Urmuster des christlichen Gartens, der Kreuzgang der Klöster, in moderner Form zu erleben sein. Ein etwa 100 Meter langer Wandelgang wird einen Gartenhof umgeben, der durch ein Wegekreuz aus hellem Kies und vier immergrünen Hecken, unterbrochen von weiss blühenden Sträuchern und Gehölzen, geprägt wird. Ein überquellender Wasserstein betont den Gartenmittelpunkt. Umschlossen wird das 1 000 Quadratmeter grosse Areal von vier Meter hohen Buchenhecken. Die neue Anlage ist die neunte in der Reihe "Gärten der Welt" in Marzahn. Diese wurde im Jahr 2000 mit Europas grösstem Chinesischen Garten eröffnet. Spätestens mit dem Bau eines Orientalischen Gartens fünf Jahre später wurde auch über ein Pendant diskutiert, das der abendländisch-christlichen Kultur entspricht. 2007 wurde ein landschaftsplanerischer Wettbewerb durchgeführt. Das Geld für den Christlichen Garten, insgesamt 3,18 Millionen Euro, kommt aus Fördermitteln und von der Allianz Umweltstiftung. Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) lobte die internationale Gartenschau in Marzahn. "Ein Besuch dieser einzigartigen Berliner Gartenanlage ist wie eine kleine Weltreise mit Stationen in Asien, im Orient und im alten Europa", sagte sie.	Berliner Zeitung, 15.09.2009, S. 17			
		Auf eine Grösse von fast 34 Hektar wächst der Erholungspark Marzahn: Das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf hat jetzt eine 12,7 Hektar grosse Fläche aus Privatbesitz erworben. Von der Stadtentwicklungsverwaltung gab es dafür 660 000 Euro. Denn im Park befinden sich die bei Berlinern und Touristen beliebten "Gärten der Welt". Die neue Fläche ist laut Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) eine "wesentliche Voraussetzung" für die Weiterentwicklung der Parkanlage.	Berliner Zeitung, 01.04.2010, S. 17			
		Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf hat mit Unterstützung des Landes 12,7 Hektar Land am Erholungspark Marzahn gekauft. Damit kann der Park um ein Drittel vergrössert werden. Laut Stadtentwicklungsverwaltung wurden die Flächen in der Nachbarschaft des italienischen Renaissance-Gartens für 660 000 Euro bei einer Zwangsversteigerung erworben.	Der Tagesspiegel, 01.04.2010, S. 8			
		Am teuersten sind die Gärten der Welt im Erholungspark Marzahn. Dort, wo am heutigen Freitag feierlich der neu angelegte "Christliche Garten" eröffnet wird, müssen Besucher in der Hauptsaison drei Euro berappen, Kinder zwischen sechs und 14 Jahren 1,50 Euro. Der Durchschnittspreis von zwei Euro sei angemessen, sagt Grün-Berlin-Geschäftsführer Christoph Schmidt und verweist auf die sichtbaren Resultate. Der Andrang der Erholungssuchenden ist ungebrochen.	Der Tagesspiegel, 29.04.2011, S. 15			
		Der Abriss war Teil einer gross angelegten Umbaustrategie des Bezirks - Stichwort "Gärten der Welt". Er hat sehr dazu beigetragen, die Attraktivität von Marzahn-Hellersdorf zu stärken.	Berliner Zeitung, 27.08.2010, Rubrik Lokales			

		<p>Der Hauseigentümer, die Wohnungsbaugesellschaft Degewo, saniert derzeit 6000 Wohnungen energetisch. Und sie unterstützt auch das zweitägige Fest am 4. und 5. Juni. Das findet erstmals in den "Gärten der Welt" im Erholungspark Marzahn statt und will sich als Klimaschutz-Festival präsentieren. Unterstützt wird die Aktion von zahlreichen Initiativen und Künstlern, die sich im weitesten Sinne für ein gutes Klima einsetzen.</p>	Berliner Zeitung, 25.05.2011, S. 24			
		<p>5.Grün ist da doch nur die Polizei: Im Bezirk sind 145 Hektar Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen - in Neukölln sind es 5,8 Hektar und im "grünen" Köpenick-Treptow auch nur 370 Hektar. Und während in Marzahn 137 Hektar Landwirtschaftsfläche registriert sind, hat Steglitz-Zehlendorf 27. Stadtweit bekannt ist der für viele Millionen Euro errichtete Park namens "Gärten der Welt". Und wer einmal auf die Ahrensfelder Berge im Wuhletal klettert, wird oben feststellen, wie nah das grüne Brandenburg ist. PS: Der Teufelsberg in Charlottenburg ist nur drei Meter höher.</p>	Der Tagesspiegel, 25.08.2009, S. 8			
	Natur & Umland	<p>Der Nabu fordert, dass weitere Schutzgebiete eingerichtet werden, zum Beispiel die Moorlinse in Buch. Geschützt werden müsse auch das 108 Hektar grosse Gelände Biesenhorster Sand zwischen Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf. "Dort plant das Land die Osttangente, sie würde das Biotop zerschneiden", so Sorges. Aus ähnlichen Gründen lehnt der Nabu den Weiterbau der Autobahn A 100 ab.</p>	Berliner Zeitung, 02.03.2009, S. 19	(Stadt-)Politik; Zivilgesellschaft	Natur & Klimaschutz	Weitestgehend positive, teilweise ambivalente Wirkung: Stärkung MHs und Umgebung als Naherholungsgebiet für ganz Berlin vs. Wirtschaftliche/strukturelle Anbindung.
		<p>Es war eines der grössten und teuersten Projekte der vergangenen Jahre zum Arten- und Naturschutz in Berlin, gestern wurde es abgeschlossen. Für 7,8 Millionen Euro ist das Flüschen Wuhle seit 2006 umfassend ökologisch saniert worden. Die Mittel kamen vom Land Berlin und aus dem Umweltentlastungsprogramm der EU.</p>	Berliner Zeitung, 04.07.2008, S. 21			
		<p>Biotope wurden miteinander verbunden und fußgängerbrücken als Wegeverbindung über Alte Wuhle (Naturwuhle) und Neue Wuhle errichtet. Zudem wurden 50 000 Tonnen belasteter Schlamm aus dem Fluss und den Kaulsdorfer Teichen nahe dem Bahnhof Wuhletal entfernt.Nächstes Vorhaben PankeStadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) sieht mit dem Projekt wichtige Ziele verwirklicht. "Berlin ist vor wenigen Wochen dem Countdown 2010 beigetreten, einer freiwilligen Verpflichtung, die Artenvielfalt von Tieren und Pflanzen in der Region zu erhalten." Die Sanierung der Wuhle habe nicht nur dazu beigetragen, das Gebiet für die Anwohner als Erholungsraum zu sichern, "es wurde ein Stück Lebensqualität für ganz Berlin gestaltet".</p>	Berliner Zeitung, 04.07.2008, S. 21			
Sport(ler)	Sportler aus MH; Debatte um Stigmatisierung	<p>Alexander Teichmann ist voller Hochachtung: "Das war nicht irgendeine Spielerin, sondern eine Persönlichkeit, die Grosses für den Verein geleistet hat und der wir viel zu verdanken haben", sagt der Präsident des Tischtennisvereins TTC Eastside Berlin über Song Ah Sim. Heute (19.30 Uhr, Freizeitforum Marzahn) wird die Hongkong-Chinesin zum letzten Mal in einem Heimspiel für ihren Klub an die Platte gehen.</p>	Der Tagesspiegel, 29.04.2011, S. 23	Zivilgesellschaftl. Akteure/Vereine; Unterhaltungsmedien; (Stadt-)Politik	Innovation; Benachteiligung; Stigmatisierung	Ambivalente Wirkung: MH als sportl. Ausbildungs-ort/Sportlerschmiede vs. MH als Klischee und Schreckensbild
		<p>"Das Thema Hammerwerfen hat für uns eine hohe Bedeutung", sagt Martin Seeber, der Istaf-Geschäftsführer. "Es gibt nicht so viele Meetings auf der Welt, bei denen Hammerwerfen so eine grosse Aufmerksamkeit hat wie bei uns." Natürlich hängt das mit Betty Heidler zusammen, die seit Jahren zu den Stars der deutschen Leichtathletik gehört. "Die Zuschauer mögen sie", sagt Seeber. "Sie ist eine Berlinerin." Betty Heidler ist in Marzahn aufgewachsen. Seeber und Meeting-Direktor Gerhard Janetzky möchten den Zuschauern alle deutschen Medaillengewinner von London präsentieren.</p>	Der Tagesspiegel, 02.09.2012, S. 20			

		Kein anderer Wettbewerb lief, alle blickten auf die starken Frauen. "So etwas habe ich noch nie erlebt", sagte die 25-Jährige. "Vor allem, weil es in Berlin war, meiner Heimatstadt." Betty Heidler wurde in Marzahn geboren, die Familie lebt immer noch dort. Uropa Martin Riefstahl wäre stolz auf seine Urenkelin gewesen. Uropa Martin trug 1936 bei den Olympischen Spielen ein paar Minuten die Fackel, ausserhalb des Stadions, als Hochspringer.	Der Tagesspiegel, 24.08.2009, S. 21			
		Die in Berlin-Marzahn aufgewachsene Betty Heidler rotierte noch mal, vier Drehungen, dann flog der Hammer aus dem Ring, durchs Olympiastadion, er flog und flog, und knapp 60 000 Zuschauer jubelten begeistert. Erst nach 77,12 Metern bohrte sich die Kugel in den Rasen. Betty Heidler machte einen Freudensprung, ihre Jubelschreie gingen im Applaus der Menge unter.	Der Tagesspiegel, 23.08.2009, S. 16			
		Als hysterische Sportlerin hat Betty Heidler aus Berlin-Marzahn nie gegolten. Aber im olympischen Hammer-Finale von London hatte es die Menschen offenbar doch erstaunt, dass sie so ruhig blieb, als der Computer ihren Wurf verschluckte. Sie wartete einfach. Sie schimpfte nicht auf das Kampfgericht. Es dauerte, bis der Computer ihren Wurf wieder ausspuckte, der ihr die Bronzemedaille brachte. Als es soweit war, freute sie sich. Seither sagen ihr fremde Leute: "Respekt, Frau Heidler, dass Sie so ruhig geblieben sind. Dass Sie so viel Menschlichkeit gezeigt haben." Betty Heidler findet: "Wenn man grossen Terz macht, wird's meistens auch nicht besser."	Berliner Zeitung, 03.09.2012, S. 11			
		Trauriger Höhepunkt war dann das "Aktuelle Sportstudio", obwohl nicht Poschmann, sondern Michäl Steinbrecher moderierte. Der Spruch war angeblich lustig gemeint, aber lachen wollte niemand über ZDF- Kommentator Dieter Poschmann: "Wenn man in Marzahn aufgewachsen ist und das unbeschadet überlebt hat, ist man zu allem fähig", sagte er bei der WM-Übertragung - vor Millionenpublikum - über die Hammerwerferin und Marzahnerin Betty Heidler. In Entrüstung vereint waren Vertreter aller Parteien - von Petra Pau (Linke) über Rudolf Kujath (SPD) bis zu Monika Grütters (CDU), die sich dort alle um ein Bundestagsmandat bewerben. Und die Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle (Linke) lud den ZDF-Mann nach Marzahn ein - quasi zur Anti-Klischee-Tour.	Der Tagesspiegel, 24.08.2009, S. 29			

Tabelle B.2. 3: Qualitative Analyse des Diskurszeitraums 2008-2012/Diskurskategorie Wohnen & Bauen

Diskurskategorie: Wohnen & Bauen						
Sub-kategorie I	Sub-kategorie II	Segment	Quelle	Elemente / Akteure	Regime	Wirkung/Verschiebung: Dominanzverhältnisse
	Wohnqualität	1. In Marzahn stehen nur Plattenbauten: Zumindest sind die elfgeschossigen Häuser schwer zu übersehen, die in den 70er und 80er Jahren am östlichen Stadtrand in den Himmel wuchsen - genauso wie das Märkische Viertel (im Norden), die Gropiusstadt (im Süden) und die Wohntürme in Staaken (im Westen). Auf einem Drittel der Bezirksfläche leben gut zwei Drittel der fast 250 000 Einwohner. Doch das Klischee stimmt nur bedingt: Da gibt es den historischen Dorfkern Alt-Marzahn, samt Dorfkirche und in den 80ern rekonstruierten Bauernhöfen. Die Anlage steht unter Denkmalschutz. Und nicht weit davon beginnt mit Biesdorf, Kaulsdorf und Mahlsdorf das grösste zusammenhängende Ein- und Zweifamilienhausgebiet Deutschlands.	Der Tagesspiegel, 25.08.2009, S. 8	Anwohner; (Stadt-)Politik; Wirtschaft	Spaltung [MH]; Handlungsmacht; Wohlgefühl	Ambivalente Wirkung bzw. Resilienz- und Vulnerabilitätskonstruktionen: Weitestgehend positive Sicht der Anwohner auf ihr Wohnumfeld, Engagement für Erhalt (-> Müllerschlucker) und Verbesserung (--> energetische Modernisierung) der Wohnqualität vs. Neg. Außensicht auf Plattenbauten bzw. Attraktivitätssteigerung durch Abriss der Platten.
		Ab dem Jahr 2014 könnten Wohnungen in Berlin sogar wieder knapp werden, hat das Gewos-Institut ermittelt. War es vor diesem Hintergrund nicht falsch, mehrere Tausend Plattenbauwohnungen in Marzahn und Hellersdorf abzureissen?Nein, ganz im Gegenteil. Der Abriss war Teil einer gross angelegten Umbaustrategie des Bezirks - Stichwort "Gärten der Welt". Er hat sehr dazu beigetragen, die Attraktivität von Marzahn-Hellersdorf zu stärken. Vor allem deshalb konnte dort die lange negative Bevölkerungsentwicklung gestoppt werden. Heute ist der Bezirk ideal gerade für junge Familien mit Kindern.	Berliner Zeitung, 27.08.2010, Rubrik Lokales			
		Fast 13000 Protest-Unterschriften wurden in Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg bisher gesammelt. Denn bis zum 31.Dezember 2013 sollen alle Müllabwurfanlagen in Berliner Wohnhäusern dichtgemacht werden - sehr zum Ärger der betroffenen Mieter. Rund 4000 Müllschlucker existieren in Berlin, die meisten in den Plattenbauten.	Berliner Zeitung, 26.04.2011, S. 18			
		Dem SPD-Abgeordneten Sven Kohlmeier aus Marzahn-Hellersdorf geht das nicht weit genug. Er plädiert für eine Novellierung der Bauordnung: "Denn nur eine eindeutige gesetzliche Regelung sorgt für eine Klarheit." Nach der Osterpause wolle sich die SPD-Fraktion mit dem Thema beschäftigen.Bisher hat nur die WGLi einen Antrag zum Weiterbetrieb der Müllschlucker gestellt. Andere Vermieter sehen die Schliessung der Schächte nämlich nicht nur negativ: Die landeseigene Degewo möchte aus Kostengründen schon lange die Abwurfanlagen in dem 600 Meter langen Terrassenhaus an der Schlangenbader strasse in Wilmersdorf schliessen. In Marzahn, wo das Unternehmen seine grössten Bestände hat, werden laut Sprecher Lutz Ackermann jetzt sämtliche Anlagen überprüft. Denn mit der Schliessung müssen auch neue Standorte für Mülltonnen bereitgestellt werden. "Wir gehen bisher von der gültigen Gesetzeslage aus", sagt Ackermann. "Für uns ist deshalb die Schliessung bis zum 31.Dezember 2013 verbindlich."Lothar Prestel, der in einem der Marzahner Degewo-Häuser wohnt, ärgert das. Er bezeichnet den Müllschlucker im Haus als "Wohnkomfort". Einzelfallprüfungen zur ihrer Erhaltung auf Antrag sieht er als widersinnig an: "Da müssten wir Mieter uns erst organisieren, um unseren Vermieter zu zwingen, tätig zu werden." Er stimmt Kohlmeier zu: "Es nützt nur eine Änderung des Gesetzes."	Berliner Zeitung, 26.04.2011, S. 18			

		<p>Zwei Monate später bezogen Astrid und Uwe Wölms mit Tochter Martina ihre Wohnung im frisch erbauten Haus Nr. 56 an eben jener Allee der Kosmonauten in Berlin-Marzahn, einem elfstöckigen Plattenbau der "Wohnungsbauserie 70", kurz "WBS 70/112". Drei Zimmer, 61 Quadratmeter, ein sechs Meter breiter Balkon, Küche mit Fenster, Bad mit Badewanne, Zentralheizung, Warmwasser, Müllschlucker auf dem Flur, ein Fahrstuhl, den die Wölms' aber nicht benötigten, ihre Wohnung ist in der ersten Etage. Schon damals gab es viele, die sich über die Menschen wunderten, die in die "Arbeiterschliessfächer" in den zugigen Plattensiedlungen zogen und sich darüber auch noch freuten</p>	<p>Der Tagesspiegel, 26.08.2011, S. 23</p>			
		<p>Hier, im ersten Stock der Allee der Kosmonauten 56, fühlt er sich aber auch sehr wohl. Obwohl draussen der Rasenmäher dröhnt: "Kaum ist das Gras mal einen Zentimeter gewachsen, schon mähen sie's wieder ab. Und die Hasen gucken am Abend dumm." Inzwischen sind alle Rohre im Haus ausgetauscht - früher ist immer mal eins kaputt gegangen, besonders hier unten, wo der Druck am grössten ist, dann gab es eine Überschwemmung, und es empfahl sich, das Rohr im Keller noch mal kaputt zu hauen, damit dort die Brühe rauslief. Auch Fenster und Wohnungstür sind neu, der Giebel ist mit einer Isolierschicht versehen, ein paar Fassadenplatten wurden angemalt. Viel mehr war an dem Haus nicht zu machen.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 26.08.2011, S. 23</p>			
		<p>Die "Erste Marzahner Wohnungsgenossenschaft", so heisst sie heute, ist zufrieden mit den WBS-70-Häusern. Sie haben sei jeher wärmeisolierte Wände, und die Grundrisse der Wohnungen sind variabel. Im Gegensatz zu anderen Plattenhaustypen lassen sich die dünnen, nicht tragenden Wände entfernen. Aus vier Zimmern können drei werden, aus dreien zwei, die Ansprüche sind längst nicht mehr so bescheiden wie zur DDR-Zeit. Die Mieten auch nicht, wenn sie auch, verglichen mit Altbauten in der Innenstadt, noch immer fair erscheinen: Die Wölms' zahlten früher 140 Mark der DDR, heute sind es 450 Euro, warm.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 26.08.2011, S. 23</p>			
		<p>Sie will hier wohnen bleiben, sagt Astrid Gottwald, bis sie sie raustragen. Ist doch ein gutes Haus, man hat alles, was man braucht. "Wollen nur hoffen, dass sie die Miete nicht hochsetzen. Toi, toi, toi!" Sie klopft auf den Tisch, zögert: "Ist doch echtes Holz, oder?", guckt drunter und ist erleichtert. "Ja, isses." Der Tisch ist viel jünger als das Haus.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 26.08.2011, S. 23</p>			
		<p>Doch die Hellersdorfer lieben ihre Wohngegend. Bei der hitzigen Diskussion in der "Klabauterklausen" wird aus der Schnellstraße, die in unmittelbarer Nähe vorbeiführt, dann auch rasch eine "gute Verkehrsanbindung". Die grauen Plattenbauten sind aus Sicht der Anwohner "teilsanierter, billiger Wohnraum" und die Wiesen, die zwischen dem Gemisch aus verschiedenen Grautönen den einzigen Farbtupfer darstellen, eine "grüne Idylle". Es wäre eine Hiobsbotschaft gewesen, wenn das Land Berlin dies alles verkauft hätte, bemerkt ein Gast in der Kiezkeipe. Die Klabauterklausen hat bessere Tage gesehen. Seit 1982 steht sie an der Ecke des Wohnblocks. Die Wirtin erinnert sich an die DDR-Zeiten, als junge Familien mit Kindern das Viertel bevölkerten, als es noch viele Cafés und Restaurants gab. "Vielleicht, wenn mal jemand was investierte...?", überlegt sie. "Eben", pflichtet ihr ein Gast bei, der privaten Investoren offenbar mehr zutraut als der öffentlichen Hand. "Sollen die Heuschrecken ruhig kommen." Wenn die Mieten dann erhöht würden, ziehe er einfach zwei Häuser weiter: "Die haben jede Menge Leerstand." Die Heuschrecken kommen nicht. Jedenfalls nicht so bald.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 10.02.2011, S. 9</p>			

		87 Prozent der befragten Berliner halten es für wichtig oder sehr wichtig, dass Vermieter durch den Austausch von Fenstern, die Dämmung der Fassade und andere Massnahmen etwas für den Klimaschutz tun. Dafür bezahlen will aber längst nicht jeder, der den Klimaschutz für wichtig hält: Nur 53 Prozent der Befragten bejahen die Frage, ob sie es für gerecht halten, dass Wohnungsunternehmen ihre Mieter an den Kosten einer energetischen Modernisierung beteiligen. 40 Prozent halten das nicht für gerecht. Die Ergebnisse der Befragung sind für die Degewo von Bedeutung, weil das Unternehmen in grossem Stil in die energetische Modernisierung seiner Wohnanlagen investiert. Bis 2015 will es 262 Millionen Euro aufwenden, um gut 5700 Wohnungen in der südlichen Gropiusstadt, Tempelhof (Alboinhöfe), Wedding (Schillerhof), Marienfelde und Marzahn-Nordwest zu sanieren. Die Mietsteigerungen würden dabei "moderat" ausfallen, verspricht Vorstand Frank Bielka.	Der Tagesspiegel, 07.05.2011, S. 1			
	Mietentwicklung	Berlin ist eine geteilte Stadt - zumindest auf dem Wohnungsmarkt. In begehrten Gegenden wie Mitte, Prenzlauer Berg oder in der City-West ziehen die Mieten kräftig an. Billiger geworden ist das Wohnen hingegen in Plattenbauten am Stadtrand im Osten wie in Hellersdorf und Marzahn. Das geht aus dem Mietspiegel 2009 hervor, den Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) gestern vorlegte.	Berliner Zeitung, 04.06.2009, S. 1	Anwohner anderer Bezirke; Stadtpolitik; Wirtschaft	Neoliberalismus; Benachteiligung; Spaltung [City/Peripherie]	Negative Wirkung: MH, vom Berlinitrend nicht betroffen, wird als "soziales Auffanglager" und Ort der Armut/des Niedergangs dargestellt; keine Vulnerabilitätswahrnehmung dahingehend, dass es in MH auch wieder Zuzug geben könnte/gibt (--> Keine Forderung nach Kündigungsschutz durch Mieterverein in MH)
Gesunken sind die Mieten um 0,2 Prozent auf 4,78 Euro je Quadratmeter in den Wohnungen, die von 1973 bis 1990 im Ostteil gebaut wurden. Hierzu gehören die Plattenbauten in Marzahn und Hellersdorf. Weil dort viele Wohnungen leer stehen, müssen Vermieter die Preise senken.		Berliner Zeitung, 04.06.2009, S. 1				
Wenig Nachfrage gibt es in Randbezirken wie Marzahn-Hellersdorf oder Spandau.		Der Tagesspiegel, 20.06.2011, S. 10				
Zurzeit sind die Berliner Wohnungen der BIH-Fonds gut vermietet: Nur 2,2 Prozent stehen leer. Das ist deutlich weniger als im Berliner Durchschnitt: Stadtweit beträgt die Leerstandsquote laut Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen 3,8 Prozent. Die meisten BIH-Häuser stehen in Marzahn-Hellersdorf (5700 Wohnungen), Pankow (2000) und Spandau (1600). Auch in Mitte (1500 Wohnungen), Treptow (1000), Lichtenberg (900) und Neukölln (900) gibt es grössere Bestände.		Der Tagesspiegel, 10.02.2011, S. 9				
Der Berliner Mieterverein begrüsst zwar die Senatsentscheidung, hätte den Kündigungsschutz aber lieber auf alle Bezirke bis auf Spandau, Marzahn-Hellersdorf und Reinickendorf ausgeweitet gesehen.		Der Tagesspiegel, 06.07.2011, S. 8				
Allerdings verlassen eher bildungsstarke, junge Menschen den Bezirk, während bildungsfernere Menschen wegen der preiswerten Mieten in der Grosssiedlung bleiben.		Berliner Zeitung, 02.04.2009, S. 22				
Das Angebot an günstigen Wohnungen für unter sechs Euro pro Quadratmeter und Monat kalt schrumpft: 44 Prozent sind es berlinweit insgesamt. Nennenswerte Bestände gibt es aber nur in Randbezirken wie Marzahn-Hellersdorf, Spandau oder Neukölln-Süd.		Der Tagesspiegel, 02.03.2011, S. 8				

		<p>Die Mieten in Berlin steigen unaufhörlich. Im Vergleich zum Vorjahr müssen Berliner bis zu 14 Prozent mehr für gemieteten Wohnraum bezahlen, sagte ein Sprecher des Immobilienportals "Immowelt" am Mittwoch. Vor allem in angesagten Bezirken wie Mitte, Prenzlauer Berg oder Friedrichshain erhöhten sich die Mieten demnach deutlich. Den billigsten Wohnraum bekommt man derzeit in Marzahn. Nur dort sanken auch die Mieten.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 05.05.2011, S. 12</p>			
		<p>Antje Kapek, stadtentwicklungspolitische Sprecherin der Grünen, vermisst im IBA-Konzept brisante Themen wie steigende Mieten, Gentrifizierung und Klimäntwicklung. Die Bauausstellungen in den 80er und 50er Jahren hätten Antworten auf drängende Probleme gesucht, jetzt werde "ein bisschen alles und nichts" geboten. Katrin Lompscher (Linke) forderte eine breite öffentliche Debatte über Ziele und Themen der IBA, bevor ein Senatsbeschluss ein Konzept festlege. Auch Piraten-Abgeordneter Philipp Magalski votierte für einen "bottom-up"-Prozess und die Einbeziehung der Gentrifizierungsdebatte. "Die Verdrängung an die Peripherie muss kritisch hinterfragt werden.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 08.11.2012, S. 13</p>			
		<p>Das ist auch das Stichwort für das nächste leidige Thema: Das städtische Leben koste zu viel. Die Bezahlbarkeit von Wohnraum wird als wichtiger Faktor von Familienfreundlichkeit betrachtet. Familien sehen sich jedoch zunehmend gezwungen, an den Stadtrand zu ziehen. Er teile diese Sorge, schreibt Rainer-Maria Fritsch, Staatssekretär für Integration, Arbeit und Soziales, der den Eltern im Forum Rede und Antwort stand. "Ich beschäftige mich intensiv mit dem Thema, weil ich auch für die Regelungen zu den Miet- und Heizkosten von Hartz-IV-Empfängern zuständig bin." Ein wunder Punkt für etliche Menschen beim Chatten: "Angemessenen Wohnraum" für Empfänger des Arbeitslosengeldes II gebe es lediglich in Marzahn und Hellersdorf. Die Ghettoisierung sei programmiert. "Der Senat sorgt dafür, dass preiswerter Wohnraum grundsätzlich in allen Stadtteilen zur Verfügung steht", antwortete Bildungssenator Jürgen Zöllner (SPD) online. Die Realität sehe anders aus, widersprach ihm "Single-Dad-Berlin". Er habe alle auf der Website der Stadtentwicklungsverwaltung aufgeführten Wohnbaugesellschaften angeschrieben und nach angemessenem Wohnraum für fünf Personen, die von Hartz IV leben, in Steglitz gefragt. "Sie haben schriftlich geantwortet: Den gibt es nicht." Die Ergebnisse der Diskussion sollen noch dieses Jahr im Bericht des Familienbeirats veröffentlicht werden.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 23.06.2010, S. 12</p>			
		<p>Diesen einen Satz hören die Betroffenen immer wieder. "Ziehen Sie doch nach Marzahn-Hellersdorf!" Vor allem Hartz-IV-Empfänger, Rentner, Alleinerziehende und Migrantenfamilien werden zunehmend mit der Situation konfrontiert, ihre gewohnte Umgebung zu verlassen und in preiswertere Wohnungen in Aussenbezirken zu ziehen. Denn obwohl die Mieten gerade in der Innenstadt immer wieder gestiegen sind, wurden die Sätze für die Wohnkostenübernahme teilweise seit sechs Jahren nicht mehr erhöht. "So entstehen ghettoähnliche Bezirke", sagt Susanne Kahl-Passoth, Diakoniedirektorin. "Das gesamte innerstädtische Sozialgefüge gerät in Schiefelage."</p>	<p>Der Tagesspiegel, 13.07.2011, S. 12</p>			
		<p>Zunehmend wird deutlich, dass sich hier eine Koalition der Hilflosen versammelt hat: hilflos im Kampf gegen Mietspekulation wie gegen das Übermass Tourismus. Wie hilflos auch der Runde Tisch sein könnte, für dessen Teilnahme man sich auf Listen eintragen kann, wird deutlich, als eine Anwohnerin angesichts der Misere ruft: "Sollen wir jetzt alle nach Marzahn ziehen?"</p>	<p>Der Tagesspiegel, 22.03.2011, S. 8</p>			

	Wohinnovation	<p>Damals hätten sich die Eigentümer überlegt, das Gebäude abzureissen, erinnert sich Hans Jürgen Biet, Geschäftsführer der Arwobau, die das Objekt für die Berliner Immobilien Holding verwaltet. "Aber wir betrachteten den Standort Kaulsdorf insgesamt als sehr stabil und erkannten schnell, dass es hier genügend Nachfragepotenzial gibt." Deshalb entschied sich die Arwobau für eine umfassende Modernisierung - und zwar mit einem präzise formulierten Ziel: Der Plattenbau sollte auf die spezifischen Anforderungen von Menschen ab etwa 55 Jahren ausgerichtet werden. Damit hat das Hellersdorfer Projekt exemplarische Bedeutung, gibt es doch in Deutschland nach Überzeugung der Fachleute zu wenig seniorenerechte Wohnungen.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 05.09.2009, S. 2</p>	Wirtschaft	Neoliberalismus; Innovation	<p>Positive Wirkung: Innovation und Steigerung des Wohnkomforts; MH als attraktiver Wohnstandort für ältere Menschen; Reaktion auf Vulnerabilitätswahrnehmung der Alterung</p>
		<p>Da das neue Angebot eine klar definierte Zielgruppe anspricht, besteht laut Hans Jürgen Biet keine Gefahr, dass die Arwobau ihren anderen Wohnhäusern im Kiez Konkurrenz macht und dort der Leerstand steigt. Zum anderen kann das Unternehmen eine für Hellersdorfer Verhältnisse sehr hohe Kaltmiete von rund acht Euro pro Quadratmeter durchsetzen, so dass sich die Investition in die Modernisierung auch aus betriebswirtschaftlicher Sicht lohnt.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 05.09.2009, S. 2</p>			
		<p>Die meisten Senioren werden in Spandau, Reinickendorf, Neukölln und Marzahn-Hellersdorf leben. Bereits jetzt hat sich beispielsweise das Wohnungsunternehmen Degewo darauf eingestellt: Es baute in Marzahn Wohnungen barrierefrei um, errichtete ein Seniorenheim und Häuser für Alten-WGs.</p>	<p>Berliner Zeitung, 07.07.2009, S. 26</p>			
		<p>Allerdings hält es Biet nicht für ratsam, ein solches Vorgehen jetzt unbesehen auf alle schlecht vermieteten oder leer stehenden Plattenbauten in Ost-Berlin oder den neuen Bundesländern übertragen zu wollen: "Man muss jeden Standort einzeln untersuchen", betont er. In Hellersdorf scheint es zu funktionieren - jedenfalls waren ein halbes Jahr nach Abschluss der Bauarbeiten immerhin gut 80 Prozent der Wohnungen vermietet.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 05.09.2009, S. 2</p>			
		<p>Der Hauseigentümer, die Wohnungsbaugesellschaft Degewo, saniert derzeit 6000 Wohnungen energetisch. Und sie unterstützt auch das zweitägige Fest am 4. und 5. Juni.</p>	<p>Berliner Zeitung, 25.05.2011, S. 24</p>			
		<p>"Solar ist unser Standard - wo es geht, machen wir es", fasst Frank Bielka, Mitglied des Vorstands der Degewo AG, das Anliegen zusammen. Marzahner waren Vorreiter. Bis zum Jahr 2003 wurde der grösste Teil der Marzahner Plattenbauten energetisch saniert und modernisiert. Marzahn avancierte damit zum Musterbeispiel der Sanierung von Grosssiedlungen. Die Degewo, zu der auch die WBG Marzahn gehört, will in den nächsten fünf Jahren fast 6000 Wohnungen energetisch sanieren. Das geschieht natürlich mit finanzieller Beteiligung der Mieter- die Modernisierungskosten werden auf die Grundmiete umgelegt. Doch die etwa um die Hälfte niedrigeren Energiekosten führen dazu, dass die Gesamtmiete nur moderat steigt, weiss Bielka aus Erfahrung.</p>	<p>Berliner Zeitung, 01.06.2011, S. 2</p>			
<p> </p>	Fehlplanungen & Pleiten	<p>Das hört sich werthaltig an, aber grossenteils handelt es sich um Schrottimmobilien mit hohem Leerstand und Sanierungsbedarf. In Berlin gehören 19 689 Wohnungen und Appartements zu den Fonds, über die Hälfte in Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg und Neukölln.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 26.08.2010, S. 8</p>	Wirtschaft; (Stadt-)Politik; Anwohner	Benachteiligung	<p>Negative Wirkung: Pleite-Konnotation und Niedergang der Wohnqualität als dominantes Regime; verstärkte Vulnerabilität</p>

		<p>Nussbaum glaubt aber nicht, dass es "einen Run" der städtischen Wohnungsbaugesellschaften auf die 20 000 Berliner Appartements und Wohnungen geben wird, die in den Skandalfonds stecken. Diese Bestände seien finanzielle Verlustobjekte, deren Schuldenlast höher sei als die erwirtschafteten Einnahmen. "Ich kann den landeseigenen Wohnungsunternehmen keine Schnäppchen versprechen", sagte der Senator. Bei einer Vergabe der BIH-Wohnungen - die meisten davon in Marzahn-Hellersdorf, Pankow und Spandau - müssten Verluste zulasten der Landeskasse in Kauf genommen werden.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 13.04.2011, S. 8</p>			<p>durch stigmatisierendes Vokabular und Gefühl des Ausgeliefertseins gegenüber Wirtschaft und Politik.</p>
		<p>Die Linken-Haushälterin Jutta Matuschek befürchtet, dass der Haushalt schon im nächsten Jahr belastet wird. Die SPD-Abgeordnetenhausfraktion will auf ihrer Jahresklausur am Wochenende das weitere Vorgehen beraten. "Es besteht ein grosser Handlungsbedarf", sagte auch der CDU-Fachmann Matthias Brauner. Ein beträchtlicher Teil des Unglücks ist in Berlin zu besichtigen: Siedlungen am Landsberger Tor, in Marzahn oder in Rudow. Über die Hälfte der Wohnungen, die in den seit 1992 aufgelegten 29 Fonds stecken, liegen hier.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 21.01.2010, S. 10</p>			
		<p>Der Schatten der Berliner Immobilien- Holding ist lang und reicht bis in die entlegensten Winkel Berlins. Mehr als 1000 Wohnungen in Spandau gehören zu den Risikofonds. Mehr als 2000 sind es allein in Hellersdorf. Auch hier, rund um den Teterower Ring, hat sich das Land Berlin nicht gerade die Filetstücke des hauptstädtischen Immobilienmarktes gesichert.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 10.02.2011, S. 9</p>			
		<p>Gestern tagte deshalb ein Runder Tisch Helle Mitte mit Geschäftsleuten und Bezirkspolitikern. Denn, so Centermanager Sören Sydow: "Die Äusserungen aus dem Hause von Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer sind für uns mehr als schädlich." Betrachtet worden seien beim Sozialmonitoring lediglich 800 Wohnungen in der Hellen Mitte, die im sozialen Wohnungsbau entstanden. "Dort wohnen aber genau die Leute, für die diese Wohnungen geplant wurden." Zudem strahle das benachbarte Viertel Hellersdorfer Promenade aus. Das war einst von der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Stadt und Land verkauft worden. Doch der Investor, der dort grossspurig ein Europaviertel mit sanierten Wohnungen und bemalten Fassaden angekündigt hatte, ging pleite. Die Häuser blieben unsaniert. "All das firmiert plötzlich unter dem Begriff Helle Mitte", kritisiert Sydow. Er sagt, dass durch die Stadtentwicklungsverwaltung die Marke beschädigt wurde. Schon jetzt seien die Auswirkungen zu spüren. So sind die Verhandlungen über eine Verlängerung des Mietvertrages für das Kino über 2012 hinaus ins Stocken geraten. "Wenn solche Einrichtungen wegbrechen, wäre das wohl unreparierbar", sagt Sydow. Wirtschaftsstadtrat Christian Gräff (CDU) bezeichnet das Vorgehen der Stadtentwicklungsverwaltung "für unverantwortlich". Diese müsse sich darum kümmern, das Zentrum zu stärken. Immerhin gehe dessen Entstehung auf Senatspläne zurück. "Es war ein stadtentwicklungspolitisches Experiment." In solchen Dimensionen zu bauen - auf 31 Hektar Fläche - habe man sich nur im Osten getraut: "In Zehlendorf wäre das nie gegangen." Jetzt wolle der Bezirk mit den Investoren und den Geschäftsleuten gegensteuern.</p>	<p>Berliner Zeitung, 19.10.2010, S. 21</p>			

	<p>Eigentlich könnte Lutz Freitag zufrieden sein: Der Wohnungsleerstand sinkt, die Investitionen bewegen sich auf stabilem Niveau, die Anzahl barrierearmer Wohnungen steigt, die Kreditvergabe ist intakt. Und doch blickte Freitag, Präsident des GdW Bundesverbandes deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, auf der Jahrespressekonferenz seines Verbandes sorgenvoll in die Zukunft - wegen der Politik der Bundesregierung. Stein des Anstosses ist die Ankündigung von Bundesbauminister Peter Ramsauer (CSU), im Zuge des Sparprogramms der Bundesregierung die Mittel für die Wohnungswirtschaft massiv zu kürzen. Davon betroffen sind nach derzeitigem Stand zum einen die Gelder für die Städtebauförderung, die auf jährlich 305 Mio. Euro halbiert werden sollen. Dazu gehören u. a. die Programme Stadtbau Ost und West sowie Soziale Stadt, mit deren Hilfe in Berlin zahlreiche Vorhaben - vom Wohnungsabriss in Marzahn über die Umgestaltung des Kreuzberger Spreeufers bis zum Quartiersmanagement im Soldiner Kiez - unterstützt worden sind.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 26.06.2010, S. 1</p>			
--	---	---	--	--	--

Tabelle B.2. 4: Qualitative Analyse des Diskurszeitraums 2008-2012/Diskurskategorie Soziale Verhältnisse

Diskurskategorie: Soziale Verhältnisse						
Sub-kategorie I	Sub-kategorie II	Segment	Quelle	Elemente / Akteure	Regime	Wirkung/Verschiebung: Dominanzverhältnisse
Armut	Aspekte von Armut: (Jugend-)Arbeitslosigkeit, Kinderarmut, Transferhilfe, Alkoholismus, Altersarmut	Demnach fächert sich Berlin immer stärker in gute und schlechte Lagen auf. Zwar entspannte sich die Lage in dem zuletzt untersuchten Zeitraum 2008. Doch obwohl mehr Menschen Jobs bekamen, war die Entwicklung in den Brennpunkten weniger dynamisch als in den bürgerlichen Teilen der Stadt. "Der Abstand wächst", sagt Häussermann, der den Bericht verfasst hatte. Die Opposition sieht eine Mitschuld beim Senat. Ramona Pop, Fraktionschefin der Grünen im Abgeordnetenhaus, und Gregor Hoffmann, sozialpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, sehen das Hauptproblem in der rot-roten Wirtschaftspolitik, die zu wenige ordentlich bezahlte Arbeitsplätze geschaffen habe. Auch würden soziale Mittel nicht differenziert genug eingesetzt.	Der Tagesspiegel, 15.09.2010, S. 9	Anwohner	Benachteiligung; Spaltung [arme/reiche Bezirke]	Negative Wirkung: Deutliche Dominanz negativer Bilder von Armut, Benachteiligung und Vernachlässigung; Nennung einhergehend mit "ähnlich problematischen" Bezirken.
		Armut, Arbeits- und Chancenlosigkeit - diese Probleme ballen sich auf der sozialen Landkarte Berlins in fünf Gebieten. Teile von Kreuzberg, Moabit/Wedding, Spandau, Marzahn/Hellersdorf sowie Neukölln sind tiefrot gefärbt im "Monitoring soziale Stadtentwicklung", das die Senatorin für Stadtentwicklung Ingeborg Junge-Reyer vorgestellt hat. Darin steht auch: Der Abstand zwischen guten und schlechten Lagen in der Stadt wächst.	Der Tagesspiegel, 22.01.2010, S. 10			
		Berlin ist zwar eine Stadt, doch sie besteht aus zwei Welten. Während in gutbürgerlichen Gegenden wie Zehlendorf, Köpenick, Kladow oder Karow die Welt noch weitgehend in Ordnung ist, ballen sich im Nordosten Kreuzbergs, im Norden Neuköllns, im Wedding und im Märkischen Viertel, in der Mitte von Spandau sowie im Norden von Marzahn-Hellersdorf die sozialen Probleme. Dort sind die Arbeitslosigkeit, die Kinderarmut und der Anteil derjenigen, die staatliche Zuschüsse zu ihrem Lohn erhalten, weiter besonders gross.	Berliner Zeitung, 21.01.2011. S. 16			
		Zu den sozialen Brennpunktkeizen gehörten Teile Spandaus, Wedding und Moabit, Neukölln-Nord und Grosssiedlungen in den östlichen Bezirken, etwa in Marzahn. In diesen Brennpunkten ist der Anteil der Kinder, die in Armut aufwachsen, achtmal höher als in den besten Bezirken der Stadt. Weniger Arbeitslosigkeit, mehr Kinderarmut - die Verfasser der Studie um den Soziologen Hartmut Häussermann stellen fest, dass beide Phänomene sich entkoppelt hätten.	Der Tagesspiegel, 22.01.2011, S. 10			
		Von einer anhaltenden "Problemdichte" in "fünf grossen zusammenhängenden Gebieten" ist da die Rede. Wedding, Neukölln, Kreuzberg sowie Spandau zählen dazu - und nun auch Marzahn-Hellersdorf.	Der Tagesspiegel, 13.02.2009, S. 10			
		Die Probleme konzentrieren sich in Kreuzberg-Nordost, Neukölln-Nord, Wedding-Moabit, Marzahn- und Hellersdorf-Nord sowie in Spandau-Mitte.	Der Tagesspiegel, 21.01.2010, S. 1			

	<p>Sie zeigen, dass sich die Probleme in fünf grossen Gebieten ballen: im Nordosten Kreuzbergs, im Norden Neuköllns, in Wedding/Moabit, in Nord-Marzahn/Nord-Hellersdorf und in der Mitte von Spandau.</p>	Berliner Zeitung, 21.01.2010, S. 21			
	<p>Auf der Armutslandkarte Berlins rot schraffiert sind ausserdem am Stadtrand Spandau-Mitte sowie Marzahn-Nord/Hellersdorf-Nord. Was haben diese Gebiete gemeinsam? Drei Merkmale sind dort identisch. Viele Menschen haben keine Arbeit und beziehen ihr Einkommen vom Sozialamt oder von der Arbeitsagentur, es gibt besonders viele bedürftige Kinder und viele junge Migranten unter 18 Jahren leben in diesen Gebieten. Für Marzahn/Hellersdorf gilt das zuletzt Genannte allerdings nicht. Dort ist die Zahl der "Ausländer" gering, trotzdem ist es ein Brennpunkt.</p>	Der Tagesspiegel, 21.01.2010, S. 2			
	<p>Das ist im Quartier "Hellersdorfer Promenade" nicht der Fall. Aber dort lebt jeder Zweite von Hartz IV oder anderen staatlichen Hilfen. Anders als in Neukölln sind in Hellersdorf aber die Spätaussiedler aus den GUS-Staaten die "weitaus grösste Gruppe" unter den Migranten. Ausserdem ist jeder Vierte überschuldet. Das Quartier hat zudem den stadtwweit höchsten Anteil an jungen und alleinerziehenden Eltern.</p>	Der Tagesspiegel, 09.12.2009, S. 12			
	<p>In Nord-Marzahn etwa sei nicht mal jeder vierte Jugendliche ein Migrant, trotzdem ist dort jeder zehnte Jugendliche arbeitslos.</p>	Der Tagesspiegel, 21.01.2011, S. 9			
	<p>In Nord-Marzahn/Nord-Hellersdorf sind Arbeitslosigkeit, Jugendarbeitslosigkeit und Dauerarbeitslosigkeit unter allen fünf Problemgebieten am höchsten. Die Jugendarbeitslosigkeit ist dort im Gegensatz zur Gesamtstadt im Jahr 2008 weiter gestiegen, die Kinderarmut ist schwächer zurückgegangen als im städtischen Durchschnitt. Am Ende der Skala (Platz 434) des Monitorings soziale Stadtentwicklung 2009 liegt der Planungsraum Helle Mitte in Hellersdorf. Dort hat die Kinderarmut zugenommen, ausserdem hat sich die Zahl derjenigen erhöht, die staatliche Unterstützung wie Hartz IV benötigen. Noch vor einem Jahr belegte das Gebiet Rang 404.</p>	Berliner Zeitung, 21.01.2010, S. 22			
	<p>Als "besonders bedenklich" bezeichnen die Verfasser der Studie die Entwicklung bei der Kinderarmut. Sie ist in den Gebieten mit besonders grossen sozialen Problemen von 2007 bis 2009 weiter leicht angestiegen. 71,3 Prozent der Kinder, die in den sozialen Brennpunkten leben, gelten als arm. Das heisst, sie sind auf staatliche Hilfen angewiesen.</p>	Berliner Zeitung, 21.01.2011, S. 16			
	<p>Ein zweites Beispiel: Mit der Polizei habe man "Angsträume" im Kiez identifiziert, die nun umgestaltet werden, damit straßengewalt jedenfalls nicht begünstigt wird. Die Kids von der straße zu holen, wäre dann der nächste, ungleich grössere Schritt.</p>	Der Tagesspiegel, 22.01.2010, S. 10			

		<p>Die sozialen Probleme in Berlin festigen sich in innerstädtischen Brennpunktgebieten wie Neukölln oder Mitte - und sie verschärfen sich auch in Randbezirken wie Marzahn-Hellersdorf. Besonders betroffen sind dort Kinder, weil viele alleinerziehende Mütter in der einwohnerstärksten Grosssiedlung Europas leben. Dies sind die wichtigsten Ergebnisse des "Sozialstrukturatlas", den die Senatorinnen für Soziales sowie für Gesundheit gestern gemeinsam vorgestellt haben. "Was wir befürchtet haben, ist eingetreten", sagte Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner (Linke). Zuletzt wurden die Lebensbedingungen in Berlin vor sechs Jahren untersucht. Seither hätten die Bewohner des Bezirks Marzahn-Hellersdorf den berlinweit höchsten Verlust an Einkommen verzeichnet, entstanden sei nun eine Hochburg von Hartz-IV- Empfängern. Da dort überdurchschnittlich viele Kinder lebten, seien sie in besonders grosser Zahl von Armut betroffen.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 02.04.2009, S. 9</p>			
		<p>Am steilsten abwärts geht es mit Marzahn-Hellersdorf. Wer kann, ziehe weg, die Einkommen sänken und die Arbeitslosigkeit sei gross.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 02.04.2009, S. 9</p>			
		<p>Und noch etwas stellte Jüngling gestern vor: eine Erhebung, wie das sogenannte Apfelsaftgesetz - jener Paragraf im Gaststättengesetz, der Gastwirte verpflichtet, mindestens ein alkoholfreies Getränk anzubieten, das billiger ist als Alkohol - umgesetzt wird. 291 Kneipen, Cafés, Restaurants wurden kontrolliert (von 5 800), 36,4 Prozent der Wirte halten sich nicht daran. In Marzahn-Hellersdorf sind es 80 Prozent. "Und von dort werden die meisten alkoholisierten Jugendlichen ins Krankenhaus eingewiesen", sagt Jüngling.</p>	<p>Berliner Zeitung, 15.01.2009, S. 23</p>			
		<p>Massiv getrunken wird in allen Bezirken. Die meisten Fälle gab es 2006 in Marzahn-Hellersdorf (40), gefolgt von Pankow und Reinickendorf mit je 31. Die wenigsten wurden in Friedrichshain-Kreuzberg (13) und Tempelhof-Schöneberg (15) gezählt.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 25.03.2008, S. 14</p>			
		<p>Gebraucht werden die Mitarbeiter offenbar dringend: Am letzten Wochenende griff die Polizei vier Mal ein, um Kinder vor weiterer Vernachlässigung zu schützen. In Hellersdorf waren drei Kinder im Alter zwischen fünf und zehn Jahren von ihrer Mutter zurückgelassen worden, weil diese Urlaub an der Ostsee machte. In Charlottenburg wurde eine Dreijährige aus einer vermüllten Wohnung geholt, in Lichtenberg und in Marzahn wurde die Polizei gerufen, weil kleine Kinder auf Fenstersimsen entlangliefen. Fast schon Alltag in Berlin.</p>	<p>Berliner Zeitung, 11.06.2008, S. 17</p>			
		<p>Auch in Hellersdorf war es ein Mieter, der die Polizei rief. Das Kind einer Nachbarin habe Durst gehabt und ihn um etwas zu trinken gebeten. Es kam heraus, dass alle drei Kinder (10, 6 und 5 Jahre) allein in der Wohnung waren. Die Mutter war an die Ostsee gefahren, um sich von den Kindern zu erholen. Am Sonnabend und Sonntag wurden in Lichtenberg und Marzahn Kleinkinder entdeckt, die unbeaufsichtigt in gefährlicher Höhe auf Fenstersimsen balancierten. Passanten, die das bemerkten, riefen ebenfalls sofort die Polizei, um Schlimmeres zu verhindern.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 11.06.2008, S. 10</p>			
		<p>In Berlin gibt es sie schon, in München und Hamburg - und nun soll auch in Potsdam eine "Arche" entstehen. Möglich macht die Gründung des Kinderhilfsprojektes der Fernsehmoderator Günther Jauch: Er will wie berichtet nicht nur einen Teil seines Preisgeldes spenden, das er am Dienstag von der Werner-Bonhoff-Stiftung für seinen Einsatz gegen die Potsdamer Bauamts-Bürokratie erhalten hat, sondern auch für die nächsten Jahre die laufenden Kosten tragen. Die Arche soll wie in Berlin-Hellersdorf eine Anlaufstelle für rund 80 bedürftige Kinder im Alter zwischen sechs und 13 Jahren werden.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 10.04.2008, S. 18</p>			
		<p>Die grössere Schwierigkeit sei, dass in manchen Bezirken der Versorgungsbedarf aufgrund der rasch alternden Bevölkerung enorm steige. Das sind ausgerechnet die schon heute als in Teilen unterversorgt geltenden Bezirke Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 13.06.2010, S. 12</p>			

Sozialpäd. Förderbedarf / Förderangebote & Bildung für soz. schwache Schülerinnen und Schüler	<p>Fritz Felgentreu wiederum, der in Neukölln für die SPD antritt, forderte die "Aktivierung, nicht nur die Alimentierung" der sozial Schwachen. Eine Politik gegen Armut und für Integration müsse bei der Jugend ansetzen "und helfen, den Weg ins Berufsleben zu bahnen". Nicht zuletzt den Migranten. Der Parteifreund Rudolf Kujath, der in Marzahn-Hellersdorf gegen die Linke einen schweren Stand hat, wies auf das starke soziale Gefälle im Fernost-Bezirk hin. Mehr Bildung und neue Arbeitsplätze, nur das könne helfen, die Kluft zwischen Plattenhochhäusern und Reihenhaussiedlungen im Bezirk zu verringern.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 04.04.2009, S. 8</p>	(Stadt-)Politik; Schulen; Wissenschaft; Anwohner	Benachteiligung; Spaltung [MH]; (Schulische) Innovation	<p>Ambivalente Wirkung: Bildung als Schlüssel gegen Armut, von dem nur Teile der Bevölkerung profitieren können; von Elternengagement profitieren Kinder aus sozial/finanziell stabileren Verhältnissen, was die Benachteiligung (Betreuungsangebote) für sozial schwache Kinder verstärkt; MH als Bezirk mit guter Förder-schulausstattung, impliziert jedoch auch bes. viele Kinder mit Förderbedarfen; QM als Resilienzkonstruktion.</p>
	<p>Weil Bildung auch vom Geldbeutel der Eltern abhängt und schon jetzt mehr als jedes dritte Berliner Kind von Hartz IV oder anderen Transferleistungen lebt, versucht der Senat gegen-zusteuern. In 35 Vierteln wurden Quartiersmanagements eingerichtet. Dort gibt es Hausaufgabenhilfe und Sprachförderung, aber auch Beratungs- und Qualifizierungsangebote. Auf sozial besonders problematische Gebiete, zum Beispiel Wedding und Moabit, Nord-Neukölln und auch Marzahn-Nordwest, konzentriert sich die Städtebauförderung. Ziel ist es, dass diese Viertel sozial nicht weiter abrutschen.</p>	<p>Berliner Zeitung, 07.07.2009, S. 26</p>			
	<p>Denn bislang schwanken die Werte sehr stark: In Tempelhof-Schöneberg zum Beispiel haben 4,2 Prozent der Kinder einen sonderpädagogischen Förderbedarf, 62 Prozent davon werden integrativ beschult. Umgekehrt ist es in Marzahn-Hellersdorf: Dort haben 13,2 Prozent der Kinder einen sonderpädagogischen Förderbedarf, aber nur 26 Prozent der Kinder werde integrativ beschult.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 06.07.2010, S. 12</p>			
	<p>Während der Förderbedarf in Marzahn-Hellersdorf momentan etwa bei 13 Prozent liegt, liegt er in Tempelhof-Schöneberg bei vier Prozent.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 26.01.2011, S. 8</p>			
	<p>"Die Eltern haben sich dafür entschieden, dass sie lieber mehr Qualität möchten und dafür die Hortbetreuung am Nachmittag wieder aus eigener Tasche bezahlen", so die Elternvertreterin. Für die Hortbetreuung gilt ein anderer Personalschlüssel, so dass die Schule für die Kinder, die künftig noch nachmittags betreut werden, prozentual mehr Erzieher bekommt. "Die sozial Schwachen fallen dann aber wieder hinten runter und das tut uns sehr leid", so Brach.</p>	<p>Berliner Zeitung, 23.05.2008, S. 19</p>			
	<p>Die Schule ist vorbildlich. Schulleiterin Gudrun Novak kann stolz die baulichen Veränderungen präsentieren, die aus dem Konjunkturpaket II resultierten. Die Reform zur Sekundarschule sei optimal verlaufen. Einziges Manko: Das Hausaufgabenzimmer werde von den Schülern nicht so häufig genutzt wie erhofft. Dabei hätte man an einer Schule, an der gut die Hälfte der Schüler aus sozial schwachen Familien stammt, ganz andere Probleme erwartet.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 02.09.2010, S. 10</p>			
	<p>"Wer die Situation dort verändern will, muss deshalb nicht nur auf Baumassnahmen setzen, sondern sich um die Familien, um die Vorschulen und um die Schulen kümmern", sagt Häussermann. Und um Ausbildungsplätze. Einfach ausgedrückt, Kinder und Jugendliche müssen von den Straßen und mit ihren Eltern zusammen in die Berliner Gesellschaft zurückgeholt werden. Die für Stadtentwicklung zuständige Senatorin Ingeborg Junge-Reyer sprach wohl deshalb bei der Vorstellung des Sozialmonitorings davon, "dass diese Quartiere die besten Schulen der Stadt" bekommen müssten. Auch Bildungs- und Chancengleichheit forderte sie.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 22.01.2010, S. 10</p>			

	<p>Stefan Komoss, SPD-Schulstadtrat aus Marzahn-Hellersdorf, ist etwas skeptisch, was das von Zöllner angekündigte konsequentere Eintreiben der Bußgelder betrifft. Zwar gäbe es in seinem Bezirk 40 bis 50 Bussgeldverfahren im Jahr, aber einem 14-jährigen Schüler oder einem Hartz-IV-Empfänger Geld abzunehmen, halte er rechtlich für bedenklich. Ansonsten ist Komoss aber voll des Lobes über das "Bildungspaket". Zöllner habe auch daran gedacht, dass die Arbeits- und Lebensleistung der Lehrer mit kleinen Anerkennungen gewürdigt werde, er habe die Kritik von der Basis zu Vera ernst genommen und sich durchgesetzt, was die Veröffentlichung der Schulinspektionsberichte angehe. "Das ist gut und gibt Eltern zusätzliche Informationen", sagt Komoss. Etwas kritischer sieht er die von Zöllner angestrebte Verpflichtung der Lehrer, sich alle zwei Jahre der Bewertung durch ihre Schüler auszusetzen. "Die Lehrer befürchten nicht ganz zu Unrecht verschiedene Arten von Mobbing in den sogenannten sozialen Netzwerken", sagt Stadtrat Komoss: "Und fraglich ist auch, ob die Schüler über die nötige Objektivität und über Vergleichsmöglichkeiten verfügen.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 08.05.2011, S. 10</p>			
<p style="writing-mode: vertical-rl; transform: rotate(180deg);">Negatives Wohnumfeld und unsoziale Anwohner</p>	<p>Gestern tagte deshalb ein Runder Tisch Helle Mitte mit Geschäftsleuten und Bezirkspolitikern. Denn, so Centermanager Sören Sydow: "Die Äusserungen aus dem Hause von Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer sind für uns mehr als schädlich." Betrachtet worden seien beim Sozialmonitoring lediglich 800 Wohnungen in der Hellen Mitte, die im sozialen Wohnungsbau entstanden. "Dort wohnen aber genau die Leute, für die diese Wohnungen geplant wurden." Zudem strahle das benachbarte Viertel Hellersdorfer Promenade aus. Das war einst von der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Stadt und Land verkauft worden. Doch der Investor, der dort grossspurig ein Europaviertel mit sanierten Wohnungen und bemalten Fassaden angekündigt hatte, ging pleite. Die Häuser blieben unsaniert. "All das firmiert plötzlich unter dem Begriff Helle Mitte", kritisiert Sydow. Er sagt, dass durch die Stadtentwicklungsverwaltung die Marke beschädigt wurde. Schon jetzt seien die Auswirkungen zu spüren. So sind die Verhandlungen über eine Verlängerung des Mietvertrages für das Kino über 2012 hinaus ins Stocken geraten. "Wenn solche Einrichtungen wegbrechen, wäre das wohl unreparierbar", sagt Sydow. Wirtschaftsstadtrat Christian Gräff (CDU) bezeichnet das Vorgehen der Stadtentwicklungsverwaltung "für unverantwortlich". Diese müsse sich darum kümmern, das Zentrum zu stärken. Immerhin gehe dessen Entstehung auf Senatspläne zurück. "Es war ein stadtentwicklungspolitisches Experiment." In solchen Dimensionen zu bauen - auf 31 Hektar Fläche - habe man sich nur im Osten getraut: "In Zehlendorf wäre das nie gegangen." Jetzt wolle der Bezirk mit den Investoren und den Geschäftsleuten gegensteuern.</p>	<p>Berliner Zeitung, 19.03.2010, S. 21</p>	<p style="writing-mode: vertical-rl; transform: rotate(180deg);">(Stadt-)Politik; Unterhaltungsindustrie; Wissenschaft; Anwohner (anderer Bezirke)</p>	<p style="writing-mode: vertical-rl; transform: rotate(180deg);">Benachteiligung; Spaltung [MH; Zentrum/Peripherie]; Stigmatisierung</p>	<p>Negative Wirkung: MH als Lebens-/Zwangsraum von "Verlierrern", Bild von Mhlern als faul, arbeitslos und fettleibig; "russisch"; unsanierte Häuser; über eine breite Akteursbasis und verschiedene Kontexte hinweg wird MH/werden Menschen aus MH klischeehaft und stigmatisiert dargestellt; Unterschiede werden auch innerhalb des Bezirks auf Quartiersebene/zwischen Bezirken gemacht</p>
	<p>Auch wenn es hier und dort Probleme wegen "migrantischem Rassismus infolge des Revierverhaltens pubertierender, bildungsferner, religiös fanatischer Jugendlicher" gebe, lehnt er Zwangszuweisungen ab. "Das reisst ein Konglomerat von Problemen auf, inklusive gerichtlicher Auseinandersetzungen, weil Eltern sofort klagen würden." Und wie wollte man überhaupt die Verteilung regeln, fragt sich Buschkowsky. "Holen wir dann die Russenkinder aus Marzahn nach Neukölln und die Araber bringen wir dann dorthin?" Auch sein Parteifreund und Bildungssenator Jürgen Zöllner lehnt eine Quotenregelung als vermeintliche Lösung sozialer und ethnischer Segregation, also Trennung, ab.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 10.10.2010, S. 13</p>			

	<p>Dabei ist sie vulgär, schrill und eigentlich zum Wegzappen "unterschichtig". Auf der Bühne spielt Ilka Bessin die Rolle der unansehnlichen Langzeitarbeitslosen: "Mittlerweile kriege ick Hartz acht. Also Hartz IV plus zweimal Kinderjeld", sagt sie mit rotzfrechem Berliner Akzent ins Mikrofon. Im Grunde sind Frauen wie Cindy aus Marzahn jeden Nachmittag im deutschen Privatfernsehen zu sehen und bringen viele Zuschauer zum Fremdschämen. Sie sind fettleibig, arbeitslos, vom Mann verlassen oder ungewollt schwanger. Aber Cindy aus Marzahn kämpft nicht am sozialen Rand, ihre Show läuft in der Primetime - und sie ist komisch. Der Philosoph Bergson beschreibt das Lachen als ein Korrektiv der Gesellschaft gegenüber dem Aussenseiter. Das Gelächter hole den Aussenseiter vom Rand zurück in die gesellschaftliche Mitte. Wenn das so ist, dann kann sich der Leistungsmensch mit der Rolle von Cindy aus Marzahn rückversichern, im Leben doch alles richtig zu machen. Und der Schlendrian, der Mensch aus dem Sozialbau im städtischen Speckgürtel, findet eine verwandte Seele. Alle aber können sie herzlich dabei kichern.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 11.11.2012, S. 32</p>			
	<p>Das ist auch das Stichwort für das nächste leidige Thema: Das städtische Leben koste zu viel. Die Bezahlbarkeit von Wohnraum wird als wichtiger Faktor von Familienfreundlichkeit betrachtet. Familien sehen sich jedoch zunehmend gezwungen, an den Stadtrand zu ziehen. Er teile diese Sorge, schreibt Rainer-Maria Fritsch, Staatssekretär für Integration, Arbeit und Soziales, der den Eltern im Forum Rede und Antwort stand. "Ich beschäftige mich intensiv mit dem Thema, weil ich auch für die Regelungen zu den Miet- und Heizkosten von Hartz-IV-Empfängern zuständig bin." Ein wunder Punkt für etliche Menschen beim Chatten: "Angemessenen Wohnraum" für Empfänger des Arbeitslosengeldes II gebe es lediglich in Marzahn und Hellersdorf. Die Ghettoisierung sei programmiert. "Der Senat sorgt dafür, dass preiswerter Wohnraum grundsätzlich in allen Stadtteilen zur Verfügung steht", antwortete Bildungssektor Jürgen Zöllner (SPD) online. Die Realität sehe anders aus, widersprach ihm "Single-Dad-Berlin". Er habe alle auf der Website der Stadtentwicklungsverwaltung aufgeführten Wohnbaugesellschaften angeschrieben und nach angemessenem Wohnraum für fünf Personen, die von Hartz IV leben, in Steglitz gefragt. "Sie haben schriftlich geantwortet: Den gibt es nicht." Die Ergebnisse der Diskussion sollen noch dieses Jahr im Bericht des Familienbeirats veröffentlicht werden.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 23.06.2010, S. 12</p>			

	Aktionsräume Plus	<p>Wenn es nur um das Geld geht, dann nimmt Berlin den Kampf gegen die Armut sehr ernst. 50 Millionen Euro an Sozialprogrammen sollen in diesem und in dem nächsten Jahr in die sozial schwachen Brennpunkte gepumpt werden. Die aktuelle Senatsstudie, die auf Zahlen von 2008 beruht, hatte ergeben, dass die soziale Kluft zwischen den Bezirken der Hauptstadt zunimmt. Gebiete wie NordNeukölln, Spandau-Mitte, Kreuzberg-Nord und Hellersdorf sind demnach unverändert von Armut und Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. Unterdessen wachsen Zweifel an der Effizienz der Strategie des Senats. Es scheint, als ob die Bemühungen der Politik oft verpuffen. Die Studie des Soziologen Hartmut Häussermann ist bereits die zweite Untersuchung in dieser Woche, die die Sozialpolitik des rot-roten Senats in keinem guten Licht erscheinen lässt. Nirgendwo sei das Armutsrisiko so gross wie in der Hauptstadt, hatte eine Bertelsmann-Studie konstatiert. Häussermann belegt, dass die Armut sich auf wenige Gebiete beschränkt, in denen die Chancenlosigkeit so verfestigt ist, dass sie selbst vom wirtschaftlichen Aufschwung nicht profitieren. Die Opposition kritisierte die Versäumnisse des Senats. CDU, FDP und Grüne sind sich einig, dass Geldtransfers in bestimmte Gebiete nicht ausreichen. "Nach elf Jahren des Programms ‚Soziale Stadt‘ sind keine signifikanten Trendänderungen zu verzeichnen", sagte CDU-Fraktionschef Frank Henkel. Mit dem neuen "Aktionsräume"-Programm werde eine neue Verwaltungsebene eingezogen, bemängelten die Grünen. Unter dem Namen "Aktionsräume" sollen Massnahmen gebündelt werden. Ausserdem soll es fünf "Gebietsbeauftragte" geben. Im Vergleich zum Vorjahr wird die Summe an Sozialprogrammen um 20 Millionen Euro aufgestockt. Franziska Eichstätt-Bohlig, die stadtpolitische Sprecherin, äusserte sich besorgt, dass die schon jetzt kaum noch zu koordinierende Programmviefalt vergrössert werde. Sie wünscht sich eine ressortübergreifende Bündelung. Auch Reiner Wild, Hauptgeschäftsführer des Berliner Mieterbundes, befürwortet eine "gesamstädtische Sicht" auf die Probleme. Davon kann bislang nicht die Rede sein. Die Aufgaben werden von zwei Senatorinnen unterschiedlicher parteipolitischer Couleur betreut, die Sozialdemokratin Junge-Reyer (Stadtentwicklung) und die Linkspolitikerin Carola Bluhm (Linkspartei).</p>	<p>Berliner Zeitung, 22.01.2010, S. 18</p>	(Stadt-)Politik	Benachteiligung; Spaltung [arme/reiche Bezirke]	<p>Negative bis leicht ambivalente Wirkung: neg. Bild von MH als benachteiligter Bezirk vs. Resilienzkonstruktionen zur Überwindung der Missstände</p>
		<p>Das Monitoring 2010 zeige, dass der Senat die richtigen Gebiete ausgewählt habe, um benachteiligte Kieze finanziell zu unterstützen, sagte Junge-Reyer. Trotz der Mittelkürzungen durch die Bundesregierung will der Senat die Quartiere weiter wie bisher unterstützen.</p>	<p>Berliner Zeitung, 21.01.2011, S. 16</p>			
		<p>Deshalb will der Senat nun die Förderungen bündeln und gezielt in diese Gebiete lenken. Doch Quartiersmanager und Soziologen bezweifeln, dass diese Massnahmen allein ausreichen. Rund 50 Millionen Euro stehen jährlich für die "Aktionsräume plus" zur Verfügung, sagte Senatorin Junge-Reyer. Das seien 20 Millionen Euro mehr als vor zwei Jahren.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 22.01.2010, S. 10</p>			
		<p>Durch die Ausweisung der Aktionsgebiete Plus müssen wir das Geld nicht mehr nur innerhalb einzelner, förmlich festgelegter Fördergebiete ausgeben", sagt Martina Pirch. Sie ist die Leiterin des neuen Referats "Soziale Stadt", zu dem nun auch das Ressort "Stadtumbau" gehört und verfügt über ein Budget von 50 Millionen Euro. Kritiker dieser Minireform in Förderung und Verwaltung nennen das eine "Luftnummer":</p>	<p>Der Tagesspiegel, 22.01.2010, S. 10</p>			
		<p>Albrecht Hirsch, beim Senat für die neuen Aktionsräume zuständig, glaubt dennoch an einen erfolgreichen Neuanfang: "Wir haben die Akteure vor Ort, von Quartiersmanagement und Bezirk um Vorschläge und Anregungen dazu gebeten, was getan werden sollte, aber bisher nicht gefördert werden konnte." Eine gemeinsame Ideenbörse für alle Gebiete soll da wohl entstehen. Noch ist nicht alles ausgewertet. Aber ein Beispiel ist der Ausbau einer bereits jetzt erfolgreichen Stadtteilereinrichtung zur Sprachförderung von Familien in ein grösseres Modellzentrum, das sich auch über das Viertel hinaus öffnen könnte.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 22.01.2010, S. 10</p>			

		<p>Weil der Senat in den betroffenen Vierteln Familienzentren aufbaut, Bildungsverbände schmiedet und Kiezinitiativen mit dem Programm "Aktionsraum Plus" fördert, sieht sich Senatorin Junge-Reyer in ihrer Arbeit bestätigt: "Die sozial problematischen Gebiete haben sich nicht von der gesamtstädtischen Entwicklung abgekoppelt."</p>	<p>Der Tagesspiegel, 21.01.2011, S. 9</p>			
		<p>Welche neuen Konzepte hat die Politik?"Wir nehmen eine neue Stufe in der Bearbeitung dieser Probleme", sagte Ingeborg Junge-Reyer. Sie nennt die Brennpunkte nun "Aktionsräume plus". Auch innerhalb der Verwaltung hat sie deshalb das Referat für "Stadtumbau" mit den Bereichen "Soziale Stadt" sowie dem neu gegründeten Bereich "Aktionsräume plus" zusammengelegt. Junge-Reyer verspricht "Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche", sie spricht von "Bildungschancen" und von "übergreifenden Aufgaben". Für jeden der nun identifizierten Brennpunkte soll ein "Gebietsbeauftragter" eingesetzt werden. Dieser soll dann die konkreten Ursachen für die Probleme in den Kiezen analysieren und aus den verschiedenen Förderprogrammen des Bundes, des Landes und der EU Mittel abrufen - und auch bezirksübergreifend arbeiten.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 21.01.2010, S. 2</p>			
		<p>Junge-Reyer will nun die verschiedenen Massnahmen in den Kiezen bündeln, die sie "Aktionsräume plus" nennt. Zudem sollen "Gebietsbeauftragte" eingestellt werden, die bezirks- und ressortübergreifend tätig werden. Auch Berlins Sozialsenatorin Carola Bluhm (Linke) stellte am Mittwoch ihre Initiative zur Bekämpfung der vielfältigen sozialen Probleme der Stadt vor. So soll Berlin als erstes Bundesland ein Integrationsgesetz bekommen. Dadurch sollen Jugendliche mit Migrationshintergrund gleiche Chancen bei Bildung und Ausbildung bekommen.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 21.01.2010, S. 1</p>			
		<p>Der Senat will in diesem und im kommenden Jahr 20 Millionen Euro zusätzlich für soziale Problemgebiete ausgeben. Das teilte Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) am Dienstag nach der Senatssitzung mit. Das Geld soll in fünf "Aktionsräumen plus" ausgegeben werden. Diese Stadtgebiete, in denen ein Viertel der Berliner Bevölkerung lebt, sind nun vom Senat förmlich festgelegt worden.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 24.03.2010, S. 8</p>			
		<p>Deshalb soll es in den fünf Aktionsräumen vor allem um bessere Bildungschancen für Kinder und Jugendliche gehen. Junge-Reyer sagte, die Konzentration der Fördergelder aus den Bundesprogrammen sei für den Senat "so etwas wie ein Wertausgleich" zwischen den verschiedenen Bezirken.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 24.03.2010, S. 8</p>			
		<p>Generell gilt: Wir müssen alle Viertel attraktiver machen. Das heisst, wir müssen sie zu Gebieten entwickeln, wo Leben und Arbeiten gleichermaßen möglich ist. Es muss uns gelingen, die Leute verstärkt in Arbeit zu bekommen. Nur dadurch werden sich die sozialen Probleme lösen lassen</p>	<p>Berliner Zeitung, 02.04.2009, S. 22</p>			
		<p>Wir müssen dieser Gefahr zum Beispiel durch weiteres Quartiersmanagement begegnen. Dabei ist jeder Stadtteil nach seiner Spezifik zu betrachten. Marzahn-Nord beispielsweise braucht ganz andere Förderung als Mahlsdorf. Wir sind stärker in der Pflicht, mehr und differenziertere Angebote auch für Bildung und Ausbildung vorzuhalten. Dazu gehören auch die musische und kulturelle Bildung sowie Fragen der Gesundheitsvorsorge.</p>	<p>Berliner Zeitung, 02.04.2009, S. 22</p>			

Kriminalität	Brandstiftung	Auch die Serie von Brandstiftungen in Marzahn und Hellersdorf geht unterdessen weiter.	Der Tagesspiegel, 18.07.2011, S. 1	Öffentlicher Dienst; Anwohner	Unsicherheit	Negative Wirkung: MH wird konnotiert Ort der Unsicherheit und Kriminalität.
		In der Nacht zu Sonnabend kam es in Marzahn und Hellersdorf zu mehreren Brandstiftungen. In der Schorfheidestraße brannte gegen 22.30 Uhr eine Mülltonne der dortigen Grundschule. Auf dem Spielplatz einer Schule in der Flämingstraße wurde kurz danach ebenfalls eine Mülltonne angezündet, die zuvor an ein Holzspielhaus geschoben worden war. Dieses brannte völlig ab. In der Oberweissbacherstraße brannte gegen 23.40 Uhr ein Holzschuppen, in dem Kita-Spielsachen gelagert waren, vollständig ab. Auf dem Gelände einer Oberschule am Glambecker Ring brannte kurz vor Mitternacht wieder eine Mülltonne. Anwohner der Liebensteinerstraße alarmierten gegen 1.10 Uhr die Feuerwehr, da sie auf dem Schulhof der dortigen Oberschule zwei brennende Müllcontainer entdeckt hatten. Auf dem Gelände eines Jugendclubs in der Boizenburgerstraße wurden auf dem Müllplatz gegen 1.50 fünf Tonnen angezündet. Gegen 2 Uhr brannten Mülltonnen vor Wohnhäusern in der Ludwigsclusterstraße und Koserowerstraße.	Der Tagesspiegel, 05.06.2011, S. 13			
		Die Serie von Brandstiftungen im Bezirk reißt nicht ab. Am Freitagabend stand Sperrmüll im Kellerzugang eines Wohnhauses an der Tangermünderstraße in Flammen. Die Polizei geht auch in diesem Fall von Brandstiftung aus. Seit März dieses Jahres gab es in Hellersdorf mehr als 60 mutwillig gelegte kleinere Brände. Zuletzt zündeten Unbekannte einen Müllcontainer an der Nossenerstraße an.	Der Tagesspiegel, 24.10.2010, S. 12			
		Eine Serie von Brandstiftungen sorgt für Unruhe in Hellersdorf. Vier Mal brannte es innerhalb einer Woche in Wohnhäusern rund um die Zerbsterstraße. Anwohner befürchten, dass es sich um das Werk eines Serienbrandstifter handeln könnte. Fast immer setzte der Täter Kinderwagen in Brand. Zuletzt wurden am Mittwochabend gegen 22.30 Uhr zwei Kinderwagen in einem Haus in der Nossenerstraße angezündet. Nur einen Tag zuvor brannte es in einem wenige hundert Meter entfernten Haus. Am vergangenen Samstag standen gleich vier Kinderwagen in Flammen. Bisher kamen die Hausbewohner immer mit dem Schrecken davon. Das Landeskriminalamt prüft jetzt, ob die Brandstiftungen alle auf einen Täter zurückzuführen sind. Die Feuerwehr rät, keine brennbaren Gegenstände in Hausfluren abzustellen und sicherzugehen, dass die Haustüren stets geschlossen sind	Der Tagesspiegel, 11.09.2010, S. 11			
		Am Montagabend gab es zwei weitere Brandstiftungen in Hellersdorf: Gegen 22.40 Uhr standen in der Nossenerstraße vor einer Grundschule zwei Müllcontainer in Flammen. Hinter der Schule brannten zwei weitere Container. Zeugen sahen zwei Personen auf einem unbeleuchteten Moped flüchten. Seit März gab es damit 62 Brandstiftungen. Die Kripo geht jedoch von zwei parallelen Serien aus. In der Nossenerstraße brennen Container auf der Straße, nördlich der U-Bahn werden Keller und Kinderwagen in Häusern angezündet.	Der Tagesspiegel, 20.10.2010, S. 9			
		Unbekannte haben am frühen Samstagmorgen einen Kinderwagen im Hauseingang eines fünfgeschossigen Wohnhauses angezündet. Eine Bewohnerin des Hauses in der Zerbsterstraße wurde durch den in ihrer Wohnung angebrachten Rauchmelder kurz vor 2 Uhr geweckt. Sie rief die Feuerwehr, die den Brand löschte. Vergangenes Jahr sind in Hellersdorf mehr als 70 Brände gelegt worden.	Der Tagesspiegel, 27.03.2011, S. 12			

		Die Feuerwehr verwies auf die derzeitige Serie von Brandstiftungen in Hellersdorf. Dort haben Unbekannte spätabends oder nachts seit März in mittlerweile 60 Fällen Kinderwagen in Treppenhäusern oder Kellerverschläge angezündet. Zum Glück gab es dabei bislang nur eine durch Rauch verletzte Mieterin. Nachdem es am Wochenende sechs Brände gab, blieb es in der Nacht zu Montag ruhig. Die Polizei hat die Zahl der Zivilstreifen in dem Bezirk massiv erhöht. Die Kriminaltechnik sicherte auch gestern DNA-Spuren an den Tatorten. Mittels Computerabgleich sollen Übereinstimmungen zwischen den Tatorten und zur vorhandenen Täterkartei ermittelt werden. Unklar ist weiterhin, ob ein oder mehrere Täter für die Serie verantwortlich sind.	Der Tagesspiegel, 19.10.2010, S. 8			
		Wieder hat es in Hellersdorf gebrannt, wieder in der Zerbster Straße, wieder wurden Kinderwagen im Treppenhaus angezündet. Doch am Dienstagabend heulte ein Rauchmelder und warnte die Mieter. Verletzt wurde niemand. Seit Monaten brennt es in Hellersdorf, über 70 Taten wurden gezählt. Dem Vernehmen nach sollen es zwei Serien seien, einer der Brandstifter zündet vor allem Müllcontainer auf der Straße an, der zweite zündelt überwiegend in Häusern. Die Feuerwehr wirbt für Rauchmelder.	Der Tagesspiegel, 30.12.2010, S. 7			
Rechtsthematik	Rechte Stimmung und Organisationen	Ein eigenes Nazi-Zentrum für Konzerte, Schulungen und Kneipenbetrieb mitten in der Stadt - davon träumt die rechtsextreme Szene in Berlin schon seit Jahren. Jetzt warnt der Verfassungsschutz vor Hausinteressenten aus dem rechtsextremen Spektrum. Es gebe "aktuell konkrete Bemühungen, kleinere bis mittlere Immobilien für entsprechende Zwecke zu mieten, zu pachten oder sogar zu kaufen". Infrage kämen Ladenlokale, Büro- und Lagerräume sowie preisgünstige Grundstücke. Dabei würden die Rechten nicht nur als Privatpersonen auftreten, sondern auch als sozial engagierter Verein. Ziel sei es, "dezentral Anlaufpunkte für rechtsextremistische Jugendliche und Jung erwachsene zu etablieren". Bislang stehen die Bezirke Pankow, Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf, Treptow-Köpenick und Neukölln im Mittelpunkt.	Der Tagesspiegel, 05.08.2010, S. 9	Rechtsextreme Organisationen und Akteure; rechtsstaatliche Einrichtungen (Polizei, Verfassungsschutz)	Fremdenfeindlichkeit; Benachteiligung	Negative Wirkung: Dominanz rechtsextremer Regime in MH; Jugendliche als bes. anfällig/attractiv für rechte Organisationen
		Unbekannte haben einen Bahnhof in Berlin-Hellersdorf mit rechtsradikalen Parolen beschmiert. Eine Mitarbeiterin der Verkehrsbetriebe entdeckte am Sonntagabend die grossflächig angebrachten Schriftzüge an der Aussenwand des Gebäudes in der Grottkauer Straße. Der Staatsschutz ermittelt.	Der Tagesspiegel, 26.01.2010, S. 12			
		Gegen 7.15 Uhr klingelte es gestern zeitgleich an elf Wohnungstüren in der Stadt. Als die Neonazis öffneten, hielten ihnen Polizisten einen richterlichen Durchsuchungsbefehl vor die Nase. Zwölf Beschuldigte - eine ehemalige NPD-Kreisvorsitzende sowie elf Männer - gehören nach Erkenntnissen der Polizei einer Organisation an, die sich den Namen "Frontbann 24" gegeben hat. Die Polizisten durchsuchten vor allem in Oberschöneweide Wohnungen, ausserdem in Mariendorf, Buckow, Marzahn und Hohenschönhausen. Sie beschlagnahmten unter anderem Kugelschreiber, Feuerzeuge und Anstecker, auf denen Hakenkreuze prangten und die verteilt werden sollten.	Berliner Zeitung, 14.08.2009, S. 19			
		An der Razzia waren 60 Beamte beteiligt. Sie hätten Kleidungsstücke, Anstecker mit Hakenkreuzen, Schlagringe und Betäubungsmittel beschlagnahmen können, teilte die Polizei mit. Die Kameradschaft hat ihren Schwerpunkt im Treptower Ortsteil Schöneweide, der als Hochburg der rechtsextremen NPD gilt. Durchsucht wurden am Donnerstag aber auch Wohnungen in Mariendorf, Buckow, Marzahn und Hohenschönhausen.	Der Tagesspiegel, 14.08.2009, S. 10			

	<p>Das Verbot des Frontbanns sei "vor dem Hintergrund einer entschiedenen Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen" zu sehen und "ein wichtiger Schritt zum Schutz unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung", sagte Körting. Er hatte schon lange geplant, dem Treiben der am 1. Oktober 2008 in Berlin gegründeten, vom Verfassungsschutz auf 40 bis 60 Mitglieder geschätzten Vereinigung ein Ende zu setzen. Die Frontbann-Figuren hatten nicht nur auf der Straße Muskeln gezeigt, wie am 1. Mai vor der NPD-Zentrale in Köpenick. In einem Video beim Internetportal YouTube wurde die ss glorifiziert. Und auf ihrer Homepage deklamierte ein "Ortsgruppenführer Marzahn-Hellersdorf" am 20. April, dem Geburtstag Hitler: "Auf in den Kampf, Kameraden!!!" Der Frontbann weise "in Vorstellungswelt und Gesamtstil eine Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus" auf, heisst es in der Verbotsverfügung des Senators.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 06.11.2009, S. 13</p>			
	<p>Der Verfassungsschutz zählte zuletzt 50 Mitglieder. Auf diese Grösse hatte es in Berlin noch keine Neonazi-Kameradschaft gebracht. Die Stärke der Truppe resultierte aus der Schwäche der NPD. "Frontbann 24" rekrutierte vor allem frustrierte Ex-NPD-Mitglieder, denen der Parteikurs zu lasch war. Wohl kein NPD-Landesverband ist so zerstritten, wie der Berliner. Anfang des Jahres trat Gesine Hennrich, Chefin des Kreisverbandes Marzahn-Hellersdorf, aus. Ihre Verbandsmitglieder folgten ihr fast vollständig sowie zahlreiche aus Tempelhof-Schöneberg und Treptow-Köpenick. Während Hennrich mit Dreisch "Frontbann 24" gründete, traten andere einem "Freien Nationalen Bündnis" bei.</p>	<p>Berliner Zeitung, 06.11.2009, S. 2</p>			
	<p>In Berlin sind die AN vor allem in Pankow, Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf, Treptow-Köpenick und Neukölln aktiv. Die sich seit 2009 häufenden Angriffe auf linke Kneipen und andere Treffpunkte in Neukölln, Kreuzberg und weiteren Vierteln sind offenbar den Autonomen Nationalisten zuzuordnen</p>	<p>Der Tagesspiegel, 28.02.2011, S. 9</p>			
	<p>Der Berliner NPD-Landesverband ist wegen eines Richtungsstreits und Rangeleien um Führungsposten geschwächt. Im Februar trat die Vorsitzende des Kreisverbandes Marzahn-Hellersdorf, Gesine Hennrich, aus. Ihr folgten fast der ganze Verband sowie Mitglieder der Verbände Tempelhof-Schöneberg und Treptow-Köpenick. Einige traten einem "Freien Nationalen Bündnis" bei, andere wie Gesine Hennrich, die gestern ebenfalls Polizisten-Besuch empfing, gingen zu "Frontbann 24". Die neue Truppe hat zwar nur etwa 60 Mitglieder. Doch wird sie als eine der am schnellsten wachsenden Neonazi-Gruppierungen eingeschätzt.</p>	<p>Berliner Zeitung, 14.08.2009, S. 19</p>			
	<p>Die Gruppierung profitiert von den heftigen Konflikten in der Berliner NPD und steht Ex-Funktionären nahe, die sich im Zorn von der Partei getrennt haben. Ein Beispiel: Am 1. Mai waren die Frontbann-Kahlköpfe zusammen mit Gesine Hennrich unterwegs, der ehemaligen Chefin des NPD-Kreisverbandes Marzahn-Hellersdorf. Hennrich hatte sich mit dem Berliner NPD-Vorsitzenden Jörg Hähnel angelegt, der sie dann unter dem Vorwand einer bizarren "Porno-Affäre" derart bedrängte, dass Hennrich die Partei verliess. Im Internet waren Bilder von Hennrich im Umlauf, wie sie an einem Treppenhausgeländer Verrenkungen aufführt.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 25.06.2009, S. 12</p>			
	<p>Schweigend sass derweil der 68-jährige Bernd S. aus Hohenschönhausen auf der Anklagebank. Er soll zwischen November 2005 und April 2007 in seiner Wohnung drei Jungen sexuell missbraucht und weiteren Kindern Pornos gezeigt haben. Er werde sich derzeit nicht äussern, erklärte der Rentner. Seine kleine Plattenbauwohnung soll ein "Treffpunkt für Kinder" gewesen sein. Mit im Saal sass eine Frau, die wenig später in der braunen Szene vor dem Gerichtsgebäude auftauchte. Sie war bis vor einigen Wochen NPD-Funktionärin in Marzahn. Der Prozess betrifft auch sie: Sie soll die Mutter eines Kindes sein, das laut Anklage bei S. auf der Couch sass und ein Porno-Video sah. Bereits im Oktober hatte sie einen Aufmarsch angemeldet. Damals waren 350 Neonazis durch Marzahn gezogen.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 28.03.2009, S. 11</p>			

Engagement gegen Rechts	Der Protest ist nicht gerade übermächtig, aber doch laut und eindeutig. "Haut ab, wir wollen euch nicht hier", ruft die Bürgermeisterin von Marzahn-Hellersdorf, Dagmar Pohle (Linke), zum "Hauptstadtbüro" der ultrarechten Gruppierung "Pro Deutschland" hinauf. Was sich bei denen tut, hinter den gekippten Fenstern im fünften Stock des Plattenbaus in der Allee der Kosmonauten 28, ist allerdings nicht zu erkennen. Exakt 44 Nazi-Gegner, so hat es die Polizei gezählt, sind Donnerstagmorgen erschienen, um ihren Unmut über die Zentrale der Islamfeinde zu äussern.	Der Tagesspiegel, 22.08.2010, S. 11	(Stadt-)Politik; Zivilgesellschaft; rechtsradikale Personen; Wissenschaft	Fremdenfeindlichkeit; (Kulturelle) Vielfalt	Ambivalente Wirkung: zivilgesellschaftliches Engagement positiv; geringe Zahl der Demonstranten und Dominanz rechter Aktionen aber negativ
	Unbekannte haben in der Nacht zu Sonnabend gegen das Gebäude der Alice-Salomon-Hochschule in Hellersdorf Gläser mit brauner und schwarzer Farbe geschleudert. Offenbar zielte dies auf die Organisatoren der Proteste gegen den rechtsextremen Aufmarsch in Dresden am 19. Februar. In der Hochschule fand gestern eine Mobilisierungskonferenz zu den geplanten Blockaden des Marsches statt.	Der Tagesspiegel, 23.01.2011, S. 10			
	Da gibt's nur Nazis: Das 2006er Wahlergebnis zur Bezirksverordnetenversammlung sah so aus: Die Linke kam (im Grossbezirk Marzahn-Hellersdorf) auf 38 Prozent, SPD auf 25, CDU 13, Grüne 5, FDP 5 - und die NPD auf 6,4. Das ist der Spitzenwert in Berlin. Allerdings: Der Grossbezirk Marzahn- Hellersdorf wurde 2009 von der Bundesregierung für sein Engagement gegen Nazis ausgezeichnet mit dem Titel "Ort der Vielfalt". Trotzdem leben stadtweit nur im bürgerlichen Treptow-Köpenick weniger Ausländer, wo die NPD auf 5,3 Prozent kam.	Der Tagesspiegel, 25.08.2009, S. 8			

Tabelle B.2. 5: Qualitative Analyse des Diskurszeitraums 2008-2012/Diskurskategorie Wandel

Diskurskategorie: Wandel						
Sub-kategorie I	Sub-kategorie II	Segment	Quelle	Elemente / Akteure	Regime	Wirkung/Verschiebung: Dominanzverhältnisse
Soziale Abwärtsspirale	Aspekte von Armut	Von einer anhaltenden "Problemdichte" in "fünf grossen zusammenhängenden Gebieten" ist da die Rede. Wedding, Neukölln, Kreuzberg sowie Spandau zählen dazu - und nun auch Marzahn-Hellersdorf.	Der Tagesspiegel, 13.02.2009, S. 10	(Kinder-)Armut; Segregation; Infrastruktur; Überalterung	Benachteiligung; Spaltung [Ost/West; arme/reiche Bezirke]	Negativer Wandel: Soziale Abwärtsspirale im Bezirk auf vielen verschiedenen Ebenen verschärft Vulnerabilität/Regime der Benachteiligung und Unterversorgung
		Dagegen sind die Ränder der Stadt in Ost und West sowie innerstädtische Gebiete mit bereits grossen sozialen Problemen die Verlierer der Stadtentwicklung. Die Plattenbausiedlungen von Marzahn-Hellersdorf zum Beispiel. Sie galten lange als Beispiele für funktionierende Grosssiedlungen. Doch zuletzt zogen immer mehr Menschen mit Arbeit und mittleren Einkommen aus den Hochhäusern aus - weg in die benachbarten Eigensiedlungen: Biesdorf, Kaulsdorf und Mahlsdorf, allesamt Gebiete mit gutem oder sehr gutem sozialen Status.	Der Tagesspiegel, 13.02.2009, S. 10			
		Die grösste Aufgabe in den Problemkiezen beschreibt Hartmut Häussermann, Verfasser der Studie, so: "Resignation, Versagensängste, Perspektivlosigkeit müssen bekämpft werden." Die grösste Gefahr bestehe darin, so der Soziologe weiter, dass in den Kiezen eine neue "Unterschicht herangezogen wird".	Der Tagesspiegel, 22.01.2010, S. 10			
		Dagegen spitzt sich die Lage in einigen Grosssiedlungen zu: in Marzahn-Hellersdorf, aber auch in der Gropiusstadt und dem Märkischen Viertel "steigt die Problemdichte", sagt Häussermann. Bedenklich sei diese Entwicklung, und es drohen sich dort die "Slums des 21. Jahrhunderts" zu entwickeln.	Der Tagesspiegel, 21.01.2011, S. 9			
		Als einziges "Ostviertel" kommt die Hellersdorfer Promenade mit ihren Plattenbauten dazu.	Der Tagesspiegel, 09.12.2009, S. 12			
		Grösster Absteiger ist Marzahn-Hellersdorf. Der Bezirk rutschte im Vergleich zum Jahr 2003 gleich um vier Plätze ab und steht jetzt auf Rang neun.	Berliner Zeitung, 02.04.2009, S. 21			
		Neukölln, Marzahn-Hellersdorf und Friedrichshain-Kreuzberg haben im Vergleich zu 2003 alle sinkende Einkommen. Von den drei Bezirken ist das Haushaltsnettöinkommen in Marzahn-Hellersdorf mit 1 500 Euro zwar immer noch am höchsten. Doch im Vergleich zum Jahr 2003 ist es dort am stärksten zurückgegangen (minus 150 Euro). Marzahn-Hellersdorf hat allerdings in ganz Berlin weiter den höchsten Anteil sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter (49,1 Prozent).	Berliner Zeitung, 02.04.2009, S. 21			
		Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf verzeichnet die stärkste Verschlechterung der Sozialstruktur in Berlin. Er rutschte gegenüber 2003 um vier Ränge ab und liegt jetzt auf Platz neun vor Friedrichshain-Kreuzberg, Neukölln und Mitte.	Berliner Zeitung, 02.04.2009, S. 22			
		Der Sozialstrukturatlas des Senats beschreibt aber für Gegenden von Moabit über Nord-Neukölln bis Nord-Marzahn eine sich zuspitzende Entwicklung zum Schlechteren.	Berliner Zeitung, 06.07.2009, S. 20			

		<p>Es ist unglücklich gelaufen für das Hellersdorfer Zentrum Helle Mitte: Für 1,1 Milliarden Euro in den 1990er-Jahren auf einer Brachfläche am U-Bahnhof Hellersdorf errichtet, ging 2002 mit der Mega AG der Investor in die Insolvenz. Das Zentrum selbst - mit Geschäften, Gaststätten, der Alice-Salomon-Hochschule und dem Kino Cine Star - mit zwölf Sälen eines der grössten Multiplexe der Stadt - hat noch immer mit seinen Geburtswehen zu tun. Zu gross geplant, zu unwirtlich die steinernen Plätze zwischen den Häuserblocks. Und dann noch das: Beim letzten Sozialmonitoring Soziale Stadt im Januar wird die Helle Mitte als letztes unter 434 analysierten Gebieten Berlins bezeichnet. Die Helle Mitte hat seitdem auch noch mit dem Image des Losers der Hauptstadt zu kämpfen.</p>	<p>Berliner Zeitung, 19.03.2010, S. 21</p>			
		<p>Ältere Berliner sind - noch - unterdurchschnittlich von Armut bedroht, wie die Statistiker ausführen. Das dürfte sich aber bald ändern, wie Soziologe Häussermann prognostiziert. Er erwartet eine "Rückkehr der Altersarmut", wie sie zuletzt in den 1950er und 1960er Jahren registriert wurde. Betroffen seien etwa frühere DDR-Bürger, die zur Wendezeit etwa 50 Jahre alt waren und von Arbeitslosigkeit "erwischt wurden". Viele von ihnen leben in Lichtenberg, Hellersdorf und Marzahn-Nord, doch auch in Wedding, Kreuzberg und Neukölln steigt die Armut.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 15.09.2010, S. 9</p>			
		<p>Die grössere Schwierigkeit sei, dass in manchen Bezirken der Versorgungsbedarf aufgrund der rasch alternden Bevölkerung enorm steige. Das sind ausgerechnet die schon heute als in Teilen unterversorgt geltenden Bezirke Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 13.06.2010, S. 12</p>			
		<p>1979, bei der Gründung, war das jetzige Marzahn-Hellersdorf ein sehr junger Bezirk, der jetzt sozusagen gemeinsam altert. Deshalb brauchen wir zusehends mehr Personal für die Verwaltung der Altenpflege, das wir woanders einsparen müssen. Bei den Hilfen zur Erziehung haben wir grosse Probleme. Wir sind der Bezirk, der die meisten Jugendlichen bei Problemlagen in Heime einweist, was sehr teuer ist.</p>	<p>Berliner Zeitung, 06.02.2012, S. 16</p>			
		<p>In Nord-Marzahn/Nord-Hellersdorf sind Arbeitslosigkeit, Jugendarbeitslosigkeit und Dauerarbeitslosigkeit unter allen fünf Problemgebieten am höchsten. Die Jugendarbeitslosigkeit ist dort im Gegensatz zur Gesamtstadt im Jahr 2008 weiter gestiegen, die Kinderarmut ist schwächer zurückgegangen als im städtischen Durchschnitt. Am Ende der Skala (Platz 434) des Monitorings soziale Stadtentwicklung 2009 liegt der Planungsraum Helle Mitte in Hellersdorf. Dort hat die Kinderarmut zugenommen, ausserdem hat sich die Zahl derjenigen erhöht, die staatliche Unterstützung wie Hartz IV benötigen. Noch vor einem Jahr belegte das Gebiet Rang 404.</p>	<p>Berliner Zeitung, 21.01.2010, S. 22</p>			
		<p>Die sozialen Probleme in Berlin festigen sich in innerstädtischen Brennpunktgebieten wie Neukölln oder Mitte - und sie verschärfen sich auch in Randbezirken wie Marzahn-Hellersdorf. Besonders betroffen sind dort Kinder, weil viele alleinerziehende Mütter in der einwohnerstärksten Grosssiedlung Europas leben. Dies sind die wichtigsten Ergebnisse des "Sozialstrukturatlas", den die Senatorinnen für Soziales sowie für Gesundheit gestern gemeinsam vorgestellt haben. "Was wir befürchtet haben, ist eingetreten", sagte Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner (Linke). Zuletzt wurden die Lebensbedingungen in Berlin vor sechs Jahren untersucht. Seither hätten die Bewohner des Bezirks Marzahn-Hellersdorf den berlinweit höchsten Verlust an Einkommen verzeichnet, entstanden sei nun eine Hochburg von Hartz-IV- Empfängern. Da dort überdurchschnittlich viele Kinder lebten, seien sie in besonders grosser Zahl von Armut betroffen.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 02.04.2009, S. 9</p>			

		<p>Besonders alarmierend in Berlin und Brandenburg ist jedoch die wachsende Zahl von Schülern, deren Eltern entweder arm, erwerbslos oder ohne Berufsausbildung sind. Dies trifft in Berlin auf 35 Prozent der unter 18-Jährigen zu, in Brandenburg auf gut 32 Prozent. Entgegen dem Bundestrend ist diese Quote weiter angestiegen. Sowohl in Berlin als auch in Brandenburg massiert sich die Armut in bestimmten Gebieten. So leben in den Berliner Bezirken Neukölln, Mitte und Marzahn-Hellersdorf mehr als die Hälfte der Kinder unter drei Jahren in Hartz-IV-Familien, auch in den Randregionen Brandenburgs wie der Uckermark sind dies mehr als 40 Prozent.</p>	<p>Berliner Zeitung, 27.03.2009, S. 17</p>			
		<p>Kritisiert wird etwa, dass nicht einmal jeder Jugendliche einen Ausbildungsplatz bekommt. Lehre und Ausbildung sind aber besonders für Jugendliche in den Brennpunkten wichtig, damit sie nicht ihr Glück auf der Straße suchen. Und es gibt ausserdem keine erfolgreichen Strategien gegen die fortschreitende Segregation in der Stadt - jeder, der es sich leisten kann, zieht weg aus den Brennpunkten. Zurück bleiben dann Menschen ohne Job und Perspektiven, die oft viele Kinder haben. Für die Jugendlichen ohne Beschäftigung werden die chancenlosen Eltern zum Leitbild. "Hier werden die Verlierer und die Unterschicht von morgen produziert", sagt Häussermann.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 21.01.2010, S. 2</p>			
		<p>Am steilsten abwärts geht es mit Marzahn-Hellersdorf. Wer kann, ziehe weg, die Einkommen sinken und die Arbeitslosigkeit sei gross.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 02.04.2009, S. 9</p>			
		<p>Die Berliner Problemviertel liegen weiterhin in der westlichen Innenstadt und in einzelnen Grosssiedlungen am Stadtrand. Das ist das Ergebnis des "Monitoring Soziale Stadtentwicklung 2010", das am Donnerstag vorgestellt wurde. Insgesamt wurden dafür bis Ende 2009 Daten in 447 sogenannten Planungsräumen mit durchschnittlich 7 500 Einwohnern erhoben. "Problematische Gebiete" liegen demnach in Neukölln- Nord, Wedding, Moabit und Kreuzberg-Nord. In einzelnen Grosssiedlungen von Marzahn-Hellersdorf und Spandau hätten sich "negative Entwicklungstendenzen" verfestigt.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 21.01.2011, S. 1</p>			
		<p>Diesen einen Satz hören die Betroffenen immer wieder. "Ziehen Sie doch nach Marzahn-Hellersdorf!" Vor allem Hartz-IV-Empfänger, Rentner, Alleinerziehende und Migrantenfamilien werden zunehmend mit der Situation konfrontiert, ihre gewohnte Umgebung zu verlassen und in preiswertere Wohnungen in Aussenbezirken zu ziehen. Denn obwohl die Mieten gerade in der Innenstadt immer wieder gestiegen sind, wurden die Sätze für die Wohnkostenübernahme teilweise seit sechs Jahren nicht mehr erhöht. "So entstehen ghettoähnliche Bezirke", sagt Susanne Kahl-Passoth, Diakoniedirektorin. "Das gesamte innerstädtische Sozialgefüge gerät in Schieflage."</p>	<p>Der Tagesspiegel, 23.07.2011, S. 12</p>			
		<p>Das sehen die Betroffenen ganz anders. Die Mieterschutzinitiative Marzahn will Klage einreichen, sagt ihr Sprecher Günter Deckert. Die neue Trasse werde zu einer schlechteren Wohnqualität führen und zu einer absoluten Trennung von Marzahn und dem angrenzenden Ahrensfelde: "Sie zerschneidet gewachsene Strukturen."</p>	<p>Berliner Zeitung, 03.09.2009, S. 24</p>			
		<p>Hat sich Marzahn-Hellersdorf ein falsches Bild von sich selber gemacht? Nein, wir haben das bereits seit einiger Zeit kommen sehen. Die Soziale Differenzierung hat sich nach 1990 schrittweise aufgebaut.</p>	<p>Berliner Zeitung, 02.04.2009, S. 22</p>			

		<p>Das war einst von der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Stadt und Land verkauft worden. Doch der Investor, der dort grossspurig ein Europaviertel mit sanierten Wohnungen und bemalten Fassaden angekündigt hatte, ging pleite. Die Häuser blieben unsaniert. "All das firmiert plötzlich unter dem Begriff Helle Mitte", kritisiert Sydow. Er sagt, dass durch die Stadtentwicklungsverwaltung die Marke beschädigt wurde. Schon jetzt seien die Auswirkungen zu spüren. So sind die Verhandlungen über eine Verlängerung des Mietvertrages für das Kino über 2012 hinaus ins Stocken geraten. "Wenn solche Einrichtungen wegbrechen, wäre das wohl unreparierbar", sagt Sydow.</p>	<p>Berliner Zeitung, 19.03.2010, S. 21</p>			
		<p>Gesundheitssenatorin Lompscher kritisierte zudem eine mangelhafte Versorgung bei der ambulanten Medizin. So würden viele niedergelassene Ärzte aus Ostbezirken ihre Praxen in Gegenden der Stadt verlegen, in denen der Anteil von Privatpatienten höher sei. "Dies hat dazu geführt, dass vor allem in Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg und Hohenschönhausen Fachärzte fehlen", sagte sie. Sie forderte, die private Krankenversicherung abzuschaffen.</p>	<p>Berliner Zeitung, 26.08.2008, S. 15</p>			
		<p>Gestern stellte Karin Stötzner das Plakatprojekt zusammen mit ihrem Tätigkeitsbericht und ihrer Bilanz für die Jahre 2006 bis 2008 vor. Danach wird die ärztliche Versorgung in den Ostbezirken der Stadt schlechter. Die Patienten beklagten einen Mangel an Fachärzten vor allem in Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg und Hohenschönhausen. Ärzte wanderten ab, weil sie in anderen Bezirken besser zahlende Privatpatienten finden.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 26.08.2008, S. 9</p>			
		<p>Der Kostendruck wird ab 2012 dazu führen, dass freiwillige Leistungen, etwa bei der Kultur, in Frage gestellt werden müssen. Heisst für Marzahn-Hellerdorf ...?... dass wir nicht bei der Haushaltsaufstellung, aber während des laufenden Haushaltsjahres möglicherweise über die Schliessung einer Bibliothek oder eines unserer vier Bürgerämter nachdenken müssen.</p>	<p>Berliner Zeitung, 06.02.2012, S. 16</p>			
		<p>Die Klabauterklausen hat bessere Tage gesehen. Seit 1982 steht sie an der Ecke des Wohnblocks. Die Wirtin erinnert sich an die DDR-Zeiten, als junge Familien mit Kindern das Viertel bevölkerten, als es noch viele Cafés und Restaurants gab.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 10.02.2011, S. 9</p>			
		<p>Aber von den Leuten in Marzahn und Hellersdorf sagt Seichter: "Natürlich hat es die meisten nach der Wende ziemlich hart getroffen." Ein ganzer Bezirk sei mit einem Schlag konfrontiert worden mit der Tatsache: "Mit Arbeit is' nich". Da ist wieder diese DDR-Erfahrung, die zur Ausbildung einer "Ostmentalität" geführt hat: Mit dem Einzug in die Platte war es aufwärtsgegangen. Eine nette Hausgemeinschaft, die Kinder betreut, die Arbeit sicher. Dann die Erfahrung, dass der Untergang der DDR für viele objektiv, aber nicht subjektiv einen Gewinn an Freiheit gebracht hat. Das Sein, sagt Seichter, der Materialist, bestimme eben das Bewusstsein. Zum Sein in Marzahn und Hellersdorf gehört, was Seichter die "mehrfach gebrochenen Biografien" nennt: Zusammenbruch der DDR, Verlust der Arbeit, Nichtanerkennung von Lebensleistung. Nicht dazu gehören das Ende der Stasi und der Zusammenbruch des autoritären Systems. Seichter, vormals Parteisekretär an der Volksbühne, hat mit seinen Überzeugungen gehadert: Der "Mangel an Demokratie" sei es gewesen, "was die Partei" - die SED - "handlungsunfähig gemacht" habe.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 05.12.2010, S. 10</p>			

Allgemeiner/pos. Wandel	Infrastruktur & Wohnen	Das Zentrum am U-Bahnhof Hellersdorf war schon zu DDR-Zeiten für eine Bebauung vorgesehen. 1991 wurde dafür ein städtebaulicher Wettbewerb gestartet, 1992 erhielt die Mega AG den Zuschlag. 2002 ging diese pleite. Bis 1997 wurden etwa 800 Wohnungen, über 180 Geschäfte, Gaststätten, medizinische und Kultureinrichtungen sowie Verwaltungsgebäude gebaut. Die Alice-Salomon-Hochschule wurde von Schöneberg in die Helle Mitte umgesiedelt.	Berliner Zeitung, 19.03.2010, S. 21	(Stadt-)Politik; Wirtschaft; Anwohner	Innovation; Wohlfühl	Positiver Wandel: Wachsende Infrastruktur, Sanierung und Modernisierung von Gebäuden, dadurch verbessertes Wohngefühl.
		Erstklassige Infrastruktur: Marzahn-Hellerdorf - einst als Schlafstadt verschrien - entwickelt sich aber auch zu einem modernen Wirtschaftsstandort. Hier entsteht derzeit auf 90 Hektar mit dem CleanTech Business Park Berlin das grösste innerstädtische Industriegebiet, speziell für Unternehmen aus dem Bereich Industrieproduktion für Solarzellen und -module sowie für weitere Produkte der Clean-Tech-Branche.	Berliner Zeitung, 01.06.2011, S. 2			
		In Marzahn-Hellerdorf haben sich die Kosten von 300000 Euro auf 900000 Euro verdreifacht. Wäre es nicht sinnvoller, Geld für die energetische Sanierung der Schulen zu investieren und die Heizkosten zu senken? Das sehe ich auch so. Wir haben zwar im Ostteil nach der Wende und durch die Konjunkturprogramme 1 und 2 schon sehr viel erreicht. Gebäudetechnisch ist bei uns der grösste Teil der Schulen auf einem energetisch guten Stand, Dach, Fenster, Fassaden sind gedämmt. Was in den Bezirken oft fehlt, ist eine moderne Heiz- und Regelungstechnik, weil sie in den Konjunkturpaketen nicht förderfähig war.	Berliner Zeitung, 06.02.2012, S. 16			
		Farbige Fassaden, Blumen in den Balkonkästen und freundlich grüssende ältere Menschen vor dem Hauseingang: Der Plattenbau an der Tollensestraße 18/22, ganz in der Nähe des U-Bahnhofs Kaulsdorf-Nord im Stadtteil Hellersdorf gelegen, hat nichts mit dem Bild zu tun, das sich viele Menschen von Ost-Berliner Plattenbaugebieten machen. Noch vor zweieinhalb Jahren aber hätten sich diese Skeptiker in ihren Vorurteilen über die östlichen Grosssiedlungen vollauf bestätigt fühlen können: Nachdem der Wohnblock nach der Wende als Aussiedlerheim gedient und dann jahrelang leer gestanden hatte, machte er einen desolaten Eindruck.	Der Tagesspiegel, 05.09.2009, S. 2			
		Die "Erste Marzahner Wohnungsgenossenschaft", so heisst sie heute, ist zufrieden mit den WBS-70-Häusern. Sie haben sei jeher wärmeisolierte Wände, und die Grundrisse der Wohnungen sind variabel. Im Gegensatz zu anderen Plattenhaustypen lassen sich die dünnen, nicht tragenden Wände entfernen. Aus vier Zimmern können drei werden, aus dreien zwei, die Ansprüche sind längst nicht mehr so bescheiden wie zur DDR-Zeit. Die Mieten auch nicht, wenn sie auch, verglichen mit Altbauten in der Innenstadt, noch immer fair erscheinen: Die Wölms' zahlten früher 140 Mark der DDR, heute sind es 450 Euro, warm.	Der Tagesspiegel, 26.08.2011, S. 23			

Bevölkerungsentwicklung	Alterung & Infrastruktur	Dass der Durchschnittsberliner trotzdem immer älter wird, liegt vor allem an der stark wachsenden Zahl der Hochbetagten. Während zurzeit rund 140 000 Berliner älter als 80 Jahre sind, sollen es 2030 fast 260 000 sein - mit kräftig steigender Männerquote. Für Marzahn-Hellersdorf rechnen die Planer sogar mit dreimal so vielen Hochbetagten,	Der Tagesspiegel, 04.12.2008, S. 11	Wirtschaft; Anwohner	Innovation	Neutrale/positive Wirkung: Steigender Altersdurchschnitt der Bevölkerung als Vulnerabilitätswahrnehmung, Anpassung/Umbau des Wohnraums als Resilienzkonstruktion.
		Die meisten Senioren werden in Spandau, Reinickendorf, Neukölln und Marzahn-Hellersdorf leben. Bereits jetzt hat sich beispielsweise das Wohnungsunternehmen Degewo darauf eingestellt: Es baute in Marzahn Wohnungen barrierefrei um, errichtete ein Seniorenheim und Häuser für Alten-WGs.	Berliner Zeitung, 07.07.2009, S. 26			
		Am rasantesten altert Marzahn-Hellersdorf: Heute noch einer der fünf "jüngsten" Bezirke, ist er in 20 Jahren das drittälteste Quartier der Stadt.	Der Tagesspiegel, 14.05.2009, S. 7			
		Damals hätten sich die Eigentümer überlegt, das Gebäude abzureissen, erinnert sich Hans Jürgen Biet, Geschäftsführer der Arwobau, die das Objekt für die Berliner Immobilien Holding verwaltet. "Aber wir betrachteten den Standort Kaulsdorf insgesamt als sehr stabil und erkannten schnell, dass es hier genügend Nachfragepotenzial gibt." Deshalb entschied sich die Arwobau für eine umfassende Modernisierung - und zwar mit einem präzise formulierten Ziel: Der Plattenbau sollte auf die spezifischen Anforderungen von Menschen ab etwa 55 Jahren ausgerichtet werden. Damit hat das Hellersdorfer Projekt exemplarische Bedeutung, gibt es doch in Deutschland nach Überzeugung der Fachleute zu wenig seniorengerechte Wohnungen.	Der Tagesspiegel, 05.09.2009, S. 2			
		In dem Haus wohnen noch immer viele von denen, die 1978 eingezogen sind, Astrid Gottwald glaubt, es sind die meisten. Die "Erstbezügler" sind ganz gut erkennbar: Es sind die Alten. Die Aushänge im Eingangsbereich heissen: "Der Seniorenbeirat informiert" oder "Ein gemütlicher Nachmittag für alle ab 60+".	Der Tagesspiegel, 26.08.2011, S. 23			
	Fluktuation(-sprognose)	Besonders ausgeprägt ist die Verschiebung innerhalb von Marzahn-Hellersdorf, das laut der Prognose den grössten Schwund bereits überstanden hat. Das noch erwartete rund einprozentige Minus ist ein Mittelwert, der sich aus kräftiger Fluktuation in den Plattenbauvierteln und weiterem Zuzug im Süden des Bezirkes ergeben soll: Die von Einfamilienhäusern geprägten Ortsteile wie Mahlsdorf und Kaulsdorf werden weiter verdichtet und bleiben beliebt.	Der Tagesspiegel, 04.12.2008, S. 11	Anwohner	Spaltung [MH]	Negative/ambivalente Wirkung: Fluktuation als Resilienzkonstruktion derjenigen, die wirtschaftlich in der Lage sind, die Plattenbauten zu verlassen; verstärkt Vulnerabilität des übrigen urbanen Systems.
		Doch zuletzt zogen immer mehr Menschen mit Arbeit und mittleren Einkommen aus den Hochhäusern aus - weg in die benachbarten Eigenheimsiedlungen	Der Tagesspiegel, 13.02.2009, S. 10			
		Weil auch im Südtteil von Marzahn-Hellersdorf "verdichtet" wird, werden die Verluste in den nördlichen Plattenbauvierteln fast ausgeglichen. So sinkt in diesem Bezirk die Einwohnerzahl unterm Strich nur um 2 200 (0,9 Prozent).	Berliner Zeitung, 04.12.2008, S. 21			
		Das "grösste Einfamilienhausgebiet Deutschlands" entstehe in Hellersdorf, wo Bewohner mit guten Einkommen aus den Plattenbauten in nahe gelegene Wohnquartiere umziehen.	Der Tagesspiegel, 05.03.2010, S. 10			
		Gesunken sind die Mieten um 0,2 Prozent auf 4,78 Euro je Quadratmeter in den Wohnungen, die von 1973 bis 1990 im Ostteil gebaut wurden. Hierzu gehören die Plattenbauten in Marzahn und Hellersdorf. Weil dort viele Wohnungen leer stehen, müssen Vermieter die Preise senken.	Berliner Zeitung, 04.06.2009, S. 1			
		Am steilsten abwärts geht es mit Marzahn-Hellersdorf. Wer kann, ziehe weg, die Einkommen sanken und die Arbeitslosigkeit sei gross.	Der Tagesspiegel, 02.04.2009, S. 9			

	Der Bezirk leidet auch unter einer hohen Wegzug-Quote. Wie wollen Sie künftig Leute halten? Statistisch betrachtet, hat Marzahn-Hellersdorf die geringste Wegzugs-, aber auch die geringste Zuzugsquote in Berlin. Allerdings verlassen eher bildungsstarke, junge Menschen den Bezirk, während bildungsfernere Menschen wegen der preiswerten Mieten in der Grosssiedlung bleiben.	Berliner Zeitung, 02.04.2009, S. 22			
	Rein rechnerisch haben die Ost-Bezirke Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg und Treptow-Köpenick insgesamt die versprochene Lehrerausstattung von 100 Prozent, mitunter sogar etwas mehr. Das hängt auch mit gesunkenen Schülerzahlen in der Vergangenheit zusammen.	Berliner Zeitung, 07.09.2010, S. 15			
	In Lichtenberg sind Schüler knapp. Der Bezirk ist neben Marzahn-Hellersdorf am stärksten vom Geburtenrückgang nach der Wiedervereinigung betroffen.	Berliner Zeitung, 21.08.2008, S. 25			
	doch immer mehr Marzahner ziehen weg, vor allem nach Brandenburg. An andere Bezirke verliert Marzahn hingegen keine Bewohner - fast genauso viele ziehen aus anderen Bezirk dorthin.	Der Tagesspiegel, 25.08.2009, S. 8			
	Vor allem deshalb konnte dort die lange negative Bevölkerungsentwicklung gestoppt werden	Berliner Zeitung, 27.08.2010, Rubrik Lokales			
	Wenn die Mieten dann erhöht würden, ziehe er einfach zwei Häuser weiter: "Die haben jede Menge Leerstand." Die Heuschrecken kommen nicht. Jedenfalls nicht so bald.	Der Tagesspiegel, 10.02.2011, S. 9			

Tabelle B.2. 6: Qualitative Analyse des Diskurszeitraums 2013-2016/Diskurskategorie Infrastruktur und Wirtschaft

Diskurskategorie: Infrastruktur & Wirtschaft						
Sub-kategorie I	Sub-kategorie II	Segment	Quelle	Elemente / Akteure	Regime	Wirkung/Verschiebung: Dominanzverhältnisse
Gesundheitsversorgung	Gesundheitswirtschaftliche Infrastruktur im Bezirk	Der eine Schwerpunkt ist um das Unfallkrankenhaus Berlin herum, auf dem ehemaligen Vivantes-Gelände. Das UKB wächst dort stark und damit wachsen auch andere Unternehmen, die Zulieferer oder Dienstleister der Klinik sind. Es bildet sich dort ein richtiger medizinischer Campus. Gerade erst hat dort ein Unternehmen ein Grundstück gekauft, das eine geriatrische vollstationäre Klinik bauen möchte. Der zweite Schwerpunkt ist das Vivantes Krankenhaus in Kaulsdorf. Dort gibt es eine sehr grosse Investition des Landes Berlin mit dem Neubau des Krankenhauses. Der dritte sind die Klinik Helle Mitte und andere Ärztezentren drum herum.	Berliner Zeitung, 12.05.2014, S. 17	Wirtschaft; Arzt-/Therapeutenpraxen; Patienten	Neoliberalismus; (Technische) Innovation	Positive Wirkung: MH als wirtschaftlich starker Gesundheitsstandort, der Arbeitsplätze und gesundheitliche Versorgung für Anwohner schafft.
		Behindertengerechte Wohnungen, Einkaufsmöglichkeiten und ärztliche Versorgung spielen zusammen hier im Bezirk eine grosse Rolle.	Berliner Zeitung, 12.05.2014, S. 17			
		Im Gesundheitszentrum praktizieren viele Ärzte - auch ein Pluspunkt für die Bewohner, deren Durchschnittsalter Elke Wiegand auf über 50 schätzt: "Früher schoben hier viele Frauen ihren Kinderwagen, heute ihren Rollator."	Berliner Zeitung, 14.10.2016, S. 16			
		Bislang schafft die Gesundheitswirtschaft besonders viele Arbeitsplätze im Bezirk. Zusammengefasst ist diese Branche der grösste Arbeitgeber im Bezirk Marzahn-Hellersdorf. Inzwischen ist das Unfallkrankenhaus Berlin (UKB) auch der grösste Arbeitgeber und hat das Bezirksamt überholt.	Berliner Zeitung, 12.05.2014, S. 17			
Industrie	(Solar-)Strom- & Wärmeproduktion im Bezirk	Strom direkt vom Dach - das gibt es in Berlin bald auch für zahlreiche Mieter. Am Wochenende beginnt in Hellersdorf die Stromlieferung aus der deutschlandweit grössten Solaranlage auf Wohngebäuden. Sie ist auf 50 Häusern des Wohnungsunternehmens Stadt und Land montiert. Die Mieter können über den Stromversorger Lichtblick einen speziellen, vergleichsweise günstigen Tarif nutzen, der den lokal erzeugten Solarstrom mit anderem Ökostrom kombiniert. Ähnliche Anlagen gibt es bereits auf Miethäusern, allerdings nicht in dieser Grössenordnung. Die bayerische Firma pv-b hat die Anlage in Hellersdorf gebaut und pachtet die Dachflächen von Stadt und Land. Auf einer Fläche von sechs fußballfeldern glitzern nun rund 8000 Solar-Elemente. Die Leistung würde laut pv-b reichen, um ein Jahr lang 10.400 Kühlschränke zu betreiben. Bislang waren Solaranlagen auf Wohngebäuden vor allem ein Fall für Eigenheimbesitzer. Inzwischen interessieren sich aber auch Eigentümer von Miethäusern dafür.	Berliner Zeitung, 28.02.2014, S. 18	Wirtschaft; (Stadt-)Politik	Neoliberalismus; Technische Innovation; Natur & Klimaschutz	Positive Wirkung: Gerechtigkeitslücke zwischen Mietern und Vermietern wird bzgl. günstiger Stromproduktion geschlossen

		Bisher hätten von der Energiewende vor allem Hauseigentümer profitiert, während Mieter über die EEG-Umlage im Strompreis für die Ökostrom-Förderung zahlen, sagt Mieterbund-Geschäftsführer Ulrich Ropertz. Diese "Gerechtigkeitslücke" könnten Projekte wie das in Hellersdorf etwas schliessen. Die Mieter sind aber keinesfalls verpflichtet, den vom Hauseigentümer erzeugten und angebotenen Strom zu kaufen. Entscheidend sei immer, dass sie die Preise verglichen, betont Ropertz: "Daran bemisst sich alles." In Hellersdorf unterbietet der Spezialtarif mit dem Strom vom Dach laut Stadt-und-Land-Sprecher Frank Hadamczik die örtliche Konkurrenz um etwa zwei bis drei Cent pro Kilowattstunde. In dem Tarif steckt laut Lichtblick etwa ein Drittel bis die Hälfte Strom vom Hausdach, der Rest ist anderer Ökostrom. Weil Solaranlagen nicht 24 Stunden Strom liefern und auf dem Dach keine Speicher installiert sind, ist eine Versorgung allein mit Sonnenstrom nicht möglich. Mit den Rückmeldungen der Mieter ist Lichtblick "sehr zufrieden", etwa 200 Haushalte hätten sich bisher für den Solartarif entschieden.	Berliner Zeitung, 28.02.2014, S. 18			
		Vattenfall ist an allen Ecken der Stadt aktiv: Im Westen entsteht der Speicher, im Osten haben Berlins Vattenfall-Chef Alexander Jung und der Marzahn-Hellersdorfer Bezirksbürgermeister Stefan Komoss (SPD) vor wenigen Tagen ein Besucherzentrum für das dort geplante Gas- und Dampfturbinen-Heizkraftwerk (GuD) eröffnet. Das Zentrum in der Rhinstraße 70 ist mittwochs von 14 bis 18 Uhr geöffnet.	Der Tagesspiegel, 20.11.2013, S.21			
	Technik und Industrie	Richtig gut verstanden fühlt sich der Initiator der Veranstaltung, Stadtentwicklungssenator Michael Müller (SPD), in Marzahn Hellersdorf. "Die wollen was!", sagt Müller. Parteien- und fraktionsübergreifend seien dort die Macher der Internationalen Garten Ausstellung 2017 mit offenen Armen aufgenommen worden. Der Senator erinnerte daran, wie die IGA zuvor als "Zwangsbeglückung" vom Tempelhofer Feld gejagt worden war. Nun wird der nordöstliche Bezirk zum Standort von "Green and Technology" erklärt: mit IGA, Gärten der Welt und "Clean-Tech-Business Park".	Der Tagesspiegel, 29.11.2013, S.7	Wirtschaft; (Stadt-)Politik	Neoliberalismus; (Technische) Innovation	Positive Wirkung: Wahrnehmung von MH als innovativer Wirtschafts- und Wettbewerbsstandort
		Weiteren Auftrieb erhofft man sich vom CleanTech Business Park, der Berlins grösster Industriepark werden soll. Wir stellen im Moment die Infrastruktur dafür her. Anfang 2015 werden wir damit fertig sein. Dann können wir Grundstücke veräussern. Auf 900 000 Quadratmetern können wir dann erstmals grösseren Industrien direkt in Berlin eine Heimat geben. Wir sind jetzt schon dabei, Unternehmen dafür zu interessieren.	Berliner Zeitung, 12.05.2014, S. 17			
		Der Vorteil bei uns in Marzahn-Hellersdorf ist, dass man nun erstmalig in einer Metropole wie Berlin ein Industriegebiet hat. Wenn man den ganzen CleanTech Business Park bebaut hat - in einem Entwicklungszeitraum von 15 Jahren - dann könnte man dort in diesem Gebiet bis zu 3 000 Arbeitsplätze unterbringen.	Berliner Zeitung, 12.05.2014, S. 17			
		Urbane Technologien zählen zu den Stärken der Berliner Wirtschaft. "Reindustrialisierung durch Digitalisierung muss unser Credo sein." Derzeit werde beispielsweise "mit Hochdruck" daran gearbeitet, Industriestandorte wie den Clean Tech Park Marzahn mit Übertragungsgeschwindigkeiten grösser als 200 MBit pro Sekunde auszustatten und den neuen Mobilfunkstandard 5G als Testfeld in den öffentlichen Raum Berlins zu bringen.	Der Tagesspiegel, 31.05.2016, S. 6			
		Mit dem Cleantech Business Park hat Marzahn-Hellersdorf ein weiteres Vorzeigeprojekt: Auf 90 Hektar entsteht an der Bitterfelder strasse das grösste Industriegebiet der Stadt.	Berliner Zeitung, 01.09.2016, S. 10			

		<p>Auch für die Entwicklung des Cleantech Business Parks, den grössten Neuaufschluss eines Industriegebiets in Berlin, trägt er die Verantwortung. In der neuen Legislaturperiode hält er Projekte wie den Bau der sogenannten Tangentialen Verbindung Ost und die Ortsumfahrung Ahrensfelde für vorrangige Projekte.</p>	Berliner Zeitung, 01.09.2016, S. 10			
		<p>Berlins Wirtschaftssenatorin Cornelia Yzer (CDU) hat am Mittwoch ein Zentrum für junge Unternehmen eröffnet. Das Clean Tech Innovation Center im Stadtteil Marzahn soll 30 Start-up-Firmen aus dem Bereich der nachhaltigen Technologien - der sogenannten Clean Technologies - eine Heimat bieten. "Die Eröffnung ist ein starkes Signal, dass Berlin als wettbewerbsfähiger Standort für Clean Technologies stark und begehrt ist", sagte Yzer. Das Zentrum soll durch Kooperationen mit der New York University und der Deutsch-Amerikanischen Handelskammer einen engeren Austausch zwischen deutschen und amerikanischen Start-up-Unternehmen ermöglichen.</p>	Der Tagesspiegel, 25.09.2014, S. 17			
		<p>Anders als konventionelle Firmen müssten Start-ups von Anfang an global denken und handeln. "Im Sinne des Wirtschaftsstandorts Berlin und im Auftrag der Arbeitsplatzschaffung möchte ich helfen, amerikanische Dollar für Berlin zu gewinnen." So steht auch ein Gespräch mit dem Management von J.P. Morgan auf der Agenda. Zudem wird Yzer ein Kooperationsabkommen zwischen dem CleanTech Business Park Berlin-Marzahn und der New York University im Urban Future Lab in Brooklyn unterzeichnen.</p>	Der Tagesspiegel, 30.08.2014, S. 11			
		<p>Vorbild Marzahn-Hellersdorf Anlaufstelle: Anfang 2014 war die Einrichtung einer Jugendberufsagentur beschlossen worden. Pro Bezirk soll es für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine Anlaufstelle geben, wenn es um Ausbildungsplätze und Berufsperspektive geht. Vorbild sind Hamburg und ein Modell in Marzahn-Hellersdorf.</p>	Berliner Zeitung, 03.12.2014, S- 15			
Bildungsstandorte	Mangel an Kita- und Schulplätzen, marode Gebäude	<p>Auch in anderen Ost-Bezirken wie Treptow-Köpenick, Marzahn-Hellersdorf und Pankow sowie in Spandau wachsen die Schülerzahlen stetig an. Hier entstehen besonders viele Wohngebiet. Leider hat man etliche Schulgebäude vor Jahren abgerissen, die nun wieder gebraucht würden. Wegen des anhaltend starken Zuzugs hat Berlin die bisherigen Erwartungen deutlich übertroffen.</p>	Berliner Zeitung, 31.05.2016, S. 12	Anwohner; (Stadt-)Politik; Geflüchtete	Benachteiligung; Fremdenfeindlichkeit	<p>Negative Wirkung: Zurückgebaute und verfallende Schulgebäude sowie Mangel an Kita- und Schulplätzen bewirken Vulnerabilitätsregime der Benachteiligung und schüren Ablehnung der Bevölkerung gegenüber Geflüchteten.</p>
	<p>Wie bei den Kita-Plätzen ist auch hier der zusätzliche Bedarf in Berlin ungleich verteilt. Besonders viele zusätzliche Schulplätze werden in Lichtenberg und in Marzahn-Hellersdorf benötigt, gross ist der Bedarf auch in Treptow-Köpenick und Pankow.</p>	Berliner Zeitung, 27.03.2013, S. 16				
	<p>Er stapft durch den Regen los, will dem Gast seinen Wahlkreis zeigen. Vor der Ebereschen-Schule, einem Plattenbau, der bessere Zeiten gesehen hat, bleibt er stehen. Sein Sohn ging bis vor dem Wechsel aufs Gymnasium hier zur Schule. Lindemann sass im Elternausschuss. "Hier werden dringend neue Fenster gebraucht, aber es heisst, es ist kein Geld da." Er geht weiter, vorbei an der Jugendverkehrsschule, die der Bezirk schloss und erst wieder öffnete, als er, Lindemann, die Schliessung im Wahlkampf thematisierte, weiter durch die Ahrensfelder Berge, wo Mülleimer und Bänke fehlen,</p>	Berliner Zeitung, 18.10.2016, S. 3				
	<p>Da ist der 61-Jährige, der sich darüber aufregt, dass für Flüchtlinge Wohnungen gebaut würden, während im Stadtteil die Schulen verfallen und nicht mal mehr die Gehwege ordentlich geputzt werden.</p>	Berliner Zeitung, 21.09.2016, S. 13				

		<p>Warum seien 16 Millionen Euro für ein Flüchtlingsheim da, aber kein Geld für neue Schulfenster?</p>	<p>Berliner Zeitung, 18.10.2016, S. 3</p>						
		<p>Die meisten neuen Kitaplätze werden nach dem neuesten Bedarfsatlas der Bildungverwaltung in Marzahn-Hellersdorf gebraucht. Hier haben alle Regionen einen steigenden Bedarf an Plätzen - es gibt dabei schon jetzt keine Reserven mehr oder nur geringe Reserven.</p>	<p>Berliner Zeitung, 17.03.2015, S. 14</p>						
		<p>Im Rest der Stadt muss nachgeholfen werden; sonst droht Unterversorgung. Dies gilt insbesondere für Marzahn-Hellersdorf, wo alle Regionen einen hohen bis mittleren Bedarf an neuen Plätzen haben.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 17.03.2015, S. 16</p>						
		<p>Er ist zweieinhalb, er soll eigentlich längst zur Kita gehen, damit Schneiders Freundin ihre Ausbildung beenden kann, damit sie sich eine gemeinsame Wohnung suchen können. Aber man hat ihnen gesagt, es gebe keinen Kitaplatz für ihren Sohn. Er wisse nicht recht, wie es weitergehen solle, sagt Schneider.</p>	<p>Berliner Zeitung, 21.09.2013, MAG, S. VP 1</p>						
		<p>Und in Hellersdorf, wo Anwohner sagten, dass sie für ihre Kinder gern selbst Kita-Plätze hätten, bevor sie Neuankömmlinge willkommen heißen, haben sich nur wenige den NPD-Kundgebungen angeschlossen.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 29.08.2013, S. 7</p>						
		<p>Das Problem mit den Kitaplätzen bestand schon eine Weile, der Bezirk hat offenbar nicht gut geplant, doch als bekannt wurde, dass die leer stehende Schule in ein Flüchtlingsheim umgewandelt wird, da sah Ricardo Schneider einen Zusammenhang. Er bekam das Gefühl, dass da etwas nicht stimmte. Dass der Bezirk es nicht schafft, einen Kitaplatz für seinen Sohn zu schaffen, dann aber schnell ein ganzes Haus umbaut.</p>	<p>Berliner Zeitung, 21.09.2013, MAG, S. VP 1</p>						
	<p style="text-align: center;">Debatte um Abriss der Achard-Grundschule in Kaulsdorf</p>	<p>Innerhalb kürzester Zeit haben Bürger aus Marzahn-Hellersdorf über 4 500 Unterschriften gegen den unmittelbar bevorstehenden Abriss der Franz-Carl-Achard-Grundschule in Kaulsdorf gesammelt. Deshalb muss sich die Bezirksverordnetenversammlung nun erneut damit beschäftigen. "Wir hoffen, dass der Abriss aufgeschoben wird und Alternativen geprüft werden", sagt Elternvertreter Robert Schlack, der nun auch eine Bürgerinitiative gegründet hat, die in den nächsten Wochen Demonstrationen organisieren wollen. Das gut 100 Jahre alte Schulgebäude war Anfang September 2015 überraschend geräumt worden, weil Hausschwamm angeblich die Statik des Gebäudes gefährde und insbesondere der zweite Rettungsweg hätte gesperrt werden müssen.</p>	<p>Berliner Zeitung, 05.01.2016, S. 16</p>	<p style="text-align: center;">Anwohner; (Stadt-)Politik</p>	<p style="text-align: center;">Benachteiligung; Handlungsmacht</p>	<p>Ambivalente Wirkung: Marodes und vernachlässigtes Schulgebäude bewirkt Vulnerabilitätsregime der Benachteiligung und versuchte Instrumentalisierung durch AfD; erfolgreiche Protestaktionen der Anwohner zeugen jedoch von Wehrhaftigkeit und zivilgesellschaftlichem Engagement</p>			
		<p>Die Achard-Grundschule in Kaulsdorf aber gehört nicht zu seinen Glanzstücken, erst 5 000 Unterschriften empörter Bürger konnten jetzt verhindern, dass das 100 Jahre alte, vom Schwamm befallene Gebäude abgerissen wird.</p>	<p>Berliner Zeitung, 01.09.2016, S. 10</p>						
		<p>Dass das Thema im Berliner Wahljahr ein Aufreger ist, hat inzwischen auch die rechtspopulistische Alternative für Deutschland (AfD) entdeckt. Sie verteilte in Kaulsdorf Postwurfsendungen gegen den Abriss, wovon sich Heimatverein und Elternvertreter umgehend distanzieren.</p>	<p>Berliner Zeitung, 05.01.2016, S. 16</p>						

Vorkommnisse an Mozart-Gesamtschule in Hellersdorf	<p>Erstklässler trauen sich nicht mehr in die Schule, weil sie von älteren Mitschülern gehauen und in den Bauch getreten werden. Zweitklässler beleidigen Lehrer und Erzieher auf übelste Art und Weise. Und Drittklässler stürmen mit Spielzeug-Pistolen bewaffnet in das Erzieherzimmer und fordern die Pädagogen auf, sich auf den Boden zu legen. Es sind krasse Missstände, die der oberste Elternvertreter der Hellersdorfer Wolfgang-Amadeus-Mozart-Gemeinschaftsschule nun in einem Brandbrief an das Schulamt aufgeschrieben hat. "Ich denke, es wäre sinnvoll, Sicherheitsleute an unserer Grundschule einzusetzen, jedenfalls für eine gewisse Zeit", sagte Gesamtelternvertreter Francesco Malo der Berliner Zeitung. Eine Mutter berichtet in dem offenen Brief von Ranzen und Besen, die während der Unterrichtszeit aus geöffneten Fenstern flogen und von Schülern, die im zweiten Stock am geöffneten Fenster standen und lauthals "Halt's Maul, halt die Fresse etc." riefen.</p>	<p>Berliner Zeitung, 29.01.2016, S. 10</p>	(Stadt-)Politik; Eltern, Schüler & Lehrkräfte; Zivilgesellschaftl. Akteure/Vereine	Benachteiligung; Handlungsmacht	<p>Weitestgehend negative bis ambivalente Wirkung: Gewaltvorfälle und Überforderung an der Schule bedingen Vulnerabilitätsregime der Gewalt und Verwahrlosung sowie Versagen der Politik; Engagement und Abgrenzung der Eltern und Künstleraktionen gegen Zustände zeugt jedoch auch von Resilienzkonstruktionen</p>
	<p>Die Schüler der Hellersdorfer Wolfgang-Amadeus-Mozart-Gemeinschaftsschule proben in einem kleinen, stickigen Werkstatttraum an der Alten Börse in Marzahn ein Theaterstück über ihren Schulalltag ein. "Feuer!", heisst das Stück und handelt von Chaos, Gewalt und Erschöpfung an ihrer Schule.</p>	<p>Berliner Zeitung, 29.01.2016, S. 18</p>			
	<p>Die Regisseurin Cindy Ehrlichmann und ihr Team vom Theater o.N. haben Interviews mit Schülern und Lehrern geführt und zu dem Theaterstück "Feuer" verdichtet. Die Mozart-Gemeinschaftsschule geriet vor einigen Monaten in die Schlagzeilen, als ein Brandbrief besorgter Eltern öffentlich wurde. Darin beklagten sie Disziplinlosigkeit und Gewaltvorfälle an der Schule sowie die Untätigkeit vieler Lehrer. So hatten Schüler Erzieher mit Spielzeugpistolen bedroht. In der Folge tauschte die Bildungsverwaltung die Schulleitung aus und versetzte zwei offenbar überforderte Studienräte. Ein meterhoher Zaun soll nun errichtet werden, der schulfremden Jugendlichen den Zugang zum Gelände erschweren soll.</p>	<p>Berliner Zeitung, 29.06.2016, S. 18</p>			
	<p>Nach Bekanntwerden des Briefs gab es am Donnerstag ein eiliges Treffen von Schulaufsicht, Schulleitung und Elternvertretern, an dem auch Stefan Komoss (SPD), der Bezirksbürgermeister von Marzahn-Hellersdorf teilnahm. Der Vertreter der Bildungsverwaltung gab dort bekannt, dass mehrere Lehrer zum Schulhalbjahr auf eigenen Wunsch versetzt werden, darunter jener Lehrer, der die Grundschüler aus dem offenen Fenster Drohungen ausstossen liess.</p>	<p>Berliner Zeitung, 29.01.2016, S. 10</p>			
	<p>Ausserdem räumte die Bildungsverwaltung ein, dass die Klassen an der Schule im sozialen Brennpunkt unweit des Einkaufszentrums "Helle Mitte" deutlich zu gross gewesen seien. In drei 3. Klassen waren jeweils gut 30 Schüler. Zum neuen Schulhalbjahr werde nun eine vierte 3. Klasse eingerichtet. "Durch den verstärkten Zuzug in unseren Bezirk sind nun oft mehr Kinder in einer Schulkasse", sagte Komoss und räumte gleichzeitig ein, dass die Gemeinschaftsschule im sozial schwierigsten Bereich des Bezirks liegt. Viele Sozialhilfeempfänger und Alleinerziehende leben hier. Seit 2011 bietet auch die Arche in dortigen Räumen in der ersten grossen Pause den Schülern geschmierte Brote an.</p>	<p>Berliner Zeitung, 29.01.2016, S. 10</p>			

Bildungsstandorte/Flüchtlingsthematik	Einschulung von Flüchtlingskindern in MH	<p>In diesen Tagen geht für die Flüchtlingskinder in Hellersdorf der Unterricht los - in eigenen Klassen. Die Kolibri-Grundschule hat in einem Schreiben die Eltern darüber informiert, dass die Schule die Kinder der Flüchtlinge unterrichten wird. Auch an der Konrad-Wachsmann-Oberschule soll es eine Gruppe geben. "Die Kinder nichtdeutscher Herkunft werden in einer eigenständigen Klasse beschult", heisst es in dem Brief der Kolibri-Schule. Bei einigen Nutzern des Kurznachrichtendienstes Twitter hat der Tonfall dieses Briefs Empörung hervorgerufen. Sie vernehmen den Unterton, deutsche Eltern müssten nicht fürchten, dass ihre Kinder mit den Flüchtlingskindern gross in Berührung kommen. Das sei "Alltagsrassismus", so einige Twitterer. Die Schulleitung selbst wollte dazu keine Auskunft geben. Rektorin Gudrun Hennig verweist an das Schulamt, von dem sie zu der Elterninformation angewiesen worden sei. Die Büroleiterin von Bezirksbürgermeister Stefan Komoss (SPD) bestätigte, dass es an den Schulen Fragen von Eltern gegeben habe und die Briefe "Ruhe reinbringen" sollten. Es ist in Berlin durchaus üblich, neu zugezogene Kinder ohne Deutschkenntnisse in sogenannten Willkommensklassen zu unterrichten, bis sie dem Unterricht folgen können.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 22.08.2013, S. 7</p>	Schulen; rechtsradikale Organisationen; (Stadt-)Politik; Flüchtlingskinder	Spaltung [rechts/solidarisch]; Fremdenfeindlichkeit	<p>Ambivalente Wirkung: Information über Einschulung von Kindern Geflüchteter deckt Regime der Ablehnung/Fremdenfeindlichkeit auf vs. Reaktionen von Solidarität</p>
		<p>Seit Montag gehen die ersten 20 Mädchen und Jungen aus dem umstrittenen Hellersdorfer Flüchtlingsheim zur Schule. Sie wurden mit Schultüten in Grund- und Sekundarschulen der Umgebung begrüsst. Sechs Lehrer werden in sogenannten Willkommensklassen eingesetzt, wo die Kinder zunächst Deutsch lernen sollen.</p>	<p>Berliner Zeitung, 17.09.2013, S. 16</p>			
		<p>Sie befürchtet auch, dass sich die Auseinandersetzungen ums Heim verlagern: "Es gibt Sorgen, dass die Schulen ein neuer Ort dafür werden." Die rassistisch agierende BI hatte als "Willkommensgruss" für die Kinder der Asylbewerber ein Foto mit einer Schultüte im Internet veröffentlicht, Aufschrift: "Tschüss, war schön mit Dir". Prasad, die zu "Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession" lehrt, glaubt, dass es noch dauert bis die Flüchtlinge akzeptiert sind.</p>	<p>Berliner Zeitung, 17.09.2013, S. 16</p>			
	Kooperation Alice-Salomon-Hochschule mit Flüchtlingsheim	<p>Doch nun kommt Markus Geissler, 22, durch die Tür. Er studiert Soziale Arbeit an der Alice-Salomon-Hochschule, die hier seit dem vergangenen Oktober Vorlesungen abhält, heute zu "Rassismus und Migration". Auch er könne nicht einschätzen, wie die Bewohner sich fühlten, sagt er, aber die Anschläge zeigten ihnen ja, dass direkte Konfrontation vorherrsche. "Wir Studenten haben auch keinen direkten Kontakt zu ihnen, aber das wichtigste ist, hier zu sein und Solidarität zu zeigen."</p>	<p>Berliner Zeitung, 30.01.2014, S. 18</p>	Wissenschaft (ASH-Prof & Studierende); (Stadt-)Politik; Geflüchtete	Spaltung [rechts/solidarisch; MH]; Fremdenfeindlichkeit; Solidarität; Handlungsmacht	<p>Positive Wirkung: Engagement der ASH durch Aktionen im Flüchtlingsheim sowie Bereitstellung von Räumlichkeiten und Infrastruktur für Geflüchtete als Reaktion auf fremdenfeindliche Vorfälle; macht jedoch auch gleichzeitig die Zerrissenheit und die Spaltung im Bezirk deutlich.</p>
		<p>"Unsere ganze Hochschule steht gegen Rassismus", sagt Professorin Theda Borde, die Rektorin der ASH. Studenten waren bereits in den letzten Wochen aktiv in der Flüchtlingshilfe. Mit Semesterbeginn am 1. Oktober wird das verstärkt. So wird es in einem Raum im Flüchtlingsheim Lehrveranstaltungen geben. "Englischsprachige Seminare können auch Heimbewohner besuchen", sagt Nivedita Prasad. In der Hochschule sollen ebenfalls Veranstaltungen stattfinden. Gedacht sei an einen Deutschkurs, aber auch an Kurse zur Gesundheitsförderung und an Kulturveranstaltungen, sagt Borde. Damit Frauen aus dem Heim kommen können, wollen Studenten eine Kinderbetreuung organisieren. "Und ab 1. Oktober werden wir jeden Freitag zwischen 13 und 18 Uhr unser Computerzentrum für die Flüchtlinge bereitstellen", kündigt die Rektorin an. Die könnten dann kostenlos per Internet mit ihren Familien in den Herkunftsländern Kontakt halten. Auch die Bibliothek und die Mensa werde ihnen offen stehen.</p>	<p>Berliner Zeitung, 17.03.2013, S. 16</p>			

		Mit Tafel, Beamer und Computern ist der Seminarraum im Hellersdorfer Flüchtlingsheim ausgestattet. Ab dieser Woche unterrichten hier Dozenten der Alice-Salomon-Hochschule (ASH) bis zu 50 ihrer Studenten. Dabei geht es um Seminare aus dem Fachbereich Soziale Arbeit. An den englischsprachigen Kursen können auch die Heimbewohner teilnehmen. "Wir wollen im Heim präsent sein und dafür sorgen, dass die Flüchtlinge mit anderen Menschen ins Gespräch kommen", erklärt Nivedita Prasad, Professorin an der ASH. "Wir wünschen uns ein vertrauensvolles Verhältnis zu den Bewohnern. Aber wir werden uns nicht aufdrängen."	Berliner Zeitung, 17.10.2013, S. 19			
		Künftig sollen aber die Studenten nicht nur in das Heim kommen, sondern die Flüchtlinge auch in die Hochschule. Bibliothek und Café stehen den Heimbewohnern offen, ebenso der Computerraum. "Jeden Freitagnachmittag können sie dort mit ihren Familien und Freunden in der Heimat Kontakt aufnehmen oder Arbeiten am PC erledigen", erklärt sie. Damit die Flüchtlinge den Weg in die Hochschule finden, wollen die Professorin und ihre Studenten die Wegbeschreibung auf Flyer drucken oder persönlich erklären. "Zwei meiner Studenten arbeiten ab kommender Woche als Praktikanten in dem Heim", ergänzt Prasad. Beide seien in der Arbeit mit Flüchtlingen ausgebildet. Sie begleiten die Bewohner zu Behördenterminen und helfen beim Deutsch lernen.	Berliner Zeitung, 17.10.2013, S. 19			
		"In dieser Woche hängen wir Poster mit den wichtigsten Informationen auf. Darauf soll aber nicht nur stehen, was wir machen. Wir fragen auch, was sich die Flüchtlinge wünschen." Für die kommenden Monate hat Prasad schon Ideen: Filmabend, mehrsprachiger Poetry Slam und Gedichtelesung. "Wir möchten den Flüchtlingen auch kulturelle Angebote machen.	Berliner Zeitung, 17.10.2013, S. 19			
		"Die rassistischen Ausschreitungen in Hellersdorf im Sommer sind der Grund für die Einrichtung des Seminarraums. "Wir waren entsetzt und haben überlegt, wie wir helfen können", sagt Prasad. Theda Borde, Rektorin der ASH, bekam nach Gesprächen mit Franz Allert, Präsident des Landesamtes für Gesundheit und Soziales, die Zusage für den Seminarraum.	Berliner Zeitung, 17.10.2013, S. 19			
Verkehrsanbindung	Verkehrsanbindung	Hellersdorf - wo liegt das noch mal? Eine halbe Stunde vom Alexanderplatz, mit der S-Bahn Richtung Strausberg, umsteigen in Wuhletal, dann noch ein paar Stationen mit der U5. Eigentlich machbar.	Der Tagesspiegel, 28.05.2016, S. 3	(Stadt-)Politik	Wohlfühl	Positive Wirkung: MH als infrastrukturell gut angebundener Bezirk trotz Randlage
		Auch die Verkehrsanbindung sei hervorragend, sagt Lemm,	Berliner Zeitung, 11.08.2016, S. 3			

Tabelle B.2. 7: Qualitative Analyse des Diskurszeitraums 2013-2016/Diskurskategorie Sport/Freizeit/Kultur

Diskurskategorie: Sport/Freizeit/Kultur						
Sub-kategorie I	Sub-kategorie II	Segment	Quelle	Elemente / Akteure	Regime	Wirkung/Verschiebung: Dominanzverhältnisse
Freizeit & Kultur	Aktionorientierte Auendarstellung des Bezirks	Christian Gräff, 35, leitet die Abteilung für Wirtschaft und Stadtentwicklung in Marzahn-Hellersdorf. In dieser Funktion verantwortet der Stadtrat, Mitglied der CDU, viele Grossprojekte des Bezirks, der sich vom 16. bis zum 25. Mai in den Potsdamer Platz Arkaden Einheimischen und Touristen präsentiert. Herr Gräff, Ihr Bezirk rückt jetzt in die Mitte der Stadt. Was versprechen Sie sich davon? Wir haben ja seit einem knappen Jahr eine Agentur, mit der wir Standort-Marketing machen möchten. Von Anfang an gab es die Idee, mitten in der Stadt mal zu sagen, was wir in Marzahn-Hellersdorf so alles haben. Wir sind sehr dankbar, dass wir die Potsdamer Platz Arkaden als Partner gefunden haben. Wir werden dort neben den Berlinern und Brandenburgern insbesondere auch den Touristen Seiten zeigen, die sie vielleicht noch gar nicht kennen.	Berliner Zeitung, 12.05.2014, S. 17	(Stadt-)Politik; Zivilgesellschaftliche Akteure/Vereine	Neoliberalismus; Natur & Klimaschutz; Stigmatisierung; Innovation	Ambivalente Wirkung: Aktionen zur Verbesserung des Bezirksimages, gleichzeitig jedoch auch Aufzeigen negativer Klischees.
		Kann denn fliegen schöner sein? Nein! So frei schwebt nicht mal ein Hubschrauberpilot in seinem gläsernen Cockpit über der Stadt. Unter den Füßen nur ein Gitterrost. Durch den Boden fällt der Blick ohne Halt hinab. Gut siebzig Meter tief bis zu den Baumkronen der Marzahner Promenade. Nichts für Schwindelanfällige. Dieser Balkon reicht von der Dachkante des 23-Geschossers an der Raoul- Wallenberg-straße 40/42 in Marzahn etliche Meter über den Abgrund hinaus. Willkommen auf dem "Skywalk" im ungeteilten Himmel über Berlin. Hier liegt die Einheit zu Füßen. Wie einst die Kamera in Wim Wenders 1987 gedrehtem Filmklassiker "Der Himmel über Berlin" fährt das Auge über die Stadt. Heute, 28 Jahre später, aber grenzenlos. Ganz in der Nähe liften Kräne die Stahlträger für die neue Tropenhalle auf dem künftigen Areal der Internationalen Gartenausstellung IGA 2017 in Marzahn, fern im Westen grüssen Funkturm und ICC.	Der Tagesspiegel, 04.10.2015, S. 9			
		Krause öffnet die verglaste Tür zur Gitterkonstruktion. Erste Schritte auf einer Himmelsleiter. Die führt aussen an der Fassade entlang mehr als vierzig Stufen hinauf zur Plattform. Auf halber Strecke kann man auf dem Skywalk-Balkon wie auf einem Sprungbrett weit hinauslaufen. Festhalten am sonnenwarmen Geländer, selbst in dieser Höhe ist der Wind eingeschlafen. Weit schweift der Blick bis zu den Müggelbergen, zum Zementwerk Rüdersdorf. Vor allem das östliche Umland und die einstige Hauptstadt der DDR sind von hier gut zu sehen. Ganz nah dran die Windmühle im Dorf Marzahn, die Gärten der Welt, auch das neue Containerdorf für die Flüchtlinge.	Der Tagesspiegel, 04.10.2015, S. 9			
		Der Geoökologiestudent wohnt seit mehr als 20 Jahren in Marzahn. Krause gehört zum Helferteam, das Besucher ehrenamtlich hinaufführt. Das macht er, weil ihn schon lange die vielen Vorurteile über seinen Bezirk ärgern. Öde Plattenbausiedlung - von wegen. Endlich kann er mal "vielen Menschen zeigen, wie schön grün und lebenswert Marzahn mit seinen breiten Baumalleen ist".	Der Tagesspiegel, 04.10.2015, S. 9			

		<p>Endlich. Endlich wagt es mal jemand, das Negativ-Image von Marzahn ironisch infrage zu stellen. Viele, die Marzahn nicht kennen, denken bei dem Ortsteil zuerst an Plattenbausiedlungen, dann vielleicht noch an Cindy aus Marzahn, die eigentlich in Wilmersdorf lebt. Aber wer denkt schon an die Gärten der Welt? An die bevorstehende Internationale Gartenausstellung 2017? Die Mühle? Viel zu wenige. Eine Gruppe Marzahner will jetzt den Schriftzug MARZAHN in grossen Buchstaben auf den Ahrensfelder Bergen (114,5 Meter) aufstellen - nach dem Vorbild des Schriftzugs HOLLYWOOD in den Hollywood Hills. Es könnte der Anfang einer wunderbaren Geschichte werden.</p>	<p>Berliner Zeitung, 05.06.2015, S. 15</p>			
		<p>Dass Marzahn darauf mit MARZAHN antworten will, zeugt nicht nur von Selbstbewusstsein, sondern von viel Humor. Ganz bestimmt wird auch schon an einer Marzahner Variante des Songs "Hollywood Hills" der Band Sunrise Avenü gearbeitet. Wenn man Hollywood durch Marzahn ersetzt, würde der Refrain so lauten: "Auf Wiedersehen Marzahn Hills! Ich werde euch vermissen, wo auch immer ich hingehe. Ich werde zurückkommen, um wieder diese straßen entlang zu gehen. Auf Wiedersehen Marzahn Hills, für immer." Klingt gut. Die Idee zeugt von Selbstbewusstsein. Die Künstlerinnen Karoline Köber und Nicole Mühlberg wollen auf den Ahrensfelder Bergen einen riesigen Schriftzug installieren: Die 12 Meter hohen Buchstaben M A R Z A H N werden über den Baumwipfeln zu sehen sein und sollen zu einem Wahrzeichen werden. Die beiden Künstlerinnen wollen ein positives Gefühl erzeugen und Touristen neugierig auf diesen Stadtteil machen.</p>	<p>Berliner Zeitung, 05.06.2015, S. 15</p>			
		<p>Werbung kann auch Marzahn-Hellersdorf gebrauchen. Zumindest aber soll das falsche Image, das Marzahn immer noch anhängt, verschwinden, meinen Karoline Köber und Nicole Mühlberg. Sie ärgert, wenn einseitige und falsche Klischees wie Betonwüste, Plattenbau, Schlafstadt gebraucht werden und die Menschen lediglich mit Cindy aus Marzahn assoziiert werden. Die Künstlerinnen halten dagegen, dass in ihrem Marzahn zum Beispiel mit dem Rückbau der Ahrensfelder Terrassen gezeigt wurde, wie man die Betonwüste besiegen kann. Wie aus Grau Bunt wurde. Marzahn sei "erstaunlich grün, ruhig und kulturell", sagen sie.</p>	<p>Berliner Zeitung, 05.06.2015, S. 15</p>			
		<p>Bürgermeister Stefan Komoss (SPD) findet das Projekt Marzahn Hills "interessant und spannend, mit einem charmanten Augenzwinkern". Und Baustadtrat Christian Gräff (CDU) sagt: "Wir unterstützen die Idee." Das Projekt sei realistisch, die Künstlerinnen müssten aber die Finanzierung sichern. Die Kosten werden auf 200 000 Euro geschätzt. Möglicherweise könnte es eine ähnliche Lösung wie in Hollywood geben: Dort haben Künstler und Sponsoren Patenschaften über einzelne Buchstaben übernommen.</p>	<p>Berliner Zeitung, 05.06.2015, S. 15</p>			

Freizeiteinrichtungen in MH	<p>Das Kulturangebot könnte besser sein, angefangen bei der nahen Bibliothek, deren Angebot Elke Wiegand zu schmal findet. Auch ein Buchladen und ein Programmkino fehlen - viele Gewerbeflächen, wo diese einziehen könnten, stehen leer.</p>	<p>Berliner Zeitung, 14.10.2016, S. 16</p>	Anwohner; (Stadt-)Politik; Wirtschaft	Wohlfühl; Benachteiligung; Neoliberalismus	<p>Ambivalente Wirkung: z.T. Belobung und Ausbau vorhandener Angebote, z.T. Beschwerde über nicht vorhandene oder verfallende Einrichtungen und zu wenig Berücksichtigung von Anwohnerinteressen.</p>
	<p>was fehle, sei die soziale Infrastruktur: also Kinos, Cafés, urbane Plätze.</p>	<p>Berliner Zeitung, 11.08.2016, S. 3</p>			
	<p>Das Bezirksparlament hatte sich jedoch gewünscht, dass das Sojus erhalten bleibt und wieder kulturell genutzt wird. Kritik kommt deshalb von der Abgeordneten Regina Kittler (Linke): Es verschwinde ein Ort, der für viele Marzahner mit guten Erinnerungen und Geschichte verbunden ist, sagt sie. Gräff kontert: Dann hätte die Kulturstadträtin der Linken für eine kulturelle Wiederbelebung des Sojus sorgen können. Neue Kultureinrichtungen etwa eine Galerie könnten bei der bevorstehenden Sanierung des Rathauses Marzahn entstehen, so Gräff. Das Kino Sojus wurde im ersten Wohngebiet der Grosssiedlung Marzahn errichtet. Gebaut wurde es von den Architekten Wolf R. Eisentraut und R. Kabisch. Es war aussen und innen mit weissem Kunststein verkleidet. Nicht nur Filme wurden gezeigt, dort fanden auch Jugendweihe-Feiern statt. 2007 wurde das Haus geschlossen. Nun will es der Investor erwerben - und abreißen.</p>	<p>Berliner Zeitung, 24.08.2016, S. 12</p>			
	<p>Wie Baustadtrat Christian Gräff (CDU) am Dienstag sagte, soll das marode Haus an der Allee der Kosmonauten jetzt abgerissen werden. Neu entstehen wird an dessen Standort ein Rewe-Supermarkt mit 1 400 Quadratmetern Verkaufsfläche. Auf dessen Dach sind drei weitere Geschosse mit seniorengerechten Wohnungen für 100 Bewohner sowie eine Dachterrasse vorgesehen. Und auf einem bisher ebenerdigen Parkplatz wird nun ein Parkhaus mit 280 statt bisher 230 Plätzen errichtet. Investor ist die private Regie Bauträgergesellschaft, die das Konzept seit 2015 zusammen mit dem Bezirk entwickelt hat. 15 Millionen Euro will das Unternehmen investieren. Anfang 2017 soll mit dem Abriss des einst beliebten Sojus begonnen werden, Ende 2018 sollen die Neubauten eröffnen. "Das Konzept ist das Optimum. Wir bekommen eine gute städtebauliche Lösung, es werden Sozialeinrichtungen geschaffen. Und den Anwohnern war es wichtig, dass kein Parkplatz verschwindet", sagt Gräff. In den vergangenen Jahren wurde bereits die westliche Hälfte des Helene-Weigel-Platzes erneuert, nun ist die östliche an der Reihe</p>	<p>Berliner Zeitung, 24.08.2016, S. 12</p>			
	<p>Mit ihren Enkelinnen unternimmt sie viel. Sie spaziert mit ihnen zum Entenfüttern zur Brücke, die über den Springpfuhl führt. Manchmal fährt sie mit ihnen nach Alt-Marzahn zum Tierhof. Oder zu den Gärten der Welt. Oder sie besuchen die Schwimmhalle. Dreimal in der Woche ist Elke Wiegand mit ihrer Freundin für einen morgendlichen Vier-Kilometer-Walk auf dem nahen Sportplatz verabredet: "Das ist ein schöner Tagesanfang." Am Helene-Weigel-Platz gibt es Supermärkte, einen Bioladen, Bäcker, eine Post und Drogerie, auch einen Markt, auf dem Elke Wiegand ihr Gemüse und jedes Jahr die Weihnachtssente kauft</p>	<p>Berliner Zeitung, 14.10.2016, S. 16</p>			
	<p>Der Quartiermanager schwärmt von den vielen Angeboten in der Nachbarschaft, dem Trimm-dich-Pfad, der kürzlich eingerichtet wurde, der Umgestaltung des einst trostlosen Barnimplatzes</p>	<p>Berliner Zeitung, 21.09.2016, S. 13</p>			

		<p>Eine der Lücken hat das Projekt "JUWEL - Jugendliche wollen erfolgreich leben" mit Leben gefüllt. "Helle Oase" heisst der Bürgergarten, wo die Ideen der Einwohner hier umgesetzt wurden: Hochbeete, Boulebahnen, eine Chillecke mit Hängematten und eine selbst gebaute Fläche für den Parcours-Sport. Der Verein Kids & Co hat dafür schon den Deutschen Naturschutzpreis bekommen. Nun ist er als eines von 18 Projekten aus ganz Deutschland für den Preis Soziale Stadt nominiert. "Das ist auch eine Aufgabe von Quartiersmanagern, auf solche Wettbewerbe aufmerksam zu machen oder bei der Antragsstellung für Fördertöpfe zu helfen", sagt Karla Stierle. Stolz sind sie und Irina Warkentin auf das Kinderforschungszentrum Helleum. Dafür wurde sogar ein Neubau geschaffen. Vor- und Grundschulkindern können sich hier naturwissenschaftlich-technisch bilden. Jetzt ist das Haus von Schulklassen ein halbes Jahr im Voraus ausgebucht. Für Eltern und Kinder, die spontan vorbeikommen wollen, gibt es wöchentlich quartiersoffene Angebote.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 28.05.2016, S. 3</p>			
		<p>Die Anwohner wünschten sich ausserdem, dass die Gestaltung an den Komponisten erinnere. So sitzen jetzt auch Mackie Messer und die Seeräuber-Jenny mit im Park. Sicher, Hellersdorf ist und bleibt am Stadtrand. Dass es hier etwas Sehenswertes gibt, vermutet man nicht unbedingt. Gibt es aber: Nach mehrjähriger Pause findet am Freitag, 3. Juni um 20 Uhr wieder ein Classic Open Air im Zentrum "Helle Mitte" statt.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 28.05.2016, S. 3</p>			
	<p>Einbezug Anwohnerinteressen / Bürgerbeteiligung</p>	<p>Dass Barbara Jungnickel überhaupt unterwegs ist mit ihrem kleinen Café, ist dem Sommer 2013 zu verdanken. Damals entstand in einer ausgedienten Schule in der Carola-Neher-straße in Hellersdorf ein Flüchtlingsheim, es gab Bedenken von Anwohnern, es gab Protest, es gab sogar Anschläge auf das Heim. Die evangelische Kirchengemeinde, die gleich um die Ecke in der Glauchauer Straße ihren Sitz hat, erlebte all das mit. "Wir hatten damals den Eindruck, dass viele Anwohner bei den Rechten mitlaufen, weil sie nicht angehört wurden", erinnert sie sich. Die Gemeinde beschloss, den Menschen zuzuhören, und schickte Barbara Jungnickel in die Spur. Mit Bollerwagen, Tischchen, Tee und Kaffee. "Ich kann gut auf Leute zugehen", begründet die Gemeindepädagogin, dass die Wahl auf sie fiel.</p>	<p>Berliner Zeitung, 10.08.2016, S. 14</p>	<p>(Stadt-)Politik; ev. Kirchengemeinde; Anwohner</p>	<p>Handlungsmacht</p>	<p>Positive Wirkung: Anwohner können mitbestimmen und fühlen sich gehört und verstanden statt bevormundet.</p>
		<p>Seit fast zwei Jahren ist die 53-Jährige mit ihrem "Café auf Rädern" im Schleipfuhlviertel in Hellersdorf unterwegs, zweimal pro Woche, ehrenamtlich. Mal steht sie - wie an diesem Tag - vor dem U-Bahnhof Cottbusser Platz, mal auf dem Boulevard Kastanienallee, manchmal auch am U-Bahnhof Neue Grottkauer Straße. Ihr Ziel: Da zu sein für ein Gespräch. Und Gespräche führt sie, jedes Mal. "Los geht es immer mit Small Talk", sagt sie. "Der Rest ergibt sich."</p>	<p>Berliner Zeitung, 10.08.2016, S. 14</p>			
		<p>Um Gott oder gar um Bekehrung geht es ihr nicht, sagt sie. "Ich lebe selbst in Hellersdorf, ich bin 1989 hierher gezogen", sagt sie. Sie verstehe, was die Leute bewegt - "auch wenn ich ihre Ansichten nicht teile." Längst weiss man im Bezirk von der Frau mit dem kleinen Caféwagen; schon mehrfach erzählte sie Bezirkspolitikern, was die Leute bewegt. Auch für sie selbst, sagt Barbara Jungnickel, seien die Begegnungen mit den Menschen ein Gewinn. "Es ist der richtige Weg, den wir hier eingeschlagen haben."</p>	<p>Berliner Zeitung, 10.08.2016, S. 14</p>			
		<p>Der Gehweg vor Ihrer Haustür sollte dringend saniert werden? Die Sporthalle braucht ein neues Dach? Oder die Schule moderne Computer? Wünsche wie diese können Bürger in Marzahn-Hellersdorf einbringen. Finden sich genügend Unterstützer, werden die Vorschläge umgesetzt, auf Kosten des Bezirks. Das ist das Konzept des Bürgerhaushalts. Die Idee kommt aus dem brasilianischen Porto Alegre. In Berlin gibt es Bürgerhaushalte in Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf. "Das ist der Königsweg, die Bürger wirklich zu beteiligen", sagt Bezirksbürgermeister Stefan Komoss (SPD). Am 1. November startet in Marzahn-Hellersdorf die neue Entscheidungsrunde für den Bürgerhaushalt 2018/19.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 24.10.2016, S. 8</p>			

		Die BVV hat auch beim Bürgerhaushalt das Haushaltsrecht. Sie ist nicht verpflichtet, die Vorschläge umzusetzen. "Aber der politische Druck ist hoch", sagt Komoss. Die meisten Bürger, die sich bisher am Bürgerhaushalt beteiligt haben, waren mindestens 50 Jahre alt. Deshalb versucht der Bezirk, gezielt Kinder und Jugendliche anzusprechen. Auch sie dürfen mitmachen, es gibt kein Mindestalter. Damit die Jüngsten etwas von dem Angebot mitbekommen, werden Workshops in Schulen und Jugendklubs veranstaltet. Und auch nicht deutschsprachige Bewohner sollen erreicht werden, für sie gibt es Flyer auf Vietnamesisch und Russisch. "Beim letzten Mal hatten wir 400 Vorschläge", sagt Komoss. Ein sehr gutes Ergebnis, findet er. 30 sollten umgesetzt werden, realisiert sind bisher nur zwei. "17 sind in Bearbeitung", sagt Komoss. Die übrigen 11 werden am Ende des Haushaltsjahrs verfallen. Für die Bürger könnte das ein Ansporn sein, jetzt neue Vorschläge einzubringen.	Der Tagesspiegel, 24.10.2016, S. 8			
Freizeit & Kultur / Flüchtlingsthematik	Anwohnerinteressen vs. politisch gesetzte Flüchtlingsinteressen	Am Freitagabend sollte die Werkschau feierlich eröffnen. Doch die Vernissage fällt aus, die Künstlerin hat abgesagt. Sie darf nur einen Teil ihrer etwa 50 Bilder ausstellen. Sechs Zeichnungen wurden vor einigen Tagen abgenommen. Es sind die Aktbilder. "Das ist Zensur", sagt Susanne Schüffel. Sie ist wütend. Am vergangenen Montag erfuhr die 46-jährige Berliner, dass ihre Aktbilder "mit Rücksicht auf Muslime" nicht auf den Fluren der Volkshochschule gezeigt werden dürften. So habe es der stellvertretende Leiter der Volkshochschule, Gotthard Hänisch, erklärt. Muslime könnten sich beim Anblick der Zeichnungen "unangenehm berührt fühlen", erfuhr sie. Muslime, darunter auch aus dem Flüchtlingsheim in der Carola-Neher-Straße, besuchen in der Volkshochschule Deutschkurse. Susanne Schüffel kann die Begründung des Vize-Chefs nicht akzeptieren.	Berliner Zeitung, 09.11.2013, S. 21	Anwohner; Geflüchtete; (Stadt-)Politik	Benachteiligung; Fremdenfeindlichkeit	Negative Wirkung: Anwohner fühlen sich durch Dasein Geflüchteter benachteiligt, Abwehrhaltung bedingt fremdenfeindliche Außenwirkung, aber auch Unverständnis ggü. politischen Entscheidungen.
		Ricardo Schneider und seine Freundin hielten an und guckten. Er dachte nicht an die Schicksale der Menschen hinter den Vorhängen, er dachte daran, dass es in der ganzen Umgebung keinen sauberen Spielplatz für seinen Sohn gibt.	Berliner Zeitung, 21.09.2013, MAG, S. VP 1			
		Warum braucht man überhaupt noch so viele Plätze für Flüchtlinge, wenn doch kaum noch jemand kommt - sollte man nicht die Unterkunft in der Wittenberger Straße zum Jugendklub machen?	Berliner Zeitung, 18.10.2013, S. 3			
	Engagement für Geflüchtete in MH	Auf den ersten Blick ähnelte die Aktion einem grossen fröhlichen Umzug: Mehr als 250 Menschen bildeten am Sonnabendnachmittag in Hellersdorf eine Kette und reichten einander gepackte Kartons und andere Utensilien. Doch es war kein Umzug, sondern eine Solidaritätskette für die Hellersdorfer Flüchtlinge. Vom Cottbusser Platz bis zur Carola-Neher-Straße, wo ihr Heim steht, transportierten die Teilnehmer der Menschenkette gesammelte Spenden. Wie der Sprecher der Initiative "Hellersdorf hilft", Stephan Jung, sagte, wollte man andere ermutigen, sich für Menschen in Not einzusetzen. In den Paketen waren vor allem Kleidung, Küchenutensilien und Spielzeug. Aber auch Kinderwagen, Tretroller und Fahrräder wurden durch die Kette gereicht. Insgesamt kamen rund 220 Kartons mit Spenden zusammen.	Berliner Zeitung, 07.10.2013, S. 15	Anwohner; (Stadt-)Politik; Zivilgesellschaftliche Akteure/Vereine	Solidarität; Handlungsmacht; Fremdenfeindlichkeit; Kulturelle Vielfalt	Positive Wirkung: Initiativen wirken gegen Dominanz rechter Regime; Einbindung von Anwohnern stärkt Gefühl der Handlungsmacht und Gemeinschaft.
Genau 220 mit Spenden gefüllte Umzugskartons waren es, die am 5. Oktober durch eine Menschenkette zum Hellersdorfer Flüchtlingsheim transportiert wurden. Die Kette mit 250 Teilnehmern war nicht gebildet worden, um Geld für Lieferfahrzeuge zu sparen, sondern um ein sichtbares Zeichen für Solidarität mit den Asylbewerbern zu setzen.	Berliner Zeitung, 29.10.2013, S. 16					

		<p>"Wir wollten etwas dagegen setzen", sagt Stephan Jung, einer der Initiatoren der Bürgerinitiative "Hellersdorf hilft Asylbewerbern". Schon im Juni gegründet, wuchs sie mit den Auseinandersetzungen um das Heim. Ihr Hauptanliegen wurde eine Willkommenskultur für die Flüchtlinge in Hellersdorf zu schaffen, den Menschen Hilfe zu geben und die Angebote zu koordinieren. "Viele Leute haben gespendet. Sie haben Kleidung gebracht, aber auch Spielzeug, Kücheninventar und Schulmaterialien", erzählt Jung.</p>	<p>Berliner Zeitung, 29.10.2013, S. 16</p>			
		<p>Die Helfer der Asylbewerber suchen jetzt einen Raum im Kiez, wo sie ständig mit ihren Hilfsangeboten präsent sein können. "Gespräche über die Nutzung eines leerstehenden Ladenlokals am Boulevard Kastanienallee als Begegnungsstätte laufen", sagt Jung. Er hoffe, dass diese Anfang des nächsten Jahres eröffnet werden kann. Auch weitere Spenden nimmt die Initiative entgegen. "Es kommen ja immer neue Flüchtlinge an, die Sachen brauchen", sagt er.</p>	<p>Berliner Zeitung, 29.10.2013, S. 16</p>			
		<p>Wie schnell sich doch eine neue Abkürzung verbreiten kann. "Laloka" jedenfalls ist in Hellersdorf seit einem Jahr ein Begriff, und das nicht nur bei vielen Anwohnern zwischen den U-Bahnhöfen Hellersdorf und Cottbuser Platz. Auch Flüchtlingen aus Afghanistan, Syrien, dem Iran, dem Irak, aus Libanon oder vom Balkan kommt "Laloka" ziemlich leicht über die Lippen. Zu Deutsch heisst es ausgeschrieben "Ladenlokal". Ausgedacht hat sich die Verkürzung der Verein "Hellersdorf hilft", der in der Schneeberger strasse 17 im Erdgeschoss leer stehende Geschäftsräume mietete. Es ist buchstäblich eine Begegnungsstätte geworden. Flüchtlinge und Asylbewerber aus der nahen Unterkunft nutzen hier das Internetcafé, um Kontakt zu den Familienangehörigen und Freunden in der Heimat aufzunehmen. Dabei treffen sie dann auf Hellersdorfer, die das Internet für ganz andere Sachen nutzen.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 31.08.2015, S. 10</p>			
		<p>Es klappt gut miteinander auf der 105 Quadratmeter grossen Fläche. Das trifft auch auf die anderen Angebote wie Filmabende, Sprachunterricht, Suche nach Wohnungen oder andere Dinge zu. Täglich kommen zwischen 50 und 70 Gäste in das "Laloka". Doch es geht immer öfter auch in die andere Richtung. Mit Workshops an Hellersdorfer Schulen will der Verein Vorurteile gegenüber Fremden bekämpfen und zur Solidarität aufrufen. Die Absprachen dafür beginnen im Ladenlokal. "Im festen Organisationskern arbeiten inzwischen 20 Leute aus allen Bevölkerungsschichten mit", erzählt Stephan Jung, Gründungsmitglied und Sprecher des Vereins. "Die Zahl der Unterstützer liegt aber bei rund 400."</p>	<p>Der Tagesspiegel, 31.08.2015, S. 10</p>			
		<p>Sicher bleibt am Aktionstag genügend Zeit für Gespräche zwischen Flüchtlingen und Einheimischen. An Gesprächsstoff dürfte es nicht mangeln. Denn in den zwei Jahren des Bestehens ist im Verein und durch ihn viel passiert. Die Idee dazu war von einer Gruppe engagierter Hellersdorfer spontan im Sommer 2013 geboren worden. Studenten, selbstständige Unternehmer, Lehrer, Journalisten und andere wollten damals der Vereinnahmung des Protestes gegen das geplante Asylbewerberheim durch die NPD etwas entgegensetzen. "Wir haben mit unserem Verein eine Plattform für die grosse Mehrheit geschaffen, die nichts mit den Neo-Nazis am Hut hat", meint Stephan Jung. Das negative Stimmungsbild über Hellersdorf, das durch die ausländerfeindliche Hetze geprägt worden sei, stimme jedenfalls nicht. Tatsächlich stiess beispielsweise der Aufruf, für die Flüchtlinge Sachen zu spenden, auf ein grosses Echo. Im Handumdrehen waren damals 250 Umzugskartons gefüllt, die der Verein "Hellersdorf hilft" demonstrativ durch Hellersdorf getragen hatte. Inzwischen kommen nicht nur Hellersdorfer in das "Laloka". Auch im benachbarten Marzahn hat sich die gute Atmosphäre herumgesprochen. Auch unter diesen Besuchern finden sich gewiss Interessierte, um am Aktionstag mitzuhelfen.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 31.08.2015, S. 10</p>			

		<p>Hellersdorf hilft: Marzahn-Hellersdorf ist und bleibt bunt - dieses Motto hat sich der Verein gegeben. Seit dem Sommer 2014 betreibt er am Kastanienboulevard im Nordosten Berlins gemeinsam mit Geflüchteten eine Begegnungsstätte, wenige Meter entfernt von der Hellersdorfer Unterkunft für Geflüchtete, die 2013 eröffnet worden war. Vor der Unterkunft hatte es wochenlang Proteste von Neonazis und Anwohnern gegeben, die für grosse Aufmerksamkeit in den Medien sorgten. In diesem Jahr hatte "Hellersdorf hilft" die unhaltbaren Zustände in der Unterkunft angeprangert und massgeblich dazu beigetragen, dass der Senat dem Betreiber kündigte.</p>	<p>Berliner Zeitung, 18.10.2016, S. 10</p>			
		<p>Seit einem Jahr ist auch "Hellersdorf hilft" aktiv, ein Verein, der sich rassistischer Stimmungsmache sofort entgegengestellt hat. "Es gab viele Bewohner, die Ängste hatten, die sich mobilisieren liessen", sagt Sprecher Stephan Jung. Und wer bislang NPD gewählt habe, werde es womöglich selbst dann wieder tun, wenn sich die Flüchtlinge völlig unkompliziert integrierten. "Aber wir haben die Erfahrung gemacht, dass sich Ängste durch Begegnungen abbauen lassen." Ähnliches berichtet Sozialstadträtin Dagmar Pohle (Linke). Weil es vor einem Jahr hiess, der Bezirk habe die Anwohner übergangen, hat Pohle vor ein paar Monaten allen Haushalten im Kiez einen Brief geschickt, um den Einzug neuer Flüchtlinge anzukündigen. "Langfristig wünsche ich mir aber, dass diejenigen, die bleiben, in eigene Wohnungen können."</p>	<p>Der Tagesspiegel, 06.08.2014, S. 7</p>			
		<p>Die Initiative, in der etwa 20 junge Leute mitwirken, die in Hellersdorf wohnen oder dort aufgewachsen sind, wird am Dienstag mit dem "Preis für Zivilcourage gegen Rechtsradikalismus, Antisemitismus und Rassismus" geehrt. Der vom Förderkreis "Denkmal für die ermordeten Juden Europas" ausgelobte Preis wird bei einem Charity Dinner im Hotel Adlon übergeben. Entgegennehmen wird ihn Luisa Seydel, eine der Sprecherinnen des parteienunabhängigen Bündnisses. Jung sagt, dass die Ehrung ein Ansporn sei, weiterzumachen. Denn noch längst nicht ist in Hellersdorf Normalität eingezogen.</p>	<p>Berliner Zeitung, 29.10.2013, S. 16</p>			
		<p>Träger des Preises für Zivilcourage war unter anderem die Berliner Initiative "Hellersdorf hilft", die dem Widerstand von NPD und anderen Rechtsextremisten gegen ein Asylbewerberheim entgegentrat.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 12.08.2015, S. 4</p>			
		<p>Der Titel der Veranstaltung auf dem Hellersdorfer Alice-Salomon-Platz ist brandaktuell: "Schöner leben ohne Nazis" heisst es dort am Sonnabend (14-20 Uhr). Doch das Fest ist keine direkte Reaktion auf die beschämenden Vorgänge um das Flüchtlingsheim im früheren Max-Reinhardt-Gymnasium. Es findet schon zum fünften Mal statt. In diesem Jahr werden sich mehr als 40 Institutionen, Parteien und Vereine mit Ständen und Bühnenprogrammen beteiligen.</p>	<p>Berliner Zeitung, 30.08.2013, S. 16</p>			
		<p>Heute ab 14 Uhr findet vor dem Hellersdorfer Rathaus auf dem Alice-Salomon-Platz zum fünften Mal das Demokratiefest "Schöner leben ohne Nazis" statt. Die Organisatoren wollen beweisen, dass Marzahn-Hellersdorf ein weltoffener Bezirk für Menschen aller Nationen ist.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 21.08.2013, S. 16</p>			

		<p>Am 24. September soll es auf einem Platz in der Nähe ein Nachbarschaftsfest geben. Dazu lädt auch die PeWoBe ein, das Unternehmen, das das Heim im Auftrag des Senats betreibt. Neben dem Heim sollen sich dort Sportvereine, Jugendclubs und Wohnungsgesellschaften den Anwohnern vorstellen. Einige im Bezirk kennen das Heim sogar schon von innen, dabei stammen sie aus Marzahn und nicht aus Mossul: Als im Mai ein Mann in Marzahn mit Gaskartuschen hantierte, löste er eine Explosion aus. Ein Hochhaus musste geräumt werden, einige Mieter kamen im Heim in der Maxie-Wander-straße unter, wo gerade ein paar Zimmer frei waren. Wie es weitergeht? Ein Nachbar - Typ: ordnungsliebender Gregor-Gysi-Fan - sagt: "Die Nazi-Lumpen bleiben weg, wenn genug Bürger zusammenstehen." Ein Syrer aus dem Heim, der sich auf den Weg zur U-Bahn gemacht hat, setzt sich noch kurz in den Schatten vor ein nahes Einkaufszentrum und trinkt mit einem Freund ein kühles Bier. André sagt: "Das hole ich mir jetzt auch. Das Heim bleibt, ditt steht fest. Gibt Schlimmeres."</p>	<p>Der Tagesspiegel, 06.08.2014, S. 7</p>			
		<p>Der Bürgermeister von Marzahn-Hellersdorf, Stefan Komoss (SPD), ist froh darüber, dass sich viele Bürger schon im Vorfeld engagiert zeigten, den Flüchtlingen ehrenamtlich helfen wollen, sie zum Beispiel beim Deutschlernen zu unterstützen oder bei Behörden-gängen zu begleiten.</p>	<p>Berliner Zeitung, 11.07.2015, S. 20</p>			
		<p>Um Solidarität für die in Hellersdorf erwarteten Flüchtlinge zu zeigen, haben 75 Aktivisten am Sonnabend rassistische Kreideschmierereien entfernt und Flugblätter verteilt. Dabei wurden mit Besen und Wasser mehr als 40 Schmierereien beseitigt. Unter dem Motto "Ende des Kreidezeitalters" waren die Aktivisten drei Stunden lang unterwegs.</p>	<p>Berliner Zeitung, 29.07.2013, S. 19</p>			
		<p>MARZAHN-HELLERSDORF. Am Gelände des ehemaligen Griesinger-Krankenhauses in Marzahn-Hellersdorf baut die Volkssolidarität ihr Engagement in der Flüchtlingsarbeit aus. Der Sozial- und Wohlfahrtsverband hat am Montag in einer ehemaligen Vivantes-Einrichtung am Brebacher Weg 15 eine Notunterkunft mit einer Kapazität von 300 Plätzen übernommen, teilte der Verein mit. Perspektivisch solle die Notunterkunft zu einer Gemeinschaftsunterkunft ausgebaut werden, sagte André Lossin, Geschäftsführer der Volkssolidarität.</p>	<p>Berliner Zeitung, 05.01.2016, S. 16</p>			
		<p>Inmitten der Marzahner Promenade, zwischen urbaner Hochhausarchitektur samt reichlich bepflanzter Balkone und Streifenmarkisen, befindet sich das Nähcafé der Volkssolidarität. Mit der Eröffnung Anfang August ist hier nicht nur ein Ort der Begegnung, sondern vor allem eine Kreativstätte für geflüchtete Frauen entstanden. Seitdem lädt die Volkssolidarität zu kostenlosem Kaffee und gemeinsamer Textilarbeit ein. "Egal, welche Sprache man spricht und auch ohne Sprachkenntnisse. Jeder ist willkommen", sagt Martina Polizzi, eine der Projektleiterinnen der Volkssolidarität im Stadtzentrum Marzahn. "Hier sollen die Menschen durch das gemeinsame Hobby zusammenfinden." Dennoch ist Nähexpertise keine Vorbedingung, um dem Café einen Besuch abzustatten. Seit der Eröffnung am 8. August kommen hier täglich Frauen, um zu nähen, um stricken zu lernen oder einfach, um Kaffee in Gesellschaft zu trinken. In erster Linie aber soll geflüchteten Frauen außerhalb der Notunterkunft ein Ort des kreativen Austauschs geboten werden. Dennoch sind ebenso alt eingesessene Marzahner als auch Neuzugezogene herzlich willkommen. Im Juni dieses Jahres kam Martina Polizzi und ihrer Kollegin vom Migrationssozialdienst, Cordula Bienstein, die Idee zum Nähcafé. Wie positiv die Resonanz darauf war, hat sich dann schon beim Spendenaufruf für die Ausstattung des Cafés gezeigt.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 03.09.2016, S. 16</p>			

		Von der Idee bis zur Öffnung vergingen insgesamt zwei Monate. Zur Eröffnung kamen dann weit mehr als 100 Leute. Kein Stuhl und keine Nähmaschine blieb unbesetzt. "Ob ältere Dame mit Enkeltochter, alt eingesessene Marzahner oder Geflüchtete. Alle waren da", sagt Polizzi. Sofort übten sich einige der Flüchtlingsfrauen an den Nähmaschinen. Teilweise auch ohne genau zu wissen, wie das überhaupt funktionieren sollte, aber vor allem aufgeschlossen für das noch Unbekannte. Hilfe und Anleitungen haben sie dann von Frauen aus der direkten Nachbarschaft bekommen. "Mit Händen und Füßen wurde da kommuniziert. Wir standen daneben, schauten uns an und bekamen Gänsehaut", sagt Bienstein. "Alle halfen sich gegenseitig", ergänzt Polizzi. Seitdem hat sich das Nähcafé als Treffpunkt im Marzahner Zentrum etabliert. Mit kostenlosem Kaffee und Keksen auf den Tischen sowie zahlreichen Gästen an den Nähmaschinen.	Der Tagesspiegel, 03.09.2016, S. 16			
		Bienstein und Polizzi sind sich jetzt schon einig, mit ihrem Projekt ihr Ziel erreicht zu haben. "Eine Begegnungsstätte für Geflüchtete zu schaffen, deren kreative Fähigkeiten zu fördern und gleichzeitig aus alten Dingen neue zu kreieren", erklärt Bienstein.	Der Tagesspiegel, 03.09.2016, S. 16			
Natur & Grünanlagen	Grünes Wohnen in MH	Bei vielen Besuchern, die wir in Marzahn-Hellersdorf haben, ist die Reaktion die gleiche, nämlich: Es ist ja anders als erwartet! Welche Überraschungen haben Gäste denn zu erwarten? Wir sind ein sehr grüner Bezirk. Das zeigen nicht nur die Internationale Gartenausstellung, die 2017 kommt, und die Gärten der Welt, sondern vor allem auch ganz viele andere Grünanlagen. Pro Kopf der Einwohner haben wir in unserem Bezirk berlinweit nach Treptow-Köpenick das meiste Grün. Der Bürgerpark Marzahn oder das Wuhletal sind Beispiele für Naherholungsgebiete, die überregional bekannt sind.	Berliner Zeitung, 12.05.2014, S. 17	Anwohner, Externe	Natur & Klimaschutz; Wohlfühl-; Stigmatisierung	Positive Wirkung: Betonung der grünen Seiten und des positiven Wohlfühls von MH gegenüber der meist neg. Außensicht.
		Gleich hinter der Wohnsiedlung beginnen die Felder - das Viertel ist sehr grün, sehr weitläufig und vor allem: sehr ruhig. Die meisten Menschen leben gern hier, sie schätzen die Abgeschiedenheit und die nahe Natur.	Der Tagesspiegel, 13.07.2013, S. 14			
		Inzwischen ziehen auch wieder Familien, die günstige Wohnungen suchen, verstärkt in den Stadtteil, in dem es viel Grün gibt, aber diese Seite wird nicht gezeigt.	Berliner Zeitung, 21.09.2013, MAG, S. VP 1			
		"Mehr als die Hälfte meines Lebens wohne ich nun hier", sagt die 71-Jährige. Sie tut es gern, denn in ihrem Kiez ist es ruhig, grün und die Luft sauber. Früher konnte sie von ihrer Wohnung noch bis auf den Bahnsteig des nahe gelegenen S-Bahnhofs Springpfuhl blicken, heute dominieren hohe Bäume das Panorama. Auch den Spielplatz, auf dem früher ihre Tochter buddelte, kann sie von ihrem Balkon nicht mehr einsehen. Überall wächst es, nicht nur Pappeln und Ebereschen, auch Esskastanien, Holunder und Quittenbäume gedeihen zwischen den Hochhäusern.	Berliner Zeitung, 14.10.2016, S. 16			
		Marzahn ist grüner, als viele denken, die den Bezirk nur mit Europas grösster Plattenbau-siedlung assoziieren. Im Norden sind die Wohnhäuser von einem kilometerlangen, idyllischen Grüngürtel entlang der Wuhle umgeben.	Berliner Zeitung, 11.08.2013, S. 3			

	Die vielen Grünanlagen, von denen Sie bereits sprachen, tragen ja ebenfalls zur Lebensqualität bei. Viele Flächen wurden in den vergangenen 25 Jahren umgestaltet. Das hilft uns heute ganz enorm. Der grüne Kiez ist in der Tat zu einem Imagethema unseres Bezirks geworden.	Berliner Zeitung, 12.05.2014, S. 17			
	Dem in der Eiszeit vor 10000 Jahren entstandenen Berg, der durch Kriegstrümmer und den Bodenaushub beim Bau der Grosssiedlungen Marzahn und Hellersdorf zwischen den 1950er- und 1980er-Jahren auf das Doppelte seiner ursprünglichen Höhe wuchs, würde das sicherlich nicht schlecht bekommen. Derzeit wirkt das Areal ein wenig ungepflegt, der Bezirk hat zu wenig Gärtner, um dort Pioniergehölze wie Pappeln und Eschenahorn zu beschneiden beziehungsweise durch andere Bäume zu ersetzen. Das Plateau auf der Spitze bietet nur noch wenig Aussicht, die Baumwipfel sind inzwischen zu hoch. Und immer wieder bleibt Müll von Besuchern dort liegen, leere Flaschen und Verpackungen. Manchmal wird auch gegrillt, rings um die Feuerstätten sieht es nicht immer appetitlich aus. Würde es künftig eine Bewirtschaftung auf dem Kienberg geben, könnte der Betreiber auch aus eigenem Interesse ein wenig auf Ordnung achten, hoffen Anwohner.	Berliner Zeitung, 22.03.2013, LOKALES, o.S.			
	Der Bürgergarten "Helle Oase" hat den Präventionspreis 2014 bekommen, wie die Innenverwaltung am Mittwoch mitteilte. Der gemeinsam gepflegte Garten in Hellersdorf stärkte den Bürgersinn und die Verantwortung für den Kiez.	Berliner Zeitung, 25.09.2014, S. 18			
	"Wir haben mehrere Bewohnerbefragungen gemacht", berichtet Quartiersmanagerin Irina Warkentin. "Die Leute mögen ihr Wohnumfeld schon sehr. Sie finden es gut, dass das Viertel mit dem ÖPNV gut erreichbar ist und dass es so grün ist." Durch die Abrisse entstanden viele Brachen, Freiflächen und Entwicklungsmöglichkeiten. Und der Leerstand sei inzwischen auch weg.	Der Tagesspiegel, 28.05.2016, S. 3			
	Noch viel mehr ist in Hellersdorf passiert: Auf einer Brache am Beerenpfuhl wurden Kleingärten angelegt, das Quartiersmanagement half bei der Vereinsgründung der Gärtner. Umgestaltet wurden viele Plätze. Auf dem Kurt-Weill- Platz durften die wild gewachsenen Birken stehen bleiben, das alte Wegenetz der Trampelpfade wurde übernommen.	Der Tagesspiegel, 28.05.2016, S. 3			
Internationale Gartenausstellung	Zufälle gibt's! Der Haupteingang zur Internationalen Gartenausstellung, der IGA, befindet sich am Blumberger Damm. Das sollten sich auch auswärtige Gäste merken können, die vom 13. April 2017 an in Massen nach Marzahn kommen sollen bzw. müssen, damit die von ihrem Ursprungsstandort am Tempelhofer Feld hierher emigrierte IGA ein Erfolg wird.	Der Tagesspiegel, 10.04.2016, S. 10	(Stadt-)Politik; Wirtschaft; Anwohner; Zivilgesellschaftliche Akteure/Vereine	Neoliberalismus; Natur & Klimaschutz; (Technische) Innovation; Kulturelle Vielfalt	Weitestgehend positive bis ambivalente Wirkung: MH als Austragungsort für Großveranstaltungen rückt in den Mittelpunkt, gleichzeitig scharfe Debatten um Kosten und Gefahren der IGA für Natur und Anwohner.
	Das Informationszentrum des Bezirks Marzahn-Hellersdorf entsteht an der Hellersdorfer Straße nahe U-Bahnhof Neue Grottkauer Straße. Es hat eine Fläche von etwa 300 Quadratmetern. Dort sind Ausstellungsflächen sowie ein Veranstaltungsraum für etwa 100 Menschen vorgesehen. Auch die Tourist-Info des Bezirks wird dort untergebracht. Für Busfahrer, die Besucher zur Internationalen Gartenausstellung (IGA) 2017 nach Marzahn-Hellersdorf chauffieren, entstehen im Informationszentrum auch Aufenthaltsräume. Die Grün Berlin GmbH rechnet mit etwa 10 000 Bussen während der IGA-Zeit. Für sie wird neben dem Zentrum ein neuer Busparkplatz mit etwa 60 Stellplätzen gebaut. Die Hellersdorfer Straße gestaltet der Bezirk ebenfalls um, dafür sind 2,8 Millionen Euro vorgesehen. Im Bereich des U-Bahnhofs werden zum Beispiel die Gehwege auf 15 bis 20 Meter verbreitert, damit Fußgänger ausreichend Platz haben. Auch ein neuer Radweg entsteht auf der Nordseite der Straße. Die Seilbahn wird vom Unternehmen Leitner AG aus Südtirol errichtet, es investiert 14 Millionen Euro.	Berliner Zeitung, 23.08.2016, S. 14			

		<p>Mit der Internationalen Gartenausstellung (IGA) ab April 2017 wird Hellersdorf im Focus bleiben. Zum Konzept der IGA gehört, den Bezirk noch stärker mit dem Wuhletal und dem Kienberg am Rand der Gärten der Welt - und damit mit Marzahn - zu verbinden. "Wir möchten, dass auch nach aussen sichtbar ist, dass der Bezirk lebenswert ist", sagt Karla Stierle. Der Wunsch wird wohl nicht unerhört bleiben.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 28.05.2016, S. 3</p>			
		<p>Unabhängig aller Politik wird Marzahn-Hellersdorf 2017 weltweit Beachtung finden. Denn zur Internationalen Gartenausstellung, der IGA, werden 2,4 Millionen Besucher erwartet. Der Bezirk hofft, dass sie die Botschaft von einem bunten, modernen und lebenswerten Bezirk mitnehmen - und verbreiten.</p>	<p>Berliner Zeitung, 01.09.2016, S. 10</p>			
		<p>Die IGA Berlin 2017 wird das Gesicht von Marzahn-Hellersdorf auf zwei Ebenen verändern. Die eine Ebene ist das Image. Das ist eine Riesenchance, weil die ganze Republik dann auf Marzahn-Hellersdorf als Standort der IGA schaut.</p>	<p>Berliner Zeitung, 12.05.2014, S. 17</p>			
		<p>Vor fast genau einem Jahr beschloss der Senat die Verlegung auf ein etwa 100 Hektar grosses Gelände rund um die "Gärten der Welt" in Marzahn. Stadtentwicklungssenator Michä Müller (SPD) sagte: "Das war eine richtige Entscheidung für Berlin und den Bezirk." Schon jetzt sei eine gute Entwicklung am Standort zu verzeichnen, die IGA werde weitere Impulse geben.</p>	<p>Berliner Zeitung, 10.09.2013, S. 15</p>			
		<p>Denn ausser dem Erholungspark und den internationalen Gärten werden auch Teile des Wuhletals und der Kienberg (102 Meter Höhe) einbezogen. Das sind beliebte Naherholungsstätten für die Marzahner und Hellersdorfer, der erst vor wenigen Jahren gebaute Wuhletal-Wanderweg führt durch das Gebiet. Bisher ist der Zugang dort kostenlos. Bei der IGA, die Eintrittspreise pro Person werden um 15 Euro liegen, wird es im Wuhletal einige Zäune geben. Die sollen nach der 170-tägigen Schau aber wieder abgebaut werden. "Das Wuhletal wird nicht auf Dauer eingezäunt", verspricht Christian Gräff (CDU), der für Stadtentwicklung zuständige Stadtrat in Marzahn-Hellersdorf.</p>	<p>Berliner Zeitung, 22.03.2013, LOKALES, o.S.</p>			
		<p>Die Gärten der Welt, Herzstück der IGA, sind ohnehin schon umzäunt und kosten Eintritt. Befürchtungen von Anwohnern, das gesamte IGA-Gelände werde auf Dauer nicht frei zugänglich sein, seien aber unbegründet, versichern nun Christian Gräff, Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung (CDU), und Christoph Schmidt, Geschäftsführer der IGA Berlin 2017 GmbH. Nach der Ausstellung sollen fast alle Zäune wieder verschwinden. Es sei auch nicht geplant, über die Ausstellung hinaus Eintrittsgeld für das IGA-Gelände zu erheben - mit Ausnahme der Gärten der Welt natürlich. "Für den Kienberg, das Wuhletal und das Gelände 'Auftakt Hellersdorf' wird es nach der IGA definitiv keinen Eintritt geben", sagt Christian Gräff. "Wir haben uns hier doppelt und dreifach abgesichert."</p>	<p>Berliner Zeitung, 20.02.2014, S. 20</p>			
		<p>Für Stammgäste der Gärten der Welt wird 2017 allerdings ein teures Jahr. Statt fünf Euro Eintritt werden dann 20 für die IGA-Tageskarte fällig. Die tun gerade hier vielen weh, inklusive Seilbahn hin oder her. Als besonderes Angebot gibt es deshalb für Jahresticket-Abonnenten die IGA-Dauerkarte für 50 statt für 90 Euro. Zwei Drittel der erwarteten Gäste sollen Tageskarten kaufen, 21 Prozent Gruppenkarten, die anderen Dauer- oder Abendkarten. Zehn Millionen Euro gibt das Land; 24 Millionen sollen aus Tickets erlöst werden, sechs Millionen durch Pächter und Sponsoren. Wenn das klappt, ist die IGA schwarz. Rein rechnerisch. Denn grün wird sie in jedem Fall. Und die knapp 50 Millionen, die Bund, Land und Bezirk vorab investieren, kommen obendrauf. Ein warmer Regen, der Marzahn-Hellersdorf erblühen lässt.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 10.04.2016, S. 10</p>			

		<p>Rostiger Stahl - so schlicht kann man den neuen fußgängersteg beschreiben, der zur Internationalen Gartenausstellung (IGA) 2017 von Hellersdorf nach Marzahn führen wird. Am Mittwoch wurden die ersten beiden Brückenteile montiert, knapp 25 Meter ist ein Segment lang und 29 Tonnen schwer. "Einfach" sei die Brücke, mit einer simplen Konstruktion, sagt Architekt Thomas Kolb. "Denn nicht die Brücke, sondern der Blick über das Wuhletal und der Weg hinein in die Landschaft am Kienberg sollen im Vordergrund stehen." Stelzen über dem Feuchtbiotop . Etwa 280 Meter lang wird der neue Steg sein, der in der Nähe des IGA-Eingangs am U-Bahnhof Neue Grottkauer straße beginnt und auf schlanken Stelzen ruht. Es ist eine neue Verbindung zwischen Hellersdorf und Marzahn, die über den Wuhletal-Wanderweg, über ein Feuchtbiotop sowie am Wuhleteich vorbei führt.</p>	<p>Berliner Zeitung, 17.10.2015, S. 8</p>			
		<p>Die neue Wegeverbindung zwischen den Stadtteilen sei "schon lange ein Traum, der jetzt zur IGA Wirklichkeit wird", sagt Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel (SPD). Er war viele Jahre Bürgermeister im Nachbarbezirk Lichtenberg und kennt die Diskussionen um bessere Verbindungen.</p>	<p>Berliner Zeitung, 17.09.2015, S. 18</p>			
		<p>Wie Geisel sagt, gehört zur wachsenden Stadt ausser neuen Wohnungen, Schulen und Kitas auch die erforderliche Infrastruktur, zum Beispiel die neue Brücke. "Die IGA ist ein Glück für die Region, weil die Menschen sehen, wie schön es hier ist." Der Steg wird am Wuhleteich auf einer grossen Plattform aus Lärchenholz enden - dem Platz am See, wo auch ein Umweltbildungszentrum entsteht. Der Weg führt weiter zum Kienberg, an dessen Südhang bereits eine über 500 Meter lange Terrassenanlage gestaltet wird. Zwei Wege werden dort in unterschiedlicher Höhenlage angelegt, dazwischen wird es Obstbäume und Wiesen geben. Auch die ersten Natursteinmauern stehen schon, die den Hang in Terrassen unterteilen. Zudem wird eine Treppenanlage auf den Kienberg führen, die einmal 300 Stufen haben soll. Wer aber nicht zu fuß gehen will, kann vom U-Bahnhof aus auch mit einer Gondelbahn zum Ausstellungsgelände fahren.</p>	<p>Berliner Zeitung, 17.09.2015, S. 18</p>			
		<p>Die beiden Flügel der Gondeltüren schliessen automatisch, einige Fahrgäste gucken skeptisch, weil es ihre erste Fahrt mit einer Seilbahn ist. Sekunden später wird die Gondel beschleunigt und mit einem Haltesystem in das Stahlseil eingehängt. Dynamisch fühlt sich das in der Talstation am fuß des Kienbergs an. Verlässt die Gondel das Haus und fährt über die Stütze, schaukelt die Kabine nur wenig, man scheint schwerelos zu sein und über dem Wuhletal zu schweben. Die neue Gondelbahn, die zur Internationalen Gartenausstellung (IGA) in Marzahn und Hellersdorf errichtet wurde, hat am Freitag ihren ersten Belastungstest mit Fahrgästen bestanden.</p>	<p>Berliner Zeitung, 10.09.2016, S. 17</p>			
		<p>Dass sich eine Gondelbahn in der Stadt durch Bäume schlängelt und hinauf auf den nicht gerade riesigen Kienberg fährt - dieser Anblick ist schon gewöhnungsbedürftig. Von oben auf die Wuhle zu sehen, über das Tal zu gleiten, später die Gärten der Welt, den Chinesischen Garten mit Teich und Teehaus aus einer ganz anderen Perspektive zu erleben, ist aber beeindruckend.</p>	<p>Berliner Zeitung, 10.09.2016, S. 17</p>			
		<p>Die Planung für eine Seilbahn über dem Gelände der Internationalen Gartenausstellung (IGA) in Marzahn-Hellersdorf wird konkret. Im Januar 2014 will die IGA Berlin 2017 GmbH einen Vertrag mit einem privaten Investor abschliessen. Im Frühjahr soll dann das Planfeststellungsverfahren für den Bau beginnen. Für das Projekt müssten keine öffentlichen Mittel aufgewendet werden, sagte Sabine Wacker, Sprecherin der GmbH am Mittwoch. Noch vor dem Planfeststellungsverfahren wollen die IGA-Macher und der Seilbahnbetreiber bei einer öffentlichen Veranstaltung im März über ihre Pläne informieren.</p>	<p>Berliner Zeitung, 19.12.2013, S. 20</p>			

		<p>Dass die IGA GmbH die Seilbahn für unverzichtbar hält, war schon lange bekannt - trotz der Kritik von Bürgern und Umweltschützern. Zu dem Gartenfestival, das von April bis Ende Oktober 2017 rund um die Gärten der Welt im Erholungspark Marzahn stattfinden soll, werden rund 2,4 Millionen Besucher erwartet. Um die Masse der Besucher zu transportieren, werde die Seilbahn als barrierefreies Verkehrsmittel dringend gebraucht, hatten die beiden IGA-Chefs, Christoph Schmidt und Katharina Langsch, in der Vergangenheit mehrfach betont. Die Bahn soll bis zu 2 500 Besucher pro Stunde befördern. Sie soll vom U-Bahnhof Neue Grottkauer Straße über das Wuhletal auf den Kienberg führen, zur geplanten Aussichtsplattform "Wolkenhain". Dann geht es weiter über die Gärten der Welt hinweg zum Besucherzentrum Blumberger Damm. Beim Bau soll auf die Umwelt Rücksicht genommen werden, betonen die IGA-Macher. Im Wuhletal würden keine Stützen aufgestellt, die Lärmbelästigung solle so gering wie möglich ausfallen.</p>	<p>Berliner Zeitung, 19.12.2013, S. 20</p>			
		<p>Nach Aussage vom Schmidt wird derzeit mit internationalen Investoren über den Bau einer privat finanzierten IGA-Seilbahn verhandelt, die über 1,2 Kilometer vom Ausstellungseingang nahe U-Bahnhof Neue Grottkauer Straße mit Haltepunkt Kienberg bis zum Blumberger Damm führen soll. Bis zum Jahresende solle ein entsprechender Vertrag abgeschlossen werden, so Schmidt. Christoph Geskes vom Siegerbüro spricht von "behutsamen Eingriffen in die Natur". Der Entwurf seines Teams sehe vor, die besondere Topografie des Wuhletals noch deutlicher zu machen.</p>	<p>Berliner Zeitung, 10.09.2013, S. 15</p>			
		<p>Gegen die Seilbahn haben etliche Anwohner Bedenken. Diese soll zur Internationalen Gartenausstellung (IGA) 2017 über 1,2 Kilometer von Hellersdorf direkt in die Gärten der Welt führen, mit Zwischenstopp auf dem Kienberg. In Spitzenzeiten sollen so bis zu 2 500 Personen stündlich befördert werden. Bei der Vorstellung der neuesten IGA-Pläne im Freizeitforum Marzahn mit rund 200 Teilnehmern erhielt am Donnerstagabend die Hellersdorferin Sabine Büttner grossen Beifall als sie aussprach, was viele dachten: "Ein Ding der Unmöglichkeit."</p>	<p>Berliner Zeitung, 09.11.2013, S. 21</p>			
		<p>Die Bauarbeiten für eine der Hauptattraktionen der Internationalen Gartenschau (IGA) in Marzahn haben begonnen. Gegenwärtig würden die Fundamente für Pfeiler und Stationen gelegt, sagte eine Sprecherin der Gesellschaft IGA Berlin. Am 16. März soll der erste Stützpfeiler für die 1,5 Kilometer lange Seilbahn auf den Kienberg montiert werden. Das teilten IGA Berlin und das Unternehmen Leitner aus Südtirol mit. Es werde die "deutschlandweit grösste urbane Seilbahn" sein.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 01.03.2016, S. 12</p>			
		<p>Sie meinte nicht die technische Machbarkeit, sondern kritisierte eine Verschandelung der Landschaft sowie die Belastung zahlreicher geschützter Vogelarten und Wildtiere, die im Tal zwischen Marzahn und Hellersdorf heimisch sind. "Das sollte grundsätzlich nur zu Fuß durchquert werden", sagte sie. Und diejenigen, die das nicht können, Gehbehinderte oder Alte? Ein Bimmelbähnchen könne man ja fahren lassen, schlug sie vor. Doch das ist mit IGA-Geschäftsführer Christoph Schmidt nicht zu machen. Denn es löst nicht die Transportprobleme zur IGA. Zur Schau werden Tausende Menschen täglich erwartet, die das Gelände bequem und umweltschonend erreichen sollen. Schmidt versuchte, die Bedenken hinsichtlich der Seilbahn zu zerstreuen: "Es wird mit Sicherheit keine Stützen irgendwo im Wuhletal geben", sagte er. Stationen sollten ausserhalb gebaut werden. Die Bahn solle möglichst geräuschlos über die Landschaft schweben. Da bekam auch er Beifall. Ob die Seilbahn kommt, hängt jedoch auch davon ab, ob sich private Investoren dafür finden, zurzeit laufen dafür Gespräche mit zwei Interessenten.</p>	<p>Berliner Zeitung, 09.11.2013, S. 21</p>			

		<p>Entgegen manchen Befürchtungen werde das IGA-Areal nach der Gartenschau teilweise sogar besser zugänglich sein als vorher, sagt Christoph Schmidt. Denn bei den IGA-Planungen würden auch die Bedürfnisse von mobilitätseingeschränkten Menschen berücksichtigt. Bedenken über zu starke Eingriffe in die Natur versucht er zu zerstreuen. Die IGA-Macher seien in einem intensiven Austausch mit Umweltverbänden und nähmen deren Anregungen sehr ernst. Wie die geplante Seilbahn über das IGA-Gelände in das Konzept passt, muss sich zeigen.</p>	<p>Berliner Zeitung, 20.02.2014, S. 20</p>			
		<p>Kritisch äusserten sich Naturschützer. Zwar wird erstmals überhaupt bei einer solchen Ausstellung Naturschutz und Umweltbildung in das Konzept einbezogen. So ist ausser einer Naturschutzstation auch ein Schulgartenzentrum geplant. "Wir haben aber noch Bauchschmerzen", sagte Manfred Schubert, der Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz. Kämen Seilbahn und Steg, müssten die Eingriffe ausgeglichen werden. Ein Mann aus dem Publikum, der sich als BUND-Mitglied vorstellte, bemängelte den Wolkenhain: "Wenn der beleuchtet wird, wird er zur riesigen Insektenfalle."</p>	<p>Berliner Zeitung, 09.11.2013, S. 21</p>			
		<p>An einer Stelle hat die IGA-Leitung schon reagiert: Der Wuhleteich soll nach Absprachen mit Naturschützern nicht mehr, wie im preisgekrönten Wettbewerbsentwurf vorgesehen, auch an seiner Südseite vergrössert werden. Jetzt wird dort nur noch die Uferzone verbessert - wo heute eine marode Betonkante ist, soll das Gewässer flacher werden und ein Biotop entstehen.</p>	<p>Berliner Zeitung, 09.11.2013, S. 21</p>			
		<p>Umstritten sind noch Ideen, eine Seilbahn zu errichten, die zwischen dem Entree nahe dem U-Bahnhof Neue Grottkauer strasse, dem Kienberg und dem sogenannten IGA-Kerngelände im Erholungspark verkehren soll. Bei einer ersten Bürgerversammlung im Februar gab es auch - allerdings nur vereinzelt - Kritik an Plänen für ein temporäres Schwimmbad im Wuhletal, das ähnlich wie das Badeschiff in der Spree funktionieren könnte. "Ob beides kommt, hängt nicht nur von den Ergebnissen des landschaftsarchitektonischen Wettbewerbs ab", sagt Gräff. Es müssten auch Finanziere gefunden werden, denn die IGA-Gesellschaft wird dies aus eigenen Mitteln nicht realisieren können. Und noch etwas ist wichtig: Die Natur im Wuhletal soll keinen Schaden nehmen.</p>	<p>Berliner Zeitung, 22.03.2013, LOKALES, o.S.</p>			
		<p>Marzahn-Hellersdorf selbst präsentiert gleich drei Aussenstellen: Schloss und Schlosspark Biesdorf werden "Reflexionsort" für die "IGA-Kunst" - das Schloss ist nach Jahren der Teilsanierungen nun komplett saniert und wird im September als Ausstellungshaus für DDR-Kunst wiedereröffnet. Ausserdem zeigt der Bezirk, wie zeitgenössische Grünanlagen aussehen können, die konkrete Wünsche der Anwohner widerspiegeln. "Hochzeitspark" und "Garten der Begegnung" an der Ludwig-Renn-strasse entstanden ab 2006 an einem ehemaligen Schulstandort. Im Hochzeitspark durfte jeder Anwohner aus Anlass einer Hochzeit oder Geburt einen Baum pflanzen, inzwischen sind alle Pflanzstellen besetzt. Im Garten der Begegnung können Bürger, Vereine und Kitagruppen gemeinsam oder individuell Gemüseanbau betreiben, in einem Gemeinschaftshaus auch Feste gefeiert werden.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 24.07.2016, S. 10</p>			
		<p>Und nicht zu vergessen die "Gärten der Welt". Blühende Landschaften gibt es in Marzahn schon seit 1987. Mit der IGA werden sie fast doppelt so gross - und wachsen unter anderem um jenen englischen Cottage-Garten, zu dem die Lindenallee führt. Ein reetgedecktes Landhaus samt backsteinernem Pseudo-Taubenturm ist ebenso schon vorhanden wie der nicht englische, aber immerhin grüne Rasen davor, der von Rosen und Buchenhecken gerahmt wird. Hier werden zur IGA Tee und Scones serviert.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 10.04.2016, S. 10</p>			

		<p>Am sonnigen Südhang entstehen Obstbaumterrassen, zwischendrin Schneisen zwecks Durchblick und Artenvielfalt. Und oben, neben der Mittelstation der Seilbahn, ein Ausstellungenzentrum plus Restaurant und als Highlight im Wortsinn der "Wolkenhain", ein 40 Meter über der Kuppe des Marzahner Einhunderterters auf Stahlpfählen schwebender, amorph geformter Rundweg mit einer filigranen Verkleidung, die nachts leuchten kann. Bisher steht erst das Fundament, aber selbst von dem aus lässt sich der Blick erahnen:</p>	<p>Der Tagesspiegel, 10.04.2016, S. 10</p>			
		<p>Die Metallquadrate sind knapp einen Quadratmeter gross, Aluminium, goldglänzend beschichtet mit einem diagonalen Knick. Aneinandergesetzt ergeben die Quadrate - mal gedreht, dann wieder gespiegelt - verschiedene Muster. "Diese Fassade wird signifikant sein, und sie hat mit Marzahn-Hellersdorf zu tun", sagt der Architekt Jörg Finkbeiner vom Büro Partner und Partner. Er hat das neue Informationszentrum des Bezirks Marzahn-Hellersdorf samt Fassade entworfen, das seit Montag an der Hellersdorfer Straße gebaut wird. Das Projekt ist Teil der Internationalen Gartenausstellung (IGA), die 2017 rings um den Kienberg stattfindet. Die Idee für die Metallfassade haben die Architekten von der alten Bauweise in der Marzahner Grosssiedlung abgeleitet: Denn bereits 1968 hat der Künstler Karl-Heinz Adler ein System aus Betonformsteinen entwickelt, aus denen ab 1970 industriell gefertigte Fassaden, Brunnen und Spielplätze für den Grossbezirk gestaltet wurden.</p>	<p>Berliner Zeitung, 23.08.2016, S. 14</p>			
		<p>Ursprünglich hatte der Bezirk aber eine andere Idee: Er wollte seinen Info-Pavillon aus alten Betonfertigteilen bauen - so wie auch die Wohnhochhäuser in Marzahn und Hellersdorf errichtet wurden. Daher hatte Baustadtrat Christian Gräff (CDU) sich schon vor ein paar Jahren alte Betonplatten von einem Haus am Schiffbauerdamm in Mitte gesichert, das abgerissen wurde, weil der Deutsche Bundestag dort seinen Standort erweitert. Gräff musste allerdings seine Idee verwerfen, weil sich der Senat gegen den Plattenpavillon sträubte und auch eine Förderung des Platten-Recyclingprojekts nicht möglich gewesen wäre. Gräff findet das schade, am Konzept ändert sich aber nichts: "Wir werden in dem Informationszentrum die Geschichte von Marzahn-Hellersdorf erklären und auch den Wandel in den vergangenen 25 Jahren darstellen", sagt er.</p>	<p>Berliner Zeitung, 23.08.2016, S. 14</p>			
		<p>Filigran wirkt die Wolke, die über dem 102 Meter hohen Kienberg zu schweben scheint. Das etwa 20 Meter hohe Bauwerk, das nachts illuminiert werden kann, bildet nicht nur einen weithin sichtbaren Blickfang, sondern dient gleichzeitig als Aussichtsturm. Er soll ein Highlight der Internationalen Gartenausstellung (IGA) 2017 in Marzahn werden. Das futuristische Bauwerk gehört zum Siegerentwurf eines landschaftsgestalterischen Wettbewerbs für die Schau. 26 internationale Büros, unter anderem aus Deutschland, China, Spanien und den Niederlanden, hatten Arbeiten eingereicht. Die Teams bestanden jeweils aus Landschaftsarchitekten und Bauingenieuren. Am Montag wurde im Roten Rathaus die Arbeit der Wettbewerbsgewinner erstmals öffentlich vorgestellt.</p>	<p>Berliner Zeitung, 10.09.2013, S. 15</p>			
		<p>Auch an Hangterrassen und Wassergärten ist gedacht. Der vorhandene Wuhleteich soll erweitert werden. "Auch eine attraktive Gastronomie wird dort entstehen", sagt Geskes. Unter der "Wolke" auf dem Kienberg sei ebenfalls ein Café gedacht. Auch in den "Gärten der Welt" wird gebaut. Die Arbeiten für einen englischen Cottage-Garten haben bereits begonnen. Bis 2017 sollen ausserdem ein neues Besucherzentrum, eine überdachte Freilichtbühne sowie mehrere Spielplätze errichtet werden. Die meisten Bauten, so Christoph Schmidt, werden nach der Ausstellung weitergenutzt.</p>	<p>Berliner Zeitung, 10.09.2013, S. 15</p>			

		<p>Wie Christoph Schmidt, Geschäftsführer der IGA, sagt, werde jedes der Gartenkabinette 380 Quadratmeter gross sein. Einige Gärten seien abgesenkt, andere mit Hecken eingefasst. "Kulturelle Vielfalt wird uns alle prägen", sagt Schmidt. Denn schon jetzt gibt es auf dem Ausstellungsgelände in den Gärten der Welt zehn Themengärten, die aber traditionell gestaltet sind. Die künftigen Kabinette interpretieren nun Gartenkunst neu, zeitgenössisch und modern. Daher sehe man einigen Gärten auch das Herkunftsland nicht an. Nach der Gartenausstellung bleiben die Kabinette bestehen und sollen zu den Gärten der Welt gehören, sagte Schmidt.</p>	<p>Berliner Zeitung, 15.05.2015, S. 16</p>			
		<p>Berlins Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel (SPD) ist sicher, dass die IGA weit über Berlin hinaus strahlen wird. "Ich freue mich, dass wir heute schon Gastgeber sein dürfen für Landschaftsarchitekten aus der ganzen Welt." Die Entwürfe bezeichnet Geisel als "interessant und spannend". "Das zeigt die Vielfalt der Gartenkunst. Die Schaugärten werden den Dialog der Kulturen verstärken." Auch die Seilbahn und der Wolkenhain auf dem Kienberg sollen den Besuchern der IGA unvergessliche Eindrücke verschaffen. Zu der Gartenausstellung werden etwa 2,4 Millionen Gäste erwartet.</p>	<p>Berliner Zeitung, 15.05.2015, S. 16</p>			
Sport(ler) / Flüchtlingsthematik	Sportvereine/Sportler und Flüchtlingsarbeit	<p>Ein paar Sportvereine aus Marzahn haben sich immerhin schon bei "Hellersdorf hilft" gemeldet, sie wollten wissen, wie sie die Flüchtlinge unterstützen können. "Leider zögern sie aber, sich offen für die Flüchtlinge zu positionieren. Sie haben Angst vor den Rechten im Bezirk."</p>	<p>Der Tagesspiegel, 22.11.2014, S. 3</p>	Geflüchtete; Sportler & Sportvereine aus MH; Zivilgesellschaftliche Akteure/Vereine; Anwohner	Solidarität; Wohlfühli; Fremdenfeindlichkeit Spaltung (rechts/links)	<p>Leicht ambivalente bis v.a. positive Wirkung: Zunächst zögerliche Reaktionen von Sportvereinen aus Angst vor Rechten wandelt sich zu offensiver und proaktiver Unterstützung von Integrationsarbeit.</p>
	<p>Wann immer es die Zeit zulässt, setzt er sich aber in die straßenbahnlinie M 8 und fährt zur Allee der Kosmonauten 131. Hier hat sein Heimatverein VfL Fortuna Marzahn sein Zuhause. Heute kommt der 22-Jährige allerdings nicht hierher, um mit dem Nachwuchs zu trainieren oder bei einem Fest zu helfen. Vielmehr möchte er zusammen mit seinem Verein einen Beitrag zur Willkommenskultur im Bezirk leisten. Wer sich fit fühlt, kann sich über die kraftraubende 3 000-Meter-Distanz mit Krüger messen. Die zehn Euro Teilnahmegebühr, die dafür fällig werden, gehen an das Erstaufnahmelager am Blumberger Damm. "Es ist mir ein Herzenswunsch, Solidarität mit den Flüchtlingen zu zeigen", sagt der Mittelstreckenläufer.</p>	<p>Berliner Zeitung, 14.10.2015, S. 1</p>				
	<p>Auch wenn der VfL nur ein kleiner Verein sei, so könne man doch zeigen, dass Integration gelingen kann. Krüger ist als Sportler das Gesicht der Kampagne. Der Umgang mit den Asylsuchenden beschäftigt ihn aber vor allem als Bürger, der in Marzahn-Hellersdorf verwurzelt ist. Nachdem 2013 ein von Rechtsextremen unterwanderter Mob vor dem Flüchtlingsheim in der Carola-Neher-straße tobte, und der Bezirk deshalb bundesweit in Verruf geriet, sah man sich gemeinsam berufen, etwas gegen das trübe Bild zu unternehmen. Ein Flüchtlingsbeauftragter des Vereins steht in regem Kontakt zu den Asylsuchenden im Heim am Blumberger Damm. Regelmässig trainieren Flüchtlinge inzwischen auf der Anlage, manchmal gesellt sich Krüger dazu.</p>	<p>Berliner Zeitung, 14.10.2015, S. 1</p>				
	<p>Sollte der Plan aufgehen, würde das auch der Integrationsarbeit auf der Marzahner Tartanbahn nur guttun. Seitdem Vereinskameradin Mayada Al-Sayad für Palästina die olympische Norm im Marathon geknackt hat, verzeichnet Fortuna Marzahn wachsende überregionale Aufmerksamkeit, gerade auch was die Integrationsarbeit angeht. Mit einem deutschen Teilnehmer liesse sich dieses Interesse womöglich noch steigern. Krüger wäre das nur recht. Er sagt: "Ich möchte dem Verein, der mir alles ermöglicht hat, gerne etwas zurückgeben."</p>	<p>Berliner Zeitung, 14.10.2015, S. 1</p>				

Tabelle B.2. 8: Qualitative Analyse des Diskurszeitraums 2013-2016/Diskurskategorie Wohnen & Bauen

Diskurskategorie: Wohnen & Bauen						
Sub-kategorie I	Sub-kategorie II	Segment	Quelle	Elemente / Akteure	Regime	Wirkung/Verschiebung: Dominanzverhältnisse
Flüchtlingsunterkünfte	Anwohnerreaktionen	Hilfflos schauen CDU und SPD nun zu, wie dort Anwohner zum Sprachrohr ausländerfeindlicher Gruppen werden und das Bild der weltoffenen Metropole Berlin beschädigen. Wobei sich die "Nazi- Schande" ("Bild"-Zeitung) nicht auf Hellersdorf im Osten der Stadt beschränkt.	Der Tagesspiegel, 22.08.2014, S. 6	Anwohner; (Stadt-)Politik; Geflüchtete; rechte Gruppierungen; linke Gruppierungen; zivilgesellschaftliche Akteure/Vereine	Benachteiligung; Fremdenfeindlichkeit; Spaltung (rechts/links); Handlungsmacht/Ohnmacht; Solidarität	Ambivalente Wirkung: Die Segmente werden dominiert von rechter Stimmung und Fremdenfeindlichkeit, aber auch Hilflosigkeit und Ohnmacht von Anwohnern, deren Ängste zu wenig gehört werden; dennoch auch Regime von Solidarität und Willkommenskultur.
		Die Neonazis traten sehr aggressiv auf, brüllten Parolen gegen Kinderschänder und Ausländer. Unterstützt wurden sie von etwa zwei Dutzend 12- bis 16-Jährigen, die sich selbst als ausländerfeindliche Anwohner bezeichneten.	Der Tagesspiegel, 25.08.2013, S. 10			
		Seit 20 Jahren schon arbeitet die Friseurmeisterin Marina Kliche in Hellersdorf, die letzten acht Jahre davon im eigenen Salon in der Carola-Neher-straße. Alte und junge Nachbarn kommen in ihren Laden im Erdgeschoss eines aufgehübschten Plattenbaus. Kliche ist im Viertel bestens vernetzt. Dass demnächst 200, später 400 Asylbewerber aus Syrien und dem Irak in die leer stehende Max-Reinhardt-Schule schräg gegenüber einziehen sollen, hat Kliche trotzdem erst am vergangenen Dienstag erfahren. In ihrem Briefkasten fand sie einen grossformatigen Flyer, auf dem eine rechtsgerichtete Bürgerinitiative für eine an diesem Tag geplante Bürgerbefragung mobilisierte. Der Titel des Flyers: "Asylbewerberheim in Marzahn-Hellersdorf verhindern!". Die Hellersdorfer Bürger kamen in Scharen - aber nicht nur sie. An die 900 Menschen erschienen, wie berichtet, bei der Veranstaltung, auf der Hellersdorfs Bürgermeister Stefan Komoss (SPD) über das Asylbewerberheim informieren wollte.	Der Tagesspiegel, 13.07.2013, S. 14			
		Die Nachricht vom Asylbewerberheim platzte in sein Leben, sie platzte in das ganze Viertel. Am 9. Juli fand eine Anwohnerversammlung statt, über tausend Menschen kamen, darunter auch Mitglieder der NPD, die Veranstaltung geriet ausser Kontrolle, wurde zur Stimmungsmache gegen Ausländer. Aufgebrachte Bürger beschwerten sich, dass sie nicht früher informiert worden seien.	Berliner Zeitung, 21.09.2013, MAG, S. VP 1			

		<p>Die kleine Dame schaut eindringlich. Sie zieht an der Hundeleine. "Wir wollen unsere RUHE", sagt sie schliesslich. Sie meint: Ruhe vor den Fremden, die in ihren Kiez ziehen sollen. Ruhe vor Flüchtlingen. Der Hund zieht, er will auf die andere straßenseite, zu einem überwachten fußballplatz. Dorthin, wo in ein paar Monaten sechs Container mit Wohnungen für Flüchtlinge aufgestellt werden sollen. Seit drei Wochen demonstrieren hier in Marzahn Rechtsextreme dagegen - gemeinsam mit aufgebrachten Anwohnern. Dass die Leute protestieren, kann die alte Dame verstehen, selbst wenn sie nicht an den Demonstrationen teilgenommen hat. "Asylanten gehören einfach nicht hierher", sagt sie. Dann gibt sie ihrem Hündchen nach. Der eingezäunte fußballplatz liegt in der Schönagelstraße im Norden von Marzahn. Eine der wenigen straßen, in denen Einfamilienhäuser stehen, nicht riesige Wohnblöcke. An diesem Samstag wollen Rechtsextreme wieder protestieren, auf dem nahen Blumberger Damm. Mehr als Tausend von ihnen werden erwartet. Das Motto der Demo: "Gemeinsam sind wir stark."</p>	<p>Der Tagesspiegel, 22.11.2014, S. 3</p>			
		<p>Wir bezeichnen diese Demonstrationsteilnehmer aber nicht pauschal als "Rechte", sondern als Heimgegner, weil es eben eine Mischung aus ganz unterschiedlichen Motiven ist. In Marzahn werden die Demos von Neonazis angemeldet und organisiert, der Lautsprecherwagen wird von NPD-Mitgliedern gestellt. Ist da das Wort "Heimgegner" nicht zu harmlos? Wenn Versammlungen von Rechtsextremen angemeldet werden, nennen wir das beim Namen. Es hilft aber nicht weiter, wenn Anwohner, die sich betroffen fühlen und Sorgen haben, automatisch in die rechtsextreme Ecke gestellt werden.</p>	<p>Berliner Zeitung, 02.01.2015, S. 18</p>			
		<p>"Seit den Beinahe-Ausschreitungen am Dienstag hat das Bezirksamt zwei Sicherheitsleute für die Max-Reinhard-Schule abgestellt. Sie sollen vor allem dafür sorgen, dass die Handwerker unbehelligt in der Schule arbeiten können. Aus dem Inneren hört man Bohrgerausche, auf einer Wiese zwischen Turnhalle und Schulgebäude wartet ein mit Schutt gefüllter Baucontainer auf die Müllabfuhr. Seit Dienstag sei es völlig ruhig geblieben, sagt einer der Wachschützer, die die Schule in Zwölf-Stunden-Schichten Tag und Nacht bewachen. Weder rechte noch linke Aktivisten hätten sich in den letzten Tagen blicken lassen - nun treffe man letzte Vorbereitungen für die Ankunft der Asylbewerber. Die ersten der neuen Nachbarn sollen in wenigen Tagen in der Max-Reinhardt-Schule einziehen. Wohl unter den skeptischen Blicken der Eingesessenen.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 13.07.2013, S. 14</p>			
		<p>Vor dem Heim kam es am Nachmittag allerdings zu lautstarken Auseinandersetzungen mit Anwohnern. Seit Wochen wird um die Unterkunft, die im Komplex des früheren Max-Reinhardt-Gymnasiums eingerichtet wurde, gestritten.</p>	<p>Berliner Zeitung, 20.08.2013, S. 15</p>			
		<p>Fast heimlich ziehen sie in den leeren Plattenbau. Seit Wochen wird um das Flüchtlingsheim in Hellersdorf gestritten. Am Montag dann sichern Polizeiwagen das Gelände, es nieselt, ein paar Jungs auf BMX-Rädern fahren zwischen den Plattenbauten durch, sonst sind in der Carola-Neher-straße kaum Leute zu sehen. Die ersten Flüchtlinge aus Osteuropa und dem Nahen Osten bringen ihre Taschen in das Haus. Doch wenig später sammeln sich zwei, drei Cliquen junger Mütter samt männlicher Begleiter. Aus einem Fenster lehnt sich ein Grauhaariger und murr, dass "so viele Ausländer hier einfach" nicht hinpasse. "Was machen wir nun?", fragt ein blasser Mann mit Energydrink in der Hand. Seine Freundin zieht ihren muskulösen Hund an der Leine und sagt: "Kannste nüscht machen." Eine Ecke weiter brüllt ein korpulenter Mittdreissiger wegen der Linken rum, die gekommen sind, um die Flüchtlinge willkommen zu heißen. Und ein massiger Glatzkopf hebt den Arm zum Hitler-Gruss.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 20.08.2013, S. 8</p>			

		Die Polizei betont zwar, dass die Kriminalität im Umfeld von Flüchtlingsheimen nicht steige; Immobilienmakler erklären, ein Asylbewerberheim in der Nähe einer Wohnung verringere deren Wert nicht. An den Ängsten der Menschen aber ändert das nichts. "Man muss doch verstehen, dass wir sauer sind", sagt ein weisshaariger Mann in Marzahn. "Wir leben hier ganz friedlich - und dann das." Er wohnt in einem der Hochhäuser gleich um die Ecke. Er sagt, man wolle hier einfach keine Zustände wie in Kreuzberg, "wo die Asylanten den Leuten frech auf der Nase herumtanzen".	Der Tagesspiegel, 22.11.2014, S. 3			
		Anwohner befürchteten Gewalt, Vermüllung und das Aufeinandertreffen von Linken und Rechten im Kiez.	Berliner Zeitung, 19.03.2014, S. 15			
		Mit dem friedlichen Leben ist es für die eingesessenen Hellersdorfer erstmal vorbei. Sie befürchten, durch die neuen Nachbarn in den Fokus zu geraten. In den von rechten und linken Gruppen, vor allem aber in den der Öffentlichkeit. "Man hat schon ein bisschen Bedenken, weil man Asylbewerber sonst nur aus den Medien kennt", sagt die Friseurmeisterin Kliche. "Aber die Asylbewerber sind nicht das eigentliche Problem - viel schlimmer wäre es, wenn die Rechten hier jetzt regelmässig aufkreuzen." Kliche glaubt, dass sich die Asylbewerber im Viertel wohlfühlen - "wenn sie keine Action suchen und selber Ruhe haben wollen".	Der Tagesspiegel, 13.07.2013, S. 14			
		Ricardo Schneider war noch nie wählen, aber am Sonntag wird er es tun. Wegen der Sache mit dem Heim. Irgendwann im Juli erfuhr er aus den Nachrichten, dass in seinem Bezirk ein Asylbewerberheim aufgemacht werden soll. Die ersten Bewohner seien schon nach Hellersdorf unterwegs, sagte jemand im Fernsehen. 400 Flüchtlinge aus Kriegsgebieten sollten in einer leer stehenden Schule an der Carola-Neher-straße untergebracht werden. Warum hier, wir haben doch schon genug Probleme, war Schneiders erster Gedanke. Er dachte an die Viertel Berlins, in denen schon viele Ausländer wohnten, er dachte an Kreuzberg. Er fing an, sich seine Gedanken über das Zusammenleben mit den Flüchtlingen zu machen. Er fühlte sich von ihrer bevorstehenden Ankunft bedroht, es war etwas Neues, Unberechenbares. In seinem Kopf vermischte sich alles, was er je über Ausländer gehört hatte. Geschichten, in denen sie den Deutschen die Arbeit und die Kitaplätze wegnehmen, viel Propaganda, aber sprachen nicht auch die Politiker von einer Asylflut? Von Kriminalität, die rund um Asylbewerberheime ansteige? Er wurde die Gedanken nicht mehr los.	Berliner Zeitung, 21.09.2013, MAG, S. VP 1			
		In den Nachrichten hat er gehört, dass in diesem Jahr noch 25 000 Flüchtlinge nach Deutschland kommen werden. "Bitte nicht nach Hellersdorf", sagt er nur und starrt auf seinen Kaffee, der inzwischen kalt geworden ist. Er schaltet jetzt öfter die Nachrichten an. Er sucht Antworten bei der Politik, und findet keine. Kurz überlegte er, die Linkspartei zu wählen. Ihm gefiel, dass sie einen Mindestlohn von zehn Euro fordern. Aber dann hat er gehört, dass sie das Heim unterstützen. Er versteht nicht, warum. Es hat ihm nie jemand erklärt, warum die Fremden herkommen.	Berliner Zeitung, 21.09.2013, MAG, S. VP 1			

		<p>Eine alte Dame, die am Donnerstagnachmittag ihren Vorgarten in Marzahn winterfest macht, nur 50 Meter von dem künftigen Standort der Container, sagt: "Die Ausländerpolitik dieser Stadt schürt doch Rassismus. Wenn die Asylanten in diesen Containerdörfern unter uns leben, werden sie sich niemals integrieren können." Carl Chung vom Mobilien Beratungsteam sieht noch eine ganz andere Gefahr. Dass die Rechtsextremen zu Protesten mobilisieren, dass es Gegen demonstrationen gibt - aber zwischen diesen Fronten die betroffenen Anwohner gar nicht mehr gehört werden. Dass sie sich nicht vertreten fühlen, nicht einmal von den Demokraten. Dass sie schweigen. Und sich ein Bild von Marzahn festsetzt, wie die Rechten es gerne hätten. Dabei ist all dies, wie gesagt, nicht mal ausschliesslich ein Marzahner Problem.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 22.11.2014, S. 3</p>			
		<p>Und heute? "Ick sach ma' so, gut find' ick die Heimleute nicht", sagt André. "Die sammeln Pfandflaschen aus'm Müll. Zusammen mit ihren Kindern... Und die sind laut." Kurze Pause: "Na ja, so laut ooch wieder nich'." Lange Pause: "Eigentlich is' mir ditt egal." Dieser Tage ist es nicht leicht, in Hellersdorf einen richtigen Neonazi zu finden. Zum Glück. Sicher, nach wie vor gibt es Anwohner, die Rassistisches von sich geben. Aber nur wenige lassen sich noch etwa von der NPD instrumentalisieren. Am Pfingstsonntag zogen Neonazis zum Heim - und blieben mit 40 Mann unter sich. Dass Bewohner und Mitarbeiter an solchen Tagen in Angst leben, wird von vielen im Bezirk als Schande gesehen.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 06.08.2014, S. 7</p>			
		<p>Man würde die Flüchtlinge natürlich auch im Kaufhaus treffen, aber Probleme gäbe es keine, man habe sich arrangiert. Eine Frau hingegen sagt, dass sie schon öfter von "südländisch aussehenden" Männern angepöbeln und bedrängt worden sei, aus Angst habe sie ihre Route mit dem Hund geändert. Neben ihr seien zwei Flüchtlinge eingezogen, viel zu laut seien die, sie schlugen die Türen zu und trampelten bis in die Nacht herum.</p>	<p>Berliner Zeitung, 26.07.2016, S. 13</p>			
		<p>"Viele Anwohner sind nicht wirklich begeistert", sagt Schultz, "sie sind besorgt, dass die Spielplätze vermüllt werden, dass nun die Kriminalität steigt". Im Viertel rumore es, seit die Pläne des Bezirks bekannt wurden. "Wir wurden vor vollendete Tatsachen gestellt, das ist das Hauptproblem", meint Schultz. Er selbst lasse sich aber nicht verrückt machen - und schon gar nicht von den Rechten: "Die helfen uns auch nicht weiter, die wohnen ja nicht mal hier.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 13.07.2013, S. 14</p>			
		<p>Ein paar Empörte aus dem Viertel können offensichtlich mit "diesen Linken" nicht viel anfangen. "Nazis sind wir aber nicht, auch wenn das alle Zeitungen schreiben", sagte eine Frau, eigener Auskunft zufolge alleinerziehend. Und dann zählte sie auf, wann welcher Jugendclub und wann welche Sozialeinrichtung im Bezirk schliessen musste.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 20.08.2013, S. 8</p>			
		<p>Von den Politikern fühlt er sich übergangen. Er findet, er habe das Recht, mitzureden, ob, wann und wo ein Flüchtlingsheim im Bezirk Platz hat. Als er vor ein paar Tagen ein Flugblatt im Briefkasten fand, auf dem zu einer Diskussion über das Heim eingeladen wurde, freute er sich. Bis er erfuhr, dass der Zettel gar nicht vom Bezirksamt kam, sondern von den Rechtsextremen. Mit denen will er nichts zu tun haben, ein Nazi sei er schliesslich nicht.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 22.11.2014, S. 3</p>			
		<p>Bist du ein Nazi? André - 19 Jahre, Kurzhaarschnitt, um den Hals ein Thors hammer-Kettchen - stutzt. Die Sonne knallt auf Hellersdorf, 30 Grad, windstill. André setzt sich in einen schattigen Hauseingang in der Maxie- Wander-straße. Nazi sei er nicht, auch wenn der Thorhammer ein bei Rechtsextremen beliebtes Germanensymbol ist.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 06.08.2014, S. 7</p>			

		<p>Seit Monaten gibt es Streit um das Hellersdorfer Flüchtlingsheim, wo vorrangig Menschen aus Syrien und Afghanistan untergebracht sind. Die rechtsextreme NPD machte zunächst Stimmung unter den Anwohnern. Andere Bürger und linke Gruppen gingen für die Flüchtlinge auf die Straße. Wie Stephan Jung von "Hellersdorf hilft" sagte, setzen sich inzwischen auch an anderen Orten der Stadt Menschen für Flüchtlinge ein.</p>	<p>Berliner Zeitung, 07.10.2013, S. 16</p>			
		<p>Doch insgesamt ist die Lage besser geworden. Im Heim selbst ist viel passiert. In der einstigen Schule sind Wände in Flure eingezogen worden, jede Familie hat nun ein eigenes Bad. Ein Nachbargebäude wurde saniert, inzwischen leben hier 400 Frauen, Männer und Kinder. Die meisten kommen aus Syrien, Ägypten, Irak und Afghanistan, ausserdem Roma vom Balkan und Kaukasier aus Russland. Über den Hof rennen Kinder, malen mit Kreide, kreischen in der Sonne - was Kinder so machen. Einige Nachbarn haben sich darüber beschwert. Dabei war es viel lauter, als das Haus noch eine Schule war. Martina Wohlrabe, die Heimleiterin, ärgert sich besonders über Fälle wie diese: Wenn Fahrräder im Viertel gestohlen werden, klingeln Betroffene beim Heim - und sagen, sie müssten nachschauen, ob die Räder hier versteckt seien. Einige Bewohner berichten, dass man ihnen beim Einkaufen in den Supermärkten zwar distanziert, aber nicht aggressiv begegnet. Ältere Nachbarn bringen Bücher und Spielzeug vorbei, Volkshochschullehrer geben Deutschkurse. "Wir können schon von so etwas wie Normalität sprechen", sagt Wohlrabe</p>	<p>Der Tagesspiegel, 06.08.2014, S. 7</p>			
		<p>Und die junge Mutter stellte sich mit Blick auf die Ex-Schule, in der nun die ersten Flüchtlinge wohnen, nach ein paar Minuten selbst die Frage: "Mein Gott, wie müssen sich die da drinnen jetzt vorkommen?" Mit der Polizei, Kameras und Gebrüll vor der Tür.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 20.08.2013, S. 8</p>			
		<p>Viele Spenden "Fünf von ihnen sind jetzt wieder da", sagt Martina Wohlrabe, die Leiterin der Unterkunft. Es sei weitgehend Ruhe im Kiez eingeleitet, sagt sie. Die Bewohner fühlten sich inzwischen wohl im Heim. "Es ist erstaunlich, wie viel Hilfsbereitschaft es nun gibt: Nachbarn bringen Kuchen oder frisches Obst aus ihrem Garten, viele haben gespendet." So gebe es gefüllte Schultaschen, Spielzeug und Kleidung. "Was wir über haben, geben wir anderen Heimen." 150 Menschen, darunter 50 Kinder, leben derzeit im Heim. Sie kommen vor allem aus Afghanistan, Syrien und Pakistan. In der Schule wurden Klassenzimmer zu Drei-Bett-Zimmern umgebaut, bald wird es auch zwei Spielzimmer geben. "Der erste Ausbaustand ist erreicht", sagt Claudia Schütz, Abteilungsleiterin beim Landesamt für Soziales (Lageso). Nach dem Umbau eines zweiten Schulgebäudes und dem Ausbau des Flüchtlingsheims zu einer etwas komfortableren Gemeinschaftsunterkunft sollen später 400 Menschen dort leben.</p>	<p>Berliner Zeitung, 05.09.2013, S. 17</p>			
		<p>Das ehemalige Max-Reinhardt-Gymnasium stand fünf Jahre leer und sollte eigentlich abgerissen werden. Im ersten Stock hatte jemand lilafarbene Vorhänge angebracht, die sich manchmal bewegten. Vor der Tür stand ein Wachschützer. Er war hauptsächlich damit beschäftigt, die Geschenke anzunehmen, die Anwohner vorbeibrachten, Blumen, Kuchen, Obst, Kinderkleidung, Spielzeug.</p>	<p>Berliner Zeitung, 21.09.2013, MAG, S. VP 1</p>			
		<p>"Die Bürgerinnen und Bürger von Marzahn-Hellersdorf sind kein rassistischer Mob", sagte sie. Es gebe eine Vielzahl von Unterstützern für die Heimbewohner, auch aus dem direkten Umfeld.</p>	<p>Berliner Zeitung, 30.08.2013, S. 16</p>			

		<p>Es war das Bild des Tages, an dem sich der Streit um das Flüchtlingsheim in Hellersdorf in die nationalen Nachrichten drängte: Cindy Laqua schreitet mit ihrer Tochter auf dem Arm und einem schwer bepackten Kinderwagen an der Hand die Straße entlang. Die 29-Jährige ist mit ihrem Freund Omar Elaoad (33) auf dem Weg zum Asylbewerberheim. Seit Montag ziehen dort die Flüchtlinge ein, am Mittwoch belagern Demonstranten von links und rechts das Haus. Das junge Paar, das in direkter Nachbarschaft zum Flüchtlingsheim wohnt, lässt sich von dem Rummel und der vorherigen rechtsextremen Hetze nicht beeindrucken - denn es übergibt den Heimbewohnern all die Geschenke, die sie auf dem Kinderwagen geladen haben.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 23.08.2013, S. 8</p>			
		<p>Wir sind von den Leuten, die gegen das Flüchtlingsheim sind, einfach nur sehr enttäuscht. LAQUA: Wir fänden es toll, wenn mehr Menschen so wie wir spenden würden. Wir haben das freiwillig und gerne gemacht und würden auch jederzeit wieder spenden. ELAOAD: Ich kann arabisch sprechen und wenn dort arabischstämmige Flüchtlinge leben, könnte ich auch zwischen ihnen und den Spendern dolmetschen. Wir hoffen wirklich, dass noch mehr mitmachen.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 23.08.2013, S. 8</p>			
		<p>Wenn wir so schnell klein beigeben, müssen wir über Willkommenskultur gar nicht erst reden", so Schmidt. Ausserdem reagiert sie schon fast beleidigt auf die Pauschalisierung als NPD-Hochburg. "Wenn es irgendwo eine Sensibilisierung im Umgang mit dem Thema gibt, dann in Marzahn." Man habe in den letzten Monaten viel getan, es gebe Willkommens- und Hilfsprojekte. "Man darf sich von dem braunen Mob nichts vorschreiben lassen. Ich lade Frau Kapek ein, mal vorbeizukommen", sagte Schmidt und verwies auf die Arbeit des Bündnisses für Demokratie und Toleranz. Es sei inzwischen auch um die dort bereits existierenden Unterkünfte "Ruhe eingekehrt".</p>	<p>Der Tagesspiegel, 02.03.2016, S. 7</p>			
		<p>Auch Stephan Jung kennt die Klagen der Anwohner. Er wohnt nicht weit vom Flüchtlingsheim in der Hellersdorfer Carola-Neher-Straße. Als dort im vergangenen August gegen das Heim protestiert wurde, gründete er mit anderen den Verein "Hellersdorf hilft", er wollte die Flüchtlinge willkommen heissen. In diesem August hat der Verein dann die bunt dekorierte Begegnungsstätte Laloka am verwahten Kastanienboulevard eingerichtet, einem Ort, an dem sich Anwohner mit den Flüchtlingen aus dem benachbarten Asylbewerberheim treffen können.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 22.11.2014, S. 3</p>			
		<p>Die amtierende Bezirksbürgermeisterin im Rathaus von Hellersdorf referiert, wie viele Menschen zu den Anwohnerversammlungen gekommen sind, zu denen nach dem Einzug der Flüchtlinge eingeladen wurde. Manchmal kamen vierzehn, manchmal auch nur acht Leute. Um zu zeigen, wie ernst die Sorgen der Bürger genommen werden, wurde ein Katalog mit Fragen und Antworten zusammengestellt, den man sich von einer Internetseite herunterladen kann. Die letzten Wochen seien eine grosse Belastung für die Anwohner gewesen, sagt Dagmar Pohle. Es gebe überall den Wunsch nach Ruhe. Ruhe ist ein Wort, das oft fällt.</p>	<p>Berliner Zeitung, 21.09.2013, MAG, S. VP 1</p>			
		<p>Das neue Containerdorf in Marzahn ist jetzt bezugsfertig. Am Freitag wurden Anwohner zum Tag der offenen Tür eingeladen. "Spartanisch", "Luxus sieht anders aus", "mal sehen, wie das ist, wenn die Flüchtlinge da wohnen"- so und ähnlich äusserten sich Anwohner des neu erbauten Flüchtlingsheims am Blumberger Damm in Marzahn. Zuvor hatten sie sich die Wohncontainer von innen angesehen. Mitte Juli sollen dort insgesamt 400 Flüchtlinge einziehen. Aus welchen Ländern sie kommen, wie viele Familien unter ihnen sein werden, ist noch unklar.</p>	<p>Berliner Zeitung, 11.07.2015, S. 1</p>			

		Der Wohnheimbetreiber Prisod hat gemeinsam mit dem Bezirksamt von Marzahn-Hellersdorf am Freitag Anwohner und Interessierte zu einem Tag der offenen Tür eingeladen. Die Besucher hatten dabei die Möglichkeit, sich die Ausstattung der Zimmer, Gemeinschaftsküche und Aufenthaltsräume anzusehen und den Mitarbeitern des Heims Fragen zu stellen. "Wir setzen auf den Dialog mit den Anwohnern", sagt Susan Hermenau, Sprecherin des Heimbetreibers. Nur so könne man erfolgreich Vorurteilen begegnen, die gegenüber Flüchtlingen bestehen. Es ist die zwölfte Unterkunft, die Prisod in Berlin betreut, man könne deswegen auf reichlich Erfahrung aufbauen. Dazu gehöre es eben auch, die Umgebung mit einzubinden und, etwa durch Gesprächsrunden, den Anwohnern bestehende Ängste vor Flüchtlingen zu nehmen.	Berliner Zeitung, 11.07.2015, S. 1			
Flüchtlingsunterkünfte / Demonstrationen	Demos & Aktionen rechter Gruppen	Viele Bewohner beklagen sich darüber, dass sie nicht über Flüchtlingsunterkünfte informiert wurden. Das stimmt nicht. Ich war bei der grossen Versammlung im Sommer 2013 in Hellersdorf mit beklagen sich darüber, dass sie nicht über Flüchtlingsunterkünfte informiert wurden. Das stimmt nicht. Ich war bei der grossen Versammlung im Sommer 2013 in Hellersdorf mit über 1 000 Menschen, darunter 250 organisierte Rechtsextreme aus ganz Deutschland. Wir alle waren damals überfordert, auch die Polizei. Noch im Jahr zuvor gab es fast keinen rechtsextremistischen Vorfall im Bezirk, und dann aus Anlass des neuen Flüchtlingsheimes entstand plötzlich diese massive Bewegung.	Berliner Zeitung, 04.10.2016, S. 13	Rechte Parteien und Gruppierungen (NPD, Nationaler Widerstand, Bürgerinitiative MH, Bürgerbewegung Marzahn, Initiative Hellersdorf); Anwohner; Russlanddeutsche; Geflüchtete; (Stadt-)Politik	Fremdenfeindlichkeit; Handlungsmacht; Stigmatisierung	Negative Wirkung: Berichte über die Vielzahl an Protestaktionen rechtsextremer Gruppierungen, an denen Anwohner sich z.T. beteiligen, wirft neg. Licht auf den gesamten Bezirk und deutliche Stigmatisierung als "rechte Hochburg".
		"In der rechtsradikalen Szene wurde mobilisiert, auch die NPD hat dazu beigetragen, dass auf der Veranstaltung ein so aggressiver Ton herrschte", sagte Czaja. Am Dienstagabend hatten sich auf Einladung des Bezirksamtes fast 1000 Menschen auf einem Schulhof in Kaulsdorf versammelt. Dort wollte der Chef des für die Heime zuständigen Landesamtes für Soziales (Lageso), Franz Allert, die Lage erläutern. Weit kam er nicht, Gäste berichteten von Sprechchören wie "Nein zum Heim". Der NPD-Landeschef Sebastian Schmidtke heizte übers Mikrofon die Stimmung an, Beobachter sprachen von einer "Keif- und Schreiatmosphäre". Wie berichtet, sollen in Kaulsdorf in den kommenden Wochen rund 200 Flüchtlinge in einer leeren Schule untergebracht werden. Das Haus dient als vorläufige Notunterkunft.	Der Tagesspiegel, 11.07.2013, S. 9			
		In Marzahn hatten ebenfalls in der vergangenen Woche mehrere hundert Menschen an Protesten teilgenommen. Selbst die Sicherheitsbehörden zeigten sich überrascht von dem Zulauf. Bei den Initiativen gegen die Flüchtlingsheime ähneln sich die vor allem über Facebook verbreiteten Slogans gegen Asylbewerber und Flüchtlinge. Und alle weisen den Vorwürfe zurück, es handle sich um Aufmärsche von Neonazis oder zumindest von Rechtspopulisten. Tatsächlich aber stammen die Parolen gegen "Wirtschaftsflüchtlinge und Scheinasylanten" eindeutig vom äussersten rechten Rand, wie auch die Sprechchöre in den Videos gegen "Asylantenschweine".	Der Tagesspiegel, 18.11.2014, S. 13			
		Schon 2013, als die Proteste gegen ein Flüchtlingsheim in Hellersdorf eskalierten, hatte der Berliner Verfassungsschutz erklärt, dass zum Teil Neonazis die Hintermänner der Initiativen seien und diese steuerten. NPD-Landeschef Schmidtke hatte massgeblich die Protestaktionen in Hellersdorf vorangetrieben.	Der Tagesspiegel, 18.11.2014, S. 13			
		In Köpenick und Hellersdorf, aber auch anderswo in der Republik, machen Bürgerinitiativen gegen geplante Unterbringungen für Asylsuchende mobil. Am Sonnabend werden 1000 Menschen in Marzahn zu einer Kundgebung erwartet. Der hässliche ausländerfeindliche Deutsche mag seltener geworden sein. Aber umso sichtbarer.	Der Tagesspiegel, 21.11.2014, S. 1			

		Die wiederholten Protestaktionen gegen das in Marzahn geplante Flüchtlingsheim werden von Rechtsextremisten dominiert. Auch die Demonstration, zu der am Sonnabend rund 1000 Menschen erwartet werden, wurde von einem bekannten Rechtsextremisten angemeldet.	Der Tagesspiegel, 21.11.2014, S. 8			
		Auf der Website einer "Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf" steht, wann genau Flüchtlinge ankommen, obwohl die Behörden das aus Sicherheitsgründen geheim halten wollten. Die NPD plakatiert wochenlang "Nein zum Heim". Diesen Slogan haben sie beibehalten, auch jetzt, wo hier die ersten Asylbewerber wohnen. Ganz so, als ginge es bei ihren Aufmärschen - zu denen selten mehr als 50 Rechte erscheinen, viele von ihnen angereist mit Bus und Bahn - nur um ein ungeliebtes Gebäude und nicht um Menschen. Dabei wollen sie denen hinter den Fenstern Angst machen.	Der Tagesspiegel, 21.08.2013, S. 1			
		Unter anderem hat die grösstenteils anonym bleibende "Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf" gegen das Heim mobil gemacht.	Der Tagesspiegel, 21.08.2013, S. 1			
		Zahlreiche Neonazis waren am Dienstag gezielt nach Kaulsdorf gefahren. Rund 40 Männer und Frauen stammten nach Tagesspiegel-Informationen aus dem Umfeld von NPD und "Nationalem Widerstand", einer gut organisierten Clique militanter Neonazis. Weitere 40 Männer wurden als enge Sympahisanten eingestuft. "Wir werden vor der Bundestagswahl weiter gegen die Heime protestieren", sagte NPD-Landeschef Schmidtke dem Tagesspiegel.	Der Tagesspiegel, 11.07.2013, S. 9			
		Die NPD in Berlin schien am Ende. Nun, kurz vor der Bundestagswahl, ist die Partei wieder im Gespräch. In den vergangenen Tagen und Nächten hat sie Senatoren, Antifa-Gruppen, Flüchtlinge und die Polizei beschäftigt. Ihr Dauerprotest gegen das Flüchtlingsheim in Hellersdorf hat die Rechtsextremen in die Öffentlichkeit katapultiert. "Und wir bleiben dran", sagt der NPD-Landeschef Sebastian Schmidtke.	Der Tagesspiegel, 29.08.2013, S. 7			
		Vor dem Flüchtlingsheim in Hellersdorf war sehr viel Polizei. Ich fragte eine Polizistin, was los sei. Sie kam ganz nah an mich ran und flüsterte: "Das sind Faschisten." Da erst sah ich die Menschen, die hinter der Polizei standen. Viele hatten Glatzen. Sie waren ruhig, schauten mich aber eindringlich an. Bedrohlich. Ich war erschüttert. In der Schule hatte ich gelernt, dass die Faschisten in Europa gescheitert waren. Jetzt hatte ich den Eindruck, dass noch viele Deutsche faschistische Gedanken haben. Und dass besonders viele von ihnen in Hellersdorf lebten.	Der Tagesspiegel, 25.08.2013, S. 10			
		"Wir erleben einen Rückfall in die frühen Neunzigerjahre, als Neonazis die Gesellschaft in Angst versetzten - und nur Sprachlosigkeit ernteten", sagt Pau dieser Zeitung. Sie hat inzwischen erfahren, dass die Polizei die Routenänderung der Demonstranten zu ihrem Haus genehmigt hatte. Das sei ein falsches Signal. Nicht ihretwegen, sondern weil es die Rechtsradikalen bestärke. Das ist keine Vermutung. Am nächsten Morgen fragte die "Bürgerbewegung" via Twitter bei Pau nach, ob es ihr jetzt besser gehe. "Oder sollen wir nächste Woche noch mal bei ihnen vorbeikommen?" Auch in Marzahn gab es erstmals in diesem Jahr wieder eine Montagsdemonstration. Sie richtete sich gegen ein neues Containerdorf für Flüchtlinge, das an der Schönagelstraße gebaut werden soll. Seit Beginn der Demonstrationen im Herbst hatten sich bis zur Weihnachtspause zeitweise mehr als tausend Demonstranten an den Aufmärschen beteiligt. Aufgerufen zu der Demonstration unter dem Motto "Nein zum Containerdorf" hatte die "Bürgerbewegung Marzahn". Der Anmelder erwartete laut Polizei rund 800 Teilnehmer. Die Demo sollte um 19 Uhr an der Landsberger Allee, Ecke Blumberger Damm beginnen und durch den Kiez zurück zum Ausgangspunkt führen. Die Linkspartei meldete mehrere Gegenkundgebungen an.	Berliner Zeitung, 16.03.2015, S. 3			

		<p>Auf Videos von den Protesten an den vergangenen Montagen sind grölende glatzköpfige Männer zu sehen. Auch wenige Frauen sind dabei. Sie alle rufen: "Unsere straÙe und unser Land, maximaler Widerstand." Ein Redner brüllt durch die Lautsprecher, hier und in Buch seien Bürger für ihr Recht auf der straÙe, "ihre Heimat frei von Asylanten zu haben". Einer hält einen Schal über seinen Kopf, darauf das Signum der Neonazi-Hooligan-Band "Kategorie C". Stephan Jung sagt, er habe Hooligans erkannt und das Rudolf- Hess-Lied gehört. Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf ist bekannt als Hochburg der Rechten.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 22.11.2014, S. 3</p>			
		<p>Die rechtsextreme Partei NPD hat eine Demonstration für Sonnabend in Berlin-Hellersdorf angemeldet. Nach Tagesspiegel-Informationen soll der Protesmarsch am Alice-Salomon-Platz stattfinden, der sich unweit des Flüchtlingsheims befindet, das in die Max-Reinhardt-Oberschule eingezogen ist. Damit macht nun auch die rechtsextreme Partei NPD gegen die Unterkunft für die Flüchtlinge in Hellersdorf mobil. Am Donnerstag wurden die Proteste gegen die Aufnahme weiterer Flüchtlinge den vierten Tag in Folge fortgesetzt.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 23.08.2013, S. 1</p>			
		<p>Am stärksten ist Marzahn-Hellersdorf von dieser Entwicklung betroffen, dort verdreifachten sich die Vorfälle im Vergleich zu 2014, besonders wegen der Demos gegen Flüchtlingsheime, die von NPD-Mitgliedern gesteuert wurden. Seit den ersten "Nein zum Heim"-Demos 2013 versucht die NPD, unter dem Deckmantel von Bürgerinitiativen zu mobilisieren. 2015 wurden 298 rechtsextremistische Vorfälle in Marzahn-Hellersdorf registriert, darunter 72 tätliche Angriffe, 48 Bedrohungen oder Pöbeleien und 83 "Veranstaltungen", also Demos oder Mahnwachen. Die meisten Vorfälle hatten einen rassistischen Hintergrund, der örtliche Schwerpunkt war Marzahn-Mitte.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 08.03.2016, S. 7</p>			
		<p>In den sogenannten Bürgerbewegungen, von denen jene in Marzahn-Hellersdorf die aktivste ist, hatten die Organisatoren zunächst noch versucht, ihre rechtsextremistische Herkunft zu verschleiern. Um Anschluss zum bürgerlichen Milieu zu erhalten, gaben die Neonazis sich als "besorgte Nachbarn" aus. Diese Zurückhaltung haben sie inzwischen aufgegeben. Die Zahl bürgerlicher Teilnehmer an den "Nein-zum-Heim"-Demos sank. Jetzt demonstrieren dort fast nur noch Neonazis.</p>	<p>Berliner Zeitung, 01.07.2015, S. 2</p>			
		<p>Aus den westlichen Bezirken gibt es bislang keine solche Demos. In Marzahn funktioniert die Mobilisierung, weil es gegen ein konkretes Heim geht. In Dresden dagegen gehen die Menschen wegen der angeblichen "Islamisierung des Abendlandes" auf die straÙe. Auf der Facebook-Seite von Pegida hiess es: "Wir danken Euch für diesen Abend. Ihr wart absolute Spitzenklasse." Auf der Seite der "Bürgerbewegung Marzahn" aber wurde gemeckert, dass viele Teilnehmer am Montag bei der Demo betrunken gewesen seien und sich sinnlose Rangeleien mit der Polizei geliefert hätten.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 17.12.2014, S. 8</p>			
		<p>Aus der "Initiative Hellersdorf" ging später die rechtsextreme "Bürgerbewegung Marzahn-Hellersdorf" hervor. Diese organisiert laut SPI seit Ende 2014 die Montagsdemos gegen die Flüchtlingsheime, sie verlagerte die Demonstrationen von Hellersdorf nach Marzahn-Mitte, als dort Pläne für Notunterkünfte etwa am Blumberger Damm bekannt und ab dem Spätsommer 2015 auch eröffnet wurden. So bedrohten und belagerten Rechtsextremisten etwa die Notunterkunft am Glabecker Ring am Tag der Eröffnung. Laut Studie wurden zwei Drittel der rechtsextremen Vorfälle in Marzahn-Mitte registriert. "Die rechtsextreme Szene hat sich diese Ziele ausgesucht. Nicht die Flüchtlinge sind Schuld", so Hannemann.</p>	<p>Berliner Zeitung, 05.03.2016, S. 13</p>			

		Insgesamt 31 Montagsdemos wurden 2014/15 organisiert, in der zweiten Hälfte 2015 kamen sogenannte Kiezspaziergänge hinzu. "Die Bürgerbewegung besteht nur aus einem kleinen harten Kern von etwa 30 bis 40 Personen, darunter auch Mitgliedern der NPD", sagt Hannemann. "Wenn man genau hinschaut, ist das der organisierte Rechtsextremismus."	Berliner Zeitung, 05.03.2016, S. 13			
		Am Montagabend zogen wieder Anwohner und Neonazis durch Marzahn und demonstrierten gegen ein geplantes Flüchtlingsheim. Dieses Mal liefen sie nicht an der Wohnung der Bundestagspolitikerin Petra Pau (Linke) vorbei. Am 2. März hatten die Demonstranten vor Paus Wohnung eine spontane Zwischenkundgebung abgehalten, was Politiker nun beunruhigt. Sie fordern für sich einen besseren Schutz. Doch der Vorfall wird nur bedingt Konsequenzen haben. Denn die Polizei hat, zumindest formal, alles richtig gemacht. Die Demoroute führte lediglich am Haus vorbei, von einer Zwischenkundgebung war in der Anmeldung keine Rede.	Berliner Zeitung, 17.03.2015, S. 16			
		In Berlin dagegen, bei der "7. Montagsdemo" in Marzahn, sank die Teilnehmerzahl weiter. An diesem Montagabend beteiligten sich nach offiziellen Angaben noch 550 Menschen, nach 1000 in den vergangenen Wochen. In Berlin beschränkt sich der Protest gegen die Unterbringung von Flüchtlingen auf die östlichen Bezirke am Stadtrand. Die grösste Wut gibt es in Marzahn, nicht ganz so stark ist der Protest in Köpenick, Hellersdorf und Buch.	Der Tagesspiegel, 17.12.2014, S. 8			
		Die rechtsextreme "Bürgerbewegung Marzahn" will heute zum elften und vorerst letzten Mal gegen die Unterbringung von Flüchtlingen auf die Straße gehen. "Bevor wir einen Strategiewechsel vollziehen, wird dies unsere letzte Montagsdemonstration in Marzahn sein", versprechen die Organisatoren auf Facebook. Wie die neue Strategie aussieht, wird nicht gesagt - auch scheinen die Organisatoren noch nicht einig zu sein, ob die Proteste wieder aufgenommen werden: "Inwiefern der Widerstand gegen die fatale Asylpolitik in Marzahn und Hellersdorf weitergeführt wird, ist abzuwarten." Gleichzeitig kündigten die Heimgegner an, ihren Facebookauftritt stillzulegen, Fragen und Mails sollen nicht mehr beantwortet werden. Bisher lief die Mobilisierung der Heimgegner fast ausschliesslich über Facebook. Begründet wird der Schritt mit "staatlichen Willkürmassnahmen", die der Bewegung den Schwung genommen hätten; ausserdem werden die geänderten Nutzungsbedingungen auf Facebook als Grund für den Rückzug aus dem sozialen Netzwerk angeführt. Aus Sicht der Heimgegner könnten die Neuerungen als "Überwachungsmassnahmen" benutzt werden, um "jegliche Organisatoren zu kriminalisieren".	Der Tagesspiegel, 02.02.2015, S. 10			
		Die NPD hatte via Facebook zur Teilnahme an dem Marsch aufgerufen, ihr Landeschef Sebastian Schmidtke trat ans Rednerpult, ebenso Mitglieder der rechtsextremen Kleinstpartei "Der Dritte Weg". Zu der Veranstaltung hatte die "Bürgerbewegung Marzahn-Hellersdorf" aufgerufen. Sie lief unter dem Titel "Sicherheit statt Angst! Recht auf Zukunft! Mut zum Widerstand". Das Bündnis hatte in der Vergangenheit schon häufiger zu "Nein zum Heim"-Demos gegen Flüchtlingsunterkünfte aufgerufen. Vor der Demonstration war es in Marzahn wiederholt zu Sachbeschädigungen gekommen.	Der Tagesspiegel, 03.04.2016, S. 10			

		<p>Das zuständige Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) hatte tagelang nicht verraten, wann genau die ersten Flüchtlinge in der umgebauten Ex-Schule in der Carola-Neher-straße ankommen. Aus gutem Grund: Im Internet wurde gegen das Heim gehetzt, rassistische Parolen tauchten an Hauswänden auf, vor dem Haus hängen auch jetzt noch Wahlplakate der NPD, darauf steht: "Guten Heimflug". Dann gibt es noch die "Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf", mit der man gern gesprochen hätte, die aber lieber anonym bleibt. Die umstrittene Bürgerinitiative gilt als gut informiert. Auf ihrer Internetpräsenz hiess es am Sonntag: "Wie uns aus höchst vertraulicher Quelle zugetragen wurde, werden morgen, also diesen Montag, die ersten Flüchtlinge einziehen".</p>	<p>Der Tagesspiegel, 13.07.2013, S. 8</p>			
		<p>Der Name, unter dem die Gegner des Flüchtlingsheims in Hellersdorf im Internet bei Facebook und Twitter agieren, klingt harmlos: Bürgerbewegung Hellersdorf. Die Inhalte allerdings sind es nicht. Über die beiden sozialen Netzwerke verbreiten sie derzeit Fotos aus dem Flüchtlingscamp am Oranienplatz. Unter anderem zeigen sie ein Bild einer toten Ratte, die an einem Zaunpfahl liegt mit der Bemerkung "Das Camp fordert seine ersten Tribute." Die Kommentare der anderen Nutzer dazu lauten: "Die grossen dunklen Ratten hätte es treffen müssen", "Seuche gehört zu Seuche", "Es trifft immer die Falschen" oder "Hunger können die Schwarzen nicht haben, sonst würden sie ihr Essen nicht liegen lassen".</p>	<p>Der Tagesspiegel, 04.04.2014, S. 8</p>			
		<p>Hellersdorf ist überall!" Unter diesem Motto versucht sich jetzt die im Anonymen agierende Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf, die im sozialen Netzwerk Facebook gegen das Flüchtlingsheim an der Carola-Neher-straße hetzt, auszubreiten. Schliesslich hat es ziemlich gut geklappt, die Stimmung dort anzuheizen. Seit Montag gibt es deshalb auch eine Facebook-Seite Berliner Bürgerinitiativen, deren Initiatoren natürlich ebenfalls anonym bleiben. Und es wird, wie gehabt, vor allem gegen Asylbewerber Stimmung gemacht. Die eigenen Anhänger werden aufgefordert, die Artikel zu teilen.</p>	<p>Berliner Zeitung, 30.08.2013, S. 16</p>			
		<p>Zech zählt auch zum engeren Umfeld des rechtsextremen Hip- Hop-Duos A3stus des Berliner Neonazi-Rappers Patrick Killat und des rechten Liedermachers R.A.W. ("Recht auf Wahrheit"), der Mitglied der Neonazi-Kameradschaft ist. Im Januar 2014 war Zech dabei, als das Duo vor einem Flüchtlingsheim in Berlin-Hellersdorf ein Musik-Propaganda-Video drehte, das erhebliches Aufsehen provozierte.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 17.12.2015, S. 14</p>			
		<p>Doch es gibt auch Stimmen, die Erklärungen haben für die Wut der Deutschrussen, die sich gegen die angeblich untätige Polizei, aber vor allem gegen die Flüchtlinge richtete. "In Zeiten, wo so viele Illegale kommen, entwickelt sich Hass", sagt ein Mann. Ein anderer sagt: "Das waren normale Leute, die demonstriert haben. Auch mein Vater war dabei." Sergej Hunke, CDU-Bezirksverordneter in Marzahn-Hellersdorf, berichtet, wie erschrocken er über "die Tiefe des Grabens" sei.</p>	<p>Berliner Zeitung, 11.02.2016, S. 13</p>			

Rechte vs. Linke/Solidarische Demos & Aktionen	<p>Im Januar hatten 700 Russlanddeutsche vor dem Kanzleramt gegen Migranten und für die angeblich von "Südländern" entführte und vergewaltigte 13-jährige Lisa demonstriert. Das Mädchen stammt aus Marzahn, deswegen wird erwartet, dass auch heute zahlreiche russischstämmige Menschen bei den Rechten mitlaufen werden. In Marzahn-Hellersdorf lebt eine grosse Zahl Russlanddeutscher.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 02.04.2016, S. 19</p>	Rechte Parteien und Gruppierungen (z.B. NPD, Pro Deutschland); Linksradikele Gruppen (z.B. Antifa); Zivilgesellschaftliche Akteure/Vereine/solidarische Gruppierungen (z.B. Initiative Hellersdorf hilft Asylbewerbern); Anwohner; (Stadt-)Politik	Fremdenfeindlichkeit; Linksradikalisierung; Spaltung (rechts/links); Handlungsmacht/Ohnmacht; Solidarität	<p>Negative bis ambivalente Wirkung: Rechtsextreme vs. linksextreme Aktionen erzeugen ein Klima der Angst und Unsicherheit und zeigen die Zerrissenheit im Bezirk deutlich auf. Linksradikele und solidarische Aktionen oder Gruppierungen werden nur wenig voneinander abgegrenzt, was wiederum den "Abstand"/die "Befremdlichkeit" gegenüber einem Teil der MH-Bevölkerung noch verstärkt.</p>
	<p>Worauf die Frage abzielt, merkt André schnell: Ein paar Schritte weiter steht Deutschlands bekanntestes Flüchtlingsheim. Vor einem Jahr zogen in eine leere Schule in der Carola-Neher-straße, Ecke Maxie-Wander-straße 200 Flüchtlinge ein. Neonazis wollten das verhindern. Linke kamen zum Schutz der Flüchtlinge. Behelmte Polizisten rückten an, Fernsehteams filmten, ein Anwohner zeigte den Hitlergruss - das schlechte Image wird der Bezirk seitdem schwer los.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 06.08.2014, S. 7</p>			
	<p>"In Marzahn gab es ebenfalls erneut Proteste. Die "9. Montagsdemo" gegen das dort geplante Flüchtlingsheim fand dort am Abend statt. Treffpunkt der "Bürgerbewegung Marzahn" war wieder der vorgesehene Standort des Heimes an der Ecke Landsberger Allee/Blumberger Damm. Nach Polizeiangaben waren hier ähnlich viele Demonstranten wie in der vergangenen Woche unterwegs: An der Demo "Nein zum Containerdorf" nahmen 300 Menschen teil, an den Gegendemos insgesamt etwa 260. Flüchtlingsgegner wollen von der "Pegida"-Absage in Dresden profitieren.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 20.01.2015, S. 7</p>			
	<p>"Marzahn-Hellersdorf bleibt als Demoanlaufpunkt für alle die Option", hiess es am Sonntag auf der Internetseite der Bürgerbewegungen Marzahn und Hellersdorf, unmittelbar nach Bekanntwerden des Demonstrationsverbotes in Sachsen. Durch diese Werbung könnte die Zahl der Montagsdemonstranten in Marzahn wieder steigen. Seit November geht die Bürgerbewegung gegen ein Containerdorf auf die Straße, Treffpunkt ist Montagabend wiederum der Standort eines Heimes an der Ecke Landsberger Allee/ Blumberger Damm. Wie üblich haben linke Gruppen Proteste organisiert. In den vergangenen beiden Wochen hatten die "Bärgida"-Demonstrationen in Mitte die Proteste in Marzahn in der öffentlichen Wahrnehmung überlagert.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 19.01.2015, S. 9</p>			
	<p>Gegen "Bärgida" sind zwei linke Demos angemeldet, eine vom Abgeordneten Oliver Höfinghoff (parteilos, zuvor Piraten). Mehrere tausend Menschen werden erwartet, die linksextremistische Szene ignoriert "Bärgida" weiter und konzentriert sich auf Marzahn.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 19.01.2015, S. 9</p>			
	<p>Am Abend demonstrierten zudem rund 160 Gegner von Flüchtlingsheimen wie jeden Montag in Hellersdorf-Marzahn. Auch hier gab es eine Gegendemo mit 50 Teilnehmern.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 27.01.2015, S. 13</p>			
	<p>Mit Sorge beobachten Sicherheitsbehörden und Politik die zunehmenden Proteste und Aktionen gegen Flüchtlingsunterkünfte in Berlin und Brandenburg. Auch am Montag wurde erneut in Marzahn und Buch gegen den Bau von Flüchtlingsheimen protestiert. In Marzahn versammelten sich am Abend rund 500 Menschen an der Ecke Blumberger Damm/Landsberger Allee zu der Demonstration unter dem Motto "Nein zum Containerdorf". Zu den Demonstranten gehörten einige einschlägig bekannte Rechtsextremisten, unter anderem der Landeschef der NPD, Sebastian Schmidtke. Es wurden auch Parolen wie "Unsere Heimat - unser Land - Nationaler Widerstand" gerufen. Auch eine Gegendemonstration mit zunächst 400 Teilnehmern formierte sich dort. Sie wurden aus einem Haus mit einem Böller beworfen. Die Polizei, die mit rund 300 Beamten im Einsatz war, nahm einen Mann fest. Schon vor den Demonstrationen kam es laut Polizei zu kleineren Rangeleien.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 18.11.2014, S. 13</p>			

		Am Mittwoch will die rechtspopulistische Gruppierung "Pro Deutschland" am Heim und anderen Orten der Stadt aufmarschieren. Die demokratischen Parteien Berlins riefen gemeinsam zu Gegendemonstrationen auf.	Der Tagesspiegel, 21.08.2013, S. 1			
		Die NDP-Kundgebung von rund zwei Dutzend Neonazis in Hellersdorf wurde am Dienstagabend von Hunderten Gegendemonstranten übertönt.	Der Tagesspiegel, 21.08.2013, S. 1			
		Mittwochmorgen, 9.30 Uhr. Hinter einem Polizeizaun an der Hellersdorfer Straße/Ecke Cecilienstraße bereitet sich die rechtspopulistische Bürgerinitiative Pro Deutschland auf ihre Kundgebung gegen Asylbewerber vor - die erste an diesem Tag, vier weitere in Moabit, Friedrichshain und Kreuzberg sollen folgen. Wahlplakate werden aufgestellt, ein Kleinbus rollt vor, die acht Teilnehmer der Kundgebung steigen aus. Wie bei der NPD-Demonstration am Dienstagabend machen nur wenige Rechtsextreme gegen das Flüchtlingsheim mobil. Auf der anderen Straßenseite stehen etwa 100 Gegendemonstranten. Sie sehen müde aus. Viele haben die Nacht bei einer Mahnwache am Flüchtlingsheim verbracht. Es geht bei dieser Kundgebung aber nur vordergründig um das Heim. Pro Deutschland will Wahlkampf mit dem Thema machen. Und ansonsten ist es der alte Kampf zwischen Rechten und Linken.	Der Tagesspiegel, 22.08.2013, S.8			
		Es ist still in der Carola-Neher-Straße um die Mittagszeit. In der früheren Schule in Hellersdorf, die jetzt ein Flüchtlingsheim ist, sind hin und wieder Menschen an den Fenstern zu sehen. Ins Gebäude dürfen noch keine Besucher - schliesslich war das ehemalige Max-Reinhardt-Gymnasium noch vor zweieinhalb Wochen Ort erbitterter Auseinandersetzungen. Wochenlang war gegen das Heim gehetzt worden, beim Einzug der ersten Bewohner war es zu beschämenden Szenen gekommen: Ein Mann hatte rechte Parolen gebrüllt und den Hitlergruss gezeigt, von Umstehenden angefeuert. Junge Leute, die den Flüchtlingen helfen wollten, hatten dagegen gehalten - auch ihre Demo war laut. Sechs Flüchtlinge bekamen es mit der Angst zu tun und waren wieder in die Erstaufnahme nach Spandau gefahren.	Berliner Zeitung, 05.09.2013, S. 17			
		Der Veranstalter der Demo, die "Bürgerbewegung Marzahn" kündigten an, den Einsatzleiter der Polizei anzuzeigen, ihm warf man "völliges Versagen" vor. In einer Mitteilung hiess es: "Der Staat benutzt Linksextremisten als Waffe gegen das eigene Volk." Angeblich sei ein Kind in dem Demonstrationszug durch einen Stein schwer verletzt worden, es liegt im Krankenhaus. Die Polizei konnte das nicht bestätigen. Aus Protest gegen die Behinderungen durch die Polizei und die Angriffe von Gegnern wollen die Heimgegner am heutigen Montag um 19 Uhr erneut in Marzahn demonstrieren.	Der Tagesspiegel, 24.11.2014, S. 1			
		Die Polizei war mal wieder die Dumme. Der Einsatz am Sonnabend in Marzahn ging, pardon, in die Hose. Links- und Rechtsextremisten marschierten auf Tuchfühlung nebeneinander her und konnten sich ungehindert mit Flaschen, Steinen und Böllern bewerfen. 22 Polizisten wurden verletzt. Drei Stunden hatte der Einsatzleiter die Rechten stehen lassen, weil die Linken alle Straßen blockierten. Dass die "Heimgegner" dann plötzlich doch los durften, verstand keiner der Beobachter. Hätte die Polizei den rechten Marsch also ganz verbieten sollen? Nein. Die Polizei muss das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit durchsetzen, auch das der NPD oder der "Heimgegner". Leider passt das vielen Linken nicht. Sie sehen es als gutes Recht, Rechte zu blockieren. Das ist dumm und bringt die Polizei nur in Schwierigkeiten.	Der Tagesspiegel, 24.11.2014, S. 6			

	<p>Am Montagabend protestierten erneut rund 300 Menschen gegen ein geplantes Flüchtlingsheim in Marzahn - die Teilnahme an der Demonstration war bedeutend niedriger als in den vergangenen Wochen. Demgegenüber hatte die linke Szene rund 1500 Menschen mobilisiert. Die Gegendemonstranten versuchten in kleineren Gruppen, den Aufzug der Heimgegner zu stören. Die Polizei war mit 700 Beamten im Einsatz. Es kam bis Redaktionsschluss zu kleineren Rangeleien.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 16.12.2014, S. 15</p>			
	<p>Am Montagabend versuchten mehrere Gegendemonstranten, eine angemeldete Demonstration gegen ein Flüchtlingsheim in Marzahn anzugreifen. Bei der Abwehr der Übergriffe zog ein Polizist seine Dienstwaffe. Bis zu 270 Personen demonstrierten ab 19.30 Uhr unter dem Motto "Gegen ein Asylheim in Marzahn". Eines der vom Senat geplanten Containerdörfer soll in der Marzahner Schönagelstraße errichtet werden. Insgesamt stellten die Beamten bei acht Gegendemonstranten die Personalien fest, nachdem es zu Attacken auch auf Polizisten gekommen war. Die rund 140 Polizisten leiteten mehrere Ermittlungsverfahren wegen schweren Landfriedensbruchs, gefährlicher Körperverletzung und Verstößen gegen das Versammlungsgesetz ein.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 05.11.2014, S. 13</p>			
	<p>Am Ostkreuz hatten sich zahlreiche Linke getroffen und fuhren von dort aus mit der S-Bahn nach Marzahn - unter Begleitung der Polizei. Die war mit 550 Beamten im Einsatz. Weil die Gegendemonstranten sich in Marzahn aber an vielen kleinen Punkten versammelt hatten, fiel es den Polizisten schwer, die Blockaden aufzulösen. Als sich der Demozug der Rechten später auf Umwegen Richtung S-Bahnhof Marzahn bewegte, räumte die Polizei rabiart den Weg frei von Blockierern, die sich den Demonstranten in den Weg stellten. Dabei kamen auch Polizeihunde zum Einsatz. Linke Teilnehmer kritisierten die Härte. Augenzeugen wollen wiederholt gesehen haben, wie Neonazis aus dem Zug ausgebrochen seien, um Gegendemonstranten anzugreifen. "Es hat Festnahmen auf beiden Seiten gegeben", sagte ein Polizeisprecher. Auch seien mehrere Strafermittlungsverfahren eingeleitet worden, unter anderem wegen Landfriedensbruchs und Verstößen gegen das Versammlungsgesetz</p>	<p>Der Tagesspiegel, 03.04.2016, S. 10</p>			
	<p>"Naziaufmarsch verhindern" - unter dieser Parole haben linke Gruppen massive Proteste in Berlin angekündigt. Am Samstagmittag wollen rechte Gruppen unter dem Motto "Sicherheit statt Angst! Recht auf Zukunft! Mut zum Widerstand" vom U-Bahnhof Hellersdorf zum S-Bahnhof Marzahn ziehen. Entlang dieser mehrere Kilometer langen Wegstrecke sind mehrere Gegenkundgebungen von linken Gruppen und Parteien angemeldet worden. Dem Vernehmen nach ist das Hauptziel der linken Szene, den rechten Marsch zu blockieren. Mehrere Hundertschaften der Polizei werden im Einsatz sein, um beide Seiten zu trennen und das Demonstrationsrecht durchzusetzen. Die Polizei erwartet "200 bis 500" Teilnehmer auf der rechten Demo, für die seit zwei Monaten mobilisiert wird. Möglicherweise werden es aber auch deutlich mehr Menschen.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 02.04.2016, S. 19</p>			

		<p>Denn die Stimmung vor Ort ist aufgeheizt. Für den Dienstagabend hatte die rechtsextreme NPD in unmittelbarer Nähe der Unterkunft, an der Carola-Neher-/Ecke Maxie-Wanderstraße eine Kundgebung angemeldet. Die Anmelderin, dem Vernehmen nach eine Freundin des Berliner NPD-Vorsitzenden Sebastian Schmidtke, erwartete 20 Teilnehmer. Heimbefürworter wollten sich ebenfalls versammeln, die Antifa mobilisierte ihre Anhänger bereits vom frühen Morgen an. Währenddessen ist die Polizei weiterhin stark im Gebiet präsent. Auch am Mittwoch soll es Demonstrationen von Rechten und Linken in Hellersdorf geben. Die Parteien nutzen die Auseinandersetzungen um die Flüchtlinge zum Wahlkampf.</p>	<p>Berliner Zeitung, 21.08.2013, S. 16</p>			
		<p>Bei dem Polizeieinsatz bei der Demonstration von Gegnern des geplanten Containerdorfs für Flüchtlinge in Berlin-Marzahn sind am Samstag 22 Polizisten verletzt worden. Linke und rechte Gruppen hatte sich mit Steinen, Flaschen und Böllern beworfen. Zunächst mussten die bis zu 800 rechten Demonstranten drei Stunden warten, weil Linke die Straße blockierten. Als um 17 Uhr die Demo loslaufen durfte, durchbrachen 1000 Linke die Absperrungen. Der Polizei, die mit 1700 Beamten im Einsatz war, gelang es nicht, beide Lager zu trennen. Beobachter und Politiker sprachen von einem chaotischen Einsatz.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 24.11.2014, S. 1</p>			
		<p>Der Titel des Flyers: "Asylbewerberheim in Marzahn-Hellersdorf verhindern!". Die Hellersdorfer Bürger kamen in Scharen - aber nicht nur sie. An die 900 Menschen erschienen, wie berichtet, bei der Veranstaltung, auf der Hellersdorfs Bürgermeister Stefan Komoss (SPD) über das Asylbewerberheim informieren wollte. Rechte und linke Aktivisten, manche extra für die Veranstaltung angereist, lieferten sich lautstarke Auseinandersetzungen. Auch Sebastian Schmidtke, der Berliner Chef der NPD, war da.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 13.07.2013, S. 14</p>			
		<p>Die Nachricht vom Asylbewerberheim platzte in sein Leben, sie platzte in das ganze Viertel. Am 9. Juli fand eine Anwohnerversammlung statt, über tausend Menschen kamen, darunter auch Mitglieder der NPD, die Veranstaltung geriet ausser Kontrolle, wurde zur Stimmungsmache gegen Ausländer. Aufgebrachte Bürger beschwerten sich, dass sie nicht früher informiert worden seien. In den Tagen danach gab es Demonstrationen, zu denen linke und rechte Gruppen aus der ganzen Stadt anreisten und die Stimmung anheizten.</p>	<p>Berliner Zeitung, 21.09.2013, MAG, S. VP 1</p>			
		<p>Die Maxie-Wanderstraße kreuzt die Carola-Neher-Straße, in der Mitte August ein Heim für hauptsächlich syrische Flüchtlinge eröffnet wurde. Schon seit Juli kommt es im Umfeld des Flüchtlingsheims immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen rechten und linken Gruppierungen.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 21.08.2013, S. 1</p>			
		<p>Die NPD fühlt sich durch die Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf, in der nach Auskunft des Flüchtlingsrates zahlreiche Rechtsextreme mitwirken, bestärkt. Und Antifaschisten, die zum grossen Teil nicht aus dem Bezirk kommen, sehen wohl ebenfalls den Kampf ums Heim als ideologische Spielwiese. Das zeigte sich bereits am Montag, als diese von einer angemeldeten Kundgebung am U-Bahnhof Cottbusser Platz direkt vor das Heim zogen. Einige der Aktivisten suchten dabei zunächst mit Sprechchören wie "Mord, Folter, Deportation, das ist deutsche Tradition" die direkte Konfrontation mit etwa 30 Anwohnern, die vor Wohnhäusern standen. Es kam, wie berichtet, zu Rangeleien und der Festnahme eines Mannes wegen Zeigens des Hitlergrusses.</p>	<p>Berliner Zeitung, 21.08.2013, S. 16</p>			

		<p>Ab 12 Uhr hatten sich Mitglieder linker Gruppen nahe dem U-Bahnhof Cottbusser Platz in Hellersdorf zu einer Kundgebung versammelt. Sie wollten den Menschen, die an diesem Tag in das Flüchtlingsheim einzogen, Solidarität zeigen, hatten sie angekündigt. Vor dem Heim kam es am Nachmittag allerdings zu lautstarken Auseinandersetzungen mit Anwohnern. Seit Wochen wird um die Unterkunft, die im Komplex des früheren Max-Reinhardt-Gymnasiums eingerichtet wurde, gestritten.</p>	<p>Berliner Zeitung, 20.08.2013, S. 15</p>			
		<p>Problematisch werde es vor allem, wenn beide Seiten aufeinandertreffen. Palenda berichtete, dass Linksextremisten kürzlich bei einer der Demonstrationen in Marzahn gegen das geplante Flüchtlingsheim Teilnehmer mit Teleskopschlagstöcken angegriffen und zwei von ihnen so schwer verletzt hätten, dass sie in Krankenhäuser gebracht werden mussten. Nach Einschätzung von Palenda "radikalisiere" sich dieser Teil der linken Szene gerade, weil er schockiert sei von der Stärke der Proteste gegen Flüchtlinge. Wie berichtet, demonstriert seit sieben Wochen eine Mischung von Anwohnern und Neonazis gemeinsam gegen den geplanten Bau eines Containerdorfes für Flüchtlinge. An den Demonstrationen haben bis zu 1000 Personen teilgenommen.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 18.12.2014, S. 12</p>			
		<p>Mit dem Einzug der Flüchtlinge sind unzählige Beamte in diversen Behörden befasst, trotz Bemühungen von Lageso und Senat konnte der Termin wohl nicht geheim gehalten werden. Der ganz grosse Protest oder gar die befürchtete Pogromstimmung bleibt bis zum späten Montagabend aus. Gegen 22.30 Uhr stehen nur noch knapp zwei Dutzend Anwohner etwa 50 Meter vom Flüchtlingsheim entfernt auf der einen Straßenseite, auf der anderen Seite ist die Zahl der zumeist jungen Linken mit der Dämmerung auf knapp 100 angewachsen. Dazwischen steht die Polizei, vielleicht zwei Dutzend Beamte, die hoffen, dass es ruhig bleibt. Zusätzliche Kräfte sitzen in Polizeibussen, die überall im Kiez stehen.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 20.08.2013, S. 8</p>			
		<p>Für Mittwoch haben Rechtspopulisten bereits eine Kundgebung vor dem Heim angekündigt. Die Initiative "Hellersdorf hilft Asylbewerbern" will gegen Pro Deutschland protestieren. Erst vor wenigen Wochen wurde das Bezirksamt von angereisten Rechtsextremen aber auch der aggressiven Ablehnung des Heims unter einigen Anwohnern überrascht. Im Juli hatte Bezirksbürgermeister Stefan Komoss (SPD) öffentlich sein Vorhaben erklären wollen, wohl kurz bevor es mit dem Umbau der Schule los ging: Bis zu 1000 Menschen kamen damals zu der Anwohnerversammlung, die Stimmung war gereizt. Die Polizei eskortierte stadtbekannte Rechtsextreme später zum U-Bahnhof.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 20.08.2013, S. 8</p>			
		<p>600 Menschen demonstrierten am Feiertag in Hellersdorf friedlich gegen Rassismus. Die Teilnehmer sammelten sich auf dem Cecilienplatz in Kaulsdorf und zogen dann zu dem vor wenigen Wochen eröffneten Asylbewerberheim. Die Demo stand unter dem Motto "Gemeinsam für eine solidarische Gesellschaft". Nach Angaben der Organisatoren ist Hellersdorf zu "einem bekannten Beispiel für die rassistische Mobilisierung gegen Geflüchtete geworden". Wie berichtet protestieren eine von Rechtsextremisten unterwanderte Bürgerinitiative und auch die NPD gegen das Heim. Auch am Donnerstag wurden Flugblätter "Nein zum Heim" im Umfeld verteilt</p>	<p>Der Tagesspiegel, 04.04.2013, S. 8</p>			

		<p>Die rechtsextreme Partei NPD marschierte am Samstagnachmittag erneut in Hellersdorf auf. Gegen 16.30 Uhr hatten sich etwa 150 Neonazis auf dem Alice-Salomon-Platz versammelt, um gegen das vor einer Woche eröffnete Asylbewerberheim in der Carola-Neher-Straße zu protestieren. NPD-Landeschef Sebastian Schmidtke sprach gegen 17 Uhr vor den versammelten Anhängern, weitere Rechtsextreme hielten Reden. Doch zahlenmässig waren die Gegendemonstranten in der Überzahl: Laut Polizei hatten sich insgesamt 700 Menschen eingefunden, darunter auch Grünen-Politikerin Renate Künast, die wie viele andere in Richtung der Rechtsextremen mit einer Trillerpfeife pfiff. Auch Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Linke) beteiligte sich am Protest gegen die Rechten. Die Polizei war mit 410 Beamten im Einsatz, um Gegner und Befürworter des Heims zu trennen.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 25.08.2013, S. 10</p>			
		<p>Die Neonaziszene in der Hauptstadt ist überschaubar. Laut Verfassungsschutz hat die rechtsextremistische Szene in Berlin lediglich ein spontanes Mobilisierungspotenzial von rund 50 Personen. Mehr Leute kommen nur zusammen, wenn die Organisatoren bundesweit mobilisieren. Auch deshalb versuchen Neonazis, sich an Anwohnerdemos anzuschliessen. Am heutigen Montag wird es Demonstrationen in Marzahn-Hellersdorf und in Buch gegen neue Containerdörfer geben. Am Blumberger Damm, Ecke Landsberger Allee beginnt um 19 Uhr eine Demo "Nein zum Containerdorf". Am selben Ort soll es ab 18 Uhr eine Demo "Solidarität statt Ausgrenzung" von "Hellersdorf hilft" e.V. geben. Auch an der Wildbergstraße beginnt um 20 Uhr eine Demo gegen ein geplantes Containerdorf.</p>	<p>Berliner Zeitung, 17.11.2014, S. 15</p>			
		<p>Beim Tag der offenen Tür im Containerdorf für Flüchtlinge in Marzahn sind eine Flüchtlingsaktivistin und eine Abgeordnete nach eigenen Angaben durch Polizisten verletzt worden. Die Partei Die Linke kritisierte am Wochenende das Vorgehen der Beamten. Am Freitag hatten Flüchtlingsinitiativen und Politiker am Blumberger Damm gegen eine Neonazi-Kundgebung demonstriert. Etwa 100 Flüchtlingsunterstützern standen etwa 30 Rechtsextremen aus dem Umfeld der NPD gegenüber. Dabei kam es zu Pöbeleien zwischen Flüchtlingsunterstützern und Neonazis, darunter dem Anmelder der regelmässig stattfindenden "Nein-zum-Heim"-Demos, René U., der die Anwesenden provoziert und fotografiert haben soll.</p>	<p>Berliner Zeitung, 13.07.2015, S. 18</p>			
		<p>Die ersten etwa 30 Frauen, Männer und Kinder sind am Montagvormittag unter Polizeischutz in das umstrittene Hellersdorfer Flüchtlingsheim eingezogen. Die Einrichtung des Heimes an der Carola-Neher-Straße 65 war in den vergangenen Wochen kontrovers diskutiert worden. Und so kamen auch an diesem Tag Gegner wie Unterstützer vor der Einrichtung zusammen.</p>	<p>Berliner Zeitung, 20.08.2013, S. 15</p>			
		<p>Für Mittwoch hat die rechtspopulistische Partei Pro Deutschland eine Kundgebung gegen das Heim angekündigt. Die Bürgerbewegung Hellersdorf hilft Asylbewerbern ruft zu Gegenprotesten auf.</p>	<p>Berliner Zeitung, 20.08.2013, S. 15</p>			
		<p>Vor allem die Zahl der Veranstaltungen und Demonstrationen etwa vor geplanten Flüchtlingsunterkünften sowie die Zahl der Angriffe auf Personen und Einrichtungen seien sehr stark gestiegen (siehe Grafik). Zugleich, betonte Hannemann, sei die Unterstützung der Bevölkerung für die Geflüchteten in den Unterkünften angewachsen.</p>	<p>Berliner Zeitung, 05.03.2016, S. 13</p>			

		<p>Am 19. August waren die ersten Flüchtlinge in Hellersdorf eingezogen, hässlichste Szenen spielten sich dabei ab. Denn Anwohner waren durch eine von Rechtsextremisten initiierte, vorgebliche Bürgerinitiative (BI) Marzahn-Hellersdorf aufgehetzt worden. Am Ankunftstag der Asylbewerber posierte ein Mann mit Hitlergruss. Helfer der Flüchtlinge richteten daraufhin einen Infopoint, eine Anlaufstelle, direkt gegenüber dem Heim ein.</p>	<p>Berliner Zeitung, 17.09.2013, S. 16</p>			
		<p>Erst am vergangenen Sonnabend hatte die vorgebliche Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf zu einer "Nein-zum-Heim"-Demo durch das Viertel rund um die Carola-Neherstraße aufgerufen. 140 Teilnehmer, darunter der Berliner NPD-Chef Sebastian Schmidtke und andere Neonazis, waren durch den Kiez gezogen. Der Aufzug wurde durch eine Blockade von Gegendemonstranten gestoppt und musste vorzeitig aufgelöst werden. In die Nähe des Flüchtlingsheims kamen die Rechtsextremisten und ihre Anhänger somit nicht.</p>	<p>Berliner Zeitung, 29.10.2013, S. 16</p>			
		<p>Erneut demonstrieren 800 Anwohner und Neonazis am Montagabend in Marzahn-Hellersdorf gegen ein Containerdorf für Flüchtlinge. Zu den Demonstranten gegen die geplante Flüchtlingsunterkunft gehörte der Berliner NPD-Chef Sebastian Schmidtke. Auch eine Gegendemonstration mit rund 700 Anhängern, meist linker Gruppen, zog durch den Berliner Bezirk. Auf ihren Plakaten waren unter anderem Sprüche wie "Kein Mensch ist illegal", "Wir heissen Flüchtlinge willkommen" und "Berlin steht auf gegen Rassismus" zu lesen. Unter den Gegendemonstranten waren zahlreiche Politiker wie die Bundesvorsitzende der Grünen, Simone Peter, und Oliver Höfinghoff (früher bei den Piraten). Auch Petra Pau von den Linken war dabei: "Wir demonstrieren für eine neue Flüchtlingspolitik. Die Würde des Menschen ist unantastbar", sagte sie auf der Kundgebung. Canan Bayran von den Grünen sagte: "Wir dürfen nicht zulassen, dass sich der Hass gegen diese Menschen richtet." Gegen 20.30 Uhr wurde die Demonstration der linken Gruppen umgeleitet, damit die Polizei die beiden Demonstrationen auseinanderhalten konnte. Die Polizei war nach eigenen Angaben mit einem Aufgebot von rund 600 Beamten vor Ort. In den vergangenen Wochen gab es immer wieder in Marzahn sowie in Köpenick Proteste von Anwohnern und Neonazis gegen die Unterbringung von Flüchtlingen. Laut Verfassungsschutz nutzen Neonazis den Unmut von Anwohnern für ihre Zwecke und organisieren Demonstrationen.</p>	<p>Berliner Zeitung, 09.12.2014, S. 13</p>			
		<p>Auch an diesem Freitag haben Neonazis gegen das Flüchtlingsheim demonstriert. Ihnen entgegen stellten sich mehrere Hundert Gegendemonstranten.</p>	<p>Berliner Zeitung, 11.07.2015, S. 20</p>			
		<p>Nach den teilweise von Ausschreitungen begleiteten Demonstrationen vom Wochenende sind in Berlin-Marzahn am Montagabend erneut Hunderte Anwohner und Rechtsextreme gegen den Bau von Flüchtlingsunterkünften auf die Straße gegangen. Nach Polizeiangaben folgten am Montagabend etwa 950 Menschen dem Demonstrationsauf Ruf und zogen durch das Stadtviertel. An einer parallelen Gegenkundgebung beteiligten sich etwa 150 Protestierende. Die Polizei hatte nach den Worten eines Sprechers rund 500 Beamte im Einsatz. Nach Polizeiangaben blieben beide Versammlungen friedlich.</p>	<p>Berliner Zeitung, 25.11.2014, S. 15</p>			

		<p>Das hatten sich die Rechten vermutlich anders vorgestellt: Rund 170 Demonstranten hatten sich am Sonnabend in Marzahn-Hellersdorf versammelt, um vom U-Bahnhof Hellersdorf zum S-Bahnhof Marzahn zu marschieren. Die Zahl wuchs am Nachmittag auf etwa 300 an. Doch auf der anderen Seite waren etwa 400 Gegendemonstranten, welche die Neonazis mit Sitzblockaden daran hinderten, ihren Weg wie geplant einzuschlagen. Die Rechten mussten deshalb ihre Route ändern, wurden aber trotzdem immer wieder blockiert.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 03.04.2016, S. 10</p>			
		<p>Die Neonazis hatten sich gegen 13 Uhr zu einer Kundgebung vor der Alice-Salomon-Hochschule versammelt, Studenten derselben hatten deshalb mehrere Plakate an der Fassade angebracht, auf einem war "Berlin gegen Nazis" zu lesen. Ein anderes wurde von der Polizei beschlagnahmt, auf dem stand: "Rassisten angreifen und blockieren". Doch auch die Rechten hatten scharf formulierte Banner dabei. Auf einem stand "Linksfaschisten haben Namen und Adressen", was durchaus als Drohung interpretiert werden kann. Am Rande der Demonstration kam es mehrfach zu Auseinandersetzungen vor allem zwischen Polizisten und Gegendemonstranten. Bereits am Vormittag setzte die Polizei am S-Bahnhof Ostkreuz Pfefferspray ein. Dabei wurden offenbar auch Polizisten durch das Spray leicht verletzt. Ein Polizeisprecher wollte das zunächst jedoch nicht bestätigen.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 03.04.2016, S. 10</p>			
		<p>Eine Reaktion der AfD gab es in der Sitzung nicht. Kurz vor Mitternacht postete der Bezirksverband jedoch bei Facebook Fotos von Studierenden der Alice-Salomon-Hochschule und anderen linken Aktivisten, die vor Beginn der BVV gegen die Partei demonstriert hatten. Ein Gesprächsangebot des Fraktionsvorsitzenden Kessler hatten sie ausgeschlagen. "Merkwürdiges Demokratieverständnis der Möchtegerdemokraten", wunderte sich die AfD.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 17.12.2016, S. 16</p>			
	<p style="text-align: center;">Solidarische Aktionen</p>	<p>130 Menschen beteiligten sich gestern an einer Menschenkette zum neuen Asylbewerberheim in Hellersdorf. Die Aktion sollte die Spenden der vergangenen Wochen sicher zu den Asylbewerbern transportieren - ein symbolischer Akt für Toleranz. Es sei eine "überwältigende Anzahl an Spenden" zusammengekommen, teilte "Hellersdorf hilft" mit. Die Beteiligung war aber geringer als erhofft. Im August war das Heim für Asylbewerber eröffnet worden. Seitdem hatte es dort viele Demonstrationen der NPD und anderer rechter Parteien gegeben. Zudem bildete sich eine Bürgerinitiative, die angeblich aus Hellersdorfern besteht, aber von Rechtsextremisten gesteuert sein soll.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 06.10.2013, S. 12</p>	<p style="text-align: center;">Zivilgesellschaftliche Akteure/Vereine (Hellersdorf hilft; Bündnis für Demokratie und Toleranz); Anwohner; (Stadt-)Politik; Geflüchtete</p>	<p style="text-align: center;">Spaltung (rechts/links); Handlungsmacht; Solidarität; Kulturelle Vielfalt</p>	<p>Positive Wirkung: v.a. aus der Anwohnerschaft stammende Initiativen organisieren sich gegen radikale Kräfte und Rassismus und versuchen diesen gegenüber ein Gegengewicht der Demokratie und Solidarität darzustellen.</p>
		<p>Auch in Hellersdorf habe es Anwohner gegeben, die nicht gegen das Heim waren, sagte Bianca Klose von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus. Die Chance auf ein vernünftiges Gespräch sei aber vertan worden, weil man Rechte nicht rausgehalten und rassistische Parolen nicht unterbunden habe. Auf einer Facebook-Seite bekundeten bis Mittwochabend fast 1900 Menschen ihre Solidarität mit den Flüchtlingen.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 11.07.2013, S. 9</p>			
		<p>Die Leute von "Hellersdorf hilft" haben gerade kaum Zeit für die Flüchtlinge. Sie sind vor allem damit beschäftigt, den Protesten gegen das Asylbewerberheim in Marzahn entgegenzutreten. "Hellersdorf hilft" hat an den vergangenen beiden Montagen gegen die rechtsradikal unterwanderten Demos in Marzahn protestiert. Sie haben auch zu der Gegendemo an diesem Samstag aufgerufen. "Der Protest gegen die Rechten hat gerade absolute Priorität", sagt Jung. Wenn er nicht bei den Demos ist, spricht er in Marzahn von seinen Erfahrungen in Hellersdorf. Er möchte die Menschen für die Situation der Flüchtlinge sensibilisieren, er will, dass die Anwohner verstehen, dass man die Asylbewerber willkommen heißen muss - gerade wenn sie in ungemütlichen Containern untergebracht werden.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 22.11.2014, S. 3</p>			

		Am kommenden Montag wird das "Bündnis für Demokratie und Toleranz" ab 18 Uhr auf dem Alice-Salomon-Platz gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit demonstrieren. Bezirksbürgermeister Stefan Komoss (SPD) ruft alle Bürger auf, sich an der Demonstration zu beteiligen und so ein klares Zeichen für Demokratie, Menschlichkeit, Solidarität und Toleranz am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf zu setzen. Das Bündnis hatte sich 2014 gegründet, nachdem es vor zwei Jahren Proteste gegen die Errichtung einer Flüchtlingsunterkunft in der Carola-Neher-Straße gab. Wie Komoss betont, stehen einem breiten bürgerlichen Engagement nur noch wenige Proteste gegenüber.	Berliner Zeitung, 27.11.2015, S. 17			
Flüchtlingsunterkünfte	Reaktionen aus der Politik auf Geschehnisse in MH	Ich war bei der grossen Versammlung im Sommer 2013 in Hellersdorf mit über 1 000 Menschen, darunter 250 organisierte Rechtsextreme aus ganz Deutschland. Wir alle waren damals überfordert, auch die Polizei. Noch im Jahr zuvor gab es fast keinen rechtsextremistischen Vorfall im Bezirk, und dann aus Anlass des neuen Flüchtlingsheimes entstand plötzlich diese massive Bewegung. Eine ungesteuerte Veranstaltung, die von Rechtsextremen gekapert werden kann, wollte ich nie wieder haben.	Berliner Zeitung, 04.10.2016, S. 13	(Bezirks-)Politiker verschiedener Parteien	Handlungsmacht/Ohnmacht; Solidarität; Kulturelle Vielfalt	Ambivalente Wirkung: Reaktionen der Politiker zeugen z.T. von Hilf- und Ratlosigkeit; die Situation bewirkt jedoch auch ein parteiübergreifendes Zusammenwirken für Demokratie, Toleranz und Demokratie und gegen Rassismus.
		Die im Abgeordnetenhaus vertretenen Fraktionen rufen dazu auf, gegen die Demonstration gegen Asylbewerberunterkünfte am Sonnabend in Marzahn zu protestieren. Sie bezogen in einer Erklärung Stellung gegen "plumpe Stimmungsmache und Hasspropaganda von Rechtspopulisten und Nazis". Integrationsssenatorin Dilek Kolat (SPD) kündigte an, an der Gegendemonstration teilzunehmen.	Der Tagesspiegel, 20.11.2014, S. 1			
		Berlin - Nach Protesten gegen ein Flüchtlingsheim in Berlin-Hellersdorf haben Politiker ausländerfeindliche Kundgebungen scharf verurteilt. Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit sagte dem Tagesspiegel: "Es ist unerträglich, wie rechte Demagogen versuchen, Ängste zu schüren. Da müssen alle Demokraten dagegenhalten. Berlin ist eine weltoffene Stadt, und auch gerade deshalb müssen wir dafür sorgen, dass kein Raum für Ausländerfeindlichkeit bleibt." Deutliche Worte gegen die rechten Protestaktionen fand auch der CDU-Innensenator und Berliner Parteichef Frank Henkel. "Das Klima in unserer Stadt darf nicht vergiftet werden", sagte Henkel. Er appellierte mit Nachdruck an die Menschen im Umfeld des Flüchtlingsheims, "sich nicht von rechtsextremen Rattenfängern instrumentalisieren zu lassen". Es sei ein Gebot der Menschlichkeit, Flüchtlingen, die aus Krisenregionen kämen und Schutz und Hilfe suchten, "unsere Unterstützung anzubieten". Es wäre unerträglich, "wenn Flüchtlinge erneut flüchten müssten, weil ihnen an manchen Orten in unserer Stadt Hass entgegenschlägt, der von politischen Extremisten angeheizt und gesteuert wird".	Der Tagesspiegel, 21.08.2013, S. 1			
		Unter anderem hat die grösstenteils anonym bleibende "Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf" gegen das Heim mobil gemacht. "Es ist menschenverachtend, auf dem Rücken von Menschen, die grosses Leid erfahren haben, rechte Politik zu machen und Leute aufzuhetzen. Ich appelliere an die Berliner, das zu ignorieren und daran zu denken, welche schwere Zeiten Berlin schon durchgemacht hat und dass wir für viele Flüchtlinge heute ein Ort des Friedens und der Hoffnung sind", sagte der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Markus Löning (FDP), dem Tagesspiegel. Man müsse öffentlich klarmachen, dass "wir als Berliner mit der rechten Hetze nichts zu tun haben wollen"	Der Tagesspiegel, 21.08.2013, S. 1			

	<p>Unterdessen veröffentlichen die Direktkandidaten zur Bundestagswahl in Marzahn-Hellersdorf Monika Grütters (CDU), Petra Pau (Linke), Iris Spranger (SPD), Stefan Ziller (Grüne) und Tom Wesener (FDP) eine gemeinsame Erklärung "gegen den empörenden Versuch, ausländergefeindliche Stimmung zu schüren".</p>	Der Tagesspiegel, 22.08.2013, S. 8			
	<p>Politiker der Linkspartei und der Piraten mischten sich zeitweise unter die linken Demonstranten, am Nachmittag schaute auch Grünen-Spitzenmann Jürgen Trittin und die Berliner Grünen-Chefin Bettina Jarasch vorbei.</p>	Der Tagesspiegel, 20.08.2013, S. 8			
	<p>Der Leiter des örtlichen Polizeiabschnittes, Martin Jeske, spricht davon, dass sich "die Situation zu entspannen scheint". Die amtierende Bürgermeisterin Dagmar Pohle (Linke) räumt jedoch ein, dass es Spekulation sei, ob das so bleibt. Das Bezirksamt hatte in den vergangenen Wochen direkte Anwohner persönlich angeschrieben und zu vier Infoveranstaltungen zum Heim eingeladen. Gekommen waren nur zwischen 6 und 26 Prozent der Eingeladenen.</p>	Berliner Zeitung, 05.09.2013, S. 17			
	<p>Der Bezirk, Senator Czaja und das Lageso zeigen sich weiter dialogbereit: Man nehme die Sorgen der Anwohner ernst und wolle weiter aufklären, um Vorbehalte auszuräumen. Das Gesprächsangebot gelte ausdrücklich nicht für Neonazis, sagte Czaja.</p>	Der Tagesspiegel, 11.07.2013, S. 9			
	<p>"In Marzahn werden heute nicht nur tausend Rechte erwartet, sondern noch mehr Linke, aber auch bürgerliche Gegner der Rechten. Insgesamt sind neun Gegendemonstrationen angemeldet, die meisten von demokratischen Parteien. An einer nimmt Integrations-senatorin Dilek Kolat (SPD) teil. Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) sagt: "Am Samstag wird Berlin Haltung zeigen und sich den dumpfen Hassparolen und der plumpen Stimmungsmache des rechtsextremen Mobs friedlich, aber beherzt entgegenstellen." Auch Stephan Jung sagt: "Es ist falsch, dass gerade der Eindruck erweckt wird, bei der Demo am Samstag protestierten Linksradikale gegen Rechtsradikale. Wir repräsentieren die Zivilgesellschaft."</p>	Der Tagesspiegel, 22.11.2014, S. 3			
	<p>Gerade zur Flüchtlingsproblematik sei noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten. Dazu solle auch ein "Tag der offenen Tür" im Hellersdorfer Heim beitragen, der jetzt organisiert werde. Dagmar Pohle (Linke), die amtierende Bezirksbürgermeisterin, fordert, auch angesichts der massiven Hetze der NPD in Hellersdorf, ein Verbot der Partei. Und für das Viertel rund um die Carola-Neher-straße und den Boulevard Kastanienallee wünsche sie sich schon lange ein Quartiersmanagement. Bisher sei das vom Senat aber abgelehnt worden, sagt sie.</p>	Berliner Zeitung, 24.09.2013, S. 16			
	<p>"Wir erleben einen Rückfall in die frühen Neunzigerjahre, als Neonazis die Gesellschaft in Angst versetzten - und nur Sprachlosigkeit ernteten", sagt Pau dieser Zeitung. Sie hat inzwischen erfahren, dass die Polizei die Routenänderung der Demonstranten zu ihrem Haus genehmigt hatte. Das sei ein falsches Signal. Nicht ihretwegen, sondern weil es die Rechtsradikalen bestärke.</p>	Berliner Zeitung, 16.03.2015, S. 3			

		<p>Die Veranstaltung erscheint in diesem Jahr nötiger denn je. Denn nachdem die NPD und eine selbst ernannte Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf gegen Asylbewerber mobil machen, braucht es nach Ansicht der Kommunalpolitiker ein deutliches Signal aus dem Bezirk. Am Donnerstagabend verabschiedeten die demokratischen Parteien im Bezirkssparlament deshalb eine Resolution. "Marzahn-Hellersdorf bekennt sich zur gemeinsamen Verantwortung, Flüchtlingen und Asylbewerbern eine sichere Unterkunft zu gewährleisten", heisst es darin. Die amtierende Bürgermeisterin Dagmar Pohle (Linke) sagte, dass sich die Lage um das Heim allmählich normalisiere. "Die Bürgerinnen und Bürger von Marzahn-Hellersdorf sind kein rassistischer Mob", sagte sie. Es gebe eine Vielzahl von Unterstützern für die Heimbewohner, auch aus dem direkten Umfeld. Pohle kritisierte die Polizei dafür, NPD-Demos ausgerechnet in Hellersdorf zu genehmigen. Derzeit wohnen im Flüchtlingsheim 83 Menschen, darunter 27 Kinder.</p>	<p>Berliner Zeitung, 30.08.2013, S. 16</p>			
		<p>Gegen das Heim in Hellersdorf hetzt seit Wochen eine anonym bleibende Bürgerinitiative. Diese schürt massiv Ängste bei den Anwohnern. Der Bürgermeister von Marzahn-Hellersdorf, Stefan Komoss (SPD), will die Anwohner Mitte August zu vier Informationsveranstaltungen in kleinerer Runde mit jeweils 50 bis 70 Teilnehmern einladen. "Die persönlichen Briefe an die Anwohner gehen jetzt raus", sagt er. Eine öffentliche Informationsveranstaltung des Bezirksamtes zum geplanten Heim Anfang Juli hatte die rechtsextreme NPD als Podium für fremdenfeindliche Äusserungen genutzt.</p>	<p>Berliner Zeitung, 01.08.2013, S. 16</p>			
		<p>Der Fraktionsvorsitzende der Piratenfraktion, Oliver Höfinghoff, forderte: "Der Senat muss endlich den Ernst der Lage erkennen und entsprechend handeln." Hellersdorf sei zum Brennpunkt rechter und rassistischer Übergriffe geworden. "Diese Entwicklung ist keineswegs überraschend, sondern hat sich vielmehr schon vor Bezug des Flüchtlingsheims abgezeichnet", so Höfinghoff. Eine tragende Rolle in diesem Zusammenhang spiele die sogenannte Bürgerbewegung Hellersdorf. Sie habe von Beginn an die rechte Hetze kanalisiert und angeheizt.</p>	<p>Berliner Zeitung, 19.03.2014, S. 15</p>			
		<p>Dagmar Pohle gibt sich Mühe, geht jeden Tag ins Heim. Aber sie hat auch Fehler gemacht. Auf der Anwohnerversammlung im Juli entglitt dem Bezirksamt die Kontrolle, Pohle liess sich vom NPD-Vorsitzenden Sebastian Schmidtke das Mikrofon aus der Hand nehmen. Keiner der Politiker traute sich, den Bürgern ins Gesicht zu sagen, dass das Asylrecht ein Grundrecht ist, eine zivilisatorische Errungenschaft, und dass sie sich an den Anblick der Fremden gewöhnen müssen.</p>	<p>Berliner Zeitung, 21.09.2013, MAG, S. VP 1</p>			
		<p>"Wie stellen Sie sich Dialog mit jenen vor, die nicht gekommen sind", fragt eine Journalistin. Das sei eine spannende Frage, weicht Pohle aus und führt aus, wie positiv das zivilgesellschaftliche Engagement zu bewerten sei. Demnächst soll es einen Tag der offenen Tür geben, damit Anwohner und Flüchtlinge sich besser kennenlernen.</p>	<p>Berliner Zeitung, 21.09.2013, MAG, S. VP 1</p>			

	Flüchtlingsheimbetreiber PeWoBe	<p>Die Betreibergesellschaft PeWoBe ist ab November nicht mehr für die Unterkunft in der Hellersdorfer Maxi-Wander- straße zuständig. Das teilte das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) am Dienstag mit. Der schriftliche Vertrag sei bereits am 31. März ausgelaufen, sagte eine Sprecherin. Nun wurde der PeWoBe zum 31. Oktober gekündigt, dann soll ein neuer Betreiber das Heim managen. Dort leben derzeit 525 Bewohner, für 535 ist die Unterkunft ausgelegt. In der Vergangenheit hatte es immer wieder Kritik an den Zuständen im Heim gegeben. Die PeWoBe war für eine Stellungnahme am Dienstag nicht zu erreichen.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 10.08.2016, S. 8</p>	PeWoBe (Flüchtlingsheimbetreiber); Zivilgesellschaftliche Akteure/Organisationen; (Stadt-)Politik	Benachteiligung; Fremdenfeindlichkeit; Handlungsmacht; Solidarität	<p>Ambivalente Wirkung: Zustände im Flüchtlingsheim und DVU-Hintergrund der Heimleiterin, gerade im Kontext der darum stattgefundenen Demonstrationen und Geschehnisse, bewirken ein neg. Bild; Engagement von "Hellersdorf hilft" für Betreiberwechsel bis hin zum Erfolg dagegen ein positives.</p>
<p>Stephan Jung, Sprecher des Vereins "Hellersdorf hilft", begrüßte die Entscheidung der Senatsverwaltung: "Über 500 Menschen wurde damit sehr geholfen." Mehr wollte Jung nicht sagen - immerhin hatte die PeWoBe von "Hellersdorf hilft" eine Unterlassungserklärung erwirkt, nachdem der Verein mehrfach die Zustände in der Flüchtlingsunterkunft kritisiert hatte.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 10.08.2016, S. 8</p>					
<p>"Besonders dreist war es, dass die Pewobe gegen die Initiative ‚Hellersdorf hilft‘ juristisch vorgegangen ist, weil der Verein die Missstände angeprangert hat", so die Grünen-Politikerin. Die jetzt bekannt gewordenen E-Mails mit rassistischen Äußerungen seien entsetzlich, sagte auch der Linken-Politiker Hakan Tas dieser Zeitung. Aber es habe auch vorher schon genügend Vorfälle in den von der Pewobe betriebenen Heimen gegeben, um die Arbeit mit diesem Unternehmen nicht länger fortzusetzen.</p>	<p>Berliner Zeitung, 16.08.2016, S. 9</p>					
<p>Von Mobbing, unterlassener Hilfeleistung und Einschüchterung von Flüchtlingen war die Rede: Der Verein "Hellersdorf hilft" hatte am Wochenende erklärt, dass die Zustände in der Gemeinschaftsunterkunft in der Maxie-Wander-straße unhaltbar seien. Er fordert daher, dass der Vertrag mit der Betreiberfirma Pewobe gekündigt wird.</p>	<p>Berliner Zeitung, 26.07.2016, S. 13</p>					
<p>Die Betreiberfirma Pewobe weist alle Vorwürfe und Anschuldigungen des Vereins "Hellersdorf hilft" zurück. Sie "entsprechen nicht der Wahrheit", erklärte sie am Montag. "Es gibt weder Fälle von unterlassener Hilfeleistung sowie Einschüchterung noch gehört Mobbing zu dem Konzept der Pewobe", heisst es in einer Erklärung. Das hatte der Verein Pewobe vorgeworfen. Die Leiterin der Gemeinschaftsunterkunft sei tatsächlich bis Ende 2009 Mitglied der DVU gewesen. Sie habe aber ihre Mitgliedschaft beendet, weil "sie sich von den Inhalten der Partei und sämtlichem rechtem Gedankengut distanziert hat". Inzwischen sei die Heimleiterin "nicht politisch aktiv und auch kein Mitglied in einer politischen Partei", erklärte ihr Anwalt. Und er fügte hinzu, seine Mandantin "steht für eine freie, demokratische und multikulturelle moderne Gesellschaft". Die Pewobe erklärte, die seit dem 1. Juni tätige Heimleitung habe auch keine Angebote für Flüchtlinge gestrichen. Auch das hatte "Hellersdorf hilft" kritisiert.</p>	<p>Berliner Zeitung, 26.07.2016, S. 13</p>					
<p>Aber nicht nur aus Sicht von "Hellersdorf hilft", sondern auch aus der des Bezirks ist die "Pewobe kein geeigneter Betreiber", sagte dagegen Bezirksbürgermeister Stefan Komoss (SPD) der Berliner Zeitung. Zu dieser Ansicht sei man unabhängig von den Enthüllungen über das politische Engagement der Heimleitung in der Vergangenheit gelangt.</p>	<p>Berliner Zeitung, 26.07.2016, S. 13</p>					

		<p>Das Flüchtlingsheim in der Maxi-Wander-straße in Hellersdorf steht nach Recherchen des RBB-Inforadios vor einem Betreiberwechsel. Nach den jüngsten Diskussionen über unhaltbare Zustände in der Flüchtlingsunterkunft hat der Senat die Konsequenzen gezogen und dem Betreiber PeWoBe gekündigt. Die fristgerechte Kündigung sei erfolgt, bestätigte Monika Hebbinghaus, Sprecherin im Gesundheitssenat dem Inforadio am Dienstag. Der Vertrag werde neu ausgeschrieben. Am 31. Oktober sei für den umstrittenen Heimbetreiber PeWoBe Schluss. Zuvor waren massive Vorwürfe gegen den Heimbetreiber öffentlich geworden. So soll zeitweise nur ein Sozialbetreuer für die rund 500 Flüchtlinge verfügbar gewesen sein. Kinderwagen und Fahrräder der Heimbewohner sollen weggeschafft und Gemeinschaftsräume abgeschlossen worden sein. Die Heimleiterin Peggy M. hatte darüber hinaus 2008 bei den Brandenburger Kommunal- und Landtagswahlen für die rechts-extreme DVU kandidiert.</p>	<p>Berliner Zeitung, 10.08.2016, S. 9</p>			
		<p>Der Verein "Hellersdorf hilft" hat am Wochenende massive Kritik an den Zuständen in der Flüchtlingsunterkunft in der Maxie-Wander-Ecke Carola-Neher Straße geäußert und die Auflösung des Vertrages mit der Betreiberfirma PeWoBe gefordert. Die Situation habe sich besonders verschlechtert, seit Anfang 2016 eine neue Leitung eingesetzt worden sei - laut Verein eine Frau, die vor einigen Jahren in Bernau für die DVU kandidiert haben soll. "Seither wenden sich regelmässig verzweifelte Geflüchtete an unseren Verein, die von den unhaltbaren Zuständen berichten und sich mittlerweile sogar vor der Heimleitung und den MitarbeiterInnen fürchten", sagt Luisa Seydel, Sprecherin des Vereins. Die Vorwürfe reichen vom Abstellen des W-Lan und dem Entsorgen gespendeter Kinderwagen über Einschüchterungen im Stil "Ich Chef, du nichts" bis zu vielen Hausverboten in den vergangenen Monaten, sodass sogar Väter von ihren Familien getrennt worden seien. Engagierte Mitarbeiter hätten gehen müssen oder es nicht mehr ausgehalten, der Ton der wenigen neuen Mitarbeiter sei "schroff und aggressiv"</p>	<p>Der Tagesspiegel, 25.07.2016, S. 11</p>			
		<p>Die Betreibergesellschaft einer umstrittenen Unterkunft in Hellersdorf, PeWoBe, hat die Kritik an den Wohnbedingungen vor Ort zurückgewiesen. Sie liess am Montag über ihren Rechtsanwalt erklären, dass es keine Fälle von unterlassener Hilfeleistung in der Anlage gebe. Weder Einschüchterung noch Mobbing gehörten zu den Konzepten der PeWoBe, hiess es weiter. Zuvor hatte der Verein "Hellersdorf hilft" wie berichtet die Zustände in der Unterkunft sowie Heimleitung und Mitarbeiter massiv kritisiert: So habe die Leiterin der Unterkunft, Peggy Müller, vor einigen Jahren für die rechtsextreme Deutsche Volksunion (DVU) in Bernau kandidiert. Auch gebe es Beschwerden der Bewohner - das W-Lan sei abgeschaltet worden, Kinderwagen der Bewohner entsorgt, Gemeinschaftsräume geschlossen und die Kinderbetreuung eingeschränkt. Hausverbote und Einschüchterungen durch neue Mitarbeiter und die Heimleitung seien an der Tagesordnung, berichtete der Verein. Die PeWoBe bestreitet die Vorwürfe.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 26.07.2016, S. 10</p>			

	Zuweisung von Flüchtlingsunterkünften nach MH	<p>Wie berichtet, hatte eine neue Notunterkunft in Hellersdorf heftigen Streit ausgelöst. Vergangene Woche war es dort auf einer Bürgerversammlung zum Eklat gekommen, als Rechtsradikale das Wort ergriffen. Marzahn-Hellersdorf ist einer der Bezirke, die wenig Flüchtlinge aufgenommen haben. Selbst wenn die eingeplanten 200 Frauen, Männer und Kinder bald in das alte Schulgebäude einziehen, beherbergt der Bezirk nur rund fünf Prozent aller Berliner Asylbewerber. Angesichts befürchteter Übergriffe fordert der Flüchtlingsrat ein Sicherheitskonzept</p>	<p>Der Tagesspiegel, 18.07.2013, S. 7</p>	(Stadt-)Politik; Geflüchtete; Anwohner; rechtsradikale Initiativen	Spaltung [Südwesten/Nordosten, MH]; Benachteiligung; Stigmatisierung; Fremdenfeindlichkeit	<p>Weitestgehend negative Wirkung: Debatten um Zuweisung von Unterkünften in "rechten" Nachbarschaften, nicht in gutbürgerlichen Quartieren/Wahlkreisen best. Politiker sowie Berichte über Verzögerungen im Ausbau und Ängste zugewiesener Geflüchteter stärken Regime von Vernachlässigung, Fremdenfeindlichkeit und innerer Spaltung.</p>
<p>Die Bedürftigen hätten ein Recht auf ein faires Asylverfahren, sagte Czaja. "Und für dessen Dauer sind wir verpflichtet, sie menschenwürdig unterzubringen. Daher werden wir weder von der Einrichtung in Hellersdorf noch von unserem Konzept einer gleichmäßigen Verteilung im Stadtgebiet abrücken." Die Bezirke hatten sich mit dem Senat darum gestritten. In Marzahn-Hellersdorf leben mit 149 Flüchtlingen vergleichsweise wenige. Czaja zufolge sind Heime kein Kriminalitätsschwerpunkt. Dies zeigten Zahlen der Polizei.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 11.07.2013, S. 9</p>					
<p>Zwei der geplanten neuen Flüchtlingsheime in Marzahn-Hellersdorf liegen nach Einschätzung der grünen Fraktionsvorsitzenden Antje Kapek in einer NPD-Hochburg. In einer solch "schwierigen Nachbarschaft wie Marzahn" seien sie "weniger geeignet", sagte Kapek am Montag. Daraufhin erhielt sie empörte Mails ihrer grünen Parteifreunde in dem Bezirk und Beifall von NPD-Sympathiesanten. Die rechtsextreme Partei mobilisiert zusammen mit Neonazi-Gruppen unter dem Deckmantel einer "Bürgerbewegung" seit vielen Jahren gegen Flüchtlingsheime im Bezirk. "Jetzt drehen die Grünen völlig durch", erklärte der CDU-Fraktionsvize Stefan Evers auf Facebook. Das helfe allenfalls der NPD. Zudem sei es eine "Unverschämtheit, Marzahn-Hellersdorf unter rechten Generalverdacht zu stellen!" Zu den Standorten selbst wollte sich Evers nicht äussern. Das sei Sache des Bezirks. Iris Spranger, SPD-Abgeordnete für Marzahn und Expertin für Bauen und Wohnen, gibt Kapek mit Einschränkungen recht: "Ich möchte mich gegen den Generalverdacht gegen Marzahn verwehren, aber man muss auch sehen, dass es dort sozial schwierige Standorte gibt." Es sei besser, bei der Standortwahl darauf zu achten, dass die Umgebung die Unterkunft sozial abfedern kann: "Man muss absichern, dass es drumherum etwa genug Kita- oder Schulplätze gibt", so Spranger. Manuela Schmidt, haushaltspolitische Sprecherin der Linken und ebenfalls Abgeordnete für Marzahn, hält Kapeks Einschätzung für falsch. "</p>	<p>Der Tagesspiegel, 02.03.2016, S. 7</p>					
<p>Antje Kapek stellte inzwischen klar: "Ich habe nichts gegen Flüchtlinge in Marzahn-Hellersdorf." Es sollten dort genau wie in anderen Bezirken weitere Heime errichtet werden, allerdings seien zwei Standorte in Hellersdorf - Zossener Straße und Albert-Kuntzstraße - "problematisch", weil in der Nähe "bekannte NPD-Mitglieder" wohnten. Sie habe die Standorte irrtümlich nach Marzahn verlegt. Der Bezeichnung NPD-Hochburg beziehe sich nur auf die beiden Standorte in Hellersdorf. Für diese müsste der Senat in enger Abstimmung mit dem Bezirk über Sicherheitsfragen und die Kommunikation mit den Anwohnern "intensiv diskutieren" - oder eben nach alternativen Standorten im Bezirk suchen. Der Sprecher des Grünen-Kreisverbandes in Marzahn-Hellersdorf, Stefan Ziller, sagte, der Begriff NPD-Hochburg sei "sachlich falsch", weil es in anderen Berliner Kiezen mehr NPD-Wähler gebe als in Hellersdorf. Die NPD spiele in den Debatten im Bezirk auch keine entscheidende Rolle. Generell sollten Wahlergebnisse von Parteien kein Kriterium für die Standortwahl vom Heimen sein. Und: "Die Polizei muss und kann die Sicherheit für alle Standorte gewährleisten."</p>	<p>Der Tagesspiegel, 02.03.2016, S. 7</p>					

	<p>Und dass sich die Politik im Alltag noch ziemlich schwertut mit der Willkommenskultur, zeigt sich in diesen Tagen in Berlin-Hellersdorf. Seit Wochen spitzt sich dort der Streit um die Unterbringung von Asylbewerbern in einer ehemaligen Schule zu. Schlecht wurde die Unterbringung vorbereitet, zu spät wurden die Anwohner informiert, niemand interessierte sich für ihre Sorgen.</p>	Der Tagesspiegel, 22.08.2013, S.6			
	<p>Das sagt der Bezirk: Bürgermeister Stefan Komoss (SPD) sieht die Sache entspannt. Acht Standorte seien mit dem Senat abgestimmt, die neuen Wohnplätze "ein Gebot der Menschlichkeit". Die Versorgung, Aufnahme und Integration der Flüchtlinge sei aber eine Herausforderung von bisher unbekanntem Ausmass. Das sind die Standorte: Martha-Arendsee-Str., Wittenberger Str., Buckower Ring, Pöhlbergstr., je zwei Flächen an Albert-Kuntz-Str. und Rudolf-Leonhard-Str.Berlin</p>	Der Tagesspiegel, 11.02.2016, S. 7			
	<p>"Wegen der steigenden Flüchtlingszahlen in Berlin sollte bereits am 23.Juli in einer seit 2008 leerstehenden Schule in Hellersdorf eine weitere Notunterkunft für Flüchtlinge eröffnet werden. In der ersten Woche sollten in der Einrichtung in der Carola-Neher-straße zunächst 60 Menschen untergebracht werden, später dann 200 Personen. Doch der Umbau des Gebäudes wurde gestoppt, weil der Betreiber, die PeWoBe GmbH, nicht rechtzeitig alle erforderlichen Gutachten vorgelegt hatte. Nach Auskunft von Marzahn-Hellersdorfs Baustadtrat Christian Gräff (CDU) liegt ein Statik-Gutachten jetzt vor, ein Prüfbericht zum Brandschutz werde in den kommenden Tagen erwartet. "Wenn der kommt, werden wir innerhalb von einem Tag die Baugenehmigung erteilen."</p>	Berliner Zeitung, 01.08.2013, S. 16			
	<p>Eigentlich sollten die Flüchtlinge aus Syrien in diesen Tagen schon in Hellersdorf wohnen. Doch nach wütenden Anwohnern, schreienden Neonazis und wegen fehlenden Baugutachten verzögerte sich der Einzug der 200 Frauen, Männer und Kinder.</p>	Der Tagesspiegel, 30.07.2013, S. 8			
	<p>In den vergangenen Tagen war darüber spekuliert worden, dass es im Bezirksamt womöglich Sympathisanten der Heim-Gegner gebe und die Verzögerung bei Umbaugenehmigungen damit zu tun haben könnte. Die umstrittene "Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf" soll mit Details aus dem Bauvorgang in der früheren Schule versorgt worden sein. Baustadtrat Gräff wies das zurück: "Das ist Quatsch." Die unter Gegnern des Heimes kursierenden Informationen zum Stand der Umbauten könne jeder Bürger bekommen: Sie seien rechtlich weitgehend frei zugänglich, wer Ahnung vom Thema habe, könne sich ausreichend informieren.</p>	Der Tagesspiegel, 30.07.2013, S. 8			
	<p>Am Montag waren im Asylbewerberheim zunächst 42 Flüchtlinge, darunter sieben Kinder, angekommen. Am Dienstag sollten nach Angaben der Sozialverwaltung 40 weitere Menschen aus Syrien, Afghanistan und vom Balkan einziehen. In den nächsten Monaten sollen 150, später möglicherweise weitere 200 folgen.</p>	Der Tagesspiegel, 21.08.2013, S. 1			
	<p>In den kommenden Tagen wird das Lageso mit der Belegung fortfahren. Am Montag waren zunächst nur rund 20 Menschen angekommen. In den nächsten Monaten sollen 150, dann womöglich weitere 200 in einem anderen Heim in der benachbarten Maxie-Wanderstraße folgen. Der Flüchtlingsrat warnte angesichts der angespannten Situation vor einer weiteren Belegung des Hauses.</p>	Der Tagesspiegel, 20.08.2013, S. 8			
	<p>"Wir brauchen jeden Platz und können nicht auf das Heim verzichten", sagte Lageso-Sprecherin Silvia Kostner. "Wir renovieren das Haus gerade, ziehen Wände in frühere Klassenzimmer ein und richten Bäder her." Der Wachschatz wird aufgestockt, Sicherheitsbehörden beobachten die Lage.</p>	Der Tagesspiegel, 11.07.2013, S. 9			

		<p>Der Flüchtlingsrat Berlin sprach sich am Montag gegen die derzeitige Belegung des Hellersdorfer Heimes aus und forderte ein umfassendes Sicherheitskonzept für die Unterkunft. Nach den Worten von Georg Classen vom Flüchtlingsrat sei es unverantwortlich, Menschen, die gerade vor Krieg und Verfolgung nach Deutschland geflohen seien und in ihren Herkunftsländern Schreckliches erlebt haben, in eine derart aufgeheizte Atmosphäre zu schicken. Die Hetze gegen das Heim in Hellersdorf sei mit Abstand der schlimmste Protest gegen eine solche Einrichtung in Berlin. "Es ist erkennbar, dass sich ganz massiv organisierte, gewaltbereite Rechtsradikale daran beteiligen."</p>	<p>Berliner Zeitung, 20.08.2013, S. 15</p>			
		<p>Nachdem am Montagabend fünf Flüchtlinge das erst an diesem Tag bezogene Flüchtlingsheim an der Carola-Neher-straße in Hellersdorf verlassen haben, soll sich am Dienstag auch eine Familie mit dem Wunsch nach Verlegung gemeldet haben. "Die Menschen haben Angst", sagt Martina Mauer vom Flüchtlingsrat Berlin. Denn die Stimmung vor Ort ist aufgeheizt.</p>	<p>Berliner Zeitung, 21.08.2013, S. 16</p>			
		<p>Die Menschen, die bisher im ehemaligen Schulgebäude untergebracht wurden, müsse man befragen, ob sie bleiben wollten, sagte Mauer. "Wer nicht in Hellersdorf bleiben will, sollte in anderen Heimen oder in Hostels untergebracht werden." Sozialsenator Mario Czaja (CDU) lehnt eine Aussetzung der Belegung ab. Dann würden die Rechtsextremen ihr Ziel erreichen, eine Unterbringung der Flüchtlinge in Hellersdorf zu verhindern. "In Berlin gibt es keine national befreiten Zonen", sagte Czaja am Dienstag. Die meisten Anwohner seien an einem friedlichen Zusammenleben interessiert und dürften sich nicht durch rechte Rattenfänger instrumentalisieren lassen.</p>	<p>Berliner Zeitung, 21.08.2013, S. 16</p>			
		<p>Weitere Plätze werden benötigt Das Flüchtlingsheim an der Carola-Neher-straße ist in einem ehemaligen Schulgebäude untergebracht. Bis 2008 war das Haus das Max-Reinhardt-Gymnasium. 150 bis 200 Menschen sind dort untergebracht worden. Nach dem Umbau eines weiteren Gebäudes könnten 400 Asylbewerber am Standort wohnen.</p>	<p>Berliner Zeitung, 19.03.2014, S. 15</p>			
		<p>Die Container sind etwa drei Jahre als Unterkünfte nutzbar. Die rund 10 000 Flüchtlinge, die derzeit in 30 Turnhallen wohnen, sollen in diese umziehen. Bislang stehe sicher fest, dass zwei Container im Bezirk Marzahn-Hellersdorf im Juni aufgestellt werden. "Danach werden schrittweise die folgenden gebaut", sagte Metzger.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 02.04.2016, S. 16</p>			
		<p>"Wir brauchen also in wenigen Wochen Wohnungen für rund 10 000 Menschen." Deshalb müsse man Modularbauten nicht nur als Gemeinschaftsunterkünfte herrichten, sondern auch als Wohnungen und Apartments, sagte Czaja. Die modularen Unterkünfte sollen 60 Jahre lang genutzt werden. 450 Flüchtlinge können pro Standort untergebracht werden. Die Kosten pro Standort belaufen sich auf etwa 18 Millionen Euro, teilte Petra Rohland, Sprecherin der Senatsbauverwaltung mit. Für die ersten beiden Grundstücke, ebenfalls in Marzahn-Hellersdorf, habe die Baufeldfreimachung begonnen. "Die ersten sichtbaren Bauarbeiten wird es im April geben", sagte Rohland.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 02.04.2016, S. 16</p>			
		<p>Am weitesten gediehen sind die Planungen für Marzahn-Hellersdorf. Für die Bebauung des Areals Märkische Allee/Martha-Arendsee-straße liegt die Genehmigung bereits vor.</p>	<p>Berliner Zeitung, 11.02.2016, S. 16</p>			
		<p>Der Bau der ersten modularen Unterkünfte für Flüchtlinge wurde ebenfalls am 29. Januar beauftragt. Sie entstehen in der Wittenberger Straße und in der Martha-Arendsee-Straße in Marzahn-Hellersdorf. Die Finanzverwaltung rechnet damit, dass 8 100 Container benötigt werden, um 15 000 Flüchtlinge unterzubringen. Pro Container wird mit Kosten von knapp 10 000 Euro gerechnet. Pro Platz sind das etwa 5 000 Euro.</p>	<p>Berliner Zeitung, 11.02.2016, S. 16</p>			

	<p>Ausserdem gibt es, jedenfalls in der ersten Tranche, eine ungleiche Verteilung zulasten von Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg. Die modularen Bauten sollen jeweils 400 bis 500 Flüchtlinge beherbergen. Ein Viertel der Plätze ist für Familien vorgesehen. Vorzugsweise sollen die Unterkünfte in Wohngebieten stehen. "Schwierige Nachbarschaften" schliesst die Finanzverwaltung in ihrer Vorlage an den Hauptausschuss nicht aus.</p>	Der Tagesspiegel, 17.02.2016, S. 8			
	<p>Im Bezirk Mitte hingegen hat der Senat bisher kein einziges Grundstück für neue Flüchtlingsbauten vorgesehen. Besonders belastet sind neben Spandau die Bezirke Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg und Pankow.</p>	Der Tagesspiegel, 11.02.2016, S. 1			
	<p>In Marzahn-Hellersdorf und in Lichtenberg befinden sich die meisten Standorte, gar keine sind dagegen in Mitte und Tempelhof-Schöneberg zu finden - die ersten 26 Grundstücke, auf denen modulare Unterkünfte für Flüchtlinge errichtet werden sollen, befinden sich überwiegend im Nordosten Berlins. Das geht aus einer noch vertraulichen Liste des Senats hervor, die der Berliner Zeitung vorliegt. Wie berichtet, sollen in Berlin an 60 Standorten modulare Unterkünfte für Flüchtlinge entstehen.</p>	Berliner Zeitung, 11.02.2016, S. 16			
	<p>Warum sind die meisten Flüchtlingsunterkünfte in Marzahn-Hellersdorf geplant, wo die soziale Lage schon angespannt ist? Es gibt sieben Standorte, sechs davon sind im Bau oder Planung, damit liegen wir weit an der Spitze der Bezirke. Wir empfinden das auch nicht als angemessen. Als der Senat forderte, jeder Bezirk muss zwischen fünf bis neun Standorte benennen, waren wir der einzige, der den Verpflichtung nachkam. Als Grund wurde oft gesagt, in Marzahn-Hellersdorf gebe es mehr Freiflächen, aber das ist eine Frage des politischen Willens.</p>	Berliner Zeitung, 04.10.2016, S. 13			
	<p>Das heisst: Bis ins kommende Jahr hinein wird es für viele Tausend Menschen, darunter etliche Familien, weiterhin nur Provisorien geben können. Das wissen auch die Bezirke, deren Jobcenter für Flüchtlinge zuständig sind, sobald ihre Anerkennung da ist. Marzahn-Hellersdorfs Sozialstadträtin Dagmar Pohle (Linke) spricht von "ersten kleinen Erfolgen" bei der Vermittlung von Wohnungen für Flüchtlinge. Denn sie brauchen meist Begleitung und Beratung bei Besichtigung, Bewerbung, Anmietung und auch den ersten Schritten in einer eigenen Wohnung. "Selbst bei uns im Bezirk gibt es aber kaum Leerstand", sagt Pohle. Es sei schwer, geeignete Wohnungen zu finden. Daher würden die meisten anerkannten Flüchtlinge vorerst in den Unterkünften bleiben, notfalls auch vorerst in Turnhallen</p>	Berliner Zeitung, 02.04.2016, S. 13			
	<p>Unterdessen berichtet der Spiegel, dass ausgerechnet im Wahlkreis von Sozialsenator Mario Czaja (CDU) in Kaulsdorf-Süd/Mahlsdorf keine Flüchtlingsunterkünfte entstehen sollen. Regina Kneiding, Sprecherin der Senatssozialverwaltung, weist diese Vorwürfe als abstrus zurück. "Der Finanzsenator war für die Prüfung der geeigneten Flächen zuständig. Über die Standorte hat dann der Bezirk Marzahn-Hellersdorf gemeinsam mit dem Senat entschieden", sagt sie.</p>	Berliner Zeitung, 15.02.2016, S. 12			

		<p>Politische Gegner unterstellen Czaja zudem seit geraumer Zeit, in seinem eigenen Wahlkreis in Marzahn-Hellersdorf absichtlich keine Flüchtlingsheime zu planen. Im aktuellen Spiegel war es die Linken-Abgeordnete Regina Kittler. Czaja wolle sich "Probleme mit seinen Wählern ersparen", unterstellte sie ihm. Kittler bezog sich auf die vom Senat geplanten Gemeinschaftsunterkünfte, die sogenannten Modularbauten. Keine davon sei in Czajas Wahlkreis geplant. Der Senator wies erneut jede Einflussnahme zurück. Nach diesem Vorlauf war es zumindest überraschend, dass ein Vertrauter des Sozialsenators sich am Montag per Presseerklärung gegen zwei Flüchtlingsunterkünfte ausgerechnet in Marzahn-Hellersdorf aussprach: Christian Gräff, Bau-Stadtrat im Bezirk und CDU-Vorsitzender von Biesdorf. Wie Gräff sagte, plane der Senat in Biesdorf-Süd und in Mahlsdorf-Nord Containeranlagen, obwohl der Bezirk dort Schulen bauen wolle. Eine der Flächen liegt direkt im Wahlkreis von Czaja. Sie steht laut Gräff auf einer noch internen Liste von Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen (SPD) für insgesamt 30 Containerstandorte. Er halte das für kontraproduktiv und lehne beide Orte strikt ab, sagte der Stadtrat. Czajas Sprecherin Regina Kneiding wollte sich dazu nicht äussern. Gräff legte Wert auf die Feststellung, dass der Bezirk ansonsten konstruktiv sei. Was die langfristigen Unterkünfte betreffe, habe Marzahn-Hellersdorf mit dem Senat zusammengearbeitet und aktiv Standorte angeboten,</p>	Berliner Zeitung, 16.02.2016, S. 12			
		<p>Von den gut 60 Grundstücken, auf denen in Berlin Flüchtlingshäuser gebaut werden sollen, liegen tatsächlich elf in Marzahn-Hellersdorf - jedoch keiner im Wahlkreis von Czaja. Der Containerstandort in Mahlsdorf wäre der erste.</p>	Berliner Zeitung, 16.02.2016, S. 12			
		<p>Wie die Finanzverwaltung am Montag mitteilte, hätten die Flächen in Biesdorf und Mahlsdorf zwar auf der Liste gestanden. Nach einer Intervention des Bezirks seien sie in der vergangenen Woche gestrichen worden, hiess es. Schulbauten gingen vor. Der Vorgang zeigt auch, wie politisch aufgeheizt die Standortsuche für die geplanten Flüchtlingshäuser zurzeit abläuft. Seit der Finanzsenator die schon länger diskutierten Orte aufgelistet und diese Pläne in den Umlauf gebracht hat, regt sich öffentlich Widerstand. Nicht nur in Marzahn-Hellersdorf, sondern auch in anderen Bezirken.</p>	Berliner Zeitung, 16.02.2016, S. 12			
Wohnraum	Wohngefühl in MH	<p>Und mehrere, meist ältere Paare aus Marzahn, offenbaren sich als Hochhausfans. Zum Beispiel Renate und Jörg Lohmann. Seit 1982 leben sie im Bezirk, zurzeit im zehnten Stock eines Wohnblocks. "Das Beste" an ihrem Zuhause sei die verglaste Loggia, schwärmen die beiden. "Dort ein Weinchen trinken, wenn die Sonne untergeht" Dann liegt ihnen nicht nur Marzahn zu Füßen, sondern die ganze Stadt. Rosarot eingefärbt.</p>	Der Tagesspiegel, 04.10.2015, S. 9	Anwohner	Natur & Klimaschutz; Wohlfühl; Stigmatisierung	<p>Weitestgehend positive Wirkung: Positives Wohngefühl der Anwohner aufgrund der ruhigen Lage, Wohlfühl im Hochhaus, viel grün; Infrastruktur für Russlanddeutsche; z.T. Stigmatisierung durch neg. Außendarstellung.</p>
		<p>Das Viertel am U-Bahnhof Neue Grottkauer Straße ist eine typische Trabanten-siedlung. Fünf- und sechsgeschossige Plattenbauten, in der Mitte eine Einkaufsstraße mit Parkplatz samt Textildiscounter, Schnäppchenmarkt, Solarium und Automatencasino. Gleich hinter der Wohnsiedlung beginnen die Felder - das Viertel ist sehr grün, sehr weitläufig und vor allem: sehr ruhig. Die meisten Menschen leben gern hier, sie schätzen die Abgeschiedenheit und die nahe Natur.</p>	Der Tagesspiegel, 13.07.2013, S. 14			

		<p>Erzählt Elke Wiegand von ihrem Wohnort nahe dem Helene-Weigel-Platz in Marzahn, hört sie als Erstes: "Ach, Platte!" Tatsächlich wohnt die Rentnerin mit 39 anderen Mietparteien in einem Zehn-Geschosser. Im September 1978 hatte die promovierte Slawistin dort eine Zweiraumwohnung bezogen. "Die Wohnung kam mir wie ein Paradies vor" schwärmt Elke Wiegand noch heute. Zuvor hatte sie in der Torstraße in einer Hinterhofwohnung regelmässig mit dem Rauch gekämpft, der, statt durch den Schornstein zu entweichen, zu den Fenstern wieder hereingekommen war. Nun aber genoss sie Fernwärme, Warmwasser, Inntoilette, Balkon und Aufzug. Anfangs lebte sie zwar noch auf einer Grossbaustelle mit unfertigen straßen und Häusern. Aber wenigstens, so tröstete sich die begeisterte Theatergängerin, wohnte sie in der Langhoffstraße! Stolz erklärte sie damals den Mitarbeitern in der Meldestelle: "Na, der Schauspieler und Regisseur!" "Ne, der Widerstandskämpfer", wurde ihr entgegen gehalten. Beide Seiten hatten recht</p>	<p>Berliner Zeitung, 14.10.2016, S. 16</p>			
		<p>"Mehr als die Hälfte meines Lebens wohne ich nun hier", sagt die 71-Jährige. Sie tut es gern, denn in ihrem Kiez ist es ruhig, grün und die Luft sauber. Früher konnte sie von ihrer Wohnung noch bis auf den Bahnsteig des nahe gelegenen S-Bahnhofs Springpfuhl blicken, heute dominieren hohe Bäume das Panorama. Auch den Spielplatz, auf dem früher ihre Tochter buddelte, kann sie von ihrem Balkon nicht mehr einsehen. Überall wächst es, nicht nur Pappeln und Ebereschen, auch Esskastanien, Holunder und Quittenbäume gedeihen zwischen den Hochhäusern.</p>	<p>Berliner Zeitung, 14.10.2016, S. 16</p>			
		<p>Trotz strahlender Sonne ist es auf den straßen und Wiesen zwischen den fünfgeschossigen Plattenbauten so leer, so ruhig, dass man die Kraniche hört, die am Himmel über Hellersdorf vorbeiziehen. Dieses Viertel, rund um die Adele-Sandrock-straße, ist seit vergangenem Freitag wegen seines offiziellen Indexwertes von -0,0069 dem Berliner Nullpunkt am nächsten.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 02.03.2014, S. 13</p>			
		<p>Reise zum Berliner Durchschnitt führt an den Stadtrand im Osten, bis nach Brandenburg sind es von dort keine fünf Minuten zu fuß. Als der Zug in den ausgezehrten Bahnhof Louis-Lewin-straße - kahler Beton, kein Imbiss, kein Blumenladen - rollt, sitzen noch sieben Menschen in den Waggonen. Trotz strahlender Sonne ist es auf den straßen und Wiesen</p>	<p>Der Tagesspiegel, 02.03.2014, S. 13</p>			
		<p>Hellersdorf ist der jüngste Stadtteil Berlins, er wurde seit 1983 aufgebaut. Damals waren viele stolz, dass sie in die neuen Wohnungen ziehen konnten. Nach der Wende verliesen viele Familien die Plattenbauten, Sozialhilfeempfänger zogen ein. Viele Mädchen bekommen mit 16 oder 17 Jahren ein Kind, statt eine Ausbildung zu machen. Wenn Medien etwas über Hartz IV bringen, zeigen sie gern Bilder von Teenager-Müttern in Hellersdorf. Inzwischen ziehen auch wieder Familien, die günstige Wohnungen suchen, verstärkt in den Stadtteil, in dem es viel Grün gibt, aber diese Seite wird nicht gezeigt.</p>	<p>Berliner Zeitung, 21.09.2013, MAG, S. VP 1</p>			
		<p>Damit ist er eine Ausnahme in dieser Gegend, die wegen ihres hohen Anteils an Russlanddeutschen auch "Klein-Moskau" genannt wird. Ihre Meinung behalten viele hier lieber für sich. Die Russlanddeutschen in Berlin sind unauffällig, aber keineswegs unbedeutend. Allein in Marzahn-Hellersdorf um das Carrée herum leben bis zu 30 000. Dort tönt in einem Supermarkt, dem Mix Markt, russischer Pop aus den Lautsprechern, viele Produkte sind mit kyrillischen Buchstaben versehen. In ganz Berlin gibt es Schätzungen zufolge 150 000 Russlanddeutsche - manche gehen sogar von 200000 aus.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 24.08.2016, S. 7</p>			

		In Marzahn-Hellersdorf, um das Carrée herum, leben bis zu 30 000 Russlanddeutsche. Das einzige westliche am Marzahner Carrée ist sein französischer Name. Die Gegend wirkt wie ein Standbild aus dem Russland der Jahrtausendwende, vor dem Wirtschafts- und Bauboom. Umgeben von Plattenbauten gibt es einen russischen Supermarkt, ein Restaurant, ein Reisebüro - und eben den Souvenirladen. 150 Sender. Grenzenloses Russland, auf allen Kanälen, überall. Draussen, vor dem Laden, laufen viele Menschen mit ernsten Gesichtern vorbei.	Der Tagesspiegel, 11.02.2016, S. 3			
Immobilienmarkt		Der Liegenschaftsfonds hatte den landeseigenen Wohnungsunternehmen 240 Grundstücke für den Wohnungsneubau angeboten. Herausgesucht haben sich die Unternehmen rund 50 Grundstücke. Zu den übrigen Flächen, die nun teilweise in den freien Verkauf gelangen, gehören zwei Flächen an der Carola-Neher-straße in Hellersdorf. Dort bietet der Liegenschaftsfonds ein 6 754 und ein 6 859 Quadratmeter grosses Grundstück für den Bau von Mehrfamilienhäusern an. "Zahlreiche Grünflächen in der Umgebung wie auch das freundliche Ambiente des Wohngebietes machen das Areal zu einem attraktiven Standort", heisst es in den Verkaufs-Exposés. Dass vor Monaten ein ausländerfeindlicher Mob die Bewohner eines Flüchtlingsheims in der Straße in Angst und Schrecken versetzten, steht dort nicht. Möglicherweise waren die Attacken ein Grund, warum die landeseigenen Unternehmen kein Interesse an den Flächen zeigten.	Berliner Zeitung, 11.03.2014, S. 17	Wirtschaft; (Stadt-)Politik	Neoliberalismus; Benachteiligung	Negative Wirkung: Zunächst noch niedrige Preise und Banlieu-Semantik triggern Regime der (neg.) Randlage und Benachteiligung; ansteigende Preise nicht wegen Beliebtheitssteigerung, sondern Verdrängung aus der Innenstadt, verschärft Regime der Benachteiligung und Armut nochmals.
		Angeboten werden darüber hinaus in Marzahn-Hellersdorf sieben kleinere Grundstücke für den Bau von Einfamilienhäusern. Fünf dieser Grundstücke sind zwischen 600 und 700 Quadratmetern gross.	Berliner Zeitung, 11.03.2014, S. 17			
		In Berlin wurden bis Ende des Jahres 6147 Ferienwohnungen bei den Bezirken angemeldet. Die meisten Wohnungen, 1741, entfallen auf den Bezirk Mitte, gefolgt von Friedrichshain-Kreuzberg, Charlottenburg-Wilmersdorf und Pankow (siehe Grafik). Die wenigsten offiziellen Ferienwohnungen haben Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg zu bieten	Der Tagesspiegel, 19.04.2015, S. 10			
		Nach der Zweckentfremdungsverbotsverordnung darf Wohnraum im Stadtgebiet nicht in Ferienwohnungen umgewandelt werden. 6147 Objekte wurde innerhalb der gesetzlichen Meldepflicht bei den Bezirksämtern angezeigt, die meisten in Mitte (1741), Friedrichshain-Kreuzberg (987) und Charlottenburg-Wilmersdorf (962). Marzahn- Hellersdorf (93) und Lichtenberg (65) sind die Schlusslichter.	Der Tagesspiegel, 31.07.2015, S. 7			
		Bislang stehen Berlinbesuchern laut Statistikamt 135 587 Betten in 800 Hotels, Pensionen, Gasthöfen und sonstigen Beherbergungsbetrieben zur Verfügung. Die meisten gibt es in Charlottenburg-Wilmersdorf (194) und Mitte (188), mit deutlichem Abstand folgt Friedrichshain-Kreuzberg (89). Die wenigsten gibt es in Lichtenberg (27) und Marzahn-Hellersdorf (20).	Der Tagesspiegel, 31.07.2015, S. 1			
		Danach dreht sich die Preisspirale am Berliner Wohnungsmarkt weiter: Seit 2012 haben sich gebrauchte Eigentumswohnungen jährlich um rund neun Prozent verteuert. Spitzenpreise von mindestens 4250 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche werden derzeit in Mitte verlangt. Weitaus billiger ist es für Käufer im Bezirk Marzahn-Hellersdorf. Die günstigsten Wohnungen können hier bereits zu einem Quadratmeterpreis unter 1216 Euro erworben werden.	Der Tagesspiegel, 15.11.2014, S. 1			
		In den meisten Gebieten der Stadt wurden die Grenzen der Mietpreisbremse aber deutlich unterschritten - um bis zu 40 Prozent. Dazu gehören die Aussenbezirke Spandau und Marzahn-Hellersdorf.	Berliner Zeitung, 13.08.2015, S. 2			

		Die teuerste Eigentumswohnung wurde nach dieser Studie im Bezirk Mitte angeboten, mit mehr als 4000 Euro je Quadratmeter. Die günstigste Wohnung verkaufte ein Eigentümer im Bezirk Marzahn-Hellersdorf, wo die eigenen vier Wände bereits für rund 940 Euro je Quadratmeter angeboten wurden.	Der Tagesspiegel, 27.11.2013, S. 8			
		"Selbst bei uns im Bezirk gibt es aber kaum Leerstand", sagt Pohle. Es sei schwer, geeignete Wohnungen zu finden.	Berliner Zeitung, 02.04.2016, S. 13			
		Keine Wohnung mehr, nirgends, die Stadt ist voll vermietet: Sogar für Hellersdorf meldet der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU), dass nur noch jede hundertste Wohnung leer steht - und in der Regel auch nur deshalb, weil gerade für den nächsten Mieter gemalert wird. War also das Nein zur Bebauung des Tempelhofer Feldes ein schwerer Fehler, jedenfalls für alle Berliner, die eine Wohnung suchen - und verschärft sich nun die Lage in den Brennpunkten, die sich wie in den Pariser Banlieues ausbreiten?	Der Tagesspiegel, 28.05.2014, S. 7			
		Die meisten Baugenehmigungen für Wohnungen sind in den Bezirken Mitte, Pankow und Marzahn-Hellersdorf erteilt worden. Insgesamt haben die Berliner Bauaufsichtsbehörden in den ersten neun Monaten dieses Jahres 3232 Anträge für Bauvorhaben im Wohn- und Nichtwohnbau genehmigt; das sind 2,6 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.	Der Tagesspiegel, 12.11.2016, S. 3			
		Der Senat hatte reagiert mit einer "Berlin Strategie 2.0" und acht "Transformationsräume" benannt, um "grosse Wohnungsbaupotenziale zu integrieren": Spandau, Marzahn-Hellersdorf, Adlershof und die Südost-Verbindung zum BER sowie das Südkreuz zählen an den Rändern dazu.	Der Tagesspiegel, 17.10.2016, S. 2			
		Neu entstehen wird an dessen Standort ein Rewe-Supermarkt mit 1 400 Quadratmetern Verkaufsfläche. Auf dessen Dach sind drei weitere Geschosse mit seniorengerechten Wohnungen für 100 Bewohner sowie eine Dachterrasse vorgesehen.	Berliner Zeitung, 24.08.2016, S. 12			
		Drumherum liegt die zweitgrößte Grosssiedlung der DDR. Baubeginn war 1980 noch unter dem Namen Kaulsdorf-Nord als Teil von Marzahn (die größte Grosssiedlung). Zehn Jahre später standen 42 000 Wohnungen, dazwischen, am 1. Juni 1986, wurde der Stadtteil Hellersdorf offiziell gegründet. Aus diesem Anlass findet am 3. und 4. Juni eine Fachtagung in der Alice Salomon Hochschule statt. Nach der Wende zogen viele Hellersdorfer fort, Leerstand und Rückbau folgten. Hunderte Wohnungen, dutzende Kitas und Schulgebäude wurden abgerissen. Gleichzeitig steckte der Senat viel Geld aus dem Programm "Stadtumbau Ost" in die Aufwertung des Wohnumfeldes. Das habe zur Stabilisierung beigetragen, schreiben die Wissenschaftler Miriam Fritsche und Thilo Lang in dem Band "Im Wandel beständig. Stadtumbau in Marzahn und Hellersdorf."	Der Tagesspiegel, 28.05.2016, S. 3			
		16 000 Bewohner werden laut Prognose in den nächsten Jahren in den Bezirk ziehen. 8 000 neue Wohnungen müssen entstehen, auch Dutzende Schulen und Kitas. Als einziger Bezirk hat Marzahn-Hellersdorf deshalb ein Infrastrukturkonzept vorgelegt, erarbeitet von Baustadtrat Christian Gräff (CDU). Die Linke kritisiert aber, dass der demografische Wandel nicht berücksichtigt wurde, obwohl die Bevölkerung immer älter werde. Planungen zu Senioren- und Pflegeeinrichtungen werden erst jetzt aufgenommen.	Berliner Zeitung, 01.09.2016, S. 10			
		In dem Bezirk am östlichen Stadtrand haben in den vergangenen Jahren viele Bürger gegen die Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften protestiert. Die Bevölkerung ist sozial verunsichert, sie fühlt sich vernachlässigt, hat Angst vor steigenden Mieten. Von dieser Stimmung konnte die AfD profitieren.	Berliner Zeitung, 19.09.2016, S. 4			

		<p>Ausserdem sind im gesamten Bezirk mehrere Flüchtlingsunterkünfte in Bau. Renate Schilling kennt das Klagegeld von den Zukurzgekommenen, die den Flüchtlingen das Geld neiden. "Dabei profitieren einige selbst, weil sie ihre Wohnungen teuer an Flüchtlinge vermieten", sagt die Leiterin des Stadtteilzentrums Marzahn-Mitte. Die Gegend habe sich verändert, viele Leute, die sich die gestiegenen Mieten in der Innenstadt nicht mehr leisten können, seien an den Rand gezogen. Inzwischen gebe es kaum Zuzug. "Es gibt nur noch vereinzelt günstige Wohnungen", sagt sie. Durch die steigenden Bevölkerungszahlen sind die nächsten Probleme programmiert, es fehlen Kita- und Schulplätze.</p>	<p>Berliner Zeitung, 21.09.2016, S. 13</p>			
		<p>Als Status-Indikatoren dienten den Gutachtern Arbeitslosigkeit, Langzeitarbeitslosigkeit, Transferbezug und Kinderarmut. Dabei zeigte sich eine Verschiebung der Problemgebiete von der Innenstadt zum Stadtrand, wo sich in den Quartieren mit Geschosswohnungsbau die Benachteiligungen als ausgeprägter erwiesen als im Zentrum. Gebiete mit einem niedrigen oder sehr niedrigen Status-Index befinden sich insbesondere in Spandau-Mitte, Neukölln-Nord, Wedding, Moabit, Kreuzberg-Nordost, Nord-Marzahn und Nord-Hellersdorf.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 02.04.2016, S. 16</p>			
		<p>Spitzenreiter bei den durchschnittlichen Mietzuwächsen von Bestandswohnungen in Standardwohnlagen sind der Bezirk Marzahn-Hellersdorf mit einer durchschnittlichen Steigerung von 6,75 Prozent und der Bezirk Treptow-Köpenick mit rund 5,75 Prozent. "Es ist zu beobachten, dass vorrangig die Randbezirke mit niedrigem Mietniveau überdurchschnittliche Mietsteigerungen ausweisen", sagte Katja Giller, Vorsitzende des IVD-Wertermittlungsausschusses. Eine ähnliche Entwicklung war schon in anderen Marktberichten festzustellen. In den steigenden Preisen am Stadtrand spiegelt sich die wachsende Nachfrage nach den dort eher preiswerten Wohnungen.</p>	<p>Berliner Zeitung, 13.08.2015, S. 2</p>			
		<p>Die Mietpreisbremse bremsen kaum. Auch in den Aussenbezirken wuchsen nach den Daten die Mieten deutlich, am geringsten noch in Marzahn-Hellersdorf mit einem Plus von gut 34 Prozent. Während Neu-Berliner die Innenstadtbezirke bevorzugen, ziehen nach Daten des Amtes für Statistik mehr Berliner in die Aussenbezirke und ins Umland als umgekehrt.</p>	<p>Berliner Zeitung, 10.10.2016, S. 11</p>			
		<p>"Wir hatten fest mit Hellersdorf gerechnet." Die 60 Menschen, die noch nicht in die ehemalige Schule könnten, müssten deshalb vorübergehend in Gemeinschaftsräumen untergebracht werden oder in anderen Heimen, in denen die Bewohner enger zusammenrücken müssten. "Wohnungen sind wegen des sehr angespannten Marktes für uns nur schwer zu finden", sagt Silvia Kostner.</p>	<p>Berliner Zeitung, 01.08.2013, S. 16</p>			
		<p>Kann man in Berlin überhaupt noch günstig wohnen? Ab 6,20 Euro je Quadratmeter in einfachen Lagen von Spandau zum Beispiel, wobei die Mieten dort deutlich stiegen im Vergleich zum Vorjahr (5,80 Euro). Deutlich mehr Miete als vor zwölf Monaten zahlt man auch in Marzahn-Hellersdorf (6 statt 5,25 Euro). Die beiden Randbezirke galten lange als günstige Wohnlagen. Das kräftige Plus bei den Mieten zeigt aber, dass nun auch dort die Nachfrage wächst - denn der Wohnraum im Zentrum ist knapp und teuer.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 18.10.2013, S. 8</p>			
		<p>Aufgrund der hohen Grundstückspreise wird es immer schwieriger, in Berlin preisgünstige Wohnungen zu bauen. Selbst in Randgebieten wie Marzahn oder Hellersdorf gebe es einen "dramatischen Anstieg der Preise", sagte Marcus Becker, Präsident des Bauindustrieverbands Berlin-Brandenburg, dem Tagesspiegel.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 05.09.2016, S. 1</p>			

Tabelle B.2. 9: Qualitative Analyse des Diskurszeitraums 2013-2016/Diskurskategorie Soziale und politische Verhältnisse

Diskurskategorie: Soziale und politische Verhältnisse						
Sub-kategorie I	Sub-kategorie II	Segment	Quelle	Elemente / Akteure	Regime	Wirkung/Verschiebung: Dominanzverhältnisse
Soziale Missstände & Armut	Formen und Ausprägungen von Armut und sozialen Missständen	Gabriele Hiller wird auf der Straße begrüßt, sie wohnt selbst in ihrem Wahlkreis, in einer Plattenbauwohnung im Stadtteil Hellersdorf. Das ist nicht mehr selbstverständlich in einer Zeit, in der viele Besserverdienende wie Beamte, Schullehrer, Ärzte, nach Hellersdorf nur noch zum Arbeiten kommen.	Berliner Zeitung, 18.10.2016, S. 3	(Stadt-)Politik; Anwohner; Zivilgesellschaftliche Akteure/Vereine	Benachteiligung; Stigmatisierung; Innovation; Fremdenfeindlichkeit	Negative bis leicht ambivalente Wirkung: Berichte über verschiedene soziale Missstände im Bezirk stärken Vulnerabilitätsregime der Vernachlässigung und Stigmatisierung; Zusammenhang AFD-Zulauf wird hergestellt; einzelne Quartiere verbessern sich, aber andere "stürzen ab"; dennoch Gesamtverbesserung der Jugendarbeitslosigkeit durch gezielte Förderung und innovative Projekte.
		Wenn man durch die Straßen im Marzahner Norden schlendert, muss man nicht lange suchen, um Tristesse zu entdecken: Es gibt kaum Läden, die Videothek ist zu, ebenso die Sauna, auch das Lokal Maxim, aber in der Bar Capone's gibt es Wilthener Goldkrone mit Cola für drei Euro.	Berliner Zeitung, 21.09.2016, S. 13			
		Er würde gern weg aus Hellersdorf, er will nicht, dass sein Sohn das gleiche erlebt wie er. Er hat schon einen Ort im Kopf. An dem die Luft sauberer, die Straßen aufgeräumter, die Menschen freundlicher zu sein scheinen.	Berliner Zeitung, 21.07.2013, MAG, S. VP 1			
		Sandra lebt seit gut drei Jahren in diesem Wohnblock mit den bunt bemalten Balkons in der Golliner Straße nahe der Stadtgrenze, länger als die meisten anderen der zwölf Teilnehmer. Sie kam, als ihr Sohn anderthalb war; bei ihrem damaligen Freund, "dem Kindsvater", wie sie sagt, hielt sie es nicht länger aus. Tagsüber schlief er, nachts war er beschäftigt. Drogen und Spielsucht, sagt Sandra knapp: "Ich dachte: Da kann ich auch allein wohnen, dann habe ich weniger Stress." Sie hatte damals eine Ausbildung zur Verkäuferin in einer Bäckerei begonnen und erhielt die Kündigung, als sie schwanger wurde. Das ist unzulässig, aber Sandra zuckt mit den Schultern. "Shit happens."	Berliner Zeitung, 11.08.2013, S. 3			
		Sie rügt, dass ausgerechnet im schwächsten Teil des Bezirks die meisten Flüchtlingsunterkünfte gebaut werden, aber keine Schule, kein Freibad, stattdessen werde viel Geld für die Gartenausstellung IGA ausgegeben, deren Besuch sich viele nicht leisten könnten.	Berliner Zeitung, 18.10.2016, S. 3			
		Der Regen wird stärker, Lindemann schreitet durch die Havemann-Straße, in der es nicht nur die höchste Quote an Hartz-IV-Empfängern im Wahlkreis gibt, sondern auch eine erstaunliche Dichte an Cocktail- und Shishabars.	Berliner Zeitung, 18.10.2016, S. 3			
		Laut Sozialbericht 2014 sind im Bezirk der Bezug von Hartz IV und die Zahl der Arbeitslosen generell rückläufig, nur im Norden von Hellersdorf, wo die AfD auch die meisten Stimmen bekam, steigt die Armut. In den Grosssiedlungen gibt es viele Probleme, im Norden von Marzahn beträgt die Zahl der Hartz-IV-Empfänger 38 Prozent, im Norden von Hellersdorf 37 Prozent.	Berliner Zeitung, 21.09.2016, S. 13			

	<p>Viele Sympathisanten der AfD stünden zwischen diesen Gruppen, glaubt Hiller: Sie haben Jobs, aber kaum genug Geld zum Leben. Frauen, die als Friseurinnen arbeiteten, zum Beispiel. "Die stehen zwölf Stunden pro Tag im Laden und können sich trotzdem nur zwei Wochen Urlaub im Jahr leisten." Es sind Menschen, zu denen die Linke den Kontakt verloren hat. Stattdessen gewann die sogenannte Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf Zulauf mit ihrem Protest gegen Flüchtlingsunterkünfte. Auch die AfD hat beste Chancen, die in so vielen Fragen für das Gegenteil der Politik der Linken steht: gegen die Unterstützung Alleinerziehender, für niedrigere Sozialleistungen. "Wir müssen hier sein, wir müssen den Leuten sagen, was sie erwartet", sagt Gabriele Hiller. Dringt sie nicht durch, dann könnte das rote Hellersdorf blau werden.</p>	Berliner Zeitung, 02.04.2016, S. 11			
	<p>Vernachlässigte Kinder, viele Hartz-IV-Empfänger, Plattenbauten, Ödnis - Marzahn-Hellersdorf hat keinen guten Ruf.</p>	Berliner Zeitung, 21.09.2016, S. 13			
	<p>Jeder Vierte im Bezirk lebt laut Sozialbericht 2014 von Hartz IV, 41 Prozent aller Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren wachsen in Hartz-IV-Haushalten auf.</p>	Berliner Zeitung, 21.09.2016, S. 13			
	<p>Als Status-Indikatoren dienten den Gutachtern Arbeitslosigkeit, Langzeitarbeitslosigkeit, Transferbezug und Kinderarmut. Dabei zeigte sich eine Verschiebung der Problemgebiete von der Innenstadt zum Stadtrand, wo sich in den Quartieren mit Geschosswohnungsbau die Benachteiligungen als ausgeprägter erwiesen als im Zentrum. Gebiete mit einem niedrigen oder sehr niedrigen Status-Index befinden sich insbesondere in Spandau-Mitte, Neukölln-Nord, Wedding, Moabit, Kreuzberg-Nordost, Nord-Marzahn und Nord-Hellersdorf.</p>	Der Tagesspiegel, 02.04.2016, S. 16			
	<p>Aber auch in Marzahn- Hellersdorf hat sich die Lage in drei Bereichen verbessert (Marzahn-West, Wuhletalstraße und Kaulsdorf Nord II).</p>	Der Tagesspiegel, 02.04.2016, S. 16			
	<p>Damit liegt der Bezirk neben Spandau, wo Tiefwerder neu hinzukam, mit jeweils sieben Problemkiezen an der Berliner Spitze. Es folgen mit jeweils sechs Gebieten Neukölln und Marzahn-Hellersdorf, wo das Gelbe Viertel neu aufgenommen wurde.</p>	Der Tagesspiegel, 02.04.2016, S. 16			
	<p>Ausserdem räumte die Bildungsverwaltung ein, dass die Klassen an der Schule im sozialen Brennpunkt unweit des Einkaufszentrums "Helle Mitte" deutlich zu gross gewesen seien. In drei 3. Klassen waren jeweils gut 30 Schüler. Zum neuen Schulhalbjahr werde nun eine vierte 3. Klasse eingerichtet. "Durch den verstärkten Zuzug in unseren Bezirk sind nun oft mehr Kinder in einer Schulklasse", sagte Komoss und räumte gleichzeitig ein, dass die Gemeinschaftsschule im sozial schwierigsten Bereich des Bezirks liegt. Viele Sozialhilfeempfänger und Alleinerziehende leben hier. Seit 2011 bietet auch die Arche in dortigen Räumen in der ersten grossen Pause den Schülern geschmierte Brote an.</p>	Berliner Zeitung, 29.01.2016, S. 10			
	<p>Natürlich hat das Viertel auch mit Problemen zu kämpfen: der hohen Arbeitslosigkeit. Oder dem Alkohol, dem sich einige Anwohner schon mittags widmen. Und den ideologischen Kämpfen zwischen Linken und Rechten, die im Viertel ausgefochten werden. "Das ist ein sozialer Brennpunkt hier", sagt eine Frau. In den vergangenen Jahren hat sich die Lage ein wenig beruhigt - jetzt könnten die alten, aber nie beigelegten Konflikte wieder ausbrechen. Und alles wegen einer alten Schule, die zur vorübergehenden Heimat für einige hundert Menschen aus dem Nahen Osten werden soll - Familien, die vor dem Krieg und der Zerstörung aus der Heimat geflohen sind und nun auf ein friedliches Leben in Deutschland hoffen.</p>	Der Tagesspiegel, 13.07.2013, S. 14			

	Ricardo Schneider holt eine Kanne Kaffee aus der Küche, er hat eine rote Decke auf den Tisch gelegt und zwei Becher hingestellt. Seine Wohnung, fünf Minuten vom Einkaufszentrum Helle Mitte in Berlin-Hellersdorf entfernt, ist schlicht eingerichtet, ein roter Zweisitzer, zwei Sessel, ein Tisch, ein Regal, die Möbel sind nicht neu. Er ist ein schmaler junger Mann mit rasselkurzen Haaren und einem weichen Gesicht. Er trägt das, was die meisten Jungs hier tragen, Jeans, Turnschuhe, kurzärmeliges Hemd und eine schwere Silberkette um den Hals. Er ist 22 Jahre alt. Er lebt von Hartz IV, nach der Hauptschule fand er keine Lehrstelle.	Berliner Zeitung, 21.07.2013, MAG, S. VP 1			
	Nach der Wende verliessen viele Familien die Plattenbauten, Sozialhilfeempfänger zogen ein.	Berliner Zeitung, 21.07.2013, MAG, S. VP 1			
	Das Holiday Bistro ist ein gedrungener Bau unweit des Helene-Weigel-Platzes. Wer hierher kommt, hat nicht viel - ausser Zeit. Viele Arbeitslose wohnen in den Plattenbauten des Viertels und viele Rentner. Drei Spielautomaten stehen im Bistro an der Wand. Es gibt einen Billardtisch, Dartscheiben und Internet für einen Euro die Stunde. Das Bier vom Fass kostet 1,20 Euro. Das Holiday Bistro ist ein Treffpunkt. Bauarbeiter essen mittags Döner, Jugendliche rauchen abends Shisha.	Berliner Zeitung, 13.05.2014, S. 15			
	Der Quartiersmanager André Isensee ärgert sich über das Medienimage der Marzahner Grosssiedlung. "Der Stadtteil wird extrem verrissen", sagt er. Der 35-Jährige leitet das Quartiersmanagement Marzahn Nord-West, das grösste der Stadt, ist zuständig für 23 000 Menschen, quasi eine Kleinstadt. 38 Prozent leben hier laut Sozialbericht 2014 von Hartz IV, die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die auf Sozialhilfe angewiesen ist, liegt noch höher. Im Jahr 2016 zahlt der Bezirk insgesamt knapp 300 Millionen Euro an Transferleistungen. Isensee sagt, die Gegend sei besser als ihr Ruf, es habe sich viel getan seit dem Sparkurs vom einstigen Finanzsenator Thilo Sarrazin, der festgelegt hatte, dass in der Verwaltung niemand mehr eingestellt werden durfte, bis die Zahl des Personals auf 100 000 geschrumpft war, was zu absurden Engpässen führte.	Berliner Zeitung, 21.09.2016, S. 13			
	Sie haben sich in den ersten Tagen lustig gemacht, weil er aus dem Asi-Viertel kommt.	Berliner Zeitung, 21.07.2013, MAG, S. VP 1			
	Doch eine Reihe Probleme lässt sich nicht übertünchen: Im Norden von Marzahn-Hellersdorf leben viele, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können. Kinderarmut ist häufig. Auch die Zahl von Müttern und Vätern ohne festen Partner, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, ist hoch: Laut Sozialbericht wohnten 2014 in der Gegend um die Havemannstraße, in der Nachbarschaft von Jule, 682 Alleinerziehende. Für die Politik ist das eine enorme Herausforderung. Sie wird dadurch verstärkt, dass viele Bürger für Politik hier kaum erreichbar sind: Die Wahlbeteiligung im nördlichsten Zipfel Marzahns war bei der Berlin-Wahl 2011 die niedrigste der ganzen Stadt.	Berliner Zeitung, 11.08.2013, S. 3			
	Als ob Platte mit billigen Wohnungen am Stadtrand gleichzusetzen wäre, als ob hier die sozialen Probleme wie in den Pariser Banlieues zu finden wären.	Berliner Zeitung, 01.09.2016, S. 10			
	Dass ein nicht geringer Anteil der Bevölkerung wegen der eigenen sozialen Unsicherheit, steigender Mieten und aus Angst vor Einbrüchen den Konsens gegen Rechts nicht mitgetragen hat.	Berliner Zeitung, 01.09.2016, S. 10			
	Das zweite grosse Thema ist die soziale Gerechtigkeit, um den Menschen die Angst vor Abstieg zu nehmen.	Berliner Zeitung, 04.10.2016, S. 13			

		<p>Allerdings: "Trotz aller baulichen Erfolge bleibt die weitere Entwicklung der Grosssiedlungen schwierig. Aus eigener Kraft wird der Bezirk Marzahn-Hellersdorf seine wirtschaftlich schwierige Situation kaum meistern können", urteilten die beiden Autoren 2007. Um den Bezirk zu unterstützen, wies der Senat sowohl in Marzahn als auch in Hellersdorf Gebiete für ein Quartiersmanagement (QM) aus. Seit 2005 gibt es das QM-Gebiet Hellersdorfer Promenade. Dieses Jahr kam der benachbarte Bereich um den Boulevard Kastanienallee hinzu. In den beiden Gebieten soll das Quartiersmanagement "Potentiale des Viertels stärken, neue Kräfte wecken und Negativtrends aufhalten", heisst es in einem Faltblatt des Projektträgers S.T.E.R.N. Idee von QM ist, "mit den Ressourcen vor Ort - das sind die Bewohner und ihr Know-how, die Träger und Einrichtungen - zu arbeiten und ein Quartier mit investiven Massnahmen zu entwickeln", erklärt Quartiersmanagerin Karla Stierle.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 28.05.2016, S. 3</p>			
		<p>Wer in ärmeren Kiezen wohnt, hat schlechtere Zähne. Das gilt auch bei Kindern. Dieser Zusammenhang wird deutlich durch die Untersuchungsergebnisse der Zahnärztlichen Dienste für das Schuljahr 2012/13. Demnach ist jedes zweite sechsjährige Kind in Berlin von Karies betroffen (siehe Kasten rechts). Der Kinderzahnarzt Ali Mokabberi kann das Ergebnis nachvollziehen. Mokabberi hat selbst festgestellt, dass die jungen Patienten in seiner Praxis in Prenzlauer Berg eine bessere Zahngesundheit aufweisen als in seinen anderen beiden Praxen in Hellersdorf und Reinickendorf. Dies sei ein Verdienst der Eltern. "Wenn der Vater darauf achtet, dass das Kind ein Vollkornbrot und Obst mit zur Schule nimmt und die Mutter das Putzen kontrolliert, kann Karies vorgebeugt werden."</p>	<p>Der Tagesspiegel, 15.03.2014, S. 18</p>			
		<p>Die Hellersdorfer Promenade hat es nun auf den vorletzten Platz im Ranking des Senats geschafft - Platz 418 von 419 Kiezen in der Stadt: Hohe Arbeitslosenquote, viele Gesundheitsprobleme, wenig Bildung. Hinter Manfred steht ein eingeschossiger Flachbau. Einst war die Anlage für Läden aller Art gedacht, inzwischen aber sind viele Räume leer, genauso wie die frühere Kaufhalle, für die sich offenbar kein Discounter gefunden hat. Eine Kneipe ist offen, die Gäste eher verschlossen. Da wäre eine Dame mit auffällig vielfarbig bemalten Fingernägeln, tief gebräunt, blondes Haar, etwa 45 Jahre alt. Skeptisch schaut sie auf, vielleicht ahnt sie, dass der Herr in Jeansjacke neben ihr - es ist 12 Uhr - bald ein Bier zu viel trinken wird. An der Sauna nebenan steht "Einbruch lohnt sich nicht! Kein Bargeld!" Im Italiener dahinter kostet die Pizza Funghi 4,50 Euro, nicht unbedingt Preise für die Mittelschicht.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 02.03.2014, S. 13</p>			
		<p>Gabriele Hiller kann Anekdoten erzählen, bei denen man nicht weiss, ob man lachen oder weinen soll. Wie die Geschichte von der doppelten Britney. Einmal traf sie eine junge Mutter auf der Straße, im Wagen zwei kleine Mädchen, Zwillinge. Auf die Frage, wie die eine denn heisse, sagte die Mutter, Britney. Und die andere? Äh, auch Britney, Britney-Maja. Gabriele Hiller lacht. "Das ist Hellersdorf."</p>	<p>Berliner Zeitung, 18.10.2016, S. 3</p>			
		<p>Grosse Probleme gibt es aber auch bei der Sprachförderung von deutschstämmigen Kindern aus bildungsfernen Familien. Insbesondere in Marzahn-Hellersdorf ist dies der Fall, wo 20 Prozent der Kinder ohne Migrationshintergrund Sprachdefizite haben.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 23.09.2014, S. 20</p>			

		<p>Von der Apathie der Wähler ist in solchen Fällen schnell die Rede, von Gleichgültigkeit bei vermeintlich lebenswichtigen Fragen. Gordon Lemm, der Kandidat der SPD für diesen Wahlkreis 1, sieht die Lage sehr viel differenzierter. Er ist aufgewachsen in den Plattenbauten Nord-Marzahns. Seine Eltern wohnen noch immer hier. Er kennt die Gegend so genau, dass er mit kurzem Blick auf ein Hochhaus - ohne zu zählen - sagen kann, wie viele Mietparteien dort leben. "Manche Leute glauben, dass Politik nichts mit ihrer Lebenswirklichkeit zu tun hat, dass die Politiker nicht die geringste Ahnung haben von ihren drängendsten Problemen", sagt er. "Das führt dann dazu, dass sie sagen: Lasst mich in Ruhe." Bei der Lebenswirklichkeit mancher Zwanzigjähriger ohne Abschluss und mit Kind wäre es vielleicht tatsächlich erstaunlich, wenn sie sich brennend für die Sitzverteilung im Berliner Abgeordnetenhaus interessierten.</p>	<p>Berliner Zeitung, 11.08.2013, S. 3</p>			
		<p>Bei uns gibt es vergleichsweise weniger Arbeitslose als in anderen Bezirken. Die Jugendarbeitslosigkeit wurde dank der Anstrengung des Bezirksamtes in den vergangenen drei Jahren um zwei Drittel reduziert. Das ist ein sehr guter Erfolg. Auch unsere Schulen können sich sehen lassen. Es gibt weniger Sanierungsbedarf als in anderen Bezirken.</p>	<p>Berliner Zeitung, 04.10.2016, S. 13</p>			
		<p>Seit sie bei Jule wohnt - Jule steht für "Junges Leben" -, hat sie die Verkäuferin-Ausbildung abgeschlossen, den Realschulabschluss gemacht und eine Ausbildung zur Sozialassistentin angefangen. Ihr Traum ist, Erzieherin zu werden. Sie wirkt wie jemand, der sein Leben im Griff hat. Kinderbad mit Miniklo Das ist das Ziel dieser deutschlandweit einmaligen Einrichtung mit Modellcharakter, wie die beiden Sozialarbeiterinnen, Astrid Egel und Marina Bikadi, erklären. Anders als bei reinen Wohnprojekten werden hier Wohnen, Kinderbetreuung und Ausbildung kombiniert. Die Wohnungsgesellschaft Degewo stellt dafür zwölf Wohnungen zur Verfügung, für die Miete müssen die Teilnehmer, elf junge Mütter und ein Vater, aufkommen. Zudem wurden im Erdgeschoss zwei Fünfraumwohnungen in einen Gemeinschaftsbereich umgestaltet: mit Besprechungsräumen, Spielzimmer, Büro und sogar einem kleinen Kinderbad mit Miniklo.</p>	<p>Berliner Zeitung, 11.08.2013, S. 3</p>			
		<p>Vorreiter ist der Bezirk beim Bekämpfen der Jugendarbeitslosigkeit. Sie konnte seit 2011 um 66 Prozent verringert werden, von 2 700 Jugendliche auf jetzt 966. Schon in den Schulen werden die Jugendlichen gecoacht. Um ihnen einen reibungslosen Berufseinstieg zu ermöglichen, hat der Bezirk ein Bündnis mit Schulen, Wirtschaft und Jobcenter geschmiedet.</p>	<p>Berliner Zeitung, 01.09.2016, S. 10</p>			
		<p>Zu den Erfolgen seiner Amtszeit rechnet Komoss den Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und der Schulden. Marzahn-Hellersdorf war der am höchsten verschuldete Bezirk, jetzt liegt das Minus bei neun Millionen Euro.</p>	<p>Berliner Zeitung, 01.09.2016, S. 10</p>			

Kriminalität	Fall Lisa/Russlanddeutsche	<p>Mitte Januar war die 13-Jährige aus Marzahn verschwunden, behauptete anschliessend, von Mi granten entführt und vergewaltigt worden zu sein. Das stimmte zwar nicht, bei ihren Ermittlungen fand die Polizei aber heraus, dass Lisa lange vor ihrem Verschwinden Sex mit zwei Männern mit Migrationshintergrund hatte - gegen die wird nun wegen Kindesmissbrauchs ermittelt. In der fraglichen Nacht war sie bei einem 19-jährigen Bekannten. Die Polizei sagte anfangs öffentlich nur wenig, weil es um eine Minderjährige ging. Der russische Staatssender "Pervyj Kanal" machte die Geschichte gross.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 11.02.2016, S. 3</p>	Russlanddeutsche Anwohner; Geflüchtete; Unbekannte Straftäter	Unsicherheit; Fremdenfeindlichkeit	<p>Negative Wirkung: Erfundene Vergewaltigung und Protest der russlanddeutschen Einwohner sowie Einmischung russischer Medien werfen schlechtes Licht auf russlanddeutsche Community und den Bezirk, in dem sie leben.</p>
		<p>Im Mittelpunkt einer lebhaften Debatte steht der Fall Lisa, der im Januar für Aufruhr gesorgt hatte. Die 13-jährige Deutsch-Russin aus Marzahn hatte eine Geschichte über eine Vergewaltigung durch eine Gruppe südländischer Männer erfunden. In sozialen Netzwerken und im russischen Fernsehen wurde Stimmung gegen Flüchtlinge gemacht. Russlanddeutsche protestierten vor dem Brandenburger Tor, auch die NPD demonstrierte, es gab Angriffe gegen ein Flüchtlingsheim. Und der russische Aussenminister Sergej Lawrow warf den Behörden vor, den Fall lange verheimlicht zu haben. Rund 150 000 Russlanddeutsche leben in Berlin, vor allem in Spandau, Lichtenberg und Marzahn. Sie gelten als gut integriert. Doch der Fall Lisa hat ein Schlaglicht auf die Community geworfen. Sie sei in ein schlechtes Licht gerückt worden, wie viele an diesem Abend meinen.</p>	<p>Berliner Zeitung, 11.02.2016, S. 13</p>			
		<p>Der Fall Lisa sorgte für Proteste von Russlanddeutschen gegen Flüchtlinge und für diplomatische Spannungen zwischen Berlin und Moskau. Vorausgegangen war unter anderem eine breite Berichterstattung in russischen Medien, wonach die 13-jährigen Lisa aus Marzahn von Arabern entführt und vergewaltigt worden sei; diese Version erzählte dort auch die Familie Lisas. Überdies wurden Verschwörungstheorien und fremdenfeindliche Hetze gegen Flüchtlinge verbreitet. Laut Polizei und Staatsanwaltschaft ist die Vergewaltigungsgeschichte, die für so grossen Wirbel sorgte, allerdings erfunden. Eine rechtsmedizinische Untersuchung ergab keine Hinweise auf eine Vergewaltigung. Bei ihrer Befragung präsentierte das Mädchen vier verschiedene Versionen des Geschehens.</p>	<p>Berliner Zeitung, 03.02.2016, S. 23</p>			
		<p>Die russisch-orthodoxe Kirche in Marzahn-Hellersdorf wird seit mehreren Wochen bedroht. Unbekannte haben in der Nacht zum 7. April den Briefkasten der Gemeinde gesprengt, wie die Polizei mitteilte. Ausserdem wurden auf dem Grundstück der Kirche an mehreren Tagen volksverhetzende Drohbriefe verteilt, zuletzt am vergangenen Wochenende. In den Flugblättern drohen die Absender damit, die russisch-orthodoxe Kirche anzuzünden. "Russische Hexen werden in Berlin Marzahn-Hellersdorf nicht toleriert. Verschwinde oder wir werden euch gnadenlos bekämpfen," heisst es weiter. Unterzeichnet sind die Briefe mit "Legion Königsberg". Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt. Wer sich hinter den Unterzeichnern verbirgt und ob Zusammenhänge zu anderen Anschlägen bestehen, ist noch nicht bekannt. Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Linke) nimmt die Angriffe "ausgesprochen ernst". Die Drohbriefe hätten angesichts der aktuellen Lage in Marzahn besondere Schwere, sagt die Politikerin. Am vergangenen Wochenende wurden auch an der deutsch-russischen Lomonossow-Grundschule in Marzahn-Hellersdorf volksverhetzende Flugblätter verteilt. Die Parolen richteten sich explizit gegen die Herkunft der russlanddeutschen Schüler.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 16.04.2015, S. 13</p>			

	Unsicherheitsgefühl	Wenn Ricardo Schneider über sein Leben in Hellersdorf redet, dann verwandelt er sich, wird sprachlich aggressiver. Dauernd "knallt" es irgendwo, dauernd muss man aufpassen, wie man sich bewegt, ständig auf der Hut sein, einzelne Gebiete sind schon "besetzt", andere kann man noch betreten. Er klingt, als lebe er in einem Kriegsgebiet. Wir gegen die. Als müsste er sich gegen etwas verteidigen. Als wäre seine Welt in Gefahr.	Berliner Zeitung, 21.07.2013, MAG, S. VP 1	Anwohner	Unsicherheit	Negative Wirkung: Ängste in der Bevölkerung legen Vulnerabilitätsregime diffuser Unsicherheit und Gefahr dar.
		Es gab vor der Wahl bei uns die Rückmeldung, dass die Menschen sich unsicher fühlen, weil sie Angst haben, dass ihr Haus ausgeraubt wird, weil sie sich nach 17 Uhr nicht aus ihrer Plattenbauwohnung wagen. Diese Ängste sollten stärker aufgenommen werden.	Berliner Zeitung, 04.10.2016, S. 13			
		Die Bevölkerung ist sozial verunsichert, sie fühlt sich vernachlässigt, hat Angst vor steigenden Mieten sowie vor Wohnungs- und Hauseinbrüchen in den Siedlungen.	Berliner Zeitung, 19.09.2016, S. 4			
	Kriminalität im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise	Einer Erklärung der Linkspartei zufolge ergriff die Polizei die Initiative, nachdem René U. Anzeige wegen Beleidigung gegen eine Aktivistin von Verein "Hellersdorf hilft" erstattet hatte. Diese machte sich Sorgen, dass René U. auf diesem Wege ihre Privatadresse erfahren könnte und weigerte sich, Auskunft zu geben. Daraufhin nahmen Polizisten die Frau mit. Dabei seien die Beamten so grob vorgegangen, dass sie Hämatome am Arm erlitten habe. Körperliche Übergriffe durch Polizisten habe es laut Linkspartei auch auf die Abgeordnete Regina Kittler gegeben, die für Die Linke im Abgeordnetenhaus sitzt. Sie habe durch Handgreiflichkeiten eines Polizeibeamten ebenfalls Blutergüsse am Arm erlitten und sei dann wegen versuchter Gefangenenerbefreiung angezeigt worden. Beide Frauen wurden anschliessend im Unfallkrankenhaus Marzahn behandelt.	Berliner Zeitung, 13.07.2015, S. 18	Anwohner; rechtsradikale Organisationen; linksradikale Organisationen; zivilgesellschaftliche Akteure/Vereine; (Stadt-)Politik; Polizei; Geflüchtete	Fremdenfeindlichkeit; Linksradikalisierung; Spaltung (links/rechts); Unsicherheit; Solidarität	Negative Wirkung: Deutlicher Schwerpunkt auf rechtsradikal motivierten/rechtsextremen Straftaten und Ordnungswidrigkeiten im Zusammenhang mit Geflüchteten, aber auch Radikalisierung linker Kräfte, verdeutlicht tiefe Spaltung im Bezirk und der Bevölkerung.
		Mehrere Personen im Demonstrationzug gegen die Flüchtlingsunterkunft verstießen allerdings gegen das Versammlungsverbot. Polizisten stellten daraufhin ihre Personalien unter Zwang fest. Zudem kam es zu einer Festnahme aufgrund eines bestehenden Haftbefehls - ein Polizeisprecher konnte zunächst nicht sagen, zu welcher der beiden demonstrierenden Gruppen die festgenommene Person gehörte.	Berliner Zeitung, 25.11.2014, S. 15			
		Linksextreme Gruppen gehen in Berlin verstärkt gegen die AfD vor. Wie jetzt bekannt wurde, haben bislang Unbekannte das Privathaus des AfD-Bezirksverordneten Jens Pochandke in Marzahn-Hellersdorf mit Farbe beschmiert. Der Anschlag ereignete sich bereits vor einer Woche. Die Täter bekannten sich inzwischen auf dem linksextremen Onlineportal "Indymedia" zu der nächtlichen Tat. Sie bespritzten die weisse Hausfassade des Bezirksverordneten mit violetter Farbe und hinterliessen auf dem Garagentor unter anderem den Schriftzug "Menschenfeind 116". Vor dem Haus des Politikers hinterliessen die Täter zudem Flugblätter mit der Aufschrift "Hass hat Konsequenzen", auf denen sie Pochandke unter anderem die Bekämpfung von Geschlechtergleichstellung und Aufklärungsunterricht vorwerfen. Er zeige sich darüber hinaus loyal zu "bekennenden Rassisten und Neonazis" in der AfD. "Das ist ein feiger, gewalttätiger Anschlag", sagte Rolf Kessler, Sprecher der AfD-Fraktion in Marzahn-Hellersdorf, "wir werden uns nicht einschüchtern lassen."	Der Tagesspiegel, 25.10.2016, S. 8			

	<p>Problematisch werde es vor allem, wenn beide Seiten aufeinandertreffen. Palenda berichtete, dass Linksextremisten kürzlich bei einer der Demonstrationen in Marzahn gegen das geplante Flüchtlingsheim Teilnehmer mit Teleskopschlagstöcken angegriffen und zwei von ihnen so schwer verletzt hätten, dass sie in Krankenhäuser gebracht werden mussten. Nach Einschätzung von Palenda "radikalisiere" sich dieser Teil der linken Szene gerade, weil er schockiert sei von der Stärke der Proteste gegen Flüchtlinge.</p>	Der Tagesspiegel, 18.12.2014, S. 12			
	<p>Die Beamten nahmen etwa drei Dutzend Personen sowohl aus dem linken wie auch aus dem rechten Lager vorläufig fest. Während gegen Linke vor allem wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und Landfriedensbruch ermittelt wird,</p>	Der Tagesspiegel, 25.08.2013, S. 10			
	<p>Gegen 17 Uhr kam es zu kleineren Rangeleien zwischen Antifaschisten und Anwohnern, die das Heim ablehnen. Die Polizei nahm einen Mann fest, weil er den Hitlergruss gezeigt hatte. Als sich die Situation zuspitzte, gab es Platzverweise für die Anwohner und die Antifa.</p>	Berliner Zeitung, 20.08.2013, S. 15			
	<p>Bei dem Polizeieinsatz bei der Demonstration von Gegnern des geplanten Containerdorfs für Flüchtlinge in Berlin-Marzahn sind am Samstag 22 Polizisten verletzt worden. Linke und rechte Gruppen hatte sich mit Steinen, Flaschen und Böllern beworfen.</p>	Der Tagesspiegel, 24.11.2014, S. 1			
	<p>Links- und Rechtsextremisten marschierten auf Tuchfühlung nebeneinander her und konnten sich ungehindert mit Flaschen, Steinen und Böllern bewerfen. 22 Polizisten wurden verletzt.</p>	Der Tagesspiegel, 24.11.2014, S. 6			
	<p>Insgesamt stellten die Beamten bei acht Gegendemonstranten die Personalien fest, nachdem es zu Attacken auch auf Polizisten gekommen war. Die rund 140 Polizisten leiteten mehrere Ermittlungsverfahren wegen schweren Landfriedensbruchs, gefährlicher Körperverletzung und Verstößen gegen das Versammlungsgesetz ein.</p>	Der Tagesspiegel, 05.11.2014, S. 13			
	<p>Am nahen U-Bahnhof Cottbusser Platz werfen Rechtsradikale schliesslich Flaschen nach Linken, die Polizei schreitet ein. Die Linken hatten am U-Bahnhof tagsüber Flugblätter an Passanten verteilt.</p>	Der Tagesspiegel, 20.08.2013, S. 8			
	<p>Augenzeugen wollen wiederholt gesehen haben, wie Neonazis aus dem Zug ausgebrochen seien, um Gegendemonstranten anzugreifen. "Es hat Festnahmen auf beiden Seiten gegeben", sagte ein Polizeisprecher. Auch seien mehrere Strafvermittlungsverfahren eingeleitet worden, unter anderem wegen Landfriedensbruchs und Verstößen gegen das Versammlungsgesetz.</p>	Der Tagesspiegel, 03.04.2016, S. 10			
	<p>Im Bezirk Marzahn-Hellersdorf ist die Zahl der rechtsextremen Vorfälle im vergangenen Jahr deutlich angestiegen. Insgesamt 298 Vorfälle, zu denen Straftaten aber auch Pöbeleien und Demonstrationen zählen, hat die bezirkliche Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung erfasst. Das ist ein Anstieg um mehr als das Dreifache im Vergleich zum Jahr davor. 2014 wurden lediglich 83 Vorfälle registriert. Das geht aus dem Jahresbericht des Sozialpädagogischen Instituts Berlin (SPI) hervor, der am Freitag vorgestellt wurde.</p>	Berliner Zeitung, 05.03.2016, S. 13			
	<p>Screenshots mit noch weitaus radikaleren Äusserungen von Biessmann kursieren derzeit auf Facebook. Sie zeigen antisemitische und rechtsextremistische Beiträge, die aber auf dem Profil der künftigen Abgeordneten am Donnerstag nicht mehr zu finden waren.</p>	Der Tagesspiegel, 23.09.2016, S. 8			

		<p>Es gibt eine Chronik von einschlägigen Fällen in meinem Stadtbezirk. Sie ist in diesem Jahr bereits auf 37 Seiten angewachsen. Hetze auf Facebook, Angriffe gegen vermeintliche Linke, von der NPD veröffentlichte Fotos aus einer Notunterkunft, Pöbeleien vor einem Flüchtlingsheim, um nur einige Beispiele zu nennen. Gegenüber Ehrenamtlichen, die Flüchtlinge unterstützen, wird zu Gewalt aufgerufen, Kommunalpolitiker werden bedroht, auch Bundespolitiker bis hin zu mir als Vizepräsidentin des Bundestages.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 23.12.2015, S. 4</p>			
		<p>Im sozialen Netzwerk Facebook ist seit Ende Juni eine anonym agierende Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf aktiv, die die Atmosphäre anheizt. Obwohl sie sich als parteipolitisch neutral gibt und von Extremisten und Neonazis distanziert, sind auf der Seite rassistische und populistische Kommentare zu lesen. So gab es dort auch die Aufforderung, den Flüchtlingen als Willkommensgruss Müll vors Heim zu werfen.</p>	<p>Berliner Zeitung, 20.08.2013, S. 15</p>			
		<p>Rechtsextremisten versuchen mit zunehmender Dreistigkeit, in die Privatsphäre von Politikern vorzudringen. Betroffen ist nun auch die in Berlin lebende Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Linke). Am Montag vor zwei Wochen seien rechte Demonstranten gezielt und lautstark an ihrem Wohnhaus vorbeigezogen, sagte Pau am Sonntag dem Tagesspiegel. "Ich war zu Hause und dachte erst, das wäre der Fernseher", dann habe sie die Demonstranten der rechtsextrem dominierten "Bürgerbewegung Marzahn" gesehen. Die "Bürgerbewegung" agitiert gegen die Aufnahme von Flüchtlingen. "Es war gespenstisch", sagte Pau. Auch die Nachbarn "wurden in Angst und Schrecken versetzt". Die Bundestagsvizepräsidentin ist schon lange Hassobjekt der rechtsextremen Szene. Pau engagiert sich gegen Rassismus und Antisemitismus, monatlich stellt sie bei der Bundesregierung Anfragen zu rechts motivierten Straftaten in Deutschland. Und sie setzt sich in ihrem Wahlkreis Marzahn-Hellersdorf für die Unterbringung von Flüchtlingen ein. Neonazis reagierten im Internet mit Morddrohungen. Sie gehöre "erschossen" oder an einem Baum aufgeknüpft. Es gibt mehrere Verfahren, Polizei und Staatsanwaltschaft haben nach Informationen des Tagesspiegels mehrere Tatverdächtige ermittelt.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 16.03.2015, S. 4</p>			
		<p>Dennoch werde jetzt geprüft, ob man aufgrund der neuen Erkenntnisse zu einer neuen Bewertung bezüglich der Route der "Bürgerbewegung" in Marzahn kommen müsse, sagte Redlich. Ausserdem würde die Drohung gegen Pau bei Twitter berücksichtigt.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 16.03.2015, S. 4</p>			
		<p>Öffentliche Beschimpfungen, persönliche Beleidigungen, zuletzt sogar Morddrohungen: Petra Pau hat sich an vieles gewöhnt. Gewöhnen müssen. Aber an jenem Montag vor zwei Wochen ist für die Linken-Politikerin eine neue Grenze erreicht. Sie sitzt in der Küche ihrer Berliner Mietwohnung, als sie Lärm von draussen hört. Überrascht sieht sie, dass eine grölende Hundertschaft vor ihrem Haus aufmarschiert ist und rassistische Parolen skandiert. "Ein gespenstisches Erlebnis", sagt Petra Pau, als sie ihre Erinnerungen an den Auflauf schildert. Sie wusste: Das müssen die Demonstranten der selbsternannten "Bürgerbewegung Marzahn" sein, die jeden Montag gegen eine Flüchtlingsunterkunft in ihrem Stadtteil protestiert, für die Pau sich einsetzt. Auch NPD-Funktionäre sind in der "Bewegung" aktiv. Aus diesem Umfeld erhält die Politikerin seit Monaten Drohungen. Sie gehöre erschossen oder "an einem Baum aufgeknüpft", heisst es auf der Facebook-Seite der Heimgegner. Jemand veröffentlicht sogar Paus Privatadresse.</p>	<p>Berliner Zeitung, 16.03.2015, S. 3</p>			
		<p>Ein Mann hatte rechte Parolen gebrüllt und den Hitlergruss gezeigt, von Umstehenden angefeuert.</p>	<p>Berliner Zeitung, 05.09.2013, S. 17</p>			

	<p>müssen sich die Rechten wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verantworten. Eine Person soll auch wieder den Hitlergruss gezeigt haben. Gegen 19 Uhr verliessen die NPD-Mitglieder den Platz - nicht ohne Drohung. "Wir werden uns hier noch öfter sehen", kündigte Landeschef Schmidtke an. Nachdem die NPD-Demo schon aufgelöst war, eilten Polizisten noch einmal zu den Rechtsextremen und konfiszierten Plakate mit der Aufschrift "Geld für die Oma statt für Roma und Sinti".</p>	Der Tagesspiegel, 25.08.2013, S. 10			
	<p>Unterdessen hat die Polizei am Sonnabend in Hellersdorf 250 Aufkleber der NPD mit Parolen gegen Asylbewerber beschlagnahmt. Zwei junge Männer, die damit nahe dem Asylbewerberheim in der Carola-Neher-straße Wahlplakate überklebten, erhielten Platzverweise.</p>	Der Tagesspiegel, 16.09.2013, S. 11			
	<p>Laut Polizei zog eine Gruppe von zehn jungen Männern durch die Janusz -Korczak -straße und zerstörte Plakate von SPD, Linken und Piraten. Als Polizisten die Gruppe stellte, wurden sie beleidigt. Die Männer weigerten sich, ihre Personalien mitzuteilen. Erst als Verstärkung eintraf, liessen sie sich kontrollieren. Angeführt wurde die Gruppe von einem 21-Jährigen, der sich selbst als "Haupttäter" bezeichnete. Nach Tagesspiegel-Informationen stand er schon mehrfach im Verdacht, Gewalt- und Propagandadelikte begangen zu haben. Eine Stunde nach dem ersten Vorfall trat er am Kokoschkaplatz einen 16-Jährigen zusammen, weil der für ihn der Kleidung nach zur linken Szene gehörte. Danach flüchtete er, wurde aber am U-Bahnhof Neue Grottkauer Straße festgenommen.</p>	Der Tagesspiegel, 23.09.2013, S. 11			
	<p>Am Freitagmorgen entdeckte eine Anwohnerin rassistische Sprüche an einem Marzahnener Baudenkmal - zweieinhalb Metern hoch waren die Farbschmierereien gegen Ausländer und die Antifa auf dem angeblich ersten befreiten Haus Berlins in der Landsberger Allee.</p>	Der Tagesspiegel, 02.04.2016, S. 19			
	<p>Vor der Demonstration war es in Marzahn wiederholt zu Sachbeschädigungen gekommen. In der Nacht zu Freitag hatten Unbekannte in Marzahn ein Baudenkmal in der Landsberger Allee mit rechten Parolen beschmiert, dasselbe Denkmal wurde in der Nacht zu Samstag mutmasslich mit Bitumen verdreckt. Der Polizeiliche Staatsschutz ermittelt.</p>	Der Tagesspiegel, 03.04.2016, S. 10			
	<p>Am Freitagmorgen gegen 10.30 Uhr haben Polizeibeamte eine Hakenkreuzschmiererei in Hellersdorf entdeckt. Das Symbol wurde auf dem Bürgersteig der Maxie-Wander-Straße angebracht und bedeckte eine Fläche von etwa 60 mal 60 Zentimetern. Ausserdem fanden die Beamten einen Schriftzug mit den Buchstaben "NZH" - wahrscheinlich eine Abkürzung der Parole "Nein zum Heim", die von rechtsgerichteten Initiativen verwendet wird.</p>	Der Tagesspiegel, 31.08.2013, S. 16			
	<p>SYMBOL ZERSTÖRT. Unbekannte haben in Marzahn einen Weihnachtsbaum für Flüchtlinge zerstört, den der Verein "Hellersdorf hilft" als Symbol für Menschlichkeit und Toleranz aufgestellt hat. Ein Anwohner hatte die Polizei zur Kreuzung Blumberger Damm/Ecke Landsberger Allee gerufen. Zuvor hatten Polizisten an einem Bauzaun in der Nähe ein Transparent mit Sprüchen gegen das dort geplante Containerdorf entdeckt.</p>	Berliner Zeitung, 27.12.2014, S. 20			
	<p>Am Mittwoch hat NPD-Landeschef Sebastian Schmidtke unter dem Motto "Hellersdorf wehrt sich" zur Gründung einer Bürgerwehr aufgerufen. Die Abgeordneten Canan Bayram und Clara Herrmann (Grüne) sowie die VVN/BdA haben Strafanzeige gestellt.</p>	Berliner Zeitung, 05.09.2013, S. 17			

	<p>Am Montagnachmittag hat die NPD nach einer Unterlassungsverfügung der Polizei einen Aufruf zur Bildung einer "Antigewalt-Bürgerwehr" in Hellersdorf im Internet gelöscht. "Hellersdorf muss befreit werden von: Linken - Gewalt - Asylanten", hiess es seit Mittwoch auf der Internetseite der Partei. Eine Prüfung der Staatsanwaltschaft hatte ergeben, dass der Aufruf keine Straftat, sondern nur eine Ordnungswidrigkeit darstellt ("Belästigung der Allgemeinheit", früher auch "Grober Unfug" genannt).</p>	<p>Der Tagesspiegel, 10.09.2013, S. 8</p>			
	<p>Vor zwei Wochen war eine Grünen-Politikerin von Gegnern des Heimes bedroht worden.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 30.07.2013, S. 8</p>			
	<p>Polizisten haben in Marzahn die Wohnung eines bekannten Neonazis durchsucht. Nach Informationen der Berliner Zeitung steht er im Verdacht, Unterstützer eines Containerdorfs für Flüchtlinge bedroht zu haben. Vor ihrer Begegnungsstätte waren scharfe Patronen gefunden worden.</p>	<p>Berliner Zeitung, 11.07.2015, S. 1</p>			
	<p>Bereits seit Monaten hetzen allerdings NPD und andere "besorgte Bürger" gegen das Heim. Anfang dieser Woche wurden Unterstützer des Flüchtlingsheims bedroht. Deshalb durchsuchten nach Information der Berliner Zeitung Ermittler des polizeilichen Staatsschutzes am Donnerstagabend die Wohnung eines 42-Jährigen. Der amtsbekannte Neonazi organisiert regelmässig die "Nein zum Heim"-Aufmärsche, die sich gegen das Flüchtlingsheim richten. Die Polizei ermittelt gegen ihn, weil er am vergangenen Montag drei Mitglieder des Vereins "Hellersdorf hilft" bedroht haben soll, indem er mit seiner Hand eine Pistole nachahmte und damit auf diese zielte. Einen Tag später wurden vor der Begegnungsstätte "Laloka", in der sich die Bedrohten für Flüchtlinge engagieren, fünf scharfe Patronen gefunden, die jemand dort hingelegt hatte. Die Polizei leitete ausserdem ein Verfahren wegen Verstosses gegen das Waffengesetz ein und durchsuchte am Donnerstagabend die Wohnung des 42-Jährigen in der Grumsiner strasse.</p>	<p>Berliner Zeitung, 11.07.2015, S. 20</p>			
	<p>Ein Unbekannter hat am Mittwoch in Marzahn Bewohner einer Flüchtlingsunterkunft mit einer Schusswaffe bedroht. Wie die Polizei mitteilte, bedrohte er zunächst gegen 12.50 Uhr am Blumberger Damm Ecke Glambecker Ring zwei Flüchtlinge mit der Waffe. Diese liefen zu ihrer Unterkunft im Glambecker Ring und informierten das Sicherheitspersonal, das die Polizei rief. Bevor die Beamten eintrafen, drohte der Unbekannte einem weiteren, 26 Jahre alten Bewohner direkt vor dem Wohnheim mit der Waffe. Auch dieser rettete sich in die Unterkunft. Eine Suche nach dem Unbekannten blieb erfolglos. Der Staatsschutz ermittelt.</p>	<p>Berliner Zeitung, 24.03.2016, S. 9</p>			
	<p>Die Frau, der das abgefackelte Auto gehört, ist engagiert in der Initiative "Hellersdorf hilft", die die Heimbewohner unterstützt. Sie arbeitet bei der Katholischen Seelsorge der Bundeswehr. Nach eigenem Bekunden will sie eine Brücke schlagen zwischen den Asylsuchenden und den Anwohnern im Viertel. "Hier gibt es nicht nur Rechte, sondern auch viele Menschen, die helfen", sagte sie. Bedrohungen durch Gegner des Heims und Neonazis sehen sich die Helfer schon länger ausgesetzt. Als die 44-Jährige Hilfsgüter aus ihrem Auto auslud, sei sie fotografiert worden. Auch hätten sich Rechte ihr Kfz-Kennzeichen notiert, sagte sie einer evangelischen Publikation. Den Brandanschlag auf das Auto der Frau bezeichnet Bezirksbürgermeister Stefan Komoss (SPD) als neue Qualität der Aktivitäten von Rechtsextremisten. "Das ist keine politische Auseinandersetzung mehr, das ist Kriminalität. Hier handelt es sich um direkte Gewalt gegen Personen", sagte Komoss. "Ich bin froh, dass der Staatsschutz ermittelt."</p>	<p>Berliner Zeitung, 19.03.2014, S. 15</p>			

		<p>Der Hass auf die Helfer des Flüchtlingsheims in Hellersdorf hat offenbar eine neue Dimension erreicht. Einer Anwohnerin wurde jetzt das Auto angezündet. Die katholische Seelsorgerin hatte die Flüchtlinge in der Carola-Neher-straße unter anderem mit Hilfsgütern versorgt. In der Nacht zum Sonntag hatte die 44-Jährige ihren Opel auf einem Parkplatz der evangelischen Gemeinde in der Glauchauer Straße geparkt. Gegen 2.30 Uhr bemerkte ein Anwohner die Flammen und alarmierte die Feuerwehr. Das Auto brannte dennoch aus. Die Brandermittler der Polizei fanden bald heraus, dass das Feuer nicht auf einen technischen Defekt zurückzuführen war, sondern gelegt wurde - und wahrscheinlich ein gezielter politisch motivierter Anschlag war.</p>	<p>Berliner Zeitung, 19.03.2014, S. 15</p>			
		<p>Dass sich die rechte Szene 2015 radikalisiert hat, belegen mehrere Vorfälle. So versuchten in der Nacht zum 14. August fünf Neonazis, die Flüchtlingsunterkunft am Blumberger Damm in Brand zu setzen. Sie warfen Fackeln auf das Gelände. Bereits im Juli wurden vor einer antirassistischen Begegnungsstätte am Kastanienboulevard fünf scharfe Patronen abgelegt. Dies wurde als Morddrohung gegen die Mitglieder des Vereins "Hellersdorf hilft" eingestuft. Die hohe Zahl von Angriffen sei Beleg für die "zunehmende Enthemmung im rechtsextremistischen Milieu", heisst es in der Studie. So stieg die Zahl der Angriffe von 20 im Jahr 2014 auf 72. Der Bezirk belegt damit einen Spitzenplatz in Berlin.</p>	<p>Berliner Zeitung, 05.03.2016, S. 13</p>			
		<p>Es ist Mittwochmorgen, noch nicht zehn Uhr, schon jetzt ist klar, dass es an diesem Tag nicht mehr hell wird. Bleigrau hängt der Himmel über Hellersdorf, die Temperatur liegt bei minus sechs Grad. Nur wenige Leute sind auf der Maxie-Wander-Straße unterwegs, ein Handwerker im Blaumann, eine junge Frau mit zwei Hunden, ein Mann mittleren Alters mit Einkaufstüten. Als man ihn fragt, ob er Anwohner sei und etwas von dem Anschlag auf das Asylbewerberheim in der Nacht zum Dienstag mitbekommen habe, platziert er seine Tüten ruckartig im Schnee und sagt: "Hier werfen immer mal Idioten Knaller durch die Gegend. Dann steht in der Zeitung, das war ein Anschlag." Diesmal war es aber ein Anschlag. Die Polizei hat bekannt gegeben, dass vermutlich ein "Polenböller" durch ein geöffnetes Fenster geworfen wurde, Zeugen haben drei Unbekannte wegrennen sehen.</p>	<p>Berliner Zeitung, 30.01.2014, S. 18</p>			
		<p>Zwei Heimbewohner aus Bosnien berichten, von dem Böller wüssten sie nichts, aber Unbekannte hätten am Sonntag einen Stein durch die Scheibe geworfen, die Polizei sei dagewesen.</p>	<p>Berliner Zeitung, 30.01.2014, S. 18</p>			
		<p>In der Silvesternacht wurde die Eingangstür des Heims durch Böller beschädigt. Sicherheitsleute hatten zuvor zwei Unbekannte dabei beobachtet, wie sie diese mit Klebeband befestigten und anzündeten. Einige Tage später hingen Zettel mit rassistischen Parolen dort. Vor zehn Tagen marschierten Leute vor dem Eingang auf und ab und schwenkten Deutschlandfahnen. Etwa zeitgleich wurde am Wahlkreisbüro von Mario Czaja (CDU), dem Gesundheits- und Sozialsenator, ein schwarzes Transparent mit der weißen Aufschrift "Nein zum Heim" befestigt. Auf Facebook agitiert eine sogenannte Bürgerbewegung Hellersdorf gegen das Heim. Auch Fotos von den vergangenen Anschlägen gegen das Heim und das Parteibüro wurden dort gezeigt.</p>	<p>Berliner Zeitung, 30.01.2014, S. 18</p>			

		<p>Wollten die Täter mit einem Fackelzug provozieren, oder wollten sie das Flüchtlingsheim in Marzahn anzünden? Nach dem Brandanschlag in der Nacht zum Freitag gegen das Heim am Blumberger Damm versucht die Polizei, die Motive der Verdächtigen zu ergründen, die kurz nach der Tat gefasst wurden. Inzwischen ist klar: Die Frau und die zwei Männer kommen aus dem neonazistisch gesteuerten Umfeld der regelmässig demonstrierenden Heimgegner. Nach Informationen der Berliner Zeitung ist einer der Verdächtigen einschlägig wegen rechtsextremistischer Straftaten bekannt.</p>	<p>Berliner Zeitung, 22.08.2015, S. 18</p>			
		<p>Der 21-jährige Martin W., der 25-jährige André M. und die 41-jährige Beate R. wurden festgenommen. "Wir ermitteln wegen versuchter schwerer Brandstiftung", sagt ein Polizeisprecher. "Die Festgenommenen sind dringend verdächtig, dabei gewesen zu sein." Martin W. aus Pankow verkehrt nach Angaben der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) im Hooligan-Umfeld des BFC Dynamo und sympathisiert mit der Hooligan-Organisation HoGeSa. Nach Informationen dieser Zeitung ist er bereits wegen rechtsextremistischer Straftaten registriert. Er unterstützt zudem die von Neonazis gesteuerte Mobilisierung gegen eröffnete oder geplante Flüchtlingsheime. André M. hat laut MBR ebenfalls Kontakte zu Neonazis und dem Bündnis Deutscher Hools. Wie die anderen beiden Festgenommenen wird er dem Spektrum der "Nein zum Heim"-Demonstranten zugeordnet, die seit Monaten gegen das neue Containerdorf protestieren.</p>	<p>Berliner Zeitung, 22.08.2015, S. 18</p>			
		<p>Das Flüchtlingsheim am Glambecker Ring in Marzahn ist in der Nacht zu Donnerstag zum wiederholten Male Ziel von Fremdenfeinden geworden. Unbekannte warfen im Schutz der Dunkelheit einen abgetrennten Schweinskopf auf das abgezaunte Gelände. Die Täter hatten ein Pappschild an dem Tierkopf befestigt: "Ganz Marzahn hasst euch Schmarotzer", war darauf zu lesen. Polizisten bargen den Schweinskopf gegen 0 Uhr - der Polizeiliche Staatsschutz ermittelt wegen Volksverhetzung.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 19.08.2016, S. 10</p>			
		<p>Das Flüchtlingsheim am Glambecker Ring wird seit der Eröffnung Anfang September 2015 immer wieder attackiert. In der Nacht nach dem Bezug des Gebäudes wurde eine Bengalofackel über den Zaun geworfen, wenige Tage später wollten mehrere betrunkene Rechtsextremisten auf das Gelände gelangen. Ende Januar 2016 wurde unter lauten "Allahu Akbar"-Rufen aus einem vorbeifahrenden Auto heraus mehrfach mit einer Gaspistole in die Luft geschossen, im April warfen Unbekannte mit einem Pflasterstein eine Fensterscheibe des Flüchtlingsheims ein.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 19.08.2016, S. 10</p>			
		<p>Das Flüchtlingsheim an der Maxie-Wanderstraße in Hellersdorf ist in der Nacht zum Freitag erneut angegriffen worden. Sechs unbekannte Männer versuchten kurz nach Mitternacht in das Gebäude einzudringen. Zuvor hatten sie mehrere Bierflaschen in Richtung zweier Bewohner der Einrichtung geworfen, die gerade nach Hause kamen. Den 19 und 20 Jahre alten angegriffenen Männern gelang es, sich in das Heim zu flüchten. Als die Täter sie daraufhin verfolgten, stellten sich ihnen mehrere männliche Heimbewohner sofort in den Weg und vertrieben sie. Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt. Das Hellersdorfer Heim war bereits mehrfach Ziel von rechtsradikalen Attacken.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 15.03.2014, S. 19</p>			
		<p>Die "Hochphase" von Straftaten lag zwischen Oktober 2014 und Februar 2015: In diesem Zeitraum zählte der Verfassungsschutz 33 Straftaten gegen Unterkünfte vor allem in Marzahn-Hellersdorf, Treptow-Köpenick und Pankow. Diese Phase ist weitgehend deckungsgleich mit den bundesweiten "-gida-Demonstrationen" und den vor allem in Hellersdorf damals organisierten Demos rechtsextremistischer "Bürgerbewegungen".</p>	<p>Der Tagesspiegel, 23.12.2015, S. 11</p>			

		<p>Von den vier Fällen schwerer Brandstiftung waren die Flüchtlingsunterkünfte in der Salvador-Allende-Straße in Treptow-Köpenick, in der Soorstraße in Charlottenburg-Wilmersdorf, am Blumberger Damm in Marzahn-Hellersdorf und am Glabecker Ring in Marzahn-Hellersdorf betroffen. Menschen kamen in allen Fällen nicht zu Schaden. Die Daten in der Lageanalyse zeigen, dass Rechtsextremisten und deren Aktivitäten einen mittelbaren Einfluss darauf haben, welche Flüchtlingsunterkünfte in den Fokus von Straftätern geraten.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 23.12.2015, S. 11</p>			
		<p>Bereits in der Nacht zu Freitag hatten nach Angaben der Polizei sechs Männer eine Hetzjagd auf zwei Flüchtlinge veranstaltet. An der Maxi-Wander-, Ecke Carola-Neherstraße bewarfen sie den 19- und den 20-Jährigen mit Bierflaschen. Sie konnten sich in das Heim retten und gemeinsam mit anderen Bewohnern ein Eindringen der Täter in das Heim verhindern. Die Täter flüchteten unerkannt. Die Opfer berichteten, dass sie zuvor sogar von einem Pulk von rund 15 Personen über längere Zeit durch den Bezirk verfolgt worden seien. Auch in diesem Fall ermittelt der Staatsschutz.</p>	<p>Berliner Zeitung, 17.03.2014, S. 16</p>			
		<p>Rund um das Flüchtlingsheim kommt es immer wieder zu fremdenfeindlichen Attacken. Im Januar gab es auf das Heim einen Anschlag mit einem Böllersprengsatz, und kurz darauf randalierten zwei Männer und eine Frau am Eingang. Die Polizei stellt in dem Bereich einen Brennpunkt politisch motivierter Straftaten fest: Der aktuellen Kriminalstatistik zufolge kam es im Zusammenhang mit dem Heim im vergangenen Jahr zu 64 rechts-extremen Straftaten, darunter fünf Gewaltdelikte.</p>	<p>Berliner Zeitung, 19.03.2014, S. 15</p>			
		<p>Vor dem Flüchtlingsheim am Glabecker Ring in Marzahn sind am Freitagabend mehrere Schüsse gefallen. Ein Bewohner der Unterkunft sagte der Polizei, dass gegen 23.05 Uhr ein dunkles Auto an der Unterkunft vorbeigefahren sei. Auf Höhe des Heims lehnte sich der Beifahrer aus dem Seitenfenster, rief laut "Allahu Akbar" und feuerte mehrfach mit einer Pistole in die Luft. "Die Schüsse seien steil in den Himmel und nicht in Richtung der Unterkunft gerichtet gewesen", heisst es im Polizeibericht.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 31.01.2016, S. 10</p>			
		<p>Es ist nicht der erste Vorfall an der Flüchtlingsunterkunft am Glabecker Ring gewesen. Im September warfen Unbekannte eine brennende Bengalofackel über den Zaun des Heims; wenige Tage später hatten betrunkene Neonazis versucht, auf das Gelände der Unterkunft zu gelangen. Zuvor hatten die Täter vor der in der Nähe gelegenen Unterkunft am Blumberger Damm gepöbelt. Auch dieses Heim wird immer wieder zum Ziel von Anschlägen: So waren im August mehrere improvisierte Fackeln über den Zaun geworfen worden. Im Anschluss hatte es Festnahmen und Wohnungsdurchsuchungen gegeben.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 31.01.2016, S. 10</p>			

Wahlen/Politische Stimmung	Politische Stimmung Russlanddeutsche in MH	<p>Vor allem Sahra Wagenknecht, die kommt auch oft im russischen Fernsehen vor." Das russische Staatsfernsehen spielt für viele Russland-Zuwanderer noch immer eine entscheidende Rolle als Informationsquelle. Das hat Auswirkungen auf das Bild von Angela Merkel, die von Putins Medienmachern genüsslich zu einer Art Hauptfeindin hochstilisiert wird. Merkel gilt daher unter vielen Russlanddeutschen als nicht mehr wählbar."Na klar geh ick wählen. Aber bestimmt nicht die Merkel. Hauptsache, die Ausländer verschwinden", schimpft der 21-jährige Maik, der gerade Hunger hat und darum nicht weiterreden will.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 19.09.2016, S. 10</p>	Russlanddeutsche Anwohner; (Stadt-)Politik; Russische Politiker	Benachteiligung; Fremdenfeindlichkeit	<p>Negative Wirkung: Bericht über Kontakte nach Russland und Abschottung nach innen zeigen Vulnerabilitätsregime gefühlter Benachteiligung auf sowie Fremdenfeindlichkeit und Zielgruppe rechtspopulistischer Parteien und Initiativen.</p>
		<p>Wie um ein Klischee über Russen zu erfüllen, torkelt ein einzelner alter Säufer umher, er trägt eine Michael-Schumacher-Kappe und pöbelt den türkischen Betreiber einer Dönerbude an. "Suka, ty!" - Hure du! Der lacht und klopf dem Alten auf die Schulter. Es wirkt okay, das Leben in Marzahn.Gespräche mit Russlanddeutschen lassen vor allem einen Eindruck entstehen: Sie wollen besonders gute Deutsche sein. Oder das, was sie für besonders deutsch halten. Ordnung geht über alles, "fremde Kulturkreise" sind nicht willkommen. Sie ähneln Konvertiten, die besonders eifrig predigen, weil sie meinen, etwas aufholen zu müssen. Die Russlanddeutschen sind nach vielen Jahren vergeblichen Kampfes in der Sowjetunion zum Deutschtum konvertiert. Und das verteidigen sie jetzt.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 11.02.2016, S. 3</p>			
		<p>Groth und sein "Internationaler Konvent der Russlanddeutschen" haben weniger Berührungspunkte nach rechts als der Normaldeutsche. "Ich will keine Kooperation mit der NPD", sagt Groth. Doch wenn niemand anderes zuhört, müsse eben mit den oppositionellen Kräften geredet werden, die gleiche Interessen verfolgen. "Ich bin nicht gegen Muslime", sagt Groth, "aber in Deutschland ist die Stimmung überreizt und die Polizei hilflos. In dieser Lage Menschen aus fernen Kulturkreisen kommen zu lassen, ist ein grosser Fehler."Groth bestreitet, aus Moskau finanziert oder gesteuert zu sein. Nachprüfen lässt sich das nicht.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 11.02.2016, S. 3</p>			
		<p>"Wer sich gegen Zuwanderer stellt, betont, dass er zur deutschen Gesellschaft dazugehört." Das zu betonen ist wohl nötig, denn während Russlanddeutsche in der alten Heimat "die Deutschen" waren, wurden sie in Deutschland plötzlich "die Russen". So erfüllten sich für viele die Erwartungen nicht, die sie mit ihrem neuen Leben verbunden hatten. Und es hat eine bittere Ironie, dass der russische Aussenminister Lawrow dadurch, dass er die 13-Jährige aus Marzahn als "unser Mädchen" bezeichnete, die Russlanddeutschen wieder zu Russen erklärte.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 11.02.2016, S. 3</p>			
		<p>Die Flüchtlingskrise, so Henke, habe die Aussiedler politisiert. Sie sehen, dass die Flüchtlinge scheinbar ohne Mühe jene Aufmerksamkeit bekommen, die sie seit langem vermissen. Das schaffe Ärger und Konflikte.</p>	<p>Berliner Zeitung, 19.09.2016, S. 8</p>			

		<p>Eine Moskauer Familie, die regelmässig mit der von Sozialhilfe in Berlin-Marzahn lebenden Verwandtschaft telefoniert, erzählt von wachsenden Ängsten wegen Umverteilung der Bezüge zugunsten der Asylbewerber. Auf die sind die Russlanddeutschen allein schon deshalb schlecht zu sprechen, weil ihr Aussehen oft dem der Gastarbeiter aus dem Kaukasus und Zentralasien ähnelt. Ihnen lastet Volkes Meinung gern alle Verbrechen an, noch bevor die Ermittlungen abgeschlossen sind. Russlanddeutsche würden auch eine wichtige Rolle im Informationskrieg spielen, den Moskau gegen den Westen führt, glauben Kenner der Materie. Auch im Fall Lisa machten vor allem russlanddeutsche soziale Netzwerke Stimmung. Auf Russisch, denn die Botschaft richtete sich an Nutzer des russischen Internets und bediente einmal mehr Propagandaklischees, wonach Russland eine belagerte Festung ist</p>	<p>Der Tagesspiegel, 31.01.2016, S. 2</p>			
		<p>Marzahn-Hellersdorf am Wahltag. Das Tschchow-Theater gehört hier zu den Dutzenden Vereinen, die sich an die rund 25 000 Russlanddeutschen und andere Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion richten. Seit die angebliche Entführung der 15-jährigen, aus Russland stammenden Lisa im Februar nicht nur die russischsprachige Berliner Community erregte, sondern sogar in die deutsch-russischen Beziehungen schwappte, gelten die Russlanddeutschen als wichtig für die Frage, ob die AfD auf Bezirksebene Stadtratsposten beanspruchen kann. Denn die AfD hängt sich an die Kampagne der Moskauer Regierung, die darauf beharrte, dass Migranten Lisa missbraucht hätten. Das gilt für Marzahn-Hellersdorf, aber auch für Lichtenberg, wo sie ebenfalls die grösste Zuwanderergruppe stellen</p>	<p>Der Tagesspiegel, 19.09.2016, S. 10</p>			
		<p>Ein paar strassen weiter haben es sich Wladimir und seine Freunde bei einem Bier gemütlich gemacht. "Sicher haben wir Angst vor den Flüchtlingen", sagt er. Und natürlich werde er die AfD wählen. Aber nicht nur wegen Lisa, sondern weil es ihn ärgert, "dass die Flüchtlinge willkommen sind, während sich um uns damals keiner gekümmert hat". Ihm hat gutgetan, dass sich die AfD positiv zur Integrationsleistung der Russlanddeutschen geäussert hat.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 19.09.2016, S. 10</p>			
		<p>Allein ihre schiere Menge macht diese Menschen nun vor der Abgeordnetenhauswahl in Berlin zu einer interessanten Wählergruppe. So thematisiert besonders die AfD, dass sie die Russlanddeutschen für sich gewinnen will - die Partei hat sogar Flyer drucken lassen, auf denen die wichtigsten Forderungen auf Deutsch und auf Russisch zu lesen sind. Verteilt wurden diese etwa im Juni bei den Deutsch-Russischen Festtagen in Karlshorst. Im Wahlprogramm geht die AfD explizit auf Russlanddeutsche ein. Sie fordert, dass die Mittel für die Absicherung des Integrationserfolgs der Russlanddeutschen erhalten bleiben. In Marzahn lächelt kurz vorm Carrée AfD-Spitzenkandidat Georg Pazderski zwischen den Plattenbauten vom Laternenmast. Die Rechtspopulisten wollen die CDU, die als traditionelle Aussiedlerpartei gilt, in der Gunst der Russlanddeutschen ablösen. Bei früheren Landtagswahlen fuhr die AfD in russisch geprägten Gegenden hohe Ergebnisse ein.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 24.08.2016, S. 7</p>			
		<p>In Marzahn-Hellersdorf macht der Russlanddeutsche Alexander Wolf - als Mitglied in einem Kleingartenverein übrigens noch mal Zielgruppe der AfD - kein Geheimnis daraus, was er wählen will. "Die Linke. Die sagen wenigstens die Wahrheit", antwortet er. Also hat die AfD keine Chance bei ihm? "Falls die Linke sich plötzlich um 180 Grad dreht, müsste ich meine Entscheidung neu überdenken. Ich bin da ganz offen." Auch für die AfD.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 24.08.2016, S. 7</p>			

		Eines der Hauptthemen der AfD ist Sicherheit. Spitzenkandidat Georg Pazderski spricht von "Null-Toleranz-Politik", fordert 2000 neue Polizisten in Berlin und eine bessere Ausstattung der Beamten. Das zweite Thema richtet sich gegen Asylbewerber. Auch mit Bildung will die AfD punkten. Bewusst führt sie den Wahlkampf in den Berliner Aussenbezirken und verteilt Flyer in Marzahn-Hellersdorf auf russisch und polnisch: die 200 000 Russlanddeutschen sind eine klare Zielgruppe der Partei.	Der Tagesspiegel, 17.09.2016, S. 2			
		Um den Mix-Markt am Carrée Marzahn, wo in der Woche nicht einfach nur Lebensmittel verkauft werden, sondern Smetana, Pelmeni und russisches Konfekt, hängen viele AfD-Plakate. Doch in den vergangenen Tagen gehörte der Platz der Konkurrenz: Wahlkampf machte hier die Partei Die Einheit, eine in Köln gegründete "Aussiedler- und Migrantenteilnehmer". Sie versucht, jetzt in Berlin Fuß zu fassen. Die Einheit-Leute kamen um zehn und gingen nach sechs. Sie sprachen die Menschen auf Russisch an und mit rechtspopulistischen Parolen. In der Mitte und im Norden Marzahns wohnen besonders viele der rund 150 000 Deutschen aus Russland, die in Berlin leben. Im Bezirk stellen sie mehr als zehn Prozent der Wahlberechtigten. "Sie leben in ihrer Parallelwelt und waren nie sonderlich motiviert, wählen zu gehen", sagt Sergej Henke. Das habe es den Politikern leicht gemacht, ihre Probleme zu ignorieren: Den oft aussichtslosen Kampf um die Anerkennung von Berufsabschlüssen, die niedrigen Renten und die Probleme bei der Familienzusammenführung.	Berliner Zeitung, 19.09.2016, S. 8			
AFD-Wahlerfolg in MH		In Marzahn-Hellersdorf erzielte die AfD zwei Mandate. Den Wahlkreis 1 holte Gunnar Lindemann für die rechtspopulistischen Newcomer im Parlament. Er gewann gegen den langjährigen Linken-Abgeordneten Wolfgang Brauer, der seit 1999 im Parlament sass.	Der Tagesspiegel, 19.09.2016, S. 8	(Stadt-)Politik; Anwohner	Benachteiligung; Fremdenfeindlichkeit	Negative Wirkung: Wahlergebnisse zeigen deutlichen Rechtsruck sowie gelungene Wählermobilisierung in der MH-Bevölkerung u.a. in Verbindung mit Flüchtlingsthematik; gewählte AFD-Politiker müssen nun in Bezirksregierung integriert werden und können nicht mehr als reine Außenseiter behandelt werden.
		Trotzdem hat die SPD massiv verloren, in einigen Gegenden von Marzahn-Hellersdorf wurde die AfD stärkste Partei. Wie weit sind Sie mit der Fehleranalyse? Die AfD hat in zwei sozial schwierigen Wahlkreisen Direktmandate gewonnen. Eines davon hat eine junge Mutter erobert, sie hat noch nie eine politische Aussage gemacht, kein Plakat von sich aufgehängt - und erhielt auf Anhieb 30 Prozent. Ich selbst wohne im eher bürgerlichen Kaulsdorf, in meinem Wahllokal haben immerhin 20 Prozent AfD gewählt. Ganz so einfach, dass die AfD die Partei der sozial Abgehängten ist, kann es also nicht sein.	Berliner Zeitung, 04.10.2016, S. 13			
		Aber letztlich wäre die AfD wohl trotzdem bei 23 Prozent gelandet. Die grosse Frage ist doch: Wie verhält man sich gegenüber einer emotional gestimmten Wählerschaft, die nicht darauf reagiert, wenn man die Politik ändert. Das sehe ich etwas anders als Saleh, Sachpolitik allein reicht nicht. Man muss den negativen Emotionen der AfD etwas Positives entgegensetzen.	Berliner Zeitung, 04.10.2016, S. 10			
		Am Abend ist klar, dass die AfD in Marzahn-Hellersdorf ihr berlinweit bestes Ergebnis hat: 23,6 Prozent.	Der Tagesspiegel, 19.09.2016, S. 10			
		Der AfD ist offenbar gelungen, die Wähler zu mobilisieren. Die Wahlbeteiligung 2011 lag im Marzahner Norden bei 39 Prozent, das war so niedrig wie sonst nirgendwo in Berlin. Am vergangenen Sonntag war die Beteiligung wesentlich höher, etwa jeder Zweite gab seine Stimme ab.	Berliner Zeitung, 21.09.2016, S. 13			

	wenn Berlin nicht das Schicksal Londons oder von Paris teilen will mit sozialen Verwerfungen und brennenden Banlieues. Dass die Lage ernst ist, liest der Stadtforscher Harald Bodenschatz aus dem Wahlergebnis ab: An den Rändern der Stadt ist der Anteil jener, die Rechts oder nichts wählen am höchsten. Das hänge auch damit zusammen, "dass die Politik die Aussenstadt vernachlässigt, obwohl dort die Hälfte der Bevölkerung lebt". Es ist eben nicht so sexy, sich mit Marzahn-Hellersdorf oder Lichtenrade zu befassen wie mit Scheunenviertel oder Savignyplatz.	Der Tagesspiegel, 17.10.2016, S. 2			
	Das Ergebnis der BVV-Wahlen beschert der AfD auch Stadtratsposten in sieben Bezirksämtern. Die Parteien in den Bezirken reagierten unterschiedlich - auch in Fragen der zukünftigen Zusammenarbeit. In Marzahn-Hellersdorf erreichte die AfD starke 23,2 Prozent. "Das Ergebnis ist bedrückend", sagt Bürgermeister Stefan Komoss (SPD). "Das wird den Bezirk weit zurückwerfen." Die etablierten Parteien reagieren dennoch überwiegend pragmatisch: "Das Ergebnis ist bitter, aber sie sind gewählt. Nun sollte die AfD auch Verantwortung übernehmen und arbeiten, damit sie keine Zeit haben, auf dumme Gedanken zu kommen", sagte Dagmar Pohle, bisherige Vizebürgermeisterin. Von der Überlegung, dem AfD-Stadtrat nur ein bedeutungsloses Ressort zu überlassen, hält die Linke nichts.	Der Tagesspiegel, 20.09.2016, S. 4			
	Schockergebnis in Marzahn-Hellersdorf: Hier ist die AfD nicht nur stärkste Partei beim Zweitstimmenergebnis geworden, auch im Bezirksparlament stellen die rechten Newcomer auf Anhieb die zweitstärkste Fraktion. Sie bekommen einen Stadtratsposten, wie auch SPD und Grüne. Die Linken stellen zwei Stadträte und auch den Bezirksbürgermeister, weil sie weniger Verluste eingefahren haben als die SPD. Die Grünen haben zwei Sitze im Parlament und damit nicht einmal mehr eine eigene Fraktion.	Berliner Zeitung, 20.09.2016, S. 3			
	In Marzahn-Hellersdorf hat die AfD Anspruch auf einen Stadtratsposten. Wie sollte man damit umgehen? Man kann sich nicht einer Partei verschliessen, für die 23 Prozent der Wähler gestimmt haben. Wir werden uns den Kandidaten genau anschauen und dann entscheiden, ob wir uns als Fraktion enthalten können. Möglicherweise wird nicht der erste Bewerber gewählt, ich gehe aber von einer Wahl aus. Es reicht ja, wenn der Kandidat mit den eigenen Stimmen der Fraktion gewählt wird. Wird der AfD-Stadtrat dann das Friedhofsamt bekommen?	Berliner Zeitung, 04.10.2016, S. 13			
	Die parlamentarischen Rechte aber gelten auch für die AfD-Fraktion - von Personalausstattung, einem Beisitzer im Präsidium bis zum Anspruch auf den Vorsitz in Ausschüssen. Noch mehr gilt das für die Bezirke, wo die AfD teilweise mehr als 20 Prozent holte, in Marzahn-Hellersdorf bei den Zweitstimmen gar stärkste Partei ist. Die Rechtspopulisten auszugrenzen, verbietet sich.	Der Tagesspiegel, 20.09.2016, S. 12			
	Wo viele Ausländer wohnen, wird eher weniger AfD gewählt. Unter den Berliner Bezirken ist Marzahn-Hellersdorf die AfD-Hochburg. Dort erhielt die AfD 23,6 Prozent der Zweitstimmen und wurde stärkste Partei vor der Linken mit 0,1 Punkten Vorsprung.	Berliner Zeitung, 20.09.2016, S. 5			
	Die stärksten Ergebnisse hat die AfD in Teilen der Stadt, in denen kaum Ausländer wohnen. 24,2 Prozent gab es in Treptow-Köpenick 5, einem Wahlkreis mit gerade einmal 4,9 Prozent Ausländeranteil; oder 29 Prozent in Marzahn-Hellersdorf 1, wo 8 Prozent ausländische Mitbürger wohnen.	Der Tagesspiegel, 21.09.2016, S. 10			

AFD-Politiker in MH	<p>Fremdenfeindliche Äusserungen sind von Thomas Braun nicht bekannt. Kopfzerbrechen bereitet diese Personalie aus anderen Gründen: Der von der AfD nominierte Stadtrat für Marzahn-Hellersdorf macht ein Geheimnis aus seiner aktuellen beruflichen Tätigkeit.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 27.10.2016, S. 8</p>	(Stadt-)Politik; Wirtschaft	Spaltung; Fremdenfeindlichkeit	<p>Neg. bis ambivalente Wirkung: Debatten um verschiedene AfD-Persönlichkeiten zeigen große Spannweite von rechtsradikal-/populistisch bis konservativ; Wahlprogramme ähneln z.T. anderen Parteien im Bezirk; Berichte über wenig bekannte Persönlichkeiten und deren Hintergründe zeigen große Unsicherheit im Umgang mit der Situation auf.</p>
	<p>Die AfD in Marzahn-Hellersdorf demonstriert gern moralische Überlegenheit und erinnert die anderen Parteien an grundlegende Prinzipien demokratischen Zusammenlebens. Beim ersten Treffen der Bezirksverordneten nach der Wahl Ende Oktober warnte der Fraktionsvorsitzende Rolf Kessler die Konkurrenz vor einem "ganz grossen Demokratiedefizit", sollte sie Änderungen der Geschäftsordnung per Tischvorlage beschliessen. Mit grossem Pathos beschwor ihr neuer Stadtrat Thomas Braun im November erst das Grundgesetz ("Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus") und dann die "Verantwortungsethik". Wer sich anschaut, was mancher AfD-Politiker abseits offizieller Verlautbarungen von sich gibt, muss sich allerdings fragen, wie es die Partei selbst mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung hält. Die umfasst auch Aspekte wie Rechtsstaatlichkeit und die Ächtung von Gewalt- und Willkürherrschaft.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 17.12.2016, S. 16</p>			
	<p>Kein Clown, sondern ein Phantom ging bis zum Wochenende in Marzahn-Hellersdorf um. Am Montagabend stellten sich dort die fünf Bewerber für das Bezirksamt bei den jeweils anderen Parteien vor. Das war im Falle des AfD-Kandidaten Thomas Braun lange erwartet worden. Bisher hatte den Kandidaten ausser der eigenen Fraktion niemand zu Gesicht bekommen. Er habe sich als bürgernaher und sozialer Politiker vorgestellt - als Konservativer, aber nicht als Rechter, heisst es aus den Parteien. In Marzahn-Hellersdorf ist die AfD die zweitstärkste Kraft in der Bezirksverordnetenversammlung. Am Donnerstag soll Braun als Stadtrat bestätigt werden. Im Zweifel reichen dafür die Stimmen der eigenen Partei. Die anderen Parteien können den Prozess nur verlängern, nicht aber verhindern. Für Braun ist das Ressort der Bürgerdienste vorgesehen.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 09.11.2016, S. 8</p>			
	<p>Zunächst einmal, sagt Rolf Kessler, lehne er den Ausdruck Rechtspopulismus ab. Der sei arg verkürzt. Was seine eigene Person anbelange, bevorzuge er den Begriff "konservativer Patriot". Mittwochvormittag, ein Café in Berlin-Mahlsdorf. Der frisch gekürte Fraktionsvorsitzende der AfD trägt ein rot-weisses Hemd mit Längsstreifen, Handy in der Brusttasche. Nirgends in Berlin war die Partei vor drei Wochen erfolgreicher als hier im Bezirk Marzahn-Hellersdorf. 23,6 Prozent der Zweitstimmen, zwei Direktmandate fürs Abgeordnetenhaus. In die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) ziehen sie mit 15 Vertretern ein, nur die Linke hat einen mehr. Auch einen Stadtrat wird die AfD stellen. Die meisten Fraktionsangehörigen sassen noch nie in einem Parlament. Was sind das für Leute? Was wollen sie? Und wie sollte man ihnen begegnen? Im Café sagt Rolf Kessler Sätze wie: "Die anderen werden sehen, dass wir Demokraten sind." Dass sie konkrete kommunalpolitische Anliegen verfolgten. Ein Kombibad zum Beispiel. Hilfen für Sozialschwache. Und natürlich die Senkung der Kriminalität. Kessler erzählt von der 91-jährigen Frau mit Rollator, der gerade die Handtasche geraubt wurde.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 07.10.2016, S. 3</p>			
	<p>Dass Rolf Kessler ein vernünftiger Mensch ist, sagt auch Martin Krisp. Er hat den Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf mitaufgebaut, war erster Vorsitzender. 2015 verliess er die Partei, weil sie ihm zu rechts wurde, folgte Bernd Lucke zur Neugründung "Alfa". In deren Geschäftsstelle sitzt er jetzt und sagt, die Berliner AfD und ganz besonders die Sektion Marzahn-Hellersdorf seien lange gemässigt gewesen, wirtschaftsliberal halt.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 07.10.2016, S. 3</p>			

	<p>Die Kritik eines Sozialdemokraten an den nazifreundlichen Aussagen des AfD-Politikers Bernd Pachal zeigt offenbar Wirkung. Die AfD-Fraktion in Marzahn-Hellersdorf distanzieren sich "ausdrücklich und vollumfänglich" von Pachals Äusserungen in den sozialen Medien, teilte der Vorsitzende Rolf Kessler jetzt mit. "Diese undifferenzierten Aussagen entsetzen uns und waren uns bisher nicht bekannt." Pachal, der in der Vergangenheit auch schon Sympathien für antisemitische Positionen zeigte, hatte in einem Kommentar bei Facebook die "kluge Politik" Reinhard Heydrichs als Statthalter der Nazis in Prag gelobt. "Dieser stellte schon vom ersten Moment an die Weichen richtig", schrieb Pachal. Heydrich sei bei der Bevölkerung "beliebt" gewesen. Ziemlich freundliche Worte über einen Mann, der vor allem als einer der Hauptorganisatoren des Holocaust in die Geschichte eingegangen ist. Diese Äusserungen riefen den SPD-Verordneten Dmitri Geidel auf den Plan. In einer Rede in der BVV Marzahn-Hellersdorf sprach er die AfD-Fraktion Mitte Dezember direkt an und rief sie dazu auf, sich von Pachal loszusagen. Die Verordneten sollten sich von "Hitler-Nostalgikern" nicht "in Geiselhaft" nehmen</p>	<p>Der Tagesspiegel, 27.12.2016, S. 13</p>			
	<p>Im Fall Pachal will sich die Marzahner AfD noch etwas Zeit nehmen. "Der Vorfall wird in der Fraktion intensiv aufgearbeitet", teilte der Fraktionsvorstand mit, "wir werden uns auf der BVV-Sitzung im Januar dazu äussern." Die findet am 26. des Monats statt.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 27.12.2016, S. 13</p>			
	<p>Der stellvertretende Vorsitzende der AfD-Fraktion, Bernd Pachal, hatte sich bei Facebook anerkennend über einen führenden Vertreter des Nazi-Regimes geäußert. Pachal lobte dort "die kluge Politik des Reichsprotektors Reinhard Heydrich" in der damaligen Tschechoslowakei. "Dieser stellte schon vom ersten Moment an die Weichen richtig." Heydrich ist als "Schlächter von Prag" in die Geschichte eingegangen, als Chef des Reichssicherheitshauptamtes und Organisator der Wannsee-Konferenz zur "Endlösung der Judenfrage". Doch das alles ficht den Vize-Fraktionschef der AfD nicht an. "Heydrich", schreibt Pachal, "war beliebt." Die Tschechen seien "erst verhalten, später dankbar bis begeistert" gewesen. Die Äusserungen passen ins Bild, das man sich von Pachal bei diversen geschichtlichen Erörterungen machen kann. "Hitler revidierte ein Versailler Unrecht nach dem anderen", resümierte er im Herbst letzten Jahres die 30er Jahre. Nach Wiederbewaffnung, Anschluss Österreichs und der Einverleibung des Sudetenlandes hätten die Nazis beim Angriff auf Polen einfach nur "zu hoch gepokert". Später wollte er auch von "Hitlers Schuld an der Zerstörung Deutschlands" nichts wissen. "Nicht Hitler zerstörte Deutschland, sondern die Alliierten." Von Pachal ist bekannt, dass er 2015 auch schon mal das Fronttransparent bei einer Bärjida-Demo trug. Auch antisemitische Positionen sind Pachal nicht fremd, wie der Tagesspiegel schon kurz nach der Berlin-Wahl berichtete.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 17.12.2016, S. 16</p>			

		<p>Der Sozialdemokrat Geidel will sich nicht länger verströsten lassen. "Ich kann nicht fassen, dass im Jahr 2016 ein Mensch in einem deutschen Kommunalparlament sitzt und öffentlich Nazi-Schlächter lobt", sagte er am Donnerstag im Marzahner Freizeitforum. "Wer in Deutschland lebt, muss sich an unsere Werte halten. Und Ablehnung des ganzen Nazidrecks steht da ganz oben." Geidel wandte sich auch direkt an den Fraktionsvize, der in der ersten Reihe Platz genommen hatte: "Ihre Aussage, Herr Pachal, geht gegen alles, wofür unser Deutschland steht. Sie haben sich als Demokrat absolut disqualifiziert." Er teile nicht die Ansicht, die AfD sei nur "eine NPD mit blauem Anstrich", betonte der SPD-Verordnete. "Ich bin der festen Überzeugung dass die Mehrzahl Ihrer Fraktionsmitglieder aufrechte Demokraten sind, die von diesem Nazi-Gewäsch genau so angewidert sind wie ich", sagte Geidel deshalb in Richtung aller AfD-Vertreter. "Lassen Sie sich von diesen Hitler-Nostalgikern nicht in Geiselhaft nehmen." Geidel verlangte von der Fraktion eine "Null-Toleranz-Politik gegenüber Sympathisanten von Kriegsverbrechern und Massenmördern" und nahm Fraktionschef Kessler beim Wort. "Zeigen Sie uns, dass Sie es ernst meinen mit Ihrem Bekenntnis zur Demokratie und distanzieren Sie sich von Herrn Pachal."</p>	<p>Der Tagesspiegel, 17.12.2016, S. 16</p>			
		<p>Auch die Direktkandidatin aus dem Bezirk Marzahn-Hellersdorf 3, Jessica Biessmann, schlägt auf Facebook einen radikalen Ton an. Auf ihrem Profil forderte sie unter anderem "Mehr Kinder statt Zuwanderung". Als ihr Parteikollege Lutz Urbanczyk im April in einem Beitrag auf ihrem Profil die Todesstrafe für Kinderschänder forderte, klickte sie ebenfalls "Gefällt mir". Die Mutter von drei Kindern hatte schon im Wahlkampf Familienpolitik zu ihrem Thema gemacht. Auf Facebook folgt die 34-Jährige darüber hinaus dem Blog "Einwanderungskritik", der von Felix Menzel verwaltet wird - einer Schlüsselfigur der rechtsextremen Identitären Bewegung in Deutschland. Screenshots mit noch weitaus radikaleren Äußerungen von Biessmann kursieren derzeit auf Facebook. Sie zeigen antisemitische und rechtsextremistische Beiträge, die aber auf dem Profil der künftigen Abgeordneten am Donnerstag nicht mehr zu finden waren.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 23.09.2016, S. 8</p>			
		<p>Neben Biessmann fällt auch Gunnar Lindemann in den sozialen Netzwerken auf. Der Direktkandidat des Bezirks Marzahn-Hellersdorf 1 interessierte sich unter anderem für eine Demonstration der NPD und ist Mitglied der Gruppen "Kameraden vereinigt euch, gemeinsam sind wir stark" oder auch "Verabschiedungskultur", in denen nationalistische und antisemitische Inhalte offen geteilt werden</p>	<p>Der Tagesspiegel, 23.09.2016, S. 8</p>			
		<p>Gunnar Lindemann, der das zweite Direktmandat in Marzahn-Hellersdorf für die AfD gewann, ist weniger scheu und erklärt sich zu einem Gespräch bereit. Wie seine Kollegin Biessmann ist auch Gunnar Lindemann über die Elternvertretung mit Politik in Berührung gekommen, dann kam die Flüchtlingskrise, vor einem Jahr trat er in die AfD ein. Als im Bezirksverband jemand gesucht wurde, der sich im Wahlkreis 1 als Direktkandidat aufstellen lässt, auf aus damaliger Sicht aussichtslosem Posten, meldete er sich als Einziger. Lindemann stand im Wahlkampf wochenlang auf der Straße, holte Parteiprominenz wie Beatrix von Storch an den Stadtrand, noch in der Woche vor der Wahl lief er mit der Sackkarre herum, um 5 000 handgemachte Flyer zu verteilen. Auch er verdrängte einen erfahrenen Politiker der Linkspartei. Nur 300 Stimmen lagen zwischen ihm und seinem Konkurrenten Wolfgang Brauer, der knapp acht Prozent der Stimmen verlor.</p>	<p>Berliner Zeitung, 18.10.2016, S. 3</p>			

		<p>Jetzt macht Lindemann den Kümmerer. In manchem klingt er fast wie die Linkspolitikerin Gabriele Hiller, wenn er zum Beispiel kritisiert, dass ausgerechnet in den Plattenbausiedlungen die Heime für Flüchtlinge gebaut werden, nicht in den Gegenden mit Einfamilienhäusern. Und überhaupt, warum immer am Stadtrand? "Zwischen Reichstag und Bundeskanzleramt wäre auch noch Platz für ein Containerdorf." Der Regen läuft über Lindemanns Gesicht, er redet sich in Fahrt. Warum seien 16 Millionen Euro für ein Flüchtlingsheim da, aber kein Geld für neue Schulfenster? Warum braucht man überhaupt noch so viele Plätze für Flüchtlinge, wenn doch kaum noch jemand kommt - sollte man nicht die Unterkunft in der Wittenberger Straße zum Jugendklub machen? So geht das immer weiter, Schulfenster und Flüchtlingsnot, radikale Islamisten und kaputte Bänke, alles wird eins.</p>	<p>Berliner Zeitung, 18.10.2016, S. 3</p>			
		<p>Lindemann beeilt sich zu sagen, wie sehr er sich freut, dass die NPD im Wahlkreis 3,7 Prozent schlechter als 2011 abgeschnitten habe. Eigentlich, sinniert er, mache die AfD die Arbeit der Beratungsstellen gegen Rechts mit. "Wir holen die Leute kostenlos in demokratische Strukturen zurück." Er lacht und freut sich über seinen Witz. Oder war es gar keiner? Lindemann hat seine Arbeit bei der Bahngesellschaft reduziert und sucht ein Büro. Er würde gerne das Wahlkreisbüro vom Linkspolitiker Brauer übernehmen, der gegen ihn verloren hat. Es befindet sich in einem Ärztehaus, schon dreimal habe er den Vermieter angeschrieben, sagt Lindemann. Doch niemand habe sich zurückgemeldet. Er sagt, ihn beschleiche der Verdacht, dass die ihn nicht wollen. Er fühlt sich diskriminiert. Und dann kommt der Vergleich, den man inzwischen schon kennt von AfD-Politikern, den man aber auch von radikalen Muslimen oft hört: "Das ist schon wieder wie in den Dreissigerjahren, als es hiess, kauft nicht bei den Juden." Sagt Gunnar Lindemann, dem in Marzahn-Nord jeder Dritte seine Stimme gegeben hat, der in den kommenden fünf Jahren Anspruch auf Bezüge, Büro und Mitarbeiter hat.</p>	<p>Berliner Zeitung, 18.10.2016, S. 3</p>			
		<p>Viele fühlten sich ohnmächtig, die AfD habe das geschickt ausgenutzt, indem sie die Flüchtlinge zu Sündenböcken aufbaute. Zwei Tage vor der Wahl hat der Direktkandidat, Gunnar Lindemann, eine Postwurfsendung herumgeschickt, lokale Themen ignorierte er. Es heisst oft, die Ausländerfeindlichkeit in Marzahn-Hellersdorf sei hoch, obwohl es kaum Migranten gebe. Doch die Zahl der Migranten schwankt je nach Region sehr. Leben im bürgerlichen Kaulsdorf kaum Einwanderer, hat in Marzahn-Nord jeder Fünfte ausländische Wurzeln, vor allem russische, in Hellersdorf-Nord sogar jeder Dritte. Dort sind in den vergangenen Jahren viele Rumänen und Bulgaren hingezogen.</p>	<p>Berliner Zeitung, 21.09.2016, S. 13</p>			
		<p>Lindemann ist 45 Jahre alt und arbeitet als Personal-Betriebsplaner bei der Bahn. Nach eigenen Angaben engagiert er sich im Bezirkselfernausschuss und im Landesschulbeirat. Auf seiner Facebook-Seite hat er ein Video-Interview veröffentlicht, in dem er über seine Ziele informiert. Demnach will sich Lindemann vor Ort unter anderem für bessere Sitzbänke in den Ahrensfelder Bergen, für Video-Technik in den S-Bahnhöfen und den Erhalt der Jugendverkehrsschule Borkheider Weg einsetzen. Er hat auch Vorschläge zur Finanzierung dieser und anderer Massnahmen: "Wenn man abgelehnte Asylbewerber abschiebt, spart man sehr viel Geld." Und: "Linksextremen Projekten wie der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus müssen Gelder gestrichen werden. Da kommt jede Menge Geld zusammen, dass man sinnvoll für die eigene Bevölkerung einsetzen kann."</p>	<p>Berliner Zeitung, 20.09.2016, S. 4</p>			

		<p>Der zukünftige AfD-Abgeordnete Gunnar Lindemann, der Ende nächster Woche ins Abgeordnetenhaus einzieht, findet kein Büro in seinem Bezirk Marzahn-Hellersdorf. "Leider haben wir feststellen müssen, dass viele Vermieter nicht an demokratisch gewählte AfD-Abgeordnete vermieten möchten", schreibt Lindemann auf der Facebook-Seite des Bezirksverbands. Mehrere Immobilien habe er bereits angefragt, aber keine Antwort bekommen. Von seinem Bürgerbüro hat Lindemann ganz genaue Vorstellungen: "Kein Ladenlokal, nicht Erdgeschoss - wegen der Vandalismusgefahr", sagt er. Besonders interessiert war er an einem Büro im Vitahaus, einem Gewerbehaus mit Ärztezentrum, in der Marzahner Havemannstraße. Simone Maurer von der Hausverwaltung erklärt: "Wir haben Herrn Lindemann bereits vor drei Wochen per E-Mail mitgeteilt, dass wir Umbauarbeiten haben und deshalb keine Räumlichkeiten zur Verfügung stehen."</p>	<p>Der Tagesspiegel, 18.10.2016, S. 16</p>			
		<p>Am stärksten schnitt sie in Marzahn-Hellersdorf ab, dort wurden die Rechtspopulisten knapp hinter der Linkspartei sogar zweitstärkste Kraft. Somit steht fest: Die AfD regiert jetzt auf kommunaler Ebene mit. In sieben Bezirken ist die Partei sogar so stark, dass sie einen von fünf Stadtratsposten besetzt. Jeanette Auricht hatte mit einem Ergebnis für ihre Partei in Marzahn-Hellersdorf von bis zu 20 Prozent gerechnet. Ihre Erwartungen wurden deutlich übertroffen. Die 46-Jährige ist die AfD-Bezirksvorsitzende in Marzahn-Hellersdorf.</p>	<p>Berliner Zeitung, 19.09.2016, S. 4</p>			
		<p>Die 46-Jährige ist die Bezirksvorsitzende und war Spitzenkandidatin der AfD in Marzahn-Hellersdorf. In dem Bezirk am östlichen Stadtrand haben in den vergangenen Jahren viele Bürger gegen die Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften protestiert. Die Bevölkerung ist sozial verunsichert, sie fühlt sich vernachlässigt, hat Angst vor steigenden Mieten sowie vor Wohnungs- und Hauseinbrüchen in den Siedlungen. Von dieser Stimmung hat die AfD offenbar profitiert. "Politisch sind wir gut aufgestellt. Wir haben zwei bis drei Kandidaten, die als Stadtrat in Frage kommen", sagt Jeanette Auricht.</p>	<p>Berliner Zeitung, 19.09.2016, S. 4</p>			
		<p>Jeanette Auricht, 46, ist seit Mai 2014 Mitglied der Alternative für Deutschland (AfD) und Bezirksvorsitzende in Marzahn-Hellersdorf. Eigentlich habe sie nicht die Absicht gehabt, sich politisch zu engagieren, sagt sie selbst. Sie sei in Mahlsdorf geboren, habe Marzahn-Hellersdorf entstehen und wachsen sehen und wolle nicht, dass der Bezirk zu einem zweiten Neukölln werde. Die Forderungen im AfD-Programm für den Bezirk unterscheiden sich kaum von denen anderer Parteien: mehr bezahlbarer Wohnraum, mehr Kindergärten und Schulen. Bei allem Bedarf an neuen Wohnungen müssten Erholungsgebiete und historische Bauwerke erhalten bleiben und dürften nicht unansehnlichen Massenviertel zum Opfer fallen. Gegen die wachsende Kriminalität werde mehr Polizei gebraucht.</p>	<p>Berliner Zeitung, 01.09.2016, S. 10</p>			
		<p>Die Gewinnerin, Jessica Biessmann, hat Gabriele Hiller noch nie gesehen. Wenig ist von ihr bekannt. Auf Flyern warb sie mit dem Slogan: "bürgerlich, sozial, konservativ". Sie ist 34 Jahre alt, hat drei Kinder, gelernte Automobilkauffrau, Elternsprecherin einer Integrierten Sekundarschule in Hellersdorf. Diese dürren Fakten finden sich auf der Seite des Bezirksverbands. Im vergangenen April trat sie in die AfD ein und wurde mit einem Blumenstrauß als tausendstes Mitglied begrüßt. Der Aufstieg Jessica Biessmanns ist ein Beispiel dafür, wie flexibel und offen das deutsche Parteiensystem eigentlich ist, das die AfD gern attackiert. Auf Facebook sieht man Bilder der jungen Politikerin, die wie Hochglanzmodedivas aussehen. In ihren Posts geht es mal um den Mangel an Kita-Plätzen, mal um ein Burka-Verbot, das sie mit einem Bild des Bundespräsidenten in Vollverschleierung illustriert. Man würde sich gern mit ihr darüber unterhalten, wie sie konkret die Interessen ihrer Wähler vertreten will, aber Anfragen der Berliner Zeitung blieben unbeantwortet. Aus der Partei heisst es, sie habe mit ihrem Sieg nicht gerechnet und sei überfordert.</p>	<p>Berliner Zeitung, 18.10.2016, S. 3</p>			

		<p>Vor allem muss die AfD entscheiden, wen sie als Stadtrat vorschlägt und welches Ressort sie anstrebt. Kommenden Dienstag will die Fraktion das besprechen. Als möglicher Kandidat gilt Manfred Bittner, 67, ein Routinier. In den 90er Jahren war er für die CDU in Hellersdorf Wirtschaftsstadtrat - und musste sich später vor dem Berliner Landgericht verantworten. Die Staatsanwaltschaft warf ihm im Rahmen der "Hellersdorfer Bauaffäre" Bestechlichkeit bei einer Grundstücksvergabe vor. Tatsächlich gab es mysteriöse Überweisungen in Höhe von 68 000 Euro auf das Konto der Familie Bittner. Nachgewiesen wurde ihm nichts. Das Gericht urteilte: "Die Vorwürfe haben sich nicht mit der zur Verurteilung erforderlichen Sicherheit bestätigt." Die Zahlung auf Bittners Konto bleibe aber "merkwürdig". Aus den anderen Fraktionen heisst es, Bittner könne gar nicht Stadtrat werden, er sei rein formal zu alt. Bittner sagt, er würde eine Ablehnung anfechten. Rolf Kessler sagt leise, Bittner sei ein guter Demokrat.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 07.10.2016, S. 3</p>			
		<p>Unterstützung für Luckes "Weckruf", mit dem er die rechtspopulistische Entwicklung der AfD bremsen wollte, hat es laut Frömming nur im Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf gegeben. Doch inzwischen sind auch die dortigen AfDler offenbar umgeschwenkt. Auf ihrer Internetseite erklären sie: "Der mehrheitliche Wunsch der Mitglieder, endlich den internen Streit durch einen Richtungsentscheid zu beenden, wurde erfüllt und die AfD hat wieder zu sich selbst gefunden.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 13.07.2015, S. 10</p>			
		<p>Vorige Woche war ein Teil der künftigen AfD-Fraktion im Freizeitforum Marzahn zu Gast, bei der letzten BVV-Sitzung der endenden Wahlperiode. Ein Abgeordneter machte ein Foto im Saal, prompt beschwerten sich im Internet Anhänger, dass hinter dem Rednerpult die EU-Flagge hänge - was habe die da zu suchen? Kessler, der Fraktionschef, sagt: "Wegen mir kann die Flagge bleiben." Aber es sei möglich, dass es da in seiner Partei unterschiedliche Ansichten gebe. Eine weitere Frage wird sein, wie die anderen Parteien mit der AfD umgehen werden. Fraktionsübergreifende Absprachen gebe es dazu noch nicht, heisst es. Bloss sei klar, dass man die Rechtspopulisten nicht so leicht ignorieren könne wie früher die NPD.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 07.10.2016, S. 3</p>			
	<p>Linkspartei bei Wahlen in MH</p>	<p>Gerichtet aber sind solche Opfergeschichten an ein anderes Publikum, das weiter draussen wohnt. Schon bei früheren Wahlen waren Gegenden wie Marzahn, Lichtenberg und Köpenick AfD-Hochburgen. Zu kurz aber griffe es, das als eine neue Ost-West-Spaltung zu interpretieren. Die gibt es zwar immer noch, und sie wird auch dadurch nicht geringer, dass die AfD tief in einstige Linke-Stammwählerschichten eindringen kann. Zumindest Teile davon sind anfällig für islamfeindliches Getöse, für Antiamerikanismus und Sozialpopulismus - und bisher hat die Linkspartei kein Mittel dagegen gefunden. Aber viel mehr noch wäre ein potenzieller AfD-Erfolg Ausdruck einer zweiten Spaltung der Stadt: einer in Zentrum und Peripherie.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 13.05.2016, S. 1</p>	<p>(Stadt-)Politik; Anwohner</p>	<p>Spaltung [Zentrum/Peripherie]; Spaltung (Ost/West); Spaltung (links/rechts); Benachteiligung; Linkspopulismus</p>	<p>Negative Wirkung: Linkspartei als bislang dominierende Kraft in MH verliert deutlich an die AfD; Verlust des "Protestparteien-Status".</p>
		<p>Viele Sympathisanten der AfD stünden zwischen diesen Gruppen, glaubt Hiller: Sie haben Jobs, aber kaum genug Geld zum Leben. Frauen, die als Friseurinnen arbeiteten, zum Beispiel. "Die stehen zwölf Stunden pro Tag im Laden und können sich trotzdem nur zwei Wochen Urlaub im Jahr leisten." Es sind Menschen, zu denen die Linke den Kontakt verloren hat. Stattdessen gewann die sogenannte Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf Zulauf mit ihrem Protest gegen Flüchtlingsunterkünfte. Auch die AfD hat beste Chancen, die in so vielen Fragen für das Gegenteil der Politik der Linken steht: gegen die Unterstützung Alleinerziehender, für niedrigere Sozialleistungen. "Wir müssen hier sein, wir müssen den Leuten sagen, was sie erwartet", sagt Gabriele Hiller. Dringt sie nicht durch, dann könnte das rote Hellersdorf blau werden.</p>	<p>Berliner Zeitung, 02.04.2016, S. 11</p>			

		<p>Marzahn-Hellersdorf ist für die Linke zusammen mit Lichtenberg eine unverzichtbare Hochburg im kommenden Wahlkampf. Hier ist sie Volkspartei mit einem Potenzial von über 30 Prozent. Hier kann sie die bescheidenen Ergebnisse in den West-Bezirken kompensieren. Hier entscheidet sich massgeblich, ob sie am nächsten Senat beteiligt ist. Und ob sie ihre Hausmacht in den Bezirksparlamenten verteidigen kann. Doch ausgerechnet in den Stammbezirken wird der Wahlkampf für die Linke schwerer als je zuvor, und der Grund dafür ist ein Phantom: die Alternative für Deutschland (AfD), deren Bezirksverbände teilweise noch nicht mal einen Vorstand haben, die aber laut Umfragen mit dem Einzug ins Abgeordnetenhaus rechnen kann.</p>	<p>Berliner Zeitung, 25.09.2016, S. 13</p>			
		<p>Dabei war Wahlkreis 3 mal eine Hochburg der Partei. Als Hiller hier 2001 zum ersten Mal antrat, holte sie 57 Prozent der Stimmen. 2011 verteidigte sie ihr Mandat knapp mit 33 Prozent. Im September tritt sie zum dritten Mal an. Es wird ihre schwerste Wahl: Bekommt sie nicht die meisten Erststimmen, ist sie raus aus dem Abgeordnetenhaus, einen Listenplatz hat sie nicht. Es gibt eine neue Herausforderin: die AfD.</p>	<p>Berliner Zeitung, 02.04.2016, S. 11</p>			
		<p>Als kleiner, roter Osten, in dem man relativ ruhig und unbehelligt von den Zumutungen der Gegenwart leben konnte. Jahrelang haben die Leute die Linkspartei gewählt, wenn sie ihre Unzufriedenheit mit "denen da oben" ausdrücken wollten. Dass hier die AfD so gut wie sonst nirgendwo in Berlin abgeschnitten hat, mit 23,6 Prozent der Zweitstimmen, zwei Direktmandaten und einer grossen Bezirksfraktion, hat nicht nur Gabriele Hiller tief erschüttert.</p>	<p>Berliner Zeitung, 18.10.2016, S. 3</p>			
		<p>Der Linken droht, eine wichtige Gruppe verloren zu gehen: die Protestwähler im Osten. Dagmar Pohle weiss das. Die Sozialstadträtin in Marzahn-Hellersdorf will ihr altes Amt zurück, das sie bis 2011 innehatte: Auf der Bezirksliste der Linken steht sie auf dem ersten Platz und kämpft dafür, Stefan Komoss (SPD) als Bezirksbürgermeister zu verdrängen. Dass sie dabei nicht als Kandidatin des Anti-Establishments antreten kann, ist ihr bewusst. "Die Linke ist für viele Menschen längst eine etablierte Partei", sagt Pohle. Die Stadträtin verkörpert diese Etablierung der Linken als pragmatische, realpolitische Kraft. Ihre Partei müsse Verantwortung übernehmen und dürfe damit nicht warten, bis die Welt ein perfekter Ort ist, sagt Pohle. 2011 wurde die Linke für diesen Kurs abgestraft, auch in Marzahn.</p>	<p>Berliner Zeitung, 25.02.2016, S. 13</p>			
		<p>Mag sich die politische Landschaft dramatisch verändern, die Marzahn-Hellersdorfer Linke bleibt sich treu. "Es ist nicht falsch, auf Bewährtes zu setzen", sagt der Bezirksvorsitzende Norbert Seichter dazu.</p>	<p>Berliner Zeitung, 25.02.2016, S. 13</p>			
		<p>Die Linken-Politikerin Dagmar Pohle war bereits von 2006 bis 2011 Bezirksbürgermeisterin. Als stärkste Fraktion in der BVV hat die Linke bereits zu Gesprächen eingeladen. Und auch hier wird es, wie in den anderen Bezirken, unter anderem um den Umgang mit der AfD gehen. "Die Situation ist dramatisch", sagt Komoss.</p>	<p>Berliner Zeitung, 20.09.2016, S. 3</p>			
		<p>"Wir werden von einem Teil der Bewohner als Teil der Herrschenden wahrgenommen - und entsprechend abgestraft", beendet sie ihre Analyse. Gabriele Hillers Eintrag wurde auf Facebook heftig diskutiert. Ein Parteifreund schrieb, man müsse sich wieder mehr um die Arbeiterschaft kümmern. Klassische Arbeiter? Die gebe es doch hier kaum noch, sagt die scheidende Abgeordnete.</p>	<p>Berliner Zeitung, 18.10.2016, S. 3</p>			

		<p>Die Linke musste sich in den vergangenen fünf Jahren ohnehin erst in ihre neue Rolle als Oppositionspartei hineinfinden. Zwar weiter stärkste Kraft im Bezirk, hatten sich SPD und CDU verbündet und Stefan Komoss (SPD) zum Bürgermeister gewählt, die Linke wurde in einer ihrer Hochburgen ausgebremst. "Es gab keinen Dialog zwischen den fest gefügten Fronten", sagt Dagmar Pohle (Linke), die den Bürgermeisterposten für ihre Partei jetzt zurückerobern will. Dem Rathauschef lastet sie an, dass er sein Versprechen nicht eingelöst hat, den Bezirk schuldenfrei zu machen - 9 Millionen Euro von einst 21 Millionen Euro Schulden sind noch übrig. Komoss hält dagegen, man habe viel Geld in die Schulen gesteckt. Investieren und Schulden tilgen, nennt er den Spagat.</p>	<p>Berliner Zeitung, 01.09.2016, S. 10</p>			
NPD-Verhältnisse in MH		<p>Der Bezeichnung NPD-Hochburg beziehe sich nur auf die beiden Standorte in Hellersdorf. Für diese müsste der Senat in enger Abstimmung mit dem Bezirk über Sicherheitsfragen und die Kommunikation mit den Anwohnern "intensiv diskutieren" - oder eben nach alternativen Standorten im Bezirk suchen. Der Sprecher des Grünen-Kreisverbandes in Marzahn-Hellersdorf, Stefan Ziller, sagte, der Begriff NPD-Hochburg sei "sachlich falsch", weil es in anderen Berliner Kiezen mehr NPD-Wähler gebe als in Hellersdorf. Die NPD spiele in den Debatten im Bezirk auch keine entscheidende Rolle.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 02.03.2016, S. 7</p>	(Stadt-)Politik; Anwohner	Benachteiligung; Fremdenfeindlichkeit; Stigmatisierung	<p>Negative Wirkung: Sowohl mit NPD als auch mit AFD-Ergebnissen sowie Debatten um "Hochburg"-Begrifflichkeiten unterstreichen Rassismusregime, zeigen aber auch Gefühl der Benachteiligung und Stigmatisierung auf.</p>
		<p>Die AfD hat mit ihrem Erfolg offenbar auch das Debakel der rechtsextremen Konkurrenz bewirkt. NPD und Pro Deutschland blieben unter einem Prozent und bekommen keine staatliche Wahlkampfkosten-Erstattung. Vermutlich hat die NPD auch ihre sechs BVV-Sitze in Lichtenberg, Treptow-Köpenick und Marzahn-Hellersdorf eingebüsst.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 19.09.2016, S. 10</p>			
		<p>Grüne und NPD sind mit jeweils knapp vier Prozent zwei gleich starke Splitterparteien im Bezirk. Anders als in anderen Bezirken konnte die Neonazitruppe offenbar von ihrer Hetzkampagne gegen das Hellersdorfer Asylbewerberheim profitieren. Landesweit spielt die NPD im Wahlergebnis erwartungsgemäss nur eine marginale Rolle: 1,5 Prozent. Im Umfeld des Hellersdorfer Asylbewerberwohnheims in der Carola-Neher-straße, das wiederholt Ziel von Protestaktionen der extremen Rechten war, konnte sie sich aber als vierstärkste politische Kraft positionieren. Genau 913 Stimmzettel wurden im Wahllokal 601 in der Maxi-Wander-straße abgegeben, das wenige 100 Meter von der nun als Flüchtlingsheim genutzten früheren Schule liegt. Insgesamt 93 Zweitstimmen, also 10,2 Prozent, gingen an die NPD. Im Wahlkreis Marzahn-Hellersdorf erreichten die Rechten um 4 Prozent.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 23.09.2013, S. 10</p>			
		<p>"Einige wählen bestimmt die NPD aus Protest, wie das alles gelaufen ist", kommentierte ein Anwohner am Wahltag. Die Entscheidung, aus der alten Schule ein Flüchtlingsheim zu machen, hatte viele Anwohner überrumpelt. Die NPD und andere rechte Parteien mischten sich unter die Unzufriedenen, bestimmten zeitweise das Meinungsklima. Viele Menschen im Kiez haben Bedenken. Manche wegen der Flüchtlinge, viele aber auch, weil sich die rechte Szene in Hellersdorf ausbreitet. Und zwei Vorfälle aus der Nacht zu Sonntag scheinen die Befürchtungen zu bestätigen.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 23.09.2013, S. 11</p>			
		<p>Auf der Facebook-Seite der NPD Berlin-Lichtenberg wird für die Demo mobilisiert: "Kommt alle am 22. November nach Marzahn", heisst es. "Gegen die Willkür des Systems" gelte es "gemeinsam mit den Bürgern Marzahns zu demonstrieren". In dem sozialen Netzwerk wird auch für die "Montagsdemo" getrommelt. Motto: "Gemeinsam gegen Asylmissbrauch".</p>	<p>Der Tagesspiegel, 20.11.2014, S. 1</p>			

		<p>Die NPD in Berlin schien am Ende. Nun, kurz vor der Bundestagswahl, ist die Partei wieder im Gespräch. In den vergangenen Tagen und Nächten hat sie Senatoren, Antifa-Gruppen, Flüchtlinge und die Polizei beschäftigt. Ihr Dauerprotest gegen das Flüchtlingsheim in Hellersdorf hat die Rechtsextremen in die Öffentlichkeit katapultiert. "Und wir bleiben dran", sagt der NPD-Landeschef Sebastian Schmidtke.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 29.08.2013, S. 7</p>			
		<p>Rechtsradikale hoffen auf wütende Bürger, die sich um Sicherheit, Eigentum und Ruhe sorgen. Das gelang aber schon 2011 zur Abgeordnetenhauswahl nur bedingt: 2,1 Prozent bekam die NPD. Und in Hellersdorf, wo Anwohner sagten, dass sie für ihre Kinder gern selbst Kita-Plätze hätten, bevor sie Neuankömmlinge willkommen heißen, haben sich nur wenige den NPD-Kundgebungen angeschlossen.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 29.08.2013, S. 7</p>			
		<p>Die NPD hat für Mittwoch fünf jeweils einstündige Kundgebungen in Marzahn und Hellersdorf angemeldet, darunter vor dem im August eröffneten Asylbewerberheim. Wie es im Präsidium heisst, soll diese Kundgebung verboten oder an einen anderen Ort verlegt werden, da Auseinandersetzungen befürchtet werden.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 10.09.2013, 8</p>			
		<p>Das Thema Asyl eint die Szene, NPD-Leute, die Splitterpartei "Die Rechte", freie Kameradschaften und Hooligans. Ihr gemeinsames Ziel: Anschluss finden an die verunsicherten Bürger, ob in Marzahn, Buch oder Köpenick.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 22.11.2014, S. 3</p>			
		<p>Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf ist bekannt als Hochburg der Rechten. Bei der vergangenen Bundestagswahl erzielte die NPD im Wahlkreis Marzahn-Hellersdorf 3,9 Prozent der Stimmen, ihr bestes Ergebnis in ganz Berlin und fast eine Verdopplung im Vergleich zum Vorjahr. Im Wahlbezirk 617, in dem das Hellersdorfer Asylbewerberheim liegt und wo die Partei noch am Wahltag protestierte, erhielt die NPD sogar 11,9 Prozent der Erststimmen und 10,4 Prozent der Zweitstimmen. Das ist der Bodensatz, der bei den Protesten gegen Flüchtlingsheime mitläuft, oder wie Carl Chung vom Mobilien Beratungsteam es nennt: Menschen mit Affinität zur rechten Szene. "Jetzt!", sagt er, "geht die Szene zur Mobilisierung über."</p>	<p>Der Tagesspiegel, 22.11.2014, S. 3</p>			
		<p>Die Bestürzung in Marzahn-Hellersdorf ist gross. Denn dort erzielte die rechtsextremistische NPD mit 3,9 Prozent der Stimmen nicht nur ihr bestes Ergebnis in Berlin, sondern auch traurige Rekorde in einzelnen Wahllokalen. Im Wahlbezirk 601 kam sie bei den Zweitstimmen auf 10,4 Prozent, bei zwei weiteren auf 9,1 und 7,1 Prozent. Die Stimmbezirke haben eine Gemeinsamkeit: Alle liegen sie rund um das im August eröffnete Flüchtlingsheim an der Carola-Neher-straße in Hellersdorf. Dagegen hatte die NPD bereits seit Ende Juni Stimmung gemacht, nicht nur durch eine von ihr initiierte vorgebliche Bürgerinitiative auf Facebook, sondern auch durch mehrere Aufmärsche. Noch am Sonnabend-nachmittag hetzte NPD-Prominenz an der Riesär/Mark-Twain-straße, nur etwa 500 Meter vom Heim entfernt. Björn Tielebein, Fraktionsvorsitzender der Linken im Bezirksparlament, spricht von sieben NPD-Kundgebungen allein in Marzahn-Hellersdorf seit Ende Juli.</p>	<p>Berliner Zeitung, 24.09.2013, S. 16</p>			

		<p>Zwar dürfen alle unter 18 Jahren abstimmen, die meisten Wähler waren laut Statistik der U-18-Organisatoren aber zwischen 12 und 15 Jahre alt. Ähnlich sieht das Ergebnis in fast allen Bezirken aus. Nur in Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick schaffte es die NPD mit 5,32 Prozent beziehungsweise 7,3 Prozent über die Fünf-Prozent-Hürde. "Das Rechtsausen-Spektrum hat dort gut abgeschnitten, wo diese Parteien auch sonst gute Ergebnisse haben", sagt Mathias Wörsching von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR). "Trotzdem ist es Grund zur Beunruhigung, wenn rechte Parteien bei Jugendlichen besser abschneiden als bei echten Wahlen", sagt Wörsching. Eine gewisse Rolle könnten auch die Auseinandersetzungen um Flüchtlinge in Hellersdorf spielen. Grösstenteils sei das Ergebnis aber darauf zurückzuführen, dass in diesen Bezirken bereits ein rechtes Milieu existiere und die Kinder sich etwa an ihren Eltern orientierten.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 18.09.2013, S. 10</p>			
		<p>In Hellersdorf hat der Bezirk vor drei Jahren allerdings auch ein hässliches Gesicht gezeigt. Angeführt von der NPD, die in der BVV zwei Sitze hat, wurde gegen die Einrichtung einer Notunterkunft für Flüchtlinge in der Carola-Neher-straße protestiert. Die Erkenntnis für die etablierten Parteien war bitter: Dass ein nicht geringer Anteil der Bevölkerung wegen der eigenen sozialen Unsicherheit, steigender Mieten und aus Angst vor Einbrüchen den Konsens gegen Rechts nicht mitgetragen hat. Die AfD kann möglicherweise von dieser Stimmung profitieren, ihr werden Wahlergebnisse von 15 bis 20 Prozent zugetraut.</p>	<p>Berliner Zeitung, 01.09.2016, S. 10</p>			
		<p>Sozialsenator Mario Czaja, CDU-Kreisvorsitzender in Marzahn-Hellersdorf, hebt hervor, dass die demokratischen Parteien im Bezirk die Mehrzahl der Stimmen geholt hätten. "Doch der signifikante Anstieg für die NPD in einigen Wahllokalen muss uns aufmerksam machen."</p>	<p>Berliner Zeitung, 24.09.2013, S. 16</p>			

Tabelle B.2. 10: Qualitative Analyse des Diskurszeitraums 2013-2016/Diskurskategorie Wandel

Diskurskategorie: Wandel						
Sub-kategorie I	Sub-kategorie II	Segment	Quelle	Elemente / Akteure	Regime	Wirkung/Verschiebung: Dominanzverhältnisse
Abwärtsspirale	Formen und Ausprägungen sozialen Abstiegs	Gabriele Hiller wird auf der Straße begrüßt, sie wohnt selbst in ihrem Wahlkreis, in einer Plattenbauwohnung im Stadtteil Hellersdorf. Das ist nicht mehr selbstverständlich in einer Zeit, in der viele Besserverdienende wie Beamte, Schullehrer, Ärzte, nach Hellersdorf nur noch zum Arbeiten kommen.	Berliner Zeitung, 18.10.2016, S. 3	(Stadt-)Politik; Anwohner	Benachteiligung; Spaltung [MH]	Berichte über Verwahrlosung und Verfall von öffentlicher Infrastruktur und damit verbundener Wut auf die Finanzierung von Flüchtlingsheimen; steigende Armut; Wegzug Besserverdienender bzw. sich vergrößernde Schere zwischen Armut und bescheidenem Wohlstand.
		Sie habe im Wahlkampf zunehmende Resignation bei den Wählern festgestellt, Armut werde verwaltet, aber nicht bekämpft. Über Jahre seien freie Träger finanziert worden, deren Angebote nicht angenommen würden. Sie rügt, dass ausgerechnet im schwächsten Teil des Bezirks die meisten Flüchtlingsunterkünfte gebaut werden, aber keine Schule, kein Freibad, stattdessen werde viel Geld für die Gartenausstellung IGA ausgegeben, deren Besuch sich viele nicht leisten könnten. "An dieser Stelle ist das Fass zum Überlaufen gekommen", schreibt Hiller.	Berliner Zeitung, 18.10.2016, S. 3			
		Er stapft durch den Regen los, will dem Gast seinen Wahlkreis zeigen. Vor der Ebereschen-Schule, einem Plattenbau, der bessere Zeiten gesehen hat, bleibt er stehen. Sein Sohn ging bis vor dem Wechsel aufs Gymnasium hier zur Schule. Lindemann sass im Elternausschuss. "Hier werden dringend neue Fenster gebraucht, aber es heisst, es ist kein Geld da." Er geht weiter, vorbei an der Jugendverkehrsschule, die der Bezirk schloss und erst wieder öffnete, als er, Lindemann, die Schliessung im Wahlkampf thematisierte, weiter durch die Ahrensfelder Berge, wo Mülleimer und Bänke fehlen, bis hin zur Baustelle der Flüchtlingsunterkunft in der Wittenberger Straße. "Da kamen über Nacht die Bagger, die Anwohner erfuhren aus der Zeitung, was passiert", sagt Lindemann.	Berliner Zeitung, 18.10.2016, S. 3			
		Laut Sozialbericht 2014 sind im Bezirk der Bezug von Hartz IV und die Zahl der Arbeitslosen generell rückläufig, nur im Norden von Hellersdorf, wo die AfD auch die meisten Stimmen bekam, steigt die Armut. In den Grosssiedlungen gibt es viele Probleme, im Norden von Marzahn beträgt die Zahl der Hartz-IV-Empfänger 38 Prozent, im Norden von Hellersdorf 37 Prozent.	Berliner Zeitung, 21.09.2016, S. 13			
		Vernachlässigte Kinder, viele Hartz-IV-Empfänger, Plattenbauten, Ödnis - Marzahn-Hellersdorf hat keinen guten Ruf. Mit den jüngsten Wahlergebnissen dürfte er wohl noch schlechter werden: In einigen Gegenden des Bezirks ist die AfD stärkste Partei bei den Zweitstimmen geworden und hat der Linkspartei mehrere Direktmandate abgejagt, im Norden von Marzahn, im Norden von Hellersdorf.	Berliner Zeitung, 21.09.2016, S. 13			
		Wenn man mit Anwohnern im Marzahner Norden spricht, will keiner die AfD gewählt haben. Worüber aber alle sprechen, ist der Frust, die Perspektivlosigkeit und das Gefühl, vom Boom der Stadt nicht zu profitieren. Da ist der 25-Jährige, der sich über die Verwahrlosung der Schulen und die Aggressivität der Kinder beklagt.	Berliner Zeitung, 21.09.2016, S. 13			
		Da ist der 61-Jährige, der sich darüber aufregt, dass für Flüchtlinge Wohnungen gebaut würden, während im Stadtteil die Schulen verfallen und nicht mal mehr die Gehwege ordentlich geputzt werden.	Berliner Zeitung, 21.09.2016, S. 13			

		Die Gegend habe sich verändert, viele Leute, die sich die gestiegenen Mieten in der Innenstadt nicht mehr leisten können, seien an den Rand gezogen. Inzwischen gebe es kaum Zuzug. "Es gibt nur noch vereinzelt günstige Wohnungen", sagt sie. Durch die steigenden Bevölkerungszahlen sind die nächsten Probleme programmiert, es fehlen Kita- und Schulplätze.	Berliner Zeitung, 21.09.2016, S. 13			
		Armut, Frust, Fehler in der Bezirkspolitik - reicht das, um den immensen Erfolg der AfD zu erklären? Oder ist es so, dass die Ostler empfänglicher für sogenannte einfache Wahrheiten sind? Die Plattenbauten im Marzahner Norden wurden zwischen 1985 und 1987 bezogen, schon damals sei nicht auf soziale Mischung geachtet worden, sagt Wolfgang Brauer, der 17 Jahre lang den Wahlkreis im Abgeordnetenhaus vertrat und ihn jetzt an die AfD verlor. In der Wendezeit engagierten sich viele politisch, doch die Gestaltungsmöglichkeiten endeten mit der schnellen Einigung abrupt, viele verloren ihre Arbeit, fanden sich im neuen Land nicht mehr zurecht. "Bei vielen setzte sich über die Jahre das Gefühl fest, letztlich entscheiden sowieso die da oben, da muss man sich nicht anstrengen, da kann man gleich die Verantwortung abgeben", sagt Quartiersmanager André Isensee, der als Student seine Abschlussarbeit über Beteiligungsmöglichkeiten in Ostdeutschland geschrieben hat. Er spricht von einer "ostdeutschen Enttäuschungsgesellschaft".	Berliner Zeitung, 21.09.2016, S. 13			
		56 Jahre alt ist Hiller, seit 1989 wohnt sie in derselben Wohnung. Plattenbau, Vierraumwohnung - in Hellersdorf. Sie ist eine der wenigen Abgeordneten, die in ihrem Wahlkreis wohnen. Das, glaubt sie, ist ihre Stärke: Sie bekommt zu spüren, was den Kiez bewegt. Rosig ist das Bild nicht, das sie beim Spaziergang entlang der Hellersdorfer Promenade zeichnet. "Die Leben der Menschen driften auseinander", sagt sie. Es gebe eine bürgerliche Klientel mit Arbeit und bescheidenem Wohlstand. Und es gebe Familien, in denen seit zwanzig Jahren niemand gearbeitet hat.	Berliner Zeitung, 02.04.2016, S. 11			
		Was bei den Menschen in der Nachbarschaft hängen bleibt, ist: Uns hat keiner gefragt. Und sie fragen sich: Warum ausgerechnet hier? Asylbewerberheime entstehen nur selten in Gegenden, in denen es den Anwohnern gut geht. Sie entstehen dort, wo grosse Gebäude leer stehen. Wenn eine Schule, die früher mal Zukunft bedeutete, geschlossen wurde, ist das kein schönes Gefühl für die, die täglich an ihr vorbeilaufen. Wenn die Leute glauben, dass ihr Stadtteil abgehängt wird, soziale Einrichtungen schliessen und dann noch "Geld für die da" ausgegeben wird, bleiben Statistiken blass. Menschen, die sich als Verlierer fühlen, attackieren selten "die da oben", die ihnen "eh nicht zuhören". Sie richten ihre Wut auf die, die noch hilfloser sind als sie selbst. Wenn die Debatte richtig laufen soll, muss sie bei diesem Verlierergefühl ansetzen. Denn unter dem Hass liegt die Angst, fremde Menschen könnten Schaden bringen - dass Immobilienpreise sinken, die Mittagsruhe gestört wird. Veränderung hatte in diesen Vierteln bisher selten ein schönes Gesicht. Die Menschen fragen, was sie von der ganzen Situation haben.	Der Tagesspiegel, 21.08.2013, S. 1			
		Ein paar Empörte aus dem Viertel können offensichtlich mit "diesen Linken" nicht viel anfangen. "Nazis sind wir aber nicht, auch wenn das alle Zeitungen schreiben", sagte eine Frau, eigener Auskunft zufolge alleinerziehend. Und dann zählte sie auf, wann welcher Jugendclub und wann welche Sozialeinrichtung im Bezirk schliessen musste.	Der Tagesspiegel, 20.08.2013, S. 8			
		Das Kino Sojus (russisch für Union) am Helene-Weigel-Platz war das erste Kino im neuen Stadtteil Marzahn und wurde 1981 eröffnet. Doch seit knapp zehn Jahren ist es als Folge der Insolvenz der Kinokette Ufa geschlossen.	Berliner Zeitung, 24.08.2016, S. 12			
		Einst war die Anlage für Läden aller Art gedacht, inzwischen aber sind viele Räume leer, genauso wie die frühere Kaufhalle, für die sich offenbar kein Discounter gefunden hat.	Der Tagesspiegel, 02.03.2014, S. 13			

Allgem./pos. Wandel	Formen positiven Wandels	<p>Der Quartiermanager schwärmt von den vielen Angeboten in der Nachbarschaft, dem Trimm-dich-Pfad, der kürzlich eingerichtet wurde, der Umgestaltung des einst trostlosen Barnimplatzes, der Schulsozialarbeit, dem Projekt, der Schulabbrechern bei der Jobsuche hilft. Weitere Projekte sind geplant, dafür bekommt das Quartiersmanagement drei Jahre 270 000 Euro aus dem Förderprogramm Soziale Stadt. Doch was nützen die tollsten Angebote, wenn der Bürger nicht hinget und sich stattdessen zu kurzgekommen fühlt? Isensee gibt zu, dass es schwer sei, die Menschen zu erreichen. "Aktionen, die stattfinden, werden oft gar nicht wahrgenommen."</p>	<p>Berliner Zeitung, 21.09.2016, S. 13</p>	Anwohner; (Stadt-)Politik; Wirtschaft; zivilgesellschaftliche Akteure/Vereine	Neoliberalismus; Innovation; Wohlfühl	<p>Positive Wirkung: MH als zunehmend bunterer Bezirk mit erstarkter Wirtschaft und Zivilgesellschaft.</p>
		<p>"Wir haben mehrere Bewohnerbefragungen gemacht", berichtet Quartiersmanagerin Irina Warkentin. "Die Leute mögen ihr Wohnumfeld schon sehr. Sie finden es gut, dass das Viertel mit dem ÖPNV gut erreichbar ist und dass es so grün ist." Durch die Abrisse entstanden viele Brachen, Freiflächen und Entwicklungsmöglichkeiten. Und der Leerstand sei inzwischen auch weg.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 28.05.2016, S. 3</p>			
		<p>Eine der Lücken hat das Projekt "JUWEL - Jugendliche wollen erfolgreich leben" mit Leben gefüllt. "Helle Oase" heisst der Bürgergarten, wo die Ideen der Einwohner hier umgesetzt wurden: Hochbeete, Boulebahnen, eine Chillecke mit Hängematten und eine selbst gebaute Fläche für den Parcours-Sport. Der Verein Kids & Co hat dafür schon den Deutschen Naturschutzpreis bekommen. Nun ist er als eines von 18 Projekten aus ganz Deutschland für den Preis Soziale Stadt nominiert. "Das ist auch eine Aufgabe von Quartiersmanagern, auf solche Wettbewerbe aufmerksam zu machen oder bei der Antragsstellung für Fördertöpfe zu helfen", sagt Karla Stierle. Stolz sind sie und Irina Warkentin auf das Kinderforschungszentrum Helleum. Dafür wurde sogar ein Neubau geschaffen. Vor- und Grundschulkinder können sich hier naturwissenschaftlich-technisch bilden. Jetzt ist das Haus von Schulklassen ein halbes Jahr im Voraus ausgebucht. Für Eltern und Kinder, die spontan vorbeikommen wollen, gibt es wöchentlich quartiersoffene Angebote.</p>	<p>Der Tagesspiegel, 28.05.2016, S. 3</p>			
		<p>Es ist kaum Zufall, dass das Projekt vor fünf Jahren hier entstand, in der Grosssiedlung Nord-Marzahn, kurz vor der Stadtgrenze nach Ahrensfelde. Marzahn ist mit den Jahren schöner und bunter geworden; das Grau der Plattenbauten um die Havemannstraße, die sich von West nach Ost zieht, ist Pastelltönen gewichen, Zartgelb, Hellrosa, Lichtgrün.</p>	<p>Berliner Zeitung, 11.08.2016, S. 3</p>			
		<p>Auch wirtschaftlich tut sich in Marzahn-Hellersdorf eine Menge. Ja, wir haben eine Arbeitslosigkeit, die weit unter dem Berlin-Durchschnitt liegt. Viele Unternehmen ziehen bewusst nach Marzahn, weil wir noch Fläche zum Wachsen und eine gute Infrastruktur haben.</p>	<p>Berliner Zeitung, 12.05.2014, S. 17</p>			

Alterung	Demographischer Wandel/alternde Bezirksbevölkerung	Wir haben beim Zuzug nach Marzahn-Hellersdorf den Trend festgestellt, dass aus den Umlandgemeinden Berliner zurückkommen, die älter geworden sind, und ihr Haus vielleicht nicht mehr alleine bewohnen können.	Berliner Zeitung, 12.05.2014, S. 17	Anwohner; Wirtschaft; (Stadt-)Politik	Innovation	Weitestgehend positive Wirkung: Einrichtung entsprechender Infrastruktur, um alternde Bevölkerung zu versorgen, z.T. politische Forderungen nach weitreichenderen Maßnahmen.
		Auf dessen Dach sind drei weitere Geschosse mit seniorengerechten Wohnungen für 100 Bewohner sowie eine Dachterrasse vorgesehen.	Berliner Zeitung, 24.08.2016, S. 12			
		Im Gesundheitszentrum praktizieren viele Ärzte - auch ein Pluspunkt für die Bewohner, deren Durchschnittsalter Elke Wiegand auf über 50 schätzt: "Früher schoben hier viele Frauen ihren Kinderwagen, heute ihren Rollator."	Berliner Zeitung, 14.10.2016, S. 16			
		Die Linke kritisiert aber, dass der demografische Wandel nicht berücksichtigt wurde, obwohl die Bevölkerung immer älter werde.	Berliner Zeitung, 01.09.2016, S. 10			
Bevölkerungswachstum	Bevölkerungswachstum im Bezirk	Doch die Zahl der Migranten schwankt je nach Region sehr. Leben im bürgerlichen Kaulsdorf kaum Einwanderer, hat in Marzahn-Nord jeder Fünfte ausländische Wurzeln, vor allem russische, in Hellerdorf-Nord sogar jeder Dritte. Dort sind in den vergangenen Jahren viele Rumänen und Bulgaren hingezogen.	Berliner Zeitung, 21.09.2016, S. 13	Anwohner; (Stadt-)Politik	Benachteiligung; Spaltung [MH]; Wohligefühl	Ambivalente Wirkung: Einerseits Attraktivitätssteigerung und Zuzug junger Familien; andererseits Bevölkerungszuwachs durch sozial schwaches Klientel in bereits belastenden Gebieten; schlechte Versorgungslage mit Schul- und Kitaplätzen.
		Auch in anderen Ost-Bezirken wie Treptow-Köpenick, Marzahn-Hellersdorf und Pankow sowie in Spandau wachsen die Schülerzahlen stetig an. Hier entstehen besonders viele Wohngebiet. Leider hat man etliche Schulgebäude vor Jahren abgerissen, die nun wieder gebraucht würden. Wegen des anhaltend starken Zuzugs hat Berlin die bisherigen Erwartungen deutlich übertroffen.	Berliner Zeitung, 31.05.2016, S. 12			
		Die meisten neuen Kitaplätze werden nach dem neuesten Bedarfsatlas der Bildungsverwaltung in Marzahn-Hellersdorf gebraucht. Hier haben alle Regionen einen steigenden Bedarf an Plätzen - es gibt dabei schon jetzt keine Reserven mehr oder nur geringe Reserven.	Berliner Zeitung, 17.03.2015, S. 14			
		Im Rest der Stadt muss nachgeholfen werden; sonst droht Unterversorgung. Dies gilt insbesondere für Marzahn-Hellersdorf, wo alle Regionen einen hohen bis mittleren Bedarf an neuen Plätzen haben.	Der Tagesspiegel, 17.03.2015, S. 16			
		Wie bei den Kita-Plätzen ist auch hier der zusätzliche Bedarf in Berlin ungleich verteilt. Besonders viele zusätzliche Schulplätze werden in Lichtenberg und in Marzahn-Hellersdorf benötigt, gross ist der Bedarf auch in Treptow-Köpenick und Pankow.	Berliner Zeitung, 27.03.2013, S. 16			
		Wir haben beim Zuzug nach Marzahn-Hellersdorf den Trend festgestellt, dass aus den Umlandgemeinden Berliner zurückkommen, die älter geworden sind, und ihr Haus vielleicht nicht mehr alleine bewohnen können.	Berliner Zeitung, 12.05.2014, S. 17			
		Ausserdem räumte die Bildungsverwaltung ein, dass die Klassen an der Schule im sozialen Brennpunkt unweit des Einkaufszentrums "Helle Mitte" deutlich zu gross gewesen seien. In drei 3. Klassen waren jeweils gut 30 Schüler. Zum neuen Schulhalbjahr werde nun eine vierte 3. Klasse eingerichtet. "Durch den verstärkten Zuzug in unseren Bezirk sind nun oft mehr Kinder in einer Schulklasse", sagte Komoss und räumte gleichzeitig ein, dass die Gemeinschaftsschule im sozial schwierigsten Bereich des Bezirks liegt. Viele Sozialhilfempfänger und Alleinerziehende leben hier. Seit 2011 bietet auch die Arche in dortigen Räumen in der ersten grossen Pause den Schülern geschmierte Brote an.	Berliner Zeitung, 29.01.2016, S. 10			

		Zuletzt kamen neben deutschen Familien viele Russlanddeutsche, Muslime und Vietnamesen. "Letztere sind besonders gut integriert. Sie legen viel Wert darauf, dass ihre Kinder in der Schule zu den Besten gehören."	Berliner Zeitung, 14.10.2016, S. 16			
		Stadtumbau Ost hiess vor ein paar Jahren noch das Zauberwort für die Grosssiedlung, Tausende Wohnungen liess der Senat abreißen. Ebenso 100 Schulen und Kitas. Aus heutiger Sicht Fehler, die der Bezirk nun reparieren muss. Schliesslich wächst Marzahn-Hellersdorf, denn zwischen Hochhäusern und Siedlungen ist es mit Wuhletal und Gärten der Welt sehr grün und für Neu-Berliner attraktiv. 16 000 Bewohner werden laut Prognose in den nächsten Jahren in den Bezirk ziehen. 8 000 neue Wohnungen müssen entstehen, auch Dutzende Schulen und Kitas.	Berliner Zeitung, 01.09.2016, S. 10			
		Deshalb ziehen auch viele junge Familien in den Bezirk. Und das nicht nur in die Einfamilienhaus-Gebiete wie Mahlsdorf oder Biesdorf, sondern auch in die Grosssiedlung.	Berliner Zeitung, 12.05.2014, S. 17			
		Vor wenigen Wochen legte Stadtentwicklungssenator Michäel Müller (SPD) zusammen mit dem britischen Vize-Botschafter Andrew Noble den Grundstein für den Englischen Garten. Und Stadträtin Witt zufolge sank der Leerstand von Wohnungen auf drei Prozent. Auch Forschungsinstitute melden regen Zuzug in die Quartiere. Es tut sich was, im Schatten der zu DDR-Zeiten errichteten Plattensiedlungen - vielleicht wird aus dem Bezirk sogar noch zu einem Gewinner der Gentrifizierung.	Der Tagesspiegel, 06.06.2013, S. 13			
Rechtsruck	Rechtsruck in MH	Als kleiner, roter Osten, in dem man relativ ruhig und unbehelligt von den Zumutungen der Gegenwart leben konnte. Jahrelang haben die Leute die Linkspartei gewählt, wenn sie ihre Unzufriedenheit mit "denen da oben" ausdrücken wollten. Dass hier die AfD so gut wie sonst nirgendwo in Berlin abgeschnitten hat, mit 23,6 Prozent der Zweitstimmen, zwei Direktmandaten und einer grossen Bezirksfraktion, hat nicht nur Gabriele Hiller tief erschüttert.	Berliner Zeitung, 18.10.2016, S. 3	Anwohner; (Stadt-)Politik	Benachteiligung; Fremdenfeindlichkeit	Negative Wirkung: Wahlergebnisse und rechtsradikal motivierte Vorfälle in Kombination mit Hoffnungslosigkeit schüren Regime des Rechtsextremismus und der Benachteiligung.
		Dabei war Wahlkreis 3 mal eine Hochburg der Partei. Als Hiller hier 2001 zum ersten Mal antrat, holte sie 57 Prozent der Stimmen. 2011 verteidigte sie ihr Mandat knapp mit 33 Prozent. Im September tritt sie zum dritten Mal an. Es wird ihre schwerste Wahl: Bekommt sie nicht die meisten Erststimmen, ist sie raus aus dem Abgeordnetenhaus, einen Listenplatz hat sie nicht. Es gibt eine neue Herausforderin: die AfD.	Berliner Zeitung, 02.04.2016, S. 11			
		Vernachlässigte Kinder, viele Hartz-IV-Empfänger, Plattenbauten, Ödnis - Marzahn-Hellersdorf hat keinen guten Ruf. Mit den jüngsten Wahlergebnissen dürfte er wohl noch schlechter werden: In einigen Gegenden des Bezirks ist die AfD stärkste Partei bei den Zweitstimmen geworden und hat der Linkspartei mehrere Direktmandate abgejagt, im Norden von Marzahn, im Norden von Hellersdorf.	Berliner Zeitung, 21.09.2016, S. 13			
		Dass seine Partei in Marzahn-Hellersdorf ihre besten Ergebnisse einfuhr, überrascht Kessler nicht. Das sei schon bei der Europawahl so gewesen, und auch bei der Bundestagswahl 2013, als die AfD knapp an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte. An Marzahn-Hellersdorf lag das nicht, sagt er. Da holten sie 6,4 Prozent. Die Erfolge der AfD erklären sich Freunde wie Feinde ähnlich. Grob lässt sich der Bezirk in zwei Teile gliedern: Die sogenannten Siedlungsgebiete im Süden mit ihren Einfamilienhäusern, hier wohnen der Mittelstand und auch Besserverdienende, hier war die AfD bereits erfolgreich, als sie unter Bernd Lucke noch als eurokritische Professorenpartei galt. Auf der anderen Seite die Plattenbausiedlungen im Norden. Mit hoher Arbeitslosigkeit, niedrigem Durchschnittseinkommen und Bildungsstand, vielen Abgehängten, Enttäuschten und Hoffnungslosen, einer Menge Nichtwählern, auch mit vielen Russlanddeutschen. Hier ist die AfD erfolgreich, seit sie als Anti-Flüchtlingspartei wahrgenommen wird.	Der Tagesspiegel, 07.10.2016, S. 3			

	<p>Doch es gibt auch Stimmen, die Erklärungen haben für die Wut der Deutschrussen, die sich gegen die angeblich untätige Polizei, aber vor allem gegen die Flüchtlinge richtete. "In Zeiten, wo so viele Illegale kommen, entwickelt sich Hass", sagt ein Mann. Ein anderer sagt: "Das waren normale Leute, die demonstriert haben. Auch mein Vater war dabei." Sergej Hunke, CDU-Bezirksverordneter in Marzahn-Hellersdorf, berichtet, wie erschrocken er über "die Tiefe des Grabens" sei.</p>	Berliner Zeitung, 11.02.2016, S. 13			
	<p>Was bei den Menschen in der Nachbarschaft hängen bleibt, ist: Uns hat keiner gefragt. Und sie fragen sich: Warum ausgerechnet hier? Asylbewerberheime entstehen nur selten in Gegenden, in denen es den Anwohnern gut geht. Sie entstehen dort, wo grosse Gebäude leer stehen. Wenn eine Schule, die früher mal Zukunft bedeutete, geschlossen wurde, ist das kein schönes Gefühl für die, die täglich an ihr vorbeilaufen. Wenn die Leute glauben, dass ihr Stadtteil abgehängt wird, soziale Einrichtungen schliessen und dann noch "Geld für die da" ausgegeben wird, bleiben Statistiken blass. Menschen, die sich als Verlierer fühlen, attackieren selten "die da oben", die ihnen "eh nicht zuhören". Sie richten ihre Wut auf die, die noch hilfloser sind als sie selbst. Wenn die Debatte richtig laufen soll, muss sie bei diesem Verlierergefühl ansetzen. Denn unter dem Hass liegt die Angst, fremde Menschen könnten Schaden bringen - dass Immobilienpreise sinken, die Mittagsruhe gestört wird. Veränderung hatte in diesen Vierteln bisher selten ein schönes Gesicht. Die Menschen fragen, was sie von der ganzen Situation haben.</p>	Der Tagesspiegel, 21.08.2013, S. 1			
	<p>Vor einigen Tagen habe sie sich mal wieder richtig gefreut, sagt Gabriele Hiller. Da kam eine junge Mutter zu ihr in die Bürgersprechstunde und wollte Flyer von der Linkspartei. Es waren eigentlich zwei Gründe zur Freude. Erstens kam überhaupt jemand in die Sprechstunde der Abgeordneten der Linkspartei und einzigen Parlamentarierin aus Hellersdorf. Zweitens interessierte sich die Besucherin tatsächlich für die Linke. "Die hat sich aufgeregt über die vielen rechten Flugblätter in ihrem Briefkasten, jetzt wollte sie ihren Nachbarn was von uns einwerfen." Solche Unterstützung ist selten geworden in Hellersdorf</p>	Berliner Zeitung, 02.04.2016, S. 11			
	<p>Bei der vergangenen Bundestagswahl erzielte die NPD im Wahlkreis Marzahn-Hellersdorf 3,9 Prozent der Stimmen, ihr bestes Ergebnis in ganz Berlin und fast eine Verdopplung im Vergleich zum Vorjahr.</p>	Der Tagesspiegel, 22.11.2014, S. 3			
	<p>Die Bestürzung in Marzahn-Hellersdorf ist gross. Denn dort erzielte die rechtsextremistische NPD mit 3,9 Prozent der Stimmen nicht nur ihr bestes Ergebnis in Berlin, sondern auch traurige Rekorde in einzelnen Wahllokalen. Im Wahlbezirk 601 kam sie bei den Zweitstimmen auf 10,4 Prozent, bei zwei weiteren auf 9,1 und 7,1 Prozent.</p>	Berliner Zeitung, 24.09.2013, S. 16			
	<p>Tielebein sagt, dass bei etlichen Anwohnern die rechten Parolen verfangen haben: "Es gibt Rassismus, das ist nicht zu leugnen." Da müsse man gegenhalten, die Menschen gewinnen, auch durch gemeinsame Aktionen im Viertel. Stefan Ziller, der als Direktkandidat für die Grünen im Wahlkreis antrat, sagt, er glaube nicht, dass die meisten, die dort NPD gewählt haben, militante Rechtsextremisten seien. "Es ist auch ein Protest gegen die bisherige Politik, der sich an der Ablehnung des Heims festgemacht hat." Denn im Kiez gebe es viel Hoffnungslosigkeit - die zahllosen leerstehenden Geschäfte im Boulevard Kastanienallee zeugten davon.</p>	Berliner Zeitung, 24.09.2013, S. 16			

	Ricardo Schneider war nie in einer rechten Gruppe, er gehört keiner Kameradschaft an. Doch am Sonntag will er die NPD wählen. Er kennt das Programm nicht, doch er weiss, dass die Partei gegen das Heim ist. Er hat den Eindruck, dass die NPD am ehesten seine Ängste versteht. Er ist sich nicht bewusst, dass er mit seinen Sympathien als Rechter wahrgenommen werden könnte. Darauf angesprochen, wird er defensiv: "Das ist meine persönliche Meinung, darauf habe ich ein Recht." Für Schneider ist die NPD eine ganz normale Partei.	Berliner Zeitung, 21.09.2013, MAG, S. VP 1			
	In Hellersdorf hat der Bezirk vor drei Jahren allerdings auch ein hässliches Gesicht gezeigt. Angeführt von der NPD, die in der BVV zwei Sitze hat, wurde gegen die Einrichtung einer Notunterkunft für Flüchtlinge in der Carola-Neher-straße protestiert. Die Erkenntnis für die etablierten Parteien war bitter: Dass ein nicht geringer Anteil der Bevölkerung wegen der eigenen sozialen Unsicherheit, steigender Mieten und aus Angst vor Einbrüchen den Konsens gegen Rechts nicht mitgetragen hat.	Berliner Zeitung, 01.09.2016, S. 10			
	Im Bezirk Marzahn-Hellersdorf ist die Zahl der rechtsextremen Vorfälle im vergangenen Jahr deutlich angestiegen. Insgesamt 298 Vorfälle, zu denen Straftaten aber auch Pöbeleien und Demonstrationen zählen, hat die bezirkliche Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung erfasst. Das ist ein Anstieg um mehr als das Dreifache im Vergleich zum Jahr davor. 2014 wurden lediglich 83 Vorfälle registriert. Das geht aus dem Jahresbericht des Sozialpädagogischen Instituts Berlin (SPI) hervor, der am Freitag vorgestellt wurde.	Berliner Zeitung, 05.03.2016, S. 13			
	Am stärksten ist Marzahn-Hellersdorf von dieser Entwicklung betroffen, dort verdreifachten sich die Vorfälle im Vergleich zu 2014, besonders wegen der Demos gegen Flüchtlingsheime, die von NPD-Mitgliedern gesteuert wurden. Seit den ersten "Nein zum Heim"-Demos 2013 versucht die NPD, unter dem Deckmantel von Bürgerinitiativen zu mobilisieren. 2015 wurden 298 rechtsextremistische Vorfälle in Marzahn-Hellersdorf registriert, darunter 72 tätliche Angriffe, 48 Bedrohungen oder Pöbeleien und 83 "Veranstaltungen", also Demos oder Mahnwachen. Die meisten Vorfälle hatten einen rassistischen Hintergrund, der örtliche Schwerpunkt war Marzahn-Mitte.	Der Tagesspiegel, 08.03.2016, S. 7			
	"Im vergangenen Jahr kam es zu einer Radikalisierung und Militarisierung der rechtsextremen Szene in Marzahn-Hellersdorf", sagt Koordinator Raiko Hannemann vom SPI. Vor allem die Zahl der Veranstaltungen und Demonstrationen etwa vor geplanten Flüchtlingsunterkünften sowie die Zahl der Angriffe auf Personen und Einrichtungen seien sehr stark gestiegen (siehe Grafik). Zugleich, betonte Hannemann, sei die Unterstützung der Bevölkerung für die Geflüchteten in den Unterkünften angewachsen. Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf gilt seit dem Jahr 2013 als eine Hochburg rechtsextremer Aktivitäten. Damals wurde eine der ersten Flüchtlings- und Asylunterkünfte in der Stadt in der Carola-Neherstraße in Betrieb genommen. Insbesondere die NPD demonstrierte damals gegen die Unterkunft. Unter dem Slogan "Nein zum Heim" konzentrierte die rechtsextreme Szene ihre Aktivitäten diesen Ort.	Berliner Zeitung, 05.03.2016, S. 13			
	Dass sich die rechte Szene 2015 radikalisiert hat, belegen mehrere Vorfälle.	Berliner Zeitung, 05.03.2016, S. 13			
	Die hohe Zahl von Angriffen sei Beleg für die "zunehmende Enthemmung im rechtsextremistischen Milieu", heisst es in der Studie. So stieg die Zahl der Angriffe von 20 im Jahr 2014 auf 72. Der Bezirk belegt damit einen Spitzenplatz in Berlin.	Berliner Zeitung, 05.03.2016, S. 13			

Tabelle B.2. 11: Theorieorientiertes Kodierschema zur Diskurskategorie Infrastruktur & Wirtschaft 2008-2012/Gesundheitsversorgung

Diskurskategorie	Infrastruktur & Wirtschaft
Subkategorie I	Gesundheitsversorgung
Subkategorie II	Ärztmangel/Abwanderung von Ärzten
Elemente & Akteure	(Stadt-)Politik; (Gesundheits-)Wirtschaft; Bevölkerung
Verlaufsmuster	Neg. Wandel: Abwanderung von Ärzten in andere Bezirke
Wirkung	Unzureichende Gesundheitsversorgung der Bevölkerung
Maßnahmen	Forderungen seitens Bezirkspolitik, z.T. Gegensteuern durch (Aus-)Bau von Krankenhäusern
Wer	
Wer bestimmt, was für das System wünschenswert ist?	(Stadt-)Politik
Wessen Resilienz wird priorisiert?	Ärzte ggü. Bevölkerung
Wer wird im urbanen System inkludiert/exkludiert?	MH-Bevölkerung droht, aus Teilhabe an gesamtstädtischer Gesundheitsversorgung zunehmend ausgeschlossen zu werden
Was	
Welchen Störungen gegenüber sollte das urbane System resilient sein?	Gegenüber dem Ärztemangel
Welche Netzwerke/Sektoren sind im urbanen System inkludiert?	Gesundheitssektor
Liegt der Fokus auf allgemeiner oder spezifischer Resilienz?	Spezifisch
Wann	
Liegt der Fokus auf schnell oder langsam einsetzenden Störungen?	Langsam
Liegt der Fokus auf kurz- oder langfristiger Resilienz?	Sowohl als auch
Liegt der Fokus auf der Resilienz aktueller oder zukünftiger Generationen?	Beides
Wo	
Wo sind die räumlichen Grenzen des urbanen Systems?	Bezirksgrenze, Ost-West
Wird die Resilienz bestimmter Gegenden gegenüber der anderer priorisiert?	Andere Bezirke profitieren von der Abwanderung, jedoch nicht aufgrund einer Priorisierung der Bezirke durch die Politik, sondern durch die Rechte/den Profit der Ärzte
Beeinflusst die Resilienzbildung in bestimmten Gegenden die in anderen Gegenden?	Ja
Warum	
Was ist das Ziel in der Bildung der urbanen Resilienz?	Gesundheitliche Versorgung der Bezirksbevölkerung
Was sind die dahinter liegende Motive für die Bildung der urbanen Resilienz?	Nur spekulativ beantwortbar
Liegt der Fokus auf Prozess oder Outcome?	Outcome
Welche Dominanzverhältnisse liegen vor & verschieben sich [Wirkungen]?	Negative Wirkung: Vorherrschendes Vulnerabilitätsregime zu Benachteiligung wird durch Ärzteabwanderung verstärkt und vergrößert gleichzeitig die wahrgenommene Spaltung zwischen Ost und West.
Welche urbanen Resilienzregime ergeben sich daraus?	Neoliberalismus; Benachteiligung; Spaltung [Ost/West]

Tabelle B.2. 12: Theorieorientiertes Kodierschema zur Diskurskategorie Infrastruktur & Wirtschaft 2008-2012/Industrie

Diskurskategorie	Infrastruktur & Wirtschaft	
Subkategorie I	Industrie	
Subkategorie II	Kraftwerke / Wärme- und Stromproduktion im Bezirk	
Elemente & Akteure	(Stadt-)Politik; Wirtschaft	Wirtschaft; Wissenschaft; (Stadt-)Politik; Zivilgesellschaft/Vereine; Bevölkerung
Verlaufsmuster	Bericht über Entwicklung MH zum innovativen Industriestandort, einschließlich Schaffung Arbeitsplätzen und gezielten Einsatzes von EU-Fördermitteln	Protest um umweltschädliches Kohlkraftwerk führt zu Umplanung seitens der Wirtschaft; Bericht über Reindustrialisierung der Stadt zum innovativen Industriestandort, einschließlich Anziehung internationalen Fachpersonals
Wirkung	MH als innovativer Wirtschaftsstandort	Positiv
Maßnahmen	Gezielter Einsatz von EU-Fördermitteln	Verabschiedung eines Masterplans, Fördermittel, Investitionen seitens der Wirtschaft; Organisation von Protest
Wer		
Wer bestimmt, was für das System wünschenswert ist?	Wirtschaft; (Stadt-)Politik	(Stadt-)Politik; Wirtschaft; Bevölkerung
Wessen Resilienz wird priorisiert?	Wirtschaft, dabei auch pos. Effekt für urbanes System und Umgebung	Bevölkerung; (innovative) Wirtschaft
Wer wird im urbanen System inkludiert/exkludiert?		Einbezug aller Akteure auf verschiedenen Ebenen
Was		
Welchen Störungen gegenüber sollte das urbane System resilient sein?	Innovationsschwäche, Arbeitslosigkeit	Umweltschädlichkeit des Kraftwerks und damit verbundener Abwertung der Wohnqualität; Innovationsschwäche
Welche Netzwerke/Sektoren sind im urbanen System inkludiert?	Industrie	Industrie, (Stadt-)Politik; Zivilgesellschaft
Liegt der Fokus auf allgemeiner oder spezifischer Resilienz?	beides	spezifisch
Wann		
Liegt der Fokus auf schnell oder langsam einsetzenden Störungen?	langsam	langsam
Liegt der Fokus auf kurz- oder langfristiger Resilienz?	beides	langfristig
Liegt der Fokus auf der Resilienz aktueller oder zukünftiger Generationen?	beides	beides
Wo		
Wo sind die räumlichen Grenzen des urbanen Systems?	Über Bezirksgrenzen hinaus	Über Bezirksgrenzen hinaus
Wird die Resilienz bestimmter Gegenden gegenüber der anderer priorisiert?	Ja, Priorisierung des Standorts MH ggü. Anderen	Ja, Priorisierung des Standorts MH ggü. Anderen
Beeinflusst die Resilienzbildung in bestimmten Gegenden die in anderen Gegenden?	Unbekannt	Stärkung Gesamtstadt
Warum		
Was ist das Ziel in der Bildung der urbanen Resilienz?	Ziel ist Wirtschaftlichkeit der Gesamtregion, urbane Resilienz des Bezirkssystems wird dadurch indirekt positiv beeinflusst	Wirtschaftlichkeit der Gesamtregion; Wohnqualität & Umweltschutz

Was sind die dahinter liegende Motive für die Bildung der urbanen Resilienz?	Wirtschaftliches Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit	Wirtschaftliches Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit; Wohnqualität
Liegt der Fokus auf Prozess oder Outcome?	Beides	Beides
Welche Dominanzverhältnisse liegen vor & verschieben sich [Wirkungen]?	Positive Wirkung: Ausbau und Förderung MHs als moderner Industriestandort reduzieren Vulnerabilitätsregime der Strukturschwäche/stärken Regime MHs als innovativer Standort und Arbeitsmotor; Freifläche und Abseitslage werden als Stärke betrachtet	Positive Wirkung: Klimafreundlichere und wirtschaftliche Kraftwerke fördern Klimaschutz und Wohnqualität der Anwohnerschaft; stadtweiter Bürgerwille konnte sich gegen rein wirtschaftliches Denken der Konzerne durchsetzen
Welche urbanen Resilienzregime ergeben sich daraus?	Neoliberalismus; (Technische) Innovation; Wohlgefühl; Benachteiligung	Neoliberalismus; (Technische) Innovation; Natur & Klimaschutz

Tabelle B.2. 13: Theorieorientiertes Kodierschema zur Diskurskategorie Infrastruktur & Wirtschaft 2008-2012/Bildungsstandorte

Diskurskategorie	Infrastruktur & Wirtschaft		
Subkategorie I	Bildungsstandorte		
Subkategorie II	Versorgungslage mit Schulen, Kitas und Fachpersonal	Sanierung der Schulstandorte	Volksentscheid "Pro Reli"
Elemente & Akteure	(Stadt-)Politik; Anwohner	(Stadt-)Politik	(Stadt-)Politik; Kirchen, Zivilgesellschaftl. Akteure/Vereine; Anwohner
Verlaufsmuster	Randlage hat verschiedene Konsequenzen für schulische Versorgung: Zurückgegangene Schülerzahlen (--> Fluktuation) bewirken ausreichende Lehrerausstattung, aber auch Schwierigkeiten bei der Findung von Kooperationspartnern; dennoch z.T. zu wenige Plätze im Gesamtschulbereich; Kooperation mit Brandenburg; Personalmangel an Schule führt Initiative der Eltern gegen Gesamtschulkonzept, um schulische Qualität abzusichern; Inklusion an Schulen in MH durch Modellprojekt bes. weit fortgeschritten	Erfolgreiches Fortschreiten des geplanten Sanierungsprogramms im Vgl. zu anderen Bezirken; dennoch gefühlte Benachteiligung bei Mittelvergabe	Initiative um Pflichteinführung des Religionsunterrichts anstelle von Ethik scheitert an der Zustimmung, v.a. aus den Ost-Berliner Bezirken; Ablehnung in MH besonders scharf, gleichzeitig auch geringste Wahlbeteiligung
Wirkung	Ambivalent: Sozial schwache Familien können sich Nachmittagsbetreuung nicht leisten, Kinder werden entsprechend schlechter gefördert; gleichzeitig spricht Debatte für Anteil an sich ermächtigenden Eltern; MH als Vorreiter, gleichzeitig impliziert hohe Anzahl an Förderschülern im Bezirk ggf. verstärktes Maß an sozialer Benachteiligung/neg. Verhaltens	Größtenteils positiv	Neutral, z.T. negativ durch geringe Wahlbeteiligung
Maßnahmen	Aktives Eingreifen der Gesamtelternvertretung in Schulgestaltung; Dialog zwischen Politikern und OSZ; Gesetzesänderung für Kooperation Brandenburg; Auswahl von MH als Standort für INKA-Modellprojekt	Konstruktiver und wirtschaftlicher Einsatz vorhandener Fördermittel für Schulsanierungen	Debatte um Initiative
Wer			
Wer bestimmt, was für das System wünschenswert ist?	(Engagierte) Eltern; (Stadt-)Politik; Schulen	(Stadt-)Politik	(Stadt-)Politik; Zivilgesellschaft/Vereine; Kirchen; Bevölkerung;
Wessen Resilienz wird priorisiert?	Schülerinnen und Schüler aus MH; Kinder engagierter Eltern		"Ethik" über "Religion"
Wer wird im urbanen System inkludiert/exkludiert?	z.T. Sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler		Volksabstimmung, daher alle inkludiert; durch geringe Wahlbeteiligung jedoch hohe Selbstexklusion

Was			
Welchen Störungen gegenüber sollte das urbane System resilient sein?	Schulische/personelle Unterversorgung; innere Segregation	Verfallende Schulgebäude	Einfluss der Kirchen
Welche Netzwerke/Sektoren sind im urbanen System inkludiert?	Schulsystem	Politik	Politik, Kirchen, Schulsystem, Zivilgesellschaft, Bevölkerung
Liegt der Fokus auf allgemeiner oder spezifischer Resilienz?	spezifisch	spezifisch	spezifisch
Wann			
Liegt der Fokus auf schnell oder langsam einsetzenden Störungen?	langsam	langsam	schnell
Liegt der Fokus auf kurz- oder langfristiger Resilienz?	beides	beides	beides
Liegt der Fokus auf der Resilienz aktueller oder zukünftiger Generationen?	beides	aktuelle und zukünftige SuS-Generationen	aktuelle und zukünftige SuS-Generationen
Wo			
Wo sind die räumlichen Grenzen des urbanen Systems?	Bezirksgrenzen	Bezirksgrenzen	Bezirksgrenzen; Ost-West-Grenze; Stadtgrenze
Wird die Resilienz bestimmter Gegenden gegenüber der anderer priorisiert?	k.A.	Gefühlte Benachteiligung bei Mittelvergabe	Nein
Beeinflusst die Resilienzbildung in bestimmten Gegenden die in anderen Gegenden?	z.T.: OSZ-Verbünde in der Innenstadt stärken dortige Resilienz, mangelnde Bereitschaft zu Verbindungen in Randbezirke schwächen Resilienz dort	Bevorzugung bei Mittelvergabe stärkt andere Bezirke	Einfluss auf Ethik-/Religionsunterricht in der Gesamtstadt
Warum			
Was ist das Ziel in der Bildung der urbanen Resilienz?	Förderung von Kindern & Jugendlichen; Minderung innerer Segregation	Förderung von Kindern & Jugendlichen	Abwehr religiöser Einflüsse auf schulische Erziehung
Was sind die dahinterliegende Motive für die Bildung der urbanen Resilienz?	Verbesserung der Bildungslage	k.A.	Atheistische Welteinstellungen
Liegt der Fokus auf Prozess oder Outcome?	beides	Outcome	Outcome

<p>Welche Dominanzverhältnisse liegen vor & verschieben sich [Wirkungen]?</p>	<p>Ambivalente bis neg. Wirkung: Fluktuation hat Versorgungssituation für Zurückgebliebene zwar verbessert; Randlage erschwert jedoch Vernetzung nach innen (wenn auch vermehrte Kooperationen nach außen); Eltern engagieren sich zur Verbesserung der Betreuungssituation ihrer Kinder, was Vulnerabilität/Benachteiligung sozial Schwacher jedoch verschärft und Spaltung innerhalb des Bezirks verstärkt; MH als Vorreiter im Förderschulbereich impliziert jedoch gleichzeitig mit hoher Anzahl an Förderschülern ein gesteigertes Maß an soz. Benachteiligung und neg. Verhaltens.</p>	<p>V.a. positive Wirkung durch zügigen, konstruktiven und wirtschaftlichen Mitteleinsatz der Bezirkspolitik; insgesamt dennoch Unterausstattung, die Bedarf nicht vollständig decken kann.</p>	<p>Weitestgehend neutrale Wirkung: Abstimmung verdeutlicht Ost-West-Spaltung und weiterhin bestehende "Ost-Prägung"; geringe Wahlbeteiligung impliziert jedoch auch Desinteresse (ggf. durch soziale Benachteiligung).</p>
<p>Welche urbanen Resilienzregime ergeben sich daraus?</p>	<p>Spaltung [MH]; Benachteiligung; Innovation; Handlungsmacht</p>	<p>Benachteiligung; Innovation</p>	<p>Spaltung [Ost/West]; Benachteiligung</p>

Tabelle B.2. 14: Theorieorientiertes Kodierschema zur Diskurskategorie Infrastruktur & Wirtschaft 2008-2012/Verkehrsanbindung

Diskurskategorie	Infrastruktur & Wirtschaft		
Subkategorie I	Verkehrsanbindung		
Subkategorie II	Ausbau und Modernisierung des öffentlichen Nahverkehrs und seiner Einrichtungen	Verschiedene stadtpolitische Verkehrsausbauprojekte und deren Folgen	Tangentialverbindung Ost
Elemente & Akteure	(Stadt-)Politik	(Stadt-)Politik; Wirtschaft	(Stadt-)Politik, Zivilgesellschaft/Vereine
Verlaufsmuster	Bericht über Ausbau und Verbesserung des ÖPNV	Debatte um Finanzierung und Angemessenheit verschiedener Verkehrsbauprojekte	Debatte, wo TVO gebaut werden soll
Wirkung	Positiv	V.a. Negativ durch Fremdbestimmung; Positiv durch Sicherung von Arbeitsplätzen und Verbesserung der Infrastruktur	V.a. Negativ: Interessen der Anwohner von politischen/wirtschaftlichen Interessen verdrängt zu werden
Maßnahmen	Ausbau und Verbesserung des ÖPNV	Straßenausbau	Straßenausbau
Wer			
Wer bestimmt, was für das System wünschenswert ist?	(Stadt-)Politik; Wirtschaft	(Stadt-)Politik; Zivilgesellschaft/Vereine	(Stadt-)Politik vs. Naturschützer vs. Anwohnervertretungen
Wessen Resilienz wird priorisiert?	Gesamtstadt	Finanzsektor; andere Bezirke	(Stadt-)Politik (--> Wirtschaftlichkeit)
Wer wird im urbanen System inkludiert/exkludiert?	Verbesserung der Inklusion für gesamtes Stadtgebiet	Zivilgesellschaft/Vereine	Anwohner
Was			
Welchen Störungen gegenüber sollte das urbane System resilient sein?	Segregation	Schlechte infrastrukturelle Anbindung;	Schlechte infrastrukturelle Anbindung;
Welche Netzwerke/Sektoren sind im urbanen System inkludiert?	ÖPNV	(Straßen-)Verkehrsnetz	(Straßen-)Verkehrsnetz
Liegt der Fokus auf allgemeiner oder spezifischer Resilienz?	allgemein	allgemein	beides (je nach Akteursperspektive)
Wann			
Liegt der Fokus auf schnell oder langsam einsetzenden Störungen?	langsam	langsam	beides (je nach Akteursperspektive)
Liegt der Fokus auf kurz- oder langfristiger Resilienz?	langfristig	langfristig	langfristig
Liegt der Fokus auf der Resilienz aktueller oder zukünftiger Generationen?	beides	zukünftig	beides

Wo			
Wo sind die räumlichen Grenzen des urbanen Systems?	Stadtgrenze	Bestimmt durch Straßennetz	Bestimmt durch Straßennetz
Wird die Resilienz bestimmter Gegenden gegenüber der anderer priorisiert?	Nein	Ja	Ja (je nach Akteursperspektive)
Beeinflusst die Resilienzbildung in bestimmten Gegenden die in anderen Gegenden?	Ja, gegenseitige Stärkung	k.A.	Ja
Warum			
Was ist das Ziel in der Bildung der urbanen Resilienz?	Ausbau und Verbesserung des ÖPNV	Verbesserung des Straßennetzes; Sicherung von Arbeitsplätzen; Korrektur von Fehlern der Vergangenheit	Ausbau und Verbesserung des Straßennetzes vs. Sicherung der Wohnqualität vs. Naturschutz
Was sind die dahinterliegende Motive für die Bildung der urbanen Resilienz?	Überwindung Ost/West, Stärkung Gesamtstadt	Wirtschaftlichkeit (Neoliberalismus/Kapitalismus?)	Wirtschaftlichkeit (Neoliberalismus/Kapitalismus?); Lebensqualität
Liegt der Fokus auf Prozess oder Outcome?	Outcome	Outcome	Outcome
Welche Dominanzverhältnisse liegen vor & verschieben sich [Wirkungen]?	Positive Wirkung: Verbesserung des ÖPNV reduziert Vulnerabilitätswahrnehmung Randlage und soll Ost-West-Spaltung verringern.	Ambivalente Wirkung: Debatten zeigen Benachteiligung MHs gegenüber anderen Bezirken aus früheren Zeiten, jedoch auch engagierten Einsatz aktueller Stadtpolitik, z.B. durch Schaffung von Arbeitsplätzen und nachträglichen Einbezug bislang ausgeschlossener Akteure (Helle Mitte), um Vulnerabilitätswahrnehmungen/Benachteiligung zu reduzieren.	Negative Wirkung: Dominanz der politischen/wirtschaftlichen Akteure ggü. Anwohnervereinigungen; deutliche Unterschiede in der jeweiligen Vulnerabilitätswahrnehmung und darüber, wessen Resilienz zu priorisieren ist; neg. Wandel durch Minderung der Wohnqualität.
Welche urbanen Resilienzregime ergeben sich daraus?	Spaltung [Ost/West]	Spaltung [Ost/West]; Benachteiligung	Benachteiligung

Tabelle B.2. 15: Theorieorientiertes Kodierschema zur Diskurskategorie Sport/Freizeit/Kultur 2008-2012/Freizeit & Kultur

Diskurskategorie	Sport/Freizeit/Kultur		
Subkategorie I	Freizeit & Kultur		
Subkategorie II	Gastronomie & Events in MH	Öffentliche Freizeiteinrichtungen	Comedy-Figur "Cindy aus Marzahn"
Elemente & Akteure	Anwohner; Zivilgesellschaft/Vereine; (Stadt-)Politik; Wirtschaft	(Stadt-)Politik; Wirtschaft	Unterhaltungsindustrie
Verlaufsmuster	Bericht über verschiedenen Gastro- und Veranstaltungsmustern, Plattenfest, Musiker, Umzug des Deutsch-Amerikanischen Volksfestes nach MH	Kostendruck und Fehlplanungen gefährden öffentliche Freizeiteinrichtungen	Steigender Bekanntheitsgrad der Kulturfigur, u.a. Moderatorenrolle bei "Wetten, dass" und Jury im Quatsch Comedy Club
Wirkung	Positiv	Negativ: Niedergang	Ambivalent: Stigmatisierend/paschalisierend vs. witzig/identifizierend bzw. Aufmerksamkeit generierend
Maßnahmen	Förderung der Veranstaltungen	Politische Forderungen, z.T. Marketinginitiativen	k.A.
Wer			
Wer bestimmt, was für das System wünschenswert ist?	V.a. Zivilgesellschaft/Vereine, Bürger	(Stadt-)Politik; Wirtschaft	k.A.
Wessen Resilienz wird priorisiert?	Urbanes System	Wirtschaft	Lachendes Publikum
Wer wird im urbanen System inkludiert/exkludiert?	Einbezug aller/vieler	Exklusion der Anwohner durch Schließung/Nichteröffnung öffentlicher Einrichtungen; Nichtbefragung von Anwohnerinteressen bei Umplanung Heller Mitte	Inklusion der MH-Bevölkerung durch Identifikationsfigur; gleichzeitig Gefahr der Exklusion aus der Gesellschaft durch Stigmatisierung
Was			
Welchen Störungen gegenüber sollte das urbane System resilient sein?	Kulturelle Armut	Wirtschaftlichen/finanziellen Störungen	Niedrige Einschaltquoten
Welche Netzwerke/Sektoren sind im urbanen System inkludiert?	V.a. Zivilgesellschaftliche Netzwerke		Unterhaltungssektor
Liegt der Fokus auf allgemeiner oder spezifischer Resilienz?	Allgemein	Allgemein	Allgemein
Wann			
Liegt der Fokus auf schnell oder langsam einsetzenden Störungen?	k.A.	Langsam	Langsam
Liegt der Fokus auf kurz- oder langfristiger Resilienz?	langfristig	beides	beides

Liegt der Fokus auf der Resilienz aktueller oder zukünftiger Generationen?	aktuelle Generationen	beides	beides
Wo			
Wo sind die räumlichen Grenzen des urbanen Systems?	Bezirksgrenze; Ost-West	Bezirksgrenze	"Marzahn"
Wird die Resilienz bestimmter Gegenden gegenüber der anderer priorisiert?	k.A.	k.A.	k.A.
Beeinflusst die Resilienzbildung in bestimmten Gegenden die in anderen Gegenden?	k.A.	k.A.	k.A.
Warum			
Was ist das Ziel in der Bildung der urbanen Resilienz?	Wohn- und Lebensqualität	Wirtschaftlichkeit vs. Freizeitvielfalt	k.A.
Was sind die dahinterliegende Motive für die Bildung der urbanen Resilienz?	Stärkung der Zivilgesellschaft (?)	Wirtschaftlichkeit vs. Kulturelle Bildung	Wirtschaftlichkeit des Unterhaltungssektors
Liegt der Fokus auf Prozess oder Outcome?	k.A.	Outcome vs. Prozess	Prozess
Welche Dominanzverhältnisse liegen vor & verschieben sich [Wirkungen]?			
	Positive Wirkung: Veränderung/Stärkung der Wahrnehmung auf MH als kultureller Ort sowie Ort der Innovation und des Klimaschutzes; Versuch der Reduktion des Ost-West-Kontrasts	Negative Wirkung: Dominanz wirtschaftlicher Faktoren gegenüber kulturellen Bedürfnissen der Anwohner, verstärkt Vulnerabilitätsregime der Benachteiligung.	Ambivalente Wirkung: Dominanz der Identifikation des "Cindy"-Bilder mit dem Bezirk (Trash, Übergewicht, Hartz IV); Pauschalisierung und Diskriminierung der Anwohner vs. Aufmerksamkeit auf Missstände.
Welche urbanen Resilienzregime ergeben sich daraus?	Innovation; Kulturelle Vielfalt; Natur & Klimaschutz; Spaltung	Neoliberalismus; Benachteiligung	Benachteiligung; Stigmatisierung

Tabelle B.2. 16: Theorieorientiertes Kodierschema zur Diskurskategorie Sport/Freizeit/Kultur 2008-2012/Natur & Grünanlagen

Diskurskategorie	Sport/Freizeit/Kultur	
Subkategorie I	Natur & Grünanlagen	
Subkategorie II	IGA/Gärten der Welt	Natur & Umland
Elemente & Akteure	(Stadt-)Politik; Wirtschaft; Zivilgesellschaftl. Akteure/Vereine	(Stadt-)Politik; Zivilgesellschaft
Verlaufsmuster	Umplanung der IGA vom Tempelhofer Feld nach MH; Ausbau der Gärten der Welt & Nutzung für Freizeit und kulturelle Veranstaltungen	Sanierung der Wuhle, Debatte um Erhalt des Biesendorfer Sands vs. Osttangente
Wirkung	Positiv	Ambivalent: Wuhlesanierung positiv, Biesendorfer Sand neg.
Maßnahmen	k.A.	k.A.
Wer		
Wer bestimmt, was für das System wünschenswert ist?	(Stadt-)Politik; Wirtschaft; Zivilgesellschaft/Vereine	(Stadt-)Politik; Zivilgesellschaftl. Akteure/Vereine
Wessen Resilienz wird priorisiert?	Wirtschaft, Anwohner Bezirk und Gesamtstadt	k.A.
Wer wird im urbanen System inkludiert/exkludiert?	k.A.	k.A.
Was		
Welchen Störungen gegenüber sollte das urbane System resilient sein?	k.A.	Naturverschmutzung;
Welche Netzwerke/Sektoren sind im urbanen System inkludiert?	Wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Sektoren	Politische und zivilgesellschaftliche Sektoren
Liegt der Fokus auf allgemeiner oder spezifischer Resilienz?	allgemein	Spezifisch
Wann		
Liegt der Fokus auf schnell oder langsam einsetzenden Störungen?	k.A.	beides
Liegt der Fokus auf kurz- oder langfristiger Resilienz?	beides	langfristig
Liegt der Fokus auf der Resilienz aktueller oder zukünftiger Generationen?	aktuelle Generationen	beides
Wo		
Wo sind die räumlichen Grenzen des urbanen Systems?	Bezirksgrenze	Umland
Wird die Resilienz bestimmter Gegenden gegenüber der anderer priorisiert?	Priorisierung MH ggü. Tempelhofer Feld für IGA	Bzgl. Osttangente Debatte darum, ob Ausbau Resilienz (--> Infrastruktur) oder Vulnerabilität (--> Biotop) bedingt
Beeinflusst die Resilienzbildung in bestimmten Gegenden die in anderen Gegenden?	k.A.	Ja, Wuhlesanierung stärkt Resilienz der Gesamtstadt; Umplanung Osttangente würde andere Regionen pos/neg beeinflussen

Warum		
Was ist das Ziel in der Bildung der urbanen Resilienz?	Kulturelle Attraktion	Lebensqualität, Infrastruktur (--> Wirtschaftlichkeit)
Was sind die dahinter liegende Motive für die Bildung der urbanen Resilienz?	Wirtschaftlichkeit/Neoliberalismus/Kapitalismus	Wirtschaftlichkeit; Klimaschutz
Liegt der Fokus auf Prozess oder Outcome?	beides	Outcome
Welche Dominanzverhältnisse liegen vor & verschieben sich [Wirkungen]?	Positive Wirkung/Wandel: MH als Ort der Gärten der Welt und Ausstatter der IGA; MH als wirtschaftlicher und (stadt-) politischer Investitionsort	Weitestgehend positive, teilweise ambivalente Wirkung: Stärkung MHs und Umgebung als Naherholungsgebiet für ganz Berlin vs. Wirtschaftliche/strukturelle Anbindung.
Welche urbanen Resilienzregime ergeben sich daraus?	Innovation; Kulturelle Vielfalt; Natur & Klimaschutz	Natur & Klimaschutz

Tabelle B.2. 17: Theorieorientiertes Kodierschema zur Diskurskategorie Sport/Freizeit/Kultur 2008-2012/Sport(ler)

Diskurskategorie	Freizeit/Kultur/Sport
Subkategorie I	Sport(ler)
Subkategorie II	Sportler aus MH; Debatte um Stigmatisierung
Elemente & Akteure	Zivilgesellschaftl. Akteure/Vereine; Unterhaltungsmedien; (Stadt-)Politik
Verlaufsmuster	Berichte über erfolgreiche Sportlerinnen aus MH; Debatte um abfälligen Fernsehkommentar zur MH-Herkunft einer Sportlerin
Wirkung	Ambivalent: Pos. durch sportlichen Erfolg; neg. durch Klischeedenken
Maßnahmen	k.A.
Wer	
Wer bestimmt, was für das System wünschenswert ist?	k.A.
Wessen Resilienz wird priorisiert?	k.A.
Wer wird im urbanen System inkludiert/exkludiert?	k.A.
Was	
Welchen Störungen gegenüber sollte das urbane System resilient sein?	k.A.
Welche Netzwerke/Sektoren sind im urbanen System inkludiert?	Profisport
Liegt der Fokus auf allgemeiner oder spezifischer Resilienz?	Allgemein
Wann	
Liegt der Fokus auf schnell oder langsam einsetzenden Störungen?	schnell
Liegt der Fokus auf kurz- oder langfristiger Resilienz?	Beides
Liegt der Fokus auf der Resilienz aktueller oder zukünftiger Generationen?	Aktuell
Wo	
Wo sind die räumlichen Grenzen des urbanen Systems?	k.A.
Wird die Resilienz bestimmter Gegenden gegenüber der anderer priorisiert?	Unterhaltungswert/Klischee über Fakten
Beeinflusst die Resilienzbildung in bestimmten Gegenden die in anderen Gegenden?	Unterhaltungswert/Klischee über Fakten
Warum	
Was ist das Ziel in der Bildung der urbanen Resilienz?	k.A.
Was sind die dahinter liegende Motive für die Bildung der urbanen Resilienz?	k.A.
Liegt der Fokus auf Prozess oder Outcome?	Prozess
Welche Dominanzverhältnisse liegen vor & verschieben sich [Wirkungen]?	
Ambivalente Wirkung: MH als sportl. Ausbildungsort/Sportlerschmiede vs. MH als Klischee und Schreckensbild	
Welche urbanen Resilienzregime ergeben sich daraus?	
Innovation; Benachteiligung; Stigmatisierung	

Tabelle B.2. 18: Theorieorientiertes Kodierschema zur Diskurskategorie Wohnen & Bauen 2008-2012

Diskurskategorie	Wohnen & Bauen			
Subkategorie	Wohnqualität	Mietentwicklung	Wohninnovation	Fehlplanungen & Pleiten
Elemente & Akteure	Anwohner; (Stadt-)Politik; Wirtschaft	Anwohner anderer Bezirke; Stadtpolitik; Wirtschaft	Wirtschaft	Wirtschaft; (Stadt-)Politik; Anwohner
Verlaufsmuster	Darstellung und Debatten um Wohnqualität in MH, v.a. in den Plattenbauten	Berichte und Debatten über steigende Mieten in Berlin, günstiger Wohnraum bzw. sinkende Mieten nur noch in MH zu finden	Umbau, Modernisierung und energetische Sanierung von Gebäuden in MH zur Steigerung der Wohnqualität und Bedienung spez. Nachfrage (Alterung) durch Investoren	Pleite der Berliner Immobilien Holding (BIH) durch Bankenskandal und geparkte Fonds, wovon v.a. Wohnungen in MH betroffen waren; Stigmatisierung bestimmter Teile von MH durch Ergebnisse des Sozialmonitorings; Rückgang öffentlicher Gelder
Wirkung	Ambivalent: Anwohneransichten positiv bzw. Kampf um Erhalt der Wohnqualität (--> Müllschlucker); Außendarstellung Platte negativ --> Wohnqualität durch Abriss der Platten	Negativ: MH, vom Berlintrend nicht betroffen, wird als "soziales Auffanglager" und Ort der Armut/des Niedergangs dargestellt	Positiv: Innovation und Steigerung des Wohnkomforts	Negativ: Pleite-Konnotation und Niedergang der Wohn- und Lebensqualität
Maßnahmen	Unterschriftenaktion gegen Schließung der Müllschlucker; Abriss von Plattenbauten	Keine	Umbau, Modernisierung, energetische Sanierung	Auffang- und Unterstützungsprogramme durch Stadtpolitik
Wer				
Wer bestimmt, was für das System wünschenswert ist?	Anwohner vs. (Stadt-)Politik	Nachfrage/ Kapitalismus/Neoliberalismus	Wirtschaft	(Stadt-)Politik
Wessen Resilienz wird priorisiert?	Anwohner	Wohlhabende Zuzügler	Wirtschaft, Anwohner	k.A.
Wer wird im urbanen System inkludiert/exkludiert?	Anwohnerinteressen bei Abschaffung der Müllschlucker	Anwohner, die Angst haben, nach außen verdrängt zu werden; keine Einblick aus Sicht der Menschen in MH	k.A.	k.A.
Was				
Welchen Störungen gegenüber sollte das urbane System resilient sein?	Abnehmende Wohnqualität	Verdrängung	Verfall; Konsequenzen der Alterungswelle	Verfall; Pleite
Welche Netzwerke/Sektoren sind im urbanen System inkludiert?	Nachbarschaftsnetzwerke	k.A.	k.A.	Wohnsektor; (Stadt-)Politik
Liegt der Fokus auf allgemeiner oder spezifischer Resilienz?	allgemein	allgemein	spezifisch	beides

Wann				
Liegt der Fokus auf schnell oder langsam einsetzenden Störungen?	beides	langsam	langsam	beides
Liegt der Fokus auf kurz- oder langfristiger Resilienz?	langfristig	langfristig	langfristig	beides
Liegt der Fokus auf der Resilienz aktueller oder zukünftiger Generationen?	aktuelle	beides	beides	aktuelle
Wo				
Wo sind die räumlichen Grenzen des urbanen Systems?	k.A.	Innenstadt vs. Peripherie	Bezirksgrenze	Bezirksgrenze
Wird die Resilienz bestimmter Gegenden gegenüber der anderer priorisiert?	Innerbezirkliche Priorisierung der Ein- und Zweifamilienhausgebiete	Ja, nur Darstellung der Innenstadtperspektive	k.A.	k.A.
Beeinflusst die Resilienzbildung in bestimmten Gegenden die in anderen Gegenden?	Förderung der Kleinbauggebiete bewirkt ggf. höheren Leerstand in den Großwohnsiedlungen	Ja	k.A.	k.A.
Warum				
Was ist das Ziel in der Bildung der urbanen Resilienz?	Wohnqualität in MH	Verdrängung nach Außen stoppen	Attraktivitätssteigerung für best. Wohnformen	Pleite/Verfall stoppen/reduzieren
Was sind die dahinter liegende Motive für die Bildung der urbanen Resilienz?	k.A.	k.A.	Wirtschaftlichkeit	Wirtschaftlichkeit
Liegt der Fokus auf Prozess oder Outcome?	Beides	Outcome	Beides	Outcome
Welche Dominanzverhältnisse liegen vor & verschieben sich [Wirkungen]?	Ambivalente Wirkung bzw. Resilienz- und Vulnerabilitätskonstruktionen: Weitestgehend positive Sicht der Anwohner auf ihr Wohnumfeld, Engagement für Erhalt (--> Müllerschlucken) und Verbesserung (--> energetische Modernisierung) der Wohnqualität vs. Neg. Außensicht auf Plattenbauten bzw. Attraktivitätssteigerung durch Abriss der Platten.	Negative Wirkung: MH, vom Berlinter Trend nicht betroffen, wird als "soziales Auffanglager" und Ort der Armut/des Niedergangs dargestellt; keine Vulnerabilitätswahrnehmung dahingehend, dass es in MH auch wieder Zuzug geben könnte/gibt (--> Keine Forderung nach Kündigungsschutz durch Mieterverein in MH).	Positive Wirkung: Innovation und Steigerung des Wohnkomforts; MH als attraktiver Wohnstandort für ältere Menschen; Reaktion auf der Vulnerabilitätswahrnehmung der Alterung.	Negative Wirkung: Pleite-Konnotation und Niedergang der Wohnqualität als dominantes Regime; verstärkte Vulnerabilität durch stigmatisierendes Vokabular und Gefühl des Ausgeliefertseins gegenüber Wirtschaft und Politik.
Welche allgemeinen und R/V-Regime ergeben sich daraus?	Spaltung [MH]; Handlungsmacht; Wohlgefühl	Neoliberalismus; Benachteiligung; Spaltung [City/Peripherie]	Neoliberalismus; Innovation	Benachteiligung

Tabelle B.2. 19: Theorieorientiertes Kodierschema zur Diskurskategorie Soziale Verhältnisse 2008-2012/Armut

Diskurskategorie	Soziale Verhältnisse			
Subkategorie I	Armut			
Subkategorie II	Aspekte von Armut: (Jugend-) Arbeitslosigkeit, Kinderarmut, Transferhilfe, Alkoholismus, Altersarmut	Sozialpäd. Förderbedarf / Förderangebote & Bildung für soz. schwache SuS	Negatives Wohnumfeld & unsoziale Anwohner	Aktionsräume Plus
Elemente & Akteure	Anwohner	(Stadt-)Politik; Schulen; Wissenschaft; Anwohner	(Stadt-)Politik; Unterhaltungsindustrie; Wissenschaft; Anwohner (anderer Bezirke)	(Stadt-)Politik
Verlaufsmuster	Statisch beschriebene oder sich verschlimmernde soz. Misstände im Bezirk: (Jugend-)Arbeitslosigkeit, Transfermittelbedarf, Kinderarmut, Alkoholismus, Überalterung, Perspektivlosigkeit; Benennung ähnlicher Bezirke	(Innerbezirkliches) Bildungsgefälle; hoher sonderpäd. Förderbedarf; Elternengagement; soz. Benachteiligung	Über eine breite Akteursbasis und verschiedene Kontexte hinweg wird MH/werden Menschen aus MH klischeehaft und stigmatisiert dargestellt; Unterschiede werden auch innerhalb des Bezirks auf Quartiers-ebene/zwischen Bezirken gemacht	Diskussionen um Wirksamkeit der stadtpolitischen Maßnahmen gegen die soziale Benachteiligung in der Stadt
Wirkung	Negativ	Ambivalent: Positivbeispiele und Elternengagement einerseits, neg. Situation sozial Schwacher steht aber im Fokus	Negativ: MH als Lebens-/Zwangsraum von "Verlierern", Bild von MHLern als faul, arbeitslos und fettleibig; "russisch"; unsanierte Häuser	Ambivalent: neg. Bild von MH vs. Resilienzkonstruktionen zur Überwindung der Misstände
Maßnahmen	Aufführen der Misstände; vereinzelt Berichte über Zivilcourage	Quartiersmanagement; Elternengagement	Debatten & Diskussionen auf verschiedenen Plattformen und Ebenen	Aktionsräume Plus und Quartiersmanagement als Maßnahmen gegen soz. Benachteiligung in der Stadt und innerhalb MHs
Wer				
Wer bestimmt, was für das System wünschenswert ist?	k.A.	(Stadt-)Politik; Eltern	Menschen außerhalb MHs	(Stadt-)Politik
Wessen Resilienz wird priorisiert?	k.A.	u.a. Kinder engagierter Eltern	k.A.	Benachteiligte Quartiere
Wer wird im urbanen System inkludiert/exkludiert?	Anwohner in MH	sozial Schwache	MHLer	k.A.
Was				
Welchen Störungen gegenüber sollte das urbane System resilient sein?	Armut	(Bildungs-)Armut	Stigmatisierung	Soziale Misstände
Welche Netzwerke/Sektoren sind im urbanen System inkludiert?	k.A.	Bildungssektor	k.A.	(Stadt-)Politik
Liegt der Fokus auf allgemeiner oder spezifischer Resilienz?	allgemein	Allgemein	Allgemein	allgemein

Wann				
Liegt der Fokus auf schnell oder langsam einsetzenden Störungen?	langsam	langsam	beides	langsam
Liegt der Fokus auf kurz- oder langfristiger Resilienz?	beides	beides	beides	beides
Liegt der Fokus auf der Resilienz aktueller oder zukünftiger Generationen?	beides	beides	aktuell	beides
Wo				
Wo sind die räumlichen Grenzen des urbanen Systems?	Bezirksgrenze	Bezirksgrenze	Quartiers- und Bezirksgrenzen	Quartiers- und Bezirksgrenzen
Wird die Resilienz bestimmter Gegenden gegenüber der anderer priorisiert?	k.A.	k.A.	Helle Mitte ggü. Hellersdorfer Promenade; Unterhaltung anderer ggü. Stigmatisierung der Mhler	k.A.
Beeinflusst die Resilienzbildung in bestimmten Gegenden die in anderen Gegenden?	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Warum				
Was ist das Ziel in der Bildung der urbanen Resilienz?	Reduktion von Armut	Reduktion von (Bildungs-)Armut	k.A.	Reduktion von Armut; Herstellung von Chancengleichheit
Was sind die dahinter liegende Motive für die Bildung der urbanen Resilienz?	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Liegt der Fokus auf Prozess oder Outcome?	beides	beides	beides	beides
Welche Dominanzverhältnisse liegen vor & verschieben sich [Wirkungen]?				
	Negative Wirkung: Deutliche Dominanz negativer Bilder von Armut, Benachteiligung und Vernachlässigung; Nennung einhergehend mit "ähnlich problematischen" Bezirken.	Ambivalente Wirkung: Bildung als Schlüssel gegen Armut, von dem nur Teile der Bevölkerung profitieren können; von Elternengagement profitieren Kinder aus sozial/finanziell stabileren Verhältnissen, was die Benachteiligung (Betreuungsangebote) für sozial schwache Kinder verstärkt; MH als Bezirk mit guter Förderschulausstattung, impliziert jedoch auch bes. viele Kinder mit Förderbedarfen; QM als Resilienzkonstruktion.	Negative Wirkung: MH als Lebens-/Zwangsraum von "Verlierern", Bild von Mhlern als faul, arbeitslos und fettleibig; "russisch"; unsanierte Häuser; über eine breite Akteursbasis und verschiedene Kontexte hinweg wird MH/werden Menschen aus MH klischeehaft und stigmatisiert dargestellt; Unterschiede werden auch innerhalb des Bezirks auf Quartiersebene/zwischen Bezirken gemacht	Negative bis leicht ambivalente Wirkung: neg. Bild von MH als benachteiligter Bezirk vs. Resilienzkonstruktionen zur Überwindung der Misstände
Welche urbanen Resilienzregime ergeben sich daraus?	Benachteiligung; Spaltung [arme/reiche Bezirke]	Benachteiligung; Spaltung [MH]; (Schulische) Innovation	Benachteiligung; Spaltung [MH; Zentrum/Peripherie]; Stigmatisierung	Benachteiligung; Spaltung [arme/reiche Bezirke]

Tabelle B.2. 20: Theorieorientiertes Kodierschema zur Diskurskategorie Soziale Verhältnisse 2008-2012/Kriminalität

Diskurskategorie	Soziale Verhältnisse
Subkategorie I	Kriminalität
Subkategorie II	Brandstiftung
Elemente & Akteure	Öffentlicher Dienst; Anwohner
Verlaufsmuster	Brandstiftungsserie in MH
Wirkung	Negativ
Maßnahmen	Feuerwehreinsätze, polizeiliche Ermittlungen
Wer	
Wer bestimmt, was für das System wünschenswert ist?	k.A.
Wessen Resilienz wird priorisiert?	k.A.
Wer wird im urbanen System inkludiert/exkludiert?	k.A.
Was	
Welchen Störungen gegenüber sollte das urbane System resilient sein?	Kriminalität
Welche Netzwerke/Sektoren sind im urbanen System inkludiert?	Öffentlicher Dienst
Liegt der Fokus auf allgemeiner oder spezifischer Resilienz?	Spezifisch
Wann	
Liegt der Fokus auf schnell oder langsam einsetzenden Störungen?	Schnell
Liegt der Fokus auf kurz- oder langfristiger Resilienz?	beides
Liegt der Fokus auf der Resilienz aktueller oder zukünftiger Generationen?	aktuell
Wo	
Wo sind die räumlichen Grenzen des urbanen Systems?	k.A.
Wird die Resilienz bestimmter Gegenden gegenüber der anderer priorisiert?	Nein
Beeinflusst die Resilienzbildung in bestimmten Gegenden die in anderen Gegenden?	k.A.
Warum	
Was ist das Ziel in der Bildung der urbanen Resilienz?	Sicherheit
Was sind die dahinter liegende Motive für die Bildung der urbanen Resilienz?	Sicherheit
Liegt der Fokus auf Prozess oder Outcome?	Outcome
Welche Dominanzverhältnisse liegen vor & verschieben sich [Wirkungen]?	
	Negative Wirkung: MH wird konnotiert Ort der Unsicherheit und Kriminalität.
Welche urbanen Resilienzregime ergeben sich daraus?	Unsicherheit

Tabelle B.2. 21: Theorieorientiertes Kodierschema zur Diskurskategorie Soziale Verhältnisse 2008-2012/Rechtsthematik

Diskurskategorie	Soziale Verhältnisse	
Subkategorie I	Rechtsthematik	
Subkategorie II	Rechte Stimmung und Organisationen	Engagement gegen Rechts
Elemente & Akteure	Rechtsradikale Personen und Organisationen	(Stadt-)Politik; Zivilgesellschaft; rechtsradikale Personen; Wissenschaft
Verlaufsmuster	Bericht über verschiedene rechtsradikale Organisationen in MH und anderen Bezirken, Konflikte innerhalb der Organisationen; rechtsstaatliche Einsätze gegen rechte Organisationen; Bemühungen um bessere Organisation und Ansprache von Jugendlichen	Bericht über Demonstrationen und Vereinen gegen Rechts, die z.T. Opfer rechtsradikaler Aktionen werden
Wirkung	Negativ: MH als Ort rechter Stimmung	Ambivalent: zivilgesellschaftliches Engagement positiv; geringe Zahl der Demonstranten und Dominanz rechter Aktionen aber negativ
Maßnahmen	Austragung innerer Konflikte, Gründung neuer Organisationen vs. Polizeieinsätze und Verfassungsschutz; Sichtbarmachung im öffentlichen Raum; gezielte Ansprache von Jugendlichen	Organisation von Aktionen gegen Rechts vs. Sabotage durch rechte Akteure
Wer		
Wer bestimmt, was für das System wünschenswert ist?	Rechtsradikale Personen und Organisationen vs. Rechtsstaat	Zivilgesellschaft und (Stadt-)Politik vs. Rechtsradikale Personen
Wessen Resilienz wird priorisiert?	Rechtsradikale Personen und Organisationen vs. Rechtsstaat	Rechtsradikalismus vs. Toleranz
Wer wird im urbanen System inkludiert/exkludiert?	Rechte Organisationen vs. Rechtsstaat	Rechtsradikalismus vs. Toleranz
Was		
Welchen Störungen gegenüber sollte das urbane System resilient sein?	Rechtsextremen Ideologien vs. rechtsstaatliche/demokratische Grundsätze	Rechtsradikalismus vs. Antirechter Aktionen
Welche Netzwerke/Sektoren sind im urbanen System inkludiert?	Rechte Organisationen; rechtsstaatliche Einrichtungen	Rechte Organisationen; zivilgesellschaftliche Netzwerke
Liegt der Fokus auf allgemeiner oder spezifischer Resilienz?	spezifisch	spezifisch
Wann		
Liegt der Fokus auf schnell oder langsam einsetzenden Störungen?	beides	beides
Liegt der Fokus auf kurz- oder langfristiger Resilienz?	beides	beides
Liegt der Fokus auf der Resilienz aktueller oder zukünftiger Generationen?	beides	beides

Wo		
Wo sind die räumlichen Grenzen des urbanen Systems?	k.A.	k.A.
Wird die Resilienz bestimmter Gegenden gegenüber der anderer priorisiert?	MH und einige weitere Bezirke gegenüber anderen	k.A.
Beeinflusst die Resilienzbildung in bestimmten Gegenden die in anderen Gegenden?	k.A.	k.A.
Warum		
Was ist das Ziel in der Bildung der urbanen Resilienz?	Stärkung rechtsradikaler Ansichten vs. rechtsstaatlicher Prinzipien	Rechtsradikalismus vs. Toleranz
Was sind die dahinter liegende Motive für die Bildung der urbanen Resilienz?	Stärkung rechtsradikalen Gedankenguts vs. Durchsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien	Abschottung vs. Toleranz
Liegt der Fokus auf Prozess oder Outcome?	beides	Beides
Welche Dominanzverhältnisse liegen vor & verschieben sich [Wirkungen]?	Negative Wirkung: Dominanz rechtsextremer Regime in MH; Jugendliche als bes. anfällig/attraktiv für rechte Organisationen	Ambivalente Wirkung: zivilgesellschaftliches Engagement positiv; geringe Zahl der Demonstranten und Dominanz rechter Aktionen aber negativ
Welche urbanen Resilienz ergeben sich daraus?	Fremdenfeindlichkeit; Benachteiligung	Fremdenfeindlichkeit; (Kulturelle) Vielfalt

Tabelle B.2. 22: Theorieorientiertes Kodierschema zur Diskurskategorie Infrastruktur & Wirtschaft 2013-2016/Gesundheitsversorgung

Diskurskategorie	Infrastruktur & Wirtschaft
Subkategorie I	Gesundheitsversorgung
Subkategorie II	Gesundheitswirtschaftliche Infrastruktur im Bezirk
Elemente & Akteure	Wirtschaft; Arzt-/Therapeutenpraxen; Patienten
Verlaufsmuster	Ansiedlung und Ausbau der Gesundheitswirtschaft im Bezirk, Schaffung von Arbeitsplätzen
Wirkung	Positiv
Maßnahmen	k.A.
Wer	
Wer bestimmt, was für das System wünschenswert ist?	Wirtschaft; (Stadt-)Politik
Wessen Resilienz wird priorisiert?	Wirtschaft; Anwohner
Wer wird im urbanen System inkludiert/exkludiert?	k.A.
Was	
Welchen Störungen gegenüber sollte das urbane System resilient sein?	Arbeitslosigkeit; Ärztemangel
Welche Netzwerke/Sektoren sind im urbanen System inkludiert?	Gesundheitswirtschaft
Liegt der Fokus auf allgemeiner oder spezifischer Resilienz?	Allgemein
Wann	
Liegt der Fokus auf schnell oder langsam einsetzenden Störungen?	beides
Liegt der Fokus auf kurz- oder langfristiger Resilienz?	Langfristig
Liegt der Fokus auf der Resilienz aktueller oder zukünftiger Generationen?	beides
Wo	
Wo sind die räumlichen Grenzen des urbanen Systems?	k.A.
Wird die Resilienz bestimmter Gegenden gegenüber der anderer priorisiert?	MH als Standort für die Wirtschaft ggü. Anderen
Beeinflusst die Resilienzbildung in bestimmten Gegenden die in anderen Gegenden?	k.A.
Warum	
Was ist das Ziel in der Bildung der urbanen Resilienz?	Schaffung von Arbeitsplätzen; Verbesserung der Gesundheitsversorgung; wirtschaftliche Stärke
Was sind die dahinter liegende Motive für die Bildung der urbanen Resilienz?	Wirtschaftliche Interessen
Liegt der Fokus auf Prozess oder Outcome?	Outcome
Welche Dominanzverhältnisse liegen vor & verschieben sich [Wirkungen]?	
	Positive Wirkung: MH als wirtschaftlich starker Gesundheitsstandort, der Arbeitsplätze und gesundheitliche Versorgung für Anwohner schafft.
Welche urbanen Resilienz ergeben sich daraus?	Neoliberalismus; (Technische) Innovation; Fürsorge

Tabelle B.2. 23: Theorieorientiertes Kodierschema zur Diskurskategorie Infrastruktur & Wirtschaft 2013-2016/Industrie

Diskurskategorie	Infrastruktur & Wirtschaft	
Subkategorie I	Industrie	
Subkategorie II	(Solar-)Strom- & Wärmeproduktion im Bezirk	Technik und Industrie
Elemente & Akteure	Wirtschaft; (Stadt-)Politik	Wirtschaft; (Stadt-)Politik
Verlaufsmuster	Bericht über Ausbau und Nutzen von Solaranlagen und Spezialtarifen auf Hausdächern in MH, um "Gerechtigkeitslücke" zwischen Mietern und Vermietern zu schließen; Einrichtung eines Besucherzentrums	Bericht über Förderung, Bau und Ausbau des CleanTeach Innovation Parks als größtes und innovativstes Industriegebiet Berlins, Stärkung des Wirtschaftsstandorts MH und Berlin; Stärkung des Wirtschaftsstandorts MH und Berlin; Herausstellung von MH als Vorbild für andere Bezirke
Wirkung	Positiv	Positiv
Maßnahmen	Installation der Solaranlagen und eines Besucherzentrums	Förderung, Bau und Ausbau des Clean Teach Innovation Parks
Wer		
Wer bestimmt, was für das System wünschenswert ist?	Wirtschaft; (Stadt-)Politik	Wirtschaft; (Stadt-)Politik; Anwohner
Wessen Resilienz wird priorisiert?	Wirtschaft; Mieter	Wirtschaftsstandort MH
Wer wird im urbanen System inkludiert/exkludiert?	k.A.	k.A.
Was		
Welchen Störungen gegenüber sollte das urbane System resilient sein?	Hohe Stromkosten	Innovationsschwäche
Welche Netzwerke/Sektoren sind im urbanen System inkludiert?	Industrie	Industrie
Liegt der Fokus auf allgemeiner oder spezifischer Resilienz?	Spezifisch	Allgemein
Wann		
Liegt der Fokus auf schnell oder langsam einsetzenden Störungen?	Langsam	Langsam
Liegt der Fokus auf kurz- oder langfristiger Resilienz?	Beides	Langfristig
Liegt der Fokus auf der Resilienz aktueller oder zukünftiger Generationen?	Beides	Beides
Wo		
Wo sind die räumlichen Grenzen des urbanen Systems?	Bezirksgrenze	Bezirksgrenze
Wird die Resilienz bestimmter Gegenden gegenüber der anderer priorisiert?	k.A.	Bevorzugung MH ggü. anderen Standorten

Beeinflusst die Resilienzbildung in bestimmten Gegenden die in anderen Gegenden?	k.A.	k.A.
Warum		
Was ist das Ziel in der Bildung der urbanen Resilienz?	Kostensparnis	Ziel ist Wirtschaftlichkeit der Gesamtregion, urbane Resilienz des Bezirkssystems wird dadurch indirekt positiv beeinflusst
Was sind die dahinter liegende Motive für die Bildung der urbanen Resilienz?	Ungerechtigkeit reduzieren; Wirtschaftlichkeit	Wirtschaftliches Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit
Liegt der Fokus auf Prozess oder Outcome?	Outcome	Outcome
Welche Dominanzverhältnisse liegen vor & verschieben sich [Wirkungen]?		
	Positive Wirkung: Gerechtigkeitslücke zwischen Mietern und Vermietern wird bzgl. günstiger Stromproduktion geschlossen	Positive Wirkung: Wahrnehmung von MH als innovativer Wirtschafts- und Wettbewerbsstandort
Welche urbanen Resilienzregime ergeben sich daraus?	Neoliberalismus; Technische Innovation; Natur & Klimaschutz	Neoliberalismus; (Technische) Innovation

Tabelle B.2. 24: Theorieorientiertes Kodierschema zur Diskurskategorie Infrastruktur & Wirtschaft 2013-2016/Bildungsstandorte

Diskurskategorie	Infrastruktur & Wirtschaft				
Subkategorie I	Bildungsstandorte				
Subkategorie II	Mangel an Kita- und Schulplätzen, marode Gebäude	Debatte um Abriss der Achard-Grundschule in Kaulsdorf	Vorkommnisse an Mozart-Gesamtschule in Hellersdorf	Einschulung von Flüchtlingskindern in MH	Kooperation Alice-Solomon-Hochschule mit Flüchtlingsheim
Elemente & Akteure	Anwohner; (Stadt-)Politik; Geflüchtete	Anwohner; (Stadt-)Politik	(Stadt-)Politik; Eltern, Schüler & Lehrkräfte; Zivilgesellschaftl. Akteure/Vereine	Schulen; rechtsradikale Organisationen; (Stadt-)Politik; Flüchtlingskinder	Wissenschaft (ASH-Prof & Studierende); (Stadt-)Politik; Geflüchtete
Verlaufsmuster	Bericht über fehlende Kita- und Schulplätze sowie marode Schulgebäude im Bezirk; Unverständnis ggü. Finanzierung von Flüchtlingsunterkünften anstelle zuerst Sicherung des Bedarfs für die Anwohner	Bericht über erfolgreiche Proteste gegen den durch die Bezirksverwaltung geplanten Abriss eines maroden Schulgebäudes statt Sanierung	Bericht über Gewalt und Misstände an Mozart-Schule in Hellersdorf sowie Maßnahmen und Aktionen, um Zustände zu verbessern	Bericht über Umgang mit Einschulung von Kindern Geflüchteter in MH; Debatte Informationsbrief über Willkommensklassen; rechtsradikale Reaktionen, linke Proteste	Bericht über Kooperation von ASH-Angehörigen mit Flüchtlingsheim in MH als Zeichen gegen Rechtsradikalismus
Wirkung	Negativ	Ambivalent	Weitestgehend negativ	Negativ	Positiv
Maßnahmen	Forderung nach Nachrüstung gemäß des vorhandenen Bedarfs	Unterschriftenaktion	Brandbrief und Proteste von Eltern; Versetzung von Lehrkräften; Kapazitätsaufstockung; Künstleraktionen mit Schülern	Erklärung der Politik über Usus von Willkommensklassen; online ausgeführte Auseinandersetzungen und Bedrohungen	Gegenseitige Nutzung von Räumlichkeiten und Infrastruktur; Organisation von Freizeitaktionen im Heim; Praktika von Studierenden
Wer					
Wer bestimmt, was für das System wünschenswert ist?	Anwohner; (Stadt-)Politik	Anwohner vs. (Stadt-)Politik	Eltern; (Stadt-)Politik	(Stadt-)Politik vs. rechte vs. linke Aktivisten	Wissenschaft; (Stadt-)Politik
Wessen Resilienz wird priorisiert?	Geflüchtete	Anwohner	Schüler	Kinder vs. Rechte Sympathisanten	Geflüchtete; Studierende
Wer wird im urbanen System inkludiert/exkludiert?	u.a. Ausschluss junger Elternteile vom Arbeitsmarkt, da keine Kitaplätze vorhanden sind	Bezirkspolitik schließt Anwohner zunächst aus Entscheidung aus und gibt schließlich nach	Schlechter Unterricht und Gewalt an der Schule reduzieren Bildungschancen und Teilhabe der Schüler	Versuch des Ausschlusses geflüchteter Kinder durch rechte Organisationen	Kooperation zwischen Hochschule und Flüchtlingsheim, kein Einbezug von Anwohnern
Was					
Welchen Störungen gegenüber sollte das urbane System resilient sein?	Bevölkerungswachstum, Anstrom Geflüchteter	(Stadt-)Politische Willkür	Schlechte Schulen	Eindringen Geflüchteter vs. Rechtsradikalismus	Rechtsradikalismus
Welche Netzwerke/Sektoren sind im urbanen System inkludiert?	Bildungssystem	Nachbarschaftsnetzwerke	Bildungssystem	Bildungssystem	Bildungssystem, (Stadt-)Politik
Liegt der Fokus auf allgemeiner oder spezifischer Resilienz?	Allgemein	Spezifisch	Allgemein	Spezifisch	Spezifisch

Wann					
Liegt der Fokus auf schnell oder langsam einsetzenden Störungen?	Beides	Beides	Beides	Schnell	Schnell
Liegt der Fokus auf kurz- oder langfristiger Resilienz?	Beides	Beides	Beides	Beides	Beides
Liegt der Fokus auf der Resilienz aktueller oder zukünftiger Generationen?	Beides	Beides	Beides	Beides	Aktuell
Wo					
Wo sind die räumlichen Grenzen des urbanen Systems?	Bezirksgrenze	Bezirksgrenze	Bezirksgrenze	Bezirksgrenze	Bezirksgrenze
Wird die Resilienz bestimmter Gegenden gegenüber der anderer priorisiert?	Andere Bezirke ggü. MH	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Beeinflusst die Resilienzbildung in bestimmten Gegenden die in anderen Gegenden?	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Warum					
Was ist das Ziel in der Bildung der urbanen Resilienz?	Sicherung von Förderung und Bildung	Verbesserung von Förderung und Bildung	Sicherung von Förderung und Bildung	Sicherung von Förderung und Bildung vs. Schutz vor Überfremdung vs. Abwehr von Alltagsrassismus	Stärkung des Bezirks als weltoffener und solidarischer Ort
Was sind die dahinter liegende Motive für die Bildung der urbanen Resilienz?	Kampf um knappe Ressourcen	Kampf gegen Verwahrlosung von Gebäuden sowie Bevormundung durch Politik	Schutz der Kinder vor Gewalt und schlechten Schulbedingungen	Solidarität vs. Rassismus	Solidarität
Liegt der Fokus auf Prozess oder Outcome?	Beides	Outcome	Beides	Outcome	Beides
Welche Dominanzverhältnisse liegen vor & verschieben sich [Wirkungen]?	Negative Wirkung: Zurückgebaute und verfallende Schulgebäude sowie Mangel an Kita- und Schulplätzen bewirken Vulnerabilitätsregime der Benachteiligung und schüren Ablehnung der Bevölkerung gegenüber Geflüchteten	Ambivalente Wirkung: Mardes und vernachlässigtes Schulgebäude bewirkt Vulnerabilitätsregime der Benachteiligung; erfolgreiche Protestaktionen der Anwohner zeugen jedoch von Wehrhaftigkeit und zivilgesellschaftlichem Engagement	Weitestgehend negative bis ambivalente Wirkung: Gewaltvorfälle und Überforderung an der Schule bedingen Vulnerabilitätsregime der Gewalt und Verwahrlosung sowie Versagen der Politik; Engagement der Eltern und Künstleraktionen gegen Zustände zeugt jedoch auch von Resilienzkonstruktionen	Ambivalente Wirkung: Information über Einschulung von Kindern Geflüchteter deckt Regime der Ablehnung/Fremdenfeindlichkeit auf vs. Reaktionen von Solidarität	Positive Wirkung: Engagement der ASH durch Aktionen im Flüchtlingsheim sowie Bereitstellung von Räumlichkeiten und Infrastruktur für Geflüchtete als Reaktion auf Regime des Rassismus und der Radikalisierung.
Welche urbanen Resilienzregime ergeben sich daraus?	Benachteiligung; Fremdenfeindlichkeit	Benachteiligung; Handlungsmacht	Benachteiligung; Handlungsmacht	Spaltung (rechts/links); Fremdenfeindlichkeit	Spaltung [rechts/solidarisch; MH]; Fremdenfeindlichkeit; Solidarität; Handlungsmacht

Tabelle B.2. 25: Theorieorientiertes Kodierschema zur Diskurskategorie Infrastruktur & Wirtschaft 2013-2016/Verkehrsanbindung

Diskurskategorie	Infrastruktur & Wirtschaft
Subkategorie I	Verkehrsanbindung
Subkategorie II	Verkehrsanbindung
Elemente & Akteure	(Stadt-)Politik
Verlaufsmuster	Bericht über gute Anbindung des Bezirks
Wirkung	Positiv
Maßnahmen	k.A.
Wer	
Wer bestimmt, was für das System wünschenswert ist?	k.A.
Wessen Resilienz wird priorisiert?	k.A.
Wer wird im urbanen System inkludiert/exkludiert?	Inklusion der Anwohner von MH in Gesamtstadt durch gute Verkehrsanbindung
Was	
Welchen Störungen gegenüber sollte das urbane System resilient sein?	Schlechte Anbindung & Infrastruktur
Welche Netzwerke/Sektoren sind im urbanen System inkludiert?	(Stadt-)Politik
Liegt der Fokus auf allgemeiner oder spezifischer Resilienz?	Spezifisch
Wann	
Liegt der Fokus auf schnell oder langsam einsetzenden Störungen?	Langsam
Liegt der Fokus auf kurz- oder langfristiger Resilienz?	Beides
Liegt der Fokus auf der Resilienz aktueller oder zukünftiger Generationen?	Beides
Wo	
Wo sind die räumlichen Grenzen des urbanen Systems?	Bezirksgrenze
Wird die Resilienz bestimmter Gegenden gegenüber der anderer priorisiert?	k.A.
Beeinflusst die Resilienzbildung in bestimmten Gegenden die in anderen Gegenden?	k.A.
Warum	
Was ist das Ziel in der Bildung der urbanen Resilienz?	k.A.
Was sind die dahinter liegende Motive für die Bildung der urbanen Resilienz?	k.A.
Liegt der Fokus auf Prozess oder Outcome?	Outcome
Welche Dominanzverhältnisse liegen vor & verschieben sich [Wirkungen]?	
	Positive Wirkung: MH als infrastrukturell gut angebundener Bezirk trotz Randlage
Welche urbanen Resilienzregime ergeben sich daraus?	Wohlgefühl

Tabelle B.2. 26: Theorieorientiertes Kodierschema zur Diskurskategorie Sport/Freizeit/Kultur 2013-2016/Freizeit & Kultur

Diskurskategorie	Sport/Freizeit/Kultur				
Subkategorie I	Freizeit & Kultur				
Subkategorie II	Aktionsorientierte Außen- darstellung des Bezirks	Freizeiteinrichtungen in MH	Anwohner- vs. politisch gesetzte Flüchtlingsinteressen	Engagement für Geflüchtete in MH	Einbezug Anwohnerinteressen
Elemente & Akteure	(Stadt-)Politik; Zivilgesellschaftliche Akteure/Vereine	Anwohner; (Stadt-)Politik; Wirtschaft	Anwohner; Geflüchtete; (Stadt-)Politik	Anwohner; (Stadt-)Politik; Zivilgesellschaftliche Akteure/Vereine	(Stadt-)Politik; ev. Kirchengemeinde; Anwohner
Verlaufsmuster	Bericht über verschiedenen stadtpolitische oder künstlerische Aktionen zur Verbesserung der Außendarstellung MHs	Bericht über Vorhandensein und Mangel von Freizeiteinrichtungen; Debatte um Abriss des Sojus-Kinos	Bericht über Unmut von Anwohnern, die sich durch Unterstützung /Rücksicht auf Geflüchtete benachteiligt fühlen.	Bericht über verschiedene Initiativen und Aktionen zur Unterstützung von Geflüchteten in MH	Bericht über verschiedenen Formen der Abfrage und Einbindung von Anwohnerinteressen
Wirkung	Positiv	Ambivalent	Negativ	Positiv	Positiv
Maßnahmen	Bau eines Skywalks + Führungen für Besucher; Standortmarketing mit Partnern aus der Innenstadt; Kunstaktion "Marzahn Hills"	Forderung nach weiteren Einrichtungen; Debatte um Schicksal des Sojus-Kinos -- > Entscheidung zum Abriss	Verbot einer Aktbildaustellung in der VHS; Forderung nach Finanzierung von Freizeit- statt Flüchtlingseinrichtungen	Gründung des Vereins "Hellersdorf hilft"; Organisation von Unterstützungs- und Solidaritätsaktionen; Betreibung von Einrichtungen der Begegnung; Information und Aufklärung der Anwohner, ...	Einstellung einer Gemeindepädagogin mit Cafémobil; Einrichtung eines Bürgerhaushalts
Wer					
Wer bestimmt, was für das System wünschenswert ist?	(Stadt-)Politik; Zivilgesellschaftliche Akteure/Vereine; Anwohner	Wirtschaft; (Stadt-)Politik; Anwohner	(Stadt-)Politik	Anwohner; Zivilgesellschaftliche Akteure/Vereine	Anwohner
Wessen Resilienz wird priorisiert?	Bezirk	Je nach Ansicht Konkurrenz um Priorisierung	Geflüchtete	Anwohner und Geflüchtete	Anwohner
Wer wird im urbanen System inkludiert/exkludiert?	k.A.	Sozial benachteiligte Anwohner; Fehlen bestimmter Einrichtungen verstärkt Exklusion	Sozial benachteiligte Anwohner; Künstler mit Akt-kunstwerken	Exklusion rechtsradikaler Akteure	Inklusion aller, die an Befragungen teilnehmen
Was					
Welchen Störungen gegenüber sollte das urbane System resilient sein?	Negatives Image	Fehlende Sozialinfrastruktur	Fehlende Sozialinfrastruktur; Einschränkung künstlerische Freiheit	Radikalismus	Radikalismus; Hilflosigkeit und Gefühl der Vernachlässigung
Welche Netzwerke/Sektoren sind im urbanen System inkludiert?	(Stadt-)Politik; Tourismusbranche; Künstlerkollektive	(Stadt-)Politik	(Stadt-)Politik	Anwohnernetzwerke	Anwohnernetzwerke
Liegt der Fokus auf allgemeiner oder spezifischer Resilienz?	Spezifisch	Spezifisch	Spezifisch	Spezifisch	Allgemein

Wann					
Liegt der Fokus auf schnell oder langsam einsetzenden Störungen?	Langsam	Langsam	Schnell	Schnell	Beides
Liegt der Fokus auf kurz- oder langfristiger Resilienz?	Langfristig	Beides	Beides	Beides	Beides
Liegt der Fokus auf der Resilienz aktueller oder zukünftiger Generationen?	Beides	Beides	Beides	Aktueller	Beides
Wo					
Wo sind die räumlichen Grenzen des urbanen Systems?	Bezirksgrenze	Bezirksgrenze	Bezirksgrenze	Bezirksgrenze	Bezirksgrenze
Wird die Resilienz bestimmter Gegenden gegenüber der anderer priorisiert?	Nein	k.A.	k.A.	Nein	Nein
Beeinflusst die Resilienzbildung in bestimmten Gegenden die in anderen Gegenden?	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Nein
Warum					
Was ist das Ziel in der Bildung der urbanen Resilienz?	Verbesserung des Images; Stärkung als (Tourismus-) Standort	Steigerung der Wohnqualität in MH	Steigerung der Wohnqualität in MH	Steigerung der Qualität von Wohnen und Zusammenleben in MH	Steigerung der Qualität von Wohnen und Zusammenleben in MH
Was sind die dahinter liegende Motive für die Bildung der urbanen Resilienz?	Wirtschaftlichkeit; Verbesserung des bezirklichen Fremd- und Selbstbildes	Wohlfühl; Wirtschaftlichkeit	Abwehr/Selbstschutz	Solidarität	Wohlfühl
Liegt der Fokus auf Prozess oder Outcome?	Outcome	Outcome	Beides	Beides	Beides
Welche Dominanzverhältnisse liegen vor & verschieben sich [Wirkungen]?	Ambivalente Wirkung: Aktionen zur Verbesserung des Bezirksimages, gleichzeitig jedoch auch Aufzeigen negativer Klischees.	Ambivalente Wirkung: z.T. Belobung und Ausbau vorhandener Angebote, z.T. Beschwerde über nicht vorhandene oder verfallende Einrichtungen und zu wenig Berücksichtigung von Anwohnerinteressen.	Negative Wirkung: Anwohner fühlen sich durch Dasein Geflüchteter benachteiligt, Abwehrhaltung bedingt fremdenfeindliche Außenwirkung, aber auch Unverständnis ggü. politischen Entscheidungen.	Positive Wirkung: Initiativen wirken gegen Dominanz rechtsradikaler Regime; Einbindung von Anwohnern stärkt Gefühl der Handlungsmacht und Gemeinschaft.	Positive Wirkung: Anwohner können mitbestimmen und fühlen sich gehört und verstanden statt bevormundet.
Welche urbanen Resilienzregime ergeben sich daraus?	Neoliberalismus; Natur & Klimaschutz; Benachteiligung; Innovation	Wohlfühl; Benachteiligung; Neoliberalismus	Benachteiligung; Fremdenfeindlichkeit	Solidarität; Handlungsmacht; Fremdenfeindlichkeit; Kulturelle Vielfalt	Handlungsmacht

Tabelle B.2. 27: Theorieorientiertes Kodierschema zur Diskurskategorie Sport/Freizeit/Kultur 2013-2016/Natur & Grünanlagen

Diskurskategorie	Sport/Freizeit/Kultur	
Subkategorie I	Natur & Grünanlagen	
Subkategorie II	Grünes Wohnen in MH	Internationale Gartenausstellung
Elemente & Akteure	Anwohner; (Stadt-)Politik	(Stadt-)Politik; Wirtschaft; Anwohner; Zivilgesellschaftliche Akteure/Vereine
Verlaufsmuster	Bericht über Kontrast zwischen Vorurteilen über MH und grünem Wohn- und Wohlfühl im Bezirk; Darstellung verschiedener Beispiele und Befragungen, in denen "grünes Leben" in MH gefördert und unterstützt wird und sich positiv auf das Wohngefühl auswirkt	Berichte über Planung der IBA und ihrer Attraktionen sowie verschiedene Debatten um Seilbahn, Eintrittspreise und mögliche Schäden an der Natur
Wirkung	Positiv	Weitestgehend positiv
Maßnahmen	Erneuerung, Pflege und Ausbau von Grünanlagen; Anwohnerbefragungen; Teilhabe der Anwohner	Planung und Bewerbung der IBA + Infrastruktur; z.T. Einholung von Anwohneranschlägen
Wer		
Wer bestimmt, was für das System wünschenswert ist?	Anwohner; (Stadt-)Politik	(Stadt-)Politik, z.T. Anwohner
Wessen Resilienz wird priorisiert?	Anwohner	Bezirk und Gesamtstadt
Wer wird im urbanen System inkludiert/exkludiert?	k.A.	z.T. Anwohner
Was		
Welchen Störungen gegenüber sollte das urbane System resilient sein?	Neg. Außendarstellung und Vorurteilen; schlechtes Wohngefühl durch zu wenig grün	Neg. Außendarstellung und Vorurteilen
Welche Netzwerke/Sektoren sind im urbanen System inkludiert?	(Stadt-)Politik; Quartiersmanagement; Nachbarschaftsnetzwerke	Stadtplanungsnetzwerke
Liegt der Fokus auf allgemeiner oder spezifischer Resilienz?	Allgemein	Allgemein
Wann		
Liegt der Fokus auf schnell oder langsam einsetzenden Störungen?	Langsam	Langsam
Liegt der Fokus auf kurz- oder langfristiger Resilienz?	Langfristig	Beides
Liegt der Fokus auf der Resilienz aktueller oder zukünftiger Generationen?	Aktueller	Beides
Wo		
Wo sind die räumlichen Grenzen des urbanen Systems?	Bezirksgrenze	Stadt und Region

Wird die Resilienz bestimmter Gegenden gegenüber der anderer priorisiert?	k.A.	Verlegung vom Tempelhofer Feld nach MH nach Kritik und Protesten --> "Zwangsbeglückung"
Beeinflusst die Resilienzbildung in bestimmten Gegenden die in anderen Gegenden?	k.A.	Erfolgreiche IBA soll auf ganze Region strahlen
Warum		
Was ist das Ziel in der Bildung der urbanen Resilienz?	Verbesserung des Wohngefühls und des Images nach außen	Verbesserung der Außendarstellung
Was sind die dahinter liegende Motive für die Bildung der urbanen Resilienz?	Reduktion der Dissonanz zwischen Selbst- und Außenwahrnehmung des Bezirks; Steigerung Wohlgefühl	Wirtschaftlichkeit
Liegt der Fokus auf Prozess oder Outcome?	Prozess	Outcome
Welche Dominanzverhältnisse liegen vor & verschieben sich [Wirkungen]?		
	Positive Wirkung: Betonung der grünen Seiten und des positiven Wohngefühls von MH gegenüber der meist neg. Außensicht	Weitestgehend positive bis ambivalente Wirkung: MH als Austragungsort für Großveranstaltungen rückt in den Mittelpunkt, gleichzeitig scharfe Debatten um Kosten und Gefahren der IGA für Natur und Anwohner.
Welche urbanen Resilienzregime ergeben sich daraus?	Natur & Klimaschutz; Wohlgefühl; Stigmatisierung	Neoliberalismus; Natur & Klimaschutz; (Technische) Innovation; Kulturelle Vielfalt

Tabelle B.2. 28: Theorieorientiertes Kodierschema zur Diskurskategorie Sport/Freizeit/Kultur 2013-2016/Sport(ler)/Flüchtlingsthematik

Diskurskategorie	Sport/Freizeit/Kultur
Subkategorie I	Sport(ler)/Flüchtlingsthematik
Subkategorie II	Sportvereine/Sportler und Flüchtlingsarbeit
Elemente & Akteure	Geflüchtete; Sportler & Sportvereine aus MH; Zivilgesellschaftliche Akteure/Vereine; Anwohner
Verlaufsmuster	Bericht über zögerliche sowie aktive Unterstützung von Flüchtlings- und Integrationsarbeit
Wirkung	Weitestgehend positiv
Maßnahmen	(Zögerliche) Unterstützung von "Hellersdorf hilft"; Trainingsmöglichkeiten für Geflüchtete auf MHs Sportplätzen; Sportler treten öffentlich & proaktiv für Geflüchtete und Integrationsarbeit ein
Wer	
Wer bestimmt, was für das System wünschenswert ist?	Sportvereine/Sportler
Wessen Resilienz wird priorisiert?	Geflüchtete; Bezirksimage
Wer wird im urbanen System inkludiert/exkludiert?	Rechtsradikale
Was	
Welchen Störungen gegenüber sollte das urbane System resilient sein?	Rassismus und Rechtsradikalismus
Welche Netzwerke/Sektoren sind im urbanen System inkludiert?	Sportvereine
Liegt der Fokus auf allgemeiner oder spezifischer Resilienz?	Spezifisch
Wann	
Liegt der Fokus auf schnell oder langsam einsetzenden Störungen?	Schnell
Liegt der Fokus auf kurz- oder langfristiger Resilienz?	Langfristig
Liegt der Fokus auf der Resilienz aktueller oder zukünftiger Generationen?	Aktuell
Wo	
Wo sind die räumlichen Grenzen des urbanen Systems?	Bezirksgrenze
Wird die Resilienz bestimmter Gegenden gegenüber der anderer priorisiert?	Nein
Beeinflusst die Resilienzbildung in bestimmten Gegenden die in anderen Gegenden?	k.A.
Warum	
Was ist das Ziel in der Bildung der urbanen Resilienz?	Unterstützung Geflüchteter; Stärkung von Solidarität; Einbezug der Anwohner
Was sind die dahinter liegende Motive für die Bildung der urbanen Resilienz?	Heimatverbundenheit; Solidarität
Liegt der Fokus auf Prozess oder Outcome?	Beides
Welche Dominanzverhältnisse liegen vor & verschieben sich [Wirkungen]?	Leicht ambivalente bis v.a. positive Wirkung: Zunächst zögerliche Reaktionen von Sportvereinen aus Angst vor Rechten wandelt sich zu offensiver und proaktiver Unterstützung von Integrationsarbeit
Welche urbanen Resilienzregime ergeben sich daraus?	Solidarität; Wohlgefühl; Fremdenfeindlichkeit; Spaltung (rechts/links)

Tabelle B.2. 29: Theorieorientiertes Kodierschema zur Diskurskategorie Wohnen & Bauen 2013-2016/ Wohnraum

Diskurskategorie	Wohnen & Bauen	
Subkategorie I	Wohnraum	
Subkategorie II	Wohngefühl in MH	Immobilienmarkt
Elemente & Akteure	Anwohner	Wirtschaft; (Stadt-)Politik
Verlaufsmuster	Berichte über Wohn- und Ausstattungseigenschaften des Bezirks	Berichte über zunächst günstige Miet- und Immobilienpreise in MH und kaum Tourismus bis hin zu deutlich steigenden Preisen, Verdrängung aus der Innenstadt, kaum noch Leerstand
Wirkung	Positiv	Negativ
Maßnahmen	k.A.	z.T. Neubau von Wohnraum
Wer		
Wer bestimmt, was für das System wünschenswert ist?	Anwohner	Wirtschaft; (Stadt-)Politik
Wessen Resilienz wird priorisiert?	Anwohner	Wirtschaft
Wer wird im urbanen System inkludiert/exkludiert?	k.A.	Exklusion derjenigen, die sich Wohnraum nicht mehr leisten können
Was		
Welchen Störungen gegenüber sollte das urbane System resilient sein?	k.A.	Verdrängung
Welche Netzwerke/Sektoren sind im urbanen System inkludiert?	k.A.	Wirtschaftssektor
Liegt der Fokus auf allgemeiner oder spezifischer Resilienz?	Allgemein	Spezifisch
Wann		
Liegt der Fokus auf schnell oder langsam einsetzenden Störungen?	Langsam	Langsam
Liegt der Fokus auf kurz- oder langfristiger Resilienz?	Langfristig	Beides
Liegt der Fokus auf der Resilienz aktueller oder zukünftiger Generationen?	Aktueller	Beides
Wo		
Wo sind die räumlichen Grenzen des urbanen Systems?	Bezirksgrenzen	Bezirksgrenzen
Wird die Resilienz bestimmter Gegenden gegenüber der anderer priorisiert?	k.A.	Ja, z.T. mehr Neubauprojekte in MH
Beeinflusst die Resilienzbildung in bestimmten Gegenden die in anderen Gegenden?	k.A.	Steigende Mietpreise/wenig Leerstand bewirken Verdrängung/Konkurrenz um Wohnraum

Warum		
Was ist das Ziel in der Bildung der urbanen Resilienz?	Erhalt des positiven Heimat- und Wohlfühls	Erhalt/Schaffung bezahlbaren Wohnraums vs. Gewinne der Immobilienbranche
Was sind die dahinter liegende Motive für die Bildung der urbanen Resilienz?	Wohlfühl	Wirtschaftlichkeit
Liegt der Fokus auf Prozess oder Outcome?	Outcome	Outcome
Welche Dominanzverhältnisse liegen vor & verschieben sich [Wirkungen]?		
	Weitestgehend positive Wirkung: Positives Wohngefühl der Anwohner aufgrund der ruhigen Lage, Wohlfühl im Hochhaus, viel grün; Infrastruktur für Russlanddeutsche; z.T. Stigmatisierung durch neg. Außendarstellung	Negative Wirkung: Zunächst noch niedrige Preise und Banlieu-Semantik triggern Regime der (neg.) Randlage und Benachteiligung; ansteigende Preise nicht wegen Beliebtheitssteigerung, sondern Verdrängung aus der Innenstadt, verschärft Regime der Benachteiligung und Armut nochmals.
Welche urbanen Resilienzregime ergeben sich daraus?	Natur & Klimaschutz; Wohlfühl; Stigmatisierung	Neoliberalismus; Benachteiligung

Tabelle B.2. 30: Theorieorientiertes Kodierschema zur Diskurskategorie Wohnen & Bauen 2013-2016/ Flüchtlingsunterkünfte

Diskurskategorie	Wohnen & Bauen						
Subkategorie I	Flüchtlingsunterkünfte						
Subkategorie II	Anwohnerreaktionen	Demos & Aktionen rechter Gruppen	Rechte vs. Linke/Solidarische Demos & Aktionen	Solidarische Aktionen	Reaktionen aus der Politik auf Geschehnisse in MH	Flüchtlingsheimbetreiber PeWoBe	Zuweisung von Flüchtlingsunterkünften nach MH
Elemente & Akteure	Anwohner; (Stadt-)Politik; Geflüchtete; rechte Gruppierungen; linke Gruppierungen; zivilgesellschaftliche Akteure/Vereine	Rechte Parteien und Gruppierungen (NPD, Nationaler Widerstand, Bürgerinitiative MH, Bürgerbewegung Marzahn, Initiative Hellersdorf); Anwohner; Russlanddeutsche; Geflüchtete; (Stadt-)Politik	Rechte Parteien und Gruppierungen (z.B. NPD, Pro Deutschland); Linksradikale Gruppen (z.B. Antifa); Zivilgesellschaftliche Akteure/Vereine/solidarische Gruppierungen (z.B. Initiative Hellersdorf hilft Asylbewerbern); Anwohner; (Stadt-)Politik	Zivilgesellschaftliche Akteure/Vereine (Hellersdorf hilft; Bündnis für Demokratie und Toleranz); Anwohner; (Stadt-)Politik; Geflüchtete	(Bezirks-)Politiker verschiedener Parteien	PeWoBe (Flüchtlingsheimbetreiber); Zivilgesellschaftliche Akteure/Organisationen; (Stadt-)Politik	(Stadt-)Politik; Geflüchtete; Anwohner; rechtsradikale Initiativen
Verlaufsmuster	Berichte über Instrumentalisierung von Anwohnern durch rechte Gruppen; Ängste von Anwohnern; Gefühl der Benachteiligung und der Ohnmacht/des Übergangenseins; aber auch Ablehnung rechter Haltungen, Solidarität und Willkommenskultur	Berichte über eine große Zahl an Demonstrationen und Aktionen in MH an und um geplante/fertiggestellte Flüchtlingsheime, Drohungen, Einschüchterungen und Gewalt, auch Online-Hetze; Anwohner, die gemeinsam mit Nazis demonstrieren; Russlanddeutsche, die eigene Demos organisieren, um u.a. gegen Migranten im "Fall Lisa" zu protestieren; schließlich rückgängiger Trend	Berichte über eine große Zahl an Demonstrationen und Gegendemonstrationen in MH an und um geplante/fertiggestellte Flüchtlingsheime	Berichte über Aktionen und Demonstrationen zur Unterstützung von Geflüchteten und für Demokratie und Toleranz	Bericht über verurteilende Reaktionen und Aktionen von Politikern auf rechte Hetze und Ausschreitungen	Auseinandersetzung zwischen Verein "Hellersdorf hilft" und PeWoBe über Zustände im Flüchtlingsheim (u.a. Vernachlässigung, unterlassene Hilfeleistung, Rassismus, Kandidatur der Heimleitung für DVU), Einholung einstweiliger Verfügung; keine Vertragsverlängerung für PeWoBe mehr	Berichte über diverse Debatten um Zuweisung und Bau von Flüchtlingsheimen nach MH, wo zunächst stadtweit wenige bis schließlich besonders viele Geflüchtete untergebracht wurden; Diskussionen um "rechte" Nachbarschaften; Wahlkreise von Politikern; Verzögerungen im Bau; Ängste der Geflüchteten
Wirkung	Ambivalent	Negativ	Ambivalent	Positiv	Ambivalent	Ambivalent	Negativ

Maßnahmen	Einwurfpost & Demonstrationen; Organisation und Teilnahme an Solidaritäts- und Unterstützungsmaßnahmen; Ortsbegehungen	Organisation von Protestmärschen; Online-Aufrufe	Organisation von Protestmärschen; Sitzblockaden; Infopoints	Menschenketten; Online-Aktionen; Organisation von Gegendemonstrationen;	Parteiübergreifende Erklärungen/Resolution; Appelle an Bevölkerung; Organisation & Teilnahme an Gegendemonstrationen; Einladung zu Informationsveranstaltungen; Besuche in Flüchtlingsheimen	Öffentliche Anprangerung und Kritik; juristische Auseinandersetzung	Zuweisung von Flüchtlingsunterkünften; öffentliche Debatten & Auseinandersetzungen
Wer							
Wer bestimmt, was für das System wünschenswert ist?	(Stadt-)Politik vs. Rechte Gruppen vs. Linke Gruppen vs. Zivilgesellschaftliche Akteure/Vereine	Rechte Akteure	Rechte Akteure vs. Linke Akteure vs. Solidarische Organisationen	Zivilgesellschaftliche Akteure/Vereine; (Stadt-)Politik; Anwohner	(Stadt-)Politik	Zivilgesellschaftliche Akteure/Vereine vs. Privatwirtschaft	(Stadt-)Politik; rechte Initiativen
Wessen Resilienz wird priorisiert?	Geflüchtete; Rechtsradikale; Linksradikale	Rechtsradikale Ansichten	Rechte vs. Linke vs. Geflüchtete	Geflüchtete, solidarische Anwohner	Geflüchtete, solidarische Anwohner	Geflüchtete vs. Privatwirtschaft	(Stadt-)Politiker
Wer wird im urbanen System inkludiert/exkludiert?	Exklusion der Anwohner aus Planungsprozessen; Exklusion der Geflüchteten durch Schürung von Angst und Isolation im Heim	Exklusion Geflüchteter und deren Unterstützer aus dem Bezirk/dem Land	Vielfach Exklusion bzw. z.T. Instrumentalisierung von Anwohnern; Exklusion vs. Inklusion Geflüchteter	Inklusion von Geflüchteten und solidarischen Anwohnern; Exklusion radikaler Kräfte	Inklusion aller solidarischen Kräfte und Geflüchteter, Exklusion rassistischer und extremistischer Kräfte	Inklusion Geflüchteter durch Versuch der Verbesserung ihrer Lebensumstände vs. Exklusion durch schlechte Behandlung	Exklusion Geflüchteter und Anwohner bei der Frage der Unterbringung
Was							
Welchen Störungen gegenüber sollte das urbane System resilient sein?	"Überfremdung", Kriminalität vs. Stigmatisierung von außen	Überfremdung	Überfremdung vs. Rassismus	Radikalismus, Rassismus	Radikalismus, Rassismus	Radikalismus, Rassismus, Willkür	Überfremdung vs. Rassismus
Welche Netzwerke/Sektoren sind im urbanen System inkludiert?	(Stadt-)Politik; Anwohnernetzwerke; politische/populistische Organisationen	Rechte Netzwerke	Rechtsradikale Netzwerke; linksradikale Netzwerke; Anwohnernetzwerke	Zivilgesellschaftliche Netzwerke	(Stadt-)Politik	Zivilgesellschaftliche Akteure/Vereine; Wirtschaft; Gerichte	(Stadt-)Politik
Liegt der Fokus auf allgemeiner oder spezifischer Resilienz?	Spezifisch	Spezifisch	Spezifisch	Spezifisch	Spezifisch	Spezifisch	Spezifisch
Wann							

Liegt der Fokus auf schnell oder langsam einsetzenden Störungen?	Schnell	Schnell	Schnell	Schnell	Schnell	Schnell	Schnell
Liegt der Fokus auf kurz- oder langfristiger Resilienz?	Beides	Beides	Beides	Beides	Beides	Kurzfristig	Kurzfristig
Liegt der Fokus auf der Resilienz aktueller oder zukünftiger Generationen?	Beides	Beides	Beides	Aktuell	Beides	Aktueller	Aktueller
Wo							
Wo sind die räumlichen Grenzen des urbanen Systems?	Bezirksgrenzen	Bezirksgrenzen, aber auch darüber hinaus	Bezirksgrenzen, aber auch darüber hinaus	Bezirksgrenzen	Stadtweit	Bezirksgrenzen	Stadtweit
Wird die Resilienz bestimmter Gegenden gegenüber der anderer priorisiert?	Ja, Benachteiligung von MH/Standorten in MH durch Auswahl für Unterkunft	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja, z.B. gutbürgerliche Quartiere ggü. Sozialschwachen, um Anwohner nicht gegen Politiker aufzubringen
Beeinflusst die Resilienz- und Vulnerabilitätskonstruktionen auch auf andere Standorte im Bezirk?	Ja, Einfluss von Resilienz- und Vulnerabilitätskonstruktionen auch auf andere Standorte im Bezirk	Ja, Einfluss von Resilienz- und Vulnerabilitätskonstruktionen auch auf andere Standorte im Bezirk	Ja, Einfluss von Resilienz- und Vulnerabilitätskonstruktionen auch auf andere Standorte im Bezirk	Ja, Einfluss von Resilienz- und Vulnerabilitätskonstruktionen auch auf andere Standorte im Bezirk	k.A.	Ja, durch Anprangerung der Zustände können auch andere Heime unter PeWoBe-Trägerschaft profitieren.	Ja, Verhinderung einer Unterkunft in bestimmten Gegenden bewirkt kumulierte Unterbringung in anderen Quartieren
Warum							
Was ist das Ziel in der Bildung der urbanen Resilienz?	Durchsetzung ideologischer Vorstellungen und Hass vs. Solidarität	Verhinderung von Flüchtlingsheimen	Verhinderung von Flüchtlingsheimen vs. Solidarität mit und Integration von Geflüchteten	Solidarität mit und Integration von Geflüchteten; Vertreibung radikaler Kräfte	Solidarität mit und Integration von Geflüchteten; Vertreibung radikaler Kräfte	Verbesserung der Lebensbedingungen in Flüchtlingsheimen	Sinnvolle und gerechte Verteilung von Flüchtlingsunterkünften über die Gesamtstadt
Was sind die dahinter liegende Motive für die Bildung der urbanen Resilienz?	Politische Motive vs. Solidarität & Willkommenskultur	Ideologische Motive	Ideologische Motive; Solidarität & Willkommenskultur	Solidarität & Willkommenskultur	Verteidigung von Solidarität und Demokratie	Solidarität vs. Rassismus	Politisches Kalkül
Liegt der Fokus auf Prozess oder Outcome?	Beides	Outcome	Beides	Beides	Beides	Outcome	Outcome

<p>Welche Dominanzverhältnisse liegen vor & verschieben sich [Wirkungen]?</p>	<p>Ambivalente Wirkung: Die Segmente werden dominiert von rechter Stimmung und Rassismus, aber auch Hilflosigkeit und Ohnmacht von Anwohnern, deren Ängste zu wenig gehört werden; dennoch auch Regime von Solidarität und Willkommenskultur</p>	<p>Negative Wirkung: Berichte über die Vielzahl an rechtsradikalen/-extremen Protestaktionen, an denen Anwohner sich z.T. beteiligen, wirft neg. Licht auf den gesamten Bezirk und deutliche Stigmatisierung als "rechte Hochburg"</p>	<p>Negative bis ambivalente Wirkung: Rechtsradikale vs. Linksradikale Aktionen erzeugen ein Klima der Angst und Unsicherheit und zeigen die Zerrissenheit im Bezirk deutlich auf. Linksradikale und solidarische Aktionen oder Gruppierungen werden nur wenig voneinander abgegrenzt, was wiederum den "Abstand"/die "Befremdlichkeit" gegenüber einem Teil der MH-Bevölkerung noch verstärkt.</p>	<p>Positive Wirkung: v.a. aus der Anwohnerschaft stammende Initiativen organisieren sich gegen radikale Kräfte und Rassismus und versuchen diesen gegenüber ein Gegengewicht der Demokratie und Solidarität darzustellen.</p>	<p>Ambivalente Wirkung: Reaktionen der Politiker zeugen z.T. von Hilf- und Ratlosigkeit; die Situation bewirkt jedoch auch ein parteiübergreifendes Zusammenwirken für Demokratie, Toleranz und Solidarität und gegen Rassismus.</p>	<p>Ambivalente Wirkung: Zustände im Flüchtlingsheim und DVU-Hintergrund der Heimerleiterin, gerade im Kontext der darum stattgefundenen Demonstrationen und Geschehnisse, bewirken ein neg. Bild; Engagement von "Hellersdorf hilft" für Betreiberwechsel bis hin zum Erfolg dagegen ein positives.</p>	<p>Weitestgehend negative Wirkung: Debatten um Zuweisung von Unterküften in "rechten" Nachbarschaften, nicht in gutbürgerlichen Quartieren/Wahlkreisen best. Politiker sowie Berichte über Verzögerungen im Ausbau und Ängste zugewiesener Geflüchteter stärken Regime von Vernachlässigung, Rassismus und innerer Spaltung</p>
<p>Welche urbanen Resilienzregime ergeben sich daraus?</p>	<p>Benachteiligung; Fremdenfeindlichkeit Spaltung (rechts/links); Handlungsmacht/Ohnmacht; Solidarität</p>	<p>Fremdenfeindlichkeit; Handlungsmacht; Stigmatisierung</p>	<p>Fremdenfeindlichkeit; Linkspopulismus/-radikalisierung; Spaltung (rechts/links); Handlungsmacht/Ohnmacht; Solidarität</p>	<p>Spaltung (rechts/links); Handlungsmacht; Solidarität; Kulturelle Vielfalt</p>	<p>Handlungsmacht/Ohnmacht; Solidarität; Kulturelle Vielfalt</p>	<p>Fremdenfeindlichkeit; Handlungsmacht; Solidarität</p>	<p>Spaltung [Südwesten/Nordosten; MH]; Benachteiligung; Stigmatisierung; Fremdenfeindlichkeit</p>

Tabelle B.2. 31: Theorieorientiertes Kodierschema zur Diskurskategorie Soziale & politische Verhältnisse 2013-2016/ Soziale Missstände & Armut

Diskurskategorie	Soziale & politische Verhältnisse
Subkategorie I	Soziale Missstände & Armut
Subkategorie II	Formen und Ausprägungen von Armut und sozialen Missständen
Elemente & Akteure	(Stadt-)Politik; Anwohner; Zivilgesellschaftliche Akteure/Vereine
Verlaufsmuster	Bericht über Vielzahl sozialer Missstände in MH (Arbeitslosigkeit, fehlende Bildung, gesundheitliche Probleme, Kinderarmut), aber auch z.T. Verbesserungen einzelner Quartiere und wirksame Projekte und Maßnahmen
Wirkung	Negativ bis leicht ambivalent
Maßnahmen	Einrichtung QMs; Jugendberufsagentur; Wohnprojekte
Wer	
Wer bestimmt, was für das System wünschenswert ist?	(Stadt-)Politik; Zivilgesellschaftliche Akteure/Vereine
Wessen Resilienz wird priorisiert?	Anwohner
Wer wird im urbanen System inkludiert/exkludiert?	Exklusion der MH-Anwohner von gesellschaftlicher Teilhabe durch soziale Situation im Bezirk, aber auch Außendarstellung und Stigmatisierung
Was	
Welchen Störungen gegenüber sollte das urbane System resilient sein?	Armut und soziale Missstände
Welche Netzwerke/Sektoren sind im urbanen System inkludiert?	(Stadt-)Politik; Zivilgesellschaftliche Akteure/Vereine
Liegt der Fokus auf allgemeiner oder spezifischer Resilienz?	Allgemein
Wann	
Liegt der Fokus auf schnell oder langsam einsetzenden Störungen?	Langsam
Liegt der Fokus auf kurz- oder langfristiger Resilienz?	Langfristig
Liegt der Fokus auf der Resilienz aktueller oder zukünftiger Generationen?	Beides
Wo	
Wo sind die räumlichen Grenzen des urbanen Systems?	Bezirksgrenze, aber auch innerhalb des Bezirks zwischen Quartieren
Wird die Resilienz bestimmter Gegenden gegenüber der anderer priorisiert?	k.A.
Beeinflusst die Resilienzbildung in bestimmten Gegenden die in anderen Gegenden?	k.A.
Warum	
Was ist das Ziel in der Bildung der urbanen Resilienz?	Verbesserung der sozialen Situation für die Anwohner
Was sind die dahinter liegende Motive für die Bildung der urbanen Resilienz?	Soziale Gerechtigkeit
Liegt der Fokus auf Prozess oder Outcome?	Outcome
Welche Dominanzverhältnisse liegen vor & verschieben sich [Wirkungen]?	Negative bis leicht ambivalente Wirkung: Berichte über verschiedene soziale Missstände im Bezirk stärken Vulnerabilitätsregime der Vernachlässigung und Stigmatisierung; Zusammenhang AFD-Zulaug wird hergestellt; einzelne Quartiere verbessern sich, aber andere "stürzen ab"; dennoch Gesamtverbesserung der Jugendarbeitslosigkeit durch gezielte Förderung und innovative Projekte
Welche urbanen Resilienzregime ergeben sich daraus?	Benachteiligung; Stigmatisierung; Innovation; Fremdenfeindlichkeit

Tabelle B.2. 32: Theorieorientiertes Kodierschema zur Diskurskategorie Soziale & politische Verhältnisse 2013-2016/ Kriminalität

Diskurskategorie	Soziale & politische Verhältnisse		
Subkategorie I	Kriminalität		
Subkategorie II	Fall Lisa/Russlanddeutsche	Unsicherheitsgefühl	Kriminalität im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise
Elemente & Akteure	Russlanddeutsche Anwohner; Geflüchtete; Unbekannte Straftäter	Anwohner	Anwohner; rechtsradikale Organisationen; linksradikale Organisationen; zivilgesellschaftliche Akteure/Vereine; (Stadt-)Politik; Polizei; Geflüchtete
Verlaufsmuster	Berichte über Fall des aus MH stammenden Mädchens Lisa, das eine Vergewaltigung durch Geflüchtete/Migranten erlitt und damit bei der Russlanddeutschen Community Debatten und Demonstrationen verursachte; Bedrohung russisch-orthodoxer Kirche in MH	Berichte über diffuses Unsicherheitsgefühl/Verunsicherung in der MH-Bevölkerung	Berichte über diverse Straftaten im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise und der Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften: sowohl links- als auch (in der Mehrzahl) rechtsideologisch eingefärbte Taten wie Hetze, Körperverletzung, Sachbeschädigung, Gewaltanschläge auf Flüchtlingsheime, Bewohner und Unterstützer; auch Fälle von Polizeigewalt
Wirkung	Negativ	Negativ	Negativ
Maßnahmen	Demonstrationen	k.A.	Straftaten; Polizeiliche Ermittlungen; öffentliches Anprangern
Wer			
Wer bestimmt, was für das System wünschenswert ist?	Russlanddeutsche Anwohner	k.A.	Rechtsstaatliche Einrichtungen vs. Radikale Kräfte
Wessen Resilienz wird priorisiert?	Russlanddeutsche Anwohner	k.A.	Rechte vs. Linke Gruppen vs. Geflüchtete vs. Anwohner
Wer wird im urbanen System inkludiert/exkludiert?	Gefühlte Exklusion der Russlanddeutschen; Wunsch nach Exklusion Geflüchteter	Gefühlte Exklusion der Anwohner aus Sicherheit/sicherem Leben in MH	Exklusion Geflüchteter durch Schürung von Angst und Unsicherheit; z.T. Exklusion von Anwohnern durch Aufmarsch externer linker vs. rechter Kräfte
Was			
Welchen Störungen gegenüber sollte das urbane System resilient sein?	Überfremdung	Kriminelle Einflüsse	Überfremdung vs. Ideologisch eingefärbter Kriminalität
Welche Netzwerke/Sektoren sind im urbanen System inkludiert?	Russlanddeutsche Community	k.A.	Verschiedene ideologische Gruppierungen, z.T. Anwohnernetzwerke; (Stadt-)Politik
Liegt der Fokus auf allgemeiner oder spezifischer Resilienz?	Spezifisch	Allgemein	Spezifisch

Wann			
Liegt der Fokus auf schnell oder langsam einsetzenden Störungen?	Schnell	k.A.	Schnell
Liegt der Fokus auf kurz- oder langfristiger Resilienz?	Beides	k.A.	Beides
Liegt der Fokus auf der Resilienz aktueller oder zukünftiger Generationen?	Aktueller	Aktueller	Aktueller
Wo			
Wo sind die räumlichen Grenzen des urbanen Systems?	Bezirk/Stadtweit	Bezirksgrenzen	Bezirksgrenzen/darüber hinaus
Wird die Resilienz bestimmter Gegenden gegenüber der anderer priorisiert?	Ja, Priorisierung russlanddeutscher Community	k.A.	k.A.
Beeinflusst die Resilienzbildung in bestimmten Gegenden die in anderen Gegenden?	k.A.	k.A.	k.A.
Warum			
Was ist das Ziel in der Bildung der urbanen Resilienz?	Schutz vor Übergriffen und Überfremdung	Schutz vor Kriminalität	Durchsetzung radikaler Ansichten; Schutz; Herstellung von Sicherheit
Was sind die dahinter liegende Motive für die Bildung der urbanen Resilienz?	Angst, Unsicherheit, Wut	Angst, Unsicherheit	Radikale Ideologien; Solidarität; Angst & Unsicherheit
Liegt der Fokus auf Prozess oder Outcome?	Outcome	Outcome	Beides
Welche Dominanzverhältnisse liegen vor & verschieben sich [Wirkungen]?	Negative Wirkung: Erfundene Vergewaltigung und Protest der russlanddeutschen Einwohner sowie Einmischung russischer Medien werfen schlechtes Licht auf russlanddeutsche Community und den Bezirk, in dem sie leben.	Negative Wirkung: Ängste in der Bevölkerung legen Vulnerabilitätsregime diffuser Unsicherheit und Gefahr dar.	Negative Wirkung: Deutlicher Schwerpunkt auf rechtsradikal motivierten/rechtsextremen Straftaten und Ordnungswidrigkeiten im Zusammenhang mit Geflüchteten, aber auch Radikalisierung linker Kräfte, verdeutlicht tiefe Spaltung im Bezirk und der Bevölkerung
Welche urbanen Resilienzregime ergeben sich daraus?	Unsicherheit; Fremdenfeindlichkeit	Unsicherheit	Fremdenfeindlichkeit; Linksextremismus; Spaltung (links/rechts); Unsicherheit; Solidarität

Tabelle B.2. 33: Theorieorientiertes Kodierschema zur Diskurskategorie Soziale & politische Verhältnisse 2013-2016/Politische Verhältnisse

Diskurskategorie	Soziale & politische Verhältnisse				
Subkategorie I	Politische Verhältnisse				
Subkategorie II	Politische Stimmung Russlanddeutsche in MH	AFD-Wahlerfolg in MH	AFD-Politiker in MH	Linkspartei bei Wahlen in MH	NPD-Verhältnisse in MH
Elemente & Akteure	Russlanddeutsche Anwohner; (Stadt-)Politik; Russische Politiker	(Stadt-)Politik; Anwohner	(Stadt-)Politik; Wirtschaft	(Stadt-)Politik; Anwohner	(Stadt-)Politik; Anwohner
Verlaufsmuster	Berichte über Einflussnahme russischer Politiker in Deutschland; Reaktionen auf Fall Lisa; Russlanddeutsche, die sich benachteiligt fühlen und nach rechts orientieren	Bericht über stadtweit bestes Ergebnis der AFD bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus 2016; Debatte um Ursachen Wahlergebnis sowie um Umgang mit AFD-Stadträten	Bericht über verschiedene AFD-Politiker in MH und Debatten über deren rechtspopulistische bis gemäßigte Einstellungen, persönliche Hintergründe; Versuche der Implementierung im Bezirk (z.B. Einrichtung Wahlkreisbüro)	Bericht über Linkspartei in MH in Zusammenhang mit Wahlen zum Abgeordnetenhaus; Wählerverluste und Konkurrenz zur AFD	Berichte über Wahlerfolg der NPD in MH bei Bundestagswahl 2013 (Zusammenhang Flüchtlingskrise & Verunsicherung in der Bevölkerung) und deutliche Verluste an AFD bei Wahlen zum Abgeordnetenhaus 2016; Debatten um öffentlichen Bezeichnungen MHs als "NPD-Hochburg".
Wirkung	Negativ	Negativ	Negativ bis ambivalent	Negativ	Negativ
Maßnahmen	Demonstrationen; Wahl rechtspopulistischer Parteien	Diskussion	Vermietungsverweigerung Wahlkreisbüro durch Eigentümer; Konfrontation mit rechtspopulistischen Aussagen; Darlegung politischer Ansichten; Diskussion	Wahl; Diskussion der Wahlergebnisse	Wahl; Diskussion der Wahlergebnisse
Wer					
Wer bestimmt, was für das System wünschenswert ist?	(Stadt-)Politik; Russlanddeutsche Anwohner	Anwohner; (Stadt-)Politik	(Stadt-)Politik; Wirtschaft	Anwohner; (Stadt-)Politik	Anwohner; (Stadt-)Politik
Wessen Resilienz wird priorisiert?	Russlanddeutsche Anwohner	Anwohner	Wählerschaft; Bezirksbelange	Wählerschaft; Bezirksbelange	Rechtspopulistische-/radikale Kräfte; Wählerschaft
Wer wird im urbanen System inkludiert/exkludiert?	Russlanddeutsche Anwohner fühlen sich durch gesellschaftliche Entwicklung exkludiert; Wunsch nach Exklusion Asylsuchender	Inklusion aller Wahlberechtigten	Z.T. Versuch der Exklusion von AFD-Politikern;	"Inklusion" der AFD in Bezirksregierung durch Wählerabwerbung bei Linkspartei	Versuch der Exklusion Geflüchteter
Was					
Welchen Störungen gegenüber sollte das urbane System resilient sein?	Überfremdung	Missstände im Bezirk	Rechtspopulismus; Diskriminierung; Überfremdung; Benachteiligung	Rechtspopulismus; Benachteiligung	Überfremdung; Unsicherheit; Rechtsradikalismus
Welche Netzwerke/Sektoren sind im urbanen System inkludiert?	Russlanddeutsche Community in MH	(Stadt-)Politik	(Stadt-)Politik	(Stadt-)Politik	(Stadt-)Politik

Liegt der Fokus auf allgemeiner oder spezifischer Resilienz?	Spezifisch	Allgemein	Spezifisch	Allgemein	Spezifisch
Wann					
Liegt der Fokus auf schnell oder langsam einsetzenden Störungen?	Beides	Beides	Schnell	Beides	Schnell
Liegt der Fokus auf kurz- oder langfristiger Resilienz?	Beides	Beides	Beides	Kurzfristig	Beides
Liegt der Fokus auf der Resilienz aktueller oder zukünftiger Generationen?	Beides	Beides	Aktuell	Aktuell	Aktuell
Wo					
Wo sind die räumlichen Grenzen des urbanen Systems?	Bezirksgrenzen/Verbindungen nach Russland	Bezirksgrenzen	Bezirksgrenzen	Bezirksgrenzen	Bezirksgrenzen
Wird die Resilienz bestimmter Gegenden gegenüber der anderer priorisiert?	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Bes. hoher Zuspruch für NPD und AFD im Vergleich zu anderen Bezirken
Beeinflusst die Resilienzbildung in bestimmten Gegenden die in anderen Gegenden?	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Warum					
Was ist das Ziel in der Bildung der urbanen Resilienz?	Schutz vor Überfremdung	Schutz vor Überfremdung; Verbesserung sozialräumliche Bedingungen	Entlarvung/Behinderung rechtspopulistischer Politiker; Verbesserung der sozialräumlichen Bedingungen im Bezirk	Verbesserung der sozialräumlichen Bedingungen im Bezirk	Verbesserung der sozialräumlichen Bedingungen im Bezirk; Schutz vor Überfremdung
Was sind die dahinter liegende Motive für die Bildung der urbanen Resilienz?	Gefühlte Benachteiligung, Unsicherheit, Angst	Unzufriedenheit; Protest	Abwehr von Rechtspopulismus;	Unzufriedenheit; Protest; gefühlte Benachteiligung; politische Ideologien	Unzufriedenheit; Protest; gefühlte Benachteiligung; rechtspopulistische-/radikale Ideologien
Liegt der Fokus auf Prozess oder Outcome?	Outcome	Beides	Beides	Outcome	Outcome

<p>Welche Dominanzverhältnisse liegen vor & verschieben sich [Wirkungen]?</p>	<p>Negative Wirkung: Bericht über Kontakte nach Russland und Abschottung nach innen zeigen Vulnerabilitätsregime gefühlter Benachteiligung auf sowie Rassismus</p>	<p>Negative Wirkung: Wahlergebnisse zeigen deutlichen Rechtsruck sowie gelungene Wählermobilisierung in der MH-Bevölkerung u.a. in Verbindung mit Flüchtlingsthematik; gewählte AFD-Politiker müssen nun in Bezirksregierung integriert werden und können nicht mehr als reine Außenseiter behandelt werden.</p>	<p>Neg. bis ambivalente Wirkung: Debatten um verschiedene AFD-Persönlichkeiten zeigen große Spannweite von rechtsradikal-/populistisch bis konservativ; Wahlprogramme ähneln z.T. anderen Parteien im Bezirk; Berichte über wenig bekannte Persönlichkeiten und deren Hintergründe zeigen große Unsicherheit im Umgang mit der Situation auf.</p>	<p>Negative Wirkung: Linkspartei als bislang dominierende Kraft in MH verliert deutlich an die AFD; Verlust des "Protestparteien-Status".</p>	<p>Negative Wirkung: Sowohl mit NPD als auch mit AFD-Ergebnissen sowie Debatten um "Hochburg"-Begrifflichkeiten unterstreichen Rassismusregime, zeigen aber auch Gefühl der Benachteiligung und Stigmatisierung auf.</p>
<p>Welche urbanen Resilienzregime ergeben sich daraus?</p>	<p>Benachteiligung; Fremdenfeindlichkeit</p>	<p>Benachteiligung; Fremdenfeindlichkeit</p>	<p>Spaltung; Fremdenfeindlichkeit</p>	<p>Spaltung (Ost/West); Spaltung (links/rechts); Benachteiligung; Fremdenfeindlichkeit</p>	<p>Benachteiligung; Fremdenfeindlichkeit; Stigmatisierung</p>

Tabelle B.2. 34: Theorieorientiertes Kodierschema zur Diskurskategorie Wandel 2013-2016

Diskurskategorie	Wandel				
Subkategorie I	Ausprägungen des Wandels				
Subkategorie II	Abwärtsspirale	Positiver Wandel	Demographischer Wandel/alternde Bezirksbevölkerung	Bevölkerungswachstum im Bezirk	Rechtsruck in MH
Elemente & Akteure	Anwohner; (Stadt-)Politik; Wirtschaft	Anwohner; (Stadt-)Politik; Wirtschaft; zivilgesellschaftliche Akteure/Vereine	Anwohner; Wirtschaft; (Stadt-)Politik	Anwohner; (Stadt-)Politik	Anwohner; (Stadt-)Politik
Verlaufsmuster	Berichte über Verwahrlosung und Verfall von öffentlicher Infrastruktur und damit verbundener Wut auf die Finanzierung von Flüchtlingsheimen; steigende Armut; Wegzug Besserverdienender bzw. sich vergrößernde Schere zwischen Armut und bescheidenem Wohlstand	Berichte über pos. Bezirksentwicklung durch Nutzung von Freiflächen, innovative Sozialprojekte, Ansiedlung von Wirtschaftsunternehmen	Berichte über alternde Bevölkerung in MH und Einrichtung passender Infrastruktur	Berichte über Bevölkerungswachstum im Bezirk - sowohl Senioren als auch junge Familien, oft Migranten/Ausländer; bes. starker Zuzug in sozial schwachen Quartieren	Berichte über Rechtsruck in der Bevölkerung, die sich gekoppelt mit Frustration und Hoffnungslosigkeit - in AFD- und NPD-Zulauf zeigen, aber auch einer deutlichen Zunahme rechtsextremer Vorfälle und einer generellen Radikalisierung und Extremisierung der rechten Szene
Wirkung	Negativ	Positiv	Weitestgehend positiv	Ambivalent	Negativ
Maßnahmen	k.A.	Quartiersmanagement; optische Verschönerungen; Anwerben von Wirtschaftsunternehmen	Einrichtung seniorengerechter Wohnungen; Stärkung gesundheitlicher Infrastruktur	Wohnungsbau; Schaffung von Schul- und Kitaplätzen	Wurfpost; Wahlen
Wer					
Wer bestimmt, was für das System wünschenswert ist?	(Stadt-)Politik	(Stadt-)Politik; Wirtschaft; zivilgesellschaftliche Akteure/Vereine	(Stadt-)Politik; Wirtschaft	(Stadt-)Politik; Anwohner	Rechtspopulistische/-radikale Parteien
Wessen Resilienz wird priorisiert?	k.A.	Anwohner; Wirtschaft	Anwohner; Wirtschaft	k.A.	Anwohner

Wer wird im urbanen System inkludiert/exkludiert?	Exklusion der Anwohner von gesellschaftlicher Teilhabe durch steigende Armut und Verfall von Infrastrukturen	k.A.	k.A.	z.T. Exklusion von Kindern aus Kitas/Schulen, da nicht genügend Plätze vorhanden	Exklusion von Anwohnern aus gesellschaftlichem Leben durch Armut und Hoffnungslosigkeit; Exklusion Geflüchteter/Ausländer allgm. durch Wahl rechter Parteien und Zunahme rechtsradikaler Vorkommnisse
Was					
Welchen Störungen gegenüber sollte das urbane System resilient sein?	Armut	Sozialer Niedergang	Demographischer Wandel; Überalterung der Bezirksbevölkerung	Mangel an Infrastruktur durch zu schnelles Bevölkerungswachstum bzw. zu langsame Reaktion der Politik	Überfremdung; sozialer Niedergang
Welche Netzwerke/Sektoren sind im urbanen System inkludiert?	k.A.	Industriernetzwerke; (Stadt-)Politik; Zivilgesellschaft	(Stadt-)Politik; Wirtschaft	(Stadt-)Politik; Bildungssektor	(Stadt-)Politik; rechte Parteien und Organisationen
Liegt der Fokus auf allgemeiner oder spezifischer Resilienz?	Allgemein	Allgemein	Spezifisch	Spezifisch	Spezifisch
Wann					
Liegt der Fokus auf schnell oder langsam einsetzenden Störungen?	Beides	Langsam	Langsam	Schnell	Beides
Liegt der Fokus auf kurz- oder langfristiger Resilienz?	Beides	Beides	Langfristig	Beides	Beides
Liegt der Fokus auf der Resilienz aktueller oder zukünftiger Generationen?	Beides	Aktuell	Beides	Beides	Aktuell
Wo					
Wo sind die räumlichen Grenzen des urbanen Systems?	Bezirksgrenzen	Bezirksgrenzen	Bezirksgrenzen	Bezirksgrenzen	Bezirksgrenzen
Wird die Resilienz bestimmter Gegenden gegenüber der anderer priorisiert?	Priorisierung anderer Gegenden z.B. in Bezug auf Einrichtung von Flüchtlingsheimen	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.

Beeinflusst die Resilienzbildung in bestimmten Gegenden die in anderen Gegenden?	Abwehr von Flüchtlingsheimen in gutbürgerlichen Gegenden befördert Verdrängung in sozial schwache Quartiere	k.A.	k.A.	Veränderte Lebensbedingungen in anderen Stadtteilen beeinflussen Zuzug nach MH	k.A.
Warum					
Was ist das Ziel in der Bildung der urbanen Resilienz?	Verbesserung der sozial-räumlichen Lebensbedingungen	Verbesserung der sozial-räumlichen Lebensbedingungen; wirtschaftliche Stärke	Versorgung der alternden Bevölkerung	Bau- und infrastrukturelle Versorgung der Bevölkerung	Verbesserung der sozial-räumlichen Lebensbedingungen; Vertreibung Geflüchteter/Ausländer allgm.
Was sind die dahinter liegende Motive für die Bildung der urbanen Resilienz?	Soziale Gerechtigkeit	Wirtschaftliche Interessen; soziale Gerechtigkeit	Wirtschaftliche Interessen; soziales Gleichgewicht	Soziale Gerechtigkeit	Soziale Gerechtigkeit vs. Rechte Ideologien
Liegt der Fokus auf Prozess oder Outcome?	Outcome	Beides	Outcome	Outcome	Outcome
Welche Dominanzverhältnisse liegen vor & verschieben sich [Wirkungen]?					
	Negative Wirkung: Deutliche Dominanz des Vulnerabilitätsregimes der Benachteiligung	Positive Wirkung: MH als zunehmend bunterer Bezirk mit erstarkter Wirtschaft und Zivilgesellschaft	Weitestgehend positive Wirkung: Einrichtung entsprechender Infrastruktur, um alternde Bevölkerung zu versorgen, z.T. politische Forderungen nach weitreichenderen Maßnahmen.	Ambivalente Wirkung: Einerseits Attraktivitätssteigerung und Zuzug junger Familien; andererseits Bevölkerungszuwachs durch sozial schwaches Klientel in bereits belastenden Gebieten; schlechte Versorgungslage mit Schul- und Kitaplätzen.	Negative Wirkung: Wahlergebnisse und rechtsradikal motivierte Vorfälle in Kombination mit Hoffnungslosigkeit schüren Regime des Rassismus und der Benachteiligung
Welche allgemeinen und R/V-Regime ergeben sich daraus?	Benachteiligung; Spaltung [MH]	Neoliberalismus; Innovation; Wohlgefühl	Innovation; Fürsorge	Benachteiligung; Spaltung [MH]; Wohlgefühl	Benachteiligung; Fremdenfeindlichkeit

Eidesstattliche Erklärung

Hiermit erkläre ich, Teresa Stumpf, an Eides statt, dass ich die Dissertation mit dem Titel

„Regime urbaner Resilienz“

Sozialräumliche Dynamiken des Wandels in belasteten Stadtbezirken

selbstständig und ohne fremde Hilfe verfasst habe.

Andere als die von mir angegebenen Quellen und Hilfsmittel habe ich nicht benutzt. Die den herangezogenen Werken wörtlich oder sinngemäß entnommenen Stellen sind als solche gekennzeichnet.

Die Arbeit ist in keinem früheren Promotionsverfahren angenommen oder abgelehnt worden.

Berlin, 31.05.2019

Ort, Datum



Teresa Stumpf